PROTOKOLL
DES ORDENTLICHEN SPD-BUNDESPARTEITAGS

27. bis 29. Juni 2025, Berlin

SPD Soziale Politik für Dich.

Impressum 4
Tagesordnung 5
Geschäftsordnung 7
Protokoll des ordentlichen SPD-Bundesparteitags vom 27.-29. Juni 2025 10
1. Tag: 27.06.2025 10
Begrüßung und Eröffnung 10
Konstituierung 16
Wahl des Tagungspräsidiums 16
Totengedenken 17
Beschluss über die Tagesordnung 18
Beschluss über die Geschäftsordnung 19
Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission 21
Grußwort der DGB-Vorsitzenden 22
Vorlage der Rechenschaftsberichte 28
Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission 31
Entlastung des Vorstandes 33
Reden der Kandidatin und des Kandidaten für den Parteivorsitz verbunden mit der Beratung des Leitantrags L01 „Veränderung beginnt mit uns“ 33
Rede Bärbel Bas 34
Rede Lars Klingbeil 46
Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes in Verbindung mit dem Leitantrag L01 „Veränderung beginnt mit uns“ 60
Wahl der Parteivorsitzenden 130
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission 130
Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden 133
Bericht der Antragskommission 135
Abstimmung über den Leitantrag L01 „Veränderung beginnt mit uns“ 139
Vorstellungsreden der Kandidierenden zur Wahl der/des stellvertretenden Parteivorsitzenden 140
Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden 153
Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Generalsekretärs 155
Ergebnis der Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden 158
Wahl des Generalsekretärs 160
Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs 162
2. Tag 28.06.2025 164
Abstimmung über die Themen des Delegierten-Antragsblocks 164
Abstimmung über die Anträge für den Delegierten Antragsblock 164
Rede Olaf Scholz 166
Verabschiedung des Bundeskanzlers und der SPD - Ministerinnen und Minister der letzten Bundesregierung 176

Begrüßung Özgür Özel ... 182
Rede Özgür Özel ... 183
Abstimmung INI03, „Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Türkei, Freiheit für Ekrem İmamoğlu! ... 187
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ... 187
Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Schatzmeisters ... 188
Wahl des Schatzmeisters ... 192
Vorstellungsrede der Kandidatin zur Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union ... 193
Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union ... 196
Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters ... 197
Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion ... 198
Ergebnis der Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union ... 203
Rede Saskia Esken ... 204
Verabschiedung Saskia Esken ... 208
Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands ... 210
Antragsberatung über den Bereich Wirtschaft - und INI10 und den INI15 ... 212
Abstimmung Antragsbereich Wirtschaft und Ini10 und INI15 ... 231
Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands ... 232
Zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder des Parteivorstands ... 235
Antragsberatung zum Bereich Arbeit und Beschäftigung in Verbindung mit Ini13 und Ini18 ... 239
Abstimmung über den Bereich Arbeit und Beschäftigung in Verbindung mit InI13 und InI18 ... 267
Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstands ... 268
Antragsberatung Bereich Organisationspolitik und Statutenänderungen ... 269
Abstimmung über den Bereich Organisationspolitik und Statutenänderungen ... 299
Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Parteivorstands ... 300
Wahl der Bundesschiedskommission ... 302
Antragsberatung Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales ... 304
Abstimmung über den Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales ... 320
Antragsberatung zum Bereich Steuern und Finanzen ... 321
Abstimmung über den Bereich Steuern und Finanzen ... 333
Ergebnis der Wahl der Bundesschiedskommission ... 334
Aufruf zur Spende an den Marie-Schlei-Verein ... 336
Wahl der Kontrollkommission ... 338
Antragsberatung zum Bereich Europa ... 339
Abstimmung über den Bereich Europa ... 348
Antragsberatung zum Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und INI 02, 07, 09 und 14 ... 349
Abstimmung Initiativantrag 02 – „Für Deeskalation und Frieden im Nahen Osten“ ... 375
Abstimmung Initiativantrag 14 ... 399

Abstimmung über den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik und sowie der Ini 03, 07 und 09 400
Ergebnis der Abstimmung Initiativantrag 14 401
3. Tag 29.06.2025 402
Antragsberatung zum Bereich Soziales und Rente, Initiativantrag 16 403
Abstimmung über den Bereich Soziales und Rente, Initiativantrag 16 405
Antragsberatung zum Bereich Inneres, Recht und Verwaltung, Initiativantrag 01 406
Abstimmung über den Initiativantrag 01 454
Abstimmung über den Bereich Inneres, Recht und Verwaltung 454
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission 455
Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress 455
Grußwort von Michael Groß, Vorsitzender des Präsidiums des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt 457
Antragsberatung zum Bereich Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik, Initiativantrag 17 460
Abstimmung über den Bereich Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik, Initiativantrag 17 479
Ergebnis der Wahlen der SPE-Delegierten 479
Antragsberatung zum Bereich Migration, Flucht und Integration mit Initiativanträge Ini08, Ini11 und Ini12 483
Antrag zur Geschäftsordnung 498
Abstimmung zur Geschäftsordnung 498
Abstimmung über den Bereich Migration, Flucht und Integration und Initiativanträge INI08, INI11, INI12 500
Abstimmung über die Bereiche Gesundheit und Pflege, Verkehr, Klima, Energie, Transformation, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Naturarten und Verbraucherschutz, Bildung, Wissenschaft und Jugend, Digitales, Demokratie, Medien und Kultur, Weltanschauung und themenübergreifende Einzelanträge 500
Schlusswort 501
Rednerinnen und Redner 504
Reihenfolge der SPE-Delegierten 506
Delegierte 508
Berichte 522

Impressum

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Tagesordnung

Freitag, 27.06.25, Beginn 14 Uhr

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung

TOP 2 Konstituierung

- Wahl des Tagungspräsidiums
- Beschluss über die Tagesordnung
- Beschluss über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 3 Rede der Parteivorsitzenden

TOP 4 Grußworte
Rechenschaftsberichte
- Bericht des Generalsekretärs
- Bericht des Schatzmeisters
- Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission
- Gleichstellungsbericht (schriftlich)
- Bericht der Bundestagsfraktion
- Bericht über den Stand der Betriebsorganisation (schriftlich)
- Bericht über die Erledigung und Bearbeitung der angenommenen und überwiesenen Anträge der vorangegangenen Parteitage und Parteikonvente (schriftlich)
- Bericht Kommunalbeirat (schriftlich)
- Fortschrittsbericht Verantwortliche für interkulturelle Öffnung (schriftlich)
- Aussprache

TOP 5 Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

TOP 6 Antragsberatung einschließlich satzungsändernder Anträge

- Bericht Vorsitzende der Antragskommission
- Beratung Leitantrag „Veränderung beginnt mit uns“

TOP 7 Wahlen

- Wahl der Parteivorsitzenden
- Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl Generalsekretär/in
- Wahl Schatzmeister/in
- Wahl des/der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union

21:00 Uhr Unterbrechung

Samstag, 28.06.25, 9:00 Uhr Beginn

TOP 4 (Fortsetzung) Grußworte

- Rede Olaf Scholz
- Rede des Fraktionsvorsitzenden

TOP 6 (Fortsetzung) Delegierten-Antragsblock

TOP 7 (Fortsetzung)

Wahlen

- Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand
- Wahl der Bundesschiedskommission
- Wahl der Kontrollkommission
- Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE

TOP 6 (Fortsetzung) Antragsberatung, einschließlich satzungsändernder Anträge

18:00 Uhr Unterbrechung Parteiabend

Sonntag, 29.06. 25, 9:00 Uhr Beginn

TOP 6 (Fortsetzung) Antragsberatung, einschließlich satzungsändernder Anträge

TOP 8 Schlusswort der/des Parteivorsitzenden

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstands. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrats, des Seniorenrats, des Kommunalbeirats sowie ein*e Vertreter*in des AK Betriebsräte haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter*innen der nahe-stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.

2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.

3. Die Antragsberatung wird durch das digitale Wahl- und Antragssystem OpenSlides unterstützt. Die stimmberechtigten Mitglieder erhalten im Vorfeld der Veranstaltung per E-Mail-Informationen zu personalisierten Zugangsdaten zugesandt, mit denen sie sich im digitalen Antragssystem anmelden können. Ist eine Delegierte bzw. ein Delegierter verhindert, muss dies umgehend der Delegationsleitung mitgeteilt werden. Die Delegationsleitungen müssen Ummeldungen von Ersatzdelegierten zu Delegierten spätestens bis zum Start des Parteitags an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission melden, um die technische Umsetzung sicherzustellen. Ummeldungen während des Parteitages müssen am 27.06.2025 spätestens 2 Stunden nach Parteitagsbeginn erfolgen. Am 28.06.2025 sind Ummeldungen möglich bis 30 Minuten nach Parteitagsbeginn, eine Stunde nach den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstands sowie eine Stunde nach der Wahl der Kontrollkommission. Am 29.06.2025 sind Ummeldungen bis eine Stunde nach Parteitagsbeginn möglich.

4. Alle Wahlen werden ausschließlich in digitaler Form durchgeführt. Die Stimmabgabe erfolgt über das digitale Wahl- und Antragssystem OpenSlides. Die Vorschriften der Wahlordnung sind zu beachten, insbesondere ist geheim abzustimmen und auf die Einhaltung der Geschlechterquote zu achten.

5. Die Beschlüsse des Parteitags werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt. Eine Zustimmung kann durch das Tagungspräsidium auch über die Frage nach Widerspruch in Form von Wortmeldungen durch die stimmberechtigten Mitglieder herbeigeführt werden. Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich per Handzeichen.

6. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten.

7. Die Diskussionsredner*innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen erfolgen digital und werden in eine Redeliste eingetragen, die von den Delegierten im digitalen Konferenzsystem eingesehen werden kann. Wortmeldungen können auch schriftlich beim Tagungspräsidium eingereicht werden. Berichterstatter*innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten. Das Tagungspräsidium kann, wenn es für den Verlauf der Debatte erforderlich ist, außerhalb der Reihenfolge auf der Redeliste das Wort erteilen.

8. Die Berichterstatter*innen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher bzw. die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er bzw. sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.

9. Anträge aus der Mitte des Parteitags (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Initiativanträge werden durch stimmberechtigte Delegierte direkt im digitalen Antragssystem OpenSlides gestellt. Die Sammlung der Unterstützung erfolgt ebenfalls dort elektronisch. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.

10. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelter Anträge beziehen. Diese Anträge müssen zudem schriftlich per E-Mail rechtzeitig vor der Abstimmung beim Büro der Antragskommission eingereicht werden. Bei mehreren Anträgen zu einer Sachfrage wird zuerst über den weitestgehenden Antrag abgestimmt.

11. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragssteller*innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner*innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

12. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner bzw. eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

13. Vom Redner bzw. von der Rednerin zugelassene Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein. Das Tagungspräsidium kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag

eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die die Rednerin bzw. der Redner kurz antworten darf.

14. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

15. Der Parteitag beschließt über die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Protokoll des ordentlichen SPD-Bundesparteitags vom 27.-29. Juni 2025
Veranstaltungsort: CityCube (Messe Berlin)

Motto: VERÄNDERUNG BEGINNT MIT UNS

1. Tag: 27.06.2025
Beginn des Parteitags: 14:16 Uhr

Begrüßung und Eröffnung

Stephan Weil, ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

(Beifall)

Liebe Gäste! Herzlich willkommen zu unserem Bundesparteitag hier in Berlin. Die Halle ist sehr gut gefüllt, die Stimmung ist prächtig - wir können anfangen.

Es gibt ganz viele, die ich persönlich noch begrüßen werde, aber am Anfang sollen diejenigen stehen, um die es hier wirklich geht, die sich vorgenommen haben, ein weiteres Wochenende unserer Partei zu widmen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Die aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin gekommen sind, soweit die Deutsche Bahn es ihnen möglich gemacht hat. Die bis jetzt beste Geschichte lautet: Viereinhalb Stunden im Gelenkbus aus Cuxhaven. Wer das toppen kann, soll sich gerne melden. Und die das in ganz vielen Fällen ganz und gar ehrenamtlich machen. Kurzum: Ich begrüße sehr herzlich euch. Ich begrüße die Delegierten. Schön, dass ihr da seid. Ohne euch würde das ja überhaupt keinen Sinn machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das sind schon sehr spezielle Zeiten, in denen dieser Parteitag stattfindet. Wir hören jeden Tag im Grunde genommen neue Schreckensnachrichten über unterschiedliche Probleme, Krisen, Herausforderungen in unterschiedlichen Teilen der Welt. Und auch bei uns in Deutschland haben wir ja - das wissen wir alle miteinander - jede Menge Baustellen, die wir schließen müssen, damit es wieder vorangeht, stärker vorangeht.

Gleichzeitig - auch das spüren wir - verändert sich unsere Gesellschaft rasant. Vieles, was in der Vergangenheit erfolgreich gewesen ist, das passt nicht mehr für dieses neue

Umfeld. Wir als SPD können davon ja ein Lied singen. Uns allen steckt das Ergebnis der Bundestagswahlen am 23. Februar noch in den Knochen. Etwas mehr als 16 Prozent, das ist wirklich ein Ergebnis, das wir uns früher in unseren schlimmsten Träumen nicht hätten vorstellen können. Über die Gründe und die Konsequenzen aus diesem Ergebnis müssen wir auf diesen Parteitag reden; das ist überhaupt keine Frage.

Aber - auch das will ich hinzufügen - hüten wir uns dabei vor den ganz einfachen Antworten oder einer oberflächlichen Personalisierung von gemeinsamen Problemen. Wenn wir ehrlich sind, dann wissen wir ganz genau, dass die Verankerung unserer Partei in nicht wenigen Teilen unserer Gesellschaft spürbar nachgelassen hat. Es geht, liebe Genossinnen und Genossen, darum, dass wir unseren Platz als Volkspartei in Deutschland behaupten und wieder ausbauen. Das ist die entscheidende Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall)

Bekennen wir uns auch mit einem berechtigten Stolz zu den Leistungen, die unter wirklich schwierigen Bedingungen seit 2021 erbracht worden sind.

(Beifall)

Ich möchte mich - sicherlich in unser aller Namen - an dieser Stelle sehr herzlich bei jemandem bedanken, der einen Platz unter den bedeutenden Sozialdemokraten der Nachkriegsgeschichte sicher hat, der über Jahrzehnte in schwierigen Ämtern und in schwierigen Zeiten Verantwortung übernommen hat, der sich als Generalsekretär, als Bundestagsabgeordneter, als Innensenator von Hamburg und als Erster Bürgermeister von Hamburg, als Bundesarbeitsminister, als Bundesfinanzminister und schließlich als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland riesige Verdienste um Deutschland, aber auch um die SPD erworben hat. Vielen, vielen Dank, Olaf Scholz.

(Starker, sehr lang anhaltender Beifall)

Ich erweitere diesen Dank auch ausdrücklich auf Rolf Mützenich,

(Beifall)

der sich in den letzten Jahren als Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion ungeheuer engagiert hat und dabei - so schien es mir jedenfalls - immer schmaler geworden ist. Danke für diese riesige Anstrengung, lieber Rolf.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nach den Bundestagswahlen hat unsere Partei der Versuchung widerstanden, erst einmal die eigenen Wunden zu lecken. Wir haben die eigene Enttäuschung zurückgestellt. Wir haben uns unserer Gesamtverantwortung gestellt, und dafür, für diesen Kurs, haben wir bei den Mitgliedern unserer Partei viel Unterstützung erhalten. Rund 85 Prozent haben beim Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag mit Ja gestimmt. Bei den Allerwenigsten wird dabei Begeisterung die Hand geführt haben, umso mehr aber ein Gefühl, das für den Charakter der SPD kennzeichnend ist und immer gewesen ist: Unsere Mitglieder erwarten, dass unsere Partei Verantwortung übernimmt für unser Land und für unsere Demokratie, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Grundlage für dieses Ergebnis war ein Verhandlungsergebnis, das sich aus unserer Sicht nun wirklich sehen lassen konnte. Selbstverständlich war das nicht, aber es war das Ergebnis kluger und geduldiger Verhandlungen, an denen alles in allem etwa 100 Genossinnen und Genossen beteiligt gewesen sind. Stellvertretend für alle, die in diesen Wochen so hart gearbeitet haben, ein ganz besonders herzliches Dankeschön an unsere Parteiführung, an Saskia Esten und an Lars Klingbeil und an den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, an Matthias Miersch. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Jedenfalls mein Eindruck ist, dass auch nach der Bildung der neuen Bundesregierung der Start gelungen ist und dass dafür vor allem die Mitglieder unseres Kabinetts, unsere Mitglieder des Kabinetts, stehen, und das sind neben Lars Klingbeil Reem Alabali Radovan, Bärbel Bas, Verena Hubertz, Stefanie Hubig, Boris Pistorius und Carsten Schneider. Alle sind da. Seid herzlich willkommen! Herzlichen Dank für eure Arbeit.

(Beifall)

Stichwort Verantwortung: Die tragen Tag für Tag auch unsere Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und Bürgermeister. Das ist ja eigentlich sowieso die Krone der Schöpfung innerhalb der Politik. Ich begrüße sehr herzlich Andreas Bovenschulte, Olaf Lies, Anke Rehlinger, Alexander Schweitzer und Manuela Schwesig. Herzlich willkommen auf diesem Parteitag!

(Beifall)

An der Stelle breche ich jetzt einfach einmal ab, denn ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit hätten ja nun auch alle Abgeordneten aller Parlamente verdient, diejenigen, die in den kommunalen Vertretungskörperschaften arbeiten, die Bürgermeisterinnen und

Bürgermeister, die Tausenden von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die sich überall in Deutschland reinhängen. All diese Menschen verkörpern ein riesiges Engagement für unsere Gesellschaft, und darauf können wir als SPD nun wirklich stolz sein. Danke schön dafür.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, nach den Wahlen unseren Teil dazu beizutragen, dass kein Vakuum entsteht und dass sich unsere Demokratie als handlungsfähig erweist, das war eine notwendige Bedingung dafür, dass wir wieder besseren Zeiten entgegengehen können, aber noch keine hinreichende Bedingung, um aus der aktuellen Situation auf Dauer wieder deutlich herauszukommen. Darum muss es auf den Parteitag gehen, und darum wird es auch noch lange nach diesem Parteitag gehen müssen. Dafür brauchen wir guten Rat. Der der ist zum Beispiel von früheren Parteivorsitzenden ja nun wirklich zu erwarten. Drei davon sind heute da. Ich begrüße sehr herzlich Franz Müntefering.

(Beifall)

Ich begrüße unseren Freund Martin Schulz.

(Beifall)

Und wer von euch mitgezählt hat, fragt sich nun: Wer ist der Dritte? Es ist unser Freund Wolfgang Thierse als ehemaliger Vorsitzender der SPD in der Deutschen Demokratischen Republik. Herzlich willkommen, Wolfgang!

(Beifall)

Ich denke, auch das ist etwas, das wir alle spüren: Um als SPD wieder besseren Zeiten entgegenzugehen, müssen wir noch enger zusammenarbeiten mit denjenigen gesellschaftlichen Institutionen, die uns besonders nahestehen. Ich empfinde es als ein ganz wichtiges Zeichen, dass mit Yasmin Fahimi, die nachher noch zu uns sprechen wird, ein ganz starker Block von Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften zu uns gekommen ist: Für die IG Metall Christiane Benner, für ver.di Frank Wernicke, für die IG BCE anstelle von Michael Vassiliadis, der absagen musste, Alexander Berg. Für die GEW Maike Finnern, für die GdP Jochen Kopelke, für die NGG Guido Zeitler und für die EVG Martin Burkert. Herzlich willkommen, liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter!

(Beifall)

Unverzichtbar sind natürlich auch alle die vielen Organisationen im sozialen Sektor, die uns schon so lange so sehr unterstützen, und wir sie hoffentlich auch. Stellvertretend

ein ganz herzlicher Gruß an die Präsidentin des SoVD, an Michaela Engelmeier. Sei uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße auch den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner. Schön, dass Sie da sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, für uns, für die SPD, geht es um sehr, sehr viel in diesen Zeiten. Aber in Wahrheit geht es gerade um noch viel mehr. Es geht um die Demokratie. Die Demokratie steht derzeit enorm unter Druck - weltweit, in Europa und auch bei uns. Wir erleben in vielen Ländern einen Vormarsch der Autokraten, der Rechtsextremisten, der Demokratiefeinde. Die SPD war immer eine Säule der Demokratie in Deutschland. Keine andere Partei kann das in dieser Weise für sich in Anspruch nehmen. Wir waren immer eine Partei des Internationalismus. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für Demokratie, für persönliche und politische Freiheit und gegen jede Form der Unterdrückung.

(Beifall)

Deswegen fühlen wir uns tief solidarisch mit allen Menschen, die in ihren Ländern für die Demokratie kämpfen. Wir stehen an ihrer Seite. Das ist - so empfinde ich es - die DNA der SPD in ihrem innersten Kern.

(Beifall)

Wir sehen, wie beispielsweise die große, starke, stolze amerikanische Demokratie derzeit aus den Institutionen heraus massiv angegriffen wird, und wir wissen noch nicht, ob sie widerstehen kann.

Aber die USA sind beileibe nicht das einzige Beispiel. In der Türkei wird eine gezielte Kriminalisierung von Führungspersönlichkeiten unserer Schwesterpartei, der CHP, betrieben. Umso mehr freue ich mich - auch er ist übrigens betroffen - dass ihr Vorsitzender heute unter uns ist. Herzlich willkommen, Özgür Özel!

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Lieber Özgür, du bist uns ganz besonders willkommen. Das haben wir eben gesehen. Wir sehen voller Hochachtung und Respekt euren Kampf für die türkische Demokratie. Wir sehen die breite Unterstützung, die ihr mit eurem Kampf in der türkischen Bevölkerung

habt. Wir als deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen euch mit allem, was wir haben, in eurem Kampf. Euer Kampf ist auch unser Kampf.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass du unter uns bist. Aber ich habe auch eine Bitte an dich. Bitte übermittle die herzlichen Grüße der deutschen Sozialdemokratie an den Oberbürgermeister von Istanbul, deinen Freund Ekrem Imamoglu.

(Starker Beifall)

Der Widerstand gegen seine Inhaftierung ist weltweit ein Symbol für den Kampf um die Demokratie. Und wäre er nicht inhaftiert, ich bin ganz sicher, er wäre heute auch unter uns.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, gerade vor diesem Hintergrund ist es gut, dass viele Vorsitzende von sozialdemokratischen Schwesterparteien uns die Ehre geben. Ich begrüße sehr herzlich - zum Teil von weit her - Matusz Szutai Esztok aus der Slowakei, Venko Filipçe aus Nordmazedonien, Jameson Timba aus Zimbabwe, Joshua Osih aus Kamerun, die Vorsitzende der tschechischen Schwesterpartei Jana Maláčová, aus Kroatien Siniša Hajdaš Dončić, aus Bulgarien Atanas Safirow und aus Kirgisien Temirlan Sultanbekov. Herzlich willkommen, euch allen von weit her!

(Beifall)

Und noch etwas treibt uns in diesen Tagen massiv um: Die Sorge um den Frieden. Liebe Genossinnen und Genossen, da gibt es einen Zusammenhang. Die Demokratie ist nämlich auch der beste Schutz für den Frieden und gegen Gewalt. Das sehen wir anhand vieler Beispiele. Die Welt ist im Moment ein sehr unsicherer Ort, und das ist das Ergebnis von Autokratie und Diktatur. Wir stehen als deutsche Sozialdemokraten an der Seite derjenigen Menschen, die zu Opfern dieser Entwicklung geworden sind. Das gilt im Sudan, wo ein unsinniger Bürgerkrieg Millionen von Menschen in eine Hungerkatastrophe geführt hat. Das gilt auch im Nahen Osten. Unsere Solidarität gilt den hoffentlich noch lebenden - genau weiß man es ja nicht -. israelischen Geiseln, die schon so lange Zeit unter entsetzlichen Bedingungen inhaftiert sind. Aber unsere Solidarität gilt auch den Menschen im Gaza-Gebiet, die nun schon so lange in ihrem eigenen Bereich von einer in die andere Ecke vertrieben werden und inzwischen schon Angst haben müssen, nicht mehr lebend nach Hause zurückkehren zu können, wenn sie morgens versuchen, Lebensmittel zu ergattern. Das muss aufhören, liebe Genossinnen und Genossen. Schluss mit der Gewalt im Nahen Osten!

(Beifall)

Und wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes, das jetzt seit mehr als drei Jahren Opfer eines russischen Angriffskrieges ist, der sich Nacht für Nacht und verhohlen vor allem auch gegen zivile Ziele richtet. Was dahintersteckt, hat Wladimir Putin vor wenigen Tagen klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Er sagte wörtlich: „Es ist kein Sprichwort, es ist kein Gleichnis, sondern eine alte Regel: Wo der Fuß eines russischen Soldaten hintritt, das gehört uns." Und er fügte hinzu - Zitat -: „Ich habe schon mehrmals gesagt, dass ich das russische und das ukrainische Volk als ein Volk betrachte. In diesem Sinne gehört uns die ganze Ukraine."

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin dafür, dass man die Dinge beim Namen nennt. Das ist völkischer Imperialismus.

(Lebhafter Beifall)

Und völkisches Denken, das bekämpft die deutsche Sozialdemokratie nun wirklich aus tiefster Überzeugung und schon immer, und zwar in jeder Gestalt, egal, ob als deutschen Rechtsextremismus oder ob als staatlichen Imperialismus. Wir sind die erbitterten Gegner von völkischem Denken in all seinen Schattierungen.

(Lebhafter Beifall)

Konstituierung

Wahl des Tagungspräsidiums

Ja, das sind wirklich schwierige Zeiten, und deswegen liegt ein interessanter Parteitag vor uns. Damit der gut läuft, brauchen wir ein gutes Präsidium. Aber ich kann euch sagen, es gibt auch einen sehr guten Vorschlag. Der lautet: Doris Ahnen, Kerstin Griese, Oliver Kaczmarek, Josephine Ortleb und Katja Pähle.

Darf ich fragen, ob sich sonst jemand berufen fühlt? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt zu? - Das ist jetzt eine große Zahl, aber wir fragen natürlich auch: Wer ist dagegen? - Da sehe ich niemanden. Wer enthält sich? - Auch niemand. Damit ist das Präsidium, das vorsorglich schon mal Platz genommen hat, installiert.

Damit bin ich jetzt auch bei meiner Schlussbemerkung, nämlich: Was wollen wir eigentlich unserem Parteitag wünschen? Das muss jeder von euch selbst beantworten. Aber ich wünsche mir eine Partei, die in diesen Tagen nach innen offen, fair und solidarisch miteinander diskutiert, und eine Partei, die mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität steht, aber gleichzeitig geschlossen und entschlossen für unsere Ziele

einsteht. Wenn uns das gelingt, dann wird das ein guter Parteitag. Wünschen wir uns das gemeinsam. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Stephan Weil, für deine Eröffnungsworte.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Namen des gesamten Tagungspräsidiums bedanken wir uns sehr für euer Vertrauen. Wir freuen uns auf die nächsten drei Tage mit euch.

Totengedenken

Es ist Tradition, dass wir auf Bundesparteitagen der in den vergangenen zwei Jahren verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gedenken.

Ich will an zwei Personen besonders erinnern. Wir gedenken Jürgen Schmude. Jürgen Schmude starb am 3. Februar 2025. Er war Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bundesminister des Inneren, der Justiz sowie für Bildung und Wissenschaft.

Außerdem gedenken wir Rudolf Dreßler. Rudolf Dreßler verstarb am 8. Januar 2025 in Königswinter. 2000 bis 2005 war er deutscher Botschafter in Israel, 1980 bis 2000 Mitglied des Deutschen Bundestags, 1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt Abschied in dankbarer Erinnerung. Wir werden Jürgen Schmude und Rudolf Dreßler nie vergessen.

Wir gedenken außerdem:

(Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Toten.)

Barbara Bergelt, Frieder Birzele, Thea Bock, Nadja Büteführ, Lutz da Cunha, Friedhelm Farthmann, Bernd Faulenbach, Edmund Feuster, Tilman Fichter, Günter Frank, Hans Frey, Hanns-Uwe Gebhardt, Eugen Gerritz, Ute Habermas-Wesselhoeft, Frank Haenschke, Thomas Hartung, Tobias Heilmann, Horst Heilmann, Hajo Hoffmann, Armin Jahl, Hildegard Kikel, Manfred-Klaus Kilimann, Klaus Klingner, Walter Kolbow, Hans-Jürgen Krupp, Gerhard Lang, Bernd Lange, Willi Lemke, Elke Leonard, Hardy Lux, Wilhelm

Malerius, Klaudia Martini, Hans Michael Maus, Christa Meier, Gerhard Merz, Renate Pepper, Gerhard Poppendiecker, Ursula Preuhs, Edzard Reuter, Horst Schild, Dieter Schinzel, Horst Schmidbauer, Ottilie Scholz, Friedrich Schorlemmer, Ulrich Schramke, Manfred Schüler, Eberhard Schulte-Wissermann, Wolfgang Schurreit, Karl Schwinke, Bodo Seidenthal, Rolf Selzer, Hans-Martin Simpfendörfer, Karla Spagerer, Antje-Marie Steen, Uta Titze-Stecher, Günter Topmann, Hans-Eberhard Urbaniak, Gert G. Wagner, Hans-Georg Wagner, Klaus Wagner, Günter Weber, Arnold Wilken, Claus-Josef Wilm, Christine Wischer und Berthold Wittich.

Lasst uns eine Minute gedenken.

(Schweigeminute)

Vielen Dank.

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich darf euch ganz herzlich hier auf dem Parteitag begrüßen.

Wir fahren fort mit der Konstituierung des Parteitags. Dazu noch ein paar technische Hinweise. Neben der Antragsberatung werden wir bei diesem Parteitag in OpenSlides auch digital wählen. Damit das heute bei den Wahlen für die beiden Parteivorsitzenden gut klappt, werden wir die erste Wahl am heutigen Tag über die Mandatsprüfungs- und Zählkommission ebenfalls über OpenSlides durchführen und dort bestätigen. Bitte loggt euch jetzt schon mit euren Zugangsdaten ein und - wichtig! - schaltet euch auf „anwesend“. Klickt dazu oben rechts im Fenster am Bildschirm auf euren Namen. Darunter findet ihr das entsprechende Kästchen. Danach geht bitte in den Automodus, und das Programm wird euch zuverlässig durch den gesamten Parteitag führen.

Beschluss über die Tagesordnung

Zuvor kommen wir jedoch zur Abstimmung über die Tagesordnung. Den Vorschlag findet ihr als Vorlage 2 in OpenSlides unter „Dateien“. Wir wollen heute unsere Parteispitze wählen und den Leitantrag „Veränderung beginnt mit uns“ beschließen. Am Samstag, also morgen, wird unser ehemaliger Bundeskanzler Olaf Scholz zu uns sprechen, und wir werden unsere Parteivorsitzende Saskia Esken nach sieben Jahren aus dem Amt verabschieden. Dann werden wir die Wahlen fortsetzen.

Um euch als Delegierte daran zu beteiligen, welche Anträge wir prominent auf diesem Parteitag debattieren werden, wird es morgen zu Beginn des Sitzungstags gemeinsam mit euch eine Priorisierung von verschiedenen Antragsbereichen geben, und ihr könnt darüber abstimmen. Diese Anträge, über die ihr abstimmen könnt, sind bisher nicht im Ablauf vorgesehen. Diese Abstimmung findet, wie gesagt, morgen zu Beginn der Sitzung statt.

Am Sonntag wollen wir unter anderem den Antrag „Wehrhafte Demokratie heißt handeln“ beschließen.

Wir schlagen euch zudem in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für Initiativanträge sowie den Kandidaturenbeschluss für die Einzelwahlen heute auf 15:30 Uhr und für weitere Wahlvorschläge heute auf 21:00 Uhr zu legen.

Wer mit diesem Vorschlag und auch mit der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Die sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? Die sehe ich auch nicht. Dann verfahren wir so.

Beschluss über die Geschäftsordnung

Der Vorschlag für unsere Geschäftsordnung liegt euch in Vorlage 3 vor. Wie eben angekündigt, wollen wir unsere Wahlen auch digital per OpenSlides durchführen. Damit ihr das einmal probieren könnt, werden wir gleich die MPZK in OpenSlides digital bestätigen.

Da digitale Wahlen etwas Vorbereitung benötigen, werden wir für die Delegiertenummeldung ein zeitliches Ummeldefenster für den jeweiligen Sitzungstag festlegen. Heute sind Ummeldungen bis zwei Stunden nach der Eröffnung des Parteitags möglich, sprich, bis 16:00 Uhr. Morgen sind Ummeldungen bis 30 Minuten nach dem Beginn des Parteitags möglich sowie eine Stunde nach den Wahlen der weiteren Parteivorstandsmitglieder sowie nach der Wahl der Kontrollkommission. Am Sonntag wird das Zeitfenster eine Stunde nach der Eröffnung des Sitzungstags geöffnet sein.

Ich bitte euch auch um Zustimmung für diese Regelungen und die gesamte Geschäftsordnung. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Das sehe ich auch nicht. Dann werden wir nach dieser Geschäftsordnung verfahren. Herzlichen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium, liebe und Genossen, es gibt auch immer Geburtstagskinder, die bereit sind, ihren Geburtstag mit uns auf dem Parteitag zu feiern. Ich finde, so etwas ist einer besonderen Erwähnung wert. Es gibt sogar eine, die ihren Geburtstag im Tagungspräsidium verbringt. Ganz herzlichen Glückwunsch, liebe Katja Pähle! Sie hat heute Geburtstag.

(Beifall)

Geburtstag haben auch Petra Seide-Matthies, die als Gast am Parteitag teilnimmt,

(Beifall)

Andreas Trägler, der ebenfalls als Gast am Parteitag teilnimmt.

(Beifall)

Dunja Kreiser ist Delegierte und ist heute unter uns.

(Beifall)

Torsten Rekewitz ist Delegierter und nimmt auch heute am Parteitag teil, obwohl er Geburtstag hat.

(Beifall)

Stefan Reinig macht selbiges. Eva-Maria Bielecki und Tim-Fabrice Hermann als Gast.

Euch allen herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

(Beifall)

Geburtstag feiert man besonders gerne in der Familie. Ihr seid heute in der sozialdemokratischen Familie, und die ist bekanntlich ziemlich groß.

Liebe Genossinnen und Genossen, Katja hat es schon mal gesagt: Wir werden auf diesem Parteitag, was die Wahlen angeht, OpenSlides nutzen, also die Wahlen digital durchführen. Bei der Mandatsprüfungs- und Zählkommission müssten wir das eigentlich noch nicht tun. Darüber könnten wir auch noch mit offenem Kartenzeichen abstimmen. Aber Übung macht den Meister bzw. die Meisterin, und deswegen haben wir uns entschieden, dass wir bei der Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Ganze jetzt schon einmal testen wollen. Also führe ich euch jetzt da durch, und wenn es dabei Schwierigkeiten gäbe, wäre es ja noch nicht so schlimm. Dann hätten wir die Möglichkeit, euch noch mal zu unterstützen und zu helfen. Deswegen, wie gesagt, wählen wir jetzt die Mandatsprüfungs- und Zählkommission über OpenSlides.

Bitte loggt euch jetzt mit euren Zugangsdaten ein. Ich hoffe, das habt ihr schon getan. Wenn nicht, wird es jetzt allerhöchste Zeit. Wichtig: Schaltet euch auf „anwesend“. Klickt dazu oben rechts im Bildschirm auf euren Namen. Darunter findet ihr das entsprechende Kästchen zum Anklicken. - Das scheint alles noch mit großer Gelassenheit entgegengenommen zu werden. Danach geht bitte im Menü links in den Autopiloten, damit ihr auf dem Parteitag nichts verpasst und gut durch den Parteitag geführt werdet. - Das scheint auch zu gelingen.

Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Der Vorschlag zur Besetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission wird euch unter den Dateien als Vorlage 4 angezeigt.

Wenn es bis jetzt keine Probleme gibt, dann würden wir gleich mit der Abstimmung beginnen. Ich sage noch mal: Wenn während des Abstimmungsvorgangs irgendwo ein Problem auftaucht, dann hebt bitte das Kartenzeichen. Es stehen genug Personen im Raum zur Verfügung, die euch dann unterstützen können. Aber bis hierhin habe ich einen sehr guten Eindruck.

Dann würden wir jetzt mit der Abstimmung beginnen. Im Autopiloten seht ihr jetzt die Abstimmung und könnt eure Stimme abgeben. Wie gesagt, wenn ihr Unterstützung braucht, zeigt bitte das Kartenzeichen an. Allerdings sage ich gleich, bevor alle das Kartenzeichen nehmen: Nein, ich habe den Stimmzettel auch noch nicht. Also warten wir da eine Sekunde. Das dauert einen Moment. - Jetzt ist er da.

Wenn ihr jetzt noch Unterstützung braucht, zeigt das bitte mit dem Kartenzeichen an. - Gibt es da einige, die Unterstützung brauchen? - Da kommt auch gleich jemand. Da kommt auch gleich mit dem Kartenzeichen an. Diejenigen, bei denen das alles schon funktioniert, können natürlich die Stimme abgeben. Wenn ihr sie abgegeben habt, bleibt bitte sitzen, damit die Kolleginnen und Kollegen, die Unterstützung leisten, durch die Reihen kommen können. Ihr könnt also abstimmen.

Gibt es irgendwo noch Probleme? - Ja, hier vereinzelt. Rechts ist noch eine Meldung. Ganz links war, glaube ich, auch noch eine.

(Abstimmung per OpenSlides)

Ich frage noch einmal: Gibt es noch irgendwo Probleme? - Ganz rechts, ganz hinten links und hier vorne auch noch. Haltet doch bitte noch einmal eure Karte hoch, wenn es irgendwo Probleme gibt. - Keine Sorge, das wird gleich alles bei den nächsten Abstimmungen viel schneller gehen, denn das Hauptproblem dürfte jetzt am Anfang ja

sein, eingeloggt zu sein und an der richtigen Stelle zu sein. Deswegen nehmen wir uns jetzt hier einen Moment Zeit, damit wir das nachher alles ganz schnell machen können und tatsächlich jede und jeder auch eine Ansprechpartnerin gefunden hat.

Ich würde euch jetzt folgenden Vorschlag machen, da doch die allermeisten abgestimmt haben, sodass wir auf jeden Fall ein Ergebnis haben: Es ist jetzt identifiziert, wo es vielleicht noch bei einem oder zwei oder dreien Probleme geben könnte. Wir nutzen die Zeit bis zu den nächsten Abstimmungen, um diese Probleme zu beheben. Wir haben jetzt, glaube ich, mit einer sehr hohen Beteiligung abstimmen können, und damit schließe ich den Wahlgang.

Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt ein Ergebnis vor: 535 haben mit Ja gestimmt, drei mit Nein und null Enthaltungen. Abgegebene Stimmzettel: 538. Also, diese erste Abstimmung haben wir mit Erfolg bestanden. Damit gibt es jetzt auch eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die lieben Genossinnen und Genossen, die sich für diese Aufgabe bereiterklärt haben, kommen auch gleich zum Einsatz. Der Treffpunkt ist von euch aus gesehen links vor der Bühne am Wortmeldetisch. Ihr werdet dort von der Kollegin Caroline Nietzeldt in Empfang genommen und in den Raum der MPZK geführt. Also machen sich bitte alle Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitte nach hier vorne zu Caro auf - die steht dort mit der roten Karte - und nehmen ihre Tätigkeit auf. Vielen Dank für eure Bereitschaft und viel Erfolg für eure Arbeit.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt eine große Freude. Ich darf nämlich für das allererste Grußwort auf diesem Parteitag unsere DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi begrüßen. Wir freuen uns sehr, Yasmin, dass du dir die Zeit nimmst, heute bei uns zu sein, und freuen uns sehr auf dein Grußwort. Sei herzlich willkommen!

(Beifall)

Grußwort der DGB-Vorsitzenden

Yasmin Fahimi, DGB-Vorsitzende:

Liebe Doris, herzlichen Dank für die Begrüßung. -Liebe Saskia, lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich natürlich sehr, hier ein Grußwort halten zu dürfen und die Gelegenheit zu haben, euch etwas aus der gewerkschaftlichen Perspektive für eure Beratungen und Diskussionen mitgeben zu dürfen. Ihr wollt auch nach dem Parteitag noch sehr grundsätzlich weiterdiskutieren. Das ist gut so. Weil das

ja kein Prozess der Selbstbeschäftigung sein soll, ist es auch gut, wenn wir unsere bewährte Zusammenarbeit weiter fortsetzen. In diesem Sinne und für euren Parteitag übermittle ich euch deswegen die herzlichsten Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbunds und all seiner Mitgliedsgewerkschaften und wünsche euch viel Erfolg für den heutigen Tag.

(Beifall)

Dann habe ich euch heute natürlich heute auch etwas ganz Besonders mitgebracht. Ich war nicht ganz sicher, ob das heute tatsächlich so klar ist oder nicht, aber es liegt ein Ergebnis der Mindestlohnkommission vor. Deswegen lasst mich aus aktuellem Anlass etwas zusätzlich dazu sagen.

Auf der Grundlage eines Vermittlungsvorschlags, muss man sagen, der Vorsitzenden der Kommission ist heute beschlossen worden, dass der Mindestlohn zum 01.01.2026 auf 13,90 Euro und dann im zweiten Schritt auf 14,60 Euro angehoben werden soll. Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann euch sagen: Das ist ein verdammt hartes Ringen gewesen, und wir lagen mit den Arbeitgebern sehr weit auseinander. Manche Arbeitgeber hätten am liebsten eine Nullrunde eingezogen. Doch die auch im Vorfeld sehr reißerischen Untergangsbilder für die deutsche Wirtschaft, die da konstruiert worden sind, und das Verhalten der Arbeitgeber - das muss ich an dieser Stelle sagen -, das ist der Menschen im Niedriglohnsektor in diesem Land unwürdig.

(Beifall)

Ihr könnt euch sicher sein, dass wir es uns nicht leichtgemacht haben. Wir sind vor diesem Hintergrund durchaus auch bereit gewesen und hätten uns nicht gescheut, die Kommission platzen zu lassen. Wir haben aber gesagt, wir messen das Ergebnis an zwei wesentlichen Kriterien, die auch so miteinander vereinbart sind, nämlich erstens eine ordentliche Erhöhung auf Basis des Tarifindex und zweitens die Erreichung von 60 Prozent Medianlohn. Letztlich müssen wir zu dem Ergebnis kommen, auch wenn es ein zum Teil schwieriger Kompromiss war, dass wir es erreicht haben. Es gibt nun ein Plus von 14 Prozent, und im zweiten Schritt werden wir im Durchschnitt 60,4 Prozent Medianlohn erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass manche Erwartungen vielleicht höhergelegen haben, aber ich sage euch auch: Letztendlich wollen wir diese beiden wesentlichen Ziele: Ein deutliches Plus und das Erreichen eines Medianlohns, als den Einstieg in einen echten armutsfesten Mindestlohn verstehen. Wir haben ein Interesse daran, dass die Kommission weiter funktioniert und dass eben nicht die Politik allein darüber entscheidet, wie sich der Mindestlohn in Zukunft darstellt; denn wir wissen nie,

wie die Konstellationen in Zukunft sein werden. Deswegen bitte ich euch um Unterstützung dieses Ergebnisses. Und denkt vor allem an eines: Der Mindestlohn kann für uns immer nur eine untere Haltelinie sein. Wer faire Löhne will, der muss jetzt ein klares Bekenntnis für Tarifbindung in diesem Land sicherstellen.

(Beifall)

Ich komme aber noch einmal zurück zu der Grundsätzlichkeit meines Grußwortes. Ja, es geht um nicht weniger - und damit müsst ihr euch auseinandersetzen - als um die Frage: Welches gesellschaftliche Fortschrittsversprechen soll es sein, das die Sozialdemokratie den Menschen anbietet? Wie würdigen wir den gesellschaftlichen und eben auch den ökonomischen Wert der Arbeit? Welches Wirtschaftsmodell brauchen wir eigentlich für die Zukunft, für unseren Wohlstand und für Stabilität?

Wir alle wissen: Wenn wir das erreichen wollen, dann werden wir keine Klein-Klein-Reformen gebrauchen können. Wir dürfen darin nicht steckenbleiben. Das große Ziel der sozialökologischen Erneuerung ist richtig und wichtig, aber wir müssen auch realisieren, dass dieser Wurf zunehmend ins Wanken gerät. Für uns Gewerkschaften - das will ich aber ganz deutlich sagen -, ist völlig klar: Kein Weg führt an einem solchen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 vorbei. Klar ist aber auch, dass daraus nichts wird, wenn die Erreichung dieses Ziels mit schweren ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergeht, wenn sie zu einer regulativen und finanziellen Überforderung der Unternehmen führt und wenn damit die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts und der Beschäftigten nachhaltig gefährdet werden.

Deswegen bitte ich darum: Lasst uns gemeinsam darum ringen, dass wir pragmatische Lösungen finden, nicht, um den Fortschritt auszubremsen, sondern um ihn überhaupt noch zu ermöglichen. Der ökologisch notwendige Umbau unserer Wirtschaft wird nicht gelingen ohne die nötige gesellschaftliche Akzeptanz und ohne dass den Menschen klar ist und dass für sie klar erkennbar ist, dass dieser Umbau eben auch unmittelbare Vorteile für sie mit sich bringt.

(Beifall)

Deswegen reicht eine Politik der versprochenen Glücksmomente in der Zukunft nicht, nach dem Motto: Zuerst die Schmerzen und dann vielleicht ein besserer Alltag. Das funktioniert so nicht, und das ist auch ungerecht. Ihr müsst dafür sorgen, dass es eine ausbalancierte Politik für Wirtschaft und für sozialen Fortschritt in diesem Land gibt.

(Beifall)

Wir haben deswegen seit Jahren und mit großen Teilen von euch auch für zusätzliche Investitionen in diesem Land gerungen, und zwar nicht im Klein-Klein, sondern wirklich im Großen. Deshalb freuen wir uns, dass es zumindest gelungen ist, dass es der SPD gelungen ist, sich mit ihrer Forderung nach einem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für staatliche Investitionen in technische und soziale Infrastruktur - ich will es noch einmal betonen: in technische und soziale Infrastruktur - durchzusetzen. Jetzt müsst ihr wirklich auch dafür sorgen, dass es zusätzliche Investitionen in Technik und Soziales gibt. Aber trotzdem einmal vorweg: Gratulation - insbesondere auch an dich, lieber Lars - für dieses Verhandlungsergebnis!

(Beifall)

Wir haben damit ja nicht nur zum Ausdruck gebracht, dass der Investitionsstau eine Zukunftsbremse gerade auch für die junge Generation ist, sondern dass es auch um die Frage geht, dass der Staat eine aktive Gestaltungsrolle hat und dass man eben nicht der verhängnisvollen Maxime von „Markt vor Mensch“ folgt.

Genauso wichtig sind auch viele industriepolitische Maßnahmen gewesen, die ihr verabredet habt: Die Deckelung der Netzentgelte, die Einführung eines Industriestrompreises, die Fortführung der Klimaschutzverträge, die Einigung auf den Investitionsbooster. Liebe Genossinnen und Genossen, das muss jetzt auch kommen, und es muss bitte auch so kommen, dass klar ist, dass das nicht einfach Steuergeschenke an die Privatwirtschaft sind, sondern dass das klar verbunden wird mit Standortzusagen, mit Tarifbindung, mit einer Treue an diesen Standort, dass wir wirklich auch nachhaltige Wirtschaftsstrukturen in diesem Land bekommen.

(Beifall)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, weil ich euch noch einmal zu dem Big Picture mitnehmen will. Wir sehen uns mit neuen geopolitischen und geoökonomischen Realitäten konfrontiert. In den USA müssen wir erleben, wie ein Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit als Präsident in einem Ausmaß wütet, dass man kaum für möglich gehalten hätte, mit einer völlig erratischen Zollpolitik und verheerenden Auswirkungen nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für die US-amerikanische Wirtschaft, wie deutsche Unternehmen massiv unter Druck gesetzt werden, damit sie ihre bisherigen Nachhaltigkeits- und Diversitätsstrategien aufgeben.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es geht um etwas sehr viel, noch viel Grundsätzlicheres: Die Trump-Administration leitet gezielt Angriffe auf Errungenschaften einer sozial ausbalancierten Marktwirtschaft ein. In den USA formiert sich eine neue, radikalkapitalistische Herrschaftsbilanz zwischen Politik und Big Tech,

die mit ihren ideologischen Angriffen nicht nur auf Vielfalt, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit abzielt, sondern auch ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell will, und das mit der stärksten Waffe zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in der Hand, nämlich mit algorithmisch gesteuerten Plattformen in der Hand von Oligarchen. Die rechtsstaatliche und demokratische Ordnung soll Stück für Stück ausgehebelt werden. Dabei geht es nicht allein, was ja schlimm genug wäre, um radikale Marktideen aus der Schule der Chicago Boys, nein es geht um totalitäre Ideen eines Peter Thiel, der den Markt abschaffen will, der Wettbewerb für falsch hält, der sagt, Marktwirtschaft ist etwas für Feiglinge, der eine totalitäre Idee von der Abschaffung der öffentlichen Ordnung schaffen will, wo gewählte Regierungen abgeschafft werden sollen und stattdessen eine Etablierung von sogenannten Freedom Cities erfolgen soll - unter der Kontrolle gigantischer Tech-Unternehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen: Ja, es geht um etwas sehr Grundsätzliches. Es geht um den Kampf um die zukünftigen Gesellschaftssysteme, und deswegen könnt ihr gar nicht grundsätzlich genug diskutieren. Wir müssen diesen radikalkapitalistischen Tendenzen eine klare Antwort geben mit Europe United, und zwar einem Europa der Gemeinschaft, des sozialen Fortschritts und der eigenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

(Beifall)

Deswegen wird es nicht reichen, wenn die Europäische Kommission allein auf mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau setzt. Im Gegenteil: Wenn dadurch europaweit zentrale soziale Standards und Sorgfaltspflichten von Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten und der Menschenrechte infrage gestellt werden, dann ist das ein Einknicken unseres bewährten Wirtschafts- und Sozialmodells, das über Jahrzehnte hinweg der Garant für unseren Wohlstand gewesen ist. Diese allgemein beschworene Wettbewerbsfähigkeit erreichen wir nicht durch Absenken von Unternehmenssteuern, Abbau von Sozialleistungen oder das Infragestellen von Arbeitnehmerrechten. Die sinkenden Exportnachfragen aus USA und China werden so nicht kompensiert, sondern Europa muss eine Führungsrolle bei Schlüsseltechnologien schaffen. Europa braucht eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, eine Stärkung der Binnennachfrage und eine Vertiefung der Integration des EU-Markts mit Local-Content-Politik, das heißt, einer Berücksichtigung der europäischen Wertschöpfung von entsprechenden Ketten in Europa und für die Welt. Wir brauchen eine europäische Politik, die im Zeichen größerer Souveränität und Resilienz steht, sowie Aufwendungen für Forschung und Bildung und mehr Stabilität und Planungssicherheit bei den politischen Vorgaben. Das ist Qualität, das ist Innovation - und nicht Deregulierung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will auch deutlich sagen: Nationale und europäische Vergaben von öffentlichen Fördermitteln, von Steuergeldern dürfen nicht mit dem Gießkannenprinzip an die Privatwirtschaft verschwendet werden. Wir wollen für das deutsche Investitionspaket und wir wollen für die europäischen Fördermittel feste Zusagen zu Standortsicherung und Tarifgebundenheit; denn die Arbeitgeber machen europaweit eine Kampagne zur Deregulierung auf Kosten sozialer Rechte und Absicherung. Diese unsäglichen Debatten, die wir erleben über Arbeitszeit, über Einschränkung des Streikrechts, über Karenztage bei der Lohnfortzahlung usw., die da vom Zaun gerissen werden, das soll ja nicht nur von den eigenen Versäumnissen ablenken. Es handelt sich dabei eben auch um einen Frontalangriff auf unser erfolgreiches soziales Marktwirtschaftssystem. Ich frage mich manchmal, ob die Arbeitgeber inzwischen eigentlich nur noch die Interessen von ihren tarifpflichtigen Mitgliedern vertreten oder ob sie sich auch zu unseren Prinzipen eines sozialregulierten Systems bekennen. Das ist die Frage, die man an die Arbeitgeber richten muss, und dafür brauchen wir auch eine gemeinsame Kampagne.

Von euch erwarte ich deswegen, dass diese Attacken und diese gezielte Verächtlichmachung der Beschäftigten in unserem Land abgewehrt wird, dass ihr euch starkmacht für Wirtschaftsdemokratie und soziale Gerechtigkeit und dass ihr den Beschäftigten endlich ein klares Signal aussendet: Wir schaffen die Tarifwende. Wir wollen endlich fair ausverhandelte Arbeitsbedingungen und Löhne für alle. Also: Macht euch stark mit uns als Tarif-Fighter und setzt euch endlich für ein wirksames Bundestariftreuegesetz ein.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss. In Summe: Es gibt vieles, für das man und über das man streiten muss. Auch ihr heute bzw. in den nächsten Tagen. Aber tut euch selbst einen Gefallen und steht vor allem zu den Themen, zu Themen wie Arbeit und Soziales in Verbindung mit Wirtschaft, und steht dazu unzweifelhaft auch mit Blick darauf, dass ihr die verantwortlichsten Personen an der Spitze der Partei mit einem starken Mandat ausstattet.

Ich wünsche dir, liebe Bärbel, und dir, lieber Lars, jedenfalls viel Kraft und ein gutes Händchen für die vielen gemeinsamen Themen, die wir voranbringen müssen. Insofern viel Erfolg weiterhin auch gemeinsam.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen lasst mich zum Schluss noch eine Bitte an euch richten mit einem kurzen Blick in die Welt. Viele Menschen mögen keine Nachrichten mehr sehen, Nachrichten über Kriege oder weitere drohende Kriege. Umso mehr bin ich der Überzeugung, dass es Orientierung braucht, eine Orientierung auch für eine Idee davon, wie wir Frieden dauerhaft sichern können. Es wäre vermessen, an dieser Stelle jetzt darauf im Detail einzugehen, aber ich bitte euch um eines: Bei allen berechtigten und notwendigen Diskussionen um Anstrengungen zur Verteidigung des Landes und im Bündnis darf die Frage nicht untergehen, wie wir eine neue Sicherheitsarchitektur in der Welt wieder stärken. Eine Debatte darum, was eigentlich Verteidigungsfähigkeit ist, ist berechtigt und braucht auch mehr Klarheit, aber vor allem darf sie niemals im Widerspruch stehen zum Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstungsvereinbarungen - nicht gegenüber Russland und nicht gegenüber anderen Atommächten in der Welt. In der Tradition der sozialdemokratischen Geschichte seid ihr es, die für eine pragmatische und kluge Friedensstrategie gestanden habt, weiter stehen könnt und weiter stehen müsst. Bleibt dabei. - Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Yasmin, ganz herzlichen Dank für dein Grußwort. Du hast viele Felder aufgezeigt, in denen wir voneinander wissen und miteinander wissen und wo wir die gleichen Ziele vertreten. Dafür ganz herzlichen Dank.

Vorlage der Rechenschaftsberichte
Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir jetzt zur Entlastung des Vorstands kommen, rufe ich die Rechenschaftsberichte auf. Der Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs liegt euch schriftlich vor. Für den Bericht des Schatzmeisters bitte ich gleich Dietmar Nietan nach vorne, um seinen Bericht abzugeben, und im Anschluss Brigitte Reckmann für die Kontrollkommission. Dietmar, du hast das Wort.

(Beifall)

Dietmar Nietan, Schatzmeister:

Liebe Genossinnen und Genossen! „Veränderung beginnt mit uns“, so lautet das Motto unseres Parteitags. Grundlegende Veränderungen muss es aber auch bei uns selbst als Parteiorganisation geben, und weil das so dringlich ist, erlebt ihr nun, dass ich zum zweiten Mal in meiner Amtszeit neben meinem schriftlichen Bericht mich auch hier zu Wort melde. Ich mache das nicht ohne Grund. Spätestens nach dem katastrophalen Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl dürfte jeder und jedem klar sein, dass die SPD mit diesem Ergebnis mit massiven Einbrüchen in Millionenhöhe bei den Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung rechnen muss, und das in einer Zeit, wo wir ganz im Sinne der inhaltlichen, aber insbesondere auch der organisatorischen Erneuerung eigentlich Millionen in die Modernisierung unserer Parteiorganisation investieren müssten.

Deshalb sage ich ganz deutlich, liebe Genossinnen und Genossen: Wir müssen beim Tempo, alte Zöpfe abzuschneiden und echte, auch organisationspolitische Reformen zu machen, schneller und besser werden. Wir haben an dieser Stelle kein Beschlussproblem. Wir haben gute Beschlüsse gefasst in den letzten Jahren, wie wir uns modernisieren können. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Ich will das sehr deutlich sagen: Ich werde als Schatzmeister ein weiteres Zögern und Zaudern in der Umsetzung dieser Beschlüsse nicht dulden. Ich kann es nicht dulden, denn wenn wir diese Reformen nicht schnell auf den Weg bringen, dann wird das mittelfristig die finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD gefährden, und ihr wisst: Keine politische Handlungsfähigkeit, wenn es nicht auch eine finanzielle Handlungsfähigkeit gibt.

Deshalb sage ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Die manchmal menschlich verständliche Attitüde, dass wir uns oft zu lange davor drücken, organisationspolitischen und finanziellen Wahrheiten auch ins Auge zu schauen, das muss ein Ende haben. Deshalb möchte ich in den nächsten Monaten mit euch, mit den Landesverbänden und mit den Bezirken mit konkreten Zielvereinbarungen arbeiten, die transparent machen, wer sich bei diesem notwendigen Weg auf den Weg macht und wer auch nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben schon einiges geleistet. 2018 habe ich mit Andrea als Parteivorsitzender und mit Lars als Generalsekretär eines der größten Konsolidierungskonzepte auf den Weg gebracht, um die SPD-Finanzen in Ordnung zu bringen, und das ist uns auch gelungen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich will das an dieser Stelle auch einmalsagen: Nicht nur durch die Unterstützung von Lars und Andrea, sondern auch durch die Unterstützung der vielen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus haben wir hier richtig was geleistet, das die Partei wieder auf finanzielle Füße gestellt hat. Dafür möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Allerdings muss ich auch sagen, aufgrund des Umstands, dass die 2018 damals noch von der damaligen Großen Koalition auf den Weg gebrachte Reform des Parteiengesetzes am Ende vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert ist; drohten uns hier Rückzahlungsforderungen in zweistelliger Millionenhöhe. Ich will deshalb auch nicht verhehlen, dass es sich am Ende ausgezahlt hat, dass wir nach diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Anfang an mit allen demokratischen Partien - CDU/CSU, FDP, Grünen und der Partei Die Linke - gemeinsam an einer grundlegenden Reform des Parteiengesetzes gearbeitet haben, um am Ende eine verfassungskonforme und auch transparente Erhöhung der absoluten Obergrenze hinzubekommen. Ich will das an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Ohne diese Reform wäre die SPD nach der letzten Bundestagswahl in echte finanzielle Turbulenzen geraten.

Deshalb, wo wir auf diesem Parteitag aus guten Gründen so viel über Erneuerung und Neuaufstellung sprechen, möchte ich euch bitten, dass wir unsere Kräfte wirklich bündeln, dass wir in Zukunft unsere Ressourcen miteinander, aufeinander abgestimmt - Landesverbände, Bezirke und Bundespartei - bündeln und gemeinsam planen und umsetzen, denn dann schaffen wir die finanziellen Voraussetzungen, wichtige Reformen auch wirklich auf den Weg zu bringen.

Ganz im Sinne von „Veränderung beginnt mit uns“ will ich euch sagen, dass das auch gelingt. Ich möchte mich bei den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern der 22 Landesverbände und Bezirke bedanken. Dort haben wir es geschafft, dass aus dem Strukturfonds der Landesverbände und Bezirke heute - schon ganz in Routine - wichtige Investitionen in die Digitalisierung der Partei gemeinsam geleistet werden. Diesen Weg, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir weitergehen.

Deshalb will ich zum Schluss darauf hinweisen: Unter der Überschrift „Handeln statt hadern“ hat der Parteivorstand einen organisationspolitischen Leitantrag eingebracht. Den werden wir morgen am späten Nachmittag beraten. Dort geht es darum, genau das zu schaffen, von dem ich spreche: Einen Finanzierungsbaukasten, der es uns ermöglicht, gemeinsam die großen Herausforderungen finanziell trotz der schwierigen Rahmenbedingungen stemmen zu können. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich euch darum, dass ihr morgen in der Debatte, aber dann auch in der Abstimmung diesen Antrag unterstützt, weil er die Grundvoraussetzungen schafft, in Zeiten mit weniger Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung durch Standardisierung, durch Zentralisierung, durch engere Zusammenarbeit, aber auch durch die neuen Strukturen von neuen Finanzierungsinstrumenten gemeinsam die Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir für die Reform brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Sinne bitte ich euch um eure Unterstützung, nicht nur morgen, sondern auf diesem Weg, die Partei zu modernisieren. Wir können das schaffen, aber dann müssen wir jetzt wirklich gemeinsam handeln und nicht hadern. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dietmar, für deinen Bericht und vor allen Dingen für die viele Arbeit für unsere Parteiorganisation.

(Beifall)

Jetzt bekommt das Wort Brigitte Reckmann für die Kontrollkommission.

Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission
Brigitte Reckmann, Kontrollkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Bundeskontrollkommission hat seit dem letzten Parteitag gemäß ihrem Auftrag regelmäßig die Bücher der Bundespartei und deren Finanzgebaren überprüft. Aufgrund der in den letzten Jahren eingeführten Projektsteuerung und der Sorgfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - insbesondere derer in der Schatzmeisterei - haben wir keine Verstöße gegen die festgestellt. Die Budgets sowohl für den Betriebshaushalt als auch für die Wahlkämpfe wurden eingehalten.

Allerdings wird es, wie ihr eben gehört habt und auch aus eigener Erfahrung wisst, durch das Ergebnis der letzten Wahl hohe finanzielle Einbußen geben. Dass sich der Vorstand zusammen mit dem Schatzmeister bereits Gedanken dazu gemacht hat und nach den organisationspolitischen Veränderungen, die auf dem letzten Parteitag beschlossen wurden, auch dieses Mal wieder einen Antrag vorlegt, der Entwicklung und Bestand der Partei sichern soll, das hat die Kontrollkommission sehr gerne gesehen. Aber das allein wird nicht reichen.

Bei der Vorbereitung unseres Berichts ist mir meine Rede von 2017 in die Hände gefallen, und zu meinem Schreck: Eigentlich hätte ich sie heute wenig verändert noch einmal halten müssen. Drei Problempunkte haben wir damals aufgezeigt.

Das Erste waren die Standards von Veranstaltungen und Inszenierungen. Unsere Forderung war ein schonenderer Umgang mit Ressourcen. Ein bisschen weniger Pomp und Show zugunsten der Inhalte. Schon durch die dramatische Erhöhung der Kosten für Hallen, Technik, Personal usw. haben wir hier Fortschritte gemacht. Der Auftritt der Partei muss mit den Inhalten übereinstimmen. Nur bunte Bilder helfen uns nicht weiter.

Ein zweiter wichtiger Punkt war die Personalentwicklung. Unsere damalige Forderung, ein gemeinsames Personalentwicklungskonzept für Willy-Brandt-Haus, Länder und Bezirke umzusetzen, steckt noch immer in den Kinderschuhen. Die Organisation in der Fläche droht oft auszubluten. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird immer geringer. Die Grundsatzfrage, wer macht Politik und wer organisiert diese Politik, ist aus unserer Sicht bis heute nicht ausreichend beantwortet. Die in Angriff genommenen Maßnahmen zur Reorganisation müssen evaluiert und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch mit den Betriebsräten final geklärt werden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das engste Bindeglied zu unseren Mitgliedern, aber auch zu den Menschen, die wir überzeugen wollen. Nur wenn sie wissen, wo sie stehen und was von ihnen erwartet wird, können sie motiviert und engagiert ihre Aufgaben erledigen.

Der dritte Punkt meiner damaligen Rede war die Verantwortung im Ehrenamt. Dazu habe ich auf dem letzten Parteitag ausführlich Stellung genommen und unsere Erwartungen auch gegenüber dem Parteivorstand erläutert. Aber: Wir alle sind diese Partei, und wie es ein Genosse auf dem Landesparteitag in NRW gesagt hat: Solange den eigenen Parteimitgliedern eine interne Fraktionssitzung wichtiger ist als der Infostand im Wahlkampf, so lange werden wir nicht ernst genommen.

(Beifall)

Wir müssen uns der Debatte mit den Menschen stellen und die Positionen der Sozialdemokratie selbstbewusst erläutern und verteidigen.

Wie gesagt, Veränderung beginnt mit uns. Lasst uns streiten über unsere Positionen, aber solidarisch und mit Respekt. Es stehen auf diesem Parteitag viele inhaltliche Fragen an, die dringend beantwortet bzw. geklärt werden müssen. Bitte vergesst aber nicht, dass auch die Organisation der Partei gut aufgestellt sein muss, um die Umsetzung der Inhalte zu gewährleisten.

Mir bleibt, mich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Kontrollkommission zu bedanken: Bei der Hausleitung des Willy-Brandt-Hauses für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung bei zu klärenden Fragen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schatzmeisterei für ihre zuverlässige Zuarbeit

und beim Schatzmeister, der mit unermüdlicher Energie seit Jahren an der Aufgabe der Reform der Organisation arbeitet.

Ihr habt nun die Berichte über die Tätigkeit des Vorstands entgegengenommen. Der finanzielle Teil wurde von uns geprüft. Als Vorsitzende der Kontrollkommission beantrage ich die Entlastung des Vorstands. - Vielen Dank.

(Beifall)

Entlastung des Vorstandes
Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank auch dir, Brigitte, für deinen Bericht und auch für die Arbeit der Kontrollkommission.

Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen, sodass wir jetzt darüber abstimmen können, was Brigitte beantragt hat, nämlich über die Entlastung des Vorstandes.

Wir stimmen jetzt darüber ab. Wer für die Entlastung des Vorstands stimmt, die bzw. den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine. Dann haben wir als Parteitag den Vorstand damit entlastet. Vielen Dank dafür.

Reden der Kandidatin und des Kandidaten für den Parteivorsitz verbunden mit der Beratung des Leitantrags L01 „Veränderung beginnt mit uns“
Wir kommen jetzt zu den Reden der Kandidatin und des Kandidaten für den Parteivorsitz. Uns liegen zwei Kandidaturen vor, nämlich die von Bärbel Bas und die von Lars Klingbeil. Die beiden werden sich gleich vorstellen bzw. ihre Reden halten und gleichzeitig auch den Leitantrag L01 mit der Überschrift „Veränderung beginnt mit uns“ einbringen. Die Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes werden wir dann mit der Debatte zu unserem Leitantrag L01 verbinden.

Bevor wir jetzt aber jetzt die Reden von Lars und Bärbel hören, gibt es noch einen kurzen Film.

[Es folgt: (Videoeinspieler)]

(Videoeinspieler - Beifall)

Rede Bärbel Bas

Bärbel Bas,Kandidatin zur Wahl der Parteivorsitzenden:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin seit 1988 stolzes Mitglied der SPD,

(Beifall)

und heute stelle ich mich zur Wahl als Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall)

Bevor ich meine Vorstellung aber beginne, möchte ich mich bei dir, liebe Saskia, ganz herzlich bedanken.

(Beifall)

Für dich gehen heute fast sechs Jahre als Parteivorsitzende der SPD zu Ende. Du hast unsere Partei durch stürmische Zeiten geführt, mit Norbert Walter-Borjans und mit Lars Klingbeil, mit einem unglaublichen Engagement vor Ort und unzähligen Wahlkämpfen, mit vielen programmatischen Impulsen, vor allem bei deinen Themen Bildung und Digitales, und nicht zuletzt auch mit vielen Erfolgen. Ich denke da natürlich an die Bundestagswahl 2021. Da waren wir wieder Kanzlerpartei. Ich denke natürlich auch an viele Wahlsiege in den Ländern während deiner Amtszeit, zum Beispiel im Saarland, aber auch zuletzt in Hamburg.

(Beifall)

Wie heißt es so schön: Der Erfolg hat viele Mütter und Väter, und ich sage: Eine dieser Mütter des Erfolgs warst garantiert auch du, und dafür möchte ich mich bei dir bedanken, und ich denke, im Namen von uns allen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle wissen: Bei Misserfolgen sieht es oft anders aus. So war es auch nach der verheerenden Niederlage der letzten Bundestagswahl. Du, liebe Saskia, hast erleben müssen, dass es in der Politik manchmal verdammt einsam werden kann, selbst in einer Partei mit über 350.000 Mitgliedern. Du hast erleben müssen, dass Solidarität nicht immer selbstverständlich ist - auch nicht in der Sozialdemokratie. Und ich sage hier ganz deutlich: Das müssen wir wieder anders machen.

(Beifall)

Solidarität darf für uns keine Phrase sein. Solidarität ist einer der Grundwerte unserer Partei. Solidarität ist unverzichtbar für unser Miteinander, für den Zusammenhalt, für unser Selbstverständnis. Wenn wir eine solidarische Gesellschaft erkämpfen wollen, dann müssen wir zuallererst eine solidarische Partei sein. Sonst glaubt uns das keiner.

(Beifall)

Solidarität ist die Seele der SPD. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, und deswegen stelle ich mich heute auch zur Wahl. Für mich kann ich sagen, ich bin intern für jedes offene Wort zu haben. Umgekehrt nehme ich auch kein Blatt von den Mund, und die, die mich besser kennen, wissen das.

(Beifall)

Aber nach außen erwarte ich, dass wir dann geschlossen auftreten und uns gegenseitig unterstützen, und dabei kommt es auf jede und jeden von uns an. Einigkeit und Geschlossenheit machen uns nur gemeinsam stark.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr merkt: Solidarität ist mir wichtig - in unserer Partei und in unserer Gesellschaft. Es geht um die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Dafür wurde die SPD einmal gegründet, und das ist auch heute noch unsere Aufgabe. Es ist genau dieses Solidarprinzip, das eine Gesellschaft zusammenhält und auf das wir unseren Sozialstaat aufgebaut haben. Ein Sozialstaat, der Sicherheit bietet in schwierigen Lebenslagen und in Zeiten großer Veränderungen - so wie jetzt. Ein Sozialstaat, der ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht, unabhängig von Herkunft und Geschlecht.

(Beifall)

Ein Sozialstaat, der mehr ist als Hilfe in Not. Ein Sozialstaat, der für Vorsorge, Chancengerechtigkeit und Emanzipation sorgt. Dieser Sozialstaat ist eine historische Errungenschaft, und die haben wir als SPD geprägt. Darauf können wir verdammt stolz sein.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen auch: Das gefällt nicht jedem. Gerade in den vergangenen Monaten haben wir eine Kampagne erlebt, die aus dem Begriff Sozialstaat ein Schimpfwort machen wollte, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Arbeitslose ausgespielt werden sollen. Ein schamloses Treten nach unten und in weiten Teilen Populismus pur. Liebe Genossinnen und Genossen, mich hat

das auch persönlich sehr getroffen. Ich kenne das Gefühl, auf Hilfe durch den Staat angewiesen zu sein, aus eigener Erfahrung. Viele Menschen kennen diese Abhängigkeit: Alleinerziehende, Ältere mit kleinem Einkommen oder Menschen, die ihren Job verloren haben. Sie alle brauchen unsere Solidarität.

(Beifall)

Deswegen dürfen wir es nie akzeptieren, dass man diese Menschen kleinmacht und als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Liebe Genossinnen und Genossen, geärgert hat mich aber auch diese Scheindebatte um die angeblich faulen Deutschen.

(Beifall)

Weniger geredet wird darüber, dass jährlich über 1 Milliarde Überstunden geleistet werden, mehr als die Hälfte davon unbezahlt. Oder dass viele Frauen gerne mehr arbeiten würden, aber nicht können, weil Kita-Plätze fehlen.

(Beifall)

Oder darüber, dass jeder fünfte Erwerbsfähige in der Grundsicherung arbeitet und aufstocken muss, weil das Geld nicht zum Leben reicht. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Debatte um die faulen Deutschen völlig daneben und ein Schlag ins Gesicht von 46 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Erwerbstätigen in diesem Land.

(Beifall)

Klar ist doch: Arbeit bedeutet Teilhabe, Selbstbewusstsein und Chance auf Aufstieg. Auch das habe ich persönlich erlebt. Meine politische und berufliche Laufbahn wurde mir nicht in die Wiege gelegt; das wisst ihr. Aber ich hatte die Chance, Schritt für Schritt voranzukommen. Ich habe mich immer wieder weitergebildet und mir auch diesen Aufstieg erarbeitet, vom Hauptschulabschluss zur Berufsausbildung bis zum Studium. Ich habe immer wieder diese Chancen genutzt, so wie viele Menschen in diesem Land. Wichtig ist mir, dass dieser Aufstieg durch Bildung und Arbeit wieder für viel mehr Menschen in diesem Land möglich wird. Auch deshalb bin ich in die SPD eingetreten.

(Beifall)

Die Realität in Deutschland ist aber gerade eine andere. Es gibt Aktionäre, die teilweise ein Vermögen in Milliardenhöhe haben. Es gibt Manager, die jedes Jahr Vorstandsgehälter in Millionenhöhe ein streichen. Aber was passiert, wenn es

Deutschland wirtschaftlich mal schlechtgeht? Dann liegt es angeblich an den Menschen, die in der Grundsicherung sind. Dann liegt es angeblich an den faulen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, nenne ich Klassenkampf von oben.

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen stattdessen sagen: Hört auf, die Menschen in diesem Land gegeneinander auszuspielen, Junge gegen Alte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Arbeitslose, Einheimische gegen Zugewanderte oder Ossis gegen Wessis. Unser Problem ist der wachsende Unterschied zwischen oben und unten und arm und reich. Da müssen wir ran. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, was mich besonders geärgert hat an dieser Faulheitskampagne waren die Attacken auf die junge Generation in diesem Land, dieses verächtliche Gerede über eine Generation, die es angeblich viel zu gut hat. Ich selbst bin vor 16 Jahren das erste Mal in den Deutschen Bundestag eingezogen. Das war 2009, mitten in einer Wirtschafts- und Finanzkrise. Und dann ging es Schlag auf Schlag weiter: Eurokrise, Flüchtlingskrise, Corona, Ukraine und jetzt die schlimme Situation im Nahen Osten. Wer im Jahr 2009 geboren wurde, hat eine Krise nach der anderen erlebt, und da ist es doch kein Wunder, dass viele Menschen verunsichert sind, vor allem in dieser Generation.

Besonders tiefe Spuren hat dort auch die Corona-Pandemie hinterlassen, und das müssen wir ernst nehmen. Genauso ernst nehmen müssen wir die soziale Situation der jungen Generation. Ich rede von den jungen Leuten, die in der Ausbildung, im Studium oder auch im dualen Studium sind. Wer heute zu Hause auszieht und keine wohlhabenden Eltern im Rücken hat, den treffen die hohen Preise besonders hart. Da müssen wir - und das werden wir auch - in der Regierung anpacken, durch die WG-Garantie oder die BAföG-Novelle, damit für Azubis und Studierende das Wohnen, aber vor allen Dingen auch der Führerschein wieder bezahlbar werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, um es klar zu sagen: Es ist wichtig, dass wir in dieser Bundesregierung sind, denn die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß, und ich sehe das auch als eine persönliche Herausforderung.

Was steht konkret an?

Erstens. Wir müssen Arbeitsplätze sichern, denn wir werden um viele Jobs in den nächsten Jahren hart kämpfen müssen, gerade in der Industrie. Ich rede von der Stahlindustrie, von den Autobauern und von den vielen, vielen Zulieferern im ganzen Land. Deswegen brauchen wir eine starke Industriepolitik. Ich will das Beispiel Stahl gerne nehmen. Ihr wisst, ich komme aus Duisburg. Da geht es um viele Arbeitsplätze. Viele Beschäftigte und ihre Familien haben gerade große Sorgen. Es geht dabei aber auch um das Thema Sicherheit. Wir wären wirklich fahrlässig, wenn wir in diesen Zeiten unsere Stahlindustrie kaputtgehen lassen und uns stattdessen abhängig machen von Importen.

(Beifall)

Wohin das führen kann, haben wir beim Gas aus Russland gesehen. Deshalb sage ich klar und deutlich: Wir brauchen jetzt einen nationalen Stahlgipfel mit Unternehmen, Gewerkschaften, Bund und Ländern, und wir brauchen dazu eine starke Sozialpartnerschaft mit einer echten Mitbestimmung und Betriebsräten.

(Beifall)

An dieser Stelle freue ich mich auch wirklich, dass hier auf diesem Parteitag so viele Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Gewerkschaften heute bei uns sind. Ich sage euch: Die Industriearbeit muss in Deutschland bleiben, und deshalb werden wir kämpfen. Ich weiß auch, wo die SPD steht: An der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Bereichen.

(Beifall)

Zweitens. Liebe Genossinnen und Genossen, gute Arbeit muss sich lohnen, im Erwerbsleben wie im Alter. Das fängt beim Mindestlohn an. Die Mindestlohnkommission hat heute einstimmig eine gute Entscheidung getroffen. Ja, wir haben uns in unserem Programm mehr gewünscht, aber der Mindestlohn steigt im nächsten Jahr um über 8 Prozent und im Jahr darauf auch noch einmal um weitere 5 Prozent auf insgesamt 14,60 Euro. Wer Vollzeit mit Mindestlohn arbeitet, verdient dann über 300 Euro mehr als heute. Das ist die größte sozialpartnerschaftlich beschlossene Lohnerhöhung seit Einführung des Mindestlohns.

(Beifall)

Das bedeutet deutlich mehr Geld in der Tasche für 6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Familien. Der Mindestlohn ist und bleibt eine Erfolgsgeschichte der SPD, und jetzt lasst uns das auch nicht nehmen. Wir haben den Mindestlohn erst eingeführt, und ich bin froh, dass die Mindestlohnkommission eine kluge Entscheidung

austariert hat. Ich wünsche mir wirklich, dass diese Mindestlohnkommission ihre Arbeit fortsetzen kann, denn es gibt nichts Besseres als eine ausgehandelte Sozialpartnerschaft. Dafür stehen wir und ich persönlich auch als ehemalige Betriebsrätin und aktive Gewerkschaftlerin.

(Beifall)

Aber Yasmin Fahimi hat recht: Wichtiger sind gute Tariflöhne. Wichtig ist Tarifbindung. Deshalb werden wir jetzt auch das Tariftreuegesetz auf den Weg bringen. Wer sich an Tarifverträge hält, darf bei öffentlichen Aufträgen auch nicht der Dumme sein.

(Beifall)

Und wir kümmern uns um die Rente. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich auf eine stabile Rente verlassen können. Das ist kein Almosen des Staates, sondern das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir denken übrigens auch an morgen. Wie sichern wir dauerhaft eine starke, solidarisch finanzierte Rente? Dabei geht es bei diesem Thema nicht nur um eine finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rente, sondern auch um eine gesellschaftliche Tragfähigkeit, um Akzeptanz für ein gerechtes System, in das alle Erwerbstätigen einzahlen. Das ist der wichtige Punkt für die zukünftigen Debatten.

(Beifall)

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für mich auch: Wer in Not gerät, muss sich auf den Staat verlassen können. Wir werden die Grundsicherung weiterentwickeln, mit Augenmaß und Gerechtigkeit. Sozialkahlschlag wird es mit mir nicht geben.

(Beifall)

Stattdessen werden wir investieren in Qualifizierung, in Chancen und vor allem bei jungen Menschen, damit sie nachhaltig in Arbeit bleiben können.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist entscheidend dafür, dass Menschen den Weg aus der Grundsicherung auf den Arbeitsmarkt zurückfinden, und hier lohnt sich jede Investition.

Auf der anderen Seite - das will ich nicht verschweigen - gibt es natürlich auch Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und auch Sozialleistungsmissbrauch. Auch wir Sozialdemokraten dürfen da nicht wegschauen, auch wenn der Schaden durch Steuerhinterziehung beträchtlich höher ist und es hier in der Realität nur um wenige Fälle geht. Aber Sozialleistungsbetrug ist eben auch etwas, das viele Menschen in ihrem Gerechtigkeitsgefühl stört, und da sind Menschen wirklich sehr empfindlich. Auch diese

Themen müssen wir angehen, auch wenn es kein Massenphänomen ist. Und das hat nichts damit zu tun, dass wir die Menschen gegeneinander ausspielen, sondern wir müssen da hinschauen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, beim Thema Gerechtigkeit geht es mir aber immer auch um die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Unsere Partei hatte bislang zwei Frauen als Vorsitzende: Saskia Esken und Andrea Nahles. Beide haben sich mit gemischten Gefühlen aus diesem Amt zurückgezogen, vorsichtig formuliert. Ganz ehrlich: Der Umgang mit ihnen war kein Glanzstück.

(Starker Beifall)

Als die Frage der Kandidatur anstand, habe ich mich deswegen gefragt: Willst du dir das wirklich antun? Ich stehe hier oben - ihr seht die Antwort. Sie ist klar und deutlich: Ja!

(Beifall)

Denn Frauen müssen Führungsaufgaben übernehmen - in der Wirtschaft, in der Regierung und selbstverständlich auch in der SPD. Es darf nicht sein, dass wir Frauen einen Bogen um Verantwortung machen.

(Beifall)

Parität ist mehr als nur ein zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern. Es geht um Sichtbarkeit, um Respekt und, ja, es geht auch um Macht. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Frauen unterrepräsentiert sind in den oberen Etagen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oder

(Beifall)

oder dass beim Thema Gesundheit - mein Lieblingsthema - immer noch der Mann als Standardpatient gilt, auch in medizinischen Forschungen.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, wenn es umgekehrt eine Überrepräsentanz gibt, zum Beispiel bei unbezahlter Care-Arbeit, bei unfreiwilliger Teilzeit oder wenn es um niedrige Renten geht. Wir müssen die weibliche Perspektive in allen Bereichen des Lebens stärken.

(Beifall)

Für Alibi-Parität bin ich nicht zu haben, das sage ich direkt.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch in der Politik sind wir hier längst nicht am Ziel, im Gegenteil. Schaut euch den Koalitionsausschuss an: Elf Mitglieder, so viel wie eine Fußballmannschaft, wobei das Wort Mannschaft fast stimmt - es ist demnächst nur eine einzige Frau demnächst. Oder schaut euch den Deutschen Bundestag an. Von den Abgeordneten sind seit Jahren maximal ein Drittel Frauen. Seit der Bundestagswahl, die wir jetzt hinter uns haben, ist der Anteil sogar noch kleiner geworden. Auch das muss dringend besser werden. Frauen haben es ohnehin schon schwerer, in der Politik aufzusteigen, weil die Partei- und Mandatsarbeit nicht familienfreundlich ist und weil du als Frau in der Politik noch zusätzlich diesem sexistischen Müll ausgesetzt bist.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen, wir Frauen sind die Hälfte der Gesellschaft, und wir bitten nicht um angemessene Beteiligung - wir fordern sie ein. Sie steht uns zu, und das ist einfach so.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eine Frau, die das für sich beherzigt hat, ist Natascha Zagorski.

(Beifall)

Natascha ist 40 Jahre alt, wohnt mit ihrem Mann und den beiden Kindern in der Nähe von München und ist beruflich sehr erfolgreich. Eine starke Frau, die politisch aktiv geworden ist für ein Thema, das sie bewegt: Mutterschutz für Frauen nach einer Fehlgeburt. Natascha hat das selbst erlitten, und sie ist damit längst nicht allein. Im Schnitt macht jede dritte Frau diese tief erschütternde Erfahrung. Trotzdem musste Natascha erleben, dass sie in dieser schweren Situation als Arbeitnehmerin nur unzureichend geschützt ist. Für sie war das der Ausgangspunkt für ihr politisches Engagement. Über Monate und Jahre hat sie gekämpft und dieses Thema aus der Tabuzone geholt. Sie hat Tausende Unterschriften gesammelt und eine Petition beim Deutschen Bundestag eingebracht.

Nach einem langen und mühsamen Weg war es Ende Januar so weit: Die demokratischen Fraktionen im Bundestag haben einen gemeinsamen Entwurf für einen besseren, gestaffelten Mutterschutz verabschiedet.

(Beifall)

Mich hat das unglaublich beeindruckt, und ich freue mich wirklich, Natascha, dass du heute hier bist. Ich will sagen: Sie ist nicht nur hier - sie hat sich auch mittlerweile entschieden, Mitglied der SPD zu werden. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Natascha, das war wirklich ein bewundernswertes Engagement. Es ist dein Erfolg. Wir sind so stolz, dass du unter uns bist. Vielen Dank, dass du heute hier bist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Natascha Zagorski hat nicht nur unglaublich viel für die Frauen hier in unserem Land getan. Sie hat auch eines gezeigt, nämlich was in einer Demokratie möglich ist, dass jede und jeder Einzelne einen Unterschied machen kann, eben nicht nur die da oben, dass Fortschritt erreichbar ist und dass es sich lohnt, wenn wir uns für andere starkmachen. Das ist doch genau das Kernversprechen der SPD seit über 160 Jahren, und das gilt auch heute noch.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, unser aktuelles Grundsatzprogramm ist aus dem Jahre 2007. 18 Jahre ist das her. Da war der MSV Duisburg übrigens noch in der Bundesliga. Das ist ein anderes Thema. Aber die Welt ist eine andere geworden, und deshalb ist es richtig, dass wir ein neues Grundsatzprogramm auf den Weg bringen. Wir müssen auf neue Herausforderungen auch neue Antworten finden. Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, all das ist heute nicht mehr selbstverständlich. Das sehen wir am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine oder auch im Nahen Osten. Deswegen müssen wir außenpolitisch Farbe bekennen, vor allem durch kluge Diplomatie, durch verlässliche internationale Zusammenarbeit, aber auch durch militärische Stärke. Ich weiß, das ist ein schwieriges Thema, auch für mich persönlich. Aber ich bin auch sehr froh, dass wir uns heute auf dem Parteitag und in den nächsten Tagen auch Zeit nehmen, das intensiv miteinander zu diskutieren.

Gleichzeitig ist der Klimawandel längst keine theoretische Debatte mehr, sondern harte Realität. Im 21. Jahrhundert kann keine seriöse Politik mehr gemacht werden ohne Klimaschutz. Aber Klimaschutz darf kein Projekt für Besserverdienende sein, sondern er muss sozial gerecht ausgestaltet werden.

(Beifall)

Wichtig ist auch: Bis Ende des Jahrzehnts gibt es kaum noch einen Arbeitsplatz, an dem nicht auch Künstliche Intelligenz eingesetzt wird. Das bietet auf der einen Seite riesige

Chancen, wird unsere Arbeit und unsere Gesellschaft aber auch massiv verändern. Die Frage ist: Lassen wir das einfach laufen, oder gestalten wir mit? Meine Antwort ist klar: Wir brauchen kein Wildwest, sondern Transparenz und Teilhabe.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin davon überzeugt: Wir brauchen beides für unsere Partei - die langen Linien für die nächsten Jahre mit einem modernen Programm und die kurzen Wege in dem Alltag, um konkret und praktisch Probleme zu lösen. Das war übrigens auch immer ein Erfolgsrezept der Sozialdemokratie. Deshalb müssen wir jetzt als Regierungspartei die Ärmel aufkrempeln und anpacken, und da sind wir, wie ich finde, in unserer Partei richtig gut aufgestellt. Wir haben einen Koalitionsvertrag verhandelt, der vielfach unsere Handschrift trägt, und wir haben ein starkes rotes Team im Kabinett mit sieben wichtigen Ressorts. Wir haben auch gleich am Anfang ein historisches Investitionspaket auf den Weg gebracht, dass das Leben für viele Menschen in Deutschland verbessern wird. Da bin ich mir sicher.

Viele von uns haben dafür seit vielen Jahren gekämpft, und dass wir das so durchgesetzt haben, ist kein Zufall, sondern es hat tatsächlich auch mit den beiden zu tun, die uns auch durch die Verhandlungen geführt haben, mit Saskia Esken und Lars Klingbeil.

(Beifall)

Liebe Saskia, lieber Lars, unter eurer Führung haben wir wirklich unglaublich viel in Koalitionsverhandlungen herausgeholt, und das war in der Tat keine Selbstverständlichkeit. Ich durfte live dabei sein. Das hat aber der Partei, wie ich finde, in dieser schweren Krise auch eine gewisse Stabilität gegeben. Und nicht nur das. Als SPD haben wir auch eine hervorragende Ausgangsposition in dieser Koalition.

Liebe Genossinnen und Genossen, Lars und ich kennen uns wirklich schon lange. Wir sind seit 2009 in den Bundestag gewählt worden, und jetzt sind wir beide im Kabinett. Ich weiß - das ist mir auch bewusst -, dass viele das auch skeptisch sehen. Aber gerade jetzt ist es unser Vorteil, wenn wir in unseren Ämtern beides vertreten und zusammenbringen können, die Logik der Regierung und die Logik der Partei. Es geht darum, dass wir jetzt die Themen durchkämpfen, die wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben. Dazu haben uns 84 Prozent der Mitglieder bei der Abstimmung den Rücken gestärkt. Und jetzt ist es auch unser gemeinsamer Auftrag, das umzusetzen.

Lars und ich sind uns unserer Unterschiede durchaus bewusst. Uns trennen - ich darf das sagen - gut zehn Jahre Lebenserfahrung und auch Lebensalter. Wir kommen aus verschiedenen Landesverbänden, sind unterschiedlich aufgewachsen und

unterschiedlich politisch geprägt worden, und wir haben verschiedene Schwerpunkte in unserer Politik. Wir fühlen uns in unterschiedlichen politischen Nachbarschaften der SPD zu Hause, wir halten verschiedenen Fußballvereinen die Treue, und seine Musikplaylist sieht deutlich anders aus als meine.

Heute treten wir aber als Team an, weil wir uns hervorragend ergänzen und die Breite der Partei abdecken und weil wir beide wissen: Wir werden nur dann Erfolg haben, wenn wir zusammenstehen und solidarisch miteinander umgehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, und noch etwas ist wichtig - das verbindet mich nicht nur mit Lars, sondern mit euch allen -: Der entschlossene Kampf gegen rechts,

(Beifall)

der entschlossene Kampf gegen diese Menschenfeindlichkeit, die wir derzeit erleben, die Ausgrenzung, den Hass und die Gewalt - auch bei uns in Deutschland. Ich war dreieinhalb Jahre lang Präsidentin des Deutschen Bundestags in der Herzkammer der Demokratie, und ich sage euch: Was wir seit 2017 im Bundestag erleben, hat mit dem Anstand nicht mehr zu tun. Da wird so gepöbelt, dass es wirklich an die dunkelsten Zeiten in diesem Land erinnert. Und diese Parole bleiben auch nicht an der Reichstagskuppel hängen. Sie finden ihren Weg in die sozialen Medien und von dort in die Köpfe von Millionen Menschen. Sie werden weitergetragen in Betriebe, in den Sportvereinen und auf dem Schulhof, bis es nicht mehr bei Worten bleibt, und aus verrohter Sprache ist längst rohe Gewalt geworden. Die AfD hat einen politischen Stil entwickelt und in Gang gesetzt, der aus Drohungen, Beleidigungen, rassistischen Anspielungen und vorsätzlichen Lügen und Verschwörungstheorien besteht. Wir müssen alles dafür tun, dass dieser Stil sich nicht weiter ausbreitet und die Mitte der Gesellschaft erreicht.

(Lebhafter Beifall)

Deshalb brauchen wir die harte Auseinandersetzung, die harte politische Auseinandersetzung mit der AfD. Aber gleichzeitig müssen wir auch die Instrumente nutzen, die uns das Grundgesetz zur Verfügung stellt, wenn unsere Demokratie ernsthaft bedroht ist.

(Beifall)

Wir sollten jetzt wirklich sehr zügig klären, ob ausreichend Material vorliegt, um die Verfassungswidrigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen.

(Starker Beifall)

Ist ein solcher Nachweis möglich, dann sind wir als SPD in der demokratischen Pflicht, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit ein Verbotsantrag stattfinden kann.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, mir ist aber auch wichtig: Demokratie wird nicht allein an der politischen Spitze gemacht. Unsere Demokratie hat ihr Fundament im Alltag, am Küchentisch, im Büro, in der Umkleidekabine. Und auch da müssen wir hinhören, wenn es um steigende Preise geht und wenn Urlaub zum Luxus zu werden droht, wenn es um komplizierte Verwaltung geht, um knappe Termine und ewig lange Anträge. Das sorgt auch für Frust und Resignation, besonders bei denen, für die der Staat eigentlich da sein sollte.

(Beifall)

Als Partei sind wir nicht nur für diejenigen da, die ohnehin politisch interessiert sind. Wir müssen auch bei denen sein, die den Kopf und den Kalender voll haben mit Arbeit, Kleinkindern und der Oma, die gepflegt werden muss, diejenigen, die keine Zeit haben für die Mitarbeit im Ortsverein. Für diese Menschen müssen wir die Tür aufmachen, für Menschen wie Natascha Sagorski und viele andere. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich auch 1988 in die SPD eingetreten. Da waren wir die Kümmerer-Partei. Wir waren für diejenigen da, die es nicht leicht hatten. Und genau das muss auch heute wieder unser Anspruch werden, dass wir bei den Leuten sind, in der Mieter- und Sozialberatung, in der Jugendarbeit, aber auch im Betrieb und im Sportverein. Wenn wir Volkspartei bleiben wollen, dann heißt das für mich, wir müssen als SPD wieder von unten wachsen, aus den Gliederungen heraus, aus den Ortsvereinen, aus den Unterbezirken, aus der Kommunal- und Landespolitik. Hier sind wir seit Jahrzehnten teilweise erfolgreiche, und ich bin überzeugt, dass wir als Bundespartei eben auch mehr auf die Gliederungen hören sollten und vor allen Dingen aus den Erfolgen lernen sollten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, und wir wollen nicht nur darüber reden, sondern wir gehen das auch selbstbewusst an. Im Leitantrag ist das Ziel klar formuliert. Wir wollen auch die Organisation unserer Partei reformieren. Lieber Tim Klüssendorf, ich bin froh, dass du mit anpacken willst. Du kennst die Politik vom Rathaus bis in den Deutschen Bundestag. Du weißt, wie man SPD-Wahlen gewinnt. Das hast du in deinem eigenen Wahlkreis in Schleswig-Holstein schon bewiesen. Und genau mit dieser Energie, die du auch mitbringst, werden wir den Programmprozess sehr gut meistern, auch was die Kommunikation angeht. Auch das werden wir neu anfassen, und auch dafür wünsche ich dir, aber auch uns allen schon viel Erfolg.

(Beifall)

Was die Kommunikation angeht, will ich aber auch sagen: Wenn die Leute uns vertrauen sollen, dann müssen wir uns auch verstehen können. Wir müssen - davon bin ich überzeugt - wieder mehr Klartext sprechen. Es darf nicht sein, dass man einen Hochschulabschluss braucht, um unsere Argumente zu verstehen. Denn über 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind nun einmal keine Akademiker, und wenn wir über die Köpfe dieser 80 Prozent hinwegreden, dann machen wir unsere Arbeit als Volkspartei nicht richtig.

(Beifall)

Wir müssen den Menschen wieder klarmachen: Wir sind die Partei, die für sie kämpft. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich, dass wir genau mit diesem Kampfgeist diesen Weg, den wir nachher hoffentlich mit dem Leitantrag beschließen, mit einem Kampfgeist gehen. Ich möchte eure Vorsitzende werden für eine Partei ,die für solidarische und auch gerechte Gesellschaften steht. Und für eine Partei, die weiß, wo sie herkommt und für wen sie vor allem Politik macht. Für eine Partei, die vor allen Dingen mit beiden Beinen im Leben steht. Für eine Partei, die wieder die erste Adresse für alle ist, die in diesem Land etwas bewegen wollen. Für eine Partei, die Orientierung in schwierigen Zeiten bietet. Für eine Partei, die wieder mutig eine klare spricht. Für eine Partei des Fortschritts und - ja - auch der Visionen für eine bessere Welt. Dafür bitte ich für euer Vertrauen. - Herzlichen Dank.

Rede Lars Klingbeil

Lars Klingbeil, Kandidat zur Wahl des Parteivorsitzenden:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist hier heute ein wichtiger Parteitag in der Geschichte unserer SPD. 16,4 Prozent, das ist das katastrophale Wahlergebnis vom 23. Februar. Das war ein deutliches, ein klares Signal der Bürgerinnen und Bürger an uns, ein Signal, das man nicht einfach weglegen kann oder das man gar ignorieren kann. Und das hier ist der Parteitag, auf dem wir Raum für die Debatte über dieses Ergebnis schaffen, auf dem aufgearbeitet werden muss, und ein Parteitag, der hoffentlich uns auch die Kraft gibt, die Weichen nach vorne zu stellen: in eine bessere Zukunft für unser Land, für unsere Demokratie und auch für unsere Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, man kann die Anspannung bis hier oben spüren. Und glaubt mir, ich bin auch angespannt. Ich habe ja in den letzten Tagen und Wochen viel gelesen: über mich, über meine Rede, über die Bedeutung dieser Rede. Und wisst ihr: Unabhängig von Personen geht es auf diesem Parteitag um die notwendige

Standortbestimmung der deutschen Sozialdemokratie, es geht um Kompass, es geht um Orientierung, und es geht um Richtung. So notwendig es ist, dass wir in den kommenden drei Tagen auf uns selbst schauen: Bei all dem dürfen wir nicht vergessen, was los ist in der Welt. Die letzten Jahre haben uns gefordert: die Pandemie, der Krieg, die Inflation, die Polarisierung, die in der Gesellschaft da ist. Manchmal hat man ja das Gefühl, jeder Tag in unserem Leben ist turbulent. Oft wacht man morgens auf und befindet sich in einer weltpolitischen Lage, die ganz anders ist als am Abend davor, und tief verinnerlichte Wahrheiten werden auf einmal infrage gestellt.

Liebe Genossinnen und Genossen, das macht etwas mit uns. Das macht etwas mit der Gesellschaft. Wir alle spüren doch, dass Unsicherheiten wachsen, dass Instabilität wächst und dass der Raum greift für einfache Antworten und für Populisten, dass Institutionen unter Druck geraten und der Kompromiss auf einmal in Verruf gerät. Ja, diese Krisen haben Auswirkungen. Sie haben Auswirkungen auf unser Leben, auf unser Zusammenleben, auf unser Miteinander in der Demokratie. Auch deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir neue Antworten geben. Antworten entstehen durch Debatten, durch Hitze, durch Streit, durch Diskussion und durch das Miteinander-Ringen. Das muss unser Anspruch sein. Ich möchte, dass wir als SPD Debattenort sind, und ich möchte, dass wir der spannendste Ort sind, an dem gesellschaftliche Debatten geführt werden. Liebe Genossinnen und Genossen, das muss unser Anspruch sein, und dieser Parteitag heute muss der Auftakt dafür sein.

(Beifall)

Ja, das waren harte Zeiten in den letzten Wochen für uns als Partei. Ich habe das gespürt, als ich in der Partei unterwegs war: auf den Parteitagen in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein, in Sachsen, in Brandenburg, auf dem Bezirksparteitag in Braunschweig, auf dem Landesparteitag in Niedersachsen, auf dem Küstencamp der Jusos. Überall wurde leidenschaftlich miteinander diskutiert. Ich sage sehr klar: Es ist auch notwendig nach 16,4 Prozent, dass es diese Debatten gibt. Da es in diesen Diskussionen auch viel um mich ging, möchte ich ein paar Sätze auch zu meinem Verständnis als Vorsitzender unserer Partei und zu meinen Entscheidungen sagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor dreieinhalb Jahren habt ihr mich zum ersten Mal an die Spitze der SPD gewählt, 2021 im Team zusammen mit Saskia. Wir kamen damals als Partei aus schwierigen Jahren: Flügelkämpfe, Personaldebatten, Durchstechereien, oftmals auf Kosten der Vorsitzenden. Wir haben das alles erlebt, bei Martin, bei Andrea, an vielen anderen Stellen. Aber wir haben uns damals rausgearbeitet. Wir haben nach der Wahl 2017 Fehler aufgearbeitet, wir haben uns zusammengerauft, wir haben gekämpft, und wir haben gehofft. Auch als wir bei 11, 12 oder 13 Prozent in den Umfragen

standen, haben wir das getan. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zusammengehalten, und wir haben am Ende gewonnen. Lieber Olaf, du bist 2021 unser Bundeskanzler geworden, und darauf sind wir stolz. Das hat sich alles gut angefühlt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mir damals geschworen als Vorsitzender, alles dafür zu tun, dass unsere Partei zusammensteht. Ich wollte nicht, dass wir uns um uns selbst drehen. Ich wollte, dass wir die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen, dass wir über die Zukunft reden und darüber streiten und uns nicht mit uns selbst streiten. Deswegen war es mein Anspruch als Vorsitzender, zusammenzuarbeiten, mitzusteuern, dass wir gut durch die Krisen dieser Zeit durchkommen.

Es war mein Stil, intern Klartext zu sprechen, aber in der Öffentlichkeit und in den Talkshows die Reihen zu schließen, den Ausgleich zu suchen, Brücken zu bauen, Flügel und Fäden zusammenzuhalten, lieber das fünfte oder sechste Mal zum Telefonhörer zu greifen als auch nur einen schlechten Satz über den Kanzler oder andere Genossinnen und Genossen in den Medien lesen zu müssen. So kennt ihr mich. Das ist seit jeher meine Art, Verantwortung zu übernehmen. Und: Ja - ich will das einmal sagen -, ich weiß, ich habe Fehler gemacht in den letzten Monaten. Aber dass ich mich für Zusammenhalt eingesetzt habe, liebe Genossinnen und Genossen, das war der richtige Weg.

(Beifall)

Natürlich trage ich Verantwortung für 16,4 Prozent - ohne Frage. Selbstkritisch muss man sagen: Wir hätten viel früher und konsequenter die Signale sehen sollen, spätestens ab Ende 2023, als es wirtschaftlich bergab ging und als wir doch gemerkt haben, dass die Krise da ist und gerade in der Industrie viele Arbeitsplätze bedroht waren oder sogar verlorengegangen sind, als viele Tausende um ihre Jobs gebangt haben. Da war die Krise da, aber die Sozialdemokratie war nicht voll da. Wir haben viel zu spät reagiert, und im Wahlkampf war es dann zu spät. Ja, das werfe ich mir vor. Das ist meine persönliche Verantwortung, und das will ich hier vorne auch ganz deutlich sagen. Wir haben im Wahlkampf alles versucht, aber wir sind gegen eine Wand gelaufen: 16,4 Prozent, die Mitte ist zusammengeschrumpft, und die Rechtsextremen lagen bei über 20 Prozent. Übrigens - das will ich hier auch sagen -: Das war nicht nur eine Entwicklung der letzten drei Jahre. Das war etwas, was sich über viele Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte, aufgebaut hatte.

Es war ein harter Wahlabend. Es gab die Notwendigkeit zur Veränderung unserer Partei, und gleichzeitig - ja, gleichzeitig - mussten wir handlungsfähig sein, bei einem Ergebnis,

das genau eine demokratische Regierungskonstellation zuließ, und das in Zeiten, die von so viel Unsicherheit geprägt sind. Ich sage euch: Niemand hätte verstanden oder uns verziehen, wenn wir in dieser Situation als Partei nicht sofort eine Handlungsfähigkeit hergestellt hätten. Deswegen gab es die Entscheidung im Präsidium, den Fraktions- und Parteivorsitz in eine Hand zu legen, um auf Augenhöhe mit Friedrich Merz über eine Regierung verhandeln zu können, um das Beste rauszuholen mit einem eingeschworenen Team in schwierigen Verhandlungen mit der Union. Gleichzeitig, haben wir gesagt, leiten wir den Generationswechsel ein: in der Partei, in der Regierung, in der Fraktion.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will es klar benennen: Ich hatte damals das Gefühl, zwei Möglichkeiten zu haben als Vorsitzender, wie ich mit diesem Wahlergebnis umgehe: Entweder ich höre auf oder ich gehe voll in die Verantwortung für die SPD - kämpfen, verhandeln, einen Umbruch einleiten. Glaubt mir, das waren keine einfachen Stunden für mich, in denen ich Entscheidungen treffen musste. Aber viele Gespräche haben mir Rückendeckung gegeben. Ich will euch hier einmal klar sagen: Ich bin Sozialdemokrat aus tiefer Überzeugung. Das ist meine Identität. Das ist meine Prägung. Ich weiß, was ich dieser Partei und erst recht der Politik unserer Partei zu verdanken habe.

Ich bin der Erste in meiner Familie, der studiert hat, der Abitur gemacht hat. In vielen anderen Ländern dieser Welt hätte ich niemals eine Chance gehabt, politische Verantwortung zu übernehmen, ein Abgeordnetenmandat zu bekommen oder - erst recht - an der Spitze einer so großartigen Partei zu stehen. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen stehe ich heute hier, nicht aus Selbstzweck, sondern weil ich alles dafür tun will, dass unsere Partei wieder stark wird, dass sie die Gesellschaft prägt, dass sie Aufstiegsgeschichten schreiben kann. Darum geht es mir. Darum will ich weiter Verantwortung übernehmen, wie ich es am Wahlabend getan habe. Ich möchte helfen, dass unsere Partei eine starke Partei ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist auch notwendig, dass wir darüber reden, wie wir wieder stärker werden können. Ich meine, es geht doch längst nicht mehr einzig und allein um die Frage, ob die SPD bei 16, bei 20 oder bei 25 Prozent steht. Ich habe gerade davon geredet, dass wir in bewegten Zeiten sind. Die Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, sind doch mittlerweile viel größer geworden: Ist unsere liberale Demokratie eigentlich noch stark genug? Kriegen wir Wohlstand und Klimaschutz wirklich unter einen Hut? Hält Europa zusammen und wird stärker, oder werden wir in den nächsten Jahren erleben, wie Europa zerfällt? Und: Ja, da ist auch die Frage, ob wir mitten in Europa einen noch

größeren Krieg erleben werden, als es heute der Fall ist. Das sind die Fragen, liebe Genossinnen und Genossen, die heute in deutschen Wohnzimmern diskutiert werden und wo wir doch an uns selbst den Anspruch haben müssen, dass wir darauf eine Antwort haben, liebe Genossinnen und Genossen. Darum muss es im Grundsatzprogrammprozess unserer Partei gehen.

(Beifall)

Wir alle kennen diese Leitartikler, die Kommentatoren und die Spin-Doktoren, die jetzt wieder das vor sich hertragen, was wir doch alles über unsere Partei kennen, dass sie sagen, eigentlich braucht es die Sozialdemokratie doch gar nicht mehr. Ich glaube übrigens, diese Story ist so alt, wie unsere Partei alt ist. Aber ich sage euch ganz offen: Ich habe mich im Vorfeld dieses Parteitags auch gefragt: Haben die nicht vielleicht einen Punkt? Haben die nicht recht? Braucht es die Sozialdemokratie noch? Ich habe lange darüber nachgedacht, und ich kann euch hier und heute mit voller Überzeugung sagen: Die haben nicht recht. Die liegen falsch. Die liegen sogar richtig falsch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gerade in diesen Zeiten braucht es eine Partei, die in der Lage ist, Brücken zu bauen und nicht zu polarisieren. Gerade in diesen Zeiten braucht es eine Partei, die weiß, dass militärische Stärke auf der einen Seite und Diplomatie keine Gegensätze sind, sondern dass man das zusammenbringen muss. Es braucht gerade in dieser Zeit eine Partei, die eine Politik fürs Land macht, wo das klare Signal ist: „Du musst nicht reich sein, um dir eine gute Bildung leisten zu können“, eine Partei, die darauf Wert legt, dass man nicht Meier, Müller oder Schmidt heißen muss, um in diesem Land etwas zu werden. Gerade jetzt, in dieser Zeit, braucht es eine Partei, die an der Seite der anständigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht, ganz egal ob im Späti, auf der Baustelle, im OP-Saal, im Rathaus, in der Lagerhalle oder in der Stahlhütte. Das ist die Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen, und das ist nicht von gestern. Davon braucht es mehr in unserem Land, und dafür kämpfen wir doch hoffentlich alle gemeinsam.

(Beifall)

Und: Ja, wir müssen Dinge verändern. Wir müssen Dinge grundsätzlich verändern, damit die, die uns gerne wählen würden, uns auch wieder wählen können. Wenn wir über Veränderungen reden, dann sage ich: Wenn wir die Verhältnisse im Land verändern wollen, dann müssen wir auch uns selbst verändern wollen. Darum geht es auf diesem

Parteitag. Wir können nicht akzeptieren, dass viele in diesem Land uns nur noch als Partei sehen, die den Status quo aufrechterhält.

Wir verteidigen den Sozialstaat, wir verteidigen die Demokratie, wir verteidigen unsere Freiheit, wir verteidigen die europäische Idee. Das ist ja auch alles richtig, liebe Genossinnen und Genossen. Aber ich sage euch: Das reicht nicht mehr. Das reicht nicht in Zeiten wie diesen. Wir müssen beweisen, dass wir Ideen für die Zukunft haben, dass wir mit Leidenschaft, mit Konzepten, mit Ideen den Kampf um die bessere Zukunft aufnehmen und dass wir nicht einfach nur eine Partei sind, die das Bestehende bewahren will. Das ist meine feste Überzeugung. Wir brauchen Ideen, wie man unser Wohlstandsmodell, den Sozialstaat, das Bildungssystem und Europa sozialdemokratisch reformieren kann. Darum geht es im Grundsatzprogrammprozess, und da brauchen wir euch alle, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage euch auch: Wenn wir nicht den Anspruch haben, zu reformieren, dann kommen die anderen, und die meinen es nicht gut mit den Errungenschaften unseres Landes. Ich habe manchmal den Eindruck, wir kämpfen bis zur Erschöpfung um die einzelnen Spiegelstriche, und dann kommen die anderen, und die haben eine ganz neue Geschichte. Die schreiben längst ganz andere Geschichten. Das sind dann die, die mit der Kettensäge kommen, die, die den Staat kaputtmachen wollen, die alles zerstören wollen. Und: Nein, es reicht nicht, mit Spiegelstrichen den Kampf gegen die Kettensägen aufzunehmen. Das wird nicht funktionieren, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen müssen wir stärker werden in den programmatischen Diskussionen.

(Beifall)

Ich bin mir sicher, die SPD wurde noch nie dafür gewählt, dass alles so bleiben soll, wie es ist; dafür gibt es andere politische Kräfte. Die SPD ist immer gewählt worden, wenn sie die Idee von einer besseren Zukunft hatte, wenn sie gezeigt hat, dass sie die Zukunft gestalten will, und wenn die Menschen uns zugetraut haben, dass wir genau das in unserem Land erreichen können. Wenn wir jetzt das Grundsatzprogramm erneuern, dann will ich hier sehr klar sagen: Es gehört nicht alles in die Tonne, was wir erarbeitet haben; ganz sicher nicht. Aber es geht auch darum, dass wir uns hinterfragen. Es geht darum, dass wir Lösungen und Konzepte kritisch durchdenken. Es geht darum, dass wir manches hinter uns lassen und dass wir uns vor allem auch trauen, so manche schmerzhafte Frage neu zu beantworten.

Ich will das an einer Stelle mal deutlich machen; liebe Bärbel, das hat mit dir zu tun. Du hast vor kurzem den Vorschlag gemacht, dass wir unser Rentensystem doch mal

grundlegend verändern können, und hast auch darüber nachgedacht, ob es nicht Sinn machen könnte, künftig auch die Beamten in die Rente einzubeziehen, damit es fairer und gerechter zugeht.

(Beifall)

Liebe Bärbel, ich will dir klar sagen: Du hast dabei meine volle Unterstützung. Das ist genau das, was wir brauchen: Konzepte neu denken. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mutig sein, wenn wir die Zukunft in unserem Land beschreiben, genau so, wie Bärbel es an dieser Stelle war. Mutig sein, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ich will dem Grundsatzprogrammprozess nicht vorgreifen. Aber ich will euch einige Punkte mitgeben, die für mich eine hohe Bedeutung haben und die mich umtreiben. Drei von vier Menschen in unserem Land glauben aktuell nicht daran, dass ihre Zukunft besser wird, und nur noch jeder Vierte in unserem Land traut der Politik zu, dass wir die Lösungskompetenz für ihre Alltagssorgen haben. Schaut man zu den europäischen Nachbarn, dann sind die Werte genauso. Schauen wir über den Atlantik, dann sieht das ähnlich aus. Das Problem ist aber, dass Demokratie lange mit dem Versprechen auf eine bessere Zukunft verbunden war, mit dem Versprechen, dass man durch Fleiß und durch Anstrengung dafür sorgen kann, dass es den eigenen Kindern einmal besser geht, mit dem Versprechen auf Aufstieg oder zumindest mit dem Versprechen, dass, wenn man sich anstrengt, man ein gutes Leben und materielle Sicherheit hat.

Aber wir sehen, dass dieses demokratische Versprechen unter Druck gerät. Es ist auch ein sozialdemokratisches Versprechen für ein gutes, sicheres Leben, wenn man Arbeit hat, wenn man durch Bildung den sozialen Aufstieg schafft. Für uns war immer klar: „Fortschritt für alle“ ist ein Versprechen der Sozialdemokratie. Liebe Yasmin, das war immer ein Versprechen, das Sozialdemokratie und Gewerkschaften gemeinsam erkämpft haben und wo wir auch weiter kämpfen werden. Aber wir müssen heute sehen: Dieses Versprechen existiert nicht mehr für alle Menschen, und die Populisten, die Extremisten und die Feinde der Demokratie nutzen diese Unsicherheiten aus.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, uns einfach nur an den Feinden der Demokratie abzuarbeiten. Oder wir können unsere Kraft, unsere Ideen, unsere Leidenschaft auch dafür nutzen, mit sozialdemokratischer Politik neue Zuversicht zu stiften. Das ist das, worum es gehen muss, liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte, dass die Menschen in unserem Land Zuversicht haben, dass sie spüren, die SPD setzt sich für ein besseres Leben in einem guten Land ein. Da wollen wir wieder hin, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In der Nähe meiner Wohnung hier in Berlin gibt es einen kleinen Späti, wo ich manchmal hingehe, um Pakete abzuholen. Es gibt dort zwei Besitzer. Die stehen da morgens um 7, und die stehen auch abends um 23 Uhr noch da, sechs Tage die Woche. Beide haben Einwanderungsgeschichte, sind hochfleißig und anständige Leute. Die geben mir ein Paket übrigens nur mit, wenn ich meinen Ausweis dabeihabe: „Herr Klingbeil, das geht nur mit Ausweis - gleiche Rechte für alle."

Wenn ich bei dem Späti bei mir an der Ecke bin und sehe, wie fleißig die sind, sage ich euch, das erinnert mich an meine Eltern in jungen Jahren. Mein Vater war einfacher Soldat, meine Mutter Verkäuferin. Beide haben immer gearbeitet und sind neben ihren Hauptjobs noch Taxi gefahren, um mir und meiner Schwester ein gutes Leben, ein besseres Leben zu ermöglichen. Genau für solche Leute müssen wir Politik machen. Wir müssen uns fragen: Ist es heute eigentlich noch so, dass Kinder aus einer solchen Familie einen Aufstieg erleben können? Wenn das nicht so ist, was müssen wir denn tun, damit es wieder einen Aufstieg geben kann? Das ist doch das Ziel sozialdemokratischer Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber die Realität ist, dass sich heute viele Familien in diesem Land fragen, wie sie es eigentlich schaffen sollen, das Studium und die Ausbildung für die Kinder zu bezahlen, wenn doch die Mieten in den Städten so hoch sind, wenn selbst Familien mit hohem Einkommen keine bezahlbare Wohnung mehr in den großen Städten finden und wenn der Traum von den eigenen vier Wänden in unserem Land ohne Erbschaft nicht mehr geht. Das ist mittlerweile doch die Realität in unserer Gesellschaft. Ich sage euch: Da sind wir irgendwann mal falsch abgebogen. Das müssen wir dringend wieder korrigieren in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, jetzt wird es die geben, die sagen: Aber warum habt ihr denn nicht in den letzten Jahren schon Antworten darauf gegeben? - Wir sind nicht durchgedrungen an vielen Stellen. Aber dann muss der Auftrag doch jetzt für die Grundsatzprogrammdebatte sein, dass wir bessere Antworten finden, liebe Genossinnen und Genossen, und dass wir uns auch vornehmen, dass wir nicht nur die klügsten Papiere aufschreiben, sondern dass wir auch die öffentliche Debatte prägen, dass wir Stimmungen aufgreifen, dass wir Mehrheiten organisieren. Wir wollen die Gesellschaft gestalten: auf der Straße, in den Parlamenten. Darum muss es gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Natürlich gehört auch dazu, dass wir Verteilungsfragen stellen. Wir hätten gerne im Koalitionsvertrag gesehen, dass Spitzeneinkommen und die sehr hohen Vermögen und Erbschaften viel stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. Da geht es übrigens nicht um Neid. Da geht es darum, dass Gesellschaft zusammenhält und dass wir bessere Schulen und eine gute Infrastruktur haben, die dann allen zur Verfügung steht.

Wir haben alles darangesetzt, die Union zu diesen Zugeständnissen zu bekommen. Die Verhandlungen standen deswegen sogar einmal kurz auf der Kippe. Aber wir müssen auch feststellen, liebe Genossinnen und Genossen - und das gehört dazu -, dass wir aktuell keine Mehrheit bei diesen Themen haben. Das müssen wir verändern. Ich sage euch hier sehr klar: Es ist nicht linksradikal, die Verteilungsfrage in unserem Land zu stellen. Da reicht ein Blick auf die Fakten, und das zeigt: Es ist ein gesunder Menschenverstand, wenn wir als SPD Verteilungsfragen in unserem Land adressieren.

(Beifall)

Es geht auch um den Kampf gegen den organisierten Steuerbetrug und gegen illegale Steuervermeidung - in meinen Augen eine unfassbare Gerechtigkeitsfrage -, Stichwort „Cum-Cum“ und „Cum-Ex“. Als ich Finanzminister geworden bin, habe ich im Ministerium die Fachleute gefragt: Könnt ihr mir garantieren, dass keine Fälle von Steuerbetrug durch die Lappen gehen, wenn wir die Aufbewahrungsfristen bei acht Jahren belassen? Das konnte mir keiner garantieren. Deswegen habe ich angewiesen, dass wir die Reform von Christian Lindner unter der Überschrift „Bürokratieabbau“ sofort wieder zurücknehmen. Mir ist wichtig: Dort, wo jemand die Allgemeinheit betrogen hat, die ehrlichen Leute betrogen hat, da müssen wir uns dafür einsetzen, dass jeder Euro zurückgeholt wird, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die SPD.

(Beifall)

Und wir müssen dafür sorgen, dass Wohlstand nicht nur anders verteilt wird, sondern dass wir auch Wachstum haben, um mehr Wohlstand für alle haben zu können. Wenn wir jetzt die 500 Milliarden in die Zukunft des Landes investieren, dann müssen wir bezahlbaren Wohnraum damit schaffen, mehr Schienen und Brücken, bessere Krankenhäuser, bessere Schulen, mehr Kultur, moderne Sportplätze und Parks. Ich meine, es ist ein Geschenk unserer sozialen Demokratie, dass sich Menschen, egal wo sie herkommen und egal was sie verdienen, in der Bahn, im Park, im Sportverein oder auf dem Konzert als Gleiche begegnen. Das ist die Voraussetzung für das Gelingen unserer Demokratie, und es ist unsere Aufgabe als Politik, daran zu arbeiten.

Ich will hier einmal sagen: Deswegen war es mir als Finanzminister auch so wichtig, dass wir Anfang der Woche eine Lösung bei den zusätzlichen Belastungen für die Kommunen erreicht haben, dass wir als Bund sagen, wir übernehmen diese Gelder komplett. Wir brauchen Kommunen, die handlungsfähig sind. Das ist die Herzkammer unserer Demokratie und des Zusammenhalts. Deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, mit unseren Ländern und mit der SPD-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Die 500 Milliarden Investitionen, die wir gemeinsam erkämpft haben, sind auch eine Antwort auf Verteilungsfragen. Wir investieren in unser Land, damit es besser funktioniert. Wir holen auf, was viel zu lange liegen geblieben ist. Das ist schon eine kleine Revolution, für die viele in unserer Partei lange gekämpft haben. Der Investitionsstau hat ein Ende. Wir wollen Investitionen in die Zukunft unseres Landes ermöglichen. Ich sage euch: Es ist gut, dass der ideologische Kampf um die schwarze Null oder die Schuldenbremse vorbei ist. Es ist richtig, dass in unserem Land massiv investiert wird. Das hat die deutsche Sozialdemokratie erreicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wisst ihr, wer die Idee mit den 500 Milliarden als Allererstes hatte, 2019 auf einer von 18 Regionalkonferenzen, als es um den Parteivorsitz ging? Das war nicht Friedrich Merz. Das war auch nicht ich. Liebe Saskia, das warst du. Du warst die Erste, die damals die 500 Milliarden erwähnt hat,

(Beifall)

und es war schon etwas sehr Bedeutendes, dass wir das dann durchsetzen konnten. Liebe Saskia, wenn ich bei dir bin, dann lasst mich ein paar Worte sagen, auch wenn ich weiß, dass morgen erst die offizielle Verabschiedung ist. Ich kann dir nur sagen: Ich habe immer sehr gerne mit dir im SPD-Vorsitz zusammengearbeitet; du weißt das, glaube ich, auch. Wir beide haben in den letzten Wochen wieder sehr viel gelesen, was uns beide angeht und wie das zwischen uns so ist. Über manches haben wir gemeinsam geschmunzelt, und viele haben keine Ahnung, wie es wirklich ist.

Ich kann dir nur sagen, liebe Saskia: Du hinterlässt große Fußspuren in unserer Partei. Du wurdest von den Mitgliedern in einer Phase gewählt, wo es uns nicht gut ging. Du hast die Partei in einer schwierigen Phase zusammengeführt. Du hast sie aufgerichtet. Du hast ihr Stabilität gegeben. Du hast die Grundlagen auch für den Wahlsieg 2021 mit geschaffen. Ich kann dir bescheinigen: Du bist ganz schön hartnäckig, wenn es um deine Themen geht. „Startchancen“ würde es ohne dich in dieser Form nicht geben.

(Beifall)

Ich kann dir sagen, liebe Saskia: Über deine Hartnäckigkeit habe ich mich so manches Mal geärgert, aber in Wahrheit war ich die meiste Zeit tief beeindruckt davon. Wir beide haben uns nie als Super-Duo inszeniert - das können andere besser -, und natürlich haben wir auch kontrovers diskutiert; manche Gespräche gingen uns beiden sehr nah. Aber wir haben immer einen gemeinsamen Weg gefunden. Und ich will hier auch klar sagen: Die öffentliche Kritik, die man in der Politik aushalten muss, ging bei dir oftmals über das gerechtfertigte Maß deutlich hinaus.

(Beifall)

Liebe Saskia, ich danke dir für die enge Bindung, die wir beide in den letzten Jahren hatten und die wir weiter haben werden, für das Vertrauen, für die Belastbarkeit unserer Zusammenarbeit, und ich denke, ich darf dir das im Namen von uns allen sagen: Vielen Dank für deine Arbeit als Parteivorsitzender. Ein großes Dankeschön!

(Beifall)

Ich habe es gerade gesagt: Saskias 500 Milliarden sind auch eine Antwort auf die Verteilungsfrage, aber auch eine Antwort auf Verteilungskämpfe in unserer Gesellschaft, Verteilungskämpfe, die unsere Gesellschaft spalten. Wir erleben Verteilungskämpfe um Wohnraum, um einen Termin beim Arzt oder auch um den Platz in der Kita. Ich will das einmal in diesem Zusammenhang erwähnen, weil ich es grotesk finde, wie manche Menschen über Migration sprechen. Manche Politiker machen Menschen, die vor Jahrzehnten oder Jahren zu uns gekommen sind, dafür verantwortlich, dass es keinen Wohnraum, zu volle Schulklassen oder keinen Termin beim Arzt gibt. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist kein Migrationsproblem. Das ist ein Investitionsproblem, und das gehen wir jetzt an. Das haben wir als Sozialdemokratie durchgesetzt.

(Beifall)

Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Wir sind seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Jede vierte Person in unserem Land hat Migrationsgeschichte. Ohne Menschen, die zu uns kommen und die hier arbeiten, würde hier nichts mehr laufen, würde gar nichts mehr laufen in diesem Land, egal ob in den Krankenhäusern, in der Pflege, bei Bus und Bahn, in Schulen und Kitas. Übrigens sind das alles zum großen Teil längst deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger geworden. Trotzdem schaffen es manche in unserem Land immer wieder, Debatten anzustoßen, wo auf einmal in „die“ und „wir“ eingeteilt wird, wo Menschen, die selbstverständlich dazugehören, auf einmal

nachweisen müssen, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind, obwohl sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich von einer erfolgreichen SPD der Zukunft rede, dann sage ich: Für mich gehört ganz zentral dazu, dass wir nicht nur eine Idee haben, wie wir die Einwanderungsgesellschaft beschreiben, sondern dass wir sie auch ganz konkret leben, dass wir die Partei sind, die um die Errungenschaften der Einwanderungsgesellschaft weiß. Das ist der Auftrag für die SPD der kommenden Jahre, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht um sozialen Aufstieg, es geht um Verteilungsgerechtigkeit, es geht um die moderne Einwanderungsgesellschaft. Das sind drei Themenfelder, die für mich in die Mitte unseres Grundsatzprogramms gehören, wo wir gute Antworten auf der Höhe der Zeit finden müssen. Ich will euch aber auch sagen, dass es in den letzten Jahren durchaus gelungen ist, Antworten zu geben. In einer Welt im Umbruch haben wir gezeigt, dass wir in der Lage sind, die eigene Politik kritisch zu hinterfragen und daraus auch Schlüsse zu ziehen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Friedensordnung in Europa nachhaltig erschüttert. Zwei Flugstunden von hier weg ist seit über drei Jahren ein Krieg in Europa. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will das hier in aller Deutlichkeit sagen: Wir Sozialdemokraten stehen an der Seite der mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie haben unsere Solidarität verdient. An deren Seite stehen wir, und sie unterstützen wir.

(Beifall)

Wir alle wollen, dass dieser Krieg endet. Wir alle wollen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet. Am drängendsten wollen das übrigens die Ukrainerinnen und Ukrainer. Natürlich gehört der unermüdliche Einsatz für Diplomatie dazu. Es sind Gesprächsangebote, die Olaf Scholz als Bundeskanzler übrigens von Anfang an betrieben hat. Olaf hat immer wieder gezeigt, dass er auf das diplomatische Gespräch setzt. Ich erinnere nur mal daran, wie wir alle als SPD dafür verprügelt wurden, dass Olaf nach China gereist ist. Ich erinnere daran, wie es jedes Mal Kritik gab, wenn er zum Telefonhörer gegriffen hat und mit Wladimir Putin telefoniert hat. Ich sage euch: Das war richtig, liebe Genossinnen und Genossen. Es war richtig, dass unser Bundeskanzler Olaf Scholz auf der einen Seite die Ukraine militärisch unterstützt hat, weil sie angegriffen wurde, aber auf der anderen Seite alles getan hat, um über diplomatische Gespräche auszuloten, was möglich ist, um diesen Krieg zu beenden. Das war die richtige Politik. Herzlichen Dank, lieber Olaf, für deinen Einsatz für Frieden auf unserem Kontinent!

(Beifall)

Ich habe es gerade gesagt: Wir alle wollen Frieden. Wir haben den Anspruch, dass kein Kind, das heute in unserem Land geboren wird, jemals einen Krieg erleben muss. Niemals wieder darf von uns eine Aggression gegenüber unseren Nachbarn oder anderen Staaten ausgehen. Das ist doch unsere sozialdemokratische DNA. Natürlich müssen wir Fragen von Krieg und Frieden auch in der Partei diskutieren. Wir haben das übrigens auf dem letzten Bundesparteitag getan. Wir müssen kontrovers darüber diskutieren, und dafür muss in einer Volkspartei immer Platz sein. Es geht nicht nur um die Bundeswehr. Es geht auch um die Frage, wie wir Länder des Globalen Südens stärker an uns binden. Es geht um die Fragen, wie eine kluge Entwicklungszusammenarbeit aussehen kann, wie wir internationale Organisationen und Regeln stärken. Das alles sind Fragen, um die wir uns selbstverständlich kümmern müssen.

Aber ich will euch sehr klar sagen: Eine Friedenspartei im Jahr 2025 zu sein, bedeutet etwas anderes als in den 80er-Jahren. Wladimir Putin ist nicht Michail Gorbatschow, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen heute alles tun, um uns vor Putins Russland zu schützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch deswegen unterstützen wir die Ukrainerinnen und Ukrainer. Sie verteidigen ihre Freiheit. Aber die Freiheit, die in der Ukraine verteidigt wird, ist unmittelbar auch mit unserer Sicherheit verbunden. Um das einmal klar und unmissverständlich zu sagen: Mit mir wird es keinen anderen Weg in der Ukraine-Politik unserer Partei geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als Politiker tragen wir Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Ich möchte jeden Tag in den Spiegel gucken können und sagen können, ich tue alles dafür, dass wir hier in Sicherheit und in Freiheit leben können. Darum geht es. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere eigene Stärke die Bedingung dafür ist, dass wir zu einer Friedensordnung in Europa zurückkommen, bei der Grenzen nicht durch Gewalt verschoben werden können. Das ist für mich eines der wichtigsten Ziele sozialdemokratischer Friedenspolitik in Europa.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich an die SPD denke, dann sehe ich eine Partei, die es sich nie leicht macht, eine Partei, die immer bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, eine Partei, die nicht von der Seitenlinie reinruft und die Dinge besser weiß, sondern die reingeht und die Verantwortung übernimmt. Als Regierungsteam mit unseren Ministerinnen und Ministern haben wir uns geschworen, dass wir nicht in die

Regierung gehen, um irgendwie nur das Korrektiv zu sein, sondern dass wir Taktgeber sind und dass wir antreiben, dass wir Taktgeber sind im Bund, in den Ländern, in den Landkreisen, in den Kommunen.

An vielen Stellen unserer Partei wird das doch längst vorgemacht. Ich schaue nach Rheinland-Pfalz, nach Mecklenburg-Vorpommern, ins Saarland. Alex Schweitzer, Manuela Schwesig, Anke Rehlinger, wo seid ihr drei? Mit euch gehen wir in die Landtagswahlkämpfe und wollen, dass unsere erfolgreichen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten im Amt bleiben. Wir versprechen euch, mit euch einen engagierten Wahlkampf zu führen.

(Beifall)

Lieber Andi, lieber Armin, liebe Berliner Genossinnen und Genossen, wir freuen uns auch auf die Wahlkämpfe mit euch in Baden-Württemberg, in Sachsen-Anhalt und in Berlin. Lasst uns überraschen und zeigen, wie stark die Sozialdemokratie in diesen Ländern ist. Wir stehen an eurer Seite und gehen mit euch in den Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben wichtige Kommunalwahlen vor uns, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Wir zeigen bei den Kommunalwahlen wieder: Es gibt keine andere Partei, die in so vielen Rathäusern und Landkreisen Verantwortung trägt wie die Sozialdemokratie, weil wir doch von vor Ort wissen - unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landräte wissen das -, was die Menschen im Alltag umtreibt, wie wir die Alltagssorgen der Menschen verbessern, wie wir lebenswerte Städte und Landkreise schaffen. Vor Ort entsteht das Vertrauen der Menschen, und da gibt es vieles, was wir uns auf Bundesebene von erfolgreichen Bürgermeistern, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und Landräten abgucken können. Ich verspreche euch: Das werden wir tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Schluss lasst mich das sagen: Ich weiß, liebe Genossinnen und Genossen, dass ich euch einiges abverlangt habe in den vergangenen Monaten. Ich kann nicht versprechen, dass es nach vorne gerichtet nicht auch immer mal wieder so sein wird. Vorsitzender unserer Partei zu sein, ist für mich das größte politische Privileg meines Lebens. Es erfüllt mich mit Stolz. Deswegen will ich sagen: Ich verspreche euch hier auf dieser Bühne, dass ich alles dafür tun werde, dass unsere Partei wieder stark wird, dass ich jeden Tag dafür kämpfen werde, dass wir eine starke Sozialdemokratie in unserem Land haben. Ich freue mich, liebe Bärbel, das künftig gemeinsam mit dir an der Spitze der SPD tun zu dürfen.

Ich freue mich, lieber Tim, das mit dir als Generalsekretär tun zu dürfen. Ich verspreche euch, dass wir ein starkes Team werden, mit den Stellvertretern, mit den Mitgliedern des Präsidiums und dem Parteivorstand.

Aber ich will euch hier auch sagen: Keiner von uns kann zaubern. Ich vermute, dass Bärbel das nicht kann. Ich kann es jedenfalls nicht. Bei Tim weiß ich es noch nicht. Es sieht ein bisschen danach aus bei dem, was er in den letzten Wochen alles geschafft hat. Aber ich sage euch: Keiner von uns wird das alleine können, nicht Bärbel, nicht ich, nicht Tim, nicht das Präsidium. Das schaffen wir nur gemeinsam. Das kann nur gelingen, wenn wir auf diesem Parteitag nach einer Klartextaussprache über die letzten Monate verabreden, dass wir jetzt gemeinsam nach vorne laufen, dass wir daran arbeiten, dass diese Partei wieder stark wird, dass sie das Land prägt, dass wir Wahlen gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen. Vor uns liegt eine Menge Arbeit. Aber Bärbel, Tim und ich, wir können euch versprechen: Wir wollen Verantwortung an der Spitze unserer Partei übernehmen, und wir wollen jeden Tag dafür arbeiten, dass es eine starke Sozialdemokratie gibt. Dafür bitte ich um euer Vertrauen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes in Verbindung mit dem Leitantrag L01 „Veränderung beginnt mit uns“

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Liebe Bärbel, lieber Lars, ganz herzlichen Dank für eure Reden. Ganz herzlichen Dank für euer Engagement.

Wir kommen jetzt zur Aussprache zur Wahl des Parteivorsitzes in Verbindung mit dem Leitantrag L01 „Veränderung beginnt mit uns“. Wir haben sehr, sehr, sehr viele Wortmeldungen. Es gibt großen Aussprachebedarf. Das ist gut so. Das prägt die SPD. Deshalb darf ich ganz dezent an die 3 Minuten in der Geschäftsordnung erinnern.

Wir beginnen die Aussprache mit Anke Rehlinger, die nach vorne kommt. Liebe Anke!

(Beifall)

Anke Rehlinger, stellvertretende Parteivorsitzende:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich vermute, die eine oder andere Rede des heutigen Tages wird ähnlich beginnen. Aber es ist nicht das Entscheidende, womit wir die Reden beginnen, sondern mit was wir sie schließen und mit was wir diesen Parteitag

beschließen. Deshalb sage ich auch von dieser Stelle aus: Ja, die SPD hat bei der Bundestagswahl ein furchtbares Wahlergebnis eingefahren, und es hat uns allen miteinander auch richtig wehgetan.

Die logische Konsequenz daraus für uns ist, dass wir besser werden müssen, dass wir stärker werden müssen. Ich bin mir sehr, sehr sicher und ich bin sehr davon überzeugt, nicht zuletzt auch aufgrund der beiden Reden, die ich eben gehört habe - vielen Dank, liebe Bärbel, lieber Lars -, dass uns das gelingen kann, dass uns das gelingen wird. Und dieser Parteitag ist der Auftakt dafür, dass es gelingt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zugegebenermaßen der Auftakt, nicht der Endpunkt. Und so wird wahrscheinlich auch der Charakter dieses Parteitags sein. Zugegebenermaßen auch nicht voraussetzungsfrei, dass es uns gelingt.

Die SPD ist 2021, worauf wir wirklich zu Recht sehr stolz sind, unter anderem deshalb gewählt worden, weil die Leute der Auffassung waren, dass Olaf, unser Kanzlerkandidat, der spätere Kanzler, für gutes und seriöses Regieren steht. Bekommen haben sie allerdings ein Außenbild einer Ampel, das angesichts der riesigen Herausforderungen immens viel gebracht hat, auch große Erfolge gefeiert hat, und trotzdem ein Bild in der Öffentlichkeit gezeichnet hat, das eben von Dauerstreit geprägt war. Wir wissen auch, wie die Rolle von Olaf dort gewesen ist, von vielen Regierungsmitgliedern, die alles dafür gegeben haben, dass es anders kommt. Das Bild ist dennoch so entstanden, liebe Genossinnen und Genossen.

In der Analyse kann man ja auch - Lars hat es anklingen lassen - zu dem Ergebnis kommen: Ja, vielleicht hätten wir dieser FDP früher klarer Einhalt gebieten müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber das war es nicht allein. Ich glaube, das war es nicht allein, und deshalb werden wir uns auch nicht schonen müssen, wenn es darum geht, zu fragen: Haben wir mit unseren Antworten, haben wir mit den Themen die Menschen an den Esstischen dieses Landes mit dem, was sie dort diskutieren, erreicht? Ich fürchte - das sagt uns nun einmal dieses Ergebnis -, wir waren schlicht und ergreifend nicht überzeugend genug. Ich will das nur an zwei Beispielen deutlich machen, damit auch klar ist, was wir verbessern müssen, was wir ändern müssen.

Die SPD war, ist und sie wird die Partei der Arbeit sein. Es ist vor allem die Aufgabe der SPD, Wirtschaft und Arbeit zusammen zu denken, die starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch im Auftreten, in dem, wie wir Politik machen und indem wir auch

anständig darüber reden, dafür sorgen, dass die Menschen uns auch genau als diese starke Stimme der Arbeit in Deutschland wahrnehmen. Wenn es daran Zweifel gibt, dann wird die SPD nicht stark werden. Dann werden wir nicht besser werden, sondern dann werden wir noch viele Probleme mehr haben als zum heutigen Tag. Deshalb ist klar: Wir sind und wir bleiben die Stimme der Arbeit, aber die Menschen müssen es in Deutschland auch wahrnehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zur Wahrheit gehört es dann auch, dass wir natürlich dann gut für Arbeitnehmerrechte kämpfen können, wenn es in Deutschland genug Arbeitsplätze gibt. Nun, die strukturellen Gründe für die seit drei Jahren andauernde wirtschaftlich schwierige Situation hatte die Ampel ganz sicher nicht zu vertreten. Das stimmt. Aber es stimmt eben auch, dass das Land meines Erachtens den Eindruck hatte, dass die Ampel die wirtschaftliche Situation nicht immer und zu jedem Zeitpunkt eingeschätzt hat. Es wurde lange ein Stück weit auch an der Realität vorbeigeredet, bisweilen regiert, um - und das muss man sagen - die FDP in dieser Koalition zu halten.

Was haben wir vor Ort, was haben Betriebsräte, was haben auch wir als Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten immer wieder geschildert? Dass der Strukturwandel nicht mit allein mit gutem Zureden organisiert werden kann, dass wir einen Industriestrompreis brauchen, dass wir gute Wettbewerbsbedingungen brauchen. Wir haben es auf diesen Parteitagen auch miteinander besprochen und beschlossen. Ich glaube, es wäre ein gutes Stück besser gegangen, wenn wir früher einen klaren Kurs für Arbeitsplätze in unserem Land gefahren hätten. Deshalb bin ich froh, eben von Lars und von Bärbel zu hören, dass es überhaupt keine Unklarheit gibt in unserem Kurs, liebe Genossinnen und Genossen. Der vormalige Finanzminister in der vormaligen Regierung hat ein Verhinderungsministerium geführt. Lars, mach daraus jetzt ein Ermöglichungsministerium. Das ist das, was wir in Deutschland brauchen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und das nicht nur als Ankündigung, sondern weil es real stattfindet. Das Milliarden-Investitionspaket, es ist auf den Weg gebracht. Keine einfache Sache, nicht in den Koalitionsverhandlungen, aber jetzt auch nicht in der Realisierung. Und man darf mit Fug und Recht behaupten: Ohne Lars, ohne viele andere, aber vor allem nicht ohne die SPD würden wir in Deutschland diesen Wachstumsimpuls mit diesem Milliarden-Investitionspaket nicht haben. Das gehört zur Wahrheit, und insofern ist das schon ein erster Teil der Erfolgsbilanz dieser Bundesregierung, und kein anderer als die SPD hat das auf den weg gebracht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vielleicht ist es dem einen oder anderen aufgefallen: Wir haben in unserem Antragspaket gar keine Anträge mehr zur Schuldenbremse stehen, weil auch das geklärt worden ist mit dieser Bundesregierung, liebe Genossinnen und Genossen, und weil das auch auf den Weg gebracht worden ist.

Aber ich will einen zweiten Punkt kurz ansprechen, weil wir dort sehr genau hinhören müssen. Wir sagen ja immer, wir müssen bei den Leuten sein. Das stimmt. Dann müssen wir ihnen eben auch zuhören. Wir haben beim Bürgergeld viele Dinge gut auf den Weg gebracht, dank Hubertus und seiner hervorragenden Arbeit als Arbeitsminister. Aber ich fürchte, wir haben auch ein bisschen darüber hinweggehört, was sich gerade in der Stimmung so dreht. Ja, es stimmt: Arbeit lohnt sich immer mehr als Bürgergelt, liebe Genossinnen und Genossen. Aber die Menschen sagen uns auch: Arbeit und Schwarzarbeit scheinen doch ein Geschäftsmodell zu sein, das sich auch für einige lohnt, liebe Genossinnen und Genossen. Und was ist unsere sozialdemokratische Antwort, im Übrigen im Gegensatz zu anderen? Nicht, dass wir daraus ableiten, den Sozialstaat zu zerschlagen oder Niedriglöhner gegen Leistungsbezieher auszuspielen. Nein, wir sagen, Missbrauch muss bekämpft werden, nicht der Sozialstatt zerschlagen werden. Das ist die sozialdemokratische Antwort, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht insofern darum, wenn wir jetzt in die Grundsatzdebatte miteinander einsteigen, dass wir sie ja auf solchen Parteitagen führen. Das Wichtigste wird aber sein, dass wir mit den Menschen in diesem Land führen, liebe Genossinnen und Genossen, und das mit einer klaren Sprache, klare, deutsche Hauptsätze. Denn die geilste Idee ist nichts wert, wenn sie keiner in Deutschland versteht. Auch das muss eine Selbstverpflichtung für die Sozialdemokratie in Deutschland sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst mich abschließend sagen: Lasst es uns fair miteinander tun. Auch wenn in den letzten Wochen Positionen in die Öffentlichkeit gekommen sind, die ich nicht teile, muss es doch für uns klar sein, dass nicht jede Position, die wir nicht teilen, dazu führt, dass wir mit Schuhen und Strümpfen übereinander hergehen. Ich glaube, das ist kein guter Umgang miteinander. Wir sollten uns nicht diktieren lassen, wie wir mit anderen Meinungen umgehen. Das wird man doch noch sagen dürfen in Deutschland. Das ist ein Problem für die Demokratie. Wir sollten nicht befördern, dass die Leute den Eindruck haben - auch nicht durch innerparteiliche Diskussionen -, dass sie in diesem Punkt recht haben. Man darf sehr viel in Deutschland sagen, in der Partei, außerhalb der Partei, aber man darf auch Widerspruch dafür ernten, liebe Genossinnen und Genossen. So will ich, dass wir miteinander diskutieren, auf diesem Parteitag und darüber hinaus, und dann,

glaube ich, wird es gut für die Partei, für die Sozialdemokratie in Deutschland. - Herzlichen dank und Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Anke. Weil die Ministerpräsidentin des Saarlandes so im Schwung war, haben wir die 3 Minuten verdoppelt, aber jetzt bin ich strenger. Wir haben schon mehr als 70 Wortmeldungen, und alle oder so viele wie möglich sollen noch zu Wort kommen können.

Als Nächster Achim Post aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Gesine Schwan. Achim Post, bitte sehr!

Achim Post, stellvertretender Parteivorsitzender:

Danke, Kerstin. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wenn die Ministerpräsidentin des Saarlandes ein bisschen länger redet, dann ist das richtig gut, denn das, was sie gesagt hat, ist richtig gut, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bevor ist zu dem komme, worum es eigentlich geht, nämlich um den Leitantrag und um Bärbel und Lars, will ich einen anderen Punkt aufgreifen, der gerade gesagt wurde. Wir in Nordrhein-Westfalen sind im Wahlkampf, mittendrin. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Unterstützt uns weiter so, wie ihr das bisher macht. Am 14. September und am 28. September in den Stichwahlen geht es um viel, um mehr als 4.000 Kommunalmandate, die wir haben, um mehr als 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Und einmal ganz knapp gesprochen: Wir wollen die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen, Köln, zurückholen mit Thorsten Baumeister als Oberbürgermeister.

(Beifall)

Jetzt zu dem, worum es geht. Lars und Bärbel haben beide recht: Deutschland steht vor historischen Herausforderungen. Und sie haben beide recht: Unsere SPD, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, steht vor historischen Herausforderungen.

Und das ist Wichtigste: Wir können und wir werden diese Herausforderungen meistern. Dafür brauchen wir ein paar Grundbedingungen, die wir einlösen müssen.

Die erste Grundbedingung: Wir müssen mit Selbstkritik und Selbstbewusstsein an die Sache herangehen. Das ist eine Frage der Haltung. Ich bin sicher, dass wir das machen werden, denn nur, wenn wir selbstbewusst sind, können wir so selbstkritisch sein, wie es in dem Antrag steht. Der Antrag, Tim, den du mit vielen anderen vorbereitet hast, der Leitantrag, ist gut. Er ist nämlich kurz, er ist knapp, er ist kantig und verständlich. Genau so müssen wir es weitermachen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen noch etwas machen - ich sehe gerade Gesine -: Wir müssen es hinkriegen, was wir in den letzten Jahrzehnten - und wir regieren in diesem Land mit wenigen Ausnahmen seit Jahrzehnten - selten genau hingekriegt haben. Aber wir müssen es hinkriegen, gut zu regieren. Da mache ich mir keine Sorgen. Lars hat vorhin gesagt, dass die Kommunen entlastet werden, und zwar vollständig, wenn es um den Investitionsbooster geht. Das ist richtig gut. Wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass wir eine neue sozialdemokratische Versprechung auf die Zukunft organisieren, eine optimistische Versprechung, die die Leute auch verstehen. Wir wissen alle: Helmut Schmidt hat mal gesagt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen. Aber es gibt Ernst Bloch, und der hat aufgeschrieben, dass es besser wäre, mit einer konstruktiven Kritik eine konkrete Utopie zu organisieren.

Nun werden viele, die mich kennen, denken: Mensch, was redet der für einen theoretischen Quark? Der ist doch so praktisch und konkret. Das ist praktisch und konkret. Das geht auf das 500-Milliarden-Sondervermögen. Vor 15 Jahren, vor 16 Jahren gab es die Schuldenbremse, die größte Wachstumsbremse, die es in Deutschland je gegeben hat. Die wird langsam Schall und Rauch, und wir haben seit dem Marshallplan das größte Investitionsvermögen für Infrastruktur und Innovation, das es in Deutschland nach dem Krieg gegeben hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist das Verdienst von uns allen. Das ist das Verdienst von der gesamten Verhandlungskommission, das ist das Verdienst von Olaf, aber es ist vor allen Dingen das Verdienst von Lars, Bärbel und Saskia. Wir haben etwas hingekriegt.

Also in 30 Sekunden - Kerstin, wenn du erlaubst - zusammengefasst: Wir müssen diesen Dingen noch etwas anderes hinzufügen. Wenn wir über Verteilungsgerechtigkeit reden, dann müssen wir das konkret machen. Die Boston Consulting Group hat gerade vor zwei Tagen mitgeteilt: 4.000 Superreichen in Deutschland gehören 25 Prozent des gesamten Finanzvolumens in der Bundesrepublik Deutschland - 3 Billionen Euro. Lieber Lars, davon

könntest du sechs Bundeshaushalte finanzieren, von dem Geld, das 4.00 Menschen haben. Und deshalb müssen wir ran, an Vermögensteuern, an Erbschaftsteuern und an Reichensteuern. - Schönen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Achim. - Als Nächste kommt Gesine Schwan für die Grundwertekommission. Ihr folgt Philipp Türmer.

Gesine Schwan, Vorsitzende der Grundwertekommission:

Liebe Bärbel, lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste! Ja, das war eine schwierige Wahlniederlage, aber man sollte sie von vornherein als Ansporn nehmen und nicht als Entmutigung, sondern als Ansporn für eine bessere Analyse als Ansporn für eine überwindende Strategie und für eine gemeinsame Anstrengung für uns alle.

Diese Sozialdemokratie hat so viel Substanz, nicht nur historisch, sondern auch in der Gegenwart. Sie hat so viele Menschen, die sich für die Werte engagieren. Das ist ein Fundus. Es sind nicht nur die Personen - mit Verlaub -, die jeden Tag im Fernsehen sind. Es ist die Sozialdemokratie in ihrer Substanz, und auf die können wir uns verlassen. Aber wir müssen sie mehr zum Glänzen bringen.

Der Generalsekretär Matthias Miersch hatte die Freundlichkeit - Tim Klüssendorf hat das fortgesetzt -, die Grundwertekommission zu bitten, an der Analyse und auch an den Überwindungsstrategien teilzunehmen. Dazu haben drei Personen ein Papier geschrieben, das ihr im Internet unter „Grundwertekommission“ lesen können. Das waren Henning Meyer, Gustav Horn und ich, die beiden als meine Vertreter. Da haben wir versucht, einige Grundpunkte, die tiefer gehen, zu nennen.

Der zentrale Punkt ist ein Vertrauensverlust in die Sozialdemokratie, der schon lange anhält. Das ist nicht mit jeder einzelnen Wahl zu erklären. Er hält mindestens seit der Jahrtausendwende an. Wenn es so lange mit kleinen Schlenkern bergab geht, dann ist es ein tieferer Grund als einzelne Erfahrungen mit Kabinetten.

Grundsätzlich müssen wir sagen, dass das Politikverständnis, das wir insbesondere - nicht nur wir, aber wir als Sozialdemokraten eben auch - seit der Jahrtausendwende vertreten haben, eine Art Tauschgeschäft war: Wahrversprechen gegen Stimme. Solche

Tauschgeschäfte zerstören Vertrauen. Sie schaffen kein Vertrauen, sondern sie zerstören Vertrauen, weil diese Versprechen erstens nie eingehalten werden können und weil sie zweitens eigentlich nichts mit einer persönlichen Vertrauensbeziehung zwischen Wähler und Gewählten zu tun haben.

Stattdessen müssen wir Vertrauen schaffen durch eine überzeugende und überzeugte Politik im Dienst einer unseren Grundwerten entsprechenden gerechteren, solidarischen, freieren Gesellschaft. Überzeugung ist das Entscheidende, auch Überzeugung, die gegen Widerstände durchgehalten wird.

Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen zugleich in unseren Einzelpolitiken erkennbar sein. Das ist nicht leicht. Das muss immer wieder deutlich gemacht werden. Aber es ist die einzige Chance, Vertrauen wiederzugewinnen. Dazu müssen wir eine diskutierende Partei, eine lebendige Partei sein, die nur dadurch attraktiver wird und wieder eine positive Rolle auch in den Wahlen spielen kann, dass wir diskutieren. Die Rollenverständnisse sind verschieden. Ich möchte ganz ausdrücklich dagegen plädieren, dass wir Geschlossenheit der Partie zum obersten Modell machen. Wir müssen miteinander diskutieren. Nur so kann unsere Partei nach außen überhaupt wirken.

(Beifall)

Nur so können wir gute Konzepte finden. Nur so können wir zeigen, dass wir eine lebendige Politik machen. Das, was uns zusammenhält, ist zwar eine Geschlossenheit hinter den Grundwerten, aber nicht hinter jeder Einzelpolitik.

Noch ein letzter Satz, der jetzt vielleicht provoziert: Was uns zusammenhalten muss auch als Partei, ist das Vertrauen. Ich habe das Friedensmanifest nicht unterschrieben, weil mir einige Passagen darin missverständlich erschienen. Sie haben ein bisschen suggeriert, also ob Putin irgendwie halb recht hätte. Das hat mich gestört. Aber ich habe volles Vertrauen in Ralf Stegner, und ich bitte darum, dass wir diesen Streit, den wir austragen, mit dem Vertrauen in unsere Genossinnen und Genossen verbinden. Wir werden das dann schaffen.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Gesine. - Ich habe die undankbare Aufgabe, dass hier ein riesiger Stapel von 70 Wortmeldungen liegt, und es kommen immer noch weitere herein. Ich will

versuchen, dass so viele wie möglich zu Wort kommen. Deshalb gibt es dort vorne eine Uhr, die rückwärts zählt.

Philipp Türmer ist der Nächste. Ihm folgt Manuela Schwesig. Bitte!

Philipp Türmer, Juso-Vorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, mal wieder CityCube! Gerade eben hat Gesine Schwan geredet, vielleicht eine der klügsten Frauen, die es in unserer Partei gibt, während diese Partei in ihrer schwersten Krise ist. Wie immer hat sie sehr kluge Sachen gesagt, aber nur die Hälfte der Delegierten hat es mitbekommen, weil die andere Hälfte schon wieder raus ist.

(Beifall)

Alles eingeübt, alles ganz normal. Morgen beim Parteiabend um null Uhr, da singen dann die Jusos wieder ganz laut die „Internationale“. Die Seeheimer gucken ein bisschen pikiert. Alles wie immer.

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem 23. Februar ist unser größter Feind die Normalität.

(Beifall)

Das darf uns nicht passieren. 16,4 Prozent, ganze Regionen ohne einen einzigen Abgeordneten, Landespolitiker*innen, die ihr Bundesland gegen die AfD verteidigen müssen, und eine Partei, die sich fragt: Was ist unsere Zukunft?

Liebe Bärbel, lieber Lars, ich könnte jetzt sagen: Ja, wir Jusos haben ja immer gesagt, das war nicht gut, was wir da veranstaltet haben. Aber das wäre erwartbar, und das wäre doch etwas billig angesichts der schweren Krise, in der wir uns befinden. Ich nehme euch stattdessen in die Pflicht. Ihr bittet diese Partei in ihrer vielleicht schwersten Krise, seit es sie gibt, um einen gewaltigen Vertrauensvorschuss, darum, diese Partei in eine Zukunft zu führen, die hoffentlich wieder so großartig ist wie ihre Vergangenheit - eine Aufgabe, die größer ist als jedes Ministeramt.

Im Wahlkampf haben wir plakatiert „Mehr für dich“ und „Mitte-Garantie“, und dann haben wir das schlechteste Ergebnis seit 1887 kassiert. Vor 162 Jahren ist diese Partei von mutigen Frauen und Männern aus der Arbeiter*innen-Bewegung gegründet worden, die sich nicht mit den Ungerechtigkeiten dieser Gesellschaft zufriedengeben wollten, die sich angelegt haben mit den Reichen und den Mächtigen.

(Beifall)

Und heute, 162 Jahre später, ist die Vermögensverteilung so ungerecht wie damals, so schlimm wie damals.

(Beifall)

Während 900.000 Menschen in diesem Land als Privatiers ganz allein von ihrem Vermögen leben, können 20 Prozent der Familien nicht mal eine Woche Urlaub im Jahr machen. Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Situation braucht es eine Sozialdemokratie, die wieder mutig ist, die sich wieder traut, die Verteilungsfrage so laut zu stellen, dass sie von niemandem überhört werden kann - von niemandem.

(Beifall)

Das heißt auch, wir dürfen uns nicht mehr mit den kleinen Erfolgen zufriedengeben, nicht mehr die kleinen Kompromisse feiern, als ob sie die größte Errungenschaft aller Zeiten wären. Sozialdemokratie heißt mehr. Sozialdemokratie heißt, für grundsätzliche Veränderungen zu stehen, für eine Gesellschaft, die geprägt ist von Gerechtigkeit und Solidarität, nicht von dem Gegeneinander, nicht von dem Ausspielen gegeneinander. Liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen es niemals zulassen, dass die Arbeitnehmer*innen ausgespielt werden gegen die Bürgergeldempfänger*innen und die Bürgergeldempfänger*innen gegen die Geflüchteten. Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler war selbst Geflüchteter.

(Beifall)

Unsere Aufgabe ist es, Bündnisse zu bilden, diejenigen zusammenzuführen, die allein schwach sind, damit sie gemeinsam stark sind. Lasst uns das angehen, und lasst uns denen wieder Hoffnung geben, die doch eine Sozialdemokratie, eine starke sozialdemokratische Bewegung so dringend wollen. Dafür nehme ich euch in die Pflicht. Da sind wir auch dabei. Macht diese Partei wieder zu der linken Volkspartei, die dieses Land so dringend braucht. - Danke, liebe Genossinnen und Genossen. Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Philipp. - Als Nächstes ist die nächste Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig, dran. Ihr folgt Tim Klüssendorf.

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann direkt anschließen, denn lieber Philipp, du hast recht - ich glaube, dass es allen am Wahlamt so ging : Es kann gar nicht zur Normalität - was sie auch immer bedeutet - übergegangen werden, und es kann auch kein „Weiter so!“ geben, denn das Wahlergebnis ist brutal und bitter. Es ist vor allem bitter für die vielen, die sich seit Jahren engagieren, nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern für unsere Werte. Und es ist ja nicht einfach nur eine Prozentzahl, sondern es bedeutet ja ganz konkret, dass wir einen so noch nicht erlebten Vertrauensverlust in der Bevölkerung haben. Für Ostdeutschland bedeutet es, dass wir sogar unter 16 Prozent waren, dass wir, obwohl wir drei Jahre vorher das Vertrauen der Menschen bekommen haben, bis auf das Direktmandat von Olaf kein einziges gewonnen haben.

Die schlechte Nachricht ist: Auch nicht der politische Konkurrent, die Union, sondern bis auf drei Direktmandate für SPD und Linke komplett die AfD. Ich sage hier ganz deutlich, das ist kein ostdeutsches Phänomen. Das ist Realität, die im Osten da ist, die aber ganz Deutschland erreichen kann, und das ist eine große Gefahr.

(Beifall)

Denn das Gift der AfD ist schon längst in der Mitte der Bevölkerung angekommen. Deshalb liegt es an uns, dem etwas entgegenzusetzen: Mit guter Politik, die es auch unter Olaf gab, wie der eingeleiteten Zeitenwende, mit militärischer Unterstützung für die Ukraine und Schutz für unser eigenes Land und Diplomatie, auch wenn das gerade ein Thema ist, das vor Ort - insbesondere im Osten - schwierig ist - da würde ich nicht zurückgehen -, aber auch beim Thema stabile Renten stark und stabil zu bleiben.

Ich will zwei Dinge nennen, die ich in dieser Zeit richtig finde. Aber ich will hier auch deutlich sagen: Ja, es ist gut, wenn ein neues Grundsatzprogramm kommt. Ja, es ist gut, wenn wir hier unsere Beschlüsse haben. Und ja, es ist auch gut, wenn wir gegen Desinformation und Fake News kämpfen und zukünftig mehr Klartext haben. Ich glaube aber nicht, dass unser Problem ist, dass 80 Prozent der Menschen uns nicht verstehen und wir zu schlecht kommunizieren. Denn unser Problem ist auch, dass wir in elementaren Lebenslagen der Menschen nicht abgeliefert haben, und das muss sich ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dazu gehört für mich ganz klar, dass sich die wirtschaftliche Lage des Landes verbessern muss. Wenn Menschen um ihren Arbeitsplatz Sorgen haben, wenn sie sich mit

schlechten Löhnen abgeben müssen, dann ist das existenzbedrohend, und dann verunsichert das. Ich habe das selbst als 15-jähriges Mädchen erlebt, als der Betrieb meines Vaters geschlossen wurde, arbeitslos wurde und später für schlechte Löhne immer auf dem Bau geschuftet hat. Ich habe ihn übrigens gestern besucht: Pflegestufe 2 und nicht das reguläre Renteneintrittsalter erreicht. Das ist Realität für viele Menschen. Deshalb müssen wir investieren in die Wirtschaft - mit guter Arbeit, guten Löhnen. Aber es braucht auch mehr Investition in soziale Gerechtigkeit. Dass bezahlbarer Wohnraum für die Mehrheit in diesem Land für viele Schichten nicht Realität ist, ist ein Fehler von uns. Wir müssen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.

(Beifall)

Dass die Pflegekosten den Menschen über den Kopf wachsen, daran ist auch nicht die AfD schuld, sondern wir müssen dem etwas entgegensetzen.

Wofür ich also werben will, ist, dass wir beim Thema Wirtschaft, gute Löhne, bezahlbarer Wohnraum, Unterstützung für Familien auch in Pflegesituationen wirklich abliefern, denn die Leute sehen den Unterschied, ob ihr Leben konkret besser wird oder schwieriger. Dafür will ich werben, und dafür haben wir gute Dinge im Koalitionsvertrag angelegt.

Die AfD ist eine große Gefahr für unsere Demokratie. Niemand kann sich sicher sein, dass nicht das, was wir in Ostdeutschland erleben, überall Realität wird. Für uns ist klar: In den nächsten Jahren Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Für mich ist klar: Ich werde mein Land nicht der AfD überlassen.

(Beifall)

Denn es sind Sozialdemokraten, die zu Nazi-Zeiten für Demokratie gekämpft haben. Mein Vorvorvorvorgänger, Johannes Stelling in Mecklenburg-Strelitz, ist von Nazis ermordet worden. Es sind Sozialdemokraten, die zu DDR-Zeiten verboten waren und dann die friedliche Revolution mit erkämpft haben. Das ist unsere Verantwortung: Weiter für Demokratie und Freiheit zu sorgen. Aber für diesen Kampf brauchen wir auch eine starke SPD auf Bundesebene. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir hier die Aussprache nutzen für Klartext, uns die Karten zu legen: Was lief falsch und was muss besser werden.

Ich bitte aber auch darum, dass wir am Ende hier geschlossen rausgehen und dass wir unsere Führungsmannschaft gemeinsam starkmachen. Ich habe in den letzten Wochen viel darüber gelesen, wer jetzt hier wie Karriere macht. Ich bewerbe mich hier nicht um ein Amt und will deswegen für die anderen sprechen. An der Spitze werden zukünftig Lars und Bärbel stehen, und ich bitte euch, die Spitze inklusive Präsidium stark zu

unterstützen, denn es ist wichtig, dass wir eine starke Mannschaft haben, die die Menschen und Bürger erreicht, die für uns die Politik umsetzt. Ohne Menschen kein Erfolg. Dann nützt uns auch das beste Programm nichts. Deswegen meine Bitte, eine bessere Politik für die Menschen zu machen, aber auch unsere Frontmänner und Frontfrauen gut zu unterstützen.

Danke an Lars, danke an Bärbel, dass ihr bereit seid, diese Verantwortung zu übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Manuela. - Als Nächster ist Tim Klüssendorf dran. Ihm folgt Mareike Engel.

Tim Klüssendorf, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen heute wirklich an einem Wendepunkt, nicht nur für unsere Partei, sondern für unser ganzes Land. Das Ergebnis - das wurde jetzt schon mehrfach angesprochen, aber ich will es trotzdem noch einmal so formulieren - der Bundestagswahl hat uns gezeigt, wie tief der Vertrauensverlust sitzt - in die Politik, in unsere Demokratie, in unsere Institutionen, in uns. Wir haben nichts schönzureden. Das Ausmaß unserer Niederlage ist dramatisch. Jedes Mal, wenn ich das Plenum des Bundestags betrete und die neue Sitzverteilung sehe, ist das für mich wie ein Schlag in die Magengrube. Es tut verdammt weh, das Vertrauen, für das wir so hart gekämpft haben, wieder verloren zu haben.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen noch, weil die Sozialdemokratie nicht nur einstecken kann, sondern vor allem auch wieder aufstehen kann. Und das spüren wir doch heute in der Diskussion: Wir stehen noch, liebe Genossinnen und Genossen, und wir starten hier und heute mit unserer Rückkehr.

(Beifall)

Stück für Stück, Tag für Tag, Woche für Woche werden wir an uns arbeiten. Die Veränderung beginnt mit uns, mit uns allen zusammen, mit jeder und jedem Einzelnen von uns. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, diese Welt macht einem den zuversichtlichen Blick auf eine bessere Zukunft doch schon schwer genug. Wer von euch

kennt nicht das Gefühl, die Nachrichtenlage kaum noch ertragen zu können? Wieder ein Konflikt, wieder eine Naturkatastrophe, noch ein Anschlag, noch eine Krise. Diese Welt, unser Europa, unser Land - das spüren wir alle - braucht so dringend Perspektiven für die Zukunft, braucht die Hoffnung auf Veränderungen. Wir stehen in einer Linie mit Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die für Veränderungen gekämpft haben, die alles dafür gegeben haben, dass die Zukunft besser wird als die Vergangenheit. Die wichtigste dieser Veränderungen, die einmal erkämpft wurde, ist unsere Demokratie selbst. Unsere Demokratie, die nichts anderes ist als die Verantwortung für unser eigenes Schicksal, aber eben damit auch das klare Versprechen und das Privileg, unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen zu können. Liebe Genossinnen und Genossen, der Welt, in der wir leben, treten wir nicht machtlos entgegen, nicht wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Keine Generation vor uns hat jemals aufgegeben, für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, und, liebe Genossinnen und Genossen, das werden wir auch nicht tun. Niemand soll sich täuschen. Die sozialdemokratische Bewegung wird nicht ausgerechnet in der Zeit, in der der Frieden zwischen den Menschen, unsere Umwelt und unser Klima so sehr auf dem Spiel stehen, in der der materielle Wohlstand und die Chance auf ein besseres Leben so unerträglich ungerecht verteilt sind, und in der unser Leben in Sicherheit und Demokratie so stark bedroht ist, diese sozialdemokratische Bewegung wird nicht in der Zeit, in der sie am meisten gebraucht wird, den Mut verlieren.

In den letzten beiden Jahrzehnten haben wir sehr ordentliche Regierungspolitik in unterschiedlichen Koalitionen gemacht, Arbeit, auf die wir zu Recht auch stolz sein können. Wir haben immer wieder um den bestmöglichen Kompromiss gerungen und damit konkrete Verbesserungen für unsere Gesellschaft erreichen können. Das tun wir auch jetzt wieder in einer Regierungskoalition, die unsere Kompromissfähigkeit hart auf die Probe stellt und uns sehr viel abverlangt. Wir haben das heute wieder erlebt. Ich bin mir sicher, dass viele die Bedeutung unserer Arbeit erst dann wirklich spüren würden, wenn es sie nicht mehr gäbe. Der Kompromiss ist dabei auch gar nicht das Problem, ganz im Gegenteil. Wir sind stolz, dass wir in einer Demokratie immer wieder in der Lage sind, wichtige Kompromisse zu machen. Das Problem ist vielmehr, dass wir den Kompromiss zu oft als unsere eigene Position dargestellt haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht haben wir uns tatsächlich ein Stück weit selbst darin verloren, lieber über den letzten Spiegelstrich zu streiten als über das Ziel,

auf den dieser Spiegelstrich am Ende eigentlich hinarbeiten soll. Es ist deshalb unsere Aufgabe, Hoffnung zu geben.

Doch diese Hoffnung braucht eben eine Vision, eine klare Vorstellung davon, wie unser Gesellschaftsentwurf für die Zukunft aussieht, eine Vorstellung davon, wie unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer heutigen Welt mit Leben gefüllt werden. Genau deshalb werden wir uns nun diesen Fragen im Grundsatz widmen und miteinander um die besten Antworten ringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Zukunft verlangt Mut. Zeigen wir heute, dass wir den Mut haben für eine Sozialdemokratie, die Menschen bewegt und unsere Gesellschaft verändert. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Tim. Du hast auch noch zum Leitantrag gesprochen. Aber wir haben uns jetzt als Präsidium verständigt, dass wir die 3 Minuten jetzt ein bisschen strenger einhalten, denn sonst kommen viele Leute nicht mehr zu Wort.

Mareike Engel ist die Nächste. Ihr folgt Olaf Lies.

Mareike Engel, Sachsen:

Liebe Bärbel, lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen! Veränderung beginnt mit uns. Das ist gleichsam bedeutungsschwanger und sagt noch gar nichts aus. Das, was wir daraus machen, ist entscheidend. Lieber Tim, das gilt nicht nur für Spiegelstriche in Leitanträgen, sondern für jeden einzelnen Tag im Kampf für die vielen Menschen, die auf die Sozialdemokratie hoffen und die wir in der Vergangenheit viel zu oft enttäuscht haben. Wir haben Vertrauen verloren bei den Wählerinnen und Wählern. Wir haben Vertrauen verloren in unsere Parteispitze, und vielleicht haben wir als Sozialdemokratie auch das Vertrauen in uns selbst verloren. Und warum? Vertrauen kann man nur bekommen, wenn man hält, was man verspricht. Wer 15 Euro Mindestlohn verspricht, der muss dann auch genauso hart dafür kämpfen, dass der kommt.

(Beifall)

Wer sich im Koalitionsvertrag gegen einen verpflichtenden Wehrdienst ausspricht, der darf das eigene Versprechen nicht zwei, drei, vier Wochen danach selbst wieder brechen.

(Beifall)

Wer eine humanitäre Asyl- und Migrationspolitik mit Worten immer wieder bekräftigt, der darf Zurückweisung an den deutschen Außengrenzen vom Koalitionspartner nicht akzeptieren. Wer eine linke Volkspartei sein will und für die 95 Prozent in diesem Land, für die Arbeiterinnen und Arbeiter, für die Schwächsten in dieser Gesellschaft Politik machen will, der darf sich in einer Großen Koalition nicht im Regierungsalltag verlieren.

Wer Vertrauen will, der muss glaubwürdig handeln. Fehlende Einsichtigkeit und Machtspielchen haben uns in den letzten Monaten einen Bärendienst erwiesen. Etwas mehr Demut von uns allen, aber auch von der gesamten Parteispitze nach diesen Verfehlungen steht uns gut zu Gesicht.

Nach den Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU muss ich mit vielen jungen GenossInnen darüber diskutieren. Einige haben nach langem Hadern die Partei verlassen. Aber sehr viele sind geblieben, trotz alledem.

Meine Bitte an euch, liebe Bärbel, lieber Lars, aber auch lieber Tim: Vergesst das nicht, nicht im Kabinett, nicht an der Spitze dieser Partei. Die Partei braucht auch diese jungen und linken Stimmen. Sie braucht einen Motor, um auch nach 162 Jahren noch echte sozialdemokratische Politik zu machen, damit wir wieder die Menschen überzeugen als linke Volkspartei. - Freundschaft und Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Danke, Mareike. Es geht auch, in weniger als 3 Minuten, die Botschaften rüberzubringen. Vielen Dank.

Als Nächster Olaf Lies, der nächste Ministerpräsident in der stolzen Riege. Im folgt Kira Braun.

Olaf Lies, Niedersachsen:

Liebe GenossInnen und Genossen! Erst einmal finde ich es gut, dass wir genau diese kritische Auseinandersetzung hier machen. Hier gehört es hin, hier ist der richtige Ort dafür, hier dürfen wir das auch, und das darf auch öffentlich wahrnehmbar sein. Aber, liebe GenossInnen und Genossen, das ist nicht das Bild, das Menschen von uns erwarten.

Menschen erwarten von uns Lösungen. Die wollen nicht wissen, wie wir uns streiten. Die wollen wissen, wie wir ihre Probleme lösen und ihre Sorgen angehen. Das dürfen wir bei all der Diskussion hier nicht vergessen, liebe GenossInnen und Genossen.

Deswegen will ich sagen, bin ich erst einmal sehr dankbar, hier für die Diskussion, aber, wenn ich sagen darf, auch Bärbel und Lars für die klaren Worte, die sie gefunden haben.

Lasst mich eines vorweg über Lars sagen, weil es immer diskutiert wurde. Lars hat es vorhin gesagt: In einer Zeit, in der wir uns, glaube ich, alle vorstellen können, was es mit einem Parteivorsitzenden macht, ein solches Ergebnis zu erzielen, war er bereit, Verantwortung zu übernehmen, damit wir auf Augenhöhe zu einer Koalition kommen, die uns in Deutschland voranbringt. Lieber Lars, vielen Dank dafür. Das erfordert auch Mut an deiner Stelle, solch eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es war richtig. Es war notwendig. Aber ich glaube, es ist auch klar: Wir brauchen auch eine Vorstellung davon, was wir mit der Partei machen. Deswegen, lieber Tim, will ich sagen: Die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms ist richtig. Die ist notwendig. Das gehört dazu. Und das geht nicht in ein paar Wochen, sondern das wird ein Prozess sein.

Aber lasst mich zu dem kommen, was ich vorhin gesagt habe. Wir brauchen für unsere Politik Mehrheiten, und das heißt, uns muss klar sein, die Menschen in unserem Land machen sich Sorgen. Es gibt ja Gründe, warum wir die Zustimmung nicht bekommen. Es gibt eben auch Gründe, warum wir 16 Prozent Zustimmung bei der Wahl kriegen, dass sich aber am Ende die Hälfte der Bevölkerung wünscht, dass wir in Regierungsverantwortung gehen. Man muss sich einmal ansehen, was das eigentlich heißt. Bei den ganzen geopolitischen, den wirtschaftlichen und den gesellschaftlichen Veränderungen, liebe Genossinnen und Genossen, da ist doch völlig klar, es ist richtig, was da steht: Die Veränderung beginnt mit uns. Aber Tatsache ist auch: Die Menschen sorgen sich vor Veränderung, weil sie nicht wissen, was morgen kommt. Und was die Menschen von uns erwarten, ist, dass die Sozialdemokratie ihnen die Sicherheit gibt. Sicherheit in Zeiten des Wandels ist die sozialdemokratische Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Genau diese Aufgabe, die müssen wir wahrnehmen. Ich würde mir wünschen, dass wir das selbstbewusst machen, weil wir die Antworten nicht denen überlassen, die keine Antworten für unsere Gesellschaft geben. Wir geben die Antworten, wie wir den

Menschen in unserem Land Sicherheit geben können. Wir überlassen das nicht den Rechten in unserer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen: Wir zeigen das.Lasst mich das einmal ganz kurz sagen: Wir zeigen das mit einer Wirtschafts- und Investitionspolitik, die Lars zu verantworten hat. Übrigens: Gleichzeitig sorgt Lars dafür, dass das nicht auf dem Rücken der Kommunalos ausgetragen wird, sondern dass wir handlungsfähig bleiben. Das hat noch keine andere Regierung und erst recht kein Finanzminister in der letzten Koalition geschafft.

Wir schaffen es, mit Bärbel Politik zu machen, die Tarifverträge, Mindestlohn, aber auch Tariftreue in den Mittelpunkt stellt, mit Verena bezahlbares Wohnen zu machen, mit Carsten eine Umwelt- und Klimapolitik zu machen, die auch sozial gerecht ist. Wir schaffen es, mit Reem eine Politik zu machen, die die Menschen von uns wollen, und wir schaffen es, mit Boris eine Sicherheitspolitik zu machen, die richtig ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir auch selbstbewusst sind. Lasst uns auch selbstbewusst auf das blicken, was wir in Verantwortung machen. Darauf können wir stolz sein. Lasst uns diesen Weg auch gemeinsam geschlossen weitergehen.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Olaf. - Als Nächste kommt Kira Braun. Ihr folgt Kaweh Mansoori.

Kira Braun, Saarland:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wer manche Debatten in den letzten Wochen und Monaten verfolgt hat, der bekommt das Gefühl, wir müssten uns für irgendetwas verstecken, und wir hätten in den letzten Jahren alles falsch gemacht. Ich sehe das nicht so. Ich warne davor, dass wir uns vor den Karren jener spannen lassen, die uns nur am Boden sehen wollen; denn es gibt nichts, wofür sich diese Partei schämen muss.

(Beifall)

Olaf Scholz hat dieses Land in den schwersten Jahren geführt. Diese Regierung ist auch nicht an der SPD gescheitert. Sie ist an einem Koalitionspartner gescheitert, der sich

seiner historischen Verantwortung nicht bewusst war. Deshalb bin ich mir sicher: Die Geschichte wird einmal gnädiger über diese Bundesregierung und über diesen Bundeskanzler urteilen, und ich finde, wir sollten das auch tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber das heißt nicht, dass wir nicht aus Fehlern lernen müssen. Ja, wir brauchen ein neues Grundsatzprogramm. Ja, wir müssen auch kritisch überprüfen, ob wir überhaupt noch die richtigen Antworten auf die Fragen dieser neuen Zeit geben. Aber lasst uns das doch gemeinsam tun; denn die Stärke unserer Partei liegt darin, dass wir uns nicht im kleinsten Spiegelstrich verlieren. Sie liegt in uns zusammen, wenn wir Respekt und Solidarität nicht nur nach außen fordern, sondern eben auch nach innen leben, wenn wir Ehrenamt, Parteiorganisation, Fraktion und Regierung als Team verstehen und als Team geschlossen auftreten. Deshalb werde ich diesem Team heute auch meine Stimme geben. Nicht, weil ich alles richtig finde oder mit allem einverstanden bin, sondern weil ich überzeugt bin, dass wir mit Lars, mit Bärbel und auch mit Anke die richtigen Personen vorne stehen haben.

Mit Blick auf den Leitantrag will ich sagen: Bei allen klugen Spiegelstrichen zu unserer Kommunikation, zur Organisation, zu KI oder auch zu sonst was dürfen wir niemals vergessen, um wen es am Ende geht. Die SPD ist dann stark, wenn sie über die Themen spricht, die die Menschen abends am Abendbrottisch diskutieren. Deshalb will ich sagen: Es reicht nicht, das Infrastrukturpaket ins Schaufenster zu stellen. Nur wenn die Straßen und die Brücken repariert sind, wenn nicht der Putz von der Schulturnhalle fällt, wenn das mit der Kita funktioniert, mit dem sozialen Wohnungsbau, nur dann trauen die Leute der SPD, dass wir das richtig und gut machen werden. Dazu gehört auch, dass wir Versprechen, die wir geben, halten - auch bei der Senkung der Stromsteuer. Ich finde nicht, dass wir Dinge in den Koalitionsvertrag schreiben können, die dann nach einigen Wochen einfach nicht mehr gelten.

(Beifall)

Und ja: Es ist unterirdisch, wie die CDU sich verhält. Aber die Arbeitsteilung in dieser Koalition kann doch nicht sein, dass die CDU sich für ein Infrastrukturpaket feiern lässt, während Lars sich die Schläge für gebrochene Wahlversprechen einfängt. Wir müssen hier besser werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur kommunikativ.

(Beifall)

Ein letzter Punkt. Ja, diese Regierung wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Wirtschaft wieder anspringt. Mit dem Investitionsbooster hat Lars in Rekordzeit geliefert. Jetzt

muss auch die Wirtschaftsministerin liefern und darf sich nicht in irgendwelchen Vermerken schon vorbauen, weshalb Dinge nicht funktionieren werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zum Schluss.

Ja, lasst uns diese Niederlage kritisch aufarbeiten. Aber lasst uns dann auch wieder nach vorne schauen. Niemand wählt uns, wenn wir die Hände in die Tasche machen und mürrisch nach unten blicken. Die Menschen wollen eine Sozialdemokratie, die kämpft. Das zeigen wir auch in den Ländern. Wir haben allen Grund zur Zuversicht, und wir haben allen Grund dafür, dass wir sagen können: Zieht euch warm an - wir kommen wieder.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Kira. - Als Nächster kommt Kaweh Mansoori, der stellvertretende Ministerpräsident aus Hessen. Ihm folgt Maybrit Venzke.

Kaweh Mansoori, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Aussprache zu den zentralen Reden, das kenne ich seit Jahren als den Ort für kraftstrotzende Dampfreden. Das hört sich heute sehr, sehr nachdenklich an, und ich finde, es ist auch angemessen, dass sich das heute sehr, sehr nachdenklich anhört. Wir sind die Partei des Aufbruchs, des Fortschritts. Wir leben in einer Gesellschaft, in der vielen Menschen die Zuversicht fehlt, dass die Zukunft eine bessere wird. Das macht natürlich auch etwas mit einer Partei, die für eine bessere Zukunft steht.

Ich will einmal eine unbequeme These in den Raum stellen. Viele Menschen in unserem Land fühlen das Aufstiegsversprechen, für das diese Partei steht wie keine andere, nicht mehr. Ich will das einmal mit einem Beispiel belegen. Ich komme aus Frankfurt. Der Quadratmeter Wohnen in einer frei finanzierten Wohnung kostet bis zu 25 Euro kalt. Wir haben Baukosten von 6.000 Euro im Land, und zwar völlig egal, ob du vom Dorf kommst oder in der Stadt lebst. Genossinnen und Genossen, ich bin Wirtschaftsminister in Hessen und trotzdem Mitglied in fünf Gewerkschaften. Ich drücke den Gewerkschaften bei jeder Tarifkampagne die Daumen. Aber wer soll das eigentlich von welchem Einkommen in diesem Land noch bezahlen, Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Deswegen hat das auch viel mit dem zu tun, was Lars und Bärbel gesagt haben, und mit dem, was in diesem Leitantrag steht. Ganz normalen Menschen mit ganz normalen Einkommen, die ein ganzes Leben lang arbeiten, muss es doch möglich sein, am Ende in ihren eigenen vier Wänden zu leben, und wer, wenn nicht wir, muss dieses Versprechen in diesem Land wieder einlösen, Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Am Ende ist die Ampel nicht daran gescheitert, dass ihr die Ambitionen fehlten. Am Ende ist die Ampel daran gescheitert, dass sie die Dinge nicht umgesetzt hat. Deswegen kann ich euch nur ermutigen, Schluss zu machen mit Privatisierung im Wohnungsbau, Schluss zu machen mit überflüssigen Regeln, die das Wohnen immer teurer machen, und vor allem dafür zu sorgen, dass gemeinnütziges Wohnen endlich den Stellenwert in unserer Politik bekommt, den es verdient, um das Aufstiegsversprechen in diesem Land wieder zu erneuern.

Genossinnen und Genossen, euch viel Erfolg bei der Mission und an den Parteitag folgende Bitte: Macht diejenigen stark, die diesen Auftrag am Ende auch umsetzen müssen. Unterstützt unsere Führung auch bei dem Auftrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Kaweh. - Als Nächste kommt Maybrit Venske. Ihr folgt Andreas Stoch.

Maybrit Venske, Schleswig-Holstein:

In den letzten Jahren habe ich diese Bühne meistens genutzt, um meinem Frust über Politik und Partei Raum zu machen, um klarzumachen, was ich mir anders wünsche. Na ja, und dann habe ich diesen Leitantrag gelesen, und ich muss sagen, das ist seit Langem das Beste, was ich von der Partei über die Partei gelesen habe. Es gibt mir das Gefühl, die Kritik von vielen Mitgliedern - egal, ob Bundestagsabgeordnete oder Basismitglied - wurde gehört. Die Fragen, die Sorgen, sie wurden ernst genommen. Natürlich kann ich aus Schleswig-Holstein jetzt diesen Moment nutzen und besonders Tim Klüssendorf für diesen Anstoß danken.

(Beifall)

Tim, du bist einer der klügsten politischen Köpfe, mit denen ich je zusammenarbeiten durfte. Das, wie du dich in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit präsentiert und geäußert hast, ist die linke Linie, die mir in der letzten Zeit so gefehlt hat. Du machst mir Hoffnung.

(Beifall)

Das führt mich zu meinem großen Wunsch an euch beide, Bärbel und Lars. Warum machen wir unsere Diskurse nicht wieder zu unserer Stärke? Genau das ist doch der Grund, warum ich in der SPD mein Zuhause gefunden habe: Weil wir Debatten führen, auch harte Debatten. Aber irgendwo auf dem Weg haben wir verlernt, diese Debatten respektvoll miteinander zu führen. Wir haben zugelassen, dass innerhalb von unseren Debatten Buhrufe aus den Reihen kommen oder persönliche Beleidigungen auf der Bühne stattfinden. Natürlich gibt es hier unterschiedliche Meinungen. Aber das ist doch keine Schwäche. Das ist unsere Substanz. Eine SPD ohne Diskurs ist wie Schleswig ohne Holstein.

(Beifall)

Aber eines ist für mich nicht mehr tragbar, und das ist kleinkariertes Egoverhalten. Wenn du dir als erstes die Frage stellst, ist es gut für mich, und dir nicht die Frage stellst, ist es gut für die Partei oder ist es gut für die Menschen, für die wir Politik machen, dann bist du auf dem falschen Weg. Ja, ich weiß, jetzt fängt das Gemunkel an: Wen meint sie? Ehrlich gesagt ist meine persönliche Liste von solchen Vorfällen so lang - ich habe gar nicht die Möglichkeit, Personen persönlich und einzeln zu meinen.

You will never walk alone, das ist ein Versprechen in der SPD. Aber dieses Versprechen gilt nur für alle, die nicht allein loslaufen.

Lars, Bärbel, ich habe ein wenig Bauchschmerzen, zwei Minister*innen als Vorsitzende zu haben. Aber ihr wisst um diese Rolle. Wenn ihr uns das Versprechen geben könnt, dass ihr in den wichtigen Momenten wisst, wann ihr euren Parteivorsitzhut aufhabt und wann ihr Mitglieder der Regierung seid, dann bin ich bereit, diesen Weg mit euch gemeinsam zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Maybrit. - Als Nächster Andreas Stoch. Ihm folgt Christine Faltynek.

Andreas Stoch, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir sind ein halbes Jahr früher als gedacht bei diesem Bundesparteitag, und das hat Gründe. Diese Gründe habt ihr gehört: Ein Wahlergebnis, wie es uns als SPD tief getroffen hat. Deswegen ist es gut und richtig, heute hier gemeinsam darüber zu debattieren, was wir in Zukunft anders, was wir vor allem besser machen müssen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, eines dürfte klar sein: Es ist ein Ort der Selbstkritik und der offenen Aussprache. Aber ich glaube, es darf kein Ort für Selbstmitleid oder für Selbstzerfleischung sein, denn unser Land braucht eine einige und starke Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir heute und sicherlich auch in den nächsten Wochen und Monaten darüber diskutieren, wie wir die Menschen gerade in ihrer Lebenswirklichkeit wieder besser erreichen, dann haben wir jetzt nicht die Zeit, uns im stillen Kämmerlein einzuschließen. Ihr hört es überall: Wir haben in der Stahlindustrie - sei es im Saarland, sei es in Nordrhein-Westfalen, in Brandenburg oder Bremen - Zeichen dafür, dass hier in großem Maßstab Industriearbeitsplätze verlorengehen. Ich in Baden-Württemberg, wir in unserem Bundesland sind ein starker Automobil- und Maschinenbaustandort. Auch dort drohen Arbeitsplätze verlorenzugehen. Und ich sage euch eines: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diese Arbeitsplätze haben, haben Angst vor der Zukunft. Deswegen müssen wir auf dem Platz sein als Sozialdemokratie, denn wenn wir das nicht sind, dann sammeln andere die Angst und den Frust ein, und das wollen wir nicht. Das schulden wir unserer Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen lasst uns auch heute ein starkes Signal senden. Diese SPD ist bereit, sich auch zu verändern. Diese SPD ist bereit, auch darüber zu diskutieren, wie wir vielleicht wieder stärker die Lebenswirklichkeit der Menschen erreichen. Aber wir werden vor allem in der Lage sein, mit einer neu gewählten Parteispitze - ich möchte Lars und Bärbel von Herzen alles, alles Gute wünschen - die Menschen auch wieder besser emotional zu erreichen, denn ich glaube, Politik wird nicht nur mit dem Kopf gemacht. Wir brauchen auch eine Politik, die die Herzen und die Bäuche der Menschen erreicht, damit sie wissen: Mit einer starken Sozialdemokratie haben sie ihren Anwalt in der Politik.

Lasst es mich sagen aus einem Land, in dem Grüne und CDU seit fast zehn Jahren regieren: Wo die SPD nicht in den Parlamenten und vor allem nicht in der Regierung ist, da ist das Leben der Menschen schwieriger und schlechter. Lasst uns deswegen

gemeinsam für eine starke Sozialdemokratie auch in Zukunft in Deutschland und in Baden-Württemberg kämpfen. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, lieber Andi. - Als Nächste Christine Faltynek. Ihr folgt Hubertus Heil.

Christine Faltynek-Haschke, Hamburg:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Parteivorstand! Vielen Dank für den Leitantrag, der keine Lösung, sondern ein Zuhören, ein Beteiligen, ein Wertschätzen für die Parteigliederungen im Fokus hat. Ja, die Ortsvereine sind an der Basis, an den Menschen. Liebe Genossinnen und Genossen, und wisst ihr wer noch? Die Arbeitsgemeinschaften. Die kamen gar nicht vor. Ihr erinnert euch: Die Arbeitsgemeinschaften, die keinen Zugang auf die MaViS-Daten oder ihr eigenes E-Mail-Postfach bekommen. Dabei sind die Arbeitsgemeinschaften ein Spiegel der Gesellschaft, der über die Ortsgrenzen hinausgeht. Sie sind die perfekte Anlaufstelle für Anliegen, die nicht im Ortsverein abgebildet werden können, egal, ob in der Kita, in der Schule, an der Uni, im Betrieb oder in der Gewerkschaft - sie werden überall angesprochen. Es ist wirklich bemerkenswert, wie sie diese Veränderung der Gesellschaft in die Partei hineintransportieren. Unsere Antragsbücher sind voll davon. Sie sprechen Bände.

Und noch etwas. Ganz ehrlich: In diesem Leitantrag kommen Frauen nicht mit einem Wort vor, Frauen, die aufgrund der Parteistruktur Ehrenamt, Berufstätigkeit, Care-Arbeit schwer verbinden können. Wir sind ein Drittel der SPD-Mitglieder, repräsentieren mehr als 51 Prozent der Bevölkerung, und der Frauenanteil bei den SPD-Parlamentariern schrumpft. Da müssen wir dringend ran. Da ist noch so viel Luft nach oben.

Bärbel, du hast es in deiner Rede vorhin angesprochen: Wir gehen in unserer Partei mit den Frauen nicht immer gut um, nicht in den Ortsvereinen, nicht in den Gremien und nicht in der Parteispitze. Das muss sich ändern.

(Beifall)

Die SPD-Frauen sind eine große, lautstarke Arbeitsgemeinschaft, und wir sind solidarisch. Die Arbeitsgemeinschaften und die Ortsvereine müssen gestärkt werden,

damit unsere Partei wieder eine Volkspartei wird, eine Partei, die zuhört, die breit aufgestellt ist, eine solidarische Volkspartei.

Daher ist unser Änderungsantrag in Zeile 256 nach „Community“ - ein schönes deutsches Wort -:

„Die Arbeitsgemeinschaften werden eng an den Parteivorstand angebunden und in ihrem Wirken gestärkt.“

Diese Änderung liegt der Antragskommission vor, und ich bitte um eure Befürwortung nachher bei der Abstimmung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christine. - Als Nächster folgt Hubertus Heil und dann Annabel Schumacher.

Hubertus Heil, stellvertretender Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir alle sind, glaube ich, irgendwann einmal Mitglied der SPD geworden, weil wir entweder im Kleinen, im Alltag, vor Ort oder im Großen, im Gesellschaftsentwurf, gehofft und gedacht haben, dass man in der SPD, mit der SPD Dinge besser machen kann, gemeinschaftlich. Dieses Wahlergebnis sagt leider, dass dieser Glaube, diese Zuversicht, dass man gemeinschaftlich in einer Demokratie Dinge zum Besten verändern kann - vor allen Dingen mit der Sozialdemokratie - nicht in dem Maße vorhanden ist, wie es notwendig ist, damit diese Demokratie erfolgreich ist. Daran müssen wir arbeiten.

Ich bin allerdings nicht nur mehr der Überzeugung, liebe Genossinnen und Genossen, dass es wichtig ist, dass wir durch unsere Arbeit, indem wir Probleme lösen und Dinge wirklich besser machen, das Zutrauen und die Demokratie stärken. Ich bin der festen Überzeugung - das zeigt auch dieser Parteitag -, dass wir in einer gesellschaftlichen Lage in westlichen Demokratien und auch bei uns in Deutschland sind, dass die Demokratie ohne Sozialdemokratie nicht mehr gelingen kann. Guckt in andere Länder, wo Schwesterparteien verschwunden sind. Das geht nach rechts, und das darf uns in Deutschland nicht passieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb bin ich euch dankbar, wenn ich jetzt die letzten Wortmeldungen gehört habe. An einem Punkt bin ich diesem Parteitag jetzt schon sehr dankbar. Das, was ich befürchtet habe, nämlich dass wir uns nach 16,4 Prozent selbst zerfleischen, passiert bis dato hier nicht, weil wir alle dieses Bewusstsein haben, dass es gesellschaftlich und für die Demokratie auf die SPD ankommt. Das ist die gute Nachricht. Wir wollen wieder stärker werden - nicht für uns selbst, sondern für unser Land und unsere Demokratie. Das ist die Botschaft. Das ist gut.

(Beifall)

Aber jetzt kommt ein Aber. Wenn ich ehrlich bin, liebe Genossinnen und Genossen, dann fand ich das alles klug und richtig, was heute in den Debattenbeiträgen gesagt wurde. Wir sind eine Partei von verdammt vielen klugen und guten Leuten. Aber wenn wir bei 16,4 Prozent stehen und wenn wir, wenn wir ehrlich sind, gute Ideen und Konzepte haben, und jetzt sagen, wir müssen uns programmatisch erneuern, dann befürchte ich, wir müssen uns an einem Punkt sehr ehrlich machen: Aus uns selbst allein werden wir diese programmatische Erneuerung nicht schaffen, sondern nur im Gespräch auch mit gesellschaftlichen Gruppen und Menschen außerhalb der SPD. Wir müssen zum Beispiel junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wieder für die SPD gewinnen, die kulturelle Hegemonie in diesem Land wieder erarbeiten. Wir kriegen das nicht aus dem eigenen Saft hin.

Deshalb macht es euch mit dem Grundsatzprogramm nicht so einfach, nach dem Motto: Wir machen mal wieder ein neues Grundsatzprogramm. Diese Partei hat gute Ideen, aber wir haben im Moment kein Übermaß an neuen und frischen Konzepten. Die müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren mit anderen in der Gesellschaft, die gutwillig sind, die das Land verändern wollen, erarbeiten. Lieber Tim Klüssendorf, da setze ich auf dich. Ich traue dir zu, dass du das als Generalsekretär hinbekommst. Ich war das beim letzten Grundsatzprogramm selbst einmal. Viele glauben, das ist ein einfacher Prozess, nach dem Motto: Wir machen mal Godesberg. Das ist verdammt hart, und es kann auch passieren, dass dabei ein Papier herauskommt, das überhaupt keine Relevanz hat.

Es ist wichtig, dass wir neue Konzepte erarbeiten und attraktiver werden. Wir sind zu langweilig, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen für die Gesellschaft wieder interessanter werden.

(Beifall)

Gestattet mir eine letzte Bemerkung, und zwar eine persönliche. Für mich ist das ein Parteitag, der sich damit verbindet, dass ich nach 20 Jahren Führungsverantwortung nicht mehr in der Führung der Partei sein werde. 2005 wurde ich Generalsekretär der SPD, übrigens auch in spannenden Zeiten, lieber Franz. Ich durfte in der Fraktion in der Fraktionsführung, sieben Jahre als Arbeitsminister und in den letzten Jahren als stellvertretender Parteivorsitzender arbeiten. Deshalb ist jetzt ein bisschen Wehmut dabei. Seht es mir nach. Aber eines ist nicht dabei: Bitterkeit, sondern tiefe Dankbarkeit, dass ich das Vertrauen hatte. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist wichtig. Vertrauen in der Demokratie, auch in der Sozialdemokratie, ist auf Zeit. Aber es ist eine Riesenehre, an der Spitze dieser Partei für diese Sozialdemokratie arbeiten zu dürfen. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Was mir heute den ganzen Tag am Rande passiert, wenn man so redet, bei Journalisten, aber auch bei Genossinnen und Genossen, ist nach dem Motto: Wie geht es dir denn? Ich sage, mir geht es persönlich gut, aber ich wünsche vor allen Dingen denjenigen, die weiterhin Führungsverantwortung in der SPD haben, von Herzen alles Gute, dem Lars, der Bärbel und auch dem Tim.

Lieber Lars, wir waren nicht immer einer Meinung, auch in den letzten Monaten und Wochen nicht. Das muss man nicht so romantisch machen und da etwas drüber gießen. Aber ich weiß, dass die Arbeit an der Spitze der Partei ein Dienst an diesem Land ist.

Liebe Bärbel, ich will dir sagen, ich setze große Hoffnung in dich. Ich war gerne Arbeitsminister, aber mich tröstet ein bisschen, dass du meine Nachfolgerin geworden bist.

(Beifall)

Ich will dir auch sagen, warum. Ein früherer Parteivorsitzender, und wir hatten ja eine ganze Menge, hat immer vieles erzählt, aber in einem hat er auf jeden Fall recht gehabt. Früher kam ein Sozi in den Betrieb, und die Leute sagten: „Oh, ein Sozialdemokrat oder eine Sozialdemokratin.“ Heute kommen Sozialdemokraten in einen Betrieb, und die Leute sagen: „Oh, ein Politiker.“ Ich glaube, dass du eine Riesenchance bist, weil niemand bezweifeln wird, dass du Sozialdemokratin bist, mit deinem ganzen Leben, mit deinem ganzen Arbeiten. Du wirst eine Marke für die Sozialdemokratie sein, die der SPD guttut, liebe Bärbel. Dessen bin ich mir sicher.

(Beifall)

Zwei letzte Wünsche. Einer ist: Mehr Streit um die Sache im Grundsatzprogrammprozess, keine Scheu vor Klärung. Volkspartei ist nicht, alles nebeneinander leben zu lassen. Diskutieren schon, aber es muss entschieden werden, übrigens auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, auch wenn es wehtut, weil die SPD die Orientierung geben muss. Diskussion ja und Klärung ja, aber Streit in der Sache nicht mit autoaggressiver Selbstzerfleischung der SPD verwechseln. Keine Kabale. Das hatten wir. Das hat uns kaputtgemacht. Das darf nicht sein. Nicht den einen gegen den anderen ausspielen, keine Intrigen, sondern die SPD modernisieren für das Land, für die Menschen in diesem Land. Das ist Sozialdemokratie. Dann kommen wir zur neuen Stärke. Dann werden wir unserer historischen Aufgabe für das Land gerecht, liebe Genossinnen und Genossen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, lieber Hubertus, und ganz herzlichen Dank für alles, für vieles, was du für die SPD und für die Menschen in diesem Land geleistet hast. Wir danken dir.

Annabel Schumacher aus NRW ist die Nächste. Ihr folgt Andreas Bovenschulte.

Annabel Schumacher, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Stellvertretend für das Netzwerk SPD.Klima.Gerecht und die AfA möchte ich einen Änderungsantrag einbringen.

Der Leitantrag zeigt Einsicht, und Einsicht ist bekanntlich der erste Weg zur Besserung. Aber aus Einsichten muss auch etwas folgen. Ich sehe wieder nur leere Versprechen. Wir wollen Mitgliederpartei werden, aber wenn die Mitglieder dann mal Vorschläge machen, werden sie zu 80 Prozent abgefertigt: Ablehnung, Überweisung oder erledigt durch Koalitionsvertrag. Das ist ein fatales Signal an die Basis, und das geht so nicht.

Ich sehe, dass Veränderung von Personen herbeigeführt werden soll, die so sehr an veralteten Machtstrukturen klammern, dass sie lieber 16,4 Prozent in Kauf nehmen, als Selbstverantwortung zu übernehmen und Konsequenzen zu ziehen. Im Leitantrag steht, Vertrauensverlust ist hausgemacht. Also lasst uns bitte nicht so tun, als wäre hier niemand verantwortlich. Veränderung kann nicht von oben herbeigeführt werden, vor allem nicht, wenn oben nicht bereit ist, bei sich selbst anzufangen. Veränderung beginnt bei uns, bei der Basis, bei den Genossinnen und Genossen, die an den Haustüren klingeln,

bei den Genossinnen und Genossen, die die Sorgen der Menschen mitkriegen. Veränderung beginnt mit dem Mut, sich selbst hinter die Sache zu stellen. Veränderung beginnt mit der Kraft, aus Traditionen, aus dem „Das haben wir schon immer so gemacht“ auszubrechen und in mutige Erneuerungen zu gehen.

Im Leitantrag steht, wir wollen Ursachen verstehen, bevor wir Schlussfolgerungen ziehen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir kennen die Ursachen doch. Wir verlieren Mitglieder, weil wir zuhören, aber keine Macht abgeben. Wir verlieren Vertrauen, weil wir Erneuerung predigen, aber Verwaltung bieten.

Der Leitantrag redet von Resonanz, von Pflegekräften, von Dorfgemeinschaften. Was folgt daraus? Liebe Genossen und Genossen, ich bin es leid. Ich bin es satt, immer das Gleiche zu hören - wir brauchen mehr Frauen, wir brauchen mehr junge Leute, wir brauchen mehr junge Frauen. Und was machen wir? Wir sitzen hier brav, stimmen für ein Weiter-so, für die gleichen Personen, für die gleichen Strukturen und hoffen, dass jedem Anfang ein Zauberende wohnt. Aber ich sehe hier gar nichts mehr zaubern. Wenn wir ernst machen wollen, reicht keine neue Erzählung. Wenn wir ernst machen wollen, brauchen wir neue Strukturen, dann brauchen wir Urwahlen, dann brauchen wir eine Beteiligung, die wirkt. Dann müssen wir Themen und Inhalte in den Vordergrund stellen. Dann braucht es einen AK Klimaschutz, eine AG Klimagerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, wann haben wir uns entschieden, dass Einigkeit Gehorsamkeit bedeutet? Wir müssen streiten. Wir dürfen auch mal nicht einer Meinung sein. Uns hinter dem Deckmantel der Verantwortung zu verstecken und bloß keine Widerworte zu geben, wird nicht zu Fortschritt, nicht zu Aufbruch führen, sondern zu Stillstand und Machtmonopolisierung. Wir müssen mehr Demokratie wagen. Wir müssen mehr Inhalte ermöglichen.

Unser Änderungsantrag macht einen Vorschlag. Ein Vorschlag, eine zeitgemäße Struktur für zeitgemäße Themen zu schaffen. Deswegen bitte ich euch um die Annahme unseres Änderungsantrags der Einfügung in Zeile 145.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Und ich darf mal darauf hinweisen, wenn ihr Änderungsanträge habt, müsst ihr sie bitte auch schriftlich einreichen. Das weißt du, wunderbar.

Als nächster kommt Andreas Bovenschulte, Bremen, der nächste in der Reihe der stolzen Ministerpräsidenten. Und ihm folgt Ronja Endres aus Bayern. Andreas, bitte sehr.

Andreas Bovenschulte, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen, der heute schon zitierte Ernst Bloch hat in den 30er-Jahren gesagt: Die Faschisten lügen den ganzen Tag, aber sie schaffen es, zu den Menschen zu sprechen und ihre Gefühle zu erreichen. Die politische Linke spricht die Wahrheit, aber sie spricht immer über Sachen. Und er hatte recht mit dieser Diagnose. Wer Erfolg haben will, der braucht Visionen, der braucht Ideen und der braucht eine Sprache auf der Höhe der Zeit. Der muss in der Lage sein, nicht nur den Verstand, sondern auch den Bauch und das Herz der Menschen zu erreichen.

Klaus Wowereit hätte gesagt, wir müssen rot und sexy sein. Mir reicht es, wenn wir eine Sprache, eine Programmatik, eine Erzählung entwickeln, mit der wir die Menschen wirklich erreichen können und mit der sie uns nicht als künstlich, als gestelzt oder als in der Worthuberei der politischen Klasse verursachen und sehen können.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist es richtig und wichtig, dass wir uns auf den Weg machen, ein neues Grundsatzprogramm zu entwickeln. Das können wir nicht im internen Mußtopf machen, wir können nicht in der eigenen Suppe schwimmen, sondern das müssen wir im gesellschaftlichen Dialog entwickeln.

Lieber Tim Klüssendorf, ich kann dir versichern: Du hast als Generalsekretär meine volle Unterstützung, diesen Prozess zu organisieren. Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn wir uns gemeinsam auf den Weg machen.

(Beifall)

Aber das Programm ist nur ein Punkt. Manuela Schwesig hat es gesagt, das Grundproblem ist nicht - oder jedenfalls nicht nur -, dass wir an manchen Punkten nicht genau wissen, was wir wollen - wir haben einen Vorrat -, sondern dass wir viel zu wenig abliefern, dass wir viel zu wenig die konkreten Probleme der Menschen lösen.

Mittlerweile ist es so, dass ein großer Teil der Bevölkerung neben der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie steht und sich fragt: Schaffen die es überhaupt noch, meine alltäglichen Probleme zu lösen? Liebe Genossinnen und Genossen, diese Haltung erweist sich als demokratiezerstörend - nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas, die erweist sich als demokratiezerstörend in den Vereinigten Staaten.

Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Wir müssen es schaffen, das, was wir wollen, auch tatsächlich umzusetzen.

Wenn ihr mich gefragt hättet, wie ich die Chancen dafür sehe, wäre ich vor sechs Monaten noch skeptischer gewesen. Aber mit dem 500-Milliarden-Programm, mit der Möglichkeit der Handlungsfähigkeit, die dieses Programm vermittelt, haben wir endlich wieder die Möglichkeit - das sage ich als jemand, der jeden Tag Kommunal- und Landespolitik umsetzen muss -, von der Mangelverwaltung wieder in die Gestaltung der Zukunft überzugehen. Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Programm, dieser Erfolg, den wir erzielt haben, lässt sich in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einschätzen. Das schafft uns die Möglichkeit, unser Verständnis von einem starken Staat wieder umzusetzen - nicht ein strafender, autoritärer, obrigkeitlicher Staat, sondern ein Staat, der investiert, fördert und das Leben der Menschen besser macht. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist der Weg, auf dem wir weiter voranschreiten müssen.

Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Andreas.

Andreas Bovenschulte, Bremen:

Gebt mir noch eine Möglichkeit. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bei denen bedanken, die es nach einer verhängnisvollen Wahlniederlage geschafft haben, uns diese Möglichkeit der konkreten Handlung, von der wir in den Ländern und Kommunen in den nächsten Wochen und Monaten so profitieren werden, umzusetzen. Ich hoffe, dass wir diesen Erfolg gemeinsam in die Praxis umsetzen können.

Herzlichen Dank.

Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Der Dank musste noch sein, das ist gut. Als nächste kommt Ronja Endres aus Bayern und ihr folgt Jochen Ott aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Ronja Endres, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Was für ein scheiß Wahlergebnis, was für ein schrecklicher Tag für uns diese Bundestagswahl gewesen ist. Und was für ein Leitantrag, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich war selbst in der Kommission zur Aufarbeitung der Bundestagswahl und bin froh über eine Analyse in diesem Leitantrag, die ehrlich ist, nichts beschönigt und deswegen auch mutig ist, liebe Genossinnen und Genossen.

Dieser Leitantrag gibt uns nicht die Lösung, wie wir wieder zu den besten Ergebnissen kommen von 1 auf 100, sondern er gibt uns den Weg zu dieser Lösung - einen Weg zur Veränderung. Veränderung beginnt mit uns. Und Veränderung anzufangen, liebe Genossinnen und Genossen, ist ganz einfach. Dafür braucht es nur einen ziemlich opulenten Parteitag - einen Parteitag, der eine so große Bedeutung hat wie schon lange nicht mehr. Aber Veränderung zu bewirken, ist viel schwieriger. Es braucht euch alle, jede Einzelperson in diesem Raum, und diejenigen, die gerade unten an den Ständen sind. Es braucht jede Genossin und jeden Genossen vor Ort. Und es braucht ein Führungsteam, das zulässt, dass diese Veränderung von unten kommt - von der Basis, von den Ortsvereinen, von unseren erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Genau das sind die Leute, die sehen, was in der Lebensrealität der Menschen gemacht werden muss, für die wir da sein wollen. Für die Menschen in den Betrieben, die sich nicht aufarbeiten können, die ein gesundes Arbeiten brauchen, die einen Mindestlohn brauchen, auch wenn sie SaisonarbeiterInnen sind.

(Beifall)

Wir brauchen eine bessere Zukunft in diesen Betrieben, aber eben auch auf der Straße und beim Kaffee und Kuchen am Sonntag, wenn wir zusammensitzen, dass wir den Menschen das Gefühl geben, dass unsere Demokratie hervorragend ist, dass sie ihre Fehler hat, aber dass es die beste Demokratie ist, die dieses Land je hatte, dass diese Demokratie in Gefahr ist und dass die Menschen, die mit Hass, Hetze und Menschenfeindlichkeit um sich herumspeien, diejenigen sind, die die Zukunft dieses Landes gefährden, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht die Menschen, die zu uns kommen, um gemeinsam mit uns ein besseres Deutschland zu schaffen.

(Beifall)

Wir müssen zu diesen Menschen reden- in einer Sprache, die jeder versteht, die auch nicht 24 Stunden am Tag mit Politik konfrontiert ist. Das müssen wir im Netz tun, wir müssen das an den Haustüren tun, liebe Genossinnen und Genossen.

Zum Ende meiner Rede möchte ich sagen: Dieses Grundsatzprogramm wird uns eine Vision geben. Aber diese Vision müssen wir ins Herz von uns selbst bekommen und in die Herzen der Menschen tragen - jede einzelne und jeder einzelne von uns. Dafür brauchen wir ein Team, das uns auf diesem Weg begleitet. Das sollen unsere Vorsitzenden sein. Und ich muss sagen, lieber Lars und liebe Bärbel: Je höher euer Ergebnis sein wird, desto mehr werden wir euch dafür in die Verantwortung nehmen, dass uns das auch gelingt. Die Veränderung beginnt heute, aber wir müssen sie auch vor uns hertragen.

Vielen Dank.

Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Ronja. Als nächster kommt Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen, und ihm folgt Angelika Syring.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Danke an Lars und Bärbel. Sie haben diesem Parteitag heute eine Orientierung gegeben, der die große Mehrheit folgen kann. Es gab hier starke Reden, die gezeigt haben, welche Aufgaben jetzt vor uns liegen.

Deshalb die Frage: Wenn das Comeback jetzt beginnen soll, was ist zu tun?

Erstens: Wir müssen die gesamte Spitze von diesem Parteitag stärken.

Zweitens: Ich will einen Vorschlag machen, auf wen wir uns konzentrieren sollten mit all den Themen, die wir heute gehört haben - nämlich auf die berufstätigen Familien in unserem Land. Nämlich die Menschen, die sich entweder um ihre Kinder, ihre Eltern oder um andere Menschen kümmern. Diejenigen, die nicht nur an sich denken, sondern in Vereinen und Gruppen für das Gemeinwohl kämpfen. Das sind die Menschen, für die wir Politik machen - berufstätige Familien.

(Beifall)

Wenn wir die Zielgruppe wieder klar vor Augen haben, wenn wir wissen, für wen wir Politik machen, dann stellt sich die Frage: Was wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, was wollen diese Berufstätigen?

Das erste und wichtigste sind sichere Arbeitsplätze – tarifgebunden und gut bezahlt. Ich sehe hier vorne Jürgen Kerner, den zweiten Bevollmächtigten der IG Metall. Er ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Thyssenkrupp. Er kann euch erzählen, wie das Kapital in diesem Land versucht, die Mitbestimmung zu schleifen. Das muss auf unseren entschiedenen Widerstand treffen.

(Beifall)

Dazu gehört, dass wir insbesondere den Kolleginnen und Kollegen in der Chemieindustrie deutlich machen: Wir wollen auch in Zukunft chemische Industrie in unserem Land. Deshalb stehen wir an der Seite der Beschäftigten in der Chemie.

(Beifall)

Der zweite Punkt ist das Thema bezahlbares Wohnen. Es gibt Berufsschulklassen mit Leuten, die um die 20 sind, und die sagen uns, wir müssten zu Hause wohnen bleib, wir haben keine Chance auszuziehen und unser eigenes Ding zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn das Thema Wohnungsbau, insbesondere für junge Menschen, für alte Menschen, für die, die eben nicht kapitalkräftig sind, nicht unser Schwerpunktthema ist, wer soll es dann sonst machen in diesem Land?

Drittens müssen wir das Thema der Bildungspolitik nach vorne schieben. In Nordrhein-Westfalen können am Ende der 4. Klasse 30 Prozent der Kinder nicht lesen, rechnen und schreiben. Am Ende der 10. Klasse sind 20 Prozent nicht ausbildungsfähig. Wann, liebe Genossinnen und Genossen, verstehen wir endlich, dass, wer über gute Bildung am Sonntag redet, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag dafür kämpfen muss? Das ist unsere Aufgabe als Aufstiegspartei.

(Beifall)

Und schließlich geht es um gute Pflege. Ihr kennt doch alle die Menschen in meinem Alter, um die 50, die sowohl Eltern haben als auch Kinder, in dem Sandwich-Druck sind und auf einmal feststellen, das mit der Pflege geht nicht. Da rufen die morgens an und da sagt der Pflegedienst: „Heute kann ich den Opa leider nicht waschen , ich habe kein Personal.“ Die Kita ruft an: „Heute leider keine Kita.“ Liebe Genossinnen und Genossen, Pflege ist das nächste wichtige Thema, um berufstätige Familien in unserem Land zu stärken.

(Beifall)

Und deshalb sage ich klar: Bei uns in Nordrhein-Westfalen gibt es einen netten Herrn Tutnichts, der nennt sich Ministerpräsident, der macht nichts für Familien, nichts für Mieter, nichts für die Industrie. Deshalb kommt es jetzt auf uns an. Und wir können das schaffen.

Ich soll euch übrigens Grüße von Heinrich aus Holzwickede überbringen. Heinrich ist dieses Jahr 100 alt geworden. Heinrich ist fast 80 Jahre SPD-Mitglied. Ich habe ihn gefragt: „Heinrich, wie wird man denn so alt?“ Er sagte: „Jochen, das ist ganz einfach: Erstens, jeden Morgen Kniebeugen. Und zweitens, ich erzähle jeden Tag einen Witz erzählen, denn Griesgrame werden nicht alt und die findet auch keiner gut.“ Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mit Zuversicht in die nächsten Jahre gehen. Wir haben alle guten Argumente auf unserer Seite.

Lieber Lars, liebe Bärbel: Heute ist der Auftakt für das Comeback der SPD in Deutschland.

Herzlichen Dank.

Tagungspräsidium:

Lieber Jochen, vielen Dank.

Wir freuen uns, dass es so viele Wortmeldungen gibt. Noch 56 stehen auf der Liste. Wir sind als Präsidium noch nicht geneigt, die Redezeit auf zwei Minuten zu kürzen. Wir lassen es bei drei Minuten und freuen uns auf die gute Debatte. Wir bitten euch aber, darauf zu achten, dass wir heute noch unsere Parteispitze wählen und den Leitantrag beschließen wollen.

Als Nächste hat Angelika Syring das Wort. Ihr folgt Ralf Stegner.

Angelika Syring, Co-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS):

Liebe Genossinnen, liebe Genossen“ Erst einmal vielen Dank, lieber Lars, für deinen ehrlichen Bericht. Und liebe Bärbel, für deine tolle Rede - du hast mir aus dem Herzen gesprochen.

Ich möchte an dieser Stelle aber deutlich sagen: Die SPD war und ist immer dann stark, wenn sie auf ihre Mitglieder hört, wenn sie auf der Straße, an der Haustür, in den Ortsvereinen das Gespräch sucht, und zwar nicht nur zur Wahl, sondern jeden Tag. Unsere Mitglieder sind das Rückgrat dieser Partei. Nicht die Plakate oder

Werbekampagnen bringen uns Zuspruch, sondern das persönliche Engagement - das offene Ohr, das ehrliche Wort, der feste Händedruck vor Ort.

Wir müssen unsere Mitglieder nicht nur mitnehmen, wir müssen ihnen zutrauen, dass sie die Kurs mitzubestimmen, denn das ist soziale Demokratie.

Ja, das Bundestagswahlergebnis war sehr enttäuschend und wir dürfen das nicht unter den Teppich kehren. Auch Lars Klingbeil trägt als Vorsitzender Verantwortung. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, in dem Moment, als viele nicht wussten, wie es weitergehen soll, hat er nicht gezögert. Er hat das Heft des Handelns genommen, er hat geführt, Klarheit geschaffen und Vertrauen zurückgewonnen. Dafür gebührt ihm unser Respekt. Er hat das Beste aus einer schwierigen Lage gemacht. Das rechne ich ihm persönlich hoch an. - Vielen Dank.

Und wenn wir über Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sprechen, dürfen wir ein Thema nicht ausklammern: die Energiekosten. Die Menschen spüren jeden Monat, was politische Entscheidungen oder auch das Zögern kosten können. Wer Vollzeit arbeitet, Kinder großzieht oder im Ruhestand ist, hat ein Recht darauf, dass Strom und Heizen bezahlbar bleiben. Das ist kein Luxus, das ist soziale Gerechtigkeit. Diese ist für uns keine Floskel, sondern eine Verpflichtung.

Liebe Genossinnen und Genossen, es liegt an uns, die SPD nicht nur als Regierungspartei, sondern als Partei der Menschen zu zeigen: nahbar, ansprechbar, kämpferisch. Mit einer starken Basis, klarer Führung und einem wachen Gespür dafür, was draußen zählt.

Ich danke euch.

(Beifall)

Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Angelika. Jetzt hat das Wort Ralf Stegner aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Ihm folgt Reem Alabali Radovan aus Mecklenburg-Vorpommern.

Ralf Stegner, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe etwas für Aufregung gesorgt - das ist eigentlich gar nicht meine Art, aber wir haben Grund uns aufzuregen. Wir haben 16,4 Prozent erzielt, das schlechteste Ergebnis seit 138 Jahren. Und wir sind Friedenspartei.

Wir befinden uns in einer Phase, in der Krieg herrscht, in der Elend herrscht, in der wir Massenaufrüstung haben. Und das schlimme an dem Wahlergebnis ist: Wir haben Stimmen verloren an Rechtsradikale, an rechts- und linkspopulistische Parteien. Die Rechten liegen sogar vor uns - auch deshalb, weil wir ihnen das Thema Friedenspolitik kampflos überlassen haben. Deren Narrative dieser falsch, aber sie dürfen nicht Menschen für sich gewinnen können, weil wir das Thema nicht genug besetzen.

Um das klar zu sagen, wir haben in vielen Punkten Einigkeit. Wir sind für Verteidigungsfähigkeit - das steht sogar in der Überschrift. Man darf solche Papiere auch lesen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind der Meinung, dass die Ukraine unterstützt werden muss. Ohne unsere Flugabwehr würden dort viele Menschen durch russische Raketen und Drohnen sterben.

Ich bin mir einig mit Stefan Weil, dass Putin ein Kriegsverbrecher ist, dass das ein Angriffskrieg und ein Imperialismus ist. Wir sind uns auch einig darüber, dass wir mehr tun müssen, um unsere Verteidigungsfähigkeit hinzukriegen. Aber wir müssen auch darüber reden, ob diese massive Aufrüstung insgesamt der richtige Weg ist. Wir müssen darüber reden, ob die Wehrpflicht die richtige Antwort ist, wenn davon gesprochen wird, es könne zu einem Landkrieg kommen. Wir müssen darüber reden, ob es nicht sinnvoller ist, Raketen in Kaliningrad abzubauen, statt neue amerikanische Raketen hier aufzustellen - und das ohne jede Diskussion. Das sind Themen, über die wir reden müssen. Und die Aufregung zeigt, dass diese Debatte geführt werden muss, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In Teilen ist mir gesagt worden, ich hätte eine Realitätsverweigerung. Es ist keine Realitätsverweigerung, wenn ich daran erinnere, dass wir gesagt haben, 2 Prozent des BIP seien schwer zu erreichen und plötzlich sind wir bei 5 Prozent - 225 Milliarden Euro jährlich für Rüstung. Glaubt irgendjemand, diese Waffen würden nicht eingesetzt, wenn wir si viel Aufrüstung haben? Die Menschheitsgeschichte spricht dagegen. Mich tröstet auch nicht, dass die Brücken dann Panzer tragen können. Und übrigens, in der Vergangenheit waren das auch keine friedfertigen Sowjets. Die Entspannungspolitik hat angefangen, nachdem die Panzer nach Prag gerollt sind. Die Kuba-Krise wurde auch durch die Sowjets ausgelöst. Und Rüstungsabkommen zur Kontrolle wurden immer zwischen Feinden abgeschlossen - nicht in Friedenszeiten.

Genossinnen und Genossen, eins will ich auch sagen: Wenn wir so viel Geld für Rüstung ausgeben, weltweite Rekordzahlen, dann fehlen uns die Mittel für das, was wir eigentlich tun müssen - gegen Hunger, gegen Armut, gegen Umweltzerstörung und

gegen Bürgerkriege in der Welt. Dafür fehlt das Geld, das kürzen wir nämlich da, obwohl das Gegenteil richtig wäre, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und es ist ebenfalls keine Realitätsverweigerung, wenn wir feststellen, dass wir im arabischen Raum und im Globalen Süden an Kredit verloren haben, weil wir das mit Völkerrecht dort so und hier anders interpretiert haben. Es ist kein Stück besser, wenn das Völkerrecht an einer Stelle verletzt wird und es hört an der anderen Stelle auf. Es ist eine Tragödie, wenn Kinder verhungern müssen, weil wir glauben, das dient dem Kampf gegen den Terrorismus. Das müssen wir beenden, egal um wen es sich dreht. Jedes Menschenleben ist gleichviel Wert.

(Beifall)

Ich will euch auch ehrlich sagen, gemeinsame Sicherheit ist kein naiver Traum. Gemeinsame Sicherheit geht davon aus, dass man gerade mit Regimen, die ganz anders sind als wir, reden muss und dass man mit denen dazu kommen muss, dass abgerüstet wird, weil es am Ende unser Elend ist, wenn wir das nicht schaffen.

Ich wurde kritisiert, weil ich mit Menschen spreche, die meine Überzeugungen nicht teilen. Genossinnen und Genossen, ich mache keine Geschäfte mit anderen Leuten. Und mich muss man nicht abhören. Was ich zu sagen habe, sage ich öffentlich - egal, wer der Gesprächspartner ist, da ändere ich auch meine Meinung nicht.

(Beifall)

Wir müssen es doch erreichen, dass die Menschen nicht verzweifeln, sondern dass wir wieder zur Partei der Hoffnung werden. Dass sie wissen, Das ist nicht unsere letzte Antwort, indem wir rüsten, dass wir gar nicht wissen wohin. Die Rüstungskonzerne machen Rekordgewinne und bei VW haben wir Krise. Ich will, dass VW umweltfreundliche Autos baut, die hier verkauf werden, und nicht, dass VW wieder in die Rüstungsproduktion einsteigen muss, was sie zu Beginn ihrer Geschichte schon einmal gemacht haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lass mich etwas ganz persönliches sagen: Ich war lange genug Teil der Parteiführung, dass ich weiß, wie schwer das ist. Ich habe keine Lust, dir irgendeine Schwierigkeit zu machen, lieber Lars. Das ist nicht mein Punkt. Ich habe auch keine taktischen Ideen, die damit verbunden sind.

Boris, ich finde, du bist ein fabelhafter Verteidigungsminister und du gehst gut mit den Soldaten um. Ich sage dir trotzdem, ich bin nicht der Meinung, wir sollten kriegstüchtig werden, sondern verteidigungsfähig und friedensfähig. Und ich glaube, dass das viele andere auch teilen.

(Beifall)

Ich bin 45 Jahre Mitglied dieser Partei und ich wünsche mir nicht, dass wir Richtung 10 Prozent marschieren, weil wir nicht die Partei sind, die über Friedenspolitik redet. Die Menschen haben Angst vor Krieg. Das ist keine Social-Media-Veranstaltung, sondern Krieg heißt, dass Menschen umkommen, dass Kinder entführt werden, dass Frauen vergewaltigt werden, dass Zerstörung herrscht. Wenn wir von einem anderen Stern kämen und würden auf die Erde gucken und würden sehen, wir setzen Milliarden ein für Rüstung und wir setzen Milliarden ein, um Aleppo wieder aufzubauen, um Gaza wieder aufzubauen, um die Ukraine wieder aufzubauen - was ist das für ein Umgang mit dem menschlichem Verstand? Wo ist der eigentlich geblieben?

Lass mich zum Schluss zwei Bemerkungen machen. Das eine ist: Alles, wozu ich gerne beitragen möchte, ist, dass wir diejenigen sind, die über Friedenspolitik miteinander diskutieren, dass wir die Wähler, die eine Faschistenpartei wählen, die uns ins Unglück führt, wieder zurückholen, dass wir nach oben kommen, indem wir der Raum sind, wo man das machen kann und nicht verdächtigt wird und nicht sagt, das ist ja furchtbar, das stört unseren Frieden. Wie kann man eigentlich den Frieden stören, wenn man über Frieden redet, liebe Genossinnen und Genosse?

Das allerletzte: Ich bin seit 14 Tagen Großvater.

(Beifall)

Ich gehöre zu einer Generation, die wirklich das große Glück hatte, in Frieden und Wohlstand aufzuwachsen - übrigens auch deswegen, weil unsere europäischen Nachbarn nicht gesagt haben, die Deutschen sind alle Nazis, sondern uns wieder erlaubt haben, Mitglied der Völkerfamilie zu werden. Wir unterstützen nicht die Regierung Netanjahu, sondern den Staat Israel. Wir können da einen Unterschied machen. Wir können auch einen Unterschied machen zwischen Putin und Russland. Momentan heißt es Sicherheit vor Russland, aber irgendwann auch wieder Sicherheit mit Russland.

Ich wünsche mir, dass meine Kinder und Enkel auch in Frieden aufwachsen und dass wir es schaffen, Kriege zu beenden. Rolf Mützenich wurde beschimpft, als er das vor einem Jahr gesagt hat. Wir hätten mal besser auf ihn gehört, denn heute wird das Gleiche vorgeschlagen bei schlechterer militärischer Lage. Deswegen sage ich für uns alle: Wir müssen wieder Friedenspartei werden. Wir müssen darüber reden, wie das gehen kann.

Es gibt immer eine Alternative zum Krieg, zum Frieden gibt es keine, liebe Genossinnen und Genossen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ralf. Jetzt hat Reem Alabali Radovan aus Mecklenburg-Vorpommern das Wort und ihr folgt unser ehemaliger Parteivorsitzender Martin Schulz.

Reem Alabali Radovan, Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben es heute schon mehrmals gehört, wir leben in Zeiten von multiplen Krisen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine, der Krieg im Nahen Osten, die humanitären Katastrophen in Gaza und im Sudan, die Klimakrise, Hunger, Flucht, Autoritarismus. Diese Krisen bringen unermessliches Leid über Millionen von Menschen und fordern auch unsere gemeinsame Menschlichkeit heraus. Die internationale Lage hält uns seit Jahren in Atem. Manchmal fühlt es sich so an, als wenn jeder Tag schlimmer wird. Und natürlich müssen wir darüber reden. Und natürlich müssen wir gucken, in welche Richtung es geht und darüber miteinander debattieren.

In diesen Zeiten ist es auch für mich völlig klar, dass wir mehr in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren. Das ist notwendig in einer Zeitenwende. Aber gerade jetzt müssen wir ebenso entschieden in Frieden, in Prävention, in globale Gerechtigkeit investieren. Und genau dafür stehen wir auch als sozialdemokratischer Teil der Bundesregierung, für einen Dreiklang von Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungszusammenarbeit. Es geht um integrierte Sicherheit, um Solidarität. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall)

Wir stehen für eine Weltordnung, in der nicht das Recht des Stärkeren zählt, sondern die Stärke des Rechts. Wer die Zukunft gestalten will, muss auch den globalen Süden als gleichberechtigten Partner begreifen, nicht als Randakteur, sondern als Mitgestalter einer gerechten Weltordnung. Und wenn andere sich gerade jetzt ins Nationale zurückziehen und abschotten, müssen wir erst recht Verantwortung übernehmen und

mit aller Klarheit und Klugheit für eine internationale Gemeinschaft und für eine internationale Solidarität einstehen.

Lars hat es vorhin gesagt, auch schon auf der Münchener Sicherheitskonferenz: Der Dialog mit dem globalen Süden entscheidet über unsere Zukunft. Es geht um Respekt, um Zusammenarbeit auf Augenhöhe, nicht um alte Rezepte, sondern um neue Partnerschaften.

Darum geht es auch bei dieser Debatte in unserer Partei. Ich bin davon überzeugt, dass uns viel mehr eint als uns trennt. Lasst uns gemeinsam in einen Dialog kommen, in ein respektvolles Miteinander; denn gerade jetzt, gerade in diesen schwierigen Zeiten, braucht es eine starke internationale Sozialdemokratie, eine Sozialdemokratie, die für Solidarität und für soziale Gerechtigkeit steht, eine Sozialdemokratie, die gegen Hunger, gegen Armut, gegen die Klimakrise und für eine Krisenprävention steht und kämpft. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Reem. - Jetzt kommt Martin Schulz zu Wort. Danach kommt Siemtje Möller aus Niedersachsen dran.

Martin Schulz , Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, auf diesem Parteitag das Wort ergreifen zu dürfen. Es ist meine erste Rede auf einem SPD-Parteitag seit meinem Rücktritt 2018. Aber die Lage, in der wir alle uns befinden, in der sich die SPD befindet, in der sich unser Land befindet, in der sich Europa befindet, die Lage in der Welt, hat mich jedenfalls motiviert, darum zu bitten, und ich danke dafür, dass ich hier das Wort ergreifen darf.

Ich möchte mich auf einen Satz beziehen, den Stephan Weil bei seiner Begrüßung heute zitiert hat. Aber bevor ich diesen Satz zitiere, möchte ich einen historischen Hinweis geben unter Bezug auf das, was Lars Klingbeil formuliert hat. Die Frage: Wird die SPD noch gebraucht? Ist die Idee der sozialen Demokratie noch aktuell? Vor 100 Jahren, liebe Genossinnen und Genossen, hat in Heidelberg die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Grundsatzprogramm beschlossen, das Heidelberger Programm. In diesem Programm gab es einen Satz, der mein Leben geprägt hat und den ich hier

wiederholen will: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands möchte und fordert die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

(Beifall)

Ich würde gerne in der aktuellen Situation sagen: Hätten wir sie mal, die Vereinigten Staaten von Europa! Dann ginge es diesem Kontinent und allen Mitgliedsländern der EU viel besser. Dann wäre es leichter, uns gegen die Autokraten, die uns bedrohen, zu wehren.

Jetzt komme ich zu dem Satz, den Stephan gesagt hat: Die Leute, die dieses Grundsatzprogramm in Heidelberg beschlossen haben, waren Frauen und Männer sieben Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges, sieben Jahre nach Verdun, sieben Jahre nach dem Gemetzel im Osten und im Westen unseres Kontinents. Das waren Delegierte, die in den Schützengräben gelegen hatten, und die Frauen, die ihre Männer oder ihre Söhne verloren hatten. Das war eine vom Krieg gezeichnete Generation, und diejenigen, die diese Generation in diesen Krieg getrieben hatten, waren Leute, die dachten wie Wladimir Putin. Und dann das Zitat von Putin, das Stephan genannt hat: Wo ein russischer Soldat seinen Fuß hinsetzt, das ist Russland. Diese Leute sind auch heute wieder unterwegs. Die Dämonen des 19. und 20. Jahrhunderts, die Völkerschaften in den Tod getrieben haben ,die sind wieder da, und wer sich gegen die wehren will, auch militärisch wehren will, der rüstet nicht auf, sondern der sorgt für den Schutz unserer Kinder und Enkelkinder. Das, Genossinnen und Genossen, ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Deshalb will ich auch an die Adresse all derjenigen, die darüber nachdenken, dass natürlich nicht nur militärische, sondern auch diplomatische Maßnahmen notwendig sind, eines sagen: Ein anderer Grund, warum es die SPD geben muss. So, wie die Heidelberger, haben auch Willy Brandt und Helmut Schmidt in den 70-er Jahren die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa genutzt. Aus dem Schlussdokument der KSZE ging die Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der OSZE, hervor, und die existiert. Die OSZE ist ein Instrument, ein Rahmen, innerhalb dessen übrigens auch Russland immer noch vorhanden ist. Und ich hoffe, dass es den Tag geben wird, wo dieser widerwärtige Mensch verschwunden sein wird und wo Russland endlich wieder ein Land ist, mit dem man reden kann. Heute kann man es nicht, weil Russland heute ein Risiko ist. Das heißt aber nicht, dass man nie mehr mit Russland wird reden können.

Deshalb hat Lars in seiner Rede richtigerweise gesagt: Beides. Wir müssen uns auf der einen Seite verteidigen können und auf der anderen Seite die Diplomatie in ihrer

Notwendigkeit bejahen. Aber mit einem, der nur den Weg der Gewalt kennt - und dieses Zitat zeigt, der will nur den Weg der Gewalt -, kann man nicht verhandeln.

Mein letzter Punkt. Ich will meiner Partei eines sagen. Das ist der Grund ist, warum ich mich noch einmal gemeldet habe. Lars hat den Satz gesagt, es sei in seinem Leben der Höhepunkt und die tollste Sache, an der Spitze der Sozialdemokratischen Partei zu stehen. Das gilt auch für mich. Ich bin stolz, und dieser Stolz bleibt für mich immer mit meiner Partei verbunden, dass ich an der Spitze dieser Partei stehen durfte.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch eines sagen: Der Stolz, an der Spitze der SPD zu stehen - Franz hat den genauso gehabt wie ich -, paart sich manchmal auch mit tiefen Wunden, die man wegstecken muss, wenn man an der Spitze einer solchen Partei steht. Einerseits sind wir stolz darauf - und ich bin auch stolz darauf -, dass wir eine Partei sind, die offen miteinander umgeht, die auch mit der Faust auf den Tisch haut. Auch in der Partei wurde gesagt: Weißt du was? Du redest Stuss. Hör auf, lass es sein. Oder wo einem gesagt wird: Das war ein schwerer Fehler, den du gemacht hast. Lass es. - Aber eine Sache darf man nicht tun: Wenn die Partei am Boden liegt, dann müssen diejenigen, auch wenn sie mit dazu beigetragen haben, dass sie am Boden liegt, die Rückendeckung all derjenigen bekommen, die sie brauchen, damit die Partei wieder aufstehen kann. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, brauchen Bärbel, Tim und Lars eure Unterstützung.

(Beifall)

Denn eines ist klar: Ich habe lange nicht mehr einen deutschen Finanzminister gehört, der den Satz gesagt hat, in der Programmdebatte wird an allererster Stelle die Verteilungsgerechtigkeit stehen. Das ist sozialdemokratische Politik, wie wir sie brauchen. Unterstützt die Parteienführung, auch wenn sie Fehler gemacht hat. Dann macht sie es beim nächsten Mal besser. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Jetzt hat Siemtje Möller aus Niedersachsen das Wort. Ihr folgt Boris Pistorius, auch aus Niedersachsen.

Siemtje Möller, Niedersachsen:

Moin! Ich hatte mich zu Wort gemeldet, weil ich mich gerne dagegen wehren möchte, dass ich wie so viele andere hier, die das Manifest so wenig wie ich unterschrieben haben, nicht Teil der Friedensbewegung sind oder nicht für eine Friedenspartei SPD stehen würden.

(Beifall)

Ich fühle mich - das zeigt auch euer Applaus - dem Frieden zutiefst, wirklich aus aller tiefstem Herzen verpflichtet, und ich möchte mich auch weiterhin starkmachen für den Frieden. Ich bin genauso wie andere, die auch zum Teil das Manifest unterzeichnet haben, durch eine Demonstration politisiert worden. Ich war nicht im Bonner Hofgarten - dafür bin ich zu jung an Lebensjahren -, aber ich war damals 2003 in Berlin auf der damals größten Friedensdemonstration, die es in Deutschland gegeben hat, gegen den Irak-Krieg. Wir als Sozialdemokratie standen damals auf der richtigen Seite, weil wir gesagt haben, es geht darum, dass die Regeln der Welt für alle gelten. Es geht darum, dass das Völkerrecht eingehalten wird, und es geht darum, dass sich alle Mächte dieser Welt sich an die Regeln, die wir uns gemeinsam gegeben haben, halten müssen.

Und genau darum geht es ja heute auch. Wir haben auf der einen Seite Russland, das mit einem Krieg beweist, dass es bereit ist, mit militärischen Mitteln nationale, imperialistische Ziele durchzusetzen, und gleichzeitig versucht, die Weltordnung und das Völkerrecht nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Dazu müssen wir uns doch verhalten. Wir müssen auch wieder auf der richtigen Seite stehen - für das Völkerrecht, dafür, dass sich alle Mächte daran halten, und dass wir auf der richtigen Seite stehen. Ich glaube, deswegen ist es absolut richtig, was wir getan haben und was wir in Zukunft auch tun werden, nämlich an der Seite der Ukraine zu stehen und uns klar zu der Bedrohung, die von Russland ausgeht, zu verhalten. Ich bin mir absolut sicher, dass mein Nachredner gleich die richtigen Worte dazu finden wird, lieber Boris.

Aber lasst mich noch einen Satz hinzufügen. Stephan hat den Satz mit dem imperialistischen Gedanken zitiert, den Putin mehr als einmal ausgesprochen hat. Gleichzeitig wissen wir, dass Putin bzw. Russland mehr Artilleriemunition produziert als Europa und Amerika zusammen pro Jahr. Wir wissen, dass sie an Kampfpanzern mehr als 1.000 pro Jahr dazugewinnen. Das verbunden mit der Bedrohung, die sie uns gegenüber aussprechen, das verbunden mit dem Beweis tagtäglich in der Ukraine, dass sie bereit sind, militärische Mittel einzusetzen, verbindet sich doch dann dazu, dass wir uns dazu verhalten müssen - gerade nicht, weil wir den Krieg wollen, sondern weil wir den Frieden und die Sicherheit für unsere Bevölkerung auf unserem Kontinent erhalten wollen. Genau darum geht es, und deswegen investieren wir in unsere Sicherheit.

Damit auch gerade nicht das eintritt, was gerade in der Debatte gesagt wurde, nämlich dass wir nicht mehr für soziale Zwecke, nicht mehr für die Infrastruktur, nicht mehr für Schulen, Krankenhäuser Geld hätten, genau deswegen haben wir einerseits doch im Bundestag das Sondervermögen Infrastruktur geschaffen. 500 Milliarden Euro für die so notwendigen Mittel, die Saskia bekanntermaßen jetzt nach der Rede von Lars ins Leben gerufen hat, sondern wir haben auch die Schuldenregel angepasst, damit all das, was wir notwendigerweise in Sicherheit und Verteidigung investieren, nicht angerechnet wird. Das sind die richtigen Schritte.

Wir sichern und beschützen unsere Bevölkerung und verteidigen das, was uns lieb und teuer ist, gegen den imperialistischen Drang, den Putin auch gegenüber uns ausgesprochen hat, und gleichzeitig spielen wir nicht soziale gegen innere oder gegen äußere Sicherheit aus. Wir stehen für alles drei gemeinsam in diesem Dreiklang. Das haben wir gemacht, und das ist richtig und gut so.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Siemtje. - Jetzt hat Boris Pistorius das Wort. Ihm folgt Nina Scheer aus Schleswig-Holstein.

Boris Pistorius, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Als am 23. Februar die Zahlen kamen, waren wir alle niedergeschlagen, aber angesichts der Umfragen der Monate zuvor ja nicht wirklich überrascht. Aber was sich sehr schnell herauskristallisierte, war doch, dass es im Interesse der inneren Stabilität Deutschlands, der Sicherung unserer Demokratie und unseres Parlamentarismus notwendig war, sich schnell zu sammeln, sich schnell handlungsfähig zu machen, damit auch in dieser schwierigen Phase auf die Sozialdemokratie in Deutschland Verlass sein würde. Genau das haben wir, das haben Lars, das haben Saskia Esken und viele andere gemacht, und das war richtig, liebe Genossinnen und Genossen. Aufarbeitung muss sein, aber hier ging es um unser Land und um die Regierungsfähigkeit in schwierigen Zeiten.

(Beifall)

Und wenn ich schwierige Zeiten sage, dann rede ich natürlich über die Bedrohung unserer Demokratie von rechts außen. Ich rede über die Probleme, die wir in diesem Land

haben. Aber ich rede auch über die geopolitische Situation, mit der wir es zu tun haben. Wir haben einen Aggressor in Europa, den wir uns vor 20 Jahren nicht hätten vorstellen können. Und das hat nicht gestern angefangen, auch nicht 2014, sondern 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz, als Wladimir Putin angekündigt hat, eine kontroversere Außenpolitik betreiben zu wollen. Es hat nur niemand hören wollen. Genauso wie 2014 die Annexion der Krim, die Intervention in Georgien zuvor, die Unterstützung danach für russische Separatisten in der Ukraine und schließlich die Vollinvasion im Februar 2022. Dieser Krieg dauert an, und dieser Krieg ist maximal brutal.

Lieber Ralf, ja, ich schätze dich genauso, wie du mich persönlich schätzt. Wenn ich sage, es ist zum Teil Realitätsverweigerung, dann rede ich nicht über eure Auffassung zu 3 oder 5 Prozent, sondern dann rede ich darüber, dass die Realität doch auf dem Tisch liegt. Dieser Imperialist im Kreml will nicht verhandeln. Er will keinen Frieden,

(Beifall)

und dazu muss ich überhaupt nichts interpretieren. Ich muss einfach die Fakten nehmen. Wir haben das Zitat aus Sankt Petersburg gehört. Im November letzten Jahres hat er auf dem Valdai-Forum etwas gesagt, was von den deutschen Medien kaum aufgegriffen worden ist. Er hat ziemlich wörtlich gesagt, wir stehen vor einem ernsten, unversöhnlichen Kampf um eine neue Weltordnung. Und dann weiter: Dabei sehe er Russland als Anführer des globalen Südens und weiter Teile der Welt gegen den dekadenten Westen, liebe Genossinnen und liebe Genossen. Wenn man das nimmt und die Tatsache der Umstellung auf Kriegswirtschaft und die Tatsache, dass die russische Armee im nächsten Jahr doppelt so groß sein wird wie vor Beginn des Ukraine-Krieges, nämlich 1,6 Millionen Soldatinnen und Soldaten, dann können wir doch nicht ernsthaft über jemanden reden, der mit uns über Frieden und Abrüstung reden will, liebe Genossinnen und liebe Genossen. Das meine ich und nur das, wenn ich von Realitätsverweigerung rede.

Ich bin geboren und aufgewachsen in Osnabrück, der schönsten Stadt Deutschlands.

(Beifall und Heiterkeit)

Osnabrück ist die Friedensstadt wegen des Westfälischen Friedens, der dort geschlossen worden ist. Ich bin großgeworden mit dem Gedanken, dass Frieden immer möglich sein muss. Aber um Frieden zu gewährleisten, braucht es immer alle. Es braucht die Bereitschaft beider oder aller Seiten, über Frieden oder zunächst einmal einen Waffenstillstand zu verhandeln. Und diese Bereitschaft hat Putin nicht nur nicht gezeigt, sondern er hat allen, die mit ihm geredet haben - bis hin zu Donald Trump - ins Gesicht gelogen und hat sie verhöhnt. Er bombardiert in der Nacht weiter, in der sich in Istanbul

Unterhändler versucht haben zu treffen, mit halbherzigem Auftrag und aus der dritten Reihe Moskaus geschickt. Das war doch die Realität. Die heftigsten Angriffe mit Drohnen und Raketen in der Nacht darauf.

Also, worüber reden wir? Ich wünsche mir Frieden. Ich habe zwei Enkelkinder und zwei erwachsene Töchter. Mein größter Wunsch ist, alles dafür zu tun, dass auch sie in 20 Jahren noch sicher und in Frieden, von inneren und äußeren Feinden geschützt, in diesem wunderbaren Land leben können. Aber, liebe Genossinnen und liebe Genossen, das macht sich nicht von allein. Dieser Staat ist ein Gebilde. Dieser Staat kann sich nicht allein verteidigen. Wir brauchen dazu eine Armee, wir brauchen dazu Ausstattung. Martin Schulz hat es dankenswerterweise gesagt: Es geht hier nicht um Aufrüstung wie in den 80er-Jahren, und die Zeiten sind nicht vergleichbar. Breschnew ist nicht Putin. Es geht nicht um Aufrüstung. Es geht um Nachholen, um überhaupt erst einmal auf Augenhöhe anzukommen als NATO. Das ist das, was dahintersteht.

Wir werden uns verteidigen in diesem Land, und zwar nicht um irgendeines Nationalstolzes willen, sondern weil wir doch alle - gerade wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - diese Art zu leben vor äußeren und inneren Feinden schützen wollen. Das ist doch unser Anspruch.

(Beifall)

Aber wenn wir uns davor wegducken und in eine zwar verständliche, aber jedenfalls jetzt nicht hilfreiche Friedenssehnsucht flüchten, dann werden wir wertvolle Zeit verlieren. Putin, so traurig das ist, versteht nur eine Sprache, und das ist die der Stärke, nicht der Bedrohung, aber der Stärke. Das das wusste niemand besser als zum Beispiel Willy Brandt in den 70er-Jahren und Helmut Schmidt danach. Sie wussten ganz genau, man kann über Entspannung reden, man kann über Abrüstung reden, über friedliche Nachbarschaft reden, aber das geht nur aus der Position der Stärke heraus. Und genau darum geht es in diesen Tagen. Ich wünsche mir sehr, dass wir das in der Debatte nicht aus dem Auge verlieren, weil es auch wichtig ist. Damit komme ich zur geopolitischen Lage insgesamt zurück.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Kommst du bitte zum Schluss?

Boris Pistorius, Parteivorstand:

Ja, ich komme zum Schluss. - Ich komme gestern vom NATO-Gipfel, und die ganze Welt, alle NATO-Partner schauen gerade sehr genau darauf, was in Deutschland passiert. Wir sind die größte Volkswirtschaft in Europa. Wir sind der größte NATO-Partner in Europa. Wir sind diejenigen, die am exponiertesten sind gleich hinter den osteuropäischen Ländern. Alle schauen darauf: Können wir uns dieses Mal auf Deutschland verlassen? Was ist mit dem Deutschland, das sich in den letzten Jahren ein paar Mal verirrt hat, wenn es um Russland ging? Ich gehörte auch dazu. Ist auf Deutschland Verlass? Können wir darauf vertrauen, dass sie das, was sie sagen, auch tun?

Und genau das ist die Stunde, auf die es heute ankommt, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht nicht um Frieden oder Streitkräfte oder Frieden und Konflikt, sondern es geht darum, das an der Ukraine deutlich zu machen. Die zeigen uns das nämlich gerade. Sie kämpfen um ihre Freiheit und um ihre Art zu leben, und deswegen müssen wir sie unterstützen und uns gleichzeitig schützen. Wir müssen deutlich machen: Das, was Putin mit der Ukraine macht, macht er danach mit vielen anderen auch. Was Putin mit der Ukraine jetzt vorhat, ist ein Diktatfrieden, eine faktische Kapitulation. Für die Ukraine gilt wie für jedes andere Land auf dieser Welt auch: Frieden ist unser aller Sehnsucht. Aber doch nicht Frieden um jeden Preis, liebe Genossinnen und liebe Genossen, sondern Frieden in Freiheit. - Danke schön.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Boris. - Als Nächste hat Nina Scheer das Wort. Ihr folgt Lasse Rebbin von den Jusos.

Nina Scheer, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss Boris in einem mir sehr wichtigen Punkt widersprechen. Ich meine, dass man immer Bereitschaft haben muss und Wege suchen muss für Friedensverhandlungen, ganz egal, mit wem man es zu tun hat - immer.

Denn wenn wir es uns erlauben, in dieser Welt zu sagen, nein, dieser Machthaber, dieser Diktator ist uns zu igitt, dann kann es ganz schnell passieren, dass auf der anderen Seite Machthaber, die heute noch mit am Verhandlungstisch sitzen - zum Beispiel bei der NATO -, möglicherweise schon sehr bald das gleiche Level des Igitt erreicht haben, und dann kann es in der Welt sehr schnell sehr einsam werden. Und was ist dann das

Ergebnis? Soll es dann immer weitere Eskalationen geben? Soll es dann überhaupt keine Gesprächsfäden mehr geben? Soll dann die einzige Antwort immer nur weiter Militarisierung heißen?

Es darf kein Gegensatz sein, sich einerseits vor Aggressionen zu schützen und auch das notwendige militärische Potenzial dafür zu erwirken, dass man sich wirksam schützen kann, und andererseits immer und ohne Unterlass dafür zu sorgen, dass es Gesprächsfäden gibt. Denn es gibt viel zu viele Missverständnisse auf der Welt, die auch dafür sorgen können, dass Gesprächsfäden abreißen können, die vielleicht wieder aufgenommen werden. Das wissen wir heute nicht. Wir wissen nur sicher: Wenn wir den Gesprächsfaden unsererseits abreißen lassen, dass dann sicher keine diplomatische Lösung sein kann. Das wissen wir sicher. Es ist übrigens auch in den Statuten der NATO enthalten, dass man immer erst die diplomatische Lösung finden muss. Wenn wir aber als die demokratische Seite, als die wertorientierte Seite sagen, wir wollen keine Friedensgespräche führen, wir lehnen das ab, dann sind wir auch Teil des Problems, und das darf nie passieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte auch, dass wir zu einer besseren Hierarchisierung der Bedrohungslagen kommen. Wir müssen in die Verteidigungsfähigkeit investieren. Das ist eine Bedrohungslage; das stellt überhaupt niemand hier im Raum in Frage. Das habe ich zumindest bisher noch nicht gehört. Aber wir haben eine massive Bedrohungslage durch unsere Abhängigkeiten von fossilen Ressourcen. Es werden heute schon Kriege um fossile Ressourcen geführt. Es gab schon vor 20 Jahren Kriege um fossile Ressourcen. Es wird massive Verteilungskämpfe um diese immer weniger werdenden Ressourcen geben, wenn wir uns nicht von der Abhängigkeit loslösen.

Zurzeit versucht Donald Trump, uns massiv wieder in die Abhängigkeit zu bringen. Das müssen wir erkennen. Wir müssen uns resilient machen, indem wir die Energiewende forciert angehen, Klimaschutzbemühungen forciert angehen. Das ist die unmittelbar uns bedrohende Lage. Da muss unser Geld hineingehen, und zwar massiv. Damit müssen wir jetzt sofort anfangen. Dass kann nicht jetzt in einem Grundsatzprogramm stehen.

Ich fordere uns alle auf, dass das unmittelbar in die Gesetzgebung Einfluss nimmt. Wenn wir jetzt zum Beispiel über die Frage der Energiepreise denken, und jetzt auch die Konzepte, die Lars vorhin auch angesprochen hat, die Frage, wie es mit der Strombesteuerung aussieht. Wir haben im Koalitionsvertrag: Auf das europäische Mindestmaß. Es kann nicht sein, dass wir auf der Verteidigungslinie alles machen, was wir für nötig halten, und auf der Seite der Senkung von Energiepreisen - - Das führt uns dann übrigens auch dazu, wieder Wärmepumpen einbauen zu können. Das ist der

Schritt für Klimaschutz. Da dürfen wir dann aber nicht nachlassen. Da dürfen nicht die 5 bis 6 Milliarden fehlen. Also, lasst uns hier auch nicht auseinanderdividieren von einem Koalitionspartner, der die Energiewende auch über solche Schritte möglicherweise infrage stellt. Hier darf es kein Vertun geben.

Insofern: Klare Kante auch bei den Linien, die der Koalitionsvertrag uns vorgibt. Lasst uns hier nicht in die Irre führen. Die Bedrohungslage liegt auch darin begründet, wenn wir uns nicht resilient machen gegen diese Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und den Klimaschutzfolgewirkungen, die daranhängen. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Nina. - Bevor Lasse das Wort erhält, möchte ich eine Bemerkung zum weiteren Verlauf der Debatte machen. Alle haben ganz wichtige Sachen und auch wirklich kluge Gedanken vorzutragen, egal, in welcher Position sie sind. Aber wenn wir jetzt so weitermachen, dann kommen wir heute nicht durch. Wir haben noch etwa 50 Wortmeldungen in dieser Debatte, und wir wollen heute auf jeden Fall noch unsere Parteispitze wählen.

Deswegen möchte ich euch folgenden Vorschlag machen: Lasse ist jetzt aufgerufen. Danach würden wir die Redezeit - das ist unser Vorschlag als Tagungspräsidium - gerne von 3 auf 2 Minuten verkürzen.

(Beifall)

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das sehen wir nicht. Dann würden wir ab dem übernächsten Wortbeitrag so verfahren. Ich bitte euch um Verständnis. Wenn wir hier die Glocke läuten, dann solltet ihr euren letzten Satz machen und nicht noch einen neuen Gedanken anfangen. Wir achten darauf. Das gilt jetzt für alle.

Lasse, du hast das Wort. Danach kommt Hannah Elten aus dem Landesverband Berlin.

(Beifall)

Lasse Rebbin, stellv. Vorsitzender der Jusos:

Liebe Genoss*innen, lieber Ralf, ich hatte eigentlich vor, sehr zur Sache zu reden, zum Manifest. Nach deinen Ausführungen heute möchte ich aber doch auch noch etwas zu dir persönlich sagen, weil mich einiges dann doch ein bisschen gestört hat.

Ich bin stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Ich bin auf den Parteitagen regelmäßig dafür zuständig, die da vorne rechts in der Ecke zu ärgern. Das gelingt mir manchmal auch entsprechend, und dann hat es aber auch gewisse Konsequenzen. Dann muss ich mich nämlich der Debatte stellen. Von daher: Es geht nicht darum, dass du irgendein Manifest geschrieben und unterschrieben hast. Es geht nicht darum, dass man hier keine Debattenbeiträge zur Friedenspolitik bringen kann. Aber dann muss man sich auch der kritischen Diskussion darüber stellen.

(Beifall)

Vor allem muss man sich dieser kritischen Diskussion stellen, weil wir sie auch ehrlicherweise nicht das erste Mal führen. Diese Partei hat sich 2023 auf den Weg gemacht mit einem umfassenden Antrag zu internationaler Politik. Daran hat die Parteispitze mitgeschrieben, daran haben Abgeordnete, Minister*innen, daran haben die Jusos, die anderen Arbeitsgemeinschaften mitgewirkt. Alle waren daran beteiligt, alle konnten sich einbringen, und wenn ich mich richtig erinnere, wurde der Antrag mit einer sehr großen Mehrheit angenommen. Es ist also nicht so, als würden wir dort nicht über friedenspolitische und diplomatische Initiativen reden. Das ist einfach faktisch falsch.

(Beifall)

Es sei mir eine letzte Bemerkung erlaubt. Ich finde es total fair, hier auch unterschiedliche Argumente auszuhalten und sich kritisch auszutauschen. Du hast vollkommen recht - da stimme ich dir zu -: Die Debatte ist wahnsinnig polarisiert um dieses Thema. Es finden gegenseitige Vorwürfe statt. Die gehören hier nicht hin. Wir sollten hier sachliche Debatten führen. Aber du bist hier auf die Bühne gegangen und hast den Eindruck suggeriert - so zumindest nach meinem Empfinden -, als könntest du hier nicht offen über Friedenspolitik reden, als würde man hier direkt Vorwürfe bekommen. Ich habe hier keine einzige Redner*in gesehen, die etwas dagegen gesagt hat, dass wir auch über Friedenspolitik reden. Ehrlicherweise: Ich stehe hier als einfacher Parteitagsdelegierter. Du bist seit 2003 in Verantwortung in dieser Partei in allen möglichen Positionen. Du kannst von Fernsehsender zu Fernsehsender gehen und Interviews geben, erst zuletzt bei dem Manifest. Es ist ja nicht so, als ob dir niemand zuhört und als wenn für diese Debatten kein Platz wäre. Sie sind da.

(Beifall)

Deshalb möchte ich meine letzten paar Sekunden einmal ganz kurz nutzen: Ich finde es richtig, dass wir uns über solche Initiativen wie das Manifest unterhalten. Ich halte es auch für richtig, dass wir uns über friedenspolitische Initiativen unterhalten. Ich denke aber, dass einige Trugschlüsse dort drin sind. Ich glaube, dieses Manifest verkennt an einigen Stellen, dass jedes Friedensangebot von Putin mit Bomben auf Kiew beantwortet worden ist und dass man dadurch eben nicht zu einer Lösung kommt. Ich glaube, wir als Partei müssen daran arbeiten, auch neue friedenspolitische Impulse zu setzen und eben nicht wieder das herauszuholen, was wir vielleicht seit dem Kalten Krieg sagen. Ich denke, das würde uns gut zu Gesicht stehen. Lasst uns doch dort ansetzen und das Voranbringen! - Vielen lieben Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Lasse. - Jetzt hat Hannah Elten aus Berlin das Wort. Ihr folgt Matthias Ecke aus Sachsen. Bitte beachtet, dass wir die Redezeit jetzt auf zwei Minuten reduziert haben. Das müsste in dem Display da vorne für das Redepult noch geändert werden. Vielen Dank. - Du hast das Wort.

Hannah Elten, Berlin:

Ich gebe mein Bestes. - Liebe Genossinnen und Genossen! Aus Gründen: Ich spreche hier heute ausschließlich als SPD-Mitglied und in keiner anderen Kapazität.

Auch ich möchte ein paar Worte zum Manifest sagen. Wann immer ich in den vergangenen drei Jahren mit denjenigen gesprochen habe, welche nach mehr Diplomatie rufen, habe ich sie gefragt, welche konkreten Initiativen sie sich denn wünschen, welche wir diplomatisch noch nicht versucht haben: in Moskau über unsere dortige Botschaft, über unsere Delegationen in New York und in Genf, im Gespräch mit den G20, mit China, mit Brasilien oder auch den afrikanischen Staaten. Denn es ist ja nicht so, als hätten wir in den vergangenen drei Jahren nicht alles versucht, um zu Frieden zu kommen. Aber unsere Initiativen sind leider alle gescheitert - nicht an uns.

Was genau könnte die deutsche oder die europäische Diplomatie gegenüber Russland anders oder besser machen? Eine konkrete Antwort auf meine Frage habe ich nie erhalten. Genau deshalb ist das Manifest so irritierend: weil es immer noch suggeriert, dass es eine diplomatische Alternative zu unserer aktuellen Russlandpolitik gibt, welche

einfach nicht existiert. Es ist irritierend im Kontext der vergangenen Monate, als Putin wieder und wieder Friedensangeboten eine klare Absage erteilt hat und die Ukraine weiter bombardiert hat. Erst letzte Woche hat er in Sankt Petersburg klar geäußert, dass die Ukraine aus seiner Sicht gänzlich zu Russland gehört. Alle Unterzeichnenden des Manifests frage ich deswegen noch einmal: Wie genau soll unter diesen Umständen eine Intensivierung unserer diplomatischen Anstrengungen aussehen?

Wladimir Putin - das hat Lars schon richtig gesagt - ist nicht Michail Gorbatschow. Er möchte nicht verhandeln. Er möchte erobern, er möchte annektieren, und er äußert auch immer wieder territoriale Ansprüche auf unsere EU-Nachbarn, auf Polen und auf das Baltikum. Es ist diese Realität, für die wir unsere Außen- und unsere Sicherheitspolitik machen müssen - so bitter sie auch ist. Und wir müssen sie auch endlich klarer vermitteln; denn das wird der deutschen Bevölkerung auch in den kommenden Jahren natürlich weiter sehr viel abverlangen. Aber das muss geschehen, weil wir uns dabei ansonsten immer wieder selber im Wege stehen werden, genau das Richtige zu tun für Frieden und Sicherheit in Europa. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Hannah. - Jetzt ist Matthias Ecke aus Sachsen dran. Ihm folgt Canan Canli aus Schleswig-Holstein.

Matthias Ecke, Sachsen:

„Gibt es ein Zurück, Matthias?“ Das fragen mich oft meine Kolleginnen und Kollegen in Brüssel. Das fragen mich oft Freunde, wenn ich mit ihnen rede, die aus dem Baltikum kommen, aus Polen, die den Atem von Putin im Nacken spüren. Gibt es ein Zurück in der Positionierung der SPD? Und ich sage: Nein, es gibt kein Zurück mehr. Wir haben die Zeitenwende programmatisch vollzogen; denn es gibt in der realen Welt kein Zurück mehr. Es gibt kein Zurück mehr zu einer Situation, in der Russland ein Partner für eine paneuropäische Friedensordnung ist - zumindest nicht, solange dieses imperialistische Regime dort regiert.

Es gibt aber auch kein Zurück mehr zu einer Situation, in der das US-Militär mit seiner Stärke bedingungslos Europa verteidigt. Und es gibt erst recht kein Zurück mehr zu einer

Situation, wo unser Wirtschaftsmodell auf russischem Gas basiert. Deswegen brauchen wir auch den Ausbau der Erneuerbaren.

(Beifall)

Es ist richtig, dass sich Europa, dass sich Deutschland stärker selber und unabhängig verteidigen muss, sich und seine Werte. Lasst euch nicht von der Union einreden, dass die es sind, die das irgendwie voranbringen. Wenn ich euch sage, was die in Brüssel abziehen, wie die mit Le Pen, mit Orbán, mit diesen Leuten kuscheln, die noch ihre Vorliebe für die Daddys und Silowiki dieser Welt haben: Die sind es nicht, die uns da helfen werden. Wir sind es.

Aber wir als SPD müssen erkennen, dass mit dieser neuen Zeit auch ein neuer Gesellschaftsvertrag einhergeht. Denn wer bezahlt am Ende die zusätzlichen Rüstungsausgaben, die wir jetzt vereinbart haben? Die sind gewaltig. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Hochvermögenden, die Menschen mit großen Erbschaften, die Menschen, die die allerhöchsten Einkommen haben, mehr zu dieser neuen Zeit beitragen. Das ist eine Verteilungsfrage, das ist eine Gerechtigkeitsfrage, und das geht ganz eng einher mit der Frage, wie wir unsere Lebensart vor den autoritären Mächten schützen, die uns bedrohen. Dort sehe ich den Platz der SPD in dieser Debatte: kein Zurück mehr, sondern nach vorn zu einem neuen Gesellschaftsvertrag.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Matthias. - Als Nächste kommt Canan Canli aus Schleswig-Holstein, und ihr folgt Jakob Blankenburg aus Niedersachsen.

(Beifall)

Canan Gevher Canli, Schleswig Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Canan Canli. Heute stehe ich vor euch als stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt. Ich möchte ein Lob aussprechen. Denn direkt nach der Bundestagswahl hat unsere Bundesarbeitsgemeinschaft dem Parteivorstand ein Papier, wie die SPD überleben kann, vorgelegt, und viele dieser Dinge sind umgesetzt worden. Umso mehr freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit der zukünftigen Parteiführung.

Liebe Genossinnen und Genossen, für mich haben sich die Versprechen der SPD erfüllt: Solidarität, Respekt und Aufstieg für alle. Aber mein Weg darf doch kein Einzelfall sein. Die verlorene Wahl ist schmerzhaft. Als Reaktion darauf den Weg zu verlassen, den wir doch alle für richtig halten, ist trotzdem falsch. Beim Kampf gegen Rassismus, bei Migration, Integration und Geflüchtetenpolitik dürfen wir es doch nicht zulassen, dass wir die schmerzhaften Kompromisse mit Spahn und Linnemann für unsere eigenen halten.

(Beifall)

Wenn Schutzsuchende zurückgewiesen werden, Familien auseinandergerissen bleiben und Menschen unter Generalverdacht gestellt werden, dann wünsche ich mir von den Genossinnen und Genossen in Verantwortung, dass sie klarstellen, dass das nicht das ist, was unsere SPD will.

(Beifall)

Familienzusammenführung fördert nachweislich die Integration. Worin liegt denn die Gefahr bei 12.000 glücklich werdenden Menschen, die sich wiedersehen? Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge sind vor allem eines: Menschen wie du und ich.

(Beifall)

Als Migrantin und Sozialdemokratin möchte ich meiner Partei vertrauen, dass sie für alle Menschen kämpft, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität oder was sich die Rechten sonst noch so einfallen lassen, um Menschen in Menschen erster und zweiter Klasse aufteilen zu können. Unsere Partei muss wieder Hoffnung geben für alle, die auf Gerechtigkeit warten.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Canan.

Canan Canli, Schleswig-Holstein:

Leider beginnt die Sprache der Ausgrenzung und Stigmatisierung auch in unserer Politik.

Mein letzter Satz.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Danke.

Canan Canli, Schleswig-Holstein:

Unsere Grundwerte - Solidarität, Gerechtigkeit, Respekt, Aufstieg für alle - sind nicht verhandelbar. Wir dürfen sie nicht opfern, liebe Genossinnen und Genossen, weder aus Angst vor rechter Hetze noch aus Bequemlichkeit und schon gar nicht aus politischem Kalkül. - Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Canan. - Als Nächster kommt Jakob Blankenburg aus Niedersachsen, und ihm folgt Christine Negele aus Bayern. - Jakob, bitte sehr.

Jakob Blankenburg, Hannover:

Liebe Genossinnen und Genossen! In der Aussprache zum Leitantrag sind schon einige wichtige Fragen unserer Zeit angesprochen worden: die Frage von Krieg und Frieden, die Frage zur Lage der Partei, eben gerade die Frage der Migration. Aber ich möchte über ein Thema sprechen, das aus meiner Sicht Teil einer neuen SPD-Identität sein muss. 51 Tage nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags hat die neue CDU-Wirtschaftsministerin öffentlich Zweifel an der Klimaneutralität 2045 geäußert. Liebe Genossinnen und Genossen, das war kein Betriebsunfall, sondern ein Warnsignal. Denn wir wissen: Beim Klimaschutz wird es in dieser Koalition keinen Automatismus geben. Es braucht Haltung, es braucht Klarheit, und es braucht uns als gestaltende Kraft mit einem sozialen Kompass,

(Beifall)

nicht weil es einfach ist, sondern weil es notwendig ist. Denn die Zeit drängt, und wer jetzt zögert, verspielt Chancen für unser Klima, für gute Arbeit, für die kommenden Generationen. Diese Veränderung, liebe Genossinnen und Genossen, beginnt mit uns.

Genau deshalb ist dieser Leitantrag, den wir heute beraten, entscheidend. Er ist der Startpunkt für etwas Größeres: für einen inhaltlichen Aufbruch, für ein neues Grundsatzprogramm, das Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit gibt, auf Energie, Mobilität, Arbeit, Zusammenhalt. Wir müssen diese Fragen nicht nur zusammen denken, sondern wir müssen sie auch sozial gerecht gestalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, Klimaschutz ist kein exklusives Projekt für Besserverdienende. Klimaschutz muss funktionieren, für die alleinerziehende Mutter in der Mietwohnung, für den Rentner im ländlichen Raum, der auf das Auto angewiesen ist, und für die Beschäftigten in der Stahlindustrie, die sich fragen: Was bedeutet „Transformation“ für mich?

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, genau deshalb gehört soziale Klimapolitik ins Zentrum unseres neuen Grundsatzprogramms. Dazu gehört auch die gezielte Unterstützung von Menschen, die notwendige Investitionen nicht aus eigener Kraft stemmen können. Denn nur so wird die Transformation nicht zur sozialen Spaltung, sondern zu gesellschaftlichem Fortschritt.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Jakob.

Jakob Blankenburg, Hannover:

Letzter Satz. Jetzt liegt es an uns, das neue Grundsatzprogramm mit Leben zu füllen, nicht nur mit Schlagworten, sondern mit genau den Antworten, die die Menschen erwarten, und mit einem starken Team, das aus diesen Antworten Überzeugung macht.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank.

Jakob Blankenburg,Hannover:

Denn Veränderung beginnt nicht irgendwann. Veränderung beginnt mit uns. Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Danke schön, Jakob. - Als Nächste ist Christine Negele aus Bayern dran, und ihr folgt Martin Nissen, SPD International.

Christine Negele, Bayern:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin froh darüber, dass wir diese Debatte tatsächlich respektvoll und differenziert führen, anders als es in den letzten Monaten gerade rund um das Manifest in den Medien zu hören und zu lesen war. Ich möchte deswegen mit einem Appell auch an die etablierten Medien beginnen, verbal mal ein bisschen abzurüsten und von dieser ständigen Polarisierung runterzukommen. Wir brauchen in dieser Gesellschaft eine differenzierte und respektvolle Debatte. Wir müssen bei strittigen Themen wieder zu einer anderen Diskussionskultur zurückfinden. Das werden wir ohne die Medien nicht schaffen. Aber das werden wir auch nicht schaffen, wenn die Leute aus der zweiten Reihe unserer Partei in jeder Talkshow über jedes Stöckchen springen, das ihnen hingehalten wird.

(Beifall)

In meinem Antrag A02 für eine neue Friedensordnung in Europa und in dem Manifest geht es nämlich nicht um ein „Entweder Aufrüstung oder Verhandlungen“, sondern es geht um ein „Sowohl als auch“. Und vor allem geht es um die Art der Aufrüstung durch die Wahl der zu beschaffenden Waffen. Es geht darum, durch diese Wahl zu signalisieren, dass wir bereit und willens sind, uns zu verteidigen, aber kein Interesse an einem Angriff, an der Besetzung eines anderen Staates haben.

Ich will aus dem Friedensgutachten 2025 zitieren. Denn es ist ja so, dass die deutschen Friedensinstitute in den Medien so gut wie gar nicht vorkommen. Deswegen das Zitat: „Die Idee, Sicherheit allein durch militärische Abschreckung zu erreichen, greift zu kurz. Sie führt in eine beklemmende Welt wechselseitiger Aufrüstung, in der schon kleine Fehler in den Untergang führen können. Das ist eine der zentralen Lehren aus dem Kalten Krieg. Die Rüstungswettläufe zwischen den Blöcken führten die Welt mehrfach an den Rand der nuklearen Vernichtung [...]. Gegenwärtig ist nicht klar, in welche langfristige Strategie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands eingebettet und mit

welchen diplomatischen Initiativen die regelbasierte Ordnung aufrechterhalten werden soll.“ Ende des Zitats.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Christine, du müsstest zum Ende kommen, bitte.

Christine Negele, Bayern:

Ich bitte euch deswegen, dem Antrag A02 und auch dem Initiativantrag 14 zuzustimmen und sie nicht nur zu überweisen. - Danke schön.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christine. - Als Nächster kommt Martin Nissen für die SPD International und danach Stella Kirgiane-Efremidou für die AG Migration und Vielfalt.

Martin Nissen, SPD International:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich bin wie viele von euch heute zum zweiten Mal Delegierter auf einem Parteitag. Wenige von euch werden das erste Mal, als ich 1979 nebenan im ICC Delegierter war, erlebt haben. Ich habe damals die Delegierten aus der schönsten Stadt der Welt, Boris, aus Emden, mit ihren Positionen vertreten, heute unsere 5.000 Mitglieder zwischen Los Angeles und Shanghai. Ich selber hatte eine lange Anfahrt, über 1.800 Kilometer. Ich bin am Dienstagnachmittag in Moskau losgefahren.

Kurz und knapp - angesichts der zwei Minuten - ein ganz konkreter Wunsch der SPD in New York, deren Mitglieder die Abstimmung über den Koalitionsvertrag verpassen mussten: Bitte vergesst bei parteiinternen Internetabstimmungen den Postweg. Wir sind mit Abstand die stärkste Auslandsorganisation in der deutschen Parteienlandschaft. Deshalb bitten wir euch um Unterstützung für die Anliegen der 4 bis 5 Millionen Deutschen im Ausland, die einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten. Gerade in diesem Kreis - wer, wenn nicht wir? - können wir verstehen, dass du, wenn du zwar das Recht hast, an der

Bundestagswahl teilzunehmen, das aber wegen der Praxis des deutschen Wahlrechts nicht machen kannst, tief enttäuscht bist.

Deshalb unser Appell: Lasst uns mehr Demokratie wagen! Lasst uns zukünftig die Deutschen im Ausland nicht in 299 Wahlkreisen wählen, sondern in einem einzigen neuen Wahlkreis, und zwar so, dass dann alle Wählerinnen und Wähler im Ausland in den deutschen Botschaften und Konsulaten ihre Stimme abgeben können. - Ein bisschen Beifall wäre jetzt schön.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin.

Martin Nissen, SPD International:

Danke.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Du kommst zum Ende, nicht?

Martin Nissen, SPD International:

Bitte baut diese Lösung in die anstehende Wahlrechtsreform ein.

Noch ein Wort zur Frage der Friedens- und Verteidigungspolitik. Wir stehen als SPD International zur Verfügung, um die Diskussion sehr kompetent zu führen.

Und noch ein Punkt.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Martin, du musst zum Ende kommen.

Martin Nissen, SPD International:

Wer Lars und Boris zu Kriegstreibern macht, dem kann ich versichern: Das Gegenteil ist der Fall. - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Als Nächste hat Stella Kirgiane-Efremidou das Wort. Wo ist sie? - Da ist sie, wunderbar. Hallo Stella! Ihr folgt Oleg Shevchenko aus Thüringen.

Stella Kirgiane-Efremidou, Co-Vorsitzende AG Migration und Vielfalt:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen. Das bedeutet für mich und sicher auch für viele von euch: Wir gewinnen gemeinsam und wir verlieren gemeinsam. Doch nach dem Wahlabend mit den 16 Prozent hat sich das anders angefühlt. Es tut weh. Und noch mehr schmerzt es, zu sehen, wie sich einige am Wahlabend sofort absetzten und schon von „Generationswechsel“ sprachen, als würde das alles nichts mit ihnen zu tun haben, als wäre der Absturz dieser Partei nicht auch ihr Absturz gewesen. Das ist nicht der Zusammenhalt, den wir brauchen. Das ist nicht unsere SPD, an die ich glaube.

Was für eine Partei wollen wir eigentlich sein? Die Partei der Machos und Rücksichtslosen oder die Partei, die auf Respekt, Zusammenhalt und Menschlichkeit baut? Genau das war unser Versprechen: Respekt für alle.

Aber ganz ehrlich: Gerade wir in der AG Migration und Vielfalt schauen heute fassungslos auf unsere Partei. Wo ist der Kompass geblieben? Wir sind doch die, die gegen Rassismus stehen, für Menschenwürde, für eine humane Migrationspolitik. Dafür sind wir einmal gewählt worden. Und dann? Dann verschärfen wir Gesetze, übernehmen Parolen der Rechten, reden von Abschiebungen, als würde das irgendein Problem lösen. Menschen, die uns einmal gewählt haben, sind bitter enttäuscht, und sie wenden sich ab.

Und jetzt auch noch das: wieder ein fauler Kompromiss mit der CDU. Der Familiennachzug für Schutzbedürftige soll ausgesetzt werden, Familien sollen auseinandergerissen werden. Was ist eigentlich aus uns geworden? Ich frage euch: Gibt es die Sozialdemokratie noch, oder steuern wir sehenden Auges auf die 5 Prozent zu?

Aber ich glaube an diese Partei. Wir müssen jetzt den Mut haben, umzusteuern: nicht Ängste bedienen, nicht auf Stimmenfang bei den Falschen gehen, sondern Lösungen für alle Menschen in diesem Land finden.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stella.

Stella Kirgiane-Efremidou, Co-Vorsitzende AG Migration und Vielfalt:

Ich bin gleich fertig. - Wir müssen wieder die Partei sein, die Hoffnung macht, die Haltung zeigt, die für Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Respekt kämpft; denn die Veränderung beginnt heute mit uns allen, für eine SPD für alle. - Ich danke euch.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stella. - Als Nächster hat Oleg Shevchenko aus Thüringen das Wort. Ihm folgt Eva-Maria Weimann aus Bayern.

Oleg Shevchenko, Thüringen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muss ja sagen: Wir haben im letzten Bundestagswahlkampf ganz, ganz viel von Respekt gesprochen. Lieber Ralf, liebe Nina, ich muss sagen: So viel Respekt habe ich nicht wahrgenommen. Ich bin Mitglied der Antragskommission und weiß durch die letzten Wochen, wie viele Parteitagsdelegierte, wie viele Mitglieder an den Anträgen hier gearbeitet haben und wie viele Initiativanträge wir haben.

Einen Antrag haben wir komischerweise nicht, und zwar den Antrag des sogenannten Manifests, dafür aber eine öffentlichkeitswirksame Debatte um die eigene Person kurz vor dem Parteitag, anstatt zu sagen: Ich stelle mich dieser Debatte, ich mache einen Antrag. - Es ist respektlos, liebe Genossinnen und Genossen, gegenüber diesem Parteitag, das so zu tun.

(Beifall)

Ihr habt nämlich eingefordert, dass ihr das trotzdem diskutiert. Deswegen diskutieren wir gerade darüber in dem Leitantrag, der sich damit eigentlich gar nicht befasst.

Trotzdem will ich sagen - ich habe ja dieses T-Shirt an, und wahrscheinlich ist klar, welche Position ich vertrete -: Das ist nicht nur respektlos im Handeln, sondern auch respektlos im Inhalt, und zwar gegenüber den heldenhaften Soldatinnen und Soldaten der Ukraine, die für ihr Leben kämpfen, die für ihr Land kämpfen. Es ist respektlos gegenüber denen, die in der Ukrainehilfe in Europa, in Kanada, in den USA, Australien und anderswo arbeiten und ehrenamtlich dafür buckeln, dass die Menschen einen guten, sicheren Ort zum Leben finden. Und es ist respektlos gegenüber unserer Programmatik. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt hier keinen einzigen Genossen oder eine Genossin, der oder die für Krieg ist. Das ist Quatsch!

(Beifall)

Es gibt hier nur Genossinnen und Genossen, die für Frieden kämpfen.

Und: Ja, wir können verschiedene Positionen haben. Aber es kann ja wohl nicht sein, dass wir dann hier einen historischen Abgleich präsentiert bekommen, der da sagt: Na ja, da müssen wir irgendwie mal Diplomatie wagen. - Die langen Tische von Putin, Macron und Scholz haben wir alle gesehen. Und wir haben auch gesehen, was 2008 in Georgien passiert ist. Wir haben gesehen, was 2014 auf der Krim passiert ist. Von daher, liebe Genossinnen und Genossen: Sehr gerne Diplomatie, sehr gerne Frieden, aber so, wie wir das jetzt machen als Partei. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Oleg. - Als Nächste hat Eva-Maria Weimann aus Bayern das Wort, und ihr folgt Nils Schmid aus Baden-Württemberg.

(Beifall)

Eva-Maria Weimann, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Bärbel! Lieber Lars! Es ist euch schon wieder passiert. Schon wieder ist euch der Sound in der Debatte verrutscht, und zwar gewaltig. „Es gibt kein Recht auf Faulheit“, „Totalverweigerer“, „mafiöse Strukturen“: Das ist das, was hängen bleibt, was Polarisierung vorantreibt, was spaltet, was am Problem aber echt komplett vorbeigeht. 80 Prozent der Menschen im Bürgergeldbezug haben Angst wegen der Art, wie auch ihr über sie sprecht. 80 Prozent! 50 Prozent verzichten selbst auf Essen, um ihre Kinder besser ernähren zu können. Dass man ein Minimum nicht sanktioniert, ist eine Binse, und dass dieses aktuelle Minimum zu wenig ist, um ein würdevolles Leben zu führen, ebenfalls.

Statt des Nacherzählens des grundfalschen Meisternarrativs, statt des Führens von Scheindebatten müsst ihr doch an ganz anderen Stellen rein. Es gibt keinerlei wissenschaftlichen Beleg, dass Sanktionen auch nur eine minimal positive Wirkung haben.

(Beifall)

Die Empirie lehrt uns seit Jahrzehnten, dass Erwerbslosigkeit nahezu nie mit mangelndem Willen zu tun hat. Fehlende Betreuungsplätze, prekäre Arbeitsbedingungen, Krankheit, Pflegearbeit oder man ist eines von 1,5 Millionen Kindern im Bürgergeldbezug: Die Liste der Gründe ist schier endlos. Liebe Genossinnen und Genossen, wie reden wir über armutsbetroffene Menschen?

(Beifall)

Wie erzählen wir Gesellschaft? Keiner hat mehr, wenn eine Bürgergeldempfängerin weniger hat. Aber alle gewinnen, wenn keiner durch das soziale Netz fällt. Also zieht das Netz bitte enger und fangt von oben an. Freundschaft!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Eva-Maria. - Als Nächster kommt Nils Schmid aus Baden-Württemberg. Ihm folgt Annika Klose aus Berlin. - Nils, bitte sehr.

Nils Schmid, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Lars, ich bin dir ausdrücklich dankbar, dass du in deiner Rede noch mal deutlich gemacht hast, dass militärische Stärke und Diplomatie keine Gegensätze sind. Wenn wir es schaffen, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir uns auf diesen gemeinsamen Nenner einigen, dann hätten wir schon viel gewonnen. Das setzt aber auch voraus, dass wir, wenn wir über Willy Brandt reden, nicht nur über den halben, sondern über den ganzen Willy Brandt reden, nämlich den Willy Brandt, der aus einer Position der Stärke, aus der Westbindung, aus einer hochgerüsteten Bundeswehr heraus die Hand zur Versöhnung und zur Entspannungspolitik ausgestreckt hat. Deshalb gehört beides zusammen, auch und gerade dann, wenn wir über das Erbe unserer Partei reden.

(Beifall)

Die zweite Voraussetzung ist, dass wir in der Debatte nicht verrutschen bzw. dass uns da nichts verrutscht. Wir können nicht die vorübergehende Stationierung von konventionellen amerikanischen Abstandswaffen gleichsetzen mit der nuklearen Bedrohung durch Russland, die seit vielen Jahrzehnten beispielsweise von Kaliningrad ausgeht. Auch da bitte ich um Sorgfalt, weil wir hier sonst einfach nicht in der Zeit liegen, sondern vergangenen Vorstellungen anhängen. Deshalb gilt es, die Prinzipien der Friedenspolitik in die jetzige Zeit zu rücken.

Das Dritte, was ich sagen will, ist: Viele kritisieren leichtfertig die 3,5 Prozent oder 5 Prozent, die wir für Verteidigung ausgeben sollen. Das ist ja keine gegriffene Zahl und keine Lotterie, sondern das ist abgeleitet aus der Notwendigkeit, Fähigkeiten der Bundeswehr und Fähigkeiten der NATO zu erzielen. Es geht nicht um Aufrüstung oder Hochrüstung. Es geht darum, Versäumnisse der letzten 20 Jahre in der Ausstattung der Bundeswehr nachzuholen bzw. aufzuholen. Deshalb: Lasst uns nicht über 5 oder 3,5 Prozent diskutieren, sondern über die notwendigen Fähigkeiten der Bundeswehr. So wie die Polizei, die Hochschulen, die Krankenhäuser gut ausgestattet sein müssen, so muss auch unsere Bundeswehr gut ausgestattet sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will enden mit einer Rede von Willy Brandt auf dem Parteitag 1966 in Dortmund. Das war eine Rede zur Lage der Nation. Zitat: „Die friedliche und gerechte Zukunft, die alle Völker wollen, kommt nicht von allein. Sie kommt allerdings auch nicht, wenn wir uns vor der Verteidigung drücken, die uns die Entwicklung aufzwingt.“ Das sollten wir bedenken, liebe Genossinnen und Genossen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Nils. - Als Nächste kommt Annika Klose aus Berlin. Ihr folgt Fabian Ferber.

Annika Klose, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist selten, aber manchmal gibt es Tage, da fällt es auch mir schwer, SPD-Mitglied, Sozialdemokratin zu sein. Heute ist tatsächlich so ein Tag. Das hat nichts mit diesem Parteitag zu tun, sondern mit der Abstimmung heute Morgen im Deutschen Bundestag. Heute Morgen haben wir den Familiennachzug ausgesetzt. Das ist ein Teil des Koalitionsvertrags. Ihr alle habt darüber abgestimmt. Die meisten von euch haben zugestimmt. Wir haben das gemacht; denn wir sind vertragstreu. Aber ich sage euch ehrlich: Das hat heute richtig wehgetan. Ich habe noch nie so viele SPD-Bundestagsabgeordnete im Deutschen Bundestag weinen sehen wie heute. Das hat sich nämlich nicht nur falsch angefühlt, sondern das ist auch falsch. Es gibt ehrlicherweise keinen einzigen guten Grund - viele haben das heute hier auch schon gesagt -, Menschen ihre Familie vorzuenthalten.

(Beifall)

Das ist nicht der Grund, warum ich in der SPD bin und Politik mache. Wir machen hier Politik, weil wir wollen, dass das Leben der Menschen besser wird und nicht schlechter, weil wir Perspektive und Hoffnung geben und sie nicht nehmen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir tragen Verantwortung und sind bereit, Kompromisse zu machen, auch schmerzhafte. Jeden Tag aufs Neue fragen wir uns: Was heißt das eigentlich? Aber gerade heute habe ich mich sehr gefragt: Wofür machen wir das eigentlich? Klar, aus Verantwortung für dieses Land - keine Frage. Aber das alleine reicht eben auch nicht. Es reicht nicht, dass wir das größere Übel verhindern. Es reicht nicht, der Bremsklotz zu sein, damit die Union nicht doch oder nicht schon mit der AfD zusammen regiert. Und es reicht eben auch nicht, den kleineren Kompromiss zu verteidigen.

Diese Verantwortung auf sich zu nehmen, lohnt sich nur dann, wenn wir es schaffen, auch neue Stärke zu gewinnen, und wenn das Ziel ist, das nächste Mal, in dreieinhalb Jahren, diese Regierung wieder sozialdemokratisch zu führen, nicht mehr das Anhängsel der Union sein zu müssen, sondern auch dafür zu sorgen, dass wir nicht mit dieser Union versauern.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Annika.

Annika Klose, Berlin:

Ich komme zum Schluss. - Die SPD neu aufzustellen, ist Aufgabe dieses Parteivorstands: für Umverteilung, einen starken Sozialstaat und für eine wirklich humane, integrative Flüchtlings- und Migrationspolitik. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Annika. - Als Nächster kommt Fabian Ferber aus NRW. Ihm folgt Lena Teschlade, auch aus NRW.

Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe eine Bitte für die ganzen Debatten, die wir in den nächsten Jahren führen, auch jetzt in der Regierungsbeteiligung. Wir haben das in den Großen Koalitionen immer wieder gehört. Wenn wir Dinge nicht durchsetzen konnten, ist gesagt worden: Na ja, wir haben da ja einen großen Koalitionspartner. - Aber in den letzten drei Jahren habe ich leider auch zu oft gehört: Aber die FDP oder die Grünen. - Ich finde, wir müssen lernen, anders zu kommunizieren. Das betrifft auch heute die Nummer mit dem Mindestlohn. Das ist wirklich ein Erfolg. Die Erhöhung gibt es nur wegen uns, weil wir Druck gemacht haben, weil Gewerkschaften klargemacht haben, das gibt es nicht noch mal. Aber es wäre vielleicht auch besser gewesen, wenn wir unter den Koalitionsvertrag diese „15“ nicht so deutlich hingeschrieben hätten. Das schmälert das ein bisschen. Lasst uns also ein bisschen an der Kommunikation arbeiten.

Genossinnen und Genossen, ich erlebe das auf Betriebsversammlungen. Da, wo ich herkomme, reden wir vielfach über Personalabbau. Was mich wirklich enorm ärgert, ist, dass die ganzen Manager es immer noch viel zu einfach haben, Sozialpläne zu machen und zu kündigen, weil das günstiger ist, als in neue Produkte, in Innovation zu investieren. Da müssen wir unbedingt rangehen. Wir sind das Land des Fernsehers. Wir

sind das Land des Autos. Wo sind die Erfindungen und Innovationen des neuen Jahrhunderts? Das ist das Problem. Wir müssen das Unternehmertum herausfordern, an die soziale Verantwortung erinnern. Wir geben uns nicht mit Kündigungen, Sozialplänen und diesem ganzen Bashing gegen Beschäftigte zufrieden. Wir sind die Partei der Arbeitnehmenden, und das wird auch in Zukunft so bleiben, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was ist in den letzten Wochen alles passiert? Sie sagen, wir sind faul. Sie sagen, die jungen Leute sind nicht mehr so wie früher. Ich meine, das hat es immer schon gegeben. Wir sind das Land mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben eine hohe Erwerbstätigenquote. Und: Ja, wir können erfolgreich sagen, wir haben in den letzten Jahren mit unserem Sozialstaat vielfach, auch wenn das gerade ein bisschen schwieriger wird, Arbeitslosigkeit verhindert. In anderen Jahrzehnten in der Vergangenheit hätten wir bei diesen Rahmendaten Massenarbeitslosigkeit gehabt. Wir haben den sozialen Schutz und das soziale Netz ausgebaut. Das müssen wir auch weiter verbreiten, Genossinnen und Genossen. Wenn wir das verinnerlichen und richtig kommunizieren, dann kommen wir auch wieder. - Danke schön.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Fabian. - Als Nächste kommt Lena Teschlade aus NRW. Ihr folgt Martin Hickel aus Berlin.

(Beifall)

Lena Teschlade, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will an dieser Stelle auch einmal loben. Ich finde den Prozess und den Leitantrag gut. Das geht in die richtige Richtung. Ich finde es auch absolut richtig, dass wir die arbeitende Mitte in den Fokus stellen. Aber es muss sich lohnen, und die Menschen müssen wissen, dass sie sich dabei auf die Sozialdemokratie verlassen können.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch eine Bitte im Hinblick auf das Grundsatzprogramm und die Aufstellung an Bärbel, Lars und Tim richten: Es müssen sich

auch die Menschen auf uns verlassen können, bei denen der Lohn eben nicht zum Leben reicht. Das sind 20 Prozent der Menschen, die sich im Bürgergeldbezug befinden, die aufstocken müssen. Genau deshalb ist es so wahnsinnig wichtig, dass wir nicht so schlecht über die Bürgergeldempfänger*innen sprechen, sondern dass wir uns um diese Menschen kümmern.

Ich bin Abgeordnete in Nordrhein-Westfalen und Sprecherin für Arbeit und Soziales. Ich erlebe da einen CDU-Arbeitsminister - der eigentlich immer als einer gilt, der für die Menschen ist -, der auch im Wahlkampf permanent Stimmung gegen diese Menschen gemacht hat. Deshalb haben wir als Sozialdemokratie hier eine Verantwortung, uns nicht der CDU anzubiedern.

(Beifall)

Ich will auch in meinem Wahlkreis Köln-Chorweiler nicht mehr hören, dass Menschen mir sagen, dass sie sich schämen, weil sie im Bürgergeldbezug sind und deshalb zum Teil sogar auf Leistungen verzichten, die ihnen zustehen. Ich bin mir sicher, dass wir mit Bärbel Bas - das sage ich nicht nur, weil sie aus meinem Bundesland kommt, sondern weil ich von Bärbel absolut überzeugt bin - eine Ministerin haben und auch eine Parteivorsitzende bekommen, die genau diese Themen in den Blick nehmen wird und uns auch da wieder richtig auf dem Platz aufstellen wird. Deshalb möchte ich auch da um Unterstützung für den Parteivorstand bitten.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lena. - Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag. Du kannst direkt zum Pult gehen. Sagst du mir noch deinen Namen? - Martin Peters aus Nordrhein-Westfalen hat einen Geschäftsordnungsantrag. - Bitte sehr, Martin.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich mache das jetzt nicht gerne. Aber angesichts von noch 35 verbleibenden Redner*innen und einer Redezeit von jeweils zwei Minuten nebst Unterbrechung hätten wir jetzt noch circa anderthalb Stunden Debatte vor uns. Ich glaube, die Debatte ist eine gute Debatte gewesen und hat gezeigt, dass der Meinungspluralismus unserer Partei stattgefunden hat. Wir sind aber schon eine Stunde hinter dem Zeitplan. Insofern würde ich bitten, dass wir die Rednerliste ab jetzt schließen und dann in die Wahlgänge eintreten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Stellst du den Antrag auf Schließen der Redeliste oder auf Schluss der Debatte, Martin? Sagst du bitte noch mal, welchen Antrag du stellst? Das war gerade nicht ganz klar.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen:

Auf Schluss der Rednerliste.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Schluss der Rednerliste. - Dann haben wir noch 34 Wortmeldungen.

(Zuruf)

- Dann musst du noch mal nach vorne gehen, wenn du etwas anderes gemeint hast. Wir kriegen das hier aber geklärt, keine Sorge. - Martin sagt noch mal, welchen Antrag er stellen möchte.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen:

Schluss der Debatte. Entschuldigt bitte.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Damit hast du hier augenscheinlich mehr Begeisterung geweckt. Trotzdem ist das ein Geschäftsordnungsantrag, zu dem ich natürlich frage, ob sich dagegen Gegenrede erhebt. Der Antrag auf Schluss der Debatte ist gestellt. Erhebt jemand Gegenrede?

(Zuruf: Formal!)

- Formale Gegenrede ist da. Deshalb stimmen wir darüber ab. Wer ist für den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte? Dann bitte jetzt um die Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Bei einigen Gegenstimmen ist der Schluss der Debatte beschlossen worden. Dann sage ich vielen Dank, auch allen, die in der Debatte gesprochen haben. Es war gut und wichtig, dass wir so ausführlich diskutiert haben. - Ich übergebe wieder an Josephine Ortleb für den Wahlgang.

Wahl der Parteivorsitzenden
Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Damit kommen wir nun zur Wahl der Parteivorsitzenden. Da vielleicht einige anders geplant haben oder noch die Redeliste gesehen haben, würde ich bitten, dass alle schauen, dass die Delegationen zur Wahl vollzählig sind. Vielleicht könnt ihr auch draußen noch ein bisschen einsammeln gehen. Die Reihen, gerade hier vorne, sind noch relativ leer. So lange würden wir auch noch warten wollen, weil alle die Möglichkeit haben müssen, mit abzustimmen.

Wir haben die Möglichkeit, uns jetzt schon mal den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission anzuhören. Dafür bitte ich die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission auf die Bühne. Das ist Christine Siebel.

(Beifall)

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Christin Siebel, ich komme aus Nordrhein-Westfalen, und ich darf euch heute hoffentlich nur gute Ergebnisse verkünden, unter anderem auch, wie viele tolle Delegierte zu diesem Bundesparteitag angereist sind. Das sind von 600 Delegierten aus den Landesverbänden und Bezirken und 33 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes insgesamt 598 Delegierte und 30 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Ich finde das ganz gut.

(Beifall)

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 301 Frauen; das finde ich auch gut.

(Beifall)

Das entspricht einem Anteil von 47,93 Prozent. Die Quote ist somit erfüllt, und der Parteitag ist damit auch beschlussfähig.

(Beifall)

Noch zwei tolle Informationen: Die älteste Delegierte ist mit 77 Jahren Dorothea Hertenstein; sie kommt aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

(Beifall)

Und die jüngste Delegierte ist mit 17 Jahren Lavinia Esser aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

In diesem Sinne allen noch einen schönen Parteitag. Wir sehen uns bei den Ergebnissen wieder. Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Christin. - Das war super und hat uns auch noch ein bisschen Zeit geschenkt, sodass die Reihen inzwischen gut gefüllt sind und wir einsteigen können.

Ein paar Hinweise vorweg. Bitte denkt daran, euch in OpenSlides auf „Anwesend“ zu setzen; anderenfalls ist eine Stimmabgabe nicht möglich. Dazu klickt ihr oben rechts auf euren Namen und wählt darunter den Button „Anwesend“ aus. Um den Wahlgang gleich angezeigt zu bekommen, geht ihr am besten einfach direkt in den Autopiloten.

Da noch ein bisschen Unruhe ist - da kommen noch einige angelaufen -, würde ich bitten, dass wirklich alle Platz nehmen und dass vor allen Dingen alle Delegierten Platz nehmen. Nach unserem Organisationsstatut müssen wir als Erstes darüber abstimmen, ob wir eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, also eine Doppelspitze, wählen wollen. Ich bitte euch daher jetzt um euer Votum. Sollen in den Parteivorstand zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau, gewählt werden? Für diesen Beschluss reicht die einfache Mehrheit. Wer stimmt dafür? Ich bitte euch um eure Kartenzeichen. - Ich mache die Gegenprobe. Wer stimmt dagegen? - Das sind wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Damit haben wir beschlossen, dass wir zwei gleichberechtigte Vorsitzende wählen.

Ich rufe nun zur Wahl von zwei Vorsitzenden auf. Wir haben uns heute Morgen in unserer Geschäftsordnung darauf verständigt, die Wahlen elektronisch durchzuführen; das Verfahren würde ich gleich noch mal erläutern. Es liegen uns Kandidaturen von Bärbel Bas und Lars Klingbeil vor, die vom Parteivorstand vorgeschlagen wurden. Nach

den §§ 23 und 23a unseres Organisationsstatuts werden die beiden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Es gilt § 7 der Wahlordnung. Das Präsidium empfiehlt euch, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel, also auf einem elektronischen Stimmzettel, als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Wer dem Vorschlag zustimmt, die Wahlgänge der Parteivorsitzenden in einem Wahlgang vorzunehmen, den bitte ich nun auch wieder um das Kartenzeichen. - Das ist die Mehrheit. Ich mache trotzdem die Gegenprobe. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Nein. Wir stimmen also in verbundener Einzelwahl ab.

Ich bitte die Medienvertreter, gleich bei der Stimmabgabe ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten, damit wir die Geheimheit der Wahl respektiert sehen.

Ich würde jetzt noch einmal das Verfahren der elektronischen Abstimmung erläutern. Wir haben das ja eben schon gut geübt, und ich habe gehört, es sind noch einige Probleme ausgeräumt worden. Wir verwenden hierzu unser System OpenSlides. Ihr könnt euch in OpenSlides mit euren Nutzerdaten von „meine.spd.de“ einloggen. Um abstimmen zu können, müsst ihr euch - das hatte ich eben schon gesagt - auf „Anwesend“ setzen. Ihr klickt oben auf euren Namen, wählt darunter den Button „Anwesend“ aus und klickt dann am besten in den Autopiloten.

Wir treten nun in den Wahlgang ein. Nach § 7 Wahlordnung ist im ersten Wahlgang gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Ich bitte, die Wahl im Autopiloten jetzt einzublenden.

Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich für „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ jeweils ein Kreis zum Ankreuzen hinter dem jeweiligen Namen. Wenn ihr nichts ankreuzt oder mehr als ein Kreuz hinter dem jeweiligen Namen macht, ist die Stimme für diese Person ungültig. Die Wahl ist hiermit eröffnet.

Wenn ihr Unterstützung braucht - das haben wir eben auch schon geübt -, dann hebt bitte euren Delegiertenausweis hoch. - Es kommt gleich jemand zu euch.

Ich bitte alle, die ihre Stimme abgegeben haben, sitzen zu bleiben, damit diejenigen, die unterstützen können, auch durch die Reihen kommen.

Noch einmal der Hinweis an die Medienvertreter, bitte einen Moment davon abzusehen, die Delegierten zu fotografieren oder zu filmen.

Wir haben noch ein paar Delegiertenausweise, die hochgehalten werden. Ich bitte die Supporterinnen und Supporter, da noch zu unterstützen.

Es gibt noch einige Probleme. Ich würde euch bitten, wirklich eure Delegiertenausweise hochzuhalten - nur ein Handaufzeigen reicht nicht aus -, wenn noch Unterstützungsbedarf ist.

Ich schaue jetzt noch mal in die Reihen. - Wir warten noch kurz ab. Ich glaube, alle Probleme sind jetzt zumindest bei uns angezeigt.

Dann schaue ich noch einmal in die Reihen. - Ich würde bitten, mir ein Zeichen zu geben. - Okay, da wird noch etwas geklärt.

Jetzt frage ich ein letztes Mal: Gibt es noch jemanden, der aus technischen Gründen seine Stimme nicht abgeben konnte? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich damit den Wahlgang und bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis festzustellen und es uns im Anschluss mitzuteilen. Wir werden ungefähr zehn Minuten brauchen, bis das Ergebnis vorliegt. So lange machen wir eine kleine Pause. Aber bitte bleibt auf den Plätzen.

(Kurze Unterbrechung)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Ergebnis vorliegen. Dafür bitte ich noch einmal die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Christin Siebel, auf die Bühne.

Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, so schnell geht das, und ich bin wieder da.

Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt. Die Wahl fand in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Auf Bärbel Bas sind 620 Stimmen entfallen, davon 589 Jastimmen.

(Starker, sehr lang anhaltender Beifall)

Ich habe noch ein paar Zahlen mehr. Ein paar Neinstimmen gab es auch, und zwar 16 an der Zahl, und 15 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 95 Prozent.

(Jubel und lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auf Lars Klingbeil sind 619 Stimmen entfallen. Alle 619 Stimmen waren auch gültig. 402 Stimmen waren für Ja,

(Starker, anhaltender Beifall)

166 Stimmen für Nein, und es gab 51 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 64,9 Prozent.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Ich gratuliere hiermit zur Wahl zu unseren neuen Parteivorsitzenden und habe die Ehre, die Frage zu stellen: Liebe Bärbel, lieber Lars, nehmt ihr diese Wahl an.

Bärbel Bas, Parteivorsitzende:

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das großartige Vertrauen. Danke!

(Jubel und Beifall)

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe, Genossinnen und Genossen, ihr könnt euch vorstellen: Das Ergebnis ist für mich ein schweres Ergebnis. Ich sage hier mal, ich hätte mir gewünscht, dass vielleicht der eine oder die andere, die die Neinstimme abgegeben hat, das auch in der Debatte gesagt hätten.

(Beifall)

Ich weiß, dass meine Entscheidungen der letzten Monate nicht jedem und jeder in der Partei gefallen haben. Trotzdem sage ich, es war richtig, dass wir uns neu aufgestellt haben, um zu Stärke zurückzukehren. Und ich sage hier auch: Ich weiß, dass meine deutliche Position, an der Seite der Ukraine zu stehen und mit der alten Russland-Politik der SPD zu brechen, nicht jedem gefällt, aber diesen Weg gehe ich weiter, und ich tue das sehr gerne mit Bärbel an der Spitze unserer Partei. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nur sagen: Wir machen gleich weiter, und dann wird unmittelbar die Entscheidung über den Leitantrag anstehen. Bleibt also bitte im Raum. Natürlich brauchen wir jetzt die Gratulationen noch ein paar Minuten, aber dann geht es unmittelbar weiter mit der Abstimmung über den Leitantrag. Insofern lohnt es sich gar nicht, hinauszugehen, sondern es geht unmittelbar weiter. - Vielen Dank.

Jetzt bitte ich mal, dass sich die liebe Anke gleich langsam auf den Weg hierher macht, denn als Allererstes, bevor wir dann konkret in die Abstimmung über den Leitantrag „Veränderung beginnt mit uns“, steht der Bericht der Antragskommission an. Liebe Anke, du hast das Wort.

Bericht der Antragskommission
Anke Rehlinger, Antragskommission:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es gibt da noch einige Gratulationen. Ich versuche, die Zeit dann auch für uns zu nutzen, damit wir nachher gut vorbereitet in die Antragsberatungen einsteigen können, insbesondere natürlich jetzt gleich in die Abstimmung zum Leitantrag. Ich mache das an dieser Stelle aber nicht, ohne euch, wie sich das nun mal gehört, einen kleinen Einblick in die Arbeit der Antragskommission zu geben.

Dieser Einblick beginnt vor allem mit einem ganz herzlichen Dank erst einmal für eine doch, wie ich finde, sehr engagierte Aussprache zu unserem Leitantrag. Einige hätten sich sicherlich gerne auch noch zu Wort gemeldet. Der Parteitag hat es aus unterschiedlichen Gründen in seiner unendlichen Klugheit anders entschieden. Aber auch die Wortbeiträge, die es gegeben hat, haben gezeigt, der Leitantrag war zumindest geeignet, eine Debatte anzustoßen. Viele konnten sich dazu zu Wort melden.

Ich will darüber hinaus aber auch noch darauf hinweisen: Der Leitantrag war nicht der einzige, sondern es waren insgesamt 381 Anträge, die jetzt noch vor uns liegen, für die wir Voten abgegeben haben, die es noch miteinander zu diskutieren gilt und wo vielleicht auch die eine oder andere Änderung auch vorzunehmen ist. Zugelassen darüber hinaus - das ist sicherlich noch ganz spannend an dieser Stelle - sind 19 Initiativanträge aus der Mitte der Delegierten und des Parteivorstands.

Ich will mich insofern dafür bedanken, dass es wirklich viele programmatische und organisationspolitische Impulse gegeben hat, mit denen wir natürlich in der Antragskommission umzugehen hatten. Wir haben dreimal dazu getagt, damit ihr eine Vorschlagsliste erhalten könnt, was die Voten angeht. Ich habe die leise Vermutung, adressiert an die Mitglieder der Antragskommission, die das jetzt hören, dass wir noch ein weiteres Mal tagen werden, vermutlich dann heute Abend. Aber die Einladungen gehen dazu auch noch raus.

Ihr habt gesehen, die Beratungen der Antragskommission waren durchaus jetzt nicht einfach nur votieren und es euch rüberreichen, sondern wir haben auch an einigen Stellen versucht, noch einmal Kompromisse mit den Antragstellerinnen und Antragstellern zu finden, damit es auch darum geht, dass wir sehr oft auch auf Annahme votieren können. Ich glaube, das ist auch noch mal ein deutliches Signal.

Insofern will ich mich auch sehr herzlich für die Bereitschaft bei den Antragstellerinnen und Antragstellern bedanken, uns dort auch die Möglichkeit zu geben, einen zustimmungsfähigen, einen konsensfähigen Antrag für diesen Parteitag vorzubereiten.

Ich will jetzt nicht inhaltlicher Art und Weise auf diese Anträge eingehen, sondern vielleicht nur ganz kurz, damit ihr ein Gefühl dafür bekommt, wie die Anträge votiert sind, die Gelegenheit nutzen, um auf die Antragsphilosophie abzustellen. Das Einfachste und allen bekannt ist Annahme oder auch Ablehnung bzw. Annahme in geänderter Fassung. Ablehnungen sind nur in ganz wenigen Fällen von uns votiert worden.

Häufiger allerdings - darauf wollte ich noch einmal kurz zu sprechen kommen - ist die Form der Überweisung an den Parteivorstand, und zwar dort explizit in den Grundsatzprogrammprozess. Das war auch eine Debatte, die wir in der Antragskommission hatten: Warum so viele Überweisungen? Nun, wir befinden uns gerade in einer Phase, in der wir uns auf den Weg machen wollen, einige Dinge auch neu miteinander zu diskutieren und auch Expertinnen und Experten noch einmal zusätzlich hinzuzuziehen. Wenn man das ergebnisoffen tun möchte, dann ist es nicht an jedem Punkt klug, jetzt vielleicht schon dezidiert die Entscheidung zu treffen, aber sehr deutlich zu machen, dass das für uns ein Thema ist, bei dem wir eine Entscheidung haben wollen, entweder im Grundsatzprogrammprozess oder aber auch - das ist ein wichtiger Punkt -, wenn es um eine Überweisung in die von uns und vom Parteivorstand eingerichtete Sozialstaatskommission geht, weil es dort ein bisschen schneller gehen muss. Das sind sozusagen auch wichtige Überweisungspunkte.

Ein Punkt, der auch noch anzusprechen ist, wenn dort votiert worden ist, erledigt durch entweder Regierungsprogramm oder aber auch in ganz wenigen Fällen durch Koalitionsvertrag. Regierungsprogramm ist bei einigen Punkten tatsächlich die letzte

verbindliche Beschlussfassung eines Parteitags in einigen Punkten. Insofern ist es auch ein guter Bezugspunkt. Also, Regierungsprogramm ist das, was wir beim letzten Mal vor unserer Bundestagswahl beschlossen haben, unsere eigene Beschlussfassung. In nur ganz wenigen Fällen ist es eine Verweisung oder eine Erledigung durch Koalitionsvertrag, und zwar dort, wo wir auch deutlich machen wollen, dass unsere Haltung unmittelbar Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat und damit auch ein Erfolg dieser Partei gewesen ist.

Das vielleicht noch einmal zur Erläuterung, damit ihr mit den Voten gut umgehen könnt und wisst, dass wir uns dazu Gedanken gemacht haben.

Allerletzter Punkt: Wenn dort „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ steht, dann ist das nichts, wo man gesagt hat, okay, komm, das geben wir mal weg, und dann muss sich irgendwer damit befassen, sondern das sind teilweise sehr dezidierte quasi schon Vorschläge für bestimmtes gesetzgeberisches Handeln zu ganz aktuellen tagespolitischen Fragen, die dorthin überwiesen werden sollen, wo dann auch explizit in der nächsten Zeit auch darüber verhandelt oder entschieden werden wird.

Ich würde euren Blick gerne auf die Erledigungsbroschüre lenken, die auch den Parteitagsdelegierten mit diesem Parteitag vorgelegt worden ist. Die zeigt, dass das keine Form der Beerdigung ist, sondern dass das tatsächlich zu einer sehr ehrlichen und ernsthaften Befassung in der Bundestagsfraktion respektive im Parteivorstand führt.

Das vielleicht noch einmal in der Breite und Gänze zu dem, wie die Antragskommission gearbeitet hat und wie es zu den einzelnen Voten gekommen ist, die euch jetzt vorliegen.

Was den Leitantrag angeht, seht ihr auch, dass wir fleißig gearbeitet haben. Es sind noch einige Änderungsanträge aus der Mitte der Antragskommission gekommen. Ich will insbesondere dort auf das Engagement von Selbstaktiv hinweisen. Wir haben mit unter anderem Karl Fink und mit Katrin sehr gut dazu beraten und konnten euch auch noch einmal gute Empfehlungen in leicht geänderter Fassung mit auf den Weg geben, sodass den Anliegen Rechnung getragen werden konnte. Das ist auch an ganz vielen Stellen bei den Juso-Anträgen der Fall, dass wir eine Reihe von Debatten geführt haben, dass sie aber nicht dazu geführt haben, dass es euch jetzt höchst strittig zugeführt wird, sondern dass wir euch dort klare Entscheidungen anempfehlen können.

Es geht von der Breite dessen, was wir als Selbstverständnis der SPD haben, bis hin zu der Frage: Wie gehen wir damit um, dass Kompromisse notwendig sind, aber natürlich keine schlechten? Ihr werdet das im Einzelnen in der Votenliste sehen.

So viel in der Grundsätzlichkeit zu der Arbeit der Antragskommission.

Ich will mich an dieser Stelle - dafür würde ich jetzt noch einmal ausdrücklich um eure Aufmerksamkeit und ganz abschließend vor allem um euren Applaus bitten - sehr, sehr herzlich bedanken bei den ganzen Gliederungen, die erst einmal diese Anträge beschlossen haben, denn ohne diese Anträge hätte dieser Parteitag keine Impulse,

(Beifall)

und das ist ja das, was wir wollen. Dafür wirklich ein herzliches Dankeschön.

Ich bedanke mich aber auch herzlich dafür, dass wir noch einmal an der einen oder anderen Stelle daran arbeiten konnten. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, die das wirklich in wahnsinnig toller Art und Weise bearbeiten, dass sie den Überblick behalten, dass sie auf alle zugehen können, dass sie sprechfähig sind, dass sie alles mit aufnehmen. Ein herzliches Dankeschön und einen ganz großen Applaus an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses. Ein ganz, ganz tolles Team. Ein ganz, ganz großes Kompliment.

(Beifall)

Ich danke auch den Berichterstatterinnen und Berichterstattern - ihr werdet sie in den nächsten zwei Tagen hier erleben -, denn die haben das so ein bisschen gemanagt und waren Hauptansprechpartner. Auch denen ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

All diese gute Arbeit hat, bezogen auf den Leitantrag, jetzt dazu geführt, dass wir aus der jetzt stattgefundenen Debatte im Grunde genommen nur noch zwei Anträge haben, die ich zur Kenntnis geben möchte, bevor dann das Präsidium in die Abstimmung einsteigt. Das ist zum einen zum Antrag L01 von Annabel Schumacher aus Nordrhein-Westfalen, mit der sich aber auch schon eine geänderte Fassung des Änderungsantrags verständigt worden ist, die ich euch jetzt schlicht und ergreifend einfach zur Kenntnis geben muss, damit ihr darüber abstimmen könnt. Also L01, und zwar eine Ergänzung in Zeile 157 nach „brüchig geworden ist“, mit der folgenden gekürzten Fassung, die da lautet:

„Wir wollen Instrumente entwickeln, um gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stärker einzubinden und die Verankerung der Partei in den Betrieben und Unternehmen sowie in der Fläche zu stärken. Dies ermöglicht es uns, unsere Politik näher an den Lebensrealitäten der Bürger*innen auszurichten.“

Das wäre die geänderte Fassung an dieser Stelle, die wir zur Annahme empfehlen.

Es gibt einen zweiten Änderungsantrag von Christine Faltynek-Haschke, der um Ergänzung in Zeile 256 gebeten hat. Allerdings haben wir uns mit ihr jetzt verständigt, dass wir das machen, aber nicht an dieser Stelle, sondern stattdessen wird nach Zeile 145 der folgende Satz ergänzt:

„Die Arbeitsgemeinschaften werden eng an den Parteivorstand angebunden und in ihrem Wirken gestärkt."

Das sind die einzigen beiden Anträge, die ich jetzt mündlich vortragen musste. Der Rest ergibt sich aus der Übersicht bei OpenSlides.

Noch einmal ein herzliches Dankeschön für die gute Debatte, für die Geduld, aber vor allem auch für die Vorbereitung.

Damit gebe ich das Wort jetzt wieder an das Präsidium zurück. - Vielen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Leitantrag L01 „Veränderung beginnt mit uns"

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Anke, vielen Dank für deinen Bericht. Aber ich sage auch mal - du weißt, ich kenne die Arbeit in der Antragskommission - nicht nur vielen Dank für deinen Bericht, sondern für dein großes Engagement in der Antragskommission und für den großen Erfolg, die Dinge zusammenzuführen. Ihr habt, glaube ich, eine ganz hervorragende Arbeit geleistet. Auch deswegen dir persönlich ein großes Dankeschön.

Liebe Delegierte, ihr habt es gehört. Damit kommen wir zum Leitantrag „Veränderung beginnt mit uns", Sachgebiet L, Antrag L01. Diesen Antrag rufe ich jetzt auf.

Anke hat eben berichtet und hat darauf hingewiesen, dass aus der Debatte heraus zwei Änderungsanträge vorlagen und dass mit den Antragstellerinnen und Antragstellern jeweils Formulierungen gefunden wurden, für deren Aufnahme die Antragskommission jetzt plädiert. Insofern liegt kein negatives Votum zu einem gestellten Antrag vor, sondern beide werden in abgeänderter Form in den Antrag aufgenommen. Insofern gehe ich davon aus, dass an dieser Stelle auch keine Einzelabstimmung mehr gewünscht wird, sondern dass wir insgesamt über die Fassung der Antragskommission abstimmen können. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Nein, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt tatsächlich zur Abstimmung über den Gesamtantrag mit den beiden aus der Debatte aufgegriffenen und eben von Anke vorgestellten Änderungen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission auf Zustimmung in geänderter Fassung zum L01 zustimmen möchte. - Ich darf fragen, wer gegen das Votum der Antragskommission stimmt. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Der Vollständigkeit halber möchte ich fragen, wer sich enthält. - Liebe Genossinnen und Genossen, dann haben wir den Leitantrag einstimmig beschlossen und damit wichtige Leitplanken für unsere weitere Arbeit gelegt.

(Beifall)

Herzlichen Dank für die konzentrierte Beratung.

Vorstellungsreden der Kandidierenden zur Wahl der/des stellvertretenden Parteivorsitzenden

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich darf also um eure Aufmerksamkeit bitten. Wir kommen damit zur Vorstellung der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Uns liegen die Bewerbungen von Petra Köpping, Serpil Midyatli. Achim Post. Anke Rehlinger und Alexander Schweitzer. In dieser Reihenfolge würden wir dann auch um Vorstellung bitten. Petra, du hast das Wort.

Petra Köpping, Sachsen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Mein Name ist Petra Köpping, und ich kandidiere als eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden. An meiner Sprache hört ihr es ein wenig: Ich komme aus Sachsen, und ich fühle mich sehr geehrt, dass alle ostdeutschen Verbände mich vorgeschlagen haben, um als stellvertretende Parteivorsitzende zu kandidieren.

(Beifall)

Ich sage es einmal so: Wenn die Leute aus Bayern in der Bundesregierung irgendetwas fordern, dann wird denen das nie als Schwäche ausgelegt. Das ist immer ein Zeichen der Stärke. Wenn die Ostdeutschen manchmal sagen, sie haben dieses oder jenes Problem, wird das gerne als Gejammer abgetan. Wir als Ostdeutsche wollen aber, dass das als Stärke ausgelegt wird, und genau dafür stehen wir ein.

(Beifall)

Der Osten - und das will ich auch ausdrücklich sagen - ist ein gutes Stück vorangekommen. Na klar, das wisst ihr alle: Die Rechtspopulisten gibt es nicht nur im Osten - das hat heute Manuela Schwesig schon gesagt -, denn die absolut meisten Wähler sind im Westen. Ich komme gerade aus der Landtagssitzung gestern bis nachts um eins. Wir haben in Sachsen eine Minderheitsregierung und haben gestern das erste Mal in Deutschland mit einer Minderheitsregierung einen Haushalt beschlossen, indem wir uns tatsächlich mit anderen demokratischen Parteien zusammengeschlossen haben, hart gekämpft haben. Es waren wirklich Nächte, und gestern konnten wir das beschließen. Das verzeichnen wir als großen Erfolg.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, lasst mich das an der Stelle auch noch einmal sagen: Für uns darf es kein Gegeneinander geben, nicht für die Sozialdemokratie, nicht für Deutschland. Dafür - und das lasst uns aus Ostdeutschland sagen - sind die Zeiten zu ernst.

Ich würde euch bitten, auch dies bei den Beisitzerwahlen zu bedenken, denn die sind wichtig für uns in Ostdeutschland. Wir haben es dieses Mal geschafft, dass aus jedem Bundesland ein Beisitzer zur Wahl stehen wird. Deswegen wäre meine Bitte, dass ihr auch unsere Beisitzer heute wählt. Manchmal ist es nicht Geld, was wichtig ist. Manchmal ist es genau diese Unterstützung, die wichtig ist, und darum bitte ich euch.

(Beifall)

Ich möchte mich heute bei euch ganz herzlich bedanken. Wir hatten die Bundestagswahl, die Europawahl, die Landtagswahlen, und wirklich viele aus allen anderen Bundesländern haben uns in Sachsen, in Ostdeutschland unterstützt. Lieber Stephan, Lars, Saskia, liebe Clara, Matthias, lieber Boris, alle waren sie da, und ihr habt uns geholfen. Der eine oder andere wird mich aus dem Jahr 2019 kennen, wo ich schon mal vor solch einem großen Auditorium vor der SPD sprechen durfte, als es um den Bundesvorsitz ging. Da habe ich das mit Boris Pistorius gemeinsam gemacht. Wir sind es nicht geworden, aber Boris ist deswegen ein wunderbarer Verteidigungsminister, und ich darf jetzt schon seit elf Jahren in Sachsen Ministerin für Gesundheit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Soziales sein.

Es ist auch gut - und das wisst ihr -, dass wir Solidarität miteinander üben. Das habt ihr in diesen Wahlkämpfen gezeigt. Deswegen auch meine Bitte an dieser Stelle für die ostdeutschen Bundesländer, die nächstes Jahr Wahlen haben, dass wir sie massivst unterstützen. Wir wollen, dass Manuela Schwesig wieder Ministerpräsidentin ist.

(Beifall)

Wir wollen aber auch, dass Sachsen-Anhalt stark in der Landesregierung vertreten bleibt. Auch die haben einen schweren und harten Kampf zu führen, und deswegen ist es wichtig, dass ihr uns dort unterstützt, und zwar so, wie ihr das in den letzten Wochen gemacht habt.

Ich will euch aber auch einen Grund für den Rechtspopulismus nennen: Die Angst um Arbeitsplätze treibt die Menschen um. Natürlich auch - das haben wir heute lange diskutiert - die Angst vor Krieg. Scham und Wut, wenn man sich trotz Arbeit im Supermarkt die Mieten eben nicht leisten kann, oder die Furcht, weil ökologische Fragen auch eine Klassenfrage geworden sind. Das ist eine Enttäuschung, das Gleichheitsversprechen der Demokratie und die gleichzeitigen krassen Ungleichheiten bei Vermögen, Erben und dem Aufstiegsversprechen. Auch das ist heute schon angesprochen worden.

Ich habe es gesagt: Ich bin Ministerin für Gesundheit und Soziales, für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist das einzige Ministerium in Deutschland, das dies im Namen trägt. Wir sind für Jugend und Familie, und das sind meine Themen, die ich auch im Bundesvorstand als Stellvertreterin vorantreiben möchte. Ich möchte den CDU-Ministerinnen, die zum Teil diese Bereiche übernommen haben, hart auf die Finger schauen, damit das, was wir vorgearbeitet haben - sei es im Familienbereich, sei es aber auch, lieber Karl, im Gesundheitsbereich -, nicht aufgeben.

Ich möchte aber auch eine Stimme für die Städte und Gemeinden sein. Warum sage ich das? Weil ich selbst viele Jahre lang Bürgermeisterin war, weil ich selber viele Jahre lang Landrätin war und diesen Zusammenhang zwischen kommunaler Politik, Landespolitik, Bundespolitik, Europapolitik mit all seinen Auswirkungen bestens kenne. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass wir das immer vom Bürger her denken und nicht als Einzelner in einem bestimmten Gremium.

Ich möchte gerne, dass wir die Alltagsprobleme der Menschen wieder ernst nehmen. Über Kontakte vor Ort ist heute viel gesprochen worden. Aber wie sehen sie denn tatsächlich aus? Ist es wirklich die Sprache der Bürger, die wir sprechen? Deswegen geht es um gesellschaftliche Fragen, die wieder die Gemeinschaft verbinden. Wir haben eine ganze Reihe dieser Programme in Sachsen aufgelegt und arbeiten hart daran. Ihr wisst, wie schwer das gerade in unserer Region ist. Auch Parteireformen sind natürlich wichtig. Auch die haben wir heute besprochen.

Zum Schluss will ich einfach noch mal sagen, dass meine Aufgabe sein soll, dass ich eine Brücke bilden möchte zwischen Ost und West, zwischen Menschen, die arm und reich sind, aber auch zwischen Menschen in Stadt und Land. Das dürfen keine gegenteiligen Meinungen sein, sondern das muss zusammengeführt werden. In den letzten Jahren ist

da viel in die Brüche gegangen. Das kennt ihr alle aus euren Bereichen, aus euren Bundesländern. Ich bin der festen Überzeugung, es ist schon eine historische Aufgabe, für die man die SPD braucht. Wo das nicht mehr gelingt, drohen die Rechtsextremen zu gewinnen.

Für all das möchte ich mich als stellvertretende Parteivorsitzende einsetzen, und es ist mir eine Ehre, dass ich kandidieren darf.

Lasst mich zum Abschluss noch zwei Beispiele nennen. Ich wohne in der Nähe von Leipzig, in einer kleinen Stadt in Grimma. Dort ist der AfD-Stadtrat - das ging durch alle Pressemedien - als mutmaßliches Mitglied der militanten Neonazigruppe „Sächsische Separatisten“ verhaftet worden. Er saß im Stadtrat, und keiner will gemerkt haben, welches Gedankengut der Mann in sich trägt. Das ist für mich ein Rätsel. Deswegen müssen wir gerade die kommunale Familie sensibilisieren, dass wir da hinschauen.

In Sachsen finden gerade die Christopher Street Days statt. Wir wissen - die Erinnerung habt ihr alle an das letzte Jahr in Bautzen -, unter welcher Bedrohung teilweise queere Menschen heute für ihre Rechte kämpfen. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Genauso wisst ihr von den Angriffen, die gerade Matthias Ecke, der heute in unserer Delegation ist, vor einem Jahr beim Europawahlkampf hatte. Oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in Sachsen aufgrund der Bedrohungslage zurückgetreten sind. Auch vor meinem Haus gab es einen Fackelzug. Aber es gab so viele Menschen in Sachsen, in Ostdeutschland, die uns geschrieben haben, die uns Mut gemacht haben, die uns Kraft gegeben haben, dass wir weitermachen werden.

Liebe Delegierte, liebe SPD-Mitglieder, bisher ist es gelungen, gerade bei Bürgermeisterwahlen und Landratswahlen die Mehrheiten für uns zu organisieren. Lasst es uns möglich machen, dass es weiter so geschieht. Das muss uns gelingen. Sonst ist mir wirklich angst und bange vor der Zukunft. Der Osten hat viel profitiert. Wir haben eine gute Ansiedlungspolitik in der Industriepolitik, aber auch bei der Mikroelektronik. Ich danke allen, die uns dabei unterstützen. Lasst uns dort weitermachen und lasst uns miteinander Brücken bauen.

Herzlichen Dank. Ich hoffe, dass ihr mir eure Stimme gebt.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Petra. - Als Nächste stellt sich Serpil Midyatli vor.

Serpil Midyatli,Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Heute Morgen wurde ich gefragt, warum ich eigentlich in die SPD eingetreten bin. Ich bin mir sicher, dass viele von euch schon einmal diese Frage gestellt bekommen haben. Ich glaube, das ist eine der wichtigsten Fragen, die wir uns in dieser Zeit, aber auch an diesem Wochenende stellen sollten, denn nicht nur politisch, sondern auch ganz persönlich: Was hat uns damals angetrieben? Warum sind wir hier, warum sind wir geblieben, und warum ist es gerade jetzt so wichtig, dass wir kämpfen? War das der Glaube an Gerechtigkeit oder Respekt?

Für mich stand fest: Ich wollte nicht mehr, dass man über mich redet und über mich entscheidet. Ich wollte mitgestalten, ich wollte mitmachen, und vor allem wollte ich auch Veränderungen herbeiführen. Ich wollte nicht mehr Teil des Problems sein, liebe Genossinnen und Genossen, denn viele werden oft auch als Teil des Problems betrachtet. Ich wollte gerne ein Teil der Lösung sein.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Weg von Teilhabe auch der Weg für mehr Gerechtigkeit ist. Ich bin auch davon überzeugt, das Wir sollte immer im Vordergrund stehen, nicht das Ich. Wir Sozialdemokraten stehen für das Wir,

(Beifall)

denn das Wir hält die Menschen zusammen, und dieses Wir, das habe ich in der SPD gesehen. Ich habe das gespürt. Ich habe mich angesprochen gefühlt von der SPD, und deswegen bin ich damals eingetreten. Ich finde, dass es genau unser Ziel sein muss, dass wir diesen Anspruch wieder haben, dieses mit Leben zu erfüllen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, bevor das alles geschieht, müssen wir tatsächlich Lehren aus der Vergangenheit ziehen, vor allem aus der letzten Bundestagswahl. Ich sage euch, das war nicht nur eine schwierige Bundestagswahl. Wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir sagen: Die Menschen da draußen glauben uns nicht mehr, so wie früher. Es war eine Abrechnung, eine Abrechnung mit einer Politik, die zu oft zögerlich, technokratisch und widersprüchlich war, und sie war im Stil und im Ton abschreckend, Genossinnen und Genossen.

Katarina Barley hat neulich einen Satz gesagt, der mich sehr lange bewegt hat und der immer wieder in meinen Gedanken war. Das war der Satz: „Serpil, wir treten doch nicht damit an, damit es nicht schlechter wird, sondern wir treten an, weil es besser werden

muss.“ Wir sagen immer wieder, wir stehen für soziale Gerechtigkeit. Aber gleichzeitig tragen wir eine Migrationspolitik mit, die auf Abschottung, Abschreckung und Rückführung setzt.

(Beifall)

In den vergangenen Jahren haben wir oft eine Sprache gewählt, die verletzend war, die ausgrenzend war. Natürlich müssen wir alle Facetten der Migrationspolitik diskutieren, aber wenn wir ehrlich sind, dann haben wir über die kleinste Gruppe der Migranten gesprochen, aber die 25 Millionen Menschen in Deutschland haben sich angesprochen gefühlt, Genossinnen und Genossen, genauso wie ich auch.

(Beifall)

Als ich im Präsidium gesagt habe: „Hey Leute, ich fühle mich gerade angesprochen. Andere reden über Deportationen. Wir haben Angst um unsere Familien. Wir sitzen wieder auf gepackten Koffern.“, da kam die Antwort: „Serpil, du bist doch gar nicht gemeint.“

Liebe Genossinnen und Genossen, diesen Satz habe ich das erste Mal in der 9. Klasse gehört. Der Ton war rau. Es wurde wieder geschrien und laut gehetzt: „Ausländer raus!“ Auch in meiner Klasse. Irgendwann drehten sie sich zu mir um, sahen meine entsetzten Blicke und sagten zu mir: „Serpil, du bist doch gar nicht gemeint.“ Aber warum fühlen sich denn so viele Menschen davon angesprochen, wenn wir diese Sprache wählen? Das müssen wir ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen, denn das ist der Grund, warum ich in die SPD eingetreten bin: Weil wir auf Teilhabe setzen, auf soziale Gerechtigkeit setzen, auf das Miteinander, auf das Wir setzen, und das möchte ich gerne wieder mit euch machen.

(Beifall)

Ein weiteres Thema ist mir wahnsinnig wichtig. Wir sagen immer, wir wollen einen starken Sozialstaat. Dann schauen wir uns einmal an, für was wir uns einsetzen. Klar, wir setzen uns gegen Kinderarmut ein. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Kinderarmut. Genossinnen und Genossen, seit zwei Jahrzehnten lebt jedes fünfte Kind in Kinderarmut. Es ist Zeit, dass wir nicht nur an den Stellschrauben drehen: Ein bisschen Kindergeld hier, ein bisschen Kinderzuschlag da. Nein, wir müssen die Konzepte und die Ideen entwickeln, mutig sein, da auch ranzugehen und zu sagen, wir lassen es nicht zu, dass Kinder zurückgelassen werden. Teilhabe auf Bildung, auf Partizipation, kulturelle Teilhabe, Mobilität, das alles sind Dinge, die das Leben der Menschen verändern. Wir wollen wieder die Menschen berühren, mit unserer Sprache, mit unserer Haltung und vor allem auch mit unseren Personen. Dafür will ich mich einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe neulich eine Zahl gelesen: 3.900 Leute in Deutschland haben über 27 Prozent des gesamten Finanzvermögens in Deutschland. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Und dafür will ich mich mit euch einsetzen.

(Beifall)

Ich will, dass wir das in unser neues Grundsatzprogramm schreiben. Das ist doch das, was die Menschen genauso ärgert. Sie spüren, dass es in Deutschland gerade ungerecht zugeht. Ich finde, das können wir und müssen wir anders ausdrücken, und dafür brauchen wir neue Ideen. Ich will mich dafür einsetzen, das gemeinsam mit euch zu tun als eure stellvertretende Parteivorsitzende. Keine Gerechtigkeitsfloskeln, sondern wirklich ein Versprechen mit Haltung und vor allem mit einer Entscheidung, jeden Tag auch neu zu kämpfen, mit euch gemeinsam, und mich die nächsten zwei Jahre dafür einsetzen, dass wir Vertrauen in die Sozialdemokratie zurückgewinnen. Ich bin mir sicher, dass dann ganz viele sagen werden: Die SPD, die gibt mir ein Gefühl, und ich fühle mich dazugehörig. Dann ist die SPD für den einen oder anderen vielleicht auch seine Heimat, seine Familie. Die Menschen treten bei uns an und kämpfen mit uns gemeinsam dafür, dass es besser wird, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür möchte ich antreten. Dafür möchte ich mit euch kämpfen. - Freundschaft!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Serpil. - Als Nächster stellt sich Achim Post vor. Achim!

Achim Post, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich höre gerade, ich soll die Zeit rausholen. Ich fasse also mich kurz.

Ich könnte sagen: Alles, was meine beiden Vorrednerinnen gesagt haben, sehe ich genauso, und das ist auch so. Deswegen bitte ich auch, sie zu wählen, genau wie diejenigen, die nach mir sprechen. Denn wenn man über Solidarität redet, sollte man das auch auf dem Stimmzettel machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin in die SPD vor knapp 50 Jahren eingetreten, habe bei den Jusos vor gut 50 Jahren angefangen, habe eine Juso-Schülergruppe gegründet und eine Juso-Zeitung gemacht. Wenn ich ehrlich bin, wisst ihr alle genauso wie ich: Da sind verdammt viele Jahre ins Land gegangen, und es gibt verdammt viele Themen, die ungefähr noch so ähnlich sind wie das, was wir vor 50 Jahren diskutiert haben. Serpil hat über Bildungsungerechtigkeit gesprochen. Wann war es je ungerechter in Deutschland als heute, liebe Genossinnen und Genossen?

Deshalb werde ich mich in den nächsten zwei Jahren in diesem SPD-Parteivorstand als stellvertretender Vorsitzender um zwei, drei Schwerpunkte kümmern, um die wir uns, glaube ich, am liebsten alle kümmern würden. Ich gucke einmal zu Katarina Barley, René Repasi. All das, was wir heute besprochen haben, auch sicherheitspolitisch und außenpolitisch, geht nur dann, wenn wir ein starkes Europa haben, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb: Unterstützt unsere Gruppe im Europaparlament. Sie hat es verdient.

Das Zweite, was man sagen muss, ist ein Punkt, über den wir vorhin auch geredet haben und wozu es noch viele Anträge gibt. Das ist die Frage: Was machen wir eigentlich mit den 500 Milliarden Euro, über die wir geredet haben? Wie soll Deutschland eigentlich aussehen, wenn die 500 Milliarden ausgegeben sind? Wir müssen also darüber reden: Was passiert, wenn wir das, was wir erkämpft haben, auch ausgegeben haben? Wie soll unser Land dann sein? Das Wichtigste ist - ich gucke einmal zu den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern hier im Raum -: Während wir 500 Milliarden Euro organisiert haben und uns in die Lage versetzt haben, zwischen Bund, Ländern und Kommunen ganz andere Finanzbeziehungen und ganz andere Möglichkeiten zu organisieren, wird doch gleichzeitig in dem Bereich der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, zwischen Kapital und Arbeit der Ton deutlich rauer. Es ist doch mittlerweile an der Tagesordnung, dass Betriebsräte in ihrer Arbeit behindert werden und dass es Tarifflucht gibt.

Deswegen: Ich weiß, dass es für manche in diesem Land chinesische Vokabeln sind, wenn wir über Tariftreue, Standortsicherheit, Beschäftigungssicherheit und Mitbestimmung reden. Liebe Genossinnen und Genossen, es muss die SPD sein, und es wird die SPD sein, die im Schulterschluss mit Betriebsräten und Gewerkschaften diesen Zustand verändert.

(Beifall)

Ein letzter Punkt. Es wurde von Serpil und anderen über Verteilungsgerechtigkeit gesprochen. Ich habe das vorhin auch schon gemacht. Ich will einmal einen Punkt nennen; denn das Hauptargument, das ich häufig höre, wenn man in Ortsvereinen,

Stadtverbänden, Kreisverbänden und in den Ländern unterwegs ist, ist: Na ja, aber die anderen machen das ja nicht. Das machen die doch sowieso nicht mit der Reichensteuer und der Vermögensteuer. - Da ist etwas dran. Niemand macht das irgendwann sofort mit. Ich erinnere an eine Debatte, die wir, glaube ich, auf der Europadelegiertenkonferenz vor fünf oder sechs Jahren zur Frage der globalen Mindestbesteuerung geführt haben. Da haben alle gesagt, es wird nie was. Wer hat es am Schluss durchgesetzt? Die SPD hat einen klaren Beschluss gefasst. Finanzminister Olaf Scholz hat mit seinem französischen Kollegen geredet. Jetzt gibt es diese globale Mindestbesteuerung für die Amazons und Googles dieser Welt, die keine Steuern bezahlen wollen, aber Milliarden Gewinne einkassieren, in 141 Ländern.

Also zusammengefasst: Es lohnt sich, sich in der SPD weiter zu engagieren. Wir haben viele Ziele. Viele klingen vielleicht utopisch. Viele davon werden wir umsetzen, wenn wir zusammenhalten. - Schönen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Achim. - Als Nächste stellt sich Anke Rehlinger vor, wobei „vorstellen“ ist gut, nicht? Sie hat schon mal geredet. Anke, bitte sehr!

Anke Rehlinger,Saarland:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich stelle mich euch vor, weil ich ganz ausdrücklich um euer Vertrauen bitte. Vielleicht auch in die aktuelle Debatte hinein, auch wenn sich das jetzt gerade für Lars nicht so angefühlt hat und sich auch nicht so ausgedrückt hat: Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Bundesregierung - im Übrigen vor allem der Teil, den Lars auch mit seinen Entscheidungen zu verantworten hat, nämlich der SPD-Teil - einen sehr, sehr guten Start hingelegt hat. Ich finde, dafür muss man einmal ein Kompliment machen, dafür muss man ein Dankeschön sagen,

(Beifall)

denn das ist die Arbeit, die unsere Handschrift trägt, und das trägt auch die Handschrift von Lars. Insofern dafür ein herzliches Dankeschön.

Ich darf mit Blick auf Bärbel auch sagen, wenn ich den beiden jetzt gratuliere und ihnen allen Erfolg nur wünschen kann, den wir uns gemeinsam wünschen: Liebe Bärbel, ich bin

im Übrigen auch der Auffassung, eine motorradfahrende Frau aus dem Ruhrpott ist eine gute Entscheidung für die Spitze der Sozialdemokratie in Deutschland.

(Beifall)

Nun, ich selbst bin tatsächlich schon seit 2019 stellvertretende Parteivorsitzende. Es hat mich auch ein bisschen überrascht, dass es dann doch schon so lange war. Es stehen ja viele Zeichen auf Erneuerung. Ich würde dann vielleicht in diesem Zusammenhang anbieten, schlicht und ergreifend auch ein Stück weit Konstante in diesem Parteitagspräsidium zu sein, wenn ihr mich denn bei meiner Kandidatur hierfür unterstützt.

(Beifall)

Ich will auch Konstante und Stabilitätsanker in meinem Bundesland sein. Seht es mir nach - für mich persönlich ist es nun einmal das schönste Bundesland der Welt. Ich will als Ministerpräsidentin 2027 dort wiedergewählt werden, und dafür braucht es eine starke Sozialdemokratie in Deutschland, dafür braucht es eine gute Bundesregierung, damit nicht nur wir im Saarland, sondern eben auch viele Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern, die jetzt Wahlen haben, und diejenigen, die Kommunalwahlen haben, eine gute Regierungsarbeit der SPD im Bund haben. Dafür müssen wir alle miteinander Sorge tragen, damit diese Wahlen gut ausgehen. Wir haben uns vorgenommen, bei uns im Saarland bestenfalls so wie jetzt mit absoluter Mehrheit zu regieren, aber auf jeden Fall: Das Saarland bleibt dann Chefinnensache, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als ich 2019 gewählt wurde, war die SPD gerade in der Großen Koalition. Ja, wir hatten auch gerade ein bisschen darunter gelitten, in der Großen Koalition zu sein. Der eine oder andere mag sich daran erinnern. 2023 bin ich noch einmal angetreten und wiedergewählt worden. Wir waren gerade alle mächtig stolz miteinander darauf, dass wir den vierten sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland stellen.

Heute stehen wir wieder an einem Punkt, wo wir in der Großen Koalition als Juniorpartner sind, liebe Genossinnen und Genossen. Nun mag es sein, dass in der Frage des Temperaments Olaf Scholz und ich einen mehr oder minder größeren Unterschied haben. Aber eines eint uns: Wir hatten beide mal das „Vize“ vorne stehen. Wir waren beide mal regierungsverantwortlich in großen Koalitionen, wo wir der kleinere Partner waren, liebe Genossinnen und Genossen. Und an diesem Punkt stehen wir heute wieder. Das will ich uns zurufen: Wir haben beide gezeigt, es geht. Niemand von uns muss dauerhaft in Sack und Asche gehen. 2029 geht viel, wenn wir unsere Arbeit, unsere

Aufgaben erledigen, und dann braucht niemand mehr einen „Vize“ zu tragen, sondern wir werden selbstbewusst auf 2029 hinarbeiten.

(Beifall)

Ich habe heute Morgen schon ein bisschen was dazu gesagt, was ich glaube, was man da tun muss. Wir müssen klarmachen, für wen wir Politik machen, nicht ausgrenzend, aber doch deutlich: Für die Fleißigen, für die, die aufstehen, für die, die sich kümmern, für die, die alles richtig machen und die ein Störgefühl haben, wenn es eben nicht ordentlich organisiert ist in diesem Land. Ja, und natürlich auch für diejenigen, die es in ihrem Leben nicht ganz leicht haben. Wir müssen dafür sorgen, wenn wir für Arbeitnehmerrechte kämpfen, dass es auch viele Menschen gibt, die sagen: Jawohl, davon profitiere ich, weil ich nämlich einen Arbeitsplatz habe.

Deshalb ist es die erste Pflicht, als Sozialdemokratie dafür zu kämpfen, dass neue Arbeitsplätze im Wandel entstehen, aber natürlich so viele wie möglich erhalten bleiben. Und es ist unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, dass das kein einfacher Gang werden wird, aber die Zuversicht auch zu verbreiten, dass wir dabei erfolgreich sein können, dass auch ein saarländischer Stahlarbeiter in zehn Jahren zu uns sagen wird: Ja, das war kein einfacher Gang. Es war anstrengend. Aber dieser gemeinsame Gang und die Tatsache, dass die SPD die richtigen Entscheidungen getroffen und an meiner Seite gestanden hat, hat sich gelohnt, denn wir waren am Ende erfolgreich. - Das ist unsere Perspektive für die Beschäftigten in diesem Land: Kein einfacher Gang, nicht alles falsch versprechen, aber dafür sorgen, dass es am Ende gut wird, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

(Beifall)

Ich will sagen - wir werden morgen ja noch einmal darüber sprechen -, ich bin schwer genervt von professoralen Einlassungen, die da sagen, wir können an der einen oder anderen Stelle auf produzierendes Gewerbe, auf Industrie und namhaft auch auf die Stahlindustrie in Deutschland verzichten. Ich lade Sie alle herzlich ein, einmal vor 13.000 Beschäftigten der Dillinger Hütte und bei Saarstahl zu reden und den Beschäftigten zu sagen, dass sie jetzt leider auf der falschen Seite der Geschichte stehen. So macht man keine Politik für Deutschland, so spaltet man die Gesellschaft, und wir sind die SPD, die dafür sorgt, dass das in diesem Land nicht passiert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage das auch in aller Deutlichkeit: Von der Wirtschaftsministerin der Bundesrepublik Deutschland erwarte ich, dass sie nicht nur interessierte Beobachterin dieses Vorgangs ist, sondern dass sie dafür sorgt, dass die Willigen in diesem Land, die

die Transformation organisieren wollen, auch die Rahmenbedingungen haben, damit das, was sie wollen, auch geht. Das heißt, das, was sie wollen, müssen sie auch können. Das kommt nicht von allein. Darum muss man sich kümmern, und das ist die vornehme Aufgabe der Wirtschaftsministerin in diesem Land.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Anke.

Anke Rehlinger, stellvertretende Parteivorsitzende:

Wenn wir das alles kommuniziert bekommen, dann wissen die Leute, für wen wir kämpfen und für was wir kämpfen, und das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie. Dabei will ich mithelfen, liebe Genossinnen und Genossen. Die SPD, sie war nie die bequemste Partei, aber ich bin aus meinem tiefsten Inneren davon überzeugt, für Deutschland ist sie die notwendigste Partei, und wir haben dafür zu sorgen, dass wir unsere Aufgabe, unsere Funktion in dieser Demokratie erfüllen können. Es gibt viel zu verlieren, aber noch viel mehr zu gewinnen. Dafür will ich mit euch gemeinsam sorgen. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Anke. - Als Fünfter stellt sich Alexander Schweitzer vor.

Alexander Schweitzer, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen, es muss ein Zufall sein, dass es in Deutschland und in der Welt zwei schönste Bundesländer gibt und dass die nebeneinanderliegen. Neben dem Saarland liegt nämlich Rheinland-Pfalz, und da komme ich her, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin da seit ein paar Monaten Ministerpräsident in der Nachfolge von Malu Dreyer. Ich hatte ein paar Tage nach dem Wechsel damit zu tun, den Menschen nach zehn Jahren erfolgreicher Amtszeit von Malu Dreyer zu erklären, dass diesen Job auch ein Mann machen kann, liebe Genossinnen und Genossen. Aber wir kriegen es einigermaßen hin in Rheinland-Pfalz. Ich will euch sagen: Wir haben noch ein bisschen was vor in Rheinland-Pfalz. Wir regieren dieses Land seit über drei Jahrzehnten. Wer sich ein bisschen auskennt, der weiß: Das Land ist damals nicht gebaut worden, um auf jeden Fall für alle Zeiten von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert zu werden. Wir haben uns das hart erkämpft, und wir haben jeden Tag, seit wir Regierungsverantwortung haben, dafür gekämpft, dass es so bleibt, und ich will euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen, dieser Kampf hat sich jeden Tag gelohnt - nicht nur für uns in der Verantwortung, in der Sozialdemokratie, nein, für die Menschen. Wir haben dieses Land modernisiert. Wir haben es durch die Konversion gebracht, wir gestalten Transformation und sind wahnsinnig stolz darauf, dass sozialdemokratische Erfolgsgeschichte in Rheinland-Pfalz dafür gesorgt hat, dass dieses Land, das einmal zusammengesetzt wurde, das aus Grenzen bestand, heute ein Erfolgsmodell ist. Wir sind auf Platz 3 der Arbeitsmarktentwicklung, und wir haben noch so viel mehr vor.

Ich will es euch deshalb schildern, weil es deutlich sagt: Da, wo wir entlang von Grundwerten, von Zielen, ja, auch von ehrgeizigen, manchmal auch visionären Zielen geleitet sind und jeden Tag hart dafür arbeiten, jeden Tag im Gespräch sind, gelingt es. Lasst mich einen großen Sozialdemokraten namens Kurt Beck zitieren: Nahe bei den Menschen bleiben. Dann wird das was, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will euch einen Satz sagen, der euch merkwürdig vorkommen mag. Es ist ja üblich, dass man erzählt, wann man in die SPD eingetreten ist. Ich kann euch das erzählen, aber es würde nur deutlich machen, wie alt ich inzwischen bin. Aber ein Bekenntnis will ich euch geben: Die Sozialdemokratie war meine erste große Liebe, und ich sage das ganz bewusst: Wir müssen wieder dazu kommen, dass wir mehr sind als das, was wir in den letzten Monaten eigentlich nur waren, nämlich ein Apparat, der den Menschen über seine eigene Spiegelstrichverliebtheit versucht, dauernd zu erklären, warum es einfach nur ein bisschen günstiger ist, uns zu wählen. Wir brauchen wieder eine große Idee, von der wir selbst geleitet sind. Wir brauchen Deutungshoheit bei den großen Fragen, und dann müssen wir im praktischen, täglichen Arbeiten zeigen, dass wir es draufhaben, dass wir es können. Wir müssen wieder das beste emotionale Angebot in der demokratischen Mitte sein.

Beifall

Liebe Genossinnen und Genossen, das sind wir eben nicht. Die Menschen haben einen Kopf und einen Verstand, und sie haben hier ein Herz und keinen Taschenrechner. Lasst uns doch wieder auf der emotionalen Ebene und auf der rationalen Ebene verbunden mit den Menschen argumentieren. Das kann ein Erfolgsrezept sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in Rheinland-Pfalz noch ein bisschen was vor, ich habe es schon gesagt. Im nächsten März haben wir eine Landtagswahl, und ich sage - einfacher kann man es nicht ausdrücken -, wir haben vor, die zu gewinnen.

(Beifall)

Ich bin jetzt seit einem knappen Jahr im Amt, und ich bin gekommen, um zu bleiben.

(Beifall)

Wenn ihr dabei mithelfen wollt, dann würde ich mich über eure Unterstützung sehr freuen. Ich bin fest davon überzeugt, wir müssen zusammenarbeiten, gerade nach einem solchen Tag. Wir brauchen Verantwortung in Berlin, wir brauchen Verantwortung in den Ländern, in den Kommunen. Wir brauchen Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Wir müssen uns unterhaken, damit wir gemeinsam stark sind, und das ist mein Angebot an euch. - Danke, dass ihr mir zugehört habt.

(Beifall)

Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden
Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Alex.

(Sprechchor: Alex, Alex, Alex!)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Stimmung steigt, und wir kommen zum Wahlgang. Ich rufe die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf und darf darauf hinweisen, dass die Wahlgänge in unserer statuarischen Reihenfolge stattfinden. Zuerst werden die stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Wir möchten euch vorschlagen, heute noch den Generalsekretär zu wählen und die Wahl des Schatzmeisters und der Verantwortlichen für die EU auf morgen früh zu vertagen. Aber das schaffen wir noch. Noch ein bisschen Konzentration.

Wir wollen auch diese Wahlgänge wieder in OpenSlides durchführen. Deshalb gilt jetzt auch wieder: Bitte prüft, ob ihr anwesend seid, ob ihr auch auf „anwesend“ geschaltet seid und geht auch schon mal in den Autopiloten bei OpenSlides. Wir bleiben dabei, dass

derjenige, der ein Problem hat, seine Karte hochhalten kann und dass dann jemand da ist, der hilft. Deshalb ist es am besten, wenn alle sitzenbleiben. Dann kommen die Kolleginnen und Kollegen, die helfen, nämlich schneller durch.

Wir wählen fünf Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Uns liegen folgende Kandidaturen vor: Der Parteivorstand hat Petra Köpping, Serpil Midyatli, Achim Post, Anke Rehlinger und Alexander Schweitzer vorgeschlagen. Nach § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 23 Abs. 3 b) unseres Organisationsstatuts werden die fünf stellvertretenden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Das Präsidium empfiehlt euch, auch diese Wahlgänge als verbundene Einzelwahl durchzuführen, und deshalb stimmen wir zuerst darüber ab. Wer stimmt zu, diese Wahlgänge als verbundene Einzelwahl in einem Wahlgang durchzuführen? Ich bitte um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich würde sagen, das ist einstimmig angenommen. Das haben wir schon mal gut hingekriegt.

Ich weise auch jetzt darauf hin, dass die Medienvertreterinnen und -vertreter gebeten werden, ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Geheimheit der Wahl zu respektieren.

Wir treten jetzt in den Wahlgang ein. Ich frage noch einmal, ob alle in OpenSlides sind und ob sich alle auf „anwesend“ gestellt haben. Ich gucke selber schnell, ob ich das auch gemacht habe. - Jawohl. So, jetzt habe ich es gemacht.

Wir treten in den Wahlgang ein.

Nach § 7 unserer Wahlordnung ist im ersten Wahlgang gewählt, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Jetzt können wir in den Wahlgang eintreten. Ich bitte darum, den Stimmzettel im Autopiloten einzublenden. Seht ihr alle den Stimmzettel? - Den Eindruck habe ich. Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich für „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ jeweils ein Kreis zum Ankreuzen hinter dem jeweiligen Namen. Wenn ihr nichts ankreuzt oder mehr als ein Kreuz hinter dem jeweiligen Namen macht, ist die Stimme für diese Person ungültig. Das wollt ihr ja nicht, also macht bitte nur ein Kreuz hinter dem jeweiligen Namen.

Bitte möglichst alle hinsetzen, und wer Probleme hat, der möge bitte die Delegiertenkarte hochhalten, damit die Kolleginnen und Kollegen helfen können. Wir warten noch kurz, bevor wir den Wahlgang eröffnen. - Hier oben im Präsidium gibt es auch ein Problem. Oliver soll auch wählen können. - Hier vorne ist auch noch eine Problemanzeige.

Ihr könnt jetzt schon abstimmen. Der Wahlgang ist eröffnet.

Wer weiterhin Probleme hat, hält seine Karte hoch. Der Wahlgang findet jetzt statt. Wie gesagt, ein Kreuz hinter jedem Namen, nicht mehrere, nicht keines. Sonst ist es ungültig. Ihr seht das im Autopiloten. Noch einmal die Frage: Gibt es irgendwo noch Probleme? - Da hinten in der Ecke gibt es noch Probleme. Gibt es sonst noch irgendwo Probleme? - Da ist schon jemand. Wunderbar. Vielen Dank auch an diejenigen, die hier immer so schnell dabei helfen. Auch wer die Stimme abgegeben hat, möge bitte sitzenbleiben, damit die helfenden Kolleginnen und Kollegen schneller durchkommen. Bitte noch einmal die Stimmkarte hochhalten, wo es jetzt noch ein Problem gibt. Gibt es noch irgendwo ein Problem? - Da hinten immer noch. Ich gucke noch einmal in die gesamte Runde. Ansonsten sehe ich keine Probleme mehr. - Doch, noch eines dort in der Mitte und eines auf der Seite. Dann warten wir noch ein bisschen, bis die gelöst sind. - Ich frage noch einmal, ob es noch ein Problem gibt. - Immer noch auf der Seite, in der Mitte und dort auch, also noch drei Probleme noch. Gut, wir haben die Zeit, das ganz in Ruhe zu machen.

Ich stelle ein letztes Mal die Frage: Gibt es noch ein ungelöstes Problem bei dem Wahlgang zu den stellvertretenden Vorsitzenden? - Das ist nicht der Fall. Ihr seid großartig. Dann frage ich Tobias, ob wir den Wahlgang schließen können. - Dann schließen wir diesen Wahlgang. Der Wahlgang müsste jetzt auch gleich auf euren OpenSlides-Bildschirmen als geschlossen erscheinen, und wir warten, bis die MPZK das Ergebnis feststellen kann.

Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Generalsekretärs
Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl des Generalsekretärs. Hierzu liegt uns ein Vorschlag vor, und zwar Tim Klüssendorf aus Schleswig-Holstein, ich glaube aus Lübeck. Eine bedeutende Stadt für die SPD.

(Beifall)

Tim, du hast das Wort zur Vorstellung.

Tim Klüssendorf, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt mein Skript einfach mal am Platz gelassen, weil ich glaube, wir haben heute schon viele Reden dazu gehört, wie wir uns programmatisch neu aufstellen wollen. Ich selbst habe auch eine dazu gehalten und will mich jetzt auf das konzentrieren, was vielleicht noch nicht gesagt worden ist und was

vielleicht auch noch enger meine Aufgaben beschreiben wird, die auf mich als euer hoffentlich zukünftiger Generalsekretär zukommen.

Ich darf diese Aufgabe jetzt seit sieben Wochen für uns ausfüllen, und es ist so, dass man natürlich mit vielen Dingen konfrontiert ist, die auf einen zukommen: Die internationale Lage, das, was uns alle tagtäglich beschäftigt, auch diese schwierigen Kompromisse wie heute Vormittag, und man denkt sich: Wie können wir eigentlich wieder Hoffnung entwickeln? Wie können wir diese Perspektive für die Zukunft entwickeln? Deswegen glaube ich, mit diesem Grundsatzprogrammprozess können wir dazu etwas Wesentliches beisteuern. Aber das, was wir, glaube ich, wirklich als Partei schaffen müssen - und das habe ich mir fest vorgenommen -, ist, dass wir einfach auch unser Wesen ein Stück weit ändern, dass echte Mitbestimmung in diesem Laden wieder möglich ist, dass wir es schaffen, dass Leute sich in dieser Partei wirklich barrierefrei und hürdenfrei engagieren können und nicht damit beschäftigt sind, sich selbst zu verwalten oder vor allen Dingen die Strukturen zu erhalten.

Ich sage euch ganz offen: Wir haben 2023 im Dezember hier gemeinsam beschlossen, dass wir die modernste Mitgliederpartei Europas werden wollen. Ihr könnt euch alle einmal die Frage stellen, ob wir schon soweit sind. Ich betrachte es deshalb als ganz große Kernaufgabe, neben der Organisation dieses Grundsatzprogrammprozesses diese Partei in ihrer Struktur und Organisation auf ein neues Level zu heben und es uns zu ermöglichen, dass man sich in dieser modernen Zeit wirklich gut engagieren kann, und dass man eben nicht davon beschwert ist, nur die Strukturen zu erhalten. Dafür bitte ich zum einen schon einmal um eure Unterstützung.

(Beifall)

Aber zum anderen geht es natürlich auch darum, unsere Kommunikation zu verändern. Ich habe das in einigen Vorbesprechungen gesagt. Es entstammt aus einer Unterhaltung mit einem Genossen, mit dem ich neulich darüber gesprochen habe, wie wir eigentlich kommunizieren. Wir haben sehr gut gelernt, miteinander sozialdemokratisch zu sprechen. Das, was ich damit meine, sind Sätze, wie ich sie wahrscheinlich auch vorhin schon wieder gesagt habe oder wie andere sie gesagt haben: Zusammen vor Ort werden wir die Menschen mitnehmen und unsere Zukunft solidarisch gestalten.

Jeder von uns kann solche Sätze sagen, und wie gesagt, ich kann sie auch sagen. Sonst würde ich vielleicht auch gar nicht hier stehen. Aber ich finde, wir müssen daran arbeiten. Ich finde, wir müssen uns eine andere Sprache angewöhnen. Ich glaube, ein Teil dessen, warum die Menschen auch in diesem Saal nach einer kurzen Zeit nicht mehr in der Debatte waren, sondern unten waren, war, weil wir es immer noch zu viel tun. Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass wir anders

sprechen, dass wir anders kommunizieren und dass wir so reden, dass die Menschen uns auch verstehen. Das fängt im Willy-Brandt-Haus an, das geht über die Landesverbände weiter, und das hört bei den Ortsvereinen auf. Ich möchte dafür etwas tun.

(Beifall)

Und natürlich sind mir auch ein paar Inhalte besonders wichtig. Ihr wisst, ich habe mich in den vergangenen Jahren als Finanzpolitiker vor allen Dingen zum Thema Verteilungsgerechtigkeit eingebracht. Ich habe an diesem Pult auf dem Bundesparteitag 2023 gegen die Führung einmal die einmalige Vermögensabgabe mit durchstimmen können. Das war ein Antrag, der mir sehr wichtig war, weil ich es nicht verstehe, dass wir in einer Zeit leben, in der der Wohlstand zwar wächst, aber immer weniger etwas davon haben. Das finde ich demokratiegefährdend. Deswegen könnt ihr euch sicher sein, dass ich auch in der neuen Rolle inhaltlich da am Start bleiben werde und dafür kämpfen werde, dass wir endlich etwas für die Verteilung von Vermögen, von Wohlstand tun werden, dass sie gerechter wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber es geht auch um den Kampf gegen rechts. Gerade Manu hat vorhin in ihrem Redebeitrag eine Menge dazu gesagt. Ich bin stolz drauf, dass es uns gelungen ist, dass wir hier am Sonntag mit einem Antrag am Start sind, der eine klare Haltung aufweist, der keinen Zweifel daran lässt, dass wir neben der politischen Auseinandersetzung mit der AfD endlich auch in die rechtliche Auseinandersetzung, die uns das Grundgesetz in die Hand gelegt hat, gehen, denn es ist dringend notwendig. Wir können nicht tolerieren, dass in diesem Land Menschen, die die Verfassung abschaffen wollen, in den Parlamenten sitzen und Politik gegen uns machen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt noch eine Reihe von weiteren Widersprüchen. Wie kann es sein, dass wir durch die sozialen Medien, durch die digitale Vernetzung eigentlich so nahe beieinander sein sollten als Menschheit wie nie zuvor und dass doch die meisten Menschen so einsam sind wie nie zuvor? Wie kann es sein, dass wir eigentlich wissen, wie man den Klimawandel endlich stoppen kann, und es doch nicht tun? Und wie kann es sein, dass es sich niemand sehnlicher wünscht, dass wir Frieden auf der Welt haben, und trotzdem können wir die Kriege nicht verhindern?

Liebe Genossinnen und Genossen, auf diese Fragen will ich gemeinsam mit euch Antworten entwickeln, und zwar in dem Grundsatzprogrammprozess, in der reformierten Organisation. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir auch anders kommunizieren. Ich wünsche, dass wir beim nächsten Parteitag auf einem ganz anderen

Level sind. Das wünsche ich mir, und ich werde alles dafür tun, dass wir das auch schaffen. Ich bitte euch um eure Unterstützung und um euer Vertrauen auf diesem Weg und lade euch ein, dabei zu sein.

(Lebhafter Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Lieber Tim, vielen Dank für deine Vorstellungsrede.

Ich rufe nun die Wahl des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin auf. Wir verwenden hier wieder das System OpenSlides. Bitte geht jetzt wieder in den Autopilotmodus. - Ach so, Entschuldigung. Nein, wir fangen noch nicht mit der Wahl an. Wir warten erst auf das Ergebnis der Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Das dauert nur noch eine Minute.

Gut, wir haben jetzt ein Ergebnis. Dann gebe ich der Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Christin Siebel, das Wort.

Ergebnis der Wahlen der stellvertretenden Parteivorsitzenden
Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Das ging ja schneller als gedacht.

Ich habe Ergebnisse mitgebracht, liebe Genossinnen und Genossen. Gerne verkünde ich euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Die Wahl fand in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Für Petra Köpping wurden 594 Stimmen abgegeben. Davon waren auch alle gültig. 545 Jastimmen,

(Lebhafter Beifall)

25 Neinstimmen und 24 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 91,8 Prozent.

(Beifall)

Für Serpil Midyatli wurden 593 Stimmen abgegeben. Alle waren gültig. Davon waren 460 Jastimmen, 94 Neinstimmen und 39 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 77,6 Prozent.

(Beifall)

Für Achim Post wurde 594 Stimmen abgegeben. Alle waren gültig. Davon waren 458 mit Ja, 81 mit Nein und 55 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 77,1 Prozent.

(Beifall)

Für Anke Rehlinger wurden 599 Stimmen abgegeben. Alle waren gültig. Davon waren 582 Jastimmen,

(Lebhafter Beifall)

6 Neinstimmen und 11 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 97,2 Prozent.

(Starker Beifall)

Ich habe doch noch einen.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Bitte! Wir haben noch ein Ergebnis.

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Ich mache dann weiter. Weil ich direkt vor Rheinland-Pfalz sitze, erwarte ich jetzt Ähnliches. Für Alexander Schweitzer wurden 598 Stimmen abgegeben. Davon waren alle gültig. 570 Jastimmen,

(Lebhafter Beifall)

15 Neinstimmen und 13 Enthaltungen. Das macht eine prozentuale Zustimmung von 95,3 Prozent.

(Starker Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Ich möchte nur ungern und nur kurz die Gratulationen unterbrechen, aber ich müsste euch noch kurz fragen, ob ihr die Wahl annehmt. Deswegen würde ich das jetzt mal von hier aus unbürokratisch regeln und euch bitten, in den Saal reinzurufen, ob ihr die Wahl annehmt.

Petra Köpping, nimmst du die Wahl an?

(Petra Köpping: Ja!)

Petra, herzlichen Glückwunsch! - Serpil Midyatli, nimmst du die Wahl an?

(Serpil Midyatli: Ja!)

- Ja, das war deutlich erkennbar. Herzlichen Glückwunsch!.

Achim Post, nimmst du die Wahl an?

(Achim Post: Ja!)

- Auch deutlich zu erkennen: Achim nimmt die Wahl an.

Anke Rehlinger, nimmst du die Wahl an?

(Anke Rehlinger: Ja!)

- Auch ein deutliches Ja.

Alexander Schweitzer, nimmst du auch die Wahl an?

(Alexander Schweitzer: Ja! - Beifall)

Okay. Dann euch allen einen herzlichen Glückwunsch und eine gute und glückliche Hand im Amt.

Wahl des Generalsekretärs

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Ich rufe jetzt die Wahl des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin auf und bitte euch, an eure Bildschirme zu gehen und den Autopiloten aufzurufen. Ich möchte wieder den Appell an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien richten, dass sie bitte ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten und nicht auf den Stimmvorgang richten. Bitte respektieren Sie die Geheimheit der Wahl.

Ich muss jetzt wirklich in das Verfahren einsteigen. Ihr müsst euch bitte an eure Bildschirme begeben, wenn ihr an der Wahl teilnehmen wollt. Wenn nicht, dann nicht.

Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Uns liegt, wie wir gerade gesehen haben, die Kandidatur von Tim Klüssendorf vor, der vom Parteivorstand vorgeschlagen wurde.

Ich bitte, die Wahl im Autopiloten jetzt einzublenden. Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich für „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ jeweils ein Kreis zum Ankreuzen hinter dem Namen. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist.

Ist der Stimmzettel im Autopiloten sichtbar? - Dann ist der Wahlgang hiermit eröffnet. Im Autopiloten seht ihr jetzt die Wahl und könnt eure Stimmen abgeben. Wenn ihr Unterstützung bei der digitalen Wahl braucht, dann zeigt das bitte mit dem Kartenzeichen an. Die Übung haben wir jetzt schon einige Male gemacht. Wer jetzt ein Problem hat und nicht auf den Stimmzettel zugreifen kann, bitte die Karte deutlich sichtbar hochheben. Wenn ihr die Stimme abgegeben habt, dann bleibt bitte sitzen, damit die Kolleginnen und Kollegen schnell zu denjenigen kommen können, die Hilfe benötigen, um die Stimme abzugeben. - Ich sehe, von Schleswig-Holstein ist eine Karte oben. Ich sehe, von Nordrhein-Westfalen ist eine Karte oben. Es wäre gut, wenn ihr da unterstützen könntet.

Ich frage noch einmal: Wo gibt es jetzt noch Probleme bei der Stimmabgabe? Wenn es Probleme bei der Stimmabgabe gibt, dann bitte die Karte oben lassen, bis jemand da ist. - Gibt es irgendwo noch Probleme bei der Stimmabgabe, die zu lösen wären? - Ich sehe jetzt keine Karte und auch keine Hand vom Willy-Brandt-Haus mehr oben. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis festzustellen und uns mitzuteilen.

Das gibt mir die Gelegenheit, euch folgende Hinweise zu geben.

Zum einen: Die Antragskommission tagt im Anschluss an das Plenum, also direkt im Anschluss an unsere Sitzung, im Raum M1. Bitte kommt dorthin, sofern ihr Mitglieder der Antragskommission seid. Es gibt noch ein paar Voten zu erstellen, unter anderem zu den Initiativanträgen.

Der zweite Hinweis lautet: Bitte räumt eure Tische leer, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen, damit ihr den Müll schon mal mit rausnehmen könnt und damit die Arbeit für die vielen Mitarbeitenden hier im CityCube erleichtern könnt, die den Saal gleich wieder so herrichten, wie wir ihn heute Morgen vorgefunden haben. Zum anderen wird das, was ihr auf den Plätzen liegenlasst, morgen früh nicht mehr da sein. Es wird also alles abgeräumt. Bitte nehmt eure Sachen mit und entsorgt den Müll draußen.

Jetzt unterbreche ich kurz, bis das Ergebnis der Wahl zum Generalsekretär vorliegt.

(kurze Pause)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir fahren fort. Es gibt ein Wahlergebnis, und ich bitte die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, uns das Ergebnis mitzuteilen. Bitte, du hast das Wort.

Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs
Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

So, das letzte Mal für heute, habe ich gehört.

Lieber Tim Klüssendorf, ich darf dein Ergebnis verkünden. Es wurden 595 Stimmen für die abgegeben. Alle waren gültig. 540 waren mit Ja,

(Beifall)

38 Neinstimmen und 17 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 90,76 Prozent.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Lieber Tim, bevor wir fortsetzen, muss ich dich einmal fragen: Würdest du denn die Wahl auch annehmen?

(Tim Klüssendorf: Ja!)

- Das war ein deutliches Ja. Herzlichen Glückwunsch, lieber Tim, eine glückliche Hand im Amt!

(Beifall)

Damit würden wir das Programm für heute abbinden. Das heißt, ich unterbreche jetzt den Parteitag, und wir sehen uns alle morgen früh um 9:00 Uhr pünktlich hier wieder. Schönen Abend noch!

Unterbrechung des Parteitages: 21:41 Uhr

2. Tag 28.06.2025
Beginn des Parteitags: 9:17 Uhr

Abstimmung über die Themen des Delegierten-Antragsblocks

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, jetzt noch einmal ganz offiziell: Guten Morgen hier vom Tagungspräsidium. Wir starten in den zweiten Tag des Bundesparteitags und wollen heute an die guten Diskussionen vom gestrigen Tag, die für einen guten Start in den Parteitag gesorgt haben.

Auch heute steht wieder einiges auf dem Programm. Es wird ein langer Tag. Deswegen sorgen wir dafür, dass wir auch diszipliniert und gut durch diesen Tag kommen. Wir freuen uns gleich als Erstes auf die Rede unseres ehemaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz.

(Beifall)

Wir freuen uns natürlich auch, dass Saskia Esken zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Unser Blick geht heute auch in die Türkei, wo unser Genosse Ekrem İmamoğlu immer noch aus politischen Gründen im Gefängnis sitzt. Daher freue ich mich, dass heute Özgur Özel zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Und wir wollen auch den Parteivorstand komplettmachen und die weiteren Mitglieder wählen. Zudem stehen die Wahlen der Schieds- und Kontrollkommission sowie der SPE-Delegierten an. Auch diese Wahlen finden in OpenSlides statt.

Abstimmung über die Anträge für den Delegierten Antragsblock

Jetzt wollen wir aber zuerst über die Anträge, die im sogenannten Delegierten-Antragsblock heute Nachmittag von ungefähr 15:00 bis 17:00 Uhr beraten werden, abstimmen. Dadurch können wir gemeinsam entscheiden, was uns wichtig ist und was auf jeden Fall beraten werden soll.

Ihr habt zwei Stimmen, um für die Sachgebiete zu stimmen, die euch am wichtigsten sind. Zur Auswahl stehen die folgenden Sachgebiete, die bisher nicht bei uns hier im

Ablauf eingeplant sind. Ich lese die jetzt einmal vor. Das sind Gesundheit und Pflege, also G, K für Klima, St für Stadtentwicklung, Mieten, Bauen Wohnen, Kommunales, Steuern und Finanzen, Umwelt und Verkehr. Ihr findet das in OpenSlides.

Dann ist jetzt der Moment, wo ihr euch alle noch einmal bei OpenSlides - ihr seid hoffentlich schon eingeloggt - auf „anwesend“ stellt. Das findet ihr rechts oben, wenn ihr auf euren Namen klickt. Bitte prüft jetzt alle noch einmal, ob der Haken auf „anwesend“ gesetzt ist.

Um euch hier ein bisschen Zeit zu geben, will ich euch einmal die weiteren Sachgebiete, die heute eingeplant sind, sagen wir so, und die nicht Teil des Delegierten-Antragsblocks sind. Das sind Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Organisationspolitik inklusive der satzungsändernden Anträge, Europa, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Soziales und Rente.

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich bitte euch, in OpenSlides jetzt die Stimme abzugeben. Dafür geht ihr wie immer am besten auf den Autopiloten. Ihr seht dann schon, dass ihr hier zwei Stimmen abgeben könnt. Wir machen es genau wie gestern, dass ihr da, wo es Probleme gibt, euren Delegiertenausweis nach oben in die Luft haltet, und dann wird jemand zu euch kommen.

Wir sehen, dass noch nicht so viele auf „anwesend“ geschaltet sind. Wir hoffen, dass niemand mehr draußen steht. Die Reihen sehen ja gut gefüllt aus. Deswegen guckt jetzt bitte noch einmal, ob ihr oben rechts auf euren Namen geklickt habt und dort das Häkchen auf „anwesend“ gesetzt habt. Dann geht ihr am besten in den Autopiloten.

Konntet ihr jetzt alle eure Stimme abgeben? - Hier vorne bei NRW gibt es noch einige.

Wenn ich es richtig sehe, wurden alle Probleme gelöst. Die Stimmen sind eingegangen. Damit zählen wir jetzt die Abstimmung aus.

Weil wir elektronisch abstimmen, haben wir direkt auch schon ein Ergebnis an dieser Stelle, das wir einblenden, aber das ihr auch auf OpenSlides seht. Ich werde es trotzdem einmal kurz vorlesen. Wir haben auf Platz 1 das Thema Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales und danach das Thema Steuern und Finanzen. Das sind die beiden Themen, die wir dann später im Delegierten-Antragsblock heute Nachmittag ungefähr zwischen 15:00 und 17:00 Uhr behandeln wollen.

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Weil wir jetzt die erste Hürde des Parteitags geschafft haben, kommen wir jetzt tatsächlich zu dem, was wir uns heute auch inhaltlich vorgenommen haben. Wir starten in den Tag, und ich glaube, ihr freut euch genauso wie ich auf die Worte unseres neunten Bundeskanzlers a. D., Olaf Scholz. Bevor Olaf aber zu uns auf die Bühne kommt, gibt es vorab noch ein Video. Deshalb darf ich an der Stelle sagen: Film ab!

(Videoeinspieler - Beifall)

Rede Olaf Scholz
Olaf Scholz, Bundeskanzler a. D.:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke euch. Es soll heute auch um meine Kanzlerschaft gehen, und ich bin dankbar, dass ich dazu ein paar Worte sagen kann. Aber ich will hier ausdrücklich sagen: Es geht um unsere Kanzlerschaft, denn ich wäre niemals ohne die Sozialdemokratische Partei der neunte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden, der vierte Sozialdemokrat der Nachkriegsgeschichte, der sechste, wenn man die Weimarer Republik dazurechnet. Das ist schon etwas ganz, ganz Besonderes, was ich immer empfunden habe. Deshalb will ich ganz bewusst und ganz ausdrücklich an den Anfang stellen: Es ist etwas Besonderes für mich, dass dieses Gespräch, dass das, was wir heute miteinander veranstalten, in dem Jahr stattfindet, in dem ich 50 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein werden.

(Beifall)

Ich habe viele Aufgaben und Ämter wahrgenommen - Stephan Weil hat darüber gesprochen. Viele haben mir Spaß gemacht. Manche waren sehr anstrengend. Aber es war immer ein Dienst am Land und natürlich auch an der sozialdemokratischen Idee.

Was mir in all den Jahren wichtig war, in denen ich prominent Politik machen konnte, ist etwas, was für den einen oder anderen vielleicht nicht so selbstverständlich ist, aber worauf ich, wenn ich zurückblicke, doch sehr stolz bin. Ich habe alles, was ich an politischen Aufgaben erworben habe und wahrnehmen durfte, niemals in einer Profilierung gegen die Sozialdemokratische Partei machen können, und das soll so bleiben.

(Beifall)

Dass das möglich war, hat eben auch in der Tat etwas zu tun vielem mit ganz. Wir wissen um die großen Herausforderungen, vor denen die SPD immer wieder gestanden hat in ihrer langen Geschichte, die Aufs und Abs. Aber es ist eben auch eine schwierige Zeit gewesen, in der die SPD sich entschieden hat, mit mir anzutreten. Deshalb will ich an

dieser Stelle ganz klar und sehr deutlich sagen: Ich bin dankbar für das, was nach einem komplizierten politischen Wettbewerb innerhalb der SPD dann möglich war, um aus einer schwierigen Situation gemeinsam herauszukommen. Darum: Herzlichen Dank Saskia Esken, Norbert Walter-Borjans, Rolf Mützenich und Lars Klingbeil, die das mit mir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, als niemand geglaubt hat, dass die SPD eine Bundestagswahl gewinnen kann.

(Beifall)

Ich erinnere nach der innerparteilichen Abstimmung noch ein gemeinsames Treffen, das wir hatten, nicht weit vom Willy-Brandt-Haus entfernt in einem netten Restaurant, wo wir uns besprochen haben. Und es ist etwas passiert, was ich gerne zur Nachahmung empfehle für Führungsaufgaben und was auch seither schon öfter mal wieder gelungen ist, nämlich, dass man Sachen für sich behält. Ja, tatsächlich!

(Beifall)

Wir hatten miteinander verabredet, dass wir das machen werden, und es ist sehr, sehr lange niemandem bekannt geworden - bis zu dem Tag, wo wir das gemeinsam bekannt gemacht haben. Ich glaube, Zusammenhalt und Solidarität als Prinzipien unserer Partei werden dafür Sorge tragen, dass die älteste Partei Europas, dass die Sozialdemokratische Partei, auch noch eine lange, erfolgreiche Geschichte in diesem Land hat. Sie wird gebraucht - hierzulande, in Europa und in der Welt.

(Beifall)

Und vergessen wir nicht, wie kompliziert das alles vorher war. Schon als ich das Amt des Bürgermeisters, das ich gerne wahrgenommen habe, aufgab und Finanzminister und Vizekanzler wurde, Lars, da war das eine schwierige Situation, und es war schwierig, das hinzukriegen. Ich bin sehr dankbar, das gemeinsam gemacht haben zu können mit Parteivorsitzenden, die damals Verantwortung hatten, erst Martin Schulz, der nach seinem eigenen Wahlkampf diesen Weg eröffnet hat - danke dafür - und dann Andrea Nahles, die in unglaublich harter Zeit diese Partei und auch die sozialdemokratische Fraktion geführt hat. Danke für diesen Einsatz.

(Beifall)

Ich habe mit vielen zusammengearbeitet, um diesen Wahlsieg möglich zu machen, und viele haben geholfen. Es wäre eine lange Liste, die man hier aufzählen könnte. Das will ich nicht. Aber drei will ich noch erwähnen, weil sie, als es ganz schlimm war, ganz besondere Verantwortung für die SPD hatten und mitgeholfen haben, dass wir den Pfad dann einschlagen konnten, den wir am Ende erfolgreich zu Ende gegangen sind. Ich

denke an Manuela Schwesig, Malu Dreyer und Thorsten Schäfer-Gümbel, die für den Zusammenhalt der Partei gesorgt haben, als keiner mehr daran geglaubt hat.

(Lebhafter Beifall)

Ja, und dann haben wir 2021 die Wahl gewonnen. Wie schwer das war, kann man sich eigentlich fast vorstellen, wenn man noch einmal einen Pressespiegel über all das liest, was uns über das Wahlergebnis vorhergesagt worden ist - Jahre vorher, Monate vorher, Wochen vorher. Noch im Sommer 2021 waren wir bei uns leider zu bekannten 16 Prozent, und dann ist es doch etwas geworden. Noch einmal und an dieser Stelle mit ganz großer Unterstreichung: Das war eine gemeinsame Leistung der gesamten SPD, ihrer Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, ihrer Abgeordneten und aller Mitglieder überall in Deutschland. Danke für diesen Zusammenhalt.

(Beifall)

Wir haben eine Regierung geformt - kompliziert - ohne die CDU/CSU. Das bleibt in Deutschland eine Botschaft, und man merkt es unverändert an der Art und Weise, wie einige finden, dass sie dahin gehören und was alles erlaubt ist, wenn sie nicht an der Regierung beteiligt sind. Aber es hat ewig gedauert, bis die SPD 1967 die Große Koalition gemeinsam mit der CDU haben konnte und 1969 dann für viele Jahre gemeinsam mit der FDP regiert hatte. Es hat dann wieder viele Jahre gedauert, bis das von 1998 bis 2005 möglich war. Und in all den Jahren dazwischen ist es immer so gewesen, dass eine gewisse Selbstverständlichkeit existiert hat: Wer regiert hier eigentlich? Und wenn es dann einmal anders kommt, dann ist das in der Geschichte unseres Landes unverändert eine besondere Situation. Ich bin deshalb dankbar - trotz allem, was wir heute im Nachblick wissen, wie die Regierungszeit mit unseren Koalitionspartnern verlaufen ist - , dass wir einmal die Chance genutzt haben, Modernisierung in diesem Lande möglich zu machen, die ohne diese Regierungskonstellation nicht möglich geworden wäre.

(Beifall)

Eben im Film ist schon ein wenig über das Ende geredet worden und wie es zustande gekommen ist. Da kam Beifall an einer speziellen Stelle auf.

(Heiterkeit)

Aber trotzdem, finde ich, gilt das, was ich eben gesagt habe: Es war richtig und gut, dass wir mit den beiden anderen Parteien diesen Aufbruch für Deutschland gewagt haben.

Was natürlich die ganze Zeit überlagert hat, ist dann das, was uns heute noch umtreibt und was so schlimm ist, dass man es immer nur schwer in die richtigen Worte fassen

kann. Ich sage ganz ausdrücklich: Der russische Überfall auf die Ukraine war eine Zeitenwende, eine Zeitenwende, weil eine jahrzehntelange Verständigung des Nachkriegseuropas aufgekündigt wurde, dass nämlich Grenzen nicht mit Gewalt verschoben werden. Putin will genau das, und damit darf er keinen Erfolg haben.

(Beifall)

Das ist so ein langer Satz, aber es ist eine große Politik, die sich hinter ihm verbindet. Und es waren Sozialdemokraten, die dafür gesorgt haben, dass es diese Verständigung gegeben hat. Die KSZE - Willy Brandt und Helmut Schmidt, ohne sie wäre dieser Prozess gar nicht vorstellbar gewesen, und aus ihr heraus erwachsen ist die Verständigung, dass die Grenzen nun einmal gelten sollen.

Nach dem russischen Überfall hat der kenianische Botschafter bei den Vereinten Nationen gesagt, man stelle sich Afrika vor. Da haben besoffene Kolonialherren Grenzen gezogen, und jetzt, wenn wir sagen, da wollen wir die richtigen Grenzen schaffen, wäre es eine Zeit unendlicher Kriege. Deshalb sage ich das auch gerade vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Nachkriegspolitik, vor dem Hintergrund der Ostverträge, vor dem Hintergrund der Leistung von Willy Brandt und Helmut Schmidt, dafür gesorgt zu haben, dass wir die deutschen Grenzen, wie sie heute sind, für immer anerkennen, was mit dem Vertrag über die deutsche Einheit geschehen ist.

(Beifall)

Denn der war nur möglich, weil es vorher die Ostverträge gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund sage ich, dass es die schlimmste Verletzung der Friedensverständigung Europas ist, dass wir die Grenzen unangetastet lassen und dass sie mit Gewalt nicht verschoben werden.

Ich sage an dieser Stelle auch: ES war deshalb richtig, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, auch wenn das alles im Wahlkampf 2021 keine Rolle gespielt hat, also die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, und die lauteten: Deutschland ist und wurde unter unserer Führung der größte Unterstützer der Ukraine in Europa mit weitem Abstand, der zweitgrößte in der Welt, und wir werden genau das bleiben - auch dank der Sozialdemokratischen Partei.

Ja, wir müssen immer alles dafür tun, dass dieser Krieg nicht zu einem Krieg zwischen NATO und Russland. Vom ersten Augenblick an hat das für meine Politik gegolten, und das gilt weiter für die Politik unseres Landes. Auch das ist eine gute Botschaft.

Zum Gleichen geht es darum, dass man alles auslotet und versucht, um Frieden möglich zu machen. Stephan Weil hat es schon gesagt - ich will noch einmal daran erinnern -: Wir sind ja froh, dass es jetzt Gespräche zwischen der Regierung und auch Putin gibt, vor allem, wenn man sich keine Illusionen über das macht, was man von Putin zu erwarten hat, der nämlich wirklich an seiner Eroberung festhalten will und sie gerne noch größer hätte. Aber was ist alles kritisiert worden, als wir gesagt haben, man muss neben all dieser heftigen und starken Unterstützung der Ukraine auch gucken, wie wir eine Perspektive für Frieden und Sicherheit in Europa gewinnen können? Ich sage, das war richtig, und das bleibt richtig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, wir haben aus der Zeitenwende noch eine weitere Konsequenz gezogen: Die Bundeswehr wird stärker werden, und die Zusammenarbeit in der NATO hat neue Dimensionen erreicht. Das ist auch richtig. Es ist schwer, und es ist wichtig, dass wir uns klarmachen, dass das eine große Aufgabe bleibt. Denn es ist schon merkwürdig, dass manchmal einige sagen, das muss man machen. Aber wenn sie über die Frage nachdenken, was ihr Beitrag zum Beispiel als sehr gut Verdienende in diesem Land zur Finanzierung einer starken Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sein könnte, kommen sie merkwürdigerweise meistens auf Steuersenkungen. Das ist eine interessante mathematische Rechnung.

(Beifall und Heiterkeit)

Ich jedenfalls glaube, dass wir hier zu neuer Solidarität in unserem Land aufgefordert sind und dass wir das erreichen müssen. Aber bevor ich über all die Dinge spreche, die mir auch wichtig sind und die wir miteinander bewegt haben, will ich eines noch sagen. Auch diese Regierungszeit wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung von Fraktion und Regierung. Hier sitzen die Ministerinnen und Minister, mit denen ich die Ehre hatte, zusammenzuarbeiten. Ich will ausdrücklich sagen: Danke für diese gemeinsame Zeit, danke für diesen Einsatz für unser Land.

(Lebhafter Beifall)

Es ist wirklich wichtig gewesen, was da passiert ist. Vieles ist etwas, über das wir hier miteinander reden müssen. Ich sage ausdrücklich: Ich bin sehr dankbar für das, was wir miteinander bewegen konnten. Es sitzen hier ganz viele: Nancy Faeser, Wolfgang Schmidt - einige können sich mich gar nicht ohne ihn denken -, Svenja Schulze, Hubertus Heil, Boris Pistorius - der wird irgendwo da hinten sitzen - und Klara Geywitz. Ich sehe noch viele, die hier dabei sind, auch Karl Lauterbach. Ich danke für die Zusammenarbeit. Es war eine große Zeit, und wir haben für unser Land etwas bewegt.

(Lebhafter Beifall)

Ja, und dann hat es doch viele Dinge gegeben, die wir miteinander bewegt haben. Was mich am Allermeisten beeindruckt, ist, dass das Thema, das zum Ende der Regierung geführt hat, das ich herbeigeführt habe, als es nicht mehr ging, weil es um 15 Milliarden Euro ging, die man noch zusätzlich brauchte, um nicht das eine gegen das andere auszuspielen, sich am Ende auch ausgezahlt hat mit dem Wahlergebnis und den Dingen, die damit herausgekommen sind. Ja, ich will es gar nicht verhehlen: Wir hätten gerne weiterregiert - und ich auch. Aber ich bin froh, dass die Sozialdemokratische Partei in dieser Regierung jetzt dabei ist und dass sie Dinge durchsetzen konnte, die von großer Bedeutung für die Zukunft sind. Dazu zählt das, was wir erreicht haben an Grundgesetzänderungen für die Finanzierung der Verteidigung und für die Investitionen in diesem Land noch in der letzten Legislaturperiode.

Und ich verrate kein Geheimnis: Ich war so froh darüber, dass es gelungen ist, dass ich dafür Sorge getragen habe, dass Frank Steinmeier, Jörg Kukies und ich dieses Gesetz noch unterschreiben, bevor die Legislaturperiode zu Ende ging.

(Beifall)

Damit haben wir jetzt Luft, nicht für alles, aber für viele Investitionen, die notwendig sind und um die wir so gerungen haben, und das ist viel wert. Ich sage das ausdrücklich. Aber wir sollten nicht eine eigene Debatte vergessen, dass irgendwann der Tag kommt, wo es doch darum geht, dass es ohne Gerechtigkeit eben schwer ist, einen großen Staat zu finanzieren - ein Thema, für das die Sozialdemokratie steht und für das sie zukünftig auch weiter gebraucht wird.

Das führt mich zu dem nächsten großen Punkt, zu etwas, das unseren Wahlkampf 2021 geprägt hat und das keine Eintagsfliege bleiben darf. Das ist die Frage des Respekts. Wir müssen darüber diskutieren, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Da ist Solidarität ein großes Thema für die Sozialdemokratische Partei. Aber wir brauchen Respekt im Miteinander unserer Gesellschaft, die so völlig anders geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, was ist der Grund, warum in den reichsten Ländern der Welt so viel Unrast ist, warum so viel rechter Populismus neue Unterstützung findet? Warum in Finnland, warum in Schweden, warum in Dänemark, warum in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Deutschland, in Österreich? Man könnte das weiter fortsetzen. Warum der Brexit in Großbritannien? Warum Trump und MAGA in den USA? Warum das? Es gibt einen Grund, der etwas damit zu tun hat, dass gerade in unseren reichen Gesellschaften die Zukunftshoffnung abgenommen hat, dass viele nicht sicher sind, ob die Zukunft mit ihnen sein wird, etwas, das gerade für fortschrittliche Parteien

von allergrößter Bedeutung ist. Wir Menschen können ohne Zukunft und Hoffnung nicht leben. Wir können ohne Hoffnung nicht leben, und fortschrittliche Parteien, sozialdemokratische Parteien können ohne die Vorstellung, dass die Welt besser wird, auch nicht erfolgreich sein.

(Beifall)

Deshalb bleibt das ein Thema, ein Thema für die Durchlässigkeit unserer Gesellschaft. Über den Aufstieg durch Bildung haben gestern einige zu Recht gesprochen, weil es für viele hier im Raum und viele in unserem Land etwas ist, das auch durch sozialdemokratische Politik hierzulande möglich wurde und was viele individuelle Biografien prägt, gerade in diesem Saal. Gleichzeitig muss für uns klar sein, dass die Gesellschaft nicht nur so zugeschnitten sein kann, dass es für die funktioniert, die Chefärztin und Unternehmenslenker oder Ministerin werden, sondern dass das etwas ist, das auch richtig ist für einen, der bei Amazon anfängt und in Rente geht, und das richtig ist für diejenigen, die im Krankenhaus als Pflegekräfte oder an der Kasse oder als Handwerker oder Arbeiter in der Fabrik arbeiten. Es ist eine absurde Vorstellung, dass die Gesellschaft die Probleme der Einzelnen nur dadurch löst, dass sie Karriere machen, sondern wir haben eine Verantwortung, dass man aus jeder Lebensperspektive vernünftig, anständig und anerkannt leben kann.

(Beifall)

Bärbel Bas hat es gestern gesagt: 20 Prozent haben einen akademischen Abschluss. Ich auch. Ich bin dafür, dass man einen haben kann. Aber ich sage ausdrücklich, wenn die Welt so betrachtet wird, dass jeder, der den nicht hat, denkt, ich habe etwas falsch gemacht, dann hält sie nicht zusammen.

(Beifall)

Wer sich einmal anschaut, was in den USA los ist, der wird es ganz genau sehen. Das ist das, was den MAGA-Leuten gelungen ist: Dass sie die Lebensperspektive derjenigen, die nicht College haben, für sich erobert haben, dass die denken, das sind unsere Leute, obwohl das Gegenteil wahr ist. Und deshalb ist es unsere Aufgabe, dass wir als Sozialdemokratische Partei für Respekt, Würde und Anerkennung jeder Lebenssituation stehen.

(Beifall)

Der Mindestlohn, über den hier gesprochen worden ist, ist eine kleine Sache dafür, aber er ist eine wichtige, und das ist unser Verdienst. Wir haben den durchgesetzt gegen alle Widerstände. Das darf man niemals vergessen. Manchmal kriegen dann ja auf

internationalen Bühnen andere Preise für die Durchsetzung des Mindestlohns. Das waren aber wir.

(Beifall)

Nun werden ja Preise nicht an Parteien verliehen. Insofern ist das okay. Aber ich sage ausdrücklich: Es bleibt unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass man - ich will dieses Beispiel hier wiederholen - als Kassiererin mit 67 auch in 30 Jahren in Rente gehen kann, auf sein Leben zurückblickt und sagt, es ist gut gelungen. Dafür steht die Sozialdemokratische Partei.

(Beifall)

Ich könnte mich jetzt verführen lassen, zu allem Möglichen etwas zu sagen. Das will ich nicht. Wir werden ja noch viel miteinander reden; denn ich habe vor, ein ehemaliger Kanzler zu sein, über den sich die SPD immer freut.

(Beifall - Heiterkeit)

Aber ich freue mich darüber, dass wir in der Regierung sind und dass darüber etwas gelungen ist - das wird für die Ministerinnen und Minister, die hier sitzen, für die Abgeordneten und für viele andere gleichermaßen gelten -, dass man da hinschaut und sagt, es wird nicht Rückschritt organisiert. Das, was wir vorangebracht haben, wird nicht wieder rückabgewickelt. Und das war eine ernsthafte Gefahr. Ich habe das so gesehen, denn in Deutschland hat sich auch bei den Konservativen etwas verändert. Für mich waren das früher immer die sogenannten -Bis-hierhin-und-nicht-weiter-Konservativen. Das heißt, so richtige, wichtige Reformen für Deutschland haben sie nicht selbst erkämpft, aber hingenommen, mitgemacht, nicht wieder rückgängig gemacht. Das gilt zum Beispiel auch für die erwähnten Ostverträge. Beinahe sollte Willy Brandt darüber gestürzt werden. Man ist vor das Bundesverfassungsgericht gegangen. Aber als sie dann dran waren, haben sie sie gelassen, und 1990 haben wir, wie gesagt, unsere Verträge in diesen Jahren zur Einheit gemacht.

Aber ich will ausdrücklich sagen, das war diesmal etwas, über das diskutiert worden ist. Darum bin ich sehr froh, dass das in keinem Politikfeld relevant passiert, sondern dass wir das Erreichte sichern. So kleine Dinge wie das Selbstbestimmungsrecht, das nicht viele Menschen betrifft, aber das ihnen wichtig ist.

(Beifall)

So große Dinge wie das Staatsangehörigkeitsrecht.

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil es auch mir lebenslang, fast ein ganzes Leben lang, eine wichtige Sache war. In den 80er-Jahren habe ich, als es noch provokant war, bei den Jusos einen Einwanderungskongress organisiert. Da waren alle irritiert, dass man das Wort für Deutschland verwendet. Heute sagen das alle und klingen so, als hätten sie es schon immer getan. Das war nicht so, ist aber trotzdem gut.

(Beifall)

Aber wir haben versucht, daraus die Konsequenzen zu ziehen, und das haben wir schon 1998/1999 im ersten Anlauf versucht. Ich sehe Nancy Faeser. Das war schwierig für die hessische Politik. Es hat viele Konsequenzen gehabt und ist immer wieder schwierig geworden. In der letzten Legislaturperiode haben wir endlich ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht bekommen.

(Beifall)

Da geht es gar nicht um jede einzelne Formulierung, um all die einzelnen Regelungen, die damit verbunden sind, sondern um die Kernbotschaft: Wenn du hier lebst - erst recht, wenn du hier geboren bist -, wenn du die deutsche Sprache sprichst, wenn du hier arbeitest und dich anstrengst, dann sollst du, dann wollen wir, dass du deutscher Staatsbürger wirst und mitbestimmst. Das haben wir durchgesetzt, und das wird nicht rückabgewickelt.

(Beifall)

Um die Offenheit unserer Gesellschaft für eine solche Haltung zu erhalten, haben wir immer auch Verantwortung dafür tragen müssen und wollen, dass irreguläre Migration zurückgeht. Und die Zahlen gehen zurück wegen der Entscheidungen, die wir getroffen haben. Aber wir waren auch immer klar, und auch das steht außer Frage: Das größte Land Europas wird nicht europäische Verträge brechen. Das größte Land Europas hält sich an das deutsche und internationale Recht, das wir unterzeichnet haben, und wir arbeiten gut zusammen mit unseren Nachbarn. So wird es auch in Zukunft sein. Da bin ich sicher.

(Beifall)

Einen Punkt will ich noch sagen, und der hat etwas mit der Modernisierung unserer Volkswirtschaft in ökologischer und in technologischer Hinsicht zu tun. Ein großes Thema, ein Thema für viele Infights, für Sich-wirklich-Auskennen und wahrscheinlich ein Thema, an dem ein qualitativer Sprung in der deutschen Politik erforderlich ist. Denn man kann schon als Politiker erfolgreich eine Karriere machen und immer das Richtige fordern, aber für die Details sind andere da. Also, alles muss schneller gehen, und schon

sind die anderen dran. Das ist sehr beliebt. Aber es muss alles schneller gehen. Es kann nicht so sein, wie es jetzt ist. Wie schlimm es ist, das merkt man, wenn man sich einmal ein bisschen in anderen Ländern umschaut. Ich gucke mir gerade viele amerikanische Bücher darüber an, warum alles steckenbleibt, warum nichts vorangeht, warum wir kein Wachstum haben, warum die Juristen jede Genehmigung 20 Jahre aufhalten. Das klingt, als wäre das ein Zeitbericht aus Deutschland. Deshalb sage ich: Da haben wir viel erreicht, aber da müssen wir weitermachen, denn wir müssen sicherstellen, dass wir ein erfolgreiches Industrieland bleiben und dass wir das schaffen, ohne dass die Umwelt so leidet, dass wir in ihr nicht mehr leben können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden noch viel über die Frage diskutieren, wie wir bessere Ergebnisse erzielen können. Das muss bei dem Wahlergebnis so sein. Ich will mich hilfreich an der Debatte beteiligen mit der neuen Rolle. Aber ich sage ausdrücklich: Im Mittelpunkt wird die große Frage von Respekt als Thema des Zusammenhalts unserer Gesellschaften stehen. Ich sage aber auch ausdrücklich, es ist etwas wert, was hier in einer so langen Parteigeschichte und Demokratiegeschichte in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert gewachsen ist. Wer sich umschaut in der Welt, und schon nur in Europa, der wird sehen, dass es gar nicht so oft vorkommt, dass eine sozialpolitisch progressive Partei zugleich für wirtschaftliche Vernunft und Wachstum, für das Funktionieren der Gemeinschaft des Staates und auch für Außen- und Sicherheitspolitik offen ist, das machen kann und eine Partei ist ohne Ressentiments. Denn das ist etwas Besonderes in Zeiten, die schwer werden, in Zeiten, in denen es unendlich viele Widerstände gibt, in Zeiten, in denen Probleme größer werden in der Welt und hierzulande: Sicherzustellen, dass wir an die Zukunft denken, dass wir daran denken, dass es ein Miteinander unterschiedlicher Menschen geben muss, die gemeinsam glücklich sein können, und dass das nicht geht, wenn wir nicht zusammenhalten.

(Beifall)

Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe, die wir haben, den rechten Populismus wieder zurückzudrängen. Das geschieht nicht, weil man das morgens beschlossen hat, und abends ist es erledigt. Das geschieht, weil wir die Gründe verstehen. Ich habe über einige davon gesprochen, und ich unterstreiche das.

Aber der wichtigste Erfolgsfaktor in unsicheren Zeiten in den reichen Ländern - und wir sind eines der reichsten der Welt - ist die Unsicherheit über die Zukunft und die rechte populistische Lösung, dass man Feinde haben soll, Feinde im Äußeren und Feinde im Inneren. Deshalb ist der Unterschied zwischen uns als der Partei des Volkes und anderen, die behaupten, für das Volk zu sprechen, dass wir es wirklich tun und dass wir nicht die

einen gegen die anderen ausspielen - nicht in diesem Lande und nicht mit äußeren Feinden, die man sich sucht, um das alles hinzukriegen.

(Beifall)

Es gibt Gründe für die Nähe, für die emotionale Nähe zwischen AfD und Putin; denn in Wahrheit sind es beides Leute, die Feinde suchen, um ihre Macht zu sichern oder sie zu erobern.

(Beifall)

Wir sind gegen die Verfeindung der Gesellschaft. Wir sind für Zusammenhalt und Solidarität, und wir werden dabei erfolgreich sein. Da bin ich sicher.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein paar Worte durfte und wollte ich sprechen. Aber es soll dabei jetzt auch sein Bewenden für heute haben.

Was ich gerne sagen will, ist jedoch am Ende wie am Anfang: Es ist mir eine große Ehre, es ist etwas Besonderes, es macht mein Leben aus, es prägt das, was mich bewegt und worüber ich nachdenke. Aber die Sozialdemokratische Partei und ihre Rolle in diesem Land, das ist etwas, worum es geht. Und selbst wer uns nicht mag, sollte uns irgendeine Art von Erfolg wünschen.

Ich danke euch für die gemeinsame Zeit.

(Beifall)

Verabschiedung des Bundeskanzlers und der SPD - Ministerinnen und Minister der letzten Bundesregierung

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Olaf, das ist dein Applaus. Ich kann dir im Namen von uns dreien hier vorne und, ich glaube, von allen auch hier im Raum sagen: Wir sind verdammt stolz, dass du unser Bundeskanzler gewesen bist. Ein großes Dankeschön für die Arbeit, die du geleistet hast. Vielen, vielen Dank!

(Beifall)

Ich habe gerade bei deiner Rede an einer Stelle - - Ich weiß ja, dass du auf Ehrungen, Urkunden, Auszeichnungen und all diese Sachen wahnsinnig viel Wert legst und darauf stehst. Aber als du gesagt hast, 50 Jahre in der SPD - ich weiß nicht, ob jemand aus deinem Ortsverein hier ist -, aber wenn das groß gefeiert wird: Saskia, Bärbel und ich, wir kommen gerne vorbei und machen eine große Party, liebe Genossinnen und Genossen, für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD.

(Beifall)

Lieber Olaf, wir wollen dir danke sagen. Keine großen Worte, aber wir wollen dir etwas mitgeben, was uns verbindet und was auch für dich steht: Ein Bild von der Berliner Künstlerin Inge Schmidt. Du kennst dieses Bild, weil es immer die Verbindung zwischen Partei und Regierung war, ein Bild, das in deinem Büro im Willy-Brandt-Haus hing. Die Verbindung zwischen Partei und Kanzleramt hat man auch dadurch gemerkt, dass es dir auch wichtig war, dass du immer wieder im Willy-Brandt-Haus warst. Ich will es einmal sagen: Egal, ob es Präsidiums- oder Parteivorstandssitzungen waren - Olaf war immer da. Landesparteitage - der Bundeskanzler war immer da. Ich weiß aus Erzählungen, dass das nicht bei allen sozialdemokratischen Kanzlern so war, aber du hast immer Wert auf diese Verbindung gelegt, und dafür steht dieses Bild von Inge Schmidt auch sinnbildlich.

(Beifall)

Es steht auch dafür, dass wir die Verbindung zwischen Ost und West haben. Das Bild heißt „Berlin“ und zeigt die unterschiedlichen Teile von Berlin. Inge Schmidt ist eine Künstlerin aus Ostdeutschland, die irgendwann den Antrag gestellt hat, die DDR verlassen zu dürfen, weil sie sich künstlerisch eingeengt fühlte im System der DDR, und dann nach Berlin gezogen ist, also Ost und West zusammenbrachte. Lieber Olaf, dafür stehst du auch. Ich weiß gar nicht, wie viele Abgeordnete es gibt, die es geschafft haben, einmal den Wahlkreis im Westen und einmal den Wahlkreis im Osten zu gewinnen, aber du hast das getan, und wenn man dir auf Instagram folgt, dann sieht man auch, wie ernst du auch in diesen Tagen deine Arbeit als Wahlkreisabgeordneter nimmst und dort unterwegs bist. Auch dafür steht der Bundeskanzler Olaf Scholz: Dass er bei den Menschen vor Ort ist, dass er ernst nimmt, was die Menschen im Wahlkreis umtreibt, und das ist eine Politik, an der sich viele ein Beispiel nehmen könne, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

So, länger wollen wir es gar nicht machen. Lieber Olaf, dein Geschenk. Ich glaube, es allein von der Bühne zu tragen, schaffen wir jetzt nicht. Das machen andere für uns. Sonst machen wir was kaputt. Vielen, vielen Dank. Wir freuen uns auf viele Parteitage,

wo wir dich mit Stolz in unserer Mitte begrüßen können und wo wir uns vielleicht auch auf die eine oder andere Rede von dir freuen können. Vielen, vielen Dank für die gemeinsame Zeit. Ich darf das im Namen von Saskia, von Bärbel, von mir, von uns allen hier im Raum noch einmal sagen: Vielen Dank, lieber Olaf!

(Beifall - Olaf Scholz wird ein Gemälde überreicht.)

Bärbel Bas, Parteivorsitzende:

Ich würde gerne, weil wir natürlich auch die Ministerinnen und Minister aus dem Kabinett Olaf Scholz haben, auch ein paar Worte sagen und würde vielleicht mit Hubertus anfangen. Ich sehe ihn gerade nicht. Ich muss mal eben gucken. - Da! Ich komme mal nach oben, lieber Hubertus.

Du hast sieben Jahre lang ein Ministerium geleitet. Ich kann sagen, das ist, glaube ich, der Minister, der die längste Amtszeit ein Ministerium geleitet hat. Ich glaube, Ulla Schmidt, war mal acht Jahre Gesundheitsministerin. Insofern möchte ich dir ganz persönlich danken, denn du hast dieses Haus geprägt, das ich jetzt übernehmen durfte. Du hast die Partei geprägt. Du hast viele Funktionen in dieser Partei gehabt, aber vor allen Dingen hast du Arbeit und Soziales nicht nur geleitet und Themen gesetzt, sondern du hast es gelebt.

(Beifall)

Du hast es gelebt, und das tust du heute noch. Du brennst für diese Themen. Deshalb würde ich dich bitten, einfach mal nach vorne zu kommen, damit auch wir dir noch einmal danken können, Hubertus, für all das, was du für die Partei, aber auch für die Themen der Partei, und zwar Arbeit und Soziales, geleistet hast.

(Starker Beifall)

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Lieber Hubertus, ein großes Dankeschön.

(Lang anhaltender Beifall)

Hubertus Heil:

Ihr habt doch keine Zeit. Die NRW-Delegation reist sonst morgen wieder früher ab. Hört mal auf! Ich danke euch ganz herzlich. Das ist total lieb. Dankeschön.

(Beifall)

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will als Nächstes Nancy Faeser ein großes Dankeschön für ihre Arbeit als Bundesinnenministerin sagen.

(Lang anhaltender Beifall)

Liebe Nancy, komm zu uns auf die Bühne. - Aber, liebe Nancy, ich will zwei Sachen auch noch sagen. Der Applaus ist auch da, ohne das zu sagen da, aber das ist mir wichtig. Ein Thema hat Olaf gerade in seiner Rede angesprochen, und das fällt mit deiner Zeit im Innenministerium zusammen: Die doppelte Staatsbürgerschaft. Das ist etwas - Olaf hat es gesagt -: Für uns, für Saskia und für mich, war klar in den Koalitionsverhandlungen, hier gibt es kein Zurück. Das ist eine der großen Errungenschaften. Das ist mir dir verbunden, das ist mit Olaf verbunden. Ich will auch sagen: Wir waren alle verdammt froh, dass wir endlich mit dir jemanden im Innenministerium hatten, die gesagt hat, das Problem in diesem Land ist der Rechtsextremismus, und der muss konsequent angegangen werden.

Liebe Nancy, vielen Dank für deine Arbeit als unsere Innenministerin.

(Lebhafter Beifall)

Und dann, liebe Genossinnen und Genossen, sitzt hier vorne Svenja Schulze, die ich auch auf die Bühne bitte.

(Lebhafter Beifall)

Svenja, zwei Legislaturperioden, einmal als Umweltministerin und dann als Entwicklungsministerin. Du hast in beiden Funktionen wesentlich die Debatten geprägt; ich will das sagen. In der ersten Funktion als Umweltministerin hast du dafür gesorgt, dass auch in unserer Partei verankert wurde, dass dieser alte Spruch, entweder Klima- oder Wirtschaftspolitik, überwunden wurde, dass wir alle heute wissen: Eine kluge Wirtschafts- und Industriepolitik ist auch eine kluge Klimapolitik. Andersherum ist das auch der Fall. Liebe Genossinnen und Genossen, das, was Svenja in unserer Partei verankert hat, das dürfen wir nie wieder aufgeben. Das muss immer klar sein.

(Beifall)

Svenja, das Zweite, was wir mit dir und mit deiner Arbeit im BMZ verbinden, ist der Blick auf den globalen Süden. Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, dieses Thema wird noch wichtiger werden. Es ist gut, dass Svenja den Anfang gemacht hat, aber ganz in diesem Sinne müssen wir weiter arbeiten, wenn es darum geht, die großen Länder des globalen Südens, die alle nach oben streben, eng an uns zu binden. Das sind riesige Potenziale. Es ist wichtig, dass wir das machen, liebe Svenja, und da hast du einen großen Verdienst. Es ist noch nicht bei allen in der deutschen Politik angekommen, aber in deiner Partei, in der Sozialdemokratie, steht das Thema ganz vorne. Ein großes Dankeschön für das, was du geleistet hast.

(Lebhafter Beifall)

Bärbel Bas, Parteivorsitzende:

Lieber Karl, ich bitte dich auch zu uns nach oben.

(Lang anhaltender Beifall)

Leute, Leute, lasst mich noch ein paar Worte sagen.

Karl Lauterbach:

Hört auf! Hört auf! Kämpft lieber für die Bürgerversicherung!

(Heiterkeit und Beifall)

Bärbel Bas, Parteivorsitzende:

Lieber Karl, du hast das Stichwort gerade gegeben. Wenn sich einer die Bürgerversicherung zum einen ausgedacht hat, konzipiert hat und bis heute dafür kämpft, dann bist das auf jeden Fall du, und du hast die Gesundheitspolitik in diesem Land geprägt. Was dich immer angetrieben hat, dass war, das Leben der Menschen besser zu machen, vor allen Dingen gesünder zu machen. Gut, dein eigener Ernährungsstil ist umstritten,

(Heiterkeit)

und es hat dir körperlich weh getan, wenn ich neben dir eine Currywurst mit Pommes gegessen habe. Aber du hast es tapfer ausgehalten.

Aber was ich auch sagen will bei allem Scherz: Wir kennen uns wirklich lange. Wir beide haben auch lange gemeinsam Gesundheitspolitik gemacht. Du hast dich nie gescheut, dich mit allen anzulegen. Du hast Reformen vorangetrieben. Du hast auch keine Rücksicht auf Lobbyisten oder auf Verbände genommen, sondern dich hat in der Tat immer angetrieben, dass die Menschen lange gesund leben. Vor allen Dingen das Thema - das hat dich umgetrieben, weil ganz viele Menschen, die eben nicht so viel Einkommen haben-, dass die Einkommensunterschiede einen Effekt auf ein gesundes Leben für die Menschen haben. Das das hat dich von Beginn an immer angetrieben.

Auch in der Corona-Pandemie - ich glaube, das wissen wir alle -: Du hast gestanden, du hast viel erklärt, du hast dafür aber auch viel aushalten müssen. Du hast bis heute einen sehr hohen Personenschutz. Du warst die Angriffsfigur schlechthin. Das durchzustehen, diese Angriffe, diesen Hass und diese Hetze, und trotzdem deine Themen voranzubringen, das war eine ganz starke Leistung, und du siehst, es wird honoriert. Ich wünsche dir auch für die Zukunft - egal, was du machst; da bin ich sicher - wirklich alles, alles Gute.

(Starker Beifall)

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, Klara Geywitz und Jörg Kukies sind heute leider nicht hier. Aber einer ist noch da, der gefühlt die ganze letzte Legislatur nicht geschlafen hat, sondern im Maschinenraum geackert hat, der das Kanzleramt geführt hat, der größte Sankt-Pauli-an, nicht nur hier im Raum, sondern, ich glaube, bundesweit. Lieber Wolfgang Schmidt, komm auch du zu uns auf die Bühne. Wir wollen uns gerne auch bei dir für deine Arbeit als Kanzleramtsminister bedanken.

(Lang anhaltender Beifall)

Lieber Wolfgang, ich will das noch einmal sagen, weil deine Rolle an vielen Stellen ja gar nicht so öffentlich sichtbar ist wie die von anderen Ministerinnen und Ministern. Aber du bist derjenige gewesen, der, glaube ich, den härtesten Job hatte, eine solche Regierung mit durchaus spannenden Koalitionspartnern zusammenzuhalten und zu koordinieren, die Themen, die Bälle in der Luft zu halten. Du hast das immer hervorragend gemacht. Vor allem, wenn jetzt über die Frage geredet wird, wie hat Olaf es 2021 eigentlich geschafft hat, Kanzler zu werden: Da ist natürlich ganz viel Verdienst

von Olaf dabei. Da haben Norbert, Saskia, Rolf und ich auch ein bisschen mitgeholfen, würde ich sagen, aber Wolfgangs Rolle ist dabei immer ein bisschen unterbewertet, will ich sagen. Deswegen sage ich hier sehr klar: Ich bin der festen Überzeugung, einen Bundeskanzler Olaf Scholz hätte es sehr wahrscheinlich ohne Wolfgang Schmidt nicht gegeben. Deswegen auch an dieser Stelle ein großes Dankeschön, lieber Wolfgang, für deine Arbeit, die du für uns und die SPD geleistet hast

(Anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, uns war es wichtig, einmal hier vorne denjenigen danke zu sagen, die in den letzten Jahren für uns, für unsere Partei in der Regierung Verantwortung getragen haben. Bärbel, Saskia und ich wollten einfach euch allen noch einmal ein großes Dankeschön sagen, ich glaube, im Namen von uns allen. Wir freuen uns auf die Strecke, die noch kommt, auf viele Parteitage, auf all das, was wir noch zusammen erleben werden. Aber für heute erst einmal ein großes Dankeschön an euch alle. Vielen Dank.

(Beifall)

Begrüßung Özgür Özel

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestern schon einen Gast in unseren Reihen begrüßt: Özgür Özel, den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei in der Türkei, der CHP. Lieber Özgür, ich will dich heute auch noch mal im Namen des gesamten Parteitags hier in unserer Mitte begrüßen. Du warst schon auf dem letzten Bundesparteitag und hast dort eine Rede gehalten. Wir freuen uns, dass du auch heute wieder hier auf diesem Parteitag bist, um ein klares Zeichen der engen Verbindung zwischen der CHP und der deutschen Sozialdemokratie zu zeigen. Lieber Özgür, herzlich willkommen auf unserem Parteitag! Schön, dass du da bist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht einfach nur ein Besuch unter Schwesterparteien, sondern es ist auch ein wichtiges Zeichen der internationalen Solidarität und des Miteinanders, dass Özgür heute hier ist. Ich will euch sagen, wir waren damals nach dem schweren Erdbeben in der Türkei mit einer Delegation der deutschen Sozialdemokratie in den Erdbebengebieten. Serpil Midyatli war mit dabei. Serdar Yücel war mit dabei. Wir sind dort mit einer Delegation der SPD gewesen - Nils Schmid war mit dabei -, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Wir haben danach einen Spendenaufruf in der Partei gestartet, weil wir dort eine Stätte für Kinder in den Erdbebengebieten gesehen hatten, die kein Spielzeug hat. Wir haben gesagt, wir werden doch wohl ein paar hundert Euro zusammenbekommen, um unsere Solidarität mit der

Türkei sehr konkret zu zeigen. Es sind damals knapp 30.000 Euro aus der SPD gespendet worden, und das war der Auftakt für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der SPD und der CHP.

Lieber Özgür, als du als Parteivorsitzender gewählt wurdest, haben wir gesagt, wir wollen diese Zusammenarbeit vertiefen. Wir wollen Wege suchen, wie unsere beiden Parteien noch enger in den Dialog, in die Kooperation und in den Austausch gehen können. Es war für mich als Parteivorsitzender etwas sehr Besonderes, als wir uns letztes Jahr in der Türkei getroffen haben und ein Partnerschaftsabkommen zwischen CHP und SPD unterzeichnet haben und dass wir jetzt in vielen Feldern der Politik eine Zusammenarbeit zwischen unseren Parteien ausbauen.

Ich erinnere mich, dass wir damals, als wir in der Türkei waren, auch Ekrem İmamoğlu, den Oberbürgermeister von Istanbul, getroffen haben. Das war ein beeindruckender Termin. Ich weiß, dass er in unserem Gespräch sagte: „Gerade läuft ein Gerichtsverfahren gegen mich, und vielleicht muss ich ins Gefängnis gehen, wenn die so entscheiden, wie es sich andeutet.“ Wir haben damals schon alle gedacht: Was ist das, was hier gerade passiert, dass auf einmal die politische Opposition damit rechnen muss, dass man ins Gefängnis geht? Und dann hat uns die Nachricht erreicht, dass unser Genosse İmamoğlu in der Tat inhaftiert wurde, dass er, kurz bevor er offiziell zum Präsidentschaftskandidaten der CHP ausgerufen werden sollte, inhaftiert wurde und sich jetzt, vorgestern, seit 100 Tagen in Haft befindet.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur die Herausforderung der Opposition in der Türkei.

(Beifall)

Das ist etwas, was uns alle betrifft, wenn Demokratinnen und Demokraten weggesperrt wurden, wenn die Opposition in Ländern wie der Türkei ins Gefängnis geht. Das ist etwas, wo wir als SPD hier auf dem Parteitag ein klares Zeichen der internationalen Solidarität und des Miteinanders setzen wollen.

Lieber Özgür, deswegen sind wir verdammt froh, dass du es heute auf unseren Parteitag geschafft hast. Du hast das Wort. Komm bitte auf die Bühne. Freundschaft, internationale Solidarität! Lieber Özgür, herzlich willkommen bei der SPD!

(Lebhafter Beifall)

Rede Özgür Özel
Özgür Özel, Parteivorsitzender CHP:

Liebe Bärbel, lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Ehre, heute zum zweiten Mal vor dem höchsten Gremium unserer Schwesterpartei SPD sprechen zu dürfen. Ich grüße euch mit den besten Wünschen, voller Respekt und Solidarität.

(Beifall)

Ich gratuliere Bärbel und Lars herzlich zur Wahl zu den Vorsitzenden der SPD und danke für alles Olaf.

Einen Monat nach meiner Wahl zum Vorsitzenden im November 2023 durfte ich bereits im Dezember in diesem Saal zu euch sprechen. Ich freue mich sehr, dass seither neue und starke Beziehungen zwischen meiner Partei, der CHP und der SPD, entstanden sind.

Das am 30. September 2024 unterzeichnete Memorandum ist ein sichtbarer Ausdruck dieser engen Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt, dass wir diesen gemeinsamen Weg entschlossen weitergehen werden. In meiner damaligen Rede habe ich vom Wandel innerhalb unserer Partei gesprochen. Der Wunsch nach Veränderung blieb dabei nicht nur ein Lippenbekenntnis. Bei den Kommunalwahlen im März 2024 wurde unsere Partei erstmals seit 47 Jahren wieder zur stärksten politischen Kraft in der Türkei gestärkt.

(Beifall)

Wir haben in sieben Regionen 65 Prozent der Bevölkerung und 80 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes repräsentiert, die Verwandlung der Kommunen übernommen. Seither liegt unsere Partei in allen Umfragen mit deutlichem Abstand vorne. Doch während unsere Partei einen positiven Wandel erlebt, hat sich die politische Entwicklung in der Türkei und in unserer Region leider in eine andere Richtung bewegt. Der Aufstieg der CHP hat die Regierung in große Panik versetzt. Seit Oktober vergangenen Jahres haben sie ihren Druck und die Angriffe gegen unsere Partei und gesellschaftliche Opposition massiv ausgeweitet.

Der Höhepunkt dieser Angriffe war der Putsch vom 19. März, ein Frontalangriff auf unsere Demokratie und den Willen des Volkes. Am 18. März wurde das 31 Jahre alte Universitätsdiplom unseres Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu für ungültig erklärt, um seine Kandidatur für das Präsidentschaftsamt zu verhindern.

In den frühen Morgenstunden des 19. März wurde er von hunderten Polizisten festgenommen. Am selben Tag, an dem er mit 15,5 Millionen Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde, wurde er inhaftiert.

Heute befinden sich neben Ekrem Imamoğlu zehn weitere Bürgermeister, Bürokratinnen, Journalisten, Anwälte, Vertreter der Zivilgesellschaft und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Regierung gestellt haben, in Haft.

Wir erleben einen der schwersten Angriffe auf die Demokratie in der politischen Geschichte unseres Landes. Doch trotz all dieses Drucks halten Millionen Menschen an ihrem demokratischen Willen fest. Seit dem 19. März haben wir in Istanbuls Bezirken und anderen Provinzen insgesamt 29 Kundgebungen abgehalten. Gemeinsam mit dem Volk protestieren wir jeden Mittwoch und jedes Wochenende gegen die Ungerechtigkeiten. Und wir werden damit nicht aufhören. Wir kämpfen bis zum Ende.

(Beifall)

Gerade in dieser aufgeregten Phase schätzen wir die Solidarität unserer Schwesterpartei SPD sehr und danken euch aufrichtig dafür. Diese Solidarität richtet sich nicht nur an die CHP, sie ist eine Solidarität an Millionen von Menschen in der Türkei, die sich unermüdlich für Demokratie einsetzen. Die Zusammenarbeit demokratischer und sozialdemokratischer Kräfte weltweit darf und kann nicht schwer sein als die Zusammenarbeit der Rechtspopulisten.

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz dieser schwierigen Umstände bleiben wir voller Hoffnung, denn wir haben nicht nur Recht, sondern auch Rückhalt und Kraft. Wir sind hoffnungsvoll, weil die demokratischen Kräfte in der Türkei auf dem Vormarsch sind. Wir sind hoffnungsvoll, weil das Volk mit wachsender Stimme nach Demokratie ruft. Wir sind hoffnungsvoll, weil die Gesellschaft, allem voran, unsere Jugend, und Druck der Regierung trotzen und entschlossen Widerstand leistet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, als Partei streben wir eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union an.

(Beifall)

Unser Ziel ist eine Demokratie auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit basierende Türkei, stabil entwickelt und mit gerechter Einkommensverteilung. Wir sehen unser Land als engen Freund, Partner und Verbündeten Deutschlands und als Teil der europäischen Familie.

(Beifall)

Die Türkei ist ein dynamisches Land. Es finden tiefe gesellschaftliche und politische Veränderungen statt. Das türkische Volk, insbesondere die junge Generation, verlangt

mit wachsender Entschiedenheit nach Wandel und Demokratie. Unsere Partei gibt dieser Forderung mit einer lebendigen, energischen Oppositionspolitik Ausdruck und Hoffnung.

Während die aktuelle Regierung versucht, ihre Macht gegen den gesellschaftlichen Wandel zu behaupten, steht unsere Partei mit erneuter Führung und junger Energie für die Zukunft der Türkei.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben in einer Zeit großer Unsicherheit. Die Demokratie ist weltweit bedroht. Geopolitische Spannungen nehmen zu, regionale Konflikte verschärfen sich. Unsere Region gleicht einem Feuer. In Gaza dauern Massaker an. Seit dem 8. Oktober 2023 wurden über 55.000 Menschen getötet. Die meisten davon Frauen und Kinder.

Im Norden in der Ukraine gehen die blutigen Kämpfe weiter, die bereits Zehntausenden das Leben gekostet haben. Im Süden blieb die Lage Syrien instabil und die Eskalation zwischen Israel und dem Iran, angeheizt durch die Intervention der USA, bedroht die gesamte Region. Wir rufen alle Seiten zur Besonnenheit auf. Wir fordern einen dauerhaften Waffenstillstand und hoffen auf Frieden und Stabilität. Solche Verstöße gegen das Völkerrecht dürfen sich nicht wiederholen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir teilen die Sicherheitsbedenken Europas. Für Europas Sicherheit ist es entscheidend, dass die Türkei als Demokratie und Rechtsstaat gestärkt wird. Denn eine demokratische Türkei stärkt auch die demokratischen Kräfte in Europa. In den Beziehungen zur Türkei wäre es ein fataler Fehler, kurzfristige wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Interessen über die Demokratie zu stellen und auf Flüchtlinge zu setzen statt auf demokratische Prinzipien. Unabhängig von der politischen Lage in der Europa-Türkei-Beziehungen hat unser Volk immer wieder bewiesen: Es ist nicht betroffen, es ist nicht bereit, die Demokratie auszugeben und es zeigt das auch heute wieder. Wenn wir diesen Kampf gemeinsam und solidarisch führen, werden wir stärker sein.

Zum Schluss möchte ich ein Zitat von Bertolt Brecht mit euch teilen, das ich in der Türkei oft wiederhole: Einer kann sich da nicht retten. Keiner oder alle.

Einer kann sich da nicht retten. Keiner oder alle. Kurtuluş yok tekbaşina, ya hep beraber, ya hiç birimiz.

(Beifall)

Einer kann sich da nicht retten. Keiner oder alle. Kurtuluş yok tekbaşina, ya hep beraber, ya hiç birimiz. Kurtuluş yok tekbaşina, ya hep beraber, ya hiç birimiz!

In diesem Sinne grüße ich euch herzlich - in Freundschaft, in Solidarität, in Hoffnung. Danke sehr. Wir werden kämpfen. Einer kann sich da nicht retten. Keiner oder alle. - Danke sehr.

(Lebhafter Beifall - Sprechchöre - Hochhalteschilder im Publikum mit der Aufschrift „Free Imamoglu“)

Abstimmung INI03, „Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Türkei, Freiheit für Ekrem İmamoğlu!

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Lieber Özgür, ich bin mir sicher, du nimmst den Eindruck von diesem Parteitag mit von unserer Solidarität mit dir und all den Mitgliedern unserer Schwesterpartei.

Wir wollen dir noch etwas anderes mitgeben, nämlich eine beschlossene Resolution. Ihr findet diese jetzt angezeigt in OpenSlides. Es ist der INI03, „Solidarität mit der demokratischen Opposition in der Türkei, Freiheit für Ekrem İmamoğlu!

Liebe Genossinnen und Genossen, an dieser Stelle bitte ich diejenigen, die dieser Resolution zustimmen möchten und können, um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist diese Resolution einstimmig beschlossen.

(Beifall)

Auch das nimm als Signal von unserem Bundesparteitag mit!

Liebe Genossinnen und Genossen, nach so viel Emotionalität, die auch hier die Sozialdemokratie ausmacht - ohne Herz geht ja Sozialdemokratie nicht -, müssen wir aber doch wieder in die Verfahren unseres Parteitages einsteigen. Wir haben gestern Wahlen auf den heutigen Tag verschoben, und mit diesem Block wollen wir jetzt weitermachen.

Bevor wir in die Wahl des Schatzmeisters einsteigen, würde ich aber als Erstes den Bericht unserer Mandats- und Prüfungskommission erbitten. Deshalb, Christin, hast du das Wort.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Guten Morgen auch von mir und der gesamten MPZK! Ich war gestern Abend nicht mehr unterwegs, aber meine Stimme klingt trotzdem so, wie sie ist. Deswegen hoffe ich, dass ihr mich gut verstehen könnt.

Wir sind ein paar Delegierte mehr geworden. Die maximale Anzahl von 600 Delegierten aus allen Landesverbänden und Bezirken haben wir erreicht. Herzlichen Glückwunsch! Schön, dass ihr alle da seid.

(Beifall)

Von 33 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes sind 30 da. Wir haben mit 304 anwesenden Frauen, auch wenn es komisch klingt, trotzdem eine Quote von 48,25 Prozent erreicht. Sie ist somit erfüllt. Wir sind beschlussfähig. Ich habe Bock. Ich hoffe, ihr auch. Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christin. - Wie angekündigt, steigen wir jetzt ein in die Wahl des Schatzmeisters, und ich darf Dietmar Nietan zu uns bitten, um sich dem Parteitag - wahrscheinlich unnötigerweise - vorzustellen. Aber du hast das Podium.

(Beifall)

Vorstellungsrede des Kandidaten zur Wahl des Schatzmeisters
Dietmar Nietan, Kandidat zur Wahl des Schatzmeisters:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, dass Özgür Özel am Schluss seiner Rede ein fantastisches Zitat gebracht hat. Dafür danke ich dir, lieber Özgür.

Alle oder keiner! - Ich bitte jeden und jede von euch, zu überlegen, ob wir dieser, wie ich finde, hervorragende Maxime von Bertolt Brecht in dem Verhalten auf dem Parteitag gestern gerecht geworden sind. Es wäre schön, wenn sich jeder mit dieser Frage einmal beschäftigt.

(Beifall)

Johannes Rau hat immer gesagt: Sagen, was man tut, und tun, was man sagt. - Wenn ich mir den Verlauf der Wortbeiträge gestern in der Generalaussprache anschaue und das Wahlverhalten danach, beschleicht mich der Verdacht, dass sich der eine oder die

andere das Zitat von Johannes Rau besser zu Herzen genommen hätte. Denn wenn man hier jemanden abstrafen will, dann hat man vorher in seinem Landesverband, in seinen Delegationen darüber zu sprechen und zu sagen: Ich kann den nicht wählen, weil es so nicht weitergeht. - Dann hat man das hier zu sagen, und dann muss man darüber diskutieren.

(Beifall)

Aber in der Anonymität einer geheimen Abstimmung das Mütchen zu kühlen, zeugt für mich nicht von Verantwortungsbewusstsein.

(Beifall)

Denn ein Parteitag ist nicht der Ort der Abrechnung, sondern ein Ort, wo jeder und jede von uns Verantwortung trägt für eine gute Zukunft der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es wurde gesagt, ich bin bekannt. Deshalb will ich es auch nicht verhehlen: Vor euch steht nicht die Verjüngung, aber vor euch steht die Veränderung. Als ich vor elf Jahren Schatzmeister wurde, bin ich in der gesamten Organisation, nicht nur im Willy-Brandt-Haus, auf eine Kultur der Verdrängung und des Vor-sich-hin-Schiebens gestoßen. Ich habe als eine meiner ersten Amtshandlungen die Kolleginnen und Kollegen der Schatzmeisterei gebeten, ein Baustellenkataster zu erstellen, wo aus ihrer Sicht wirklich Baustellen sind in der SPD. Da wurde ich gefragt, ob man denn auch *alles* aufschreiben dürfe. Ich war über diese Frage etwas überrascht und habe gesagt: Ja, selbstverständlich.

42 Baustellen haben wir damals gefunden. Ich weiß nicht, ob es gut ist oder schlecht, aber zwei Drittel der Baustellen haben wir lösen können. Dass es so lange dauert, dass wir das eine Drittel noch nicht hinbekommen haben, hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass wir noch einmal über dieses Motto hinter uns nachdenken müssten: Veränderung beginnt bei uns. - Und vielleicht sollte man auch sagen - jeder sollte es verinnerlichen-: Veränderung beginnt bei mir. Wenn wir das beherzigen, liebe Genossinnen und Genossen, kommen wir vielleicht auch etwas zielstrebiger und ohne gegenseitige Verletzungen in der dringend notwendigen Aufbauarbeit für unsere Partei voran.

(Beifall)

Ich erzähle das nicht, weil ich jetzt sagen will, ich hatte ja recht, sondern ich erzähle euch das, weil mir sehr schnell klar geworden ist, dass wir dringend Veränderungen in der SPD brauchen. Und natürlich habe ich die klassischen Fehler gemacht. Ich hatte das Gefühl, ich wüsste alles besser. Ich habe versucht, den Leuten zu erklären, wie die Welt geht, und habe mich dann gewundert, dass die nach diesen Beschimpfungen nicht gesagt haben: Toll! Danke, Dietmar! Genauso machen wir es. - Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, miteinander zu reden und vor allen Dingen einander zuzuhören.

Dass wir vieles geschafft haben auf dem Weg der Erneuerung, habe ich den vielen Genossinnen und Genossen zu verdanken, die mich kritisiert, aber nicht abgestraft haben, die mir zugehört haben, denen ich zugehört habe. Und weil wir so viel und so gut zusammen hingewirkt haben, kann ich sagen, dass die Organisation schon auf einem guten Weg ist. Aber wir müssen schneller und besser werden, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb noch einmal: Hier steht nicht die Verjüngung, aber hier steht jemand, der seit elf Jahren rackert und ackert, dass sich diese Organisation verändert, und zwar zum Guten hin. Und ich kandidiere wieder, weil ich das weiter tun will mit euch zusammen, weil es noch schneller und noch besser gehen muss, weil nur eine moderne SPD auch eine moderne Politik machen kann, und das schaffen wir nur zusammen. Alle oder keiner, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken, nicht nur bei der Kontrollkommission - das ist manchmal unangenehm, weil die mir wirklich sehr genau auf die Finger schauen; aber sie tun das immer fair -, aber ich möchte mich besonders bedanken bei Jessika Wischmeier. Mit Jessika arbeite ich seit vielen Jahren zusammen, und ich kann euch sagen: Jessika hat mich und die Organisation vor manchem Fehler bewahrt. Wir haben es wirklich geschafft, mit den Kolleginnen und Kollegen viel auf den Weg zu bringen, und das liegt auch viel an dir, liebe Jessika.

Ich danke sehr meiner Büroleiterin Ana Paula Rodrigues**,** die euch in einer stillen Stunde erzählen kann, wie das mit mir als impulsivem Rheinländer so ist, und die mich auch vor manchem Fehler bewahrt hat. Leider ist es ihr nicht immer gelungen, aber da bin ich auch selber schuld.

(Beifall)

Ich will mich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Schatzmeisterei bedanken, aber auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus und auch in besonderer Weise beim Betriebsrat und hier insbesondere bei Enrico, Jan, Laura, aber auch allen anderen. Nicht etwa, dass sich der Betriebsrat nicht oft über mich geärgert hätte - und

ich mich auch oft über manche Dinge im Betriebsrat. Das war nicht immer einfach, und das muss auch so sein; denn ich bin ja Arbeitgeber. Natürlich müssen die Kolleginnen und Kollegen die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen vertreten. Aber wenn es hart auf hart kam, wenn wir unangenehme Dinge tun mussten, dann hat am Ende der Betriebsrat, dann haben die Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus auch unangenehme Dinge mitgetragen, weil es ihnen so wichtig war, die Partei voranzubringen. Ich sage das mal so: An dieser Bereitschaft, auch selbst Opfer zu bringen und Dinge zu verändern, wie ich sie bei den Kolleginnen und Kollegen erlebe, kann sich manch ein Funktionär in der SPD eine Scheibe abschneiden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will zum Schluss deutlich machen, dass ich mich auch als politischer Schatzmeister sehe und in den Erneuerungsprozess auch inhaltlich einbringen will. Bitte erlaubt mir hierzu noch eine Ausführung, weil mich das umtreibt: Wir erleben überall, dass Destruktion, dass die Freude an brutaler Disruption Menschen begeistert. Dir sagen die Anhängerinnen und Anhänger von Donald Trump: Wir finden das nicht alles gut, aber dass er das jetzt mal alles kaputtschlägt, das ist richtig, das bringt uns nach vorne, dann kann man neu aufbauen. - Das ist natürlich Irrsinn. Aber wir müssen uns doch fragen, woher diese Destruktivität kommt. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, macht es manchmal auch Sinn, sich auf unsere Geschichte zu berufen. Die sollten wir nicht aus dem Auge verlieren.

Wie ist es gekommen, dass in der Arbeiterbewegung eine Strömung, die destruktiv, disruptiv war, sich nicht durchgesetzt hat, die nicht gesagt hat: „Wir zünden alle Fabriken an. Wir bringen alle Kapitalisten um“? Das hat was mit der DNA der SPD zu tun, weil die Sozialdemokratie der Teil der Arbeiterbewegung war und ist, der immer gesagt hat: Natürlich wollen wir die sozialistische Gesellschaft, aber als Erstes geht es um die Freiheit. - Beim Gothaer Parteitag vor 150 Jahren war einer der zentralen Punkte damals schon freie, allgemeine Wahlen an einem Sonntag, wo die Kolleginnen und Kollegen frei haben, für Männer und Frauen. Und weil die SPD darauf gesetzt hat, haben am 10. November 1919 im Circus Busch hier in Berlin 3.000 - meistens waren es Männer - Genossinnen und Genossen der Arbeiter- und Soldatenräte Karl Liebknecht ausgebuht und Friedrich Ebert zugejubelt - nicht, weil sie alles von der SPD richtig fanden oder die Kriegskredite richtig fanden. Sie haben Liebknecht unterbrochen mit den Worten „Einheit, Einheit, Einheit“. Daran sollten uns mal erinnern. „Alle oder keiner“, liebe Genossinnen und Genossen, das muss wieder unsere Stärke werden; denn wir werden gebraucht, um die Freiheit in der Welt und in unserem Land erneut zu verteidigen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, als protestantischer Christ im katholischen Rheinland muss ich irgendwie damit zurechtkommen, als verfolgte Minderheit auch Freude am Leben zu finden. Deshalb nenne ich euch an dieser Stelle ein Zitat von Dr. Martinus Luther: Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz. - Das trifft auch auf unsere Partei zu. Wann glauben wir daran, dass wir das schaffen können? Wann zeigen wir wieder, dass uns die Arbeit Spaß macht?

(Beifall)

Deshalb sage ich in Anlehnung an die Internationale, die wir leider hier auf dem Parteitag nicht singen: Die Miesepeter schiebt beiseite! Diese Welt muss unser sein. - Ich danke euch.

(Beifall)

Wahl des Schatzmeisters
Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Lieber Dietmar, ganz herzlichen Dank für deine Vorstellung, die uns gezeigt hat, dass wir nicht nur einen guten Finanzer als Schatzmeister haben, sondern tatsächlich einen ganz klugen, politisch denkenden Schatzmeister. Darauf sind wir stolz.

Da du wieder antrittst und ich aktuell keine Gegenkandidaturen vorliegen habe, können wir auch gleich in den Wahlgang starten. Ich rufe also die Wahl des Schatzmeisters auf.

Wir tun all das jetzt digital. Ihr kennt das Verfahren. Ihr kennt mittlerweile OpenSlides wie eure Westentasche. Alle, die es noch nicht gemacht haben, melden sich an bzw. wenn sie angemeldet sind, schauen sie, ob sie „anwesend“ gestellt sind, und gehen in den Autopiloten.

Es handelt sich bei dieser Wahl um eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Nach § 23 Absatz 4 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Uns liegt die Kandidatur von Dietmar Nietan vor, die der Parteivorstand vorgeschlagen hat.

Ich bitte, die Wahl im Autopiloten jetzt einzublenden. Auf dem Stimmzettel befindet sich für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung jeweils ein Kreis zum Ankreuzen

hinter dem Namen. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist.

Der Wahlgang ist hiermit eröffnet. Ich bitte euch um eure Stimmabgabe. Solltet ihr Probleme während des Wahlgangs haben - ihr kennt das Verfahren -, bitte die Karte aufzeigen, und helfende Menschen kommen zu euch, um die Probleme zu lösen.

Gibt es jemanden, der bei der Stimmabgabe ein Problem hat? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich an dieser Stelle den Wahlgang gerne schließen und gebe weiter an Kerstin.

Vorstellungsrede der Kandidatin zur Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Einen wunderschönen guten Morgen auch von mir! Wir machen direkt weiter mit der Wahl der Beauftragten beim Parteivorstand für die Europäische Union, und dafür wird sich Katarina Barley vorstellen. - Bitte sehr, Katarina.

(Beifall)

Katarina Barley, Kandidatin zur Wahl zur Verantwortlichen der SPD für die EU:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf mich heute wieder um das schönste Amt in unserer ohnehin schönen Partei bewerben, um das Amt der Europabeauftragten. Ihr kennt mich hoffentlich alle ein bisschen, und ihr kennt auch meine Leidenschaften und meine Schwerpunkte: Das sind Demokratie, Rechtsstaat und Europa.

Ihr habt in den letzten Jahren sehr viel von mir zu den autoritären Tendenzen in Europa gehört und was sich da alles so tut. Den Namen Viktor Orbán habt ihr mehr als einmal aus meinem Mund gehört, und ihr hört ihn auch heute. Denn ich möchte als Allererstes ganz herzliche solidarische Grüße zum Budapest Pride schicken, der stattfindet, obwohl er durch Viktor Orbán verboten wurde

(Beifall)

und wo viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heute an der Seite der ungarischen Community stehen.

Ich möchte persönlich eine Person grüßen, die hart gegen Viktor Orbán kämpft, deren Immunität deswegen schon aufgehoben worden ist: Die Vorsitzende der PES Women,

die heute hier ist, Zita Gurmai. Ich weiß nicht, wo sie gerade ist. Herzliche Grüße! - Da ist sie. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich will aus europäischer Sicht etwas zu unserer bisherigen Debatte sagen, was mir ein bisschen zu kurz kommt: In der letzten Bundestagswahl hat nicht nur die SPD sehr, sehr schlecht abgeschnitten. CDU und CSU haben ihr zweitschlechtestes Ergebnis eingefahren. Die Grünen sind weit hinter ihren Erwartungen geblieben. Die FDP ist ganz rausgeflogen. Gewonnen haben die politischen Ränder. So und ähnlich passiert das gerade überall in Europa und auch darüber hinaus. Es ist also offensichtlich kein exklusives SPD-Problem, und so sollten wir es auch nicht behandeln. Ich bin sehr froh darüber, dass Olaf die richtigen Worte dazu gefunden hat.

Wir müssen unsere eigenen Fehler analysieren und abstellen. Aber wenn wir nur auf uns selbst schauen und die Lösung nur in einer Veränderung von diesem oder jenem Parteiprogramm oder von Personen suchen, dann greifen wir zu kurz. Wir müssen die großen Veränderungen in der Welt betrachten und müssen darauf ganz neue Antworten finden.

(Beifall)

Wir sind selbstkritisch, und wir sind diskussionsfreudig. Das sind Eigenschaften, wegen denen ich in die SPD eingetreten bin und in keine andere Partei. Und ehrlich gesagt, vermisse ich das ein bisschen bei den Konservativen. Sie versuchen gerade in Europa, so zu tun, als wären sie diejenigen, die die Rechtsextremen einhegen könnten. Was sie nicht sagen: In manchen, teils auch in den großen Ländern sind sie arg geschrumpft, zum Beispiel in Frankreich. In manchen Ländern regieren sie und lassen sich dabei von Rechtsextremen wählen oder tolerieren. Und in anderen halten sie Autokraten den Steigbügel, so wie in Italien.

Auch im Europäischen Parlament hat sich der Wind gedreht seit der letzten Wahl. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind hier; ich sehe manche wie Tobias; ich glaube, es sind fast alle da. Es gibt nach der letzten Wahl im Europäischen Parlament nur noch zwei Möglichkeiten, Mehrheiten zu bilden. Das eine ist die demokratische Mehrheit, die wir immer hatten, und das andere sind die Konservativen mit den Rechtsextremen. Und von einer Brandmauer kann nicht mal mehr im Ansatz die Rede sein. Inzwischen werden unglaublich viele Entscheidungen mit dieser Rechts-Rechtsaußen-Mehrheit gefällt. Unter dem Deckmantel „Bürokratieabbau“ geht es dem Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dem Klimaschutz, der Entwicklungszusammenarbeit, den Minderheiten an den Kragen und vor allen Dingen auch den Rechten der Frauen.

Ich sage das hier noch mal ganz deutlich - wir sehen es auch in den USA -: Die Rechte von Frauen sind nicht in Stein gemeißelt, und deswegen rufe ich vor allen Dingen die Frauen auf. Gerade wir müssen diese Bewegung leiten. Wir müssen uns gegen die Autoritären wehren. Wenn wir es nicht tun, dann sind wir unsere Rechte früher oder später nämlich los.

(Beifall)

Ich weiß, es scheint immer weit weg, aber schaut hin! Und da ich jetzt auch die Gelegenheit habe, einmal zu allen versammelten Medien zu sprechen: Schauen Sie hin, was in Europa passiert! Erstens, weil es sich direkt auswirkt auf das, was hier Recht wird, auf das, was hier passiert, und zweitens, weil wir sehen können, wo die Entwicklungen hingehen. Die Antidemokraten, die tun sich zusammen, die treffen sich, die lernen voneinander. Steve Bannon tourt mit seinen autokratischen Rezepten. durch ganz Europa, durch die ganze Welt. Aber am Ende - und davon bin ich fest überzeugt - sind wir stärker. Denn unsere Werte sind die richtigen Werte: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Und ich möchte hinzufügen, was Olaf hinzugefügt hat: Respekt.

Schaut zum Beispiel in die USA. Dort sind es genau diese Werte, die jetzt mit der Abrissbirne zertrümmert werden. Da wird deutlich, wovor wir in Europa die ganze Zeit schon warnen. Was Autokraten den Menschen dort wegnehmen, sind ganz grundlegende Rechte, von denen man nie geglaubt hätte, dass sie einem genommen werden könnten: das Recht auf Bildung, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Freiheit.

Schaut in die Welt! Wo die Autokraten regieren, stehen die Menschen auf und erkämpfen sich die Freiheit wieder - früher oder später überall. Am Ende ist die Freiheit stärker, die Gerechtigkeit, die Solidarität. Aber wir müssen nicht zurück zu alter Stärke, sondern wir müssen uns den Veränderungen in der Gesellschaft stellen und auf der Basis unserer Werte neu auf die Menschen zugehen. Ich will das tun.

Jetzt habe ich eine gute und eine schlechte Nachricht: Wir können und aus meiner Sicht müssten das alle tun. Denn das ist kein politisches Problem mehr. Wir werden nicht mit der einen oder anderen Maßnahme diese Wählerschichten wieder ansprechen können. Es ist inzwischen ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es ist ein Problem des überdrehten Neokapitalismus, Neoliberalismus. Es ist ein Problem der Vereinzelung, die zum Teil gezielt herbeigeführt wird, die aber auch durch die sozialen Medien praktisch überall Einzug hält. Es ist ein Problem, dass die Menschen glauben, sie seien total auf sich allein gestellt. Das können wir als Politik nicht mehr alleine aufbrechen. Denn für viele von denen sind wir „die da oben“, sind wir Altparteien, sind wir etwas, was sie nicht mehr anerkennen, dem sie auch nicht mehr zuhören. Deswegen ist meine große Bitte:

Europafeinden müssen wir alle mit unserer Leidenschaft für Demokratie und für Frieden entgegentreten. Es gibt so viele Wege, das zu tun, indem man sich organisiert - natürlich zuallererst in der SPD -, aber vielleicht auch bei Pulse of Europe, in der Europa-Union, bei „Omas gegen Rechts“. Wir haben ganz tolle Arbeitsgemeinschaften Europa in dieser Partei. Und wer eine gründen möchte: Ich helfe gern dabei.

Macht Europa sichtbar, bei euch vor Ort, anhand von Förderprojekten, die da stattfinden, durch Veranstaltungen, von mir aus auch mit Public Viewing beim ESC. Lasst uns gemeinsam Europa hierherholen und zu einem Ort der Begegnung, der Verständigung, der Freundschaft und des Friedens machen! Denn nur Europa ist unsere Zukunft. - Danke schön.

(Beifall)

Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union
Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, liebe Katarina, und auch vielen Dank für dein leidenschaftliches Engagement für Europa.

Wir kommen jetzt zur Wahl der Verantwortlichen beim Parteiverstand für die Europäische Union. Ich rufe diesen Wahlgang auf.

Wir verwenden wieder OpenSlides. Ihr seid da schon echt super drin; es klappt echt gut. Geht deshalb bitte wieder alle in den Autopiloten. Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 der Wahlordnung. Nach § 23 Absatz 4 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Uns liegt die Kandidatur von Katarina Barley vor, die vom Parteiverstand vorgeschlagen wurde und die ihr eben gehört habt.

Jetzt bitte ich, die Wahl im Autopiloten einzublenden. Ich bitte darum, dass alle sich hinsetzen und dass diejenigen, wie immer, ihre Karte hochheben, die ein Problem haben. Der Stimmzettel ist jetzt im Autopiloten erschienen. Ihr könnt „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ wählen. Nur einen Kreis ankreuzen, bitte.

Ich sage noch einmal: Der Wahlgang läuft jetzt. Wer Unterstützung braucht, möge bitte die Hand hochheben mit dem Kartenzeichen. Die anderen mögen sich möglichst hinsetzen, damit die Kolleginnen und Kollegen von der Technik sehen, wo Hilfe benötigt wird. Ich schaue mich mal um. - Ich sehe gerade niemanden, der die Karte hochhält. - Doch, hier vorne an der Seite gibt es ein Problem.

Gibt es noch irgendwo ein Problem mit der Technik, mit dem Wahlgang? - Kannst du die Karte noch mal hochhalten? - Gibt es sonst noch irgendwo ein Problem? - Nur ein einziges. Mensch, wir werden immer besser. Ihr werdet immer besser. Hinten links meldet sich noch jemand. - Es ist jemand da. Wunderbar.

Der Wahlgang läuft. Nur einen Kreis ankreuzen, bitte. - Es trudeln immer noch weiter Stimmen ein; das ist gut. - Da vorne ist noch jemand zugange.

Wir fragen noch einmal, ob es weiterhin noch Bedarf gibt, hier vorne an der Seite. - Der hessische Wissenschaftsminister rennt zu seinem Stimmzettel. Ich nenne keine Namen, Timon.

Ich schaue mich noch einmal um. - Das Problem hier vorne existiert weiter. Ist hinten links das Problem gelöst? Wenn nicht, hebt bitte noch einmal die Hand. - Da hebt sich keine Hand mehr. Dann warten wir noch hier vorne auf euch. - Das ist auch gelöst. Wunderbar.

Dann gehe ich davon aus, dass alle abstimmen konnten, die abstimmen wollten. Ein paar sind anscheinend noch draußen. Aber jetzt ist die letzte Chance, bei der Wahl der EU-Beauftragten mitzuwählen. Und wenn jetzt keiner mehr abstimmt und keine Probleme da sind, dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Mitglieder der MPZK, das Ergebnis festzustellen und uns im Anschluss mitzuteilen. - Vielen Dank.

Wir haben ein Ergebnis bei der Wahl des Schatzmeisters. Da gibt es einen kleinen Wechsel in der MPZK, und da wird uns Jonas Hoffmann das Ergebnis der MPZK vortragen.

(Beifall)

Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters

Jonas Hoffmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe die Ehre, das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt zu geben. Es wurden 563 Stimmen abgegeben. Von diesen waren alle gültig. Mit Ja haben 432 gestimmt, mit Nein 81, und es gab 50 Enthaltungen. Das ergibt eine Zustimmung von 76,73 Prozent. Dietmar, herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, lieber Jonas. - Ich frage Dietmar Nietan: Nimmst du die Wahl an?

Dietmar Nietan:

Jetzt erst recht.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

„Jetzt erst recht“, sagt er. Wunderbar. Vielen Dank, lieber Dietmar. - Damit haben wir den Schatzmeister wiedergewählt, und ich darf für unseren nächsten Tagesordnungspunkt an Oliver übergeben.

Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Rede unseres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Matthias Miersch. Matthias, wir freuen uns auf deine Rede. Du hast das Wort.

(Beifall)

Matthias Miersch, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Liebe Genossinnen und Genossen! „Man muss begeistert sein, um große Taten zu vollbringen.“ Dieses Zitat stammt von Kurt Schumacher. Kurt Schumacher hat vor 80 Jahren in meinem Wahlkreis in Wennigsen die SPD nach der dunkelsten Geschichte Deutschlands wiedergegründet. Ich stelle dieses Zitat ganz bewusst an den Anfang meiner Rede, weil ich glaube, dass wir alle überlegen müssen und in uns gehen müssen: Wie kann dieser Funke der Begeisterung entstehen, gerade in diesen Zeiten? Ich sage das ganz bewusst, lieber Olaf. Du hast eben gemerkt, welche Euphorie in diesem Saal war. Aber ich glaube, es ist umso wichtiger, nicht nur wenn jemand etwas nicht mehr ist, tatsächlich diese Euphorie zu haben, sondern die Begeisterung auch zu haben, wenn es schwer ist, wenn jemand regiert und die Solidarität braucht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist so: Die Bundestagsfraktion besteht aus 120 Kolleginnen und Kollegen, die sich jeden Tag für die Sozialdemokratie engagieren. Diese Genossinnen und Genossen brauchen jetzt eure Unterstützung und eure Solidarität, gerade in einer Großen Koalition, wo Menschen mit uns regieren, die viele Dinge völlig anders sehen als wir, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, ich kenne die Debatten und die schmerzhaften Kompromisse, die wir jetzt eingehen müssen. Aber ich sage ganz bewusst auch hier: Die letzte Bundestagswahl hat ein Ergebnis gebracht, nach dem theoretisch Kräfte eine Mehrheit hätten, die all das, für das wir stehen, nicht teilen. Dieses Parlament hätte theoretisch die Mehrheit, die Arbeitnehmer*innenrechte, für die wir Jahrzehnte gestritten haben, aufzuheben; das müssen wir immer wieder sagen. Deswegen sind wir in die Verantwortung gegangen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich kann euch auch sagen: Diese Koalitionsverhandlungen waren alles andere als einfach. Als jemand, der viele Jahre als stellvertretender Fraktionsvorsitzender Klima- und Umweltpolitik in diesem Land gemacht hat, sage ich: Es ist Gott sei Dank so, dass die Atomkraft keine Renaissance in diesem Land mehr hat. Sie ist Geschichte. Auch das ist nicht selbstverständlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich höre, dass einige fragen - auch und gerade Kommentatoren -: Wird die SPD noch gebraucht? Denen sage ich: Wenn die Sozialdemokratische Partei in diesem Land nicht regieren würde, keine Verantwortung übernehmen würde, dann würde dieses Land unsozialer sein. Deswegen haben wir eine verdammte Verpflichtung, jetzt dieses Land mitzugestalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben etwas geschafft, und das ist ehrlicherweise das, was mich begeistert, weil ich dafür viele, viele Jahre auch gestritten habe. Es geht nur, Zusammenhalt zu organisieren, wenn wir einen Staat haben, der handlungsfähig ist. Olaf hat zu Recht darauf hingewiesen: Das Thema Handlungsfähigkeit hat uns in der Ampel zum Bruch gebracht, weil die FDP wollte, dass Güter, dass Werte gegeneinander ausgespielt werden. Wir haben durch die Verfassungsänderung und das Sondervermögen die Voraussetzungen geschaffen, dass wir jetzt handeln können und dass nicht Werte gegeneinander ausgespielt werden können, dass Zusammenhalt, Zukunft, aber auch

Verteidigungsfähigkeit zusammen möglich sind. Damit haben wir Voraussetzungen geschaffen, die für die nächsten Jahre elementar sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber - und das gehört dazu - wir werden auch schwere Kompromisse mit realisieren. Wir haben am letzten Freitag das Thema Familiennachzug in diesem Parlament beschlossen. Das ist ein Kompromiss, der uns nicht einfach gefallen ist. Aber er steht im Koalitionsvertrag, und über 80 Prozent der Genossinnen und Genossen haben sich für diesen Koalitionsvertrag, auch mit diesen schweren Kompromissen, ausgesprochen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich halte es für inakzeptabel, dass Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion nach dieser Abstimmung auch aus den eigenen Reihen in einer Form agitiert werden, die nicht zu tolerieren ist. Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt brauchen wir auch da Unterstützung. Denn wir haben mehrheitlich für diesen Koalitionsvertrag gestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

All denen von Grünen und Linken, die jetzt ganz locker reden und keine Verantwortung tragen, sage ich: Ja, dieser Kompromiss führt dazu, dass diese Regel zwei Jahre existiert. Andere wollten sie unbefristet. Auch das haben wir durchgesetzt. Auch das muss man sagen. Ich kann gut an der Seitenlinie stehen und kritisieren. Aber wenn ich gestalte, dann habe ich zumindest den Gestaltungsspielraum, dass es nicht noch schlimmer wird. Insofern ist das ein wichtiger Kompromiss, den wir hier eingegangen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber Begeisterung kriege ich nicht durch die Kompromisse; das ist mir klar. Deswegen muss diese Bundestagsfraktionen immer wieder deutlich machen, wo die Punkte sind, für die wir Wahlkampf gemacht haben, für die wir an die Bürgerinnen und Bürger gegangen sind und die wir jetzt realisieren. Deswegen wünsche ich mir, dass wir alle zusammen auch auf diese Dinge stolz sind. Ich will mal einen Punkt sagen: Wir haben nicht nur den Kompromiss des Familiennachzugs in dieser Woche beschlossen, sondern wir haben auch die Mietpreisbremse beschlossen. Das ist ein sozialdemokratisches Kernanliegen gewesen, weil wir so Millionen Mieterinnen und Mieter schützen können. Das wäre ohne die Sozialdemokratie jetzt nicht möglich, liebe Genossinnen und Genossen, und darauf müssen wir hinweisen.

(Beifall)

Ebenso haben wir im Wahlkampf für den sogenannten „Made in Germany“-Bonus gefochten, dass Unternehmen unterstützt werden, wenn sie hier in Deutschland investieren. Das sind Milliarden, die wir jetzt in die deutsche Wirtschaft geben. An dieser Stelle sage ich all denen, die immer wieder sagen, der Markt regelt das schon: Es ist ganz spannend, dass es die Wirtschaftsunternehmen selbst sind, die sagen: Nein, ihr müsst uns auch helfen. - Daher haben wir, die Sozialdemokratie, ebenfalls in dieser Woche den Investitionsbooster beschlossen, weil wir so den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern und ihm helfen, wenn es um Schwierigkeiten geht, die jetzt gerade aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen entstehen. Das ist auch ein sozialdemokratischer Erfolg, den wir diese Woche im Parlament beschlossen haben, auf den wir stolz sein können und über den wir reden müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber richtig ist: Die nächsten dreieinhalb Jahre werden herausfordernd. Wir haben ein Gegenüber, das in vielen Dingen die Sachen anders sieht als wir. Deswegen gilt es, die Balance zu finden. Auf der einen Seite wollen Bürgerinnen und Bürger, dass jetzt etwas passiert in diesem Land, dass wir uns nicht zerstreiten, sondern dass wir tatsächlich Kompromisse schmieden, die die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar spüren, und dass Handlungsfähigkeit besteht und nicht nur Streit. Das wird die Balance sein, die wir brauchen: dass wir auf der einen Seite unser Profil deutlich machen und auf der anderen Seite aber auch versuchen, diesen Koalitionsvertrag und die darin enthaltenen Dinge tatsächlich umzusetzen.

Deshalb sage ich ganz deutlich: Das heißt, auch Flagge zu zeigen, wenn ein derzeitiger Außenminister in den eigenen Reihen dafür kritisiert wird, dass er Diplomatie ernst nimmt. Liebe Genossinnen und Genossen, kein Gespräch ist umsonst. Kein Versuch der Diplomatie ist umsonst. Wir stehen in dieser Koalition dafür, dass dieser Außenminister weiter die Diplomatie als Hauptpunkt setzt. Das ist wichtig in diesen Zeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, das sind Symbole. Aber Symbole - Katarina hat auf Budapest hingewiesen - sind wichtig. Ich sage es ganz deutlich: Die Entscheidung von Julia Klöckner, dass Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsverwaltung als diese nicht mehr beim CSD mitmachen dürfen, halte ich für grundfalsch.

(Beifall)

Wir können sie nicht revidieren. Aber ich gehe davon aus, dass all die Ministerien, in denen Genossinnen und Genossen jetzt die Verantwortung haben, dies wettmachen

und unsere Auffassung von Unterstützung der Politik und von Vielfalt deutlich machen, auch bei den CSDs, wo sie die Möglichkeit dazu haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es werden dreieinhalb anstrengende Jahre. Aber ich bin mir sehr sicher, liebe Bärbel, lieber Lars und lieber Tim, dass die Begeisterung, von der ich sprach, und die Unterstützung nur funktionieren wird, wenn Regierung, Fraktion und Partei zusammen an einem Strang ziehen. Das sichere ich euch im Namen der gesamten Bundestagsfraktion zu. Dabei wird es immer wieder darum gehen, auch zu justieren, wie wir auf der einen Seite die Alltagspolitik formulieren und Beschlüsse im Parlament fassen, aber auf der anderen Seite das Visionäre niemals vergessen.

Ich habe in meiner Antrittsrede vor der Fraktion gesagt: „Wer Visionen hat, gehört in diese SPD-Bundestagsfraktion“, weil mir eines wichtig ist: Die Alltagspolitik ist das eine. Du wirst aber nicht dafür gewählt, dass du abhaken kannst, wir haben das gemacht, und wir haben das gemacht. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, vor uns liegt etwas viel, viel Größeres, und wir haben das eben auch in den Reden gehört. Diese Welt ist in einem rasanten Umbruch. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie in diesen Zeiten gefragt ist wie lange nicht. Denn der Zusammenhalt auf dieser Welt und in dieser Gesellschaft steht auf dem Spiel. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Diese dreieinhalb Jahre werden wir im deutschen Parlament dafür nutzen, dass Zusammenhalt und Zukunft feste Werte in diesem Land bleiben. In diesem Sinne freue ich mich auf eure Unterstützung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Lieber Matthias, vielen Dank für deine Rede. Ich denke, dass ich im Namen aller sagen kann, dass wir dich bitten, den Dank für die Arbeit der Bundestagsfraktion an die Fraktion zu übermitteln. Herzlichen Dank für deine Rede.

Ich möchte, bevor ich der Mandatsprüfungs- und Zählkommission die Gelegenheit gebe, das Ergebnis zur Wahl der EU-Beauftragten vorzutragen, einmal darauf hinweisen, dass wir im Anschluss, unmittelbar danach, die Rede von Saskia Esken hören werden. Deshalb bitte ich euch, sofern ihr im Saal seid, nicht rauszugehen, wie ich es da links sehe, sondern in den Saal zu kommen, damit wir gleich die Rede von Saskia entgegennehmen

können. Als kleine weitere Motivation kann ich sagen, dass wir direkt danach in den ersten Wahlgang für die weiteren Mitglieder des Parteivorstands eintreten werden.

Jetzt komme ich aber zum Ergebnis der Wahl der EU-Beauftragten und bitte die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis vorzutragen. - Christin.

Ergebnis der Wahl der Verantwortlichen des Parteivorstandes für die Europäische Union

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Katarina, ich freue mich, dir dein Ergebnis zur Wahl als Verantwortliche beim Parteivorstand für die Europäische Union mitzuteilen und es bekannt zu geben. Es wurden 540 Stimmen abgegeben. Alle waren gültig. Mit Ja haben 498 gestimmt, mit Nein 34, und es gab 8 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 92,22 Prozent.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an die MPZK. - Ich würde dich, Katarina, fragen, ob du die Wahl annimmst.

Katarina Barley:

Sehr gerne.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Dann danken wir dir. Herzlichen Glückwunsch und eine gute Führung im Amt! - Ich übergebe jetzt an Doris.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt gehört, dass wir jetzt etwas sehr Wichtiges vor uns haben. Es wäre wirklich sehr, sehr schön, wenn ihr alle im Saal sein könntet, wenn wir Saskia verabschieden. Bevor wir das tun und als Überleitung sage ich: Film ab!

(Videoeinspieler - Starker Beifall)

Rede Saskia Esken

Saskia Esken:

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Vielen, vielen Dank. - Erst einmal ganz herzlichen Dank an alle, die zu diesem wundervollen Film beigetragen haben. Ich finde ihn wirklich sehr wertschätzend. Danke!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß noch wie heute, wie ich vor sechs Jahren hier das erste Mal vor euch stand. Das war ein sehr besonderer Moment für mich. Viele kannten mich nicht. Meine Kandidatur und vor allem die Entscheidung der Mitglieder war für viele eine Überraschung. Ich habe euch von meiner Kindheit in einem sozialdemokratischen Elternhaus erzählt. Ich habe euch von meiner Empörung über das Misstrauensvotum gegen Willy Brandt erzählt. Ich habe euch von meinem frühen Engagement in einem linken Jugendverband erzählt, von meiner Prägung in der Friedenspolitik, im Kampf gegen rechts. Ich habe euch von meinem beruflichen Weg erzählt, von der Paketbotin, der und Kellnerin bis in die Softwarebranche, und wie ich genau daraus meine Motivation beziehe, dafür zu kämpfen, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können und dass dass ein solidarischer Sozialstaat an ihrer Seite steht. Denn das, liebe Genossinnen und Genossen, sind die Kernaufgaben der Sozialdemokratie.

(Beifall)

ich habe in einer Zeit Verantwortung für diese Partei, für diese großartige, stolze Partei übernommen, die keine leichte Zeit war. Wir hatten 2019 bei der Europawahl eine herbe Niederlage erlitten. Bis auf 12 Prozent fiel damals die Zustimmung in den Sonntagsfragen. Die politische Konkurrenz und die Medien hatten uns abgeschrieben. Und auch in den eigenen Reihen haben viele die Hoffnung verloren.

Doch wir haben den Turnaround geschafft. Zwei Jahre später haben wir mit mehr als 25 Prozent die Bundestagswahl gewonnen und haben Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt.

(Beifall)

Wie haben wir das denn gemacht? Es ist schon wichtig, dass man sich das in Erinnerung ruft. Olaf und Klara, Norbert und ich, wir sind nach dem Wettbewerb um den Vorsitz aufeinander zugegangen. Wir haben nicht zugelassen, dass die SPD in zwei Hälften zerfällt. Der Zusammenhalt war es, der uns die Kraft gegeben hat, uns rauszukämpfen

und die SPD wieder zum Erfolg zu führen. Und genau so müssen wir es auch wieder tun, liebe Genossinnen und Genossen.

Dir, lieber Olaf, will ich meinen ganz persönlichen Dank sagen, für eine Zusammenarbeit, die von tiefem Vertrauen geprägt war und von einem klaren gemeinsamen Ziel: Das bessere Morgen für die vielen. Du warst mein Kanzler, und wir haben eine Menge zusammen erreicht.

(Beifall)

Ich danke dir, Olaf, für dein warmes Herz und deinen kühlen Kopf, vor allem in stürmischen Zeiten. Ich danke dir für deine Haltung, ich danke dir für deine Treue zur Sozialdemokratie, und ich danke dir für deine Freundschaft.

(Beifall)

Mit deiner Vision einer Respektsgesellschaft, in der jeder Mensch für sein Leben, seine Leistung, seine Einzigartigkeit den gleichen Respekt verdient hat und erfährt, haben wir das Vertrauen und die Zustimmung vieler, vieler Menschen gewonnen. Doch leider hat die Ampel dieses Vertrauen wieder verloren, mit den Nachwirkungen der Pandemie, dem Ukraine-Krieg und nicht zuletzt mit dem unerträglichen Streit zwischen den Koalitionspartnern.

Ja, das Ergebnis der Bundestagswahl 2025 ist bitter. Die Ziffer 16,4 ist bitter. Noch viel bitterer ist die Breitbeinigkeit, mit der die AfD jetzt im Parlament auftritt. Ich will euch an dieser Stelle eines versprechen: Solange die SPD existiert, werden wir den Kampf gegen diese Menschenfeinde weiterkämpfen, und wir werden ihn gewinnen.

(Beifall)

Deshalb bin ich auch froh und dankbar, dass ihr morgen über einen Initiativantrag zur Vorbereitung eines AfD-Verbotsverfahrens beratet.

(Beifall)

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, mit einer AG „Wehrhafte Demokratie“ genau zu dieser Einigung zu kommen. Vielen Dank an alle, die mitgewirkt haben.

(Beifall)

Der Wahlausgang war auch deshalb bitter, weil er uns zu Gesprächen über eine erneute Große Koalition verdammt hat, mit einer CDU/CSU, die wir im Wahlkampf hart bekämpft haben, und zwar aus guten Gründen.

Es sei in den Gesprächen nicht immer einfach gewesen mit mir, hat Herr Merz mir zum Abschied gesagt. Das sollte es auch nicht.

(Lebhafter Beifall)

Aber ich finde, auch wenn uns manches schmerzt - und davon haben wir gestern Vormittag im Bundestag eine Sache erlebt -, haben wir eine Menge herausgeholt. Wir haben eine Menge herausgeholt für die Menschen und für die SPD.

Die neue Regierungsverantwortung darf uns aber nicht davon abhalten, zu analysieren, wo und weshalb wir auf der Strecke das Vertrauen der Menschen verloren haben. Sowohl Olaf als auch Katarina haben vielen dazu gesagt, was da auch an internationalen Interessen gegen uns steht, internationale Kapitalinteressen, die progressive Regierungen ganz klar auch bekämpfen. Aber dennoch müssen wir sagen, wir müssen uns verändern, damit es besser wird. Ich habe mich deshalb nach sechs Jahren an der Spitze dieser wunderbaren Partei dazu unentschieden, dieser Veränderung Raum zu geben.

Es war mir eine große Ehre.

(Beifall)

Es war sogar die Ehre meines Lebens, Vorsitzende dieser stolzen Partei zu sein. Die sechs Jahre an ihrer Spitze waren eine prägende Zeit für mich, und ich glaube, auch für die SPD. Ich bin auf vieles stolz, was wir erreicht haben. Wir haben Siege gefeiert. Wir sind durch schwierige Zeiten gegangen. Aber ich habe nie den Mut verloren und immer die Zuversicht behalten - das ist auch heute noch so -, weil ich an diese Partei glaube, weil ich an Euch glaube,

(Beifall)

weil ich Eure Unterstützung immer gespürt habe.

Ich bin in diesen Jahren viel in der Partei herumgekommen, und es erfüllt mich wirklich immer wieder mit Stolz, wie engagiert, wie vielfältig, wie solidarisch Sozialdemokratie an der Basis gelebt wird.

Ich danke den vielen Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und Kreisverbänden, in den Arbeitsgemeinschaften und Initiativen, die ich kennenlernen und mit denen ich zusammenarbeiten durfte.

Ganz besonders den Jusos bin ich dankbar.

(Beifall)

Ihr belebt die Sozialdemokratie mit euren Debatten, mit eurer Kritik. Immer wieder erinnert Ihr uns daran, für wen wir die Zukunft gerecht gestalten. Danke, dass ihr in schwierigen und in guten Zeiten immer den Draht zu mir gehalten habt. Es ist eine kritische, es ist eine offene, es ist eine wirklich gute Freundschaft, und dafür will ich herzlich danke sagen.

(Beifall)

Lieber Philipp, ich wünsche Dir persönlich und ich wünsche deinem Verband alles, alles Gute und viel Erfolg.

Mein besonderer Dank gilt den Menschen, die diese wunderbare Partei zu ihrem Beruf gemacht haben, nicht zuletzt im Willy-Brandt-Haus. Wir haben in den vergangenen sechs Jahren wenig normale Zeiten erlebt, und ihr habt unfassbar viel auf die Beine gestellt in dieser Zeit. Ich danke euch für euer Herzblut, für eure Arbeit und für eure Leidenschaft.

(Beifall)

Das gilt besonders für mein engeres Team. Ihr habt Tag für Tag an meiner Seite gestanden. Ihr habt mir Mut zugesprochen oder habt mir auch mal die Leviten gelesen, wenn es nötig war. Ihr habt vieles von dem überhaupt erst möglich gemacht, was ich als Vorsitzende für die SPD tun durfte. Ihr habt unfassbar Großes geleistet, und ich bin euch persönlich, aber auch im Namen der SPD zu tiefem, tiefem Dank verpflichtet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gehe nicht mit Wehmut, sondern ich gehe mit Dankbarkeit, mit Stolz auf diese Partei und auf das, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

Ich freue mich riesig, den Staffelstab in der Doppelspitze an die wunderbare Bärbel Bas übergeben zu können.

(Beifall)

Du, liebe Bärbel, hast mich in den vergangenen vier Jahren als unsere Bundestagspräsidentin an jedem einzelnen Tag verdammt stolz gemacht.

(Beifall)

Mit deiner Biografie, mit deiner klaren Aussprache, mit deinen Haltungen und mit deiner Herzlichkeit bist du eine wahre Sozialdemokratin, und du wirst eine großartige Vorsitzende sein.

Lieber Lars, unsere Zusammenarbeit währt jetzt auch schon viele, viele Jahre in den unterschiedlichsten Zusammensetzungen. Wir waren nicht immer derselben Meinung, aber wo wir uns einig waren, das war immer ganz klar: Wir sind davon überzeugt, die SPD kann nur dann stark sein, wenn sie ihre Verschiedenheit lebt und in ihrer Verschiedenheit zusammenhält. Dafür will ich dir danke sagen, Lars.

(Beifall)

Danke für dein Vertrauen, danke für deine Arbeit und viel Erfolg.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratische Partei hat sich in ihrer über 160-jährigen Geschichte immer wieder neu erfunden, ohne auch nur ein einziges Mal ihren Namen aufgeben zu müssen. Das ist unsere Partei. Wir sind Teil dieser Veränderung. Wir bestimmen, wo es mit der SPD hingeht.

Das ist ein starker Auftrag an uns alle. - Vielen herzlichen Dank und Glück auf!

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Ich danke Euch. Glückauf.

Verabschiedung Saskia Esken
Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Saskia, der Applaus und die Standing Ovations zeigen, dass alle hier im Raum wissen, was Sie dir als unserer Vorsitzenden zu verdanken haben. Bärbel und ich haben das gestern auch in unseren Reden schon gesagt. Du hast es gerade angesprochen, und auch der Film hat es gezeigt. Das war ja damals etwas ganz Neues, als du kandidiert hast und die Mitglieder entschieden haben, wer an der Spitze der Partei stehen wird. Es gab ja nicht wenige - das will ich auch mal sagen, die damals gesagt haben, jetzt bricht die SPD auseinander. Du und Norbert gegen Olaf und Klara. Ich glaube, das, was du gerade noch einmal beschrieben hast und was Olaf auch erzählt hast, dass ihr vier euch dann als Team auch mit anderen verbündet habt und gesagt habt, ihr macht die SPD wieder stark, das ist etwas, liebe Genossinnen und Genossen, was niemand hier unterschätzen sollte, was das für eine Kraft entfaltet hat, und diese Kraft hat am Ende im Jahre 2021 ins Kanzleramt geführt. Liebe Saskia, das ist dein großer Verdienst als Vorsitzende, dass du

diese Schritte gegangen bist, um unsere Partei zusammenzuführen und zu einer neuen Stärke auch ins Kanzleramt zu führen. Ein herzliches Dankeschön dafür!

(Beifall)

Und weil das jetzt gar nicht noch lange Reden von Bärbel und mir sein sollen, will ich an dieser Stelle nur sagen: Auch du bekommst ein Geschenk von uns. Du hast gerade in deiner Rede auf Willy Brandt hingewiesen, was für eine Bedeutung hatte. Das ist ein Bild eines Künstlers, von Rainer Fetting, der aus Wilhelmshaven, also aus Niedersachsen, kommt, aber mittlerweile in Berlin lebt und der Willy Brandt in ganz unterschiedlichen Facetten versucht, in diesem Bild zu zeigen. Du kennst das Bild. Du hast es dir auch gewünscht; das darf ich sagen. Aber uns war es wichtig, nachdem deine politische Laufbahn auch mit Willy Brandt ganz zentral verbunden ist, dir dieses Bild zu schenken und dir ein großes Dankeschön zu sagen für deine Arbeit als unsere Vorsitzende. Ich bin sehr stolz, dass ich diese lange Strecke bisher mit dir gehen durfte. Es wird noch weitergehen. Aber vielen, vielen Dank für die Zusammenarbeit und ein großes Dankeschön noch einmal von uns allen. Danke.

(Beifall - Saskia Esken wird ein Gemälde überreicht)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dieser wirklich sehr schönen Verabschiedung für Saskia sind wir in einem emotionalen Moment, und zu emotionalen Momenten gehört es auch, dass wir unsere Geburtstagskinder hier auf dem Parteitag begrüßen. Deswegen darf ich an dieser Stelle heute einen ganz besonderen Gruß senden an Udo Zapf - ihr dürft auch klatschen -,

(Beifall)

an Michael Hüttner, der heute Geburtstag hat,

(Beifall)

an Martin Rapke, der bei uns ist, obwohl er Geburtstag hat,

(Beifall)

an Servet Köksal,

(Beifall)

an Svenja Diedrich,

(Beifall)

an Florian Blumenstein und an Gina Ostertag. Herzlichen

Herzlichen Glückwunsch! Vielen Dank, dass ihr heute bei uns seid und uns die Ehre erweist, euren Geburtstag mit uns zu verbringen.

Ich darf an dieser Stelle auch weitere Gäste begrüßen, ganz besonders und namentlich Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Herzlich willkommen auf dem Parteitag der SPD!

(Beifall)

Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist bereits angekündigt, dass wir jetzt zu einem sehr wichtigen Punkt auf diesem Parteitag kommen, nämlich zu den Wahlen zum Parteivorstand. Und wie es immer bei Wahlen ist, zumal, wenn sich das Verfahren jetzt ändert, weil wir von der Einzelwahl bzw. der verbundenen Einzelwahl auf die Listenwahl übergehen, muss ich euch noch einmal einige Dinge vorab sagen. Ich glaube, es wäre wirklich gut, weil sich das vom bisherigen Wahlverfahren unterscheidet, wenn ihr mir jetzt sehr aufmerksam zuhören könntet.

Ich rufe also die Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands auf. Wir verwenden auch hier OpenSlides. Das hat sich nicht geändert. Das heißt, es hat sich auch nicht geändert, dass ihr jetzt bitte noch einmal guckt, ob ihr auf „anwesend“ steht, denn sonst könnt ihr eure Stimme nicht abgeben. Wie das mit dem „anwesend“ geht, das wisst ihr längst: Das ist der Button „anwesend“ oben rechts. Dann geht ihr in den Autopiloten.

Der Parteivorstand besteht aus bis zu gemäß § 23 Abs. 1 Organisationsstatut aus 34 Mitgliedern. Als Erstes möchte euch das Tagungspräsidium empfehlen, die Zahl von 34 auch zu wählen. Aber dazu brauchen wir und möchten wir eure Zustimmung erfragen. Ich frage also, wer zustimmt, dass wir die Zahl von 34 Mitgliedern in den Parteivorstand wählen, und bitte um das Kartenzeichen.

(Zuruf)

- Nein, ich empfehle jetzt erst einmal die 34, weil es um die Gesamtzahl geht, und daraus ermittelt sich dann die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer. Also, ich bleibe bei meiner Frage: Wer stimmt dem zu, dass der Parteivorstand 34 Mitglieder hat? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich. - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand sind daher jetzt noch 24 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Jetzt kommt der entscheidende Punkt: Bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer handelt es sich gemäß § 23 Abs. 3 i. V. m. § 23 I 1 f Organisationsstatut um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung, also um ein anderes Verfahren als bei den bisherigen Wahlgängen. Die Stimmzettel sind demnach nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidierende angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. In Zahlen heißt das, ihr dürft höchstens 24 Kandidatinnen und Kandidaten wählen, und ihr müsst mindestens zwölf Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Neinstimmen und Enthaltungen sind in diesem Verfahren nicht möglich.

Ihr wisst auch, dass nach unserem Organisationsstatut der Parteivorstand insgesamt quotiert sein muss. Die bereits gewählten Mitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Bei einer Gesamtzahl von 34 Mitgliedern bedeutet das, dass jeweils mindestens 14 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen.

Bei der Listenwahl sind die Kandidierenden mit absoluter Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidierenden des überrepräsentierten Geschlechts nur bis zur Höchstquote von 60 Prozent gewählt, die Kandidierenden des unterrepräsentierten Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl wie der oder die erste nicht Gewählte der anderen Gruppe.

So, das war jetzt ein bisschen kompliziert. Wie gesagt, ein anderes Verfahren. Deshalb wollte ich noch einmal die Regel vollständig klarstellen. Deswegen frage ich noch einmal ganz ausdrücklich: Bestehen Fragen zum Wahlverfahren? - Wir stellen fest, das ist nicht der Fall.

Dann darf ich bitten, die Wahl im Autopiloten einzublenden. - Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich hinter dem jeweiligen Namen ein Kreis zum Ankreuzen. Noch einmal: Ihr müsst mindestens zwölf und dürft höchstens 24 Stimmen abgeben, also Kreuze machen.

Nachdem das bei allen angekommen ist, eröffne ich hiermit den Wahlgang.

Gibt es irgendwo noch Unterstützungsbedarf? - Ich will euch jetzt nicht von der wichtigen Aufgabe ablenken, zu wählen, aber ich denke, die allermeisten haben es erledigt, bis auf die Fälle, wo es jetzt noch ein kleines Problem technischer Art gibt. Ich

will euch schon einmal darauf hinweisen, dass im Anschluss an diesen ersten Wahlgang den Bereich Wirtschaft aufrufen werden, sodass sich bitte die Rednerinnen und Redner, die sich dazu gemeldet haben, schon einmal darauf einstellen können.

Ich will an dieser Stelle ein Zweites tun. Paul Bahlmann steht hier vorne. Er hat ganz viele Kolleginnen und Kollegen durch die Reihen laufen. Ich will einmal diesem Supporterteam ein herzliches Dankeschön sagen. Ich macht das super!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn wir manchmal einen Moment bei der Abstimmung hängen, weil noch etwas geklärt werden muss, ist es um so viel als jede andere Form der Abstimmung. Das ist schon toll und erspart uns wirklich viel Zeit.

Jetzt frage ich aber wirklich das allerletzte Mal: Hat noch jemand ein technisches Problem? - Nein, das ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen, und ich bitte die Mitglieder der MPZK, das Ergebnis festzustellen und uns im Anschluss mitzuteilen.

Wie bereits angekündigt, machen wir jetzt mit dem Antragsbereich Wirtschaft weiter, und Josephine übernimmt.

Antragsberatung über den Bereich Wirtschaft - und INI10 und den INI15
Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Doris. - Ich rufe jetzt die Anträge des Antragsbereichs W01 bis W05 - Wirtschaft - und den INI10 und den INI15 auf.

Für den Bericht aus der Antragskommission rufe ich den Berichterstatter für den Bereich, Kaweh Mansouri, auf und bitte ihn auf die Bühne.

Kaweh Mansoori, Antragskommission:

Genossinnen und Genossen, ich bitte um Entschuldigung. Ein Teil der Delegation wollte ein Foto machen, und gleichzeitig soll das Votum der Antragskommission vorgetragen werden.

Genossinnen und Genossen, ich will kurz in den Antragsblock einführen. Es ist ja gestern schon deutlich geworden, dass die Frage, wie wir den Wohlstand der breiten Mitte verteidigen, wie wir Arbeitsplätze in unserem Land nicht nur sicher, sondern auch neue schaffen, wie wir eben die Wertschöpfungsketten der Zukunft ansiedeln, eine der zentralen Fragen ist, zu denen sich die SPD auch auf diesem Parteitag positionieren soll.

Dafür liegt eine ganze Reihe von Anträgen vor. Wir haben vor dem Hintergrund der Bedeutung dieses Themas bewusst auch euch den Vorschlag zu unterbreiten, in einigen Fragen auch eine Positionierung in der Sache vorzunehmen und nicht nur die klugen Hinweise aus den Verbänden für die weitere Arbeit weiterzuverweisen.

Es gibt drei Themen, auf die ich im Besonderen hinweisen aus den insgesamt fünf Anträgen und zwei Initiativanträgen. Das sind zum einen der W03 und der INI15. Da dreht es sich um das Thema Stahl. Gerade nach den besorgniserregenden Nachrichten aus Bremen, aus Eisenhüttenstadt, gerade da, wo sich ArcelorMittal positioniert hat, ist es, glaube ich, wichtig, dass von diesem SPD-Parteitag das klare Signal ausgeht, dass die Arbeitsplätze, dass grüner Stahl, dass Industrie in Deutschland einen Platz haben und dass die SPD auch dafür kämpfen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen rufen wir in der Sache mit diesen Anträgen auch die Bundesregierung auf und ermutigen auch die Bundeswirtschaftsministerin, endlich einen Stahlgipfel einzuberufen und Antworten zu geben.

(Beifall)

Der zweite Antrag, auf den ich hinweisen will, ist der W01. Da ging es ursprünglich nur um die Zukunft von Ford in Köln. Wir würden vorschlagen, die Hinweise der Kölner SPD zum Anlass zu nehmen, um uns insgesamt zum Hochlauf der Elektromobilität zu positionieren, gerade auch, weil es am Ende auch einen Weg zeichnet für die Automobilindustrie in Köln, aber auch in ganz Deutschland. Das will ich auch ausdrücklich als hessischer Wirtschaftsminister sagen. Auch da schlagen wir eine Positionierung in der Sache vor, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, das ist meine Delegation, die auf das Foto wartet.

Der dritte wesentliche Antrag kommt aus Nordrhein-Westfalen und dreht sich um das Miteinander von Wirtschaft, von Beschäftigten und von Politik. Wir werden die Antwort nicht allein geben, sondern es braucht ein sozialpartnerschaftliches Miteinander, und es braucht auch die Instrumente, um den Weg in die Zukunft, um den Wandel zu beschreiben mit Transformationsfonds, aber am Ende nicht zum Nulltarif, sondern mit Standortgarantien, mit Jobgarantien, mit Tarifbindung, mit all dem, was die DGB-Vorsitzende gestern eingefordert hat. Auch da schlagen wir euch eine Positionierung in der Sache vor.

So viel wäre es von meiner Seite zu den Voten der Antragskommission. Wir freuen uns jetzt auf die Beratungen, und ich mache jetzt schnell noch ein Foto. - Danke schön.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kaweh, für deinen Bericht, der mit großem Applaus honoriert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es gehört: Die Antragskommission empfiehlt euch die Anträge W sowie die Anträge INI10 und INI15, entsprechend der euch vorliegenden Voten, wie sie in OpenSlides hinterlegt sind, zu beschließen.

Wir kommen jetzt zur Aussprache dazu. Als Erster hat das Wort Timo Ahr aus dem Saarland.

Timo Ahr, Saarland:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich will mich außerordentlich bedanken, dass so viele Landesverbände mitgemacht haben bei diesem Antrag, denn er ist notwendig. Unser Stahl hat Zukunft, und ich werde so lange hier stehen, bis wir es geschafft haben, dass wir dafür gesorgt haben, dass der Stahl auch Zukunft hat. Denn ohne Stahl kein Strom, keine Mobilität, keine Infrastruktur. Die Stahlindustrie ist nicht irgendeine Wirtschaftsbranche. Nein, sie ist der Industriezweig, das Rückgrat unserer Industrie und das Fundament, das Arbeitsplätze und Wertschöpfung in diesem Land sichert. Millionen von Menschen sind von dieser Industrie abhängig, und wir werden dafür kämpfen, dass sie auch eine Zukunft hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

87.000 Menschen in Deutschland. Allein im Saarland hängen 30.000 Menschen genau an dieser Industrie. 40 Prozent der saarländischen Unternehmen hängen an der Stahlindustrie, und dafür müssen wir uns einsetzen. Der Druck auf die Industrie wächst. Dumpingzölle, Strafzölle, Handelskriege, aggressive Subventionswettbewerbe und vieles, vieles mehr.

Ich will noch einmal klar betonen: Die SPD steht zur Transformation, nicht aus Nostalgie, sondern weil wir wissen: Jeder Euro, der in grünen Stahl fließt, schützt die Jobs und schützt das Klima, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Idee davon.

(Beifall)

Wir sind die Partei der Arbeit. Deshalb will ich auch das noch mal klarmachen: Kein Strukturwandel ohne die Beschäftigten. Wir wollen mehr Montanmitbestimmung statt weniger. Wir schützen die Tarifverträge, und wir kämpfen dafür, dass die Standorte in Deutschland bleiben und dass die Unternehmen sich auch zu diesem Land und diesen Menschen bekennen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will auch noch einmal klar sagen, dass wir allen Kolleginnen und Kollegen, die gerade kämpfen, die jeden Tag Angst um ihren Job haben, solidarisch an der Seite stehen. Wir sind viele - das zeigt dieser Antrag -, und das ist auch gut so.

Ich will aber auch sagen, dass die CDU in der Vergangenheit gesagt hat, dass sie die Partei der Wirtschaft ist. Dann muss sie jetzt auch die Wirtschaft unterstützen, und zwar auch die Industrie. Sie muss jetzt handeln. Wer immer nur sagt, dass er sich für die Wirtschaft einsetzt, am Ende aber nichts macht, na ja, dann ist klar, dass das ein Märchen war. Der jetzige Bundeskanzler hatte ja auch schon ein komisches Verhältnis zur Stahlindustrie während der Wahl. Die Wirtschaftsministerin, sie muss handeln. Sie muss die Menschen, sie muss die Industrie zusammenbringen. Das ist ihre vordringliche Aufgabe - jetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will die SPD an dieser Stelle noch mal hervorheben. Es sind immer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind, die sich dafür einsetzen, mit Bundesratsinitiativen, mit Anträgen, mit Impulsen zu grünen Leitmärkten, Wasserstoffhochlauf, günstigere Energiepreise und mit vielem mehr. Das sind wir, die das machen. Das ist nicht die CDU.

Ich will sagen, dass viele IG-Metallerinnen und IG-Metaller heute hier haben, aber auch Menschen der Wirtschaftsvereinigungen und andere. Es sind verschiedene Perspektiven, aber diese Perspektiven, diese Menschen und diese Organisationen teilen ein Ziel: Grüner Stahl. Er muss Zukunft haben. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, jetzt zu handeln - für die Menschen, für den Wohlstand, für dieses Land. Wir werden gemeinsam rangehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen. - Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Timo. - Als Nächste spricht Sarah Philipp aus dem Landesverband NRW. Danach kann sich Andreas Bovenschulte bereitmachen.

Sarah Philipp, Nordrhein-Westfalen:

Ganz herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. - Lieber Timo, du hast schon viel über die Bedeutung dieses Antrags, dieses Themas gesagt. Ich bin sehr dankbar, dass wir das gemeinsam hier mit vielen anderen auf den Weg bringen können.

Ich bin aus Nordrhein-Westfalen. Ich bin Duisburgerin, und wer aus Duisburg kommt, der weiß, wenn der Hochofen kalt wird, dann geht es nicht nur um Zahlen, dann geht es nicht nur um irgendeine Bilanz, sondern dann geht es um Existenzen und um die Zukunft von ganz vielen Familien. Diese Sorge ist derzeit bei uns in Duisburg, in Nordrhein-Westfalen, ganz real spürbar und ganz präsent jeden Tag. Aber eben nicht nur in Duisburg, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern diese Angst und diese Sorge ist überall da, wo Menschen arbeiten, da, wo Industrie seit vielen, vielen Jahrzehnten Heimat ist, und da, wo der Wandel jetzt vor der Tür steht. Bei Thyssenkrupp Steel bei uns in Duisburg, in Nordrhein-Westfalen und an vielen Standorten in meinem Wahlkreis, bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann, bangen gerade Tausende von Menschen um ihre Arbeitsplätze.

Aber sie stehen stellvertretend für ganz, ganz viele, für all die Menschen, die nicht wissen, ob sie im Wandel noch mitgedacht werden oder am Ende einfach hinten runterfallen. Für all die Menschen, die das eben nicht wissen, braucht es die SPD, für die braucht es eine Sozialdemokratie, die ganz klar sagt: Wir gestalten den Wandel, aber wir lassen auch niemanden zurück, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist wichtig, und dieses Zeichen muss auch ganz klar von uns kommen.

(Beifall)

Wir gestalten den Wandel. Wir schauen aber eben auch nicht zu, wenn Arbeitsplätze wackeln. Wir kämpfen dafür, dass sie bleiben und dass sie in Zukunft besser werden. Deswegen haben wir in den letzten Tagen hier - das ist jetzt gerade auch so wichtig in diesen Tagen, in diesen Zeiten - ganz viel über notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur gesprochen. Dabei gilt eben auch: Es ist richtig, dass wir jetzt diese 500 Milliarden Euro haben. Aber wir brauchen nicht nur das Geld. Wir brauchen dafür eben auch unseren Stahl hier aus Deutschland. Wir brauchen ihn für so viele Bereiche: Für die Bahn, für den Klimaschutz, für all die vielen Maßnahmen. Deswegen ist es so wichtig, da jetzt auch ein Zeichen zu setzen.

(Beifall)

Ich bin auch froh, dass wir als SPD gerade auch im Bund, gerade auch mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen, wo auch viele von uns dabei gewesen sind und mitgearbeitet haben, da auch geliefert haben und im Koalitionsvertrag auch schon viele Punkte verankert haben. Wir haben da festgesetzt: Eine klare, eine aktive Industriepolitik, massive Investitionen in klimaneutrale Stahlproduktion, den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur, Förderprogramme für Beschäftigung, Tarifbindung, Mitbestimmung. All diese Punkte waren uns wichtig, und die haben wir auch in diesem Koalitionsvertrag noch einmal unterstrichen, auch wenn es nicht immer einfach gewesen ist, das zu verhandeln. Es ist eben unser sozialdemokratischer Fortschritt und dieser Umgang mit konkreter Politik.

Aber ich will auch sagen - das will ich hier noch einmal ganz klar für die NRW-SPD sagen -: Im Bund haben wir geliefert. Das muss jetzt schnell umgesetzt werden. Aber diese Politik braucht auch starke Partner auf Landesebene. Wir sehen überall dort, wo die SPD in den Ländern regiert, ob das in Bremen ist, im Saarland, in Niedersachsen, in Brandenburg, da wird der Wandel aktiv gestaltet. Deswegen sagen wir auch noch einmal hier aus Nordrhein-Westfalen heraus: Herr Wüst, der Ministerpräsident, muss auch in Nordrhein-Westfalen klare Farbe zum Stahl bekennen und für eine aktive Industriepolitik. Auch das ist uns hier heute wichtig.

(Beifall)

Wir bitten um Unterstützung für diesen Antrag und sind der festen Überzeugung, dass es unsere Aufgabe hier ist. Das soll ein starkes Zeichen sein für grünen Stahl, für die Zukunft des Stahls und für die Zukunft des Industrielandes, für uns alle. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Wir haben heute noch einen langen Tag vor uns. Deswegen sage ich das jetzt einmal für alle, die noch reden werden: Hier vorne gibt es eine Uhr. Die seht ihr. Da sind 3 Minuten eingestellt. Wir werden relativ hart durchgreifen, damit wir alle heute Abend pünktlich zum Parteiabend kommen.

Als Nächstes spricht Andreas Bovenschulte aus Bremen.

Andreas Bovenschulte, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen, seit 100 Jahren wird in Bremen Stahl hergestellt. Schon häufig wollte man uns die Hütte dichtmachen. Das haben wir bisher immer verhindert. Heute hängen 10.000 Arbeitsplätze in unserem kleinen Land direkt oder indirekt an der Stahlindustrie, und die Herausforderungen in Bremen sind wie überall anderswo. Wir müssen dafür sorgen, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre der Übergang zu grünem Stahl gelingt. Warum? Nicht nur aus ökologischen Gründen. Die Hütte in Bremen ist verantwortlich für 50 Prozent des CO_2-Ausstoßes im Land. Auch aus ökonomischen Gründen ist das alternativlos. In fünf Jahren sind die CO_2-Preise so hoch, dass nur grüne Stahlproduktion ökonomisch noch sinnvoll ist in Deutschland, und das ist auch richtig so, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was ist nun in Bremen passiert? Wir haben den Übergang zu grünem Stahl in den letzten drei Jahren intensiv vorbereitet. Der Bund hat Fördermittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt. Das Land hat Fördermittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung gestellt. Der Förderbescheid lag auf dem Tisch, und dann hat ArcelorMittal als internationaler Konzern vor anderthalb Wochen Knall auf Fall entschieden: Wir gehen diesen Weg nicht mit. Wir verabschieden uns in Bremen, in Eisenhüttenstadt und in ganz Europa vom Weg der ökologischen Transformation. Wir verabschieden uns vom Weg des grünen Stahls.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht akzeptabel. Wenn wir den Weg der grünen Transformation gehen wollen, dann kann kein internationaler Konzern sich hinstellen und sagen: Das machen wir nicht. Wer in Deutschland und in Europa Geschäfte mit Stahl machen will, der muss sich verdammt noch mal auch auf den Weg der grünen Transformation machen. Sonst wird das nichts, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb muss jetzt eines klar sein: Es muss ein ganz klares Zeichen gesetzt werden: Liebe Managerinnen und Manager, so geht das nicht. Ihr müsst euch auf den Weg machen. Und natürlich ist es auch die Aufgabe der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen dafür herzustellen. Schutz vor billigem Importstahl, weg mit unfairen Exportzöllen und ein niedriger Industriestrompreis, dazu müssen wir alle Kräfte bündeln, nicht nur in Bremen oder Eisenhüttenstadt, auch in Duisburg, im Saarland, bei Salzgitter; denn wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, um die Transformation zu grünem Stahl erfolgreich fortzuführen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Ich erwarte von der Bundeswirtschaftsministerin, dass sie nicht länger in den Kulissen steht und sich das interessiert anguckt, sondern dass jetzt aktiv gehandelt wird, dass ein nationaler Stahlgipfel einberufen wird und dass dort die klaren Weichen für die Zukunft gestellt werden, denn, liebe Genossinnen und Genossen: Stahl hat Zukunft!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächste Lena Teschlade aus NRW das Wort. Danach kann sich Matthias Disterheft bereitmachen.

Nina Teschlade, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Transformation unserer Industrie ist eine gewaltige Herausforderung, aber auch eine Riesenchance, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Die SPD macht dieses Thema zu ihrem Schwerpunkt, weil wir für unsere Beschäftigten, für unsere Industrie und für unsere Zukunft kämpfen. Wir stehen fest an der Seite der Beschäftigten in der chemischen Industrie, in der Stahlindustrie, aber auch im Mittelstand und im Handwerk. Wir werden es nicht zulassen, dass dort die Jobs verlorengehen. Wir setzen alles daran, dass die Industrie in Deutschland bleibt, und wir wollen die heimische Produktion stärken. Die Unterstützung, die wir bereitstellen, die ist notwendig, aber sie darf kein Freifahrtschein für reine Gewinnmaximierung sein, bei der die Interessen der Beschäftigten auf der Strecke bleiben.

(Beifall)

Wir brauchen klare Spielregeln, damit das Geld dort ankommt, wo es hingehört: Bei den Beschäftigten und bei den Unternehmen, die hier unsere Zukunft sichern. Deshalb ist es höchste Zeit, einen echten New Deal zu schmieden zwischen Unternehmen, Politik und den Sozialpartnern aus unseren DGB-Gewerkschaften.

(Beifall)

Wir fordern eine gemeinsame Verantwortung, damit unsere Industrie, damit unsere Unternehmen nicht abwandern oder die Transformation nicht überleben. Das bedeutet, wer Fördermittel bekommt, muss sich verpflichten, den deutschen Standort zu sichern

und die Beschäftigten hierzulande zu schützen. Es darf nicht sein, dass Gewinne privatisiert werden, während Verluste verstaatlicht werden.

(Beifall)

Wir lassen es nicht zu, dass die Profite der wenigen auf die Kosten der vielen gehen. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, um jede Fabrik, um unsere industrielle Stärke zu halten. Wenn wir für die Absenkung des Strompreises kämpfen, wenn wir Förderzusagen erkämpfen wie bei ThyssenKrupp - Sarah Philipp hat es gesagt -, dann muss das an klare Bedingungen geknüpft sein, und diese müssen wir einfordern. Es muss eine klare Zusage geben: Deutschland bleibt Industriestandort, und die Arbeitsplätze bleiben hier. Deshalb möchte ich euch um Unterstützung zu unserem Initiativantrag bitten. - Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lena. - Das Wort hat jetzt Matthias Disterheft vom AfA-Bezirk Braunschweig. Danach kann sich Kurt Fischer bereitmachen.

Matthias Disterheft, Braunschweig:

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man zum gleichen Thema als Fünfter redet, dann denkt man: Was machen wir dann überhaupt noch? Ich will einmal auf eine ganz wichtige wirtschaftliche Entwicklung hinweisen. Jeder kennt sie: Es war Telefunken, es war Grundig, und wir hatten Unterhaltungselektronik im Röhrenfernseher. Wir haben es damals versäumt, zu kämpfen. Und heute? Wo schaut ihr rein? In eine Technologie, die wir in Deutschland überall brauchen, ob in der Automobilindustrie, ob im Stahlwerk, ob die Stühle, auf denen ihr sitzt - überall ist Metall drin. Wir müssen dafür kämpfen, und wir müssen stark sein, damit wir die Industrie, die ein Schlüssel für die Zukunft ist, hier in Deutschland nicht verlieren.

Deswegen sagen wir auch als AfA und auch im Land Niedersachsen: Unsere Stahlindustrie muss erhalten bleiben. Sie muss gefördert werden. Wir tun zurzeit alles dafür. Wir machen die grünen Stromleitungen, wir bringen den Wasserstoff in die Bereiche, in die Standorte, wir sichern die Arbeitsplätze, wir machen Transformationsnetzwerke in der ganzen Bundesrepublik. Das ist die Stärke, die die SPD hat, und die sollte uns auch bewegen. Sie sollte uns auch jedes Mal daran erinnern:

Wenn wir für die Industrie nicht kämpfen, dann schauen wir heute und jetzt alle in die Handys. Deswegen ist es wichtig, und deswegen rufen wir auch dazu auf: Wir kämpfen für einen Industriestandort für Stahl, wir kämpfen für einen Industriestandort Automobilindustrie, wir kämpfen für einen Industriestandort für das Handwerk, wir kämpfen für einen Industriestandort, der unseren Kindern eine Zukunft gibt.

Deswegen ist es für uns wichtig: Unterstützt den Antrag. Macht mit und guckt auch, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort machen, was die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen sind, helft ihnen, die Transformation zu gestalten. Das ist unsere Parole. Deswegen: Glück auf für Stahl! - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat Kurt Fischer aus dem Landesverband Brandenburg das Wort. Bereitmachen kann sich schon einmal Jens Peick.

Kurt Fischer, Brandenburg:

Guten Tag zusammen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es auch ganz kurz machen und mich für die Brandenburger Delegation und für den Brandenburger Landesverband ganz herzlich beim Landesverband Saarland und auch bei allen Stahlländern bedanken, dass wir diese wichtige Initiative heute am Samstag zu so einer prominenten Uhrzeit miteinander diskutieren. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich danke euch.

(Beifall)

Wir hatten heute vor einer Woche unseren Landesparteitag. Zwei Tage vorher hat uns die Nachricht von ArcelorMittal erreicht, dass trotz groß angekündigter Bundesförderung das Wasserstoffprojekt in der Stahltransformation eingestellt wird. Ich bin Lars Klingbeil dankbar, dass er zwei Tage später bei unserem Landesparteitag war, und seine erste Initiative und sein erster Anruf bei uns war: Können wir uns nicht mit den Leuten, mit den Betriebsratsvorsitzenden, mit dem IG-Metall-Chef von ArcelorMittal zusammensetzen? Denn weil wir als Sozialdemokratie sind diejenigen, die klar für Industriepolitik stehen, für eine aktive Industriepolitik, die dafür stehen, dass wir unsere Industrie in Deutschland bewahren und stärken. Ich glaube, auch in der neuen Bundesregierung sind wir diejenigen, die das auch immer hochhalten müssen.

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass Lars bei uns vor Ort war und auch klar auf unserem Landesparteitag schon das Zeichen in Richtung Wirtschaftsministerin gesetzt hat.

Nur, weil das jetzt mit dem Wasserstoffhochlauf und mit der Zukunft der Stahlindustrie schwerer wird, als wir es vielleicht gehofft hatten, dürfen wir unsere Stahlindustrie nicht aufgeben, in keinem unserer Bundesländer, sondern wir müssen andere Wege finden. Wir müssen uns zusammenfinden. Wir müssen Stahl made in Germany zukunftstauglich machen. Deswegen ist, glaube ich, die Initiative, dieser Antrag, heute ganz wichtig. Es ist ein klares Zeichen der Sozialdemokratie, dass wir uns mit den Brot-und-Butter-Themen auseinandersetzen, dass wir hier die Partei der Industrie, der Industriejobs in Deutschland sind. Deswegen müssen wir stärker werden. Wir müssen auch in der Industriepolitik wieder stärker werden. Das ist hier ein gutes Zeichen.

Lasst uns gemeinsam für unseren Stahl kämpfen. Stahl hat Zukunft, gerade auch in Deutschland. Mein Dank an alle, die diesen Antrag auf den Weg gebracht haben. Volle Unterstützung. - Schönen Tag.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kurt. - Ich bitte Jens Peick aus NRW auf die Bühne. Du hast das Wort.

Jens Peick, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube tatsächlich, das ist heute einer der wichtigsten Anträge, die wir bei diesem Parteitag beschließen werden.

(Beifall)

Das sage ich nicht nur als Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Energiepolitiker im Deutschen Bundestag, der seine Heimatstadt Dortmund da vertreten darf, sondern das sage ich auch und besonders als Vorsitzender der Dortmunder SPD; denn man muss an dieser Stelle auch einmal sagen: Arbeit ist mehr als Broterwerb, und Kohle und Stahl, das ist immer noch die Identität einer ganzen Region. Es macht etwas mit Menschen, wenn die verlorengeht. Wir haben Strukturwandel erlebt, und wir haben erlebt, was es bedeutet, wenn plötzlich 70.000 Jobs in einer Stadt wegfallen. Da sagen wir als Sozialdemokraten immer ganz klar: Wir kämpfen für diese Arbeitsplätze.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, was wir bei Thyssenkrupp erleben, was Miguel López als CEO dort macht, das ist ein Angriff auf unsere Wirtschaftsordnung, das ist ein Angriff auf die Sozialpartnerschaft, das ist der Versuch, die Montanmitbestimmung zu schleifen. Das werden wir nicht zulassen. Deswegen stehen wir an der Seite der Beschäftigten.

(Beifall)

Es ist gut, dass auch dieses Zeichen von diesem Parteitag heute ausgeht.

Wir stehen auch an der Seite der Wirtschaft. Wir werden auch im Deutschen Bundestag alles tun, damit wir die Wirtschaft unterstützen. Es braucht einen Stahlgipfel. Die Forderung ist genau richtig. Es braucht einen Industriestrompreis. Aber eines sage ich auch ganz klar: Es braucht auch den Willen einer Konzern- und Unternehmensführung, damit Stahl zu produzieren.

Was wir gerade erleben, ist der Wille, ein Unternehmen des produzierenden Gewerbes in eine Finanzholding umzubauen. Und wenn es diesen Willen nicht mehr gibt, dann müssen wir auch über andere Mittel nachdenken. Deswegen sage ich ganz deutlich: Wenn Miguel López und andere auch in diesem Land keinen Stahl mehr produzieren wollen, dann braucht es im Zweifel auch einen Staatseinstieg, wie wir es bei Uniper auch gemacht haben, damit wir diese wichtige Grundstoffindustrie in unserem Land sichern. - Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Jens. - Als Nächster spricht Filippos Kourtoglou aus Bayern, und bereitmachen kann sich Fabian Ferber aus NRW.

Filippos Kourtoglou, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal danke für den Antrag. Ich fand, der Antrag ist zu wichtig, als dass nur die Landesverbände - und ihr habt wirklich viele dahinter hinbekommen - nur sprechen; denn Stahl ist Zukunft. Wir sagen das immer wieder, aber ich habe manchmal das Gefühl, dass das ein bisschen als Randthema der Landesbezirke

und Bezirke gesehen wird, wo er produziert wird. Aber Stahl ist so viel mehr. Stahl ist nicht nur unsere Zukunft - vor allem grüner Stahl -, sondern es ist auch unsere Gegenwart. Wenn ich jetzt nach Bayern schaue oder mir auch aus AfA-Perspektive einmal anschaue, was das für Vorprodukte sind, und wenn wir es nicht hinbekommen, diesen grünen Stahl klimaneutral und hier vor Ort zu produzieren, dann werden wir Produkte, die zum Beispiel in Bayern produziert werden, wie Trägerraketen, Drohnen, aber auch Wohnen, also klimaneutrales Wohnen, Autos, Bahn, Schienen, nicht hinbekommen. Deswegen ist es für jeden wichtig. Deswegen hätte dieser Antrag eigentlich auch von allen gestellt werden müssen. Deswegen: Danke für diesen Antrag.

Was ist denn die Alternative zu grünem Stahl hier in Deutschland? Wir haben Handelskriege. Mittel, die so wichtig sind, Vorprodukte, die so wichtig sind, werden irgendwann vielleicht auch mal auch als Waffe gegen uns genutzt, um uns damit zu bedrohen oder zu erpressen.

Die Alternative ist dann eben, dass China die produziert. China ist jetzt auch nicht so dumm, dass sie die produzieren und hierher schiffen - es gibt ja Zölle darauf -, sondern die suchen sich dann Handelspartner in Europa, die dann für sie Stahl herstellen, zum Beispiel Serbien, und dann auch so die Zölle umgehen. Deswegen können wir nicht einfach darauf warten und hoffen, vielleicht macht ja jemand anders grünen Stahl, sondern wir müssen diesen Stahl hier produzieren. Stahl ist Zukunft, Stahl ist Gegenwart, und Stahl war auch immer schon Vergangenheit - vor allem der Sozialdemokratie. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Filippos. - Fabian Ferber aus NRW hat nun das Wort, und bereitmachen kann sich Christian Joisten.

Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen;

Liebe Genossinnen und Genossen, nur kurz etwas zum Stahl. Ich komme aus dem Märkischen Kreis. Es sind mit Sicherheit 20.000 bis 30.000 Menschen, 25.000 Menschen, die in der stahlverarbeitenden Industrie bei uns arbeiten. Der Stahl kommt in aller Regel aus Deutschland, zum Teil noch aus Europa. Da finden jetzt Preiskämpfe statt. Das ist etwas anderes. Aber eines ist klar: Wenn der Stahl aus Deutschland verschwindet, dann

wird auch die Stahlverarbeitung verschwinden, und das wird in der Peripherie noch viel, viel schlimmer.

Der Stahl kommt aus dem Hochofen, der wird bei uns gewalzt, der wird bei uns gestanzt, gegossen, gezogen, geschmiedet und geht dann in aller Herren Länder, aber eben in die Automobilindustrie, in die Elektroindustrie. Das alles würde wegfallen. Das ist Wertschöpfungskette, die wegfällt. Das können wir uns nicht leisten.

Ich komme aus einer Region - Stadt Altena -, die einmal 30.000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte. Jetzt sind es 16.000. Plettenberg, eine Stadt mit 24.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die über 5.000 Beschäftigte in der Stahlverarbeitung hat. Da gibt es das tolle „Aquamaris“ mit der riesigsten Wasserrutsche, zumindest in Nordrhein-Westfalen. Aber wir können nicht 5.000 Menschen zu Bademeistern machen.

Deswegen ist es wichtig, dass wir da Sicherheit haben, Stahl hat Zukunft - auch für die Stahlverarbeitung in Deutschland, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte aber auch auf den INI-Antrag aus NRW eingehen. Ich glaube, die Idee, sich auf Tarifverträge zu berufen, weil Tarifverträge grundsätzlich etwas Friedenstiftendes sind, da gehen zwei Parteien aufeinander zu, die wirklich widerstrebende, andere Interessen haben, schaffen es aber im Rahmen dessen, was das Grundgesetz an Möglichkeiten hergibt, sich am Ende zu einigen. Ich glaube, auf dieser Ebene und in diesem Geiste Interessen zusammenzubringen, nach vorne zu schauen, Lösungen für alle zu finden, mit denen alle leben können, ist der richtige Weg. Ich glaube, mit dem ein oder anderen Familienunternehmer kann man da auch mal ein ehrliches Wort reden.

Was ich als Gewerkschaftssekretär erlebe, ist nämlich, dass es oft die Familienunternehmer sind, die keinen Bock auf einen Betriebsrat im Betrieb haben, die keinen Bock auf eine Tarifrunde haben. Was hat Uli Hoeneß mal über seine Wurstfabrik gesagt? Der beste Betriebsrat der Firma wäre er. Es wäre gut, wenn die Beschäftigten das entscheiden würden und nicht immer der Opa oder der Papa, der Patriarch der Firma. Wir wollen eine Demokratie im Betrieb für alle.

(Beifall)

Ich glaube, dass an dieser Stelle ein Deal gemacht werden kann, denn insbesondere der kleine Handwerksbetrieb oder der Mittelstand haben enorme Probleme, mit den Zeichen der Zeit zu gehen, mit den ganzen Abos für Software, mit den Kunden, die sagen: Du musst diesen Softwareanbieter haben, damit wir die Schnittstelle für Vertriebssteuern - was auch immer - haben. Das kostet ein Schweinegeld, und es gibt

niemanden - auch und insbesondere die CDU nicht -, die die gerade stützen. Da können wir sagen, wir besorgen Investitionsmittel. Wir sorgen dafür, dass ihr von den Tech-Konzernen nicht unterdrückt werdet. Aber der Deal ist: Lasst Mitbestimmung in euren Betrieben zu. Sorgt dafür, dass ihr Betriebsräte habt. Zahlt nach Tarif, und dann ist die SPD euer Verbündeter, wenn es um die Zukunft geht, und auch, um eure Unternehmen zu stützen. - Danke schön

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke. - Das Wort hat nun Christian Joisten. Danach kann sich Lana Horstmann aus Rheinland-Pfalz bereitmachen.

Christian Joisten, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Köln ist Ford, und als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln haben wir auch die 11.500 Beschäftigten, ihre Familien, ihre Zulieferer, ihre Einzelhändler, die gesamte Struktur, die hinter Ford und um Ford herum in den letzten Jahren in Köln, aber auch in der Region entstanden ist, im Blick. Dieser Standort, diese Menschen, diese Arbeitsplätze sind akut bedroht.

Wir erleben ein Unternehmen, das durchaus Fehler gemacht hat. Wir haben die Strategie nie ganz verstanden, so spät auf Elektromobilität zu setzen, wie Ford, aber leider auch andere europäische Automobilhersteller es gemacht haben. Ford hat sich aber auf den Weg gemacht, leider mit viel zu teuren Autos, die jetzt auch von denen, die dort beschäftigt sind, nur in Teilen gekauft werden können. Die Strategie mag falsch sein, aber wir wollen daran arbeiten, dass der Standort weiterhin ein attraktiver Standort für die Automobilindustrie ist, aber vor allen Dingen auch für die Automobilindustrie der Zukunft, nämlich für die E-Mobilität.

Deswegen ist es uns so wichtig gewesen, mit unserem Antrag aus Köln, aus Nordrhein-Westfalen hier noch einmal einen Anreiz zu setzen, zu gemeinsamen Rahmenbedingungen zu kommen. Wir brauchen Kaufanreize. Da ist jetzt die Bundesregierung dankenswerterweise auf dem richtigen Weg. Wir brauchen aber auch gerade für die - ich sagte es schon - kleinen Haushalte, für die viele der E-Autos nicht erschwinglich sind, eine finanzielle Förderung. Das ist ein ganz wichtiger sozialdemokratischer Ansatz. Wir brauchen bezahlbaren Ladestrom, damit die

Menschen, die dann ein solches Auto gekauft haben, auch damit fahren können und nicht schlechter gestellt sind als die, die noch einen Verbrenner fahren. Wir brauchen Investitionen in Forschung und Entwicklung, gerade um auch zum Beispiel Dinge wie Batterieproduktion am Standort Köln und in der Region voranzubringen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch an der Stelle solidarisch für die Automobilindustrie in Deutschland sein. Ich denke da auch an Ford im Saarland. Anke Rehlinger hat uns da immer unterstützt, und wir waren, glaube ich, auch immer solidarisch mit den Genossinnen und Genossen aus dem Saarland. Lasst uns gemeinsam für diesen Standort kämpfen, für die Menschen, für die Region. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn ihr heute unserem Antrag bzw. der Modifikation der Antragskommission zustimmt - für die Beschäftigten, für die Menschen in Deutschland, aber eben auch in der gesamten Region Köln und in NRW. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Lana Horstmann das Wort. Danach kann sich Andreas Stoch bereitmachen.

Lana Horstmann, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich habe mich gerade relativ spontan zu dieser Wortmeldung eingetragen. Ich bin Abgeordnete in Rheinland-Pfalz. Ich bin überzeugte IG-Metallerin und auch noch Betriebsrätin in einem Tochterunternehmen von Thyssenkrupp Stahl. Von daher weiß ich sehr gut über das Bescheid, worüber wir gerade reden. Wir haben die Angriffe erlebt. Es hat bei VW angefangen, und - viele von euch haben es gesagt - es wird bei Thyssenkrupp fortgeführt. Das sind Angriffe auf die Mitbestimmung, das sind Angriffe auf unsere Belegschaften. Ich glaube, eines haben wir auch schon an vielen Stellen erlebt: Das, was gerade hier passiert an Transformation, also der Wandel der Arbeit, ist ja gar kein Hexenwerk, kann aber tatsächlich nur gelingen, wenn wir Beschäftigte mitnehmen, und vor allem, wenn wir auch die Mitbestimmung mitnehmen; denn das sind diejenigen, die letztlich Ahnung davon haben, was in den Betrieben passiert, wie die Betriebe ticken, wie es funktionieren kann.

Von daher bin ich sehr dankbar, dass das an vielen Stellen auch schon thematisiert wurde, und wollte noch mal deutlich machen: Jetzt ist natürlich sehr viel auf NRW und

das Saarland geschaut worden. Aber es gilt auch für Rheinland-Pfalz. Von daher ist das ein Thema, das wir bundesweit angehen müssen. Ich bin sehr dankbar dafür. Wir müssen da mehr Bewegung hineinbekommen und einfach auch mehr Druck aufbauen, und zwar länderübergreifend. - Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Lana. - Jetzt hat Andreas Stoch das Wort, danach Jouri Steeneck.

Andreas Stoch, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich melde mich in der Debatte über den Antragsblock Wirtschaft zu Wort, weil wir in Baden-Württemberg im Moment keine großen Stahlunternehmen haben, einige kleine, aber ich es richtig finde, wenn das Saarland oder Bremen klar sagen, wir dürfen gegen diese Tendenz hin zur Deindustrialisierung in Deutschland nicht einfach schulterzuckend zuschauen.

(Beifall)

Ich sage euch, was in Baden-Württemberg Realität ist. In Baden-Württemberg haben wir eine starke Automobilindustrie, eine starke Maschinenbauindustrie. Wenn aber in Baden-Württemberg Daimler ankündigt, 20.000 Arbeitsplätze nach Ungarn zu verlagern in ein - ich glaube, das ist jedem klar - undemokratisches Land, dann zuckt der grüne Verkehrsminister mit den Schultern und sagt, das schmerze ihn nicht. Liebe Genossinnen und Genossen, jede der Familien, die von diesem Arbeitsplatzabbau in Stuttgart und Umgebung betroffen ist, wird es sehr wohl schmerzen, und es wird alle Menschen in unserem Land schmerzen, wenn wir nicht um jeden Industriearbeitsplatz kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen nervt mich auch diese aktuelle Debatte, die den angeblichen Niedergang dieses Landes in der angeblichen Faulheit der Menschen und der Beschäftigten sieht. Bärbel Bas hat es zum Glück gestern sehr deutlich angesprochen. Die Beschäftigten in diesen Unternehmen haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten für hohe Renditen dieser Unternehmen gesorgt, und wenn es jetzt etwas schwieriger wird aufgrund der Weltlage, aufgrund der Deglobalisierung, dann erwarte ich von den Unternehmerinnen und Unternehmern, jetzt solidarisch mit den Beschäftigten zu sein, liebe Genossinnen

und Genossen. Jetzt den Tritt in den Arsch in den schwierigen Zeiten, das ist ein falsches Signal in unserem Land.

(Beifall)

Deswegen lasst uns bitte in den nächsten Monaten - es wird nämlich in den nächsten Monaten noch einige dieser Meldungen geben, was Arbeitsplatzabbau und Verlagerungen angeht - dort auf dem Platz sein, wo Menschen um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Lasst uns Schulter an Schulter mit den Gewerkschaften und mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten dagegen kämpfen, dass in diesem Land industrielle Strukturen verlorengehen. Deswegen lasst uns heute gemeinsam mit diesen Initiativanträgen für den Erhalt des Industriestandorts Deutschland kämpfen. - Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Andreas. - Das Wort hat Youri Steeneck aus Nord-Niedersachsen, und Robert Drewnicki kann sich bereitmachen.

Youri Steeneck, Nord-Niedersachsen:

Liebe Genossen und Genossinnen! Ich komme aus dem Landkreis Osterholz in Nord-Niedersachsen in der Nähe von Bremen. Die Nachricht vor knapp über einer Woche, dass ArcelorMittal trotz 1,3 Milliarden Euro an Fördergeldern die Transformation zum grünen Stahl in Bremen und Eisenhüttenstadt gestoppt hat, war wie ein Schlag für die Region, denn auch zahlreiche Arbeitsplätze, die den Speckgürtel von Bremen betreffen, hängen davon ab. Die Sorge, dass diese Arbeitsplätze wegfallen, habe ich in den letzten anderthalb Wochen massiv wahrgenommen bei uns. Darum lasst uns kämpfen, dass Stahl eine Zukunft hat. Der Wandel zum grünen Stahl ist alternativlos, um es mal so auszudrücken.

(Beifall)

Denn der CO_2 -Preis wird ja weiter steigen. Es kann also keine Option sein, am Status quo festzuhalten, es sei denn, man möchte diese Arbeitsplätze in Deutschland vernichten, und das kann ja nicht das Ziel sein. Also lasst uns diesen Antrag beschließen und ein starkes Zeichen für die Beschäftigten in der Stahlindustrie setzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Youri. - Als letzter Redner in dieser Debatte hat jetzt Robert Drewnicki das Wort.

Robert Drewnicki, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich arbeite als Projektleiter für die IG Metall in einem Transformationsnetzwerk Fahrzeugindustrie in Berlin-Brandenburg. Das heißt, ich möchte erstens für den Initiativantrag 10 werben und auf der anderen Seite auch noch einmal die ostdeutsche Perspektive einbringen.

Eine Million Menschen arbeiten in der Industrie in Ostdeutschland, davon eine Viertelmillion mehr oder weniger indirekt oder direkt in der Fahrzeugindustrie. Wir dürfen nicht zulassen, dass es in Ostdeutschland zu einer weiteren Deindustrialisierung in Ostdeutschland kommt. Die Folgen, was passiert, wenn solche wirtschaftlichen Dinge passieren, wenn Transformation nicht so gemacht wird, dass die Menschen mitkommen, können wir jetzt schon bei den Wahlergebnissen ablesen. Deswegen haben wir eine besondere Verantwortung für die Industrie auch hier bei uns in Ostdeutschland.

Liebe Genossinnen und Genossen, Eisenhüttenstadt ist natürlich auch betroffen von dem, worüber wir hier reden. Eisenhüttenstadt ist ein wichtiger Arbeitgeber. Der Kollege aus Brandenburg hat vorhin darauf hingewiesen. Aber für uns als IG Metall und für uns als SPD muss das auch bedeuten, dass wir eine Transformations – Dekarbonisierungs - Wertschöpfungskette auch in den ostdeutschen Regionen schaffen. Hier ist das, was wir wollen: Grüner Wasserstoff in Schwedt, grüner Stahl in Eisenhüttenstadt und daraus grüne Bleche für die Automobilindustrie.

Warum ist dieser Initiativantrag 10 „Gesellschaftlicher Tarifvertrag“ für uns so wichtig? Weil gerade in Ostdeutschland Mitbestimmung, Tarifverträge viel zu selten sind, auch in der Industrie, auch in den Betrieben, für die wir hier stehen. Liebe Genossinnen und Genossen, auch die Wirtschaft muss endlich kapieren, dass etwas wie Transformation nur glücken kann, wenn man es mitbestimmt macht, nicht, wenn man sagt, wir nehmen die Beschäftigten mit - das ist eine paternalistische Grundhaltung -, sondern wenn man sagt, wir binden die Beschäftigten von Anfang an ein. Dafür brauchen wir aber diese

Mitbestimmungskultur. Dafür brauchen wir mehr Betriebsräte. Dafür brauchen wir mehr Tarifverträge.

Deswegen ist dieser Antrag vollkommen richtig, wenn er sagt, sozialdemokratische Förderungspolitik und Wirtschaftsförderung kann nur funktionieren, wenn Fördergelder daran gebunden werden, dass damit Standorte gesichert werden, damit gute Arbeit dort gesichert wird, damit Mitbestimmung mit Betriebsräten ist, damit es Tarifverträge gibt. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch eine Frage für uns in Ostdeutschland, ob wir der AfD perspektivisch das Wasser abgraben können. - Ich danke euch für die Unterstützung.

(Beifall)

Abstimmung Antragsbereich Wirtschaft und Ini10 und INI15

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank allen Rednerinnen und Rednern in dieser Debatte.

Uns liegt jetzt kein Wunsch auf Einzelabstimmung von Anträgen vor. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Nein. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission, über die Voten der Antragskommission zum Sachgebiet W - Wirtschaft -, also W01 bis W05 und über INI10 und INI15. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann sind die aufgerufenen Anträge einstimmig angenommen. Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, mit den Wahlen - das habe ich ja eben versprochen - geht hier alles schnell. Deswegen darf ich jetzt die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitten, uns die Ergebnisse der Wahlen zum Parteivorstand im ersten Wahlgang mitzuteilen.

(Beifall)

Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstands

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Vielen Dank. - Vorab: Ich soll euch schon mal mitteilen, ich muss es jetzt durchziehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt. Insgesamt sind 24 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Abgegeben wurden 612 Stimmen. Davon sind null Stimmen ungültig, also 612 Stimmen gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt somit bei 307 Stimmen.

Die Wahlergebnisse:

Sabine Bätzing-Lichtenthäler: 561 Stimmen. Gewählt.

(Beifall)

Andreas Bovenschulte: 514 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Carsten Brosda: 142 Stimmen. Nicht gewählt.

Isabel Cademartori: 136 Stimmen. Nicht gewählt.

Ronja Endres: 370 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Wiebke Esdar: 451 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Fabian Ferber: 396 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Kurt Fischer: 155 Stimmen. Nicht gewählt.

Timon Gremmels: 307 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Martin Hikel: 102 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Oliver Kaczmarek: 490 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Elisabeth Kaiser: 415 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Annika Klose: 271 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Thorsten Kornblum: 457 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Sarah Lahrkamp: 404 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Esra Limbacher: 215 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Kaweh Mansoori: 333 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Bettina Martin: 298 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Katja Mast: 266 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Siemtje Möller: 418 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Katja Pähle: 317 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Sarah Philipp: 466 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Boris Pistorius: 502 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Sebastian Roloff: 304 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Jessica Rosenthal: 403 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Dagmar Schmidt: 365 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Andreas Stoch: 256 Stimmen. Damit nicht gewählt.

Marja-Liisa Völlers: 374 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Ibrahim Yetim: 387 Stimmen. Damit gewählt.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein paar Parteitage habe ich ja auch schon auf dem Buckel, und ich gehe davon aus, dass ihr an der Stelle jetzt eine Unterbrechung des Parteitages wünscht, damit ihr euch beraten könnt, bevor wir in den zweiten Wahlgang gehen. Ich frage euch also, ob das der Fall ist. Wünscht ihr eine Unterbrechung? - Ja, ich sehe viele Daumen hoch. Dann machen wir eine Unterbrechung.

Wir bitten euch dann, nach der Unterbrechung mitzuteilen, wer von den im ersten Wahlgang nicht Gewählten für den zweiten Wahlgang zur Verfügung steht. Das fragen wir dann nach der Pause ab. Wir unterbrechen jetzt also und werden ein Signal geben, wenn wir den Eindruck haben, dass der Beratungsbedarf in den Delegationen befriedigt ist. Dann machen wir mit dem Wahlgang auch gleich weiter. - Vielen Dank.

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal zur Klarstellung, weil wir jetzt einige Fragen erhalten haben: Wir haben im ersten Wahlgang elf Frauen und acht Männer gewählt. Damit haben wir im zweiten Wahlgang noch insgesamt fünf Beisitzer*innen zu wählen. Um die Quote zu erreichen, muss mindestens noch ein Mann gewählt werden. Ich bitte euch, das zu berücksichtigen. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 13:04 bis 13:14 Uhr)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Weil hier jetzt auch öfter die Frage auftaucht. Wir machen dann als Nächstes den zweiten Wahlgang, und danach kommt dann der Antragsbereich Arbeit und Beschäftigung. Aber wir warten natürlich, bis ihr uns ein Signal gebt, dass ihr euch ausreichend beraten konntet.

(Unterbrechung von 13:15 bis 13:20 Uhr)

Zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder des Parteivorstands

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Könnt ihr uns mal ein erstes Signal geben, wie lange ihr noch braucht? Niemand soll gehetzt werden, aber es wäre trotzdem schön, wenn sich die Reihen langsam wieder füllen könnten, damit wir in absehbarer Zeit dann auch in den zweiten Wahlgang einsteigen können.

(Lautsprecherdurchsage: Liebe Genossinnen und Genossen, der Bundesparteitag wird sehr bald fortgesetzt. Bitte nehmt eure Plätze wieder ein.)

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Durchsage haben wir eben gemacht, weil die auch in allen Räumen zu hören ist. Das heißt, alle wissen, dass sie jetzt wieder in die Halle kommen sollen. Wir wollen jetzt wirklich demnächst fortsetzen. Sofern ihr ganze Delegationen noch draußen seht, sagt mal Bescheid, dass sie jetzt bitte in die Halle kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte, jetzt die Plätze wieder einzunehmen. Ich denke, es war ausreichend Zeit, sich zu beraten und wieder in den Saal zurückzukommen. Deswegen rufe ich jetzt den zweiten Wahlgang auf.

Ich darf herzlich darum bitten, dass für all die, die das jetzt mitbekommen wollen, ein bisschen Ruhe einkehrt. Das gilt für alle Ecken des Saals.

Im ersten Wahlgang habt ihr 19 Beisitzerinnen und Beisitzer von 24 gewählt. Es sind also noch fünf weitere Mitglieder des Parteivorstands zu wählen. Ich gehe davon aus, dass alle, die im ersten Wahlgang gewählt sind, die Wahl auch annehmen. Da wir keine anderslautenden Signale haben, brauchen wir das nicht abzufragen. Aber wir wollen

gerne abfragen, ob alle, die im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind, für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stehen.

Ich fange mit Carsten Brosda an. Wir brauchen ein Signal. Ein lautes „Ja“ hilft uns sehr.

Dr. Carsten Brosda, Hamburg:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Isabel Cademartori?

Isabel Cademartori, Baden-Württemberg:

Nein.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Nein. - Kurt Fischer?

Kurt Fischer, Brandenburg:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Martin Hikel?

Martin Hikel, Berlin:

Nein.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Nein. - Annika Klose?

Annika Klose, Berlin:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Esra Limbacher?

Esra-Leon Limbacher, Saarland:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Bettina Martin?

Bettina Martin, Mecklenburg-Vorpommern:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Katja Mast?

Katja Mast, Baden-Württemberg:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Sebastian Roloff?

Sebastian Roloff, Bayern:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Und Andreas Stoch?

Andreas Stoch, Baden-Württemberg:

Ja.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ja. - Damit haben wir dann auch die Liste für den zweiten Wahlgang. Ich darf sie noch mal vorlesen - sie wird aber auch gleich eingestellt -: Carsten Brosda, Kurt Fischer, Annika Klose, Esra Limbacher, Bettina Martin, Katja Mast, Sebastian Roloff und Andreas Stoch. Das ist die Liste für den zweiten Wahlgang. Es können noch höchstens fünf gewählt werden. Es müssen mindestens drei gewählt werden. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird. An der Stelle will ich sagen: Um die Quote nicht zu verletzen, müsste noch mindestens ein Mann gewählt werden. Bitte berücksichtigt das bei euren Abwägungen; sonst haben wir einen dritten Wahlgang.

Bestehen aus eurer Sicht noch Fragen zum Wahlverfahren? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann könnt ihr die Wahl im Autopiloten einblenden. Wenn das der Fall ist, eröffne ich den Wahlgang. Im Autopiloten seht ihr jetzt die Wahl, und ihr könnt eure Stimme abgeben. Es ist wie immer: Wenn ihr bei der digitalen Wahl Unterstützung braucht, zeigt das bitte mit dem Kartenzeichen an. Wenn ihr die Stimme abgegeben

habt, bleibt bitte sitzen, damit die Kolleginnen und Kollegen durch die Gänge kommen können, um andere zu unterstützen.

Braucht jemand Hilfe? - Das sind mehrere. Haltet eure Karten bitte hoch, bis jemand bei euch ist. Sonst sehen wir das nicht.

Ich frage noch einmal: Wo gibt es noch Probleme? Ich bitte um das Kartenzeichen.

(Zurufe: Hier!)

- Ja, wir sehen es.

Ich bitte noch mal um das Kartenzeichen, wenn es noch ein technisches Problem gibt.

Jetzt frage ich zum letzten Mal: Gibt es noch irgendwo ein Problem? - Nein, das scheint jetzt nicht mehr der Fall zu sein. Alle, die wollten, konnten ihre Stimme abgeben. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, das Ergebnis festzustellen und es uns dann zum gegebenen Zeitpunkt mitzuteilen. Vielen Dank.

Damit gebe ich für die Antragsberatung zum Bereich Arbeit und Beschäftigung das Wort an Kerstin weiter.

Antragsberatung zum Bereich Arbeit und Beschäftigung in Verbindung mit Ini13 und Ini18

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Doris. - Wir machen weiter mit dem Antragsbereich Ar, Arbeit und Beschäftigung. Dazu rufe ich die Anträge Ar01 bis Ar30 auf. Außerdem haben wir dazu noch die beiden Initiativanträge Ini13 und Ini18, die hiermit auch aufgerufen sind. Zuerst hören wir den Bericht der Antragskommission, und zwar von Dagmar Schmidt. - Bitte sehr, Dagmar.

(Beifall)

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mit der Arbeitsmarktpolitik waren wir zwar auch schon im Wirtschaftsblock ein bisschen beschäftigt, aber jetzt sind wir im Markenkern der SPD angelangt. Wir haben uns im Arbeitsmarktbereich insgesamt mit 30 Anträgen und zwei Initiativanträgen zu den unterschiedlichsten Themen beschäftigt. Ein ganz

wichtiges Thema, mit dem wir uns beschäftigt haben, war das Thema Arbeitsschutz. Dazu lagen mehrere verschiedene Anträge vor.

Wir haben gemeinsam mit der AfA den Antrag Ar02 zur Grundlage genommen, um einen umfassenden und verständlichen Antrag zum Arbeitsschutz zu machen und uns an dieser Stelle auch noch mal sehr klar zu positionieren, dass das, was im Koalitionsvertrag zur Arbeitszeit beschlossen wurde, in keinster Art und Weise die Position ist, mit der die SPD als ihre eigene Position antritt. Wir halten weiter daran fest, dass das Arbeitszeitgesetz auch ein Arbeitsschutzgesetz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Ich glaube, das können wir auch hier und heute noch mal ordentlich bekräftigen.

Wir haben des Weiteren den Antrag Ar11 des UB Dresden zur Annahme empfohlen, weil er aus unserer Sicht ein wichtiges Thema aufgreift, nämlich den Zugang von zugewanderten Frauen zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und zu unterstützen. Da ist noch viel Luft nach oben. Deswegen vielen Dank an den UB Dresden, dass er uns dieses Thema hier auf den Tisch gelegt hat.

(Beifall)

Wir empfehlen weiterhin den Antrag Ar15 des Landesverbands Hamburg zur Annahme, der die dual Studierenden in den Jugend- und Ausbildungsvertretungen mit den gleichen Schutzrechten versehen will wie die Azubis. Auch das ist ein wichtiges Anliegen, dem wir hier und heute gerne zustimmen.

Wir empfehlen darüber hinaus die Annahme des Antrags Ar19 aus Hessen-Nord, weil wir zwar in der Paketbranche schon einiges, aber noch nicht alles erreicht haben, was wir erreichen wollen und auch das ein wichtiges Thema für uns ist, wo wir heute ein Signal senden können. Wir wollen genauso ein Subunternehmerverbot in der Paketbranche wie in der Fleischindustrie. Deswegen danke nach Hessen-Nord für diesen Antrag.

(Beifall)

Des Weiteren haben wir den Antrag Ar25 des Landesverbands Bayern zur Annahme empfohlen. Da geht es um die betriebliche Demokratiebildung - etwas, das wir gerade bräuchten - und die entsprechenden Förderprogramme dazu. Auch das ist ein wichtiges Anliegen. Danke dafür an die Bayern.

Einige Anträge, die wir im Antragspaket vorgefunden haben, haben sich aus unserer Sicht erledigt, weil wir im Koalitionsvertrag ja doch an der einen oder anderen Stelle ziemlich gute Dinge untergebracht haben. Das betrifft zum Beispiel das

Bundestariftreuegesetz. Das betrifft aber auch das digitale Zugangsrecht der Gewerkschaften in die Betriebe.

Wir haben überall dort Überweisungen empfohlen, wo die Anträge aus unserer Sicht sehr detaillierte Formulierungen beinhalten oder wenn sehr spezifische Fragen thematisiert sind, sodass wir gesagt haben, damit sollten wir den Parteitag heute in der Beratung so besser nicht beschäftigen, sondern da müssen die Fachleute noch mal drübergucken, weil nicht alle immer so tief in den Themen drin sind.

Wir haben darüber hinaus zwei Initiativanträge, die sich mit dem Mindestlohn beschäftigen:

Das eine ist der Ini13 aus Bayern und von der AfA, der sich gegen die Absenkung des Mindestlohns für Saisonarbeiter ausspricht. Natürlich empfehlen wir an der Stelle die Annahme, um auch unserer neuen Parteivorsitzenden und Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas, die sich auch genauso geäußert hat, den Rücken zu stärken.

Und wir haben den Initiativantrag 18, der von der AfA über Hessen-Süd eingebracht wurde und der sich mit dem Ergebnis der Mindestlohnkommission beschäftigt. Wir als Antragskommission haben euch einen Vorschlag dazu gemacht, der euch in OpenSlides vorliegt. Wir haben noch einmal mit der AfA gesprochen, um zu einer wirklich gemeinsamen Haltung in dieser Frage zu kommen, was uns wichtig war, und haben in den Antrag noch ein paar Anliegen der AfA mit aufgenommen.

Uns ist es wichtig, an dieser Stelle noch einmal deutlich zu machen, dass wir mit den Ergebnissen der Mindestlohnkommission nicht zufrieden sind, sondern dass wir uns gewünscht hätten, dass wir einen Mindestlohn von 15 Euro erhalten. Das, glaube ich, kann man auf diesem Parteitag auch noch mal deutlich machen.

(Beifall)

Trotzdem sehen wir, dass die Arbeit der Mindestlohnkommission wieder so war, wie wir sie uns eigentlich gewünscht haben, nämlich dass man einvernehmlich, wie es in der Sozialpartnerschaft üblich ist, zu einem Ergebnis kommt und nicht, wie das letzte Mal, dass die Arbeitgeberseite die Arbeitnehmer überstimmt. Ich finde, das muss man würdigen, weil die Mindestlohnkommission ja schon etwas ist, das uns sehr am Herzen liegt und das uns auch sehr am Herzen lag, nicht nur den Europäerinnen und Europäern, die hart für die Mindestlohnrichtlinie auf europäischer Ebene gekämpft haben, sondern auch uns ist der armutsfeste Mindestlohn wichtig.

Das heißt, wir wollen für die Findung des Mindestlohns 60 Prozent des Medianlohns als Grundlage haben. Auch daran hat sich die Kommission gehalten. Das wollen wir auch

noch mal deutlich machen, weil der Mindestlohn insgesamt eine Erfolgsgeschichte für uns ist. Auch wenn wir mit den 15 Euro nicht zufrieden sind: Am Ende des Tages werden in zwei Jahren 5,7 Milliarden Euro in die Taschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umverteilt. Das haben wir gemacht, und darauf können wir auch stolz sein.

(Beifall)

Deswegen schlage ich euch, abgestimmt mit der AfA, folgende Änderung vor: Dem ersten Absatz des Antrags fügen wir hinter „eine anständige Entwicklung der Löhne“ den Satz an: „Leider waren 15 Euro mit den Arbeitgebern nicht möglich. Dennoch ist der Mindestlohn eine Erfolgsgeschichte.“, um noch mal deutlich zu machen, wer daran schuld war, dass es mit den 15 Euro nicht geklappt hat.

Wir würden unten an den Antrag noch folgende drei Sätze anfügen: „Uns geht es bei der Höhe des Mindestlohnes nicht um das Ringen um abstrakte Zahlen. Wer zum Mindestlohn arbeitet, darf nicht in Armut leben. Dafür setzen wir uns mit Nachdruck ein.“ Das heißt, wir werden weiter, wie wir es gemacht haben, den Druck politisch hochhalten, damit es anständige Löhne in Deutschland gibt. Der Mindestlohn ist für uns die Anstandsuntergrenze. Wir sind an der Seite der Beschäftigten, die für hohe und gute Tariflöhne und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. In diesem Sinne bitte ich um eine schöne Debatte - die werden wir sicher haben - und um eure Unterstützung für die Anträge, die sich mit unserem Markenkern beschäftigen. Danke an alle, die ihre Gedanken und ihre Anliegen eingebracht haben. Jetzt wünsche ich uns eine muntere Debatte.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Dagmar. Vielen Dank auch dafür, dass ihr auch die Initiativanträge auf den aktuellen Stand gebracht und euch da zumindest schon geeinigt habt. Wir werden schauen, wie das hier in der Debatte läuft. Als Erster hat Martin Peters aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Ihm folgt Katrin Gensecke vom BuVo Selbst Aktiv und aus Sachsen-Anhalt. - Zuerst Martin Peters.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Martin Peters, Landesverband Nordrhein-Westfalen, im Hauptberuf Erster Bevollmächtigter bei der Industriegewerkschaft Metall. Ich habe mich heute an diesem Punkt zum Mindestlohn gemeldet, weil ich einfach noch mal herausstellen möchte, dass wir mit den 14,60 Euro gar nicht so in Sack und Asche gehen müssen, wie das der eine oder die andere von uns tun. Es ist der Erfolg des Drucks der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dass die Mindestlohnkommission sich gestern nicht mit Mehrheit der Arbeitgeberseite auf ein anderes Ergebnis als 14,60 Euro geeinigt hat. Es war der Druck, den wir mit der 15-Euro-Forderung gemacht haben, der am Ende die Arbeitgeber dazu bewogen hat, mit unseren Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaftsseite in der Mindestlohnkommission zu einem Ergebnis zu kommen, das an der Forderung sehr nah dran ist.

(Beifall)

Als der Mindestlohn vor zehn Jahren eingeführt worden ist, ist die Lohnfindung, also die Höhe der Summe des Mindestlohns, ja systematisch so aufgebaut worden, dass das ein Aushandlungsprozess zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist. Als hauptamtlicher Gewerkschafter, der viele Tarifverhandlungen führt, sage ich euch: Du gehst nie in eine Verhandlung und kommst am Ende mit der Forderung raus. Das Ergebnis ist immer ein Kompromiss. Im zweiten Schritt 14,60 Euro, das ist, gemessen an der Forderung, die erhoben worden ist, sehr vorzeigenswert.

(Beifall)

Solange das System so funktioniert, dass es tarifverhandlungsartig aufgebaut ist, allerdings ohne die Möglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen, die die Beschäftigten vertreten, zu streiken, so lange ist es auch richtig, dass eine Partei wie die SPD mit politischen Forderungen von der Seite den Druck macht, dem sich die Arbeitgeber an der Stelle gebeugt haben und die 14,60 Euro ermöglicht haben. Deswegen würde ich das nicht als Misserfolg bezeichnen, Genossinnen und Genossen und Kolleginnen und Kollegen, sondern durchaus als Erfolg sozialdemokratischer Politik, ohne dass wir gesetzgeberisch eingreifen mussten, dass die Sozialpartnerschaft in der Mindestlohnkommission wieder in Funktion gesetzt worden ist. Deswegen habe ich mich zu Wort gemeldet, um am Ende dem Antrag in der Fassung der Antragsberatungskommission die Zustimmung zu empfehlen, und das mit leidenschaftlichem Herzen als hauptamtlicher Gewerkschafter. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Ich habe mich jetzt mal dazwischen gedrängelt, weil ich meine ganz, ganz wunderbare Kollegin aus meiner Landtagsfraktion nach vorne rufen möchte. - Kathrin, du hast das Wort.

(Beifall)

- Auch Sachsen-Anhalt kann jubeln. - Nach dir kann sich Thevagar Mohanadhasan bereit machen.

Kathrin Gensecke, Sachsen-Anhalt:

Vielen Dank, liebe Katja. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zum Antrag 07 sprechen. Mein Name ist Kathrin Gensecke. Ich bin Co-Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv.

Inklusion ist eine Chance für den Arbeitsmarkt, von der wir alle profitieren. Inklusion ist ein Menschenrecht, und Menschenrechte können wir nicht verhandeln. Inklusion ist nicht nur eine bloße Pflicht, sondern sie ist eine Chance für uns alle. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels sind Menschen mit Behinderung unverzichtbar, und sie sind ein Gewinn. Sie sind ein Gewinn für alle Arbeitgeber und alle Arbeitgeberinnen.

(Beifall)

Denn Menschen mit Behinderung - und da schließe ich mich mit ein; meine liebe Fraktionsvorsitzende hat das gerade gesagt - kämpfen darum und leben vor, dass es sich lohnt, trotz Hürden für die eigenen Ziele zu kämpfen. Das fördert in der Arbeitswelt eine Kultur der Motivation, der Offenheit, der Toleranz, aber auch der gegenseitigen sozialen Kompetenzen.

Eines ist klar: Gerade für junge Menschen, für junge Menschen mit geistigen Behinderungen, für junge Menschen mit Lernschwierigkeiten scheint der Weg nicht immer gleich auf dem ersten Arbeitsmarkt zu fruchten, sondern eher der Weg in die Werkstatt, der sehr häufig vorgezeichnet ist. Dies gilt aber auch immer öfter für psychisch Erkrankte. Es darf nicht sein, dass man die WfbM als Dauerlösung hinnimmt, gerade jetzt, wo junge Menschen mit Behinderung auch einen anderen Anspruch haben, der nicht heißen kann: Förderschule, Förderschule ohne Abschluss und dann Automatismus in den geschützten Raum, wo man sich zurückzieht.

(Beifall)

Genau hier setzt unser Antrag an. Es geht um das sehr, sehr gute Instrument, nämlich das Budget für Arbeit, das wir haben, das aber noch viel zu wenige in Anspruch nehmen. Wir müssen zusehen, dass es - das ist der Ansatz in unserem Antrag - hier eine Arbeitslosenversicherung gibt. Denn die Arbeitslosenversicherung schafft Transparenz und Rechtssicherheit und stellt gerade auch die gerechte Verteilung der Mittel sicher. Die Budgetnehmer müssen durch die Arbeitslosenversicherung eine Absicherung erfahren, aber auch eine Gleichstellung, nämlich die Gleichstellung mit anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Da möchten wir ansetzen. Das Motto ist: Veränderung beginnt mit uns. Wenn nicht jetzt, wann dann? - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Herzlichen Dank, liebe Kathrin. - Ja, so ist das, wenn wir uns darum reißen, wer dich ankündigen darf. Denn ich freue mich ja auch immer, mit dir im Bundesvorstand der AG Selbst Aktiv zusammenzuarbeiten. Kathrin, mach’s gut.

Als Nächster hat Thevagar Mohanadhasan - ich übe das noch - aus dem Bezirk Hessen-Nord das Wort. Ihm folgt Katharina Räth aus Bayern.

(Beifall)

Thevagar Mohanadhasan, Hessen-Nord:

Liebes Präsidium, der Name ist Thevagar Mohanadhasan oder kurz Theva; dann ist das ganz einfach. Ich spreche heute zu dem Antragsbereich Arbeit und Soziales und vor allen Dingen zu dem Ini-Antrag zu ausländischen Saisonarbeitskräften.

Wie kann es sein, dass ein derzeitiger Agrarminister Rainer meint, Ausnahmen für den Mindestlohn für Saisonarbeitskräfte prüfen zu lassen? 12,82 Euro die Stunde, das sind brutto in Steuerklasse I in Bayern knapp über 9 Euro die Stunde für körperliche Schwerstarbeit, wie sie die Kolleginnen und Kollegen in der Landwirtschaft jeden Tag leisten. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine absolute Respektlosigkeit gegenüber den ausländischen Saisonarbeitskräften, die vielfach unsere Landwirtschaft überhaupt erst am Laufen halten.

(Beifall)

Was ist das überhaupt für ein Menschenbild? Der Mindestlohn ist die absolute Lohnuntergrenze für ein menschenwürdiges Leben und Schutz vor Ausbeutung und Lohndumping. Wer da drangeht, spricht Bände über sein Menschenbild, frei nach dem Motto: Die Arbeitskraft ist Ausländer. Die Würde des Saisonarbeiters ist weniger wert als die eines Deutschen.

Und dann immer dieses Gerede, wir arbeiten zu wenig, wir arbeiten zu ineffizient, wir arbeiten zu teuer. Da frage ich mich offen und ehrlich, liebe Genossinnen und Genossen, ob nicht irgendwann mal bei den Herren von der Union und der Arbeitgeberlobby die absolute Schamuntergrenze erreicht ist. Während Multimilliardäre in den USA und weltweit Wahlen beeinflussen, Neonazis anstacheln, Union Busting vorantreiben und ihre politische und wirtschaftliche Macht maximieren, treten Konservative und Liberale lieber auf die Schwächsten in der Gesellschaft. Liebe Genossinnen und Genossen, das geht mir nicht in den Kopf. Löhne am untersten Rand aufweichen, die Arbeitszeit ausweiten, prekär Beschäftigte entrechten, das kann niemals die Antwort der Sozialdemokratie sein.

(Beifall)

Dieses Antragspaket bzw. die Anträge, die wir heute beschließen, sind die Antwort: digitale Mitbestimmungsrechte stärken, keine Ausnahmen vom Mindestlohn machen, Betriebsräte stärken, Union Busting verhindern.

Noch ein kleiner Tipp für die CSU an dieser Stelle: Die Familie Thiele hat über einen Erbrechtsstreit im April 4 Milliarden Euro Erbschaftsteuer an den Freistaat Bayern gezahlt. Damit lassen sich zehn Jahre lang über 100.000 Tarifarbeitsplätze zu mindestens 15 Euro die Stunde bezahlen. Partei der Arbeit von heute zu sein, heißt, die Verteilungsfrage offensiv zu stellen, sich neoliberalen Ausbeutungsfantasien entgegenzustellen und ihnen eine klare Absage zu erteilen. - Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Katharina Räth aus Bayern das Wort. Ihr folgt Karl Funke, Bundesvorstand Selbst Aktiv.

(Beifall)

Katharina Räth, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Vorredner hatte vollkommen recht: Der Mindestlohn ist die absolute Lohnuntergrenze - da gibt es kein Wenn und Aber -, und dazu stehen wir, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Was soll das denn rein logisch sein, wenn es einen Lohn unterhalb der Lohnuntergrenze gibt? Das heißt, das ist ein Mindestlohn zweiter Klasse. Das ist dann doch kein Mindestlohn mehr. Der niedrigere Mindestlohn ist doch dann sozusagen der mindeste Lohn. Das ist doch völliger Schwachsinn. Das machen wir nicht mit, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen sollten wir heute ein ganz klares Zeichen setzen, dass das mit uns nicht geht.

(Beifall)

Warum sollen gerade die Arbeitnehmenden, die härteste körperliche Arbeit leisten, die bei Wind, Wetter und Hitze da draußen für unsere Lebensmittel sorgen, mit Dumpinglöhnen abgespeist werden, nur damit wir billige Erdbeeren und billigen Spargel bekommen und Unternehmer größere Gewinne einfahren? Das ist unmoralisch, und das sollten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht fördern. Ich habe im Grundgesetz nämlich kein Recht auf billige Erdbeeren und billigen Spargel gefunden. Wenn man das auf dem Rücken der Beschäftigten fordert, dann darf das nicht sozialdemokratische Politik sein. Dann ist das einfach unmoralisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich selber komme aus einer Weinbauregion; ich komme aus dem schönen Frankenland. Dort wird sehr viel Steillagenweinbau betrieben. Da kann man nur Wein anbauen, wenn man das tatsächlich mit Handarbeit macht. Das ist sehr teuer, und das ist auch sehr arbeitsintensiv. Ich verstehe die Winzerinnen und Winzer, die Angst haben, dass sie nicht wettbewerbsfähig sind. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es darf doch nicht sein, dass unser Wein nur dann günstig ist, wenn wir die Leute, die diesen Wein dort produzieren, ausbeuten.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, diese Winzerinnen und Winzer zu unterstützen. Es gibt zum Beispiel eine Almwirtschaft. Da gibt es Förderprogramme. Es könnte auch durch das Bundesministerium für Landwirtschaft unterstützt werden, dass man solche kulturlandschaftlichen Unterstützungs- und Förderprogramme auch auf die Weinwirtschaft anwendet. Das ist eine Kulturlandschaft, die es in Deutschland zu bewahren gilt. Deswegen braucht es auch hier Geld. Wenn ein Landwirtschaftsminister das möchte, wenn er die Landwirtschaft also fördern möchte, dann kann er das tun.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit uns darf es keinen Mindestlohn unterhalb des Mindestlohns geben. Mit uns gibt es keine Dumpinglöhne. Bitte unterstützt diesen Antrag! - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Katharina. - Als Nächster kommt Karl Finke. Wir haben hier gerade eine reine Männerliste. Danach ist nämlich Maximilian Schröter aus Thüringen dran.

Karl Finke, Vorsitzender SPD Selbst Aktiv:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Entschuldigung, aber ich hatte einen etwas längeren Anfahrtsweg von da nach hier. Aber jetzt bin ich da. Ganz im Sinne von Selbst Aktiv, vieler aktiver, behinderter Menschen und auch von euch machen wir deutlich: Neben einer klaren Arbeitnehmerorientierung gehört Politik für Gleichstellung, für Vielfalt, aber auch für behinderte Menschen zur DNA der SPD. Wir sind stolz darauf, diese Breite darzustellen, und wir sind stolz darauf, von Selbst Aktiv hier und heute einbringen zu können: Wir fordern einen Mindestlohn auch für Werkstattbeschäftigte, damit die klare Arbeitnehmerorientierung auch hier hineingetragen und erfasst wird.

(Beifall)

Wir wollen eure Unterstützung dafür, dass die zentralen Schaltstellen, der Übergang Schule/Beruf und der Übergang Schule/Arbeitsleben, so gestaltet werden, dass alle Menschen eine Orientierung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erfahren, dort ihre Chance bekommen, dann 15 Euro Lohn bekommen - und natürlich mehr, wenn das möglich ist - und Berufs- und Lebensperspektiven in dem Bereich haben. Wir sind mit euch der Meinung, dass Arbeitnehmerrechte für alle gelten. Wir sind mit euch auch der Meinung, dass Werkstätten sicherlich günstig sind, dass aber die Mittel der Ausgleichsabgabe ausschließlich genutzt werden sollten, um die Reintegration auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finanzieren, die Anteile der Potenziale behinderter Menschen auszuschöpfen und ihnen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Chancen zu geben.

Ich bin stolz darauf, dass ich als jemand, der mit 21 Jahren erblindet ist, dank sozialdemokratischer Politik gut gefördert wurde. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Inklusion gefördert wird und das Gen der SPD, nämlich die Arbeitsmarktorientierung,

deutlich wird. Von euch sollte das Signal ausgehen, dass die 15 Euro auch für Werkstattbeschäftigte gelten müssen und die Mittel der Ausgleichsabgabe ausschließlich auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu orientieren sind, und es ist klarzumachen: Eine Arbeitsgesellschaft orientiert sich an allen Menschen. Wir sind dabei und Menschen mit Behinderung auch. Ich setze auf eure Unterstützung. Arbeit für alle! - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Karl. - Als Nächsten hatten wir ja schon Maximilian Schröter aufgerufen, der jetzt auch dran ist. Dann haben wir noch die Wortmeldung einer Frau, die ich deshalb danach aufrufe, und zwar von Hannah Trulsen aus NRW. Jetzt ist aber erst Maximilian Schröter aus Thüringen dran.

Maximilian Schröter, Thüringen:

Liebe Genossinnen und Genossen! 15 Euro Mindestlohn, das war nicht irgendeine Forderung. Das war unser zentrales Versprechen zur Bundestagswahl vor gerade mal wenigen Monaten, und das war nicht irgendeine Zahl. Das war unser Wort, unser Auftrag und das Versprechen, auch vor dem Eintritt in die Koalition mit der Union.

Aber vorneweg: Der Mindestlohn ist kein Allheilmittel. Er ist das Mindeste, das Mindeste, was die Gesellschaft denen schuldet, die morgens um 5 Uhr Pakete schleppen, abends die Gebäude reinigen, Essen servieren oder Menschen pflegen. Er ist das Mindeste; denn eigentlich brauchen wir Tarifverträge, Tarifbindung und eine verdammte Tarifwende.

(Beifall)

Lasst euch sagen: Wenn ich nach dem Training in der Fußballkabine sitze, dann sitzen da neben mir David, Asef und Lenny, ein Umzugshelfer, ein Lagerist und ein Paketfahrer. Ich bin dort leider der Einzige, der sich politisch engagiert. Aber ich bin nicht der Einzige - bei weitem nicht -, der merkt, dass hier etwas gewaltig schiefläuft. Denn die Mieten steigen, die Supermarkteinkäufe werden teurer, und auch die Eintrittspreise für was weiß ich schießen in die Höhe. Da reichen 12,82 Euro einfach nicht aus. Wo soll das Geld für neue

Fußballschuhe herkommen? Für die Kneipe? Für einen kleinen Urlaub? Oder manchmal für das Allernötigste?

Ja, im nächsten Jahr sind es 13,90 Euro und im fernen 2027 dann 14,60 Euro. Das klingt besser, und das ist besser. Aber das ist wieder nur ein Trippelschritt. Das ist kein großer Wurf. Das ist auch weit von dem entfernt, was wir versprochen hatten, nämlich 15 Euro spätestens nächstes Jahr.

Um das klarzumachen: Hier geht es nicht um ein paar Cent mehr, sondern um konkrete Lohnerhöhungen. Nehmt es mir nicht übel - ich komme aus Thüringen -: Vor allem im Osten würde das 1,6 Millionen Menschen sofort betreffen. Sie würden sofort von unserer Wahlkampfforderung profitieren. Viele von ihnen würden auch aus der Bürgergeldaufstockung herauskommen, auf die sie nur angewiesen sind, weil das, was sie für ihre harte Arbeit bekommen, eben nicht zum Leben reicht. Das, liebe Arbeitgeber, ist nicht nur gelebte soziale Gerechtigkeit. Das ist ein gewaltiges Konjunkturprogramm. Denn dieses Geld bleibt nicht liegen. Es wird ausgegeben, und zwar deshalb, weil es verdammt noch mal gebraucht wird, jeden Tag und vor Ort und überall.

(Beifall)

Als Partei der Arbeit, der guten Arbeit, müssen wir für diese Leute kämpfen, zum Beispiel für David, für Asef und für Lenny; denn Gerechtigkeit darf nicht vertröstet werden. Das muss ein Versprechen sein, das wir sofort einlösen; denn Beschäftigte haben mehr verdient. Freundschaft!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Maximilian. - Als Nächste kommt Hannah Huesmann Trulsen aus NRW. Ihr folgt Erik von Malottki.

Hannah Huesmann Trulsen, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich sage das bei dem Thema in dieser Reihenfolge. Es geht um den Antrag Ar21, um die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Ich weiß nicht, ob ihr die Dokumentation zu den deutschlandweiten Missständen in den Jugendämtern gesehen habt. Dieses Thema

findet gar keinen Raum, auch nicht in dieser Debatte. Deswegen würde ich als Sozialarbeiterin in der Kinder- und Jugendhilfe darüber gerne etwas erzählen.

Es entwickeln sich immer höhere Fallzahlen. Wir sehen, dass die Unterbringungskosten im Hilfe- und Erziehungsdienst immer mehr steigen, dass die Kommunen da immer mehr unter Druck geraten, dass die Fälle viel komplexer werden - hier geht es um das Aufenthaltsrecht oder andere Rechtsbereiche, die da mit hinzukommen - und die Familien eigentlich viel, viel mehr Zeit brauchen. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen und nenne nur das Stichwort „Kein Kind zurücklassen!“. Wer mehr in Prävention steckt, muss hinterher weniger an Reparatur bezahlen. Das sollten wir, glaube ich, in Summe ein bisschen mehr in den Fokus rücken.

Der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit ist eines, und zwar hausgemacht. Das hat a) mit geringer Wertschätzung des generellen Berufsstandes zu tun. Das hat zum anderen etwas mit Ausbildungskapazitäten zu tun, wo die Länder gar nicht genug dafür tun, dass wir überhaupt Sozialarbeitende ausbilden. Wenn wir uns anschauen, wer in den nächsten Jahren in Rente geht: Das wird noch ein massives Problem werden, gerade in der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, wenn wir in die Jugendämter schauen. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist mir wirklich ein Herzensthema: Der Kinderschutz kann in gewissen Jugendämtern in dieser Republik nicht mehr gewährleistet werden. Es ist einfach nur peinlich, dass wir in so einem reichen Land leben und der Kinderschutz nicht mehr gewährleistet werden kann.

(Beifall)

Nicht so viel klatschen. Ich will ja noch reden. Das geht alles von meiner Zeit.

Ich will auch ein bisschen über die Beschäftigten sprechen. Die Menschen werden immer kranker. Die Menschen gehen da rein, die gehen mit Burnout wieder raus, und das in der Regel nach ein bis zwei Jahren. Wir haben eine hohe Fluktuation in der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, im Sozial- und Erziehungsdienst. So funktioniert das nicht mehr. Das System ist kurz vor dem Kollaps, und ich würde mir wünschen, dass die Sozialdemokratie auch da mehr fördert, wo wir darauf achten, dass es Kindern und Jugendlichen gut geht und sie nicht Gewalt, auch häuslicher Gewalt, ausgesetzt sind. Das muss in die Mitte der Debatte kommen.

Wir müssen vor allem auch mehr Rechtssicherheit schaffen mit klaren Standards für die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe; denn so kann es nicht mehr weitergehen. Deswegen fordere ich da die nächste VKA-Präsidentschaft auf, in den nächsten Tarifverhandlungen nicht ganz so bockig zu sein und vielleicht früher zu einem Ergebnis zu kommen. Was die Stadtstaaten angeht: Da fordere ich auch den Genossen aus

Hamburg auf, in der Tarifverhandlung der Länder mal ein bisschen mehr Gas zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster kommt Erik von Malottki von der AfA, und ihm folgt Michael Jung aus Rheinland-Pfalz, auch AfA. Der ganze AfA-Bundesvorstand läuft hier jetzt auf.

Erik von Malottki, AfA-Bundesvorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bringe den Initiativantrag zum 15-Euro-Mindestlohn ein. Wir haben als AfA die letzten beiden Parteitage für 15 Euro gekämpft und uns durchgesetzt. Wir waren alle im Wahlkampf mit dieser zentralen Forderung unterwegs. Viele von uns haben dem Koalitionsvertrag genau aus diesem Grund zugestimmt.

Seit Freitag kennen wir nun das Ergebnis. Zum 01.01.2026 steigt der Mindestlohn auf 13,90 Euro und zum 01.01.2027 auf 14,60 Euro. Das heißt konkret: 190 Euro mehr zum 01.01.2026 und insgesamt 310 Euro Lohnerhöhung zum 01.01.2027. Darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als AfA sehen wir das Ergebnis trotzdem mit gemischten Gefühlen. Die Einigung bedeutet erstens, dass für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine hohe und wichtige Lohnerhöhung stattfindet. Ich bedanke mich bei den Gewerkschaften, dass sie dafür gekämpft haben. Diese Einigung bekämpft Armut und verbessert ganz konkret Lebensumstände, und das bedeutet etwas. Das kann bedeuten, dass man sich eine kleine Autoreparatur leisten kann, dass man einen kleinen Urlaub mit der Familie machen kann oder dass man nicht mehr Angst haben muss, wie man seine Miete bezahlt. Deswegen finde ich es absolut dreist, dass Michael Kretschmer, der Ministerpräsident von Sachsen, diese Lohnerhöhung als zu hoch kritisiert. Das kann nicht sein,

(Beifall)

vor allem vor dem Hintergrund, dass in seinem Wahlkreis in Görlitz ein Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Erhöhung auf 12,50 Euro profitiert haben. Da sieht man, wie weit weg dieser Mann von den Menschen ist.

Aber wir müssen auch feststellen: Wir haben unser Ziel von 15 Euro nicht erreicht. Wir müssen ganz klar sagen, woran es lag. Die Gewerkschaften haben gekämpft. Aber die Wahrheit ist: Die Arbeitgeberverbände wollten keinen höheren Mindestlohn und keine Erhöhung auf 15 Euro und haben das in der Kommission verhindert. Sie haben darauf bestanden, dass Sonderzahlungen im Rahmen des Inflationsausgleichs bei den Corona-Tarifverträgen nicht in die Berechnung einbezogen werden. Das war der Grund. Das halten wir als AfA für falsch.

Es geht auch darum: Wie kommunizieren wir solche zentralen Fragen? Wir können nicht einfach sagen: „Es ist jetzt ein super Ergebnis. Wir reden nicht mehr über 15 Euro Mindestlohn“, sondern wir müssen ganz klar benennen, woran es lag und wie es dazu gekommen ist. Ich habe selbst Tarifkämpfe geführt. Da war immer wichtig: Man hat nicht immer alles erreicht, aber es ist wichtig, dass man den Mitgliedern sagt, was die Gründe waren. Dann gab es auch Verständnis, und das schafft Vertrauen. Deswegen war dieser Initiativantrag so wichtig, und ich freue mich auf eure Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Erik. - Als Nächster kommt Michael Jung aus Rheinland-Pfalz vom AfA-Bundesvorstand.

Ich habe aber zwischendurch, während Michael dahin geht, noch eine Durchsage: Es ist ein dunkelblaues iPhone auf der Herrentoilette gefunden worden. Das Einzige, was ich erkennen kann, ist, dass es ein iPhone mit Fingerabdruck ist und in 42 Minuten der Wecker klingelt. Es ist dunkelblau. Mehr kann ich nicht rauslesen hier, auch kein Bild. Da freut sich wahrscheinlich gleich jemand. Wer sein Handy sucht: Es ist hier bei mir abzuholen. - Michael, aus Rheinland-Pfalz und AfA, Bundesvorstand.

Michael Jung, AfA-Bundesvorstand:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Anke! Liebe Dagmar! Herzlichen Dank an die Antragskommission, dass sie für den AfA-Antrag, der so wichtig ist - auch für die

arbeitenden Menschen - für einen starken Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Annahme mit Änderungen empfohlen hat.

Die AfA hat immer wieder Vorschläge eingebracht, weil uns die erste Empfehlung nicht gepasst hat. Jetzt können wir mit dem Kompromiss leben. Wir konnten klarstellen - und das ist heute ein paar Mal gesagt worden -: Die Ergebnisse bei den Koalitionsverhandlungen und unser Parteiprogramm sind zwei Paar Schuhe. Beides muss klar getrennt werden. Deshalb war es uns so wichtig, dass wir als SPD am Acht-Stunden-Tag festhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Forderung zum Acht-Stunden-Tag ist eine der ältesten und wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung. Bereits im Jahr 1840 wurde dafür gestreikt. 1869 fand sich diese Forderung im Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wieder. Seit 1918 ist der Acht-Stunden-Tag in Deutschland gesetzlich verankert, zuletzt im Arbeitszeitgesetz von 1994. Wir wissen, dass längere Arbeitszeiten das Risiko für psychische Erkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Stoffwechselstörungen und Schlafprobleme deutlich erhöhen. Zudem verdoppelt sich das Unfallrisiko nach zwölf Stunden Arbeit. Überlange Arbeitszeiten führen langfristig zu Leistungseinbußen und Personalausfällen.

Liebe Genossinnen und Genossen, aber der Antrag geht weiter. Wir brauchen die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen. Hier sind die Arbeitgeber, und zwar durch verbindliche und sanktionsbewährte Regeln, stärker in die Pflicht zu nehmen. Darüber hinaus sind endlich psychische Erkrankungen als Berufskrankheit anzuerkennen, und es ist notwendig, das Berufskrankheitenrecht zu reformieren, um die Anerkennung zu erleichtern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin neben meiner Arbeit bei der AfA noch Vorsitzender vom Bundesverband der Asbestose Selbsthilfegruppen. Es sterben im Jahr immer noch 1.600 Menschen an den Folgen von Asbest. Jetzt kommt die zweite Welle, nämlich die energetische Sanierung von Industriegebäuden und -anlagen. Es sind nämlich noch immer 35 Millionen Tonnen asbesthaltiges Material in Deutschland verbaut. Hier müssen die Gefahrstoffverordnungen und die technischen Richtlinien klar gefasst und konsequent umgesetzt werden, um die Gesundheit von Zigtausend Handwerker/-innen und der Bevölkerung zu schützen. Das erfordert eine starke Qualifizierungsoffensive, eine bessere Ausstattung von Aufsichtsbehörden. Guter Arbeitsschutz ist kein bürokratisches Übel, liebe Genossinnen und Genossen, sondern eine Verpflichtung gegenüber den Menschen. Aufsicht und Sachkunde dürfen nicht dem Bürokratieabbau geopfert werden.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Michael, du musst jetzt zum Ende kommen.

Michael Jung, AfA-Bundesvorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank noch einmal an die Antragskommission. Arbeitsschutz muss der Kern der SPD sein. Stimmt für Annahme! - Vielen Dank.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. - Als Nächster kommt Fabian Ferber aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Matthias Körner aus Essen-Süd. - Fabian, bitte sehr.

Fabian Ferber, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das wird meine letzte Wortmeldung sein. Aber ich möchte auch zum Ar02 sprechen und mich dort mit dem Formulierungsvorschlag der Antragskommission befassen. Erst einmal: Alles, was gerade zum Ar02 gesagt wurde, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, ist richtig - überhaupt keine Frage. Deswegen auch: Danke schön für den Antrag.

Mir geht es insbesondere um die Kompromissformulierung zum Thema Acht-Stunden-Tag. Wir haben manchmal als SPD die Neigung, den Kompromiss schon in unsere Programmatik und in unsere Forderungen einzuformulieren. Den Kompromiss machen wir dann irgendwann mit denen, mit denen wir dann irgendwie Mehrheiten beschließen müssen. Aber ich glaube, wir können an der Stelle klarer sein; das ist gerade eben auch gesagt worden. Ich finde, da ist viel zu viel drin, was mit der CDU dann abzusprechen ist. Ich würde es unschön finden, wenn das, sagen wir mal, Teil unserer Beschlusslage würde. Es könnte klarer reinformuliert werden, wie wir zum Acht-Stunden-Tag stehen,

(Beifall)

dass wir den Acht-Stunden-Tag zur nächsten Bundestagswahl auch wieder aufs Tableau bringen und dass wir den nicht einfach so hergeben, sondern die CDU uns auch entgegenkommen muss. Deswegen finde ich die Ursprungsformulierung an der Stelle viel, viel besser.

Genossinnen und Genossen, stellt euch das mal vor! Ich glaube, dass wir noch einmal überlegen müssen, wie wir auch Herz und Bauch ansprechen. Paketzustellerinnen und Paketzusteller haben die Aufgabe, in etwa 20 Pakete pro Stunde auszuliefern. Wir wünschen uns ja 20 Kilo als Höchstmaß, aber es sind oft auch deutlich mehr Kilos. Jetzt sagen wir mal, es sind im Schnitt 5 Kilo. Mal 20 Pakete sind das 100 Kilo. Mal acht Stunden sind das 8 Kilo am Tag. Wenn wir aber den Zwölf-Stunden-Tag möglich machen, dann reden wir über eine Tonne als Regellast, die jemand mit seinen Knochen tragen muss. Das kann nicht sein. Wir müssen Leute insbesondere in körperlicher Tätigkeit - im Pflegebereich, in der Industrie, in der Zustellung - schützen, und da reicht mir der Kompromissvorschlag der Antragskommission nicht aus, weswegen ich zum Beispiel den in der Formulierung nicht annehmen könnte.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat das Wort Matthias Körner aus Hessen-Süd. Danach hat sich Katharina Räth aus Bayern noch mal gemeldet.

(Beifall)

Matthias Körner, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Debatte macht deutlich: Ich glaube, das ist eine der Fragen, wo wir - gestern ist das angeklungen - auf uns, auf unsere Verbindungen zu Menschen in Arbeit, aber vor allem auf uns selbst besser aufpassen müssen. Nach den Einschnitten in der Arbeitsversicherung, die ich in meiner eigenen Mitgliedszeit erlebt habe, und, ich glaube, auch so ein bisschen dem Thema „Rente mit 67“ haben wir jetzt die dritte Situation, in der wir in der Gefahr sind, erneut eine zentrale Frage im Konflikt mit der Arbeiterbewegung am Ende lösen zu müssen. Das ist nicht gut, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich weiß, viele empfinden Arbeitszeitregelungen, so wie sie gerade sind, als lästige Gängelei in den Betrieben und lassen sich einreden, dass es besser wäre, wenn man diesen ganzen Schutz wegnimmt. Ich glaube aber, dass uns immer klar sein muss, dass es ein Unterschied ist, ob ich einen Zwölf-Stunden-Tag habe, der aus vier Stunden Meeting und einer Stunde Business Lunch besteht, oder ob ich einen Acht-Stunden-Tag habe, der daraus besteht, im proppevollen Supermarkt die Gemüseabteilung in Schuss zu halten.

(Beifall)

Auf gar keinen Fall - und das ist eigentlich eher ein Appell als ein konkreter Aufruf an die Antragsberatung - darf die Gefahr entstehen oder sich einlösen, dass wir in die Tarife eingreifen und die Tarifparteien in der Arbeitszeitfrage unter Druck setzen. Es gibt Menschen, die hoffen auf unseren Schutz, die brauchen unseren Schutz und die erwarten, dass wir sie in ihrer Arbeit beschützen. - Besten Dank. Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Katharina, du hast dich jetzt noch mal gemeldet. Wir sind auch so nett und lassen dich noch mal reden, aber wir gucken bei dir ein bisschen strenger auf die Zeit. - Katharina Räth aus Bayern folgt Filippos Kourtoglou, auch aus Bayern.

Katharina Räth, Bayern:

Danke. Ich werde auch nicht so lange reden. - Ich möchte zum Ar21, zur Stärkung des öffentlichen Dienstes, sprechen. Da möchte ich noch mal kurz auf den Redebeitrag von Hannah hinweisen. Ich fand es wahnsinnig wichtig, dass auch jemand, der in diesem Bereich arbeitet, hier zu Wort kommt. Wir sollten diesen Bereich, den öffentlichen Dienst, ernst nehmen, wahrnehmen und auch stärken. Das ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, das ist das Rückgrat unserer Demokratie. Wenn das nicht funktioniert, funktioniert unser Land nicht.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Katharina, ich nutze mal die Gelegenheit, Hannah zu sagen, dass du auf sie antwortest. Hannah in der zweiten Reihe? Hannah, auf dich wird gerade geantwortet. Ich habe zu lange Ausschüsse im Bundestag geleitet; deshalb bin ich da so streng. - Mach weiter, Katharina.

Katharina Räth, Bayern:

Gut. - Also, Hannah, ich wollte nur - - Jetzt bin ich natürlich ein bisschen aus meiner Rede rausgekommen.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Entschuldigung.

Katharina Räth, Bayern:

Wenn der öffentliche Dienst nicht funktioniert, funktioniert unser Land nicht. Dann gibt es kein Vertrauen der Gesellschaft in unsere Demokratie, und dann funktioniert unsere Demokratie nicht. Deswegen müssen wir diesen Bereich auch stärken.

Es hat momentan unglaublich stiefkindliche Ausmaße angenommen. Der öffentliche Dienst ist unterfinanziert und auch personell unterbesetzt. Ich bin von Beruf Gewerkschaftssekretärin. Ich arbeite jeden Tag mit Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, und eines meiner Hauptbetätigungsfelder sind die kommunalen Sozial- und Erziehungsdienste. Ich habe da unglaublich viele Gespräche mit unglaublich engagierten, motivierten, kompetenten Kolleginnen und Kollegen, die mir von ihrem Job mit so einer Inbrunst, mit so einer Leidenschaft erzählen. Und dann auf einmal kommen diesen Kolleginnen und Kollegen die Tränen, weil sie einfach nicht mehr können, weil sie ausgebrannt sind, weil sie nicht mehr weiterwissen. Und das kann so nicht sein.

(Beifall)

Das ist nicht nur in den sozialen Erziehungsdiensten so, das ist in den Verwaltungen so, das ist in den Jobcentern so, das ist bei den Krankenschwestern in den Krankenhäusern und überall so. Das dürfen wir so nicht mehr hinnehmen. Wir müssen diesen Menschen auch eine Perspektive geben. Wir müssen uns um sie kümmern. Wir müssen ihnen zeigen, dass wir ihre Sorgen wahrnehmen. Wir müssen zeigen, dass wir das spüren und deren Lebenswirklichkeit ernst nehmen und verbessern.

Es muss einen Unterschied machen, ob Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in entscheidenden Positionen sind oder nicht. Und es muss einen Unterschied machen in der kommunalen Finanzausstattung und auch in den Tarifverhandlungen. Deswegen mein großer Appell an alle, die in diesen Entscheidungspositionen sitzen - ob sie jetzt in den Parlamenten sitzen oder auch in diesen Verhandlungskommissionen -: Nehmt eure Rolle wahr, nehmt eure Verantwortung wahr und nehmt auch wahr, dass es einen Unterschied machen muss! Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine

andere Verantwortung, und die müssen wir auch wahrnehmen. Und deswegen: Bitte unterstützt das. - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat das Wort Filippos Kourtoglou. Ihm folgt Florian von Brunn aus Bayern. Filippos ist auch aus Bayern.

Filippos Kourtoglou, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern hat Lars gesagt, wenn wir ein bisschen Unmut äußern sollen, dann sollen wir es auch mal ein bisschen nach vorne bringen. Ich muss sagen: Ich bin momentan auch unzufrieden mit einer Sache, die hier in ein paar Reden so angedeutet wird. Ich bin unzufrieden wegen den 15 Euro, nicht wegen den 40 Cent, die wir monetär nicht geschafft haben, obendrauf zu bekommen - 14,60 Euro ist toll; es ist toll, was die Gewerkschaftsseite da geschafft hat in der Mindestlohnkommission -, sondern es geht um den politischen Wert, die politische Symbolik der 15 Euro.

Wir haben damals mit 12 Euro und mit Respekt diesen Wahlkampf bestritten und gewonnen. Wir haben 15 Euro bestritten, und jetzt haben wir 14,60 Euro rausgeholt. Es wurden auch noch Sachen nach dem Wahlkampf gesagt. Es wurde gesagt, wenn wir es nicht schaffen in der Mindestlohnkommission, dann machen wir das auf dem parlamentarischen Weg. Das haben zwei unserer Spitzenfunktionäre gesagt, Lars und Matthias. Das ist doch eine Gefühlsthematik, wenn die Leute mitbekommen, dass wir da so schnell nachgeben. Wo ist das Kämpferische der Sozialdemokratie? Warum lassen wir uns einfach so schnell die Butter vom Brot nehmen, liebe Genossinnen und Genossen? Das stört mich.

(Beifall)

Ich möchte nicht in der Wahrnehmung der Menschen so dastehen, dass ich das einfach so hinnehme. Aber das bekommen die Leute doch mit am Ende des Tages. Wir haben jetzt auch keine CDU mehr, die wie die Merkel-CDU so ein bisschen pragmatisch ist und sagt: „Komm, wir geben der SPD mal was und lassen der mal ein paar Gewinne“, sondern wir haben jetzt eine knallharte CDU, und die setzen ihr Programm zu 100 Prozent um. Die sagen: Grenzen zu. - Die Grenzen werden momentan bewacht. Die sagen:

Abweisungen. - Das Gericht hat gesagt: Nee, machen wir nicht. - Trotzdem: Abweisungen, kein Familiennachzug - ohne den wäre ich hier gar nicht hier -; der ist einfach weg für zwei Jahre. Das haben wir alles hingenommen bei denen. Aber wir lassen uns die Butter vom Brot nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte, dass wir das nicht einfach so hinnehmen. Ich möchte, dass sich unsere Bundestagsfraktion jetzt mal auf die Füße stellt und sagt: Nee, wir kämpfen für die 15 Euro, und wenn wir verlieren, dann gehen wir erhobenen Hauptes dahin und sagen, wir haben es probiert. - Aber einfach so möchte ich das nicht hingeben. Die Leute sollen spüren, dass wir für die da sind. Ich glaube, diese Leute brauchen eine starke Sozialdemokratie, und die brauchen diese Symbolik, dass wir für sie kämpfen und nicht einfach alles hinnehmen, was die Union uns hinwirft. - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Als Nächster spricht Florian von Brunn aus Bayern. Ihm folgt Tim Glaubitz aus Hannover.

Florian von Brunn, Parteivorstand:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zurzeit, wenn man so auf die Wochenmärkte schaut, in die Auslagen der Supermärkte, gibt es leckeren Spargel, gibt es leckere Erdbeeren. Viele machen sich gar nicht bewusst, welch harte Arbeit dahintersteht, diese Produkte zu ernten - und nicht nur harte Arbeit, sondern auch wenig Geld. Das Beratungsnetzwerk des DGB „Faire Mobilität“ hat auch ermittelt, dass hier auf Kosten der Arbeitnehmenden massiv betrogen wird. Der Mindestlohn wird unterlaufen. Es gibt unbezahlte Überstunden. Unterkunft und Verpflegung kriegen die Saisonarbeitskräfte eh vom Mindestlohn abgezogen.

Vor diesem Hintergrund kommt jetzt der Bauernverband - offensichtlich, weil sie gemerkt haben, jetzt geht etwas in der Regierung; möglicherweise, ich glaube aber, nicht - und sagt: Wir wollen Ausnahmen vom Mindestlohn, nur noch 80 Prozent für Saisonarbeitende. Der Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer, der bisher durch wenig aufgefallen ist, von der sogenannten Christlich-Sozialen Union, zeigt sich offen dafür. Ich glaube, der hat noch nicht verstanden, mit wem er koaliert: mit der SPD, die den Mindestlohn - wir haben es heute noch einmal diskutiert - eingeführt hat. Und er hat, glaube ich, auch noch nicht im Koalitionsvertrag gelesen, was wir wollen. Wir wollen

keine Ausnahmen vom Mindestlohn, wir wollen einen höheren Mindestlohn, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als ob der Bauernverband nicht schon genug bekommen hätte! Nicht nur, dass sie Unterkunft und Verpflegung vom Mindestlohn abziehen können bei Saisonarbeitskräften, sie kriegen jetzt auch die Vergünstigungen beim Agrardiesel wieder zurück, und die Sozialversicherungsfreiheit dieser Beschäftigung steigt jetzt laut Koalitionsvertrag von 70 auf 90 Tage. Aber das reicht denen alles nicht. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, habe ich den Eindruck, es geht nicht um Ausnahmen, sondern denen geht es um Ausbeutung, damit sie höheren Profit haben, und das dürfen wir hier nicht zulassen.

(Beifall)

Deswegen bin ich, Bärbel Bas auch sehr dankbar, dass sie da klare Kante gezeigt hat. Denn wir als SPD wollen, dass diese Menschen, die hierherkommen und harte Arbeit leisten, damit bei uns gute Lebensmittel auf dem Tisch stehen, eine ordentliche Bezahlung bekommen. Da hat auch etwas mit Respekt zu tun, und deswegen bitte ich euch: Unterstützt diesen Initiativantrag! - Vielen herzlichen Dank.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Florian. - Als Nächster ist Tim Glaubitz aus Hannover dran. Ihm folgt Constantin Grosch, auch Bezirk Hannover.

(Beifall)

Tim Glaubitz, Hannover:

Liebe Genoss/-innen! 15 Euro Mindestlohn sind 2026 erreichbar. So steht es im Koalitionsvertrag, so hat es uns die Teilspitze auf Sharepics zugeschickt und überall geteilt.

Ich weiß nicht, ob Hubertus noch irgendwo hier ist. Er hat uns in Hannover bei einer Veranstaltung auf eine Rückfrage dazu gesagt, wir sollen nicht auf die CDU-Propaganda reinfallen, dass 15 Euro Mindestlohn nicht kommen. Jetzt müssen wir feststellen: Es war

nicht die CDU-Propaganda, sondern es war eure Propaganda, auf die die Leute reingefallen sind, wenn sie den Koalitionsvertrag unterstützt haben.

Wir haben viel darüber gesprochen, warum wir die Leute nicht mehr erreichen, warum die Kassiererin im Supermarkt nicht mehr diese Sozialdemokraten wählt. Weil es ihr am Ende egal ist, ob die Mindestlohnkommission darüber entschieden hat, dass nächstes Jahr der Mindestlohn nur geringfügig erhöht wird, sondern ihr ist wichtig, dass sie mehr Geld bekommt. Ein Lohn unter 15 Euro bedeutet weiterhin in vielen Städten Armut trotz Arbeit, es bedeutet Altersarmut morgen. Noch immer braucht es Wohngeld, Aufstockungsleistungen, staatliche Hilfe, obwohl jemand jeden Tag zur Arbeit geht. Das ist nicht gerecht, das ist nicht sozial, und das ist nicht unsere sozialdemokratische Politik.

Ich sage euch: Die Entscheidung, den Mindestlohn erst so spät zu erhöhen, ist nicht das, was wir tun sollten. Es ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die Tag für Tag hart arbeiten und trotzdem kaum über die Runden kommen. Dieser Mindestlohn ist nicht nur unzureichend, er ignoriert die Realität von Millionen Menschen. Und sie ignoriert das, was die Mitglieder entschieden haben: den Koalitionsvertrag, in dem stehen soll, dass der 15-Euro-Mindestlohn nächstes Jahr kommt. Das können wir als SPD nicht hinnehmen. Wir stehen für Respekt und soziale Gerechtigkeit. Das heißt, wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können, ohne Existenzangst, ohne ständiges Jonglieren zwischen Nebenkostenabrechnung und Supermarktkasse. Deshalb fordern wir: Der Mindestlohn muss nächstes Jahr auf 15 Euro steigen und nicht erst 2026.

Matthias, du hast bei Markus Lanz letzte Woche gesagt: Wenn die Mindestlohnkommission nicht liefert, dann muss politisch entschieden werden. - Deshalb bitten wir euch: Nehmt dieses Votum der Mindestlohnkommission nicht an, sondern verhandelt mit der CDU, dass wir schneller auf 15 Euro Mindestlohn kommen. Er ist keine linke Spinnerei. Er ist ökonomisch sinnvoll, er stärkt die Kaufkraft, er entlastet das Sozialsystem, er schafft Respekt und Anerkennung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben den Mindestlohn eingeführt. Wir haben ihn auf 12 Euro mutig erhöht. Jetzt ist der Moment gekommen, den nächsten Schritt zu gehen - nicht zögerlich, nicht kleinteilig, sondern entschlossen, für mehr Gerechtigkeit, für ein Leben in Würde, für eine Politik, die niemanden zurücklässt. Lasst uns gemeinsam sagen: 15 Euro Mindestlohn jetzt. - Danke schön.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster ist Constantin Grosch aus dem Bezirk Hannover dran, und dann haben wir als letzten Redner in dieser Debatte Steven Wodtke aus NRW.

(Beifall)

Constantin Grosch, Hannover:

Es sind ja einige Serpentinen hier hoch. Wir haben es schon einfacher hinbekommen. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben gerade viel über den Mindestlohn gehört. Wir sind die Partei des Mindestlohns. Wir haben ihn eingeführt, wir sichern ihn, und wir werden ihn auch weiter ausbauen. Aber wir haben gerade auch gehört: Die CDU ist die Partei, die einen Mindestlohn zweiter Klasse einführen will, und dagegen wenden wir uns ohne Wenn und Aber.

Oder gibt es doch ein Aber? Es gibt eine Klasse an Menschen in diesem Land, die arbeiten, und die bekommen keinen Mindestlohn. Das sind die Menschen mit Behinderung in Werkstätten. Dazu liegt uns ein Antrag vor, Ar17. Diese Menschen arbeiten den gesamten Tag. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass das echte Arbeit ist.

(Beifall)

Nur 0,1 Prozent der Menschen in einer Werkstatt werden auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Sie bekommen einen Lohn, der unter 2 Euro pro Stunde liegt. Sie sind abhängig von Grundsicherung und weiterer Unterstützung, und sie arbeiten trotzdem den ganzen Tag. Liebe Genossinnen und Genossen, das kann nicht das Ziel sein, wie Integration und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt aussieht.

Aber eins ist auch klar: Der Antrag in Ar17 greift zu kurz. Einfach nur den Mindestlohn in Werkstätten einzuführen, das hilft uns nicht weiter, sondern wir müssen die Werkstätten grundsätzlich weiterentwickeln. Wir müssen qualitative Vergleiche einführen, und wir müssen dafür sorgen, dass die Ausgleichsabgabe nicht dafür genutzt werden kann, dass Betriebe günstiger als in China oder in anderen Ländern hier bei uns produzieren lassen, sondern es geht um faire Arbeitsbedingungen.

(Beifall)

Deswegen die Bitte an die Bundestagsfraktion: Nehmt euch diesem Thema inhaltlich an!

Ich habe aber nur ein persönliches Thema. Ich stehe hier oben heute als stolzes Mitglied des Niedersächsischen Landtags. Ich bin dort das einzige Mitglied mit einer Behinderung. Ich brauche 24 Stunden am Tag höchste pflegerische Unterstützung. Das kostet viel

Geld, und das bekomme ich über die Eingliederungshilfe. Vielen Dank an euch alle, dass wir dafür gekämpft haben, dass es solche Systeme in Deutschland gibt.

(Beifall)

Aber wir haben gerade einen Bundeskanzler, der sich öffentlich hinstellt und sagt, dass diese Kosten für genau diese Unterstützungsleistung zu hoch sind und nicht weiter steigen dürfen. Das bedeutet, er kämpft dafür, dass in Zukunft diese Leistungen nicht mehr in der gleichen Art und Weise erfolgen können. Das müssen wir stoppen.

(Beifall)

Ich will noch eine Sache sagen: Diese Hilfen sind heutzutage einkommens- und vermögensabhängig. Man bekommt sie dann, wenn man finanziell bedürftig ist. Das bedeutet, es ist derzeit nicht möglich, einen eigenen finanziellen Existenzaufbau durchzuführen. Ich bin an eurer Seite, wenn es heißt, wir wollen Besserverdiener besteuern. Wir wollen sie mehr besteuern. Wir wollen verhindern, dass es Multimillionäre und Ähnliches gibt - aber nicht nur bei Menschen mit Behinderung, sondern bei allen. Wenn wir mehr Fairness haben wollen, dann besteuern wir sie alle gleich. Aber wir dürfen nicht dafür sorgen, dass sich Menschen mit Behinderung keine eigene Existenz aufbauen können, nur weil sie Hilfe brauchen. Das dürfen wir nicht machen.

(Beifall)

Arbeit muss sich für alle in der Werkstatt lohnen, ob mit Hilfe, ob ohne. Alle Menschen, die hier arbeiten, bekommen Mindestlohn und einen fairen Lohn. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Konstantin, und auch von uns hier vielen Dank für das tolle Vorbild, dass du als Landtagsabgeordneter bist. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Genau, ihr dürft für das Vorbild klatschen. Danke schön.

Wir haben jetzt doch noch zwei Wortmeldungen; es wird immer noch ein bisschen mehr. Zuerst Steven Wodtke aus NRW und danach Ali Kaan Sevinc aus Essen, auch aus NRW. Ich hoffe mal oder denke mal, dass wir danach die Redeliste schließen können. Wir

machen das jetzt nicht formal. Ich kündige nur an, dass wir noch zwei Wortmeldungen haben und danach dann über den Themenbereich Ar abstimmen werden. - Bitte sehr.

Steven Wodtke, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich sage dazu: Ich bin ein bisschen nervös. Das ist meine erste Rede vorm Bundesparteitag.

(Beifall)

Mein Name ist Steven Wodtke, ich bin 39 Jahre alt und stellvertretender Personalratsvorsitzender der Kreisverwaltung Lippe.

(Beifall)

Ich habe den Mut gefasst, weil gerade eine Gewerkschafterin sprach und auch Praxisbeispiele genannt worden sind, aus den Jugendämtern, mit der Verdi zum Beispiel auch. Das betrifft natürlich den öffentlichen Dienst. Es wurde ja auch gesagt, es wäre schön, wenn einmal jemand aus dem öffentlichen Dienst reden würde, warum es gerade so wichtig ist, gerade in jetziger Zeit, dass wir als SPD für die Leute da sind.

Ich kann es auch mal konkret machen: Wir haben einen kommunalen Rettungsdienst bei uns, die eine 48-Stunden-Woche haben, die am Limit sind und die einfach nicht mehr können und wissen, wie es weitergeht. Wir als SPD in Lippe haben Solidarität gezeigt, haben denen gezeigt, dass wir an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen, und haben versucht, die Arbeitszeitreduzierung durchzusetzen. Das ist ein ganz gewichtiges Thema für mich, dass wir an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen. Wir als SPD! Da war nicht die CDU. Keiner war dabei. Wir als SPD waren da. Wir sind die Arbeiterpartei. Dafür müssen wir wieder kämpfen an der Basis.

(Beifall)

Wie gesagt: Wir müssen uns gemeinsam dafür auf den Weg machen, dass wir ein gemeinsames Ziel haben, dass wir gemeinsam erreichen, dass die Leute uns wieder wahrnehmen, und das haben sie. Der kommunale Rettungsdienst bei uns ist uns dankbar, weil sie gesehen haben an der Tarifrunde: Ihr steht an unserer Seite. - Wie gesagt, wir sagen immer, die machen täglich ihren Dienst, die arbeiten bis zur Erschöpfung, 48 Stunden, teilweise 60 Stunden, die sie in der Woche arbeiten. Deswegen ist es mir ganz wichtig gewesen, dass wir zeigen, dass wir für sie da sind.

Auch das mit den Jugendämtern kann ich alles nur bestätigen. Die Überbelastung steigt, Überlastungsanzeigen steigen. Deswegen lasst uns gemeinsam gehen! Wir haben am 14.09. eine Kommunalwahl in NRW. Wir als Lippe, wir als Partei insgesamt und ich persönlich werden alles dafür tun, dass die SPD wieder stark wird in Nordrhein-Westfalen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. Herzlichen Glückwunsch zu deiner ersten Rede! - Als letzten Redner in dieser Debatte haben wir Ali Kaan Sevinc aus NRW.

(Beifall)

Ali Kaan Sevinc, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist auch für mich die erste Rede auf einem Bundesparteitag, also auch ein schönes Signal an der Stelle.

(Beifall)

Ich will mal, was der Vorredner gesagt hat, aufgreifen. Wir haben am 14.09. eine Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, bei der auch ich antrete und um das Votum der Menschen in meinem Stadtteil bitte. Und darum soll es im Endeffekt auch gehen: dass wir in den Kommunen mit bedenken, dass es da viele Menschen gibt, die da einfach arbeiten, die für uns da sind. Wir haben das Thema Kommunales ja auch gehabt an dieser Stelle.

Wichtig ist aber auch eins: Wir reden gerade über Arbeit und Lohn und Entlohnung, und es muss sich lohnen. Es ist vorhin von Zuschüssen gesprochen worden, von staatlichen Leistungen. Die, die morgens und abends zur Arbeit gehen, sind die Gruppen, die unser Kernklientel sind und weiter sein müssen. Und ich finde schon, dass da noch einmal ein Fokus auch im Setting sein muss. Wir reden immer über ganz unterschiedliche Gruppen. Aber diese Menschen, die die von A nach B pendeln, die dann ihre Arbeit verrichten, das sind unsere Leute, und das muss der Fokus der SPD sein. Dafür treten wir schließlich auch an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der Mindestlohn ist angesprochen worden. Ja, man kann jetzt sagen, 15 Euro haben wir für 2026 nicht ganz erreicht. Aber man muss sich auch ehrlich machen: Wenn wir sagen, wir sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden - es ist ein einstimmiges Ergebnis -, dann müssen wir auch den Menschen klarmachen: Entweder wir greifen ein - aber dann können wir die Mindestlohnkommission auch abschaffen; die Forderungen gibt es ja auch -, oder wir sagen, es ist ein Ergebnis, das Gewerkschaften, Arbeitgeber etc. zusammen auf den Weg gebracht haben. Diese Ehrlichkeit müssen wir haben. Ich finde, die Menschen, die davon profitieren - die Reinigungskraft, die Menschen in den Supermärkten -, sollten wir nicht im Stich lassen. Insofern: Nehmt den Antrag gerne bitte an! - Schönen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Arbeit und Beschäftigung in Verbindung mit InI13 und InI18

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Wir haben jetzt viele Voten gehört, viele Beiträge. Alle haben empfohlen, dass wir die Anträge, so wie sie von der Antragskommission bearbeitet worden sind, hier annehmen. Mir liegt auch kein Wunsch nach einer Einzelabstimmung von Anträgen vor.

Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission. Und zwar stimmen wir in einem ab über die Voten der Antragskommission zum Sachgebiet Ar, Arbeit und Beschäftigung, über die Anträge Ar01 bis Ar30 und damit auch über die beiden Initiativanträge INI13 und INI18 in der Fassung der Antragskommission; das sind die Initiativanträge zum Mindestlohn.

Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission folgen will. - Das sieht nach sehr vielen aus. Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Ist das da eine Gegenstimme von Anke Rehlinger? - Nein, das ist keine. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Wow, einstimmig beschlossen.

(Beifall)

Herzlichen Dank, dass ihr bei diesem Herzensthema der Sozialdemokratie, wie Dagmar Schmidt es genannt hat, so ein klares Votum gefasst habt.

Jetzt gebe ich ab an Josephine für die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs. So wäre der Plan.

Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstands
Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Genau, das wäre der Plan. Die Christine steht da auch schon. - Die Bühne gehört dir für die Verkündung des Wahlergebnisses.

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch gerne das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen.

Es wurden 606 Stimmen abgegeben. Alle sind gültig. Die Ergebnisse: Carsten Brosda, 181 Stimmen, nicht gewählt. Kurt Fischer, 109 Stimmen, nicht gewählt. Annika Klose, 414 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Esra Limbacher, 169 Stimmen, nicht gewählt. Bettina Martin, 535 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Katja Mast, 268 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Sebastian Roloff, 401 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Und last but not least: Andreas Stoch, 412 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Vielen Dank.

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Ich frage jetzt die Gewählten, ob sie die Wahl annehmen bzw. wenn jetzt hier niemand widerspricht, gehen wir davon aus, dass ihr die Wahl annehmt. - Da werden schon Glückwünsche verteilt. Sehr schön.

Antragsberatung Bereich Organisationspolitik und Statutenänderungen

Dann können wir in der Antragsberatung fortfahren. Ich rufe auf die Anträge des Antragsbereiches O, Organisationspolitik. Das sind die Anträge O01 bis O42. Sowie die Statutenänderungen, Anträge StÄ 01 – 14.

Aus der Antragskommission rufe ich den Berichterstatter für den Bereich, Dietmar Nietan, auf, der hoffentlich schon irgendwo in der Nähe ist. - Ich habe dich nicht gesehen, Entschuldigung.

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Herbert Wehner hat gesagt, Organisationsfragen sind Machtfragen, und wo der Herbert recht hat, hat er recht. Deshalb ist es, auch wenn es manchmal etwas trocken ist, wenn es um Organisationen und Statuten ändernde Anträge angeht, durchaus ein wichtiger Bereich.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr in das Antragsbuch guckt, seht ihr, dass dort unter dem Punkt „Organisationspolitische Anträge“ viele Anträge zu finden sind, die natürlich auch auf die Modernisierung unserer Organisation rekurrieren, aber die letztlich eigentlich Anträge waren oder sind, die wir gestern hätten mitberaten müssen in der Diskussion um den Leitantrag. Deshalb seht ihr, dass es im Antragsbuch bei vielen dieser Anträge eben den Hinweis gibt: erledigt durch den Leitantrag O01. - Ich wollte das nur noch einmal sagen. Manche der inhaltlichen Dinge, die jetzt angesprochen wurden in diesen Anträgen zur Parteiorganisation, sind teilweise auch durch Änderungsanträge an dem gestrigen Leitantrag mit aufgegriffen worden. Nur dass ihr euch nicht wundert, warum da so oft steht: erledigt durch L01.

Ich will ganz zu Beginn - ich habe das ja gestern schon in meinem Rechenschaftsbericht gemacht - auf den ersten Antrag, auf den O01-Antrag, zu sprechen kommen. Das ist genau dieser besagte Antrag, von dem ich gestern gesprochen habe, der aus meiner Sicht der Schlussstein ist vieler sehr guter organisationspolitischer Anträge, an denen ihr alle mitgearbeitet habt; denn wir haben das sehr oft über die organisationspolitische Kommission gemacht, in der jeder Landesverband und Bezirk vertreten ist. Aber wir hatten diesen Schlussstein - wie finanzieren wir das Ganze, wie organisieren wir funktionierende Finanzierungsinstrumente, die die Zusammenarbeit verbessern zwischen Landesverbänden, Bezirken und der Bundespartei? -, diesen letzten Punkt noch nicht zielführend geklärt, wenn ich das mal so sagen darf. Deshalb würde ich mich sehr

freuen, wenn dieser Leitantrag O01, wenn ich das noch mal so sagen darf, eure Unterstützung findet.

Es gibt viele gute weitere Anträge - sei es eine SPD-App, sei es, dass wir bestimmte Dinge in der Digitalisierung anders aufstellen -, die inhaltlich wirklich sehr, sehr gute zusätzliche Impulse liefern. Dafür möchte ich mich ausdrücklich auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen im Haus bedanken. Da steht dann oft: Überweisung an den Parteivorstand. - Aber auch das will ich betonen: nicht, weil das eine Beerdigung zweiter Klasse sein soll, sondern weil diese Anträge, wenn man so will, uns helfen, die Prozesse, von denen ich gesprochen habe - Digitalisierung, neue Mitgliederdatenbank, weiterer Ausbau der Arbeit der sogenannten AGDS, also der Arbeitsgruppe für digitale Strategie mit Landesverbänden und Bezirken -, noch mal mit Input zu versorgen. Ihr könnt euch also sicher sein: Diese Überweisung an den Parteivorstand wird jetzt nicht zu Debatten im Parteivorstand selbst führen, aber sie wird dazu führen, dass diese Anträge, sei es die AGDS, sei es die Runde der leitenden Landesbezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer, eingespeist wird, weil wir genau an vielen dieser Punkte, die ihr dort angesprochen habt, auch entsprechend arbeiten.

Ich will auch darauf hinweisen, dass es viele Anträge gegeben hat, die noch einmal im organisationspolitischen Bereich das politisch so wichtige Thema Parität voranbringen. Ich erinnere da zum Beispiel auch an entsprechende Anträge der SPD-Frauen. Da gab es in der ersten Version der Empfehlung der Antragskommission an einigen Stellen erst noch Ablehnung. Das Votum haben wir noch einmal geändert auf „Überweisung an den Parteivorstand“, weil sich in der Tat auch die Frage stellt, wie wir die Parität, aber auch die diskriminierungsfreie Unterstützung im Bereich sozusagen von Transpersonen und Ähnlichem durch neue Regelungen in unseren Statuten verbessern.

Wir würden uns aber auch hier freuen, wenn ihr dem Vorschlag „Überweisung an den Parteivorstand“ zustimmen könntet, weil diese Dinge, wenn ich das so sagen darf, nicht ganz so einfach sind. Wir müssen sie statuarisch gut hinbekommen. Dafür muss es am Ende auch Statutenänderungen geben mit Zweidrittelmehrheiten; ihr kennt das alles. Wir müssen sie aber auch organisationspolitisch hinbekommen, weil zum Beispiel manche Dinge - wie verschlüsseln wir Dinge in der Mavis; es gibt zum Beispiel auch nachher Anträge zu dem Bereich, wie man Ortsvereine schneller auflösen kann, weil was nicht klappt, und anders zusammenlegen kann - oft Dinge sind, die nicht nur eine statuarische Frage sind. Es stellt sich auch die Frage: Wie müssen wir Arbeitsabläufe bis hin zu Programmierungsprozessen ändern, damit das Ganze im Alltag der Parteiorganisation, wenn wir dann auch zu Versammlungen einladen, wenn wir Delegiertenlisten machen usw., auch einbahnfrei funktioniert?

Ich kann euch zusagen, dass wir versuchen, viele der Dinge, bei denen jetzt steht „Überweisung an den Parteivorstand“ schon in ihren grundlegenden Strukturen, wie wir das am besten anpacken, bis Ende des Jahres voranzubringen, um dann nicht nur im Parteivorstand, sondern auch zum Beispiel im Länderrat mit den Landesverbänden und Bezirken darüber zu sprechen: Kriegen wir das alles hin, ohne dass wir mit Zweidrittelmehrheiten das Statut ändern, oder - das wäre dann auf dem nächsten Parteitag notwendig - müssen wir an bestimmten Stellen, weil wir sagen, unterhalb der Statutänderung kriegen wir das nicht alles sauber hin, auch das Statut ändern?

Wir bitten euch aber, uns im Rahmen dieses Neuaufstellungsprozesses noch ein bisschen die Zeit zu geben, genau diese tricky Dinge, von denen ich gesprochen habe, jetzt tun zu können. Ich glaube nicht, dass wir die ad hoc heute in einer Antragsdebatte entsprechend gewuppt bekommen. Da bitte ich einfach um das Vertrauen. Dazu wird es auch einen regelmäßigen Bericht geben.

Ich will es mal mit dieser Einführung bewenden lassen. Es wird sicherlich auch Wortbeiträge oder Rückfragen geben. Das können wir hier gerne diskutieren. Aber ich glaube, insgesamt haben wir mit diesem Antragsblock gute Impulse, die wir entweder, weil wir sie heute beschließen, oder weil der Parteivorstand sie zügig in entsprechende Richtlinien, in entsprechende neue Umsetzungsformen gießt, auch umsetzen können. - Vielen Dank.

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dietmar. - Wir starten damit mit der Aussprache. Als Erstes hat sich Annabel Schumacher für den Landesverband NRW gemeldet. Danach spricht Stefan Bolln. - Wenn Annabel nicht da ist, dann würde ich direkt Stefan Bolln auf die Bühne bitten.

Stefan Bolln, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass ich kurz reden darf.

Lieber Dietmar, vielen Dank für den Antrag, den du eingebracht hast. Ich glaube, dass das mit der Neuordnung der Partei und leichten Beitragserhöhungen allerhöchste Zeit wird.

Ich stehe hier als Schatzmeister der SPD Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Wir waren pleite, wir waren organisationspolitisch am Ende. Durch das Willy-Brandt-Haus, durch dein Team, Dietmar, mit dir an der Spitze - - Ich zähle jetzt mal ein paar Namen von Personen auf, mit denen ich in den letzten zehn Jahren zusammengearbeitet habe: Ob das der Kollege aus dem Saarland ist, Georg Rase, oder aus Bremen, der Kollege Pahl. Den habe ich selbst noch nie gesprochen: Christoph Matterne, Hannover. Ihr habt uns geholfen, uns neu aufzustellen. Wir haben alles genutzt, was es gibt: Service Center, Office Consult, auch mit allen Fehlern, die dazugehören. Jetzt wird es Zeit, dass wir es bundesweit ausrollen. Wir haben sozusagen alle Piloten hinter uns gelassen. Das muss finanziert werden. Dietmar, du weißt, ich hätte es gerne fast noch ein bisschen mutiger in Beitragstabelle & Co., aber mein Gott, Schleswig-Holstein ist nicht gleich Bund. Ihr habt uns geholfen. Ich will euch helfen, wir wollen euch helfen. Das ist ein Riesenprozess, den wir schon hinter uns haben, den wir jetzt aber ausrollen müssen, und zwar relativ schnell. Da würde ich gerne helfen. Ich bitte euch, dass ihr das jetzt nicht einfach so durchwinkt, nur weil es keinen Gegenantrag gibt, sondern wir müssen da ran. Die digitale Welt verändert sich so rasant wie nur irgendwas, und die SPD ist zu langsam. Wir müssen da mehr Tempo reinkriegen.

Wenn ich mir etwas wünschen dürfte: Ein bisschen Selbstkritik an uns alle. Wenn wir alle satzungsgemäßen Beitrag zahlen würden, dann bräuchten wir viele Diskussionen, ob wir uns etwas leisten können oder nicht, nicht mehr.

(Beifall)

In diesem Sinne: Stimmt nicht nur zu, sondern arbeitet mit. Stellt die SPD auch organisationspolitisch auf eine neue Basis. Dann klappt das auch mit der Macht, lieber Dietmar, in Zukunft.

Vielen Dank fürs Zuhören. Ich habe noch 58 Sekunden, ich könnte jetzt noch viel machen, mache ich aber nicht. Vielen Dank und Tschüss!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dann spricht als Nächste Angelika Syring, und danach kann sich schon mal Erik von Malottki bereitmachen.- Scheinbar ist Angelika auch noch nicht da. Dann hoffe ich mal, dass Erik bereit ist. Dann haben wir jetzt zwei Männer, die nacheinander sprechen, aber dann ist das diesmal so. Wenn jemand Angelika erreichen kann oder sie kennt, kann er vielleicht Bescheid sagen. Das wäre nett.

Guckt euch bitte noch einmal die Redeliste in euren Delegationen an, sodass alle bereit sind. Sonst kostet uns das jetzt noch mal ziemlich viel Zeit.

Erik, du kannst direkt auf die Bühne. Du hast das Wort.

Erik von Malottki,stellvertretender Vorsitzender der AfA:

Liebe Genossinnen und Genossen! Uns alle beschäftigt die Frage, was wir verändern müssen. Wie kommen wir aus einer Lage heraus, in der wir bei 15 Prozent liegen, in der unsere Mitgliederzahlen sinken und in der uns eine klare Vision fehlt? Alle Arbeitsgemeinschaften, die gemeinsam diesen Antrag stellen, glauben, es gibt eine Kraft, die uns retten kann, und diese Kraft ist kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser oder Tribun, sondern das sind unsere Mitglieder. Sie sind unser Schatz. Wir müssen alles tun, um sie zu aktivieren.

(Beifall)

Das ist der Schlüssel. Wir machen deswegen einen Vorschlag alle Arbeitsgemeinschaften, der ein Baustein dazu sein kann. Wir sagen, lasst uns die Arbeitsgemeinschaften stärken. Wir haben das gestern auch im Leitantrag verankert, und jetzt machen wir hier konkrete Vorschläge. Alle Arbeitsgemeinschaften machen das.

Ich will einmal ein Beispiel nennen. Ich weiß nicht, ob ihr das wisst. Wir tagen jetzt ja immer im CityCube. Ich weiß nicht, ob ihr wisst: Die Arbeitsgemeinschaften müssen alle im Willy-Brandt-Haus tagen. Was wäre eigentlich, wenn die SPD im ganzen Land unterwegs ist und dem ganzen Land zeigt, dass sie da ist? Wir hatten eine Idee als AfA: Wir wollten unseren Bundeskongress, unsere Bundeskonferenz in einem Stahlwerk machen, in Eisenhüttenstadt, in Ostdeutschland. Das wäre günstiger gewesen. Die Richtlinien verbieten das. Stellt euch einmal vor, was das für ein Zeichen an die ostdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter gewesen wäre, wenn aus dem ganzen Bundesgebiet Menschen kommen, Sozialdemokraten, um ihre Solidarität zu zeigen. Es ist uns nicht erlaubt.

Die Arbeitsgemeinschaften haben ebenso wie die Ortsvereine und die Kreisverbände - ich bin selbst Kreisvorsitzender, die Möglichkeit, um in Berufsfelder, um in Themengebiete hineinzuwirken, um Ideen, Impulse herauszuholen für unsere Partei, und da hineinzuwirken, Vertrauen zu schaffen in die Gewerkschaften, zu den Juristen, zu denen, die bildungsinteressiert sind, zu den Frauen, zu den Selbstständigen, das ist die Chance. Deswegen bitte ich euch: Bitte verweist diesen Antrag nicht zum hundertsten Mal an den Parteivorstand. Wir haben die gleiche Diskussion vor zwei Jahren gehabt.

(Beifall)

Wir müssen etwas ändern. Veränderung beginnt mit uns. Das ist unser Vorschlag.

Gleich werden sich die Vorsitzenden und Vertreter aller Arbeitsgemeinschaften hier melden und euch um diesen kleinen Schritt bitten. Bitte unterstützt uns. Die Mitglieder sind unser Schatz.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Als Nächste spricht jetzt Bettina van Suntum, und danach kann Robin Haug sich bereitmachen.

Bettina van Suntum, Sachsen:

Ich bin für Sachsen hier, aber auch vom SPD-Klimaforum und dem Online-Themenforum Klimagerechte Wirtschaft. Ich möchte gerne das unterstützen, was Erik hier gesagt hat. Wir müssen einfach mehr Demokratie wagen. Die Erneuerung der Partei beginnt mit uns als Mitgliedern, mit unserer Basis, denn wir haben das Ohr an der Partei, wir haben das Ohr an den Menschen, und wir können die Ideen, die die Leute haben, in die Partei hineintragen.

Wir haben gestern im Leitantrag einen Satz gelesen, eine Frage: Wie können wir alle beim Klimaschutz mitnehmen? Ich habe mich wirklich gefragt: Ist das die wichtigste Frage, die wir uns beim Thema Klimaschutz stellen, oder müssen wir uns nicht die Frage stellen: Wie schützen wir die Menschen vor dieser Hitze, die Alten, die chronisch Kranken, unsere Kinder? Wie schützen wir unsere Wirtschaft vor Dürre, Überschwemmungen, vor Lieferketten, vor Frost, die Landwirtschaft im Frühjahr? Und wie schützen wir die nachfolgenden Generationen vor Wassermangel, vor Ressourcenmangel und vor dem Zusammenbruch von regelmäßigen Wetter- und Jahreszeiten?

Weil all diese verschiedenen Themen - Gesundheit, Generationengerechtigkeit, aber auch Geschlechtergerechtigkeit - mit dem Klimathema verbunden sind, deswegen ist es so wichtig, dass wir ein Netzwerk in dieser Partei aufbauen, wo wir diese Themen besprechen können und wo Leute ihre Expertise einbringen.

Deswegen bitte ich euch: Unterstützt diesen Antrag. Wir haben den Änderungsantrag zusammen mit Klima.Gerecht eingereicht. Das ist der O28. Die Ziffer 7 lautet, der Parteivorstand möge zum nächsten Zeitpunkt einen Arbeitskreis „Gerechte Klimapolitik“ einsetzen.

Diese Partei wird nur Zukunft haben, wenn sie sich den Themen der Zukunft stellt, und die Zukunft, das ist der Schutz unserer Umwelt. Nachhaltigkeit hat drei Beine: Das Soziale, die Wirtschaft und die Ökologie. Sonst kippt der dreibeinige Hocker. - Ich danke euch für eure Unterstützung.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes spricht Robin Haug, danach Maria Noichl. Auch Paul Schilling kann sich schon einmal bereitmachen.

Robin Haug, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, schönen guten Tag! Ich möchte an das, was Bettina gesagt hat, anknüpfen. Ich freue mich nämlich, heute meinen allerersten Bundesparteitag als beratender Delegierter für das Online-Themenforum Außen- und Sicherheitspolitik der SPD mit euch verbringen zu dürfen.

Online-Themenforen wurden schon auf dem Bundesparteitag 2019 im damaligen Leitantrag beschlossen, denn bereits dort erkannten wir als Partei: Engagement verändert sich. Passend dazu steht im jetzigen Leitantrag, den wir gestern beschlossen haben, der digitale Wandel verändere die Logik, wo und wie gesellschaftliche Debatten geführt werden, und dass man insbesondere im digitalen Raum in einen Dialog treten müsse. Was sich hier explizit nach außen richtet, muss innerparteilich bei uns selbst beginnen.

Parteiarbeit der Zukunft benötigt neue soziale und digitale Räume, in welchen, losgelöst von klassischen Partei- und Gremienstrukturen, die Vielfalt an sozialdemokratischer Expertise gebündelt werden kann. Dadurch stärken wir die innerparteiliche demokratische Mitbestimmung, Transparenz unserer Entscheidungs- und Diskussionsprozesse und eine Kultur der Wertschätzung, weil sich jede und jeder niedrigschwellig einbringen kann, egal, ob Neumitglied oder erfahrene Genossinnen und Genossen.

Als Online-Themenforum übertragen wir genau diesen Anspruch bereits heute ganz konkret in die innerparteiliche Arbeit. Bei uns vereinen wir eine breite Vielfalt an sozialdemokratischer Expertise für die komplexen Themen der internationalen Weltordnung, von Ehrenamtlichen, die in ihren Kommunen für ein erlebbares Europa vor Ort kämpfen, über langjährig tätige Genossinnen und Genossen bei Organisationen wie der KfW oder der GEZ, von diplomatischem Spitzenpersonal bis hin zu Genossinnen und Genossen, die als Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr ihren Eid zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und unserer Freiheit geschworen haben.

Es geht darum, den Weg des Leitantrags 01 von 2023 konsequent weiterzugehen. Deshalb werbe ich ganz stark dafür, die Online-Themenforen in Zukunft zentral in der inhaltlichen und organisationspolitischen Neuaufstellung der SPD mitzudenken, denn wenn wir den Mut haben, neu zu denken, zu handeln und zu überzeugen, werden wir zu neuer Stärke finden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Maria, du hast das Wort.

Maria Noichl, Co-Vorsitzende AG SPD Frauen:

Alle, wirklich alle Arbeitsgemeinschaften melden sich genau heute zu Wort, denn alle Arbeitsgemeinschaften hier in der SPD wollen diesen Satz vollenden. Der Satz heißt: „Veränderung beginnt mit uns“. Und der beginnt auch mit uns Arbeitsgemeinschaften. Das muss uns klar sein.

(Beifall)

Gerade haben wir in der Einführung gehört, Organisation wäre eine Machtfrage. Macht ist für mich nicht wichtig. Organisation ist eine Gestaltungsfrage. Organisation ist eine Möglichkeit. Wir Arbeitsgemeinschaften leiden momentan darunter, dass die SPD nicht mehr so richtig zieht, wenn es um uns geht. Manche denken sich vielleicht schon, es könnte Kastrationsprogramme für Arbeitsgemeinschaften hier in der SPD geben. Da sagen wir ganz klar: Wir lassen uns nicht kastrieren! Wir wollen endlich dieses Recht, das wir hier haben.

(Beifall)

Wir Arbeitsgemeinschaften haben das gleiche Recht, das auch Ortsvereine haben, Ortsvereine, die immer als die Basis unserer Demokratie gesehen werden. Wir Arbeitsgemeinschaften und wir Themenforen, wir sind auch die Basis der Demokratie innerhalb der SPD, und deswegen bitten wir nicht.

(Beifall)

Ich möchte ganz klar die Worte von Bärbel aufgreifen, die sagen: Wir bitten nicht! Bärbel hat hier gestern gesagt, sie bittet nicht als Frau, denn es steht ihr zu. Und ich möchte hier als Vorsitzende der SPD-Frauen sagen: Wir Arbeitsgemeinschaften bitten nicht - wir fordern ein, von euch allen.

(Beifall)

Wenn ihr es ernst meint, wenn ihr der Meinung seid, dass Arbeitsgemeinschaften - - Das geht los, angefangen bei Senioren bis über Frauen, das geht über die Selbstständigen, das geht über die Juristen, das geht über Themenforen, die „Umwelt“ heißen, und auch viele andere. Wenn ihr als Delegierte es ernst meint, dann ändert einen Beschluss, nämlich den O28, den organisationspolitischen Antrag 28. Der hat es verdient, mit einem Ja nach Hause zu gehen - Ja für Arbeitsgemeinschaften, Ja für Foren, Ja für Themenkreise, Ja für die Basis. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Jetzt spricht Paul Schilling, und danach können sich Stella und Harald Baumann-Hasske schon einmal bereitmachen.

Paul Schilling, Nordrhein-Westfalen:

„Hunger, Bevölkerungsexplosion, Umweltgefahren, Abnahme der natürlichen Vorräte. Diese Dimensionen kann nur ignorieren, wer den Untergang dieser Welt akzeptiert oder gar mit Wollust erwartet.“

Das ist ein Zitat von Willy Brandt. Das hat er bei der Nobelpreisverleihung vor 50 Jahren gesagt. Vor über 50 Jahren war Willy Brandt also schon weiter, als wir es als Partei heute sind. Es droht nicht weniger als der komplette Kollaps der natürlichen Klimasysteme und unserer demokratischen Gesellschaft. Das sagen nicht ein paar Schwurbler oder ein paar

verlauste Klimaaktivisten, sondern das sagen die UN, das MIT, das International Panel for Climate Change. Das ist längst wissenschaftlicher Konsens.

(Beifall)

Und es sind eben nicht die Menschen in Armut, die diese Krise verursacht haben, sondern es sind die reichen Menschen, die vor ihr fliehen können, die sich den Konsequenzen eben nicht stellen müssen. Bei 40°C werden die Leichen nicht aus den Villenvierteln geschleppt, und die Überschwemmungen treffen die Menschen, die nicht in der Yacht davon segeln können. Die Klimakrise ist nicht eine soziale Frage, sondern sie ist die soziale Frage unseres Jahrhunderts, und das haben wir immer noch nicht erkannt. Da müssen wir uns den Vorwurf machen, das Erbe Willy Brandts nicht zu ehren, nicht aufgenommen zu haben.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag in Abstimmung mit den antragstellenden Arbeitsgemeinschaften erstellt, nämlich endlich aufzunehmen, dass der Parteivorstand einen Arbeitskreis für Klimapolitik einsetzt, damit Willy Brandt 5 Kilometer die Straße runter nicht weiter im Grab rotiert, damit wir endlich Menschen in Armut, queere Menschen, Frauen, die stärker betroffen sind, den ganzen globalen Süden dem Klimakollaps nicht zum Fraß vorwerfen die Menschen, die sich nicht seit Jahrzehnten hinter einem Spitzengehalt verstecken können. Es ist auch Teil der Problematik, dass das für unseren Parteivorstand in der Mehrheit zutrifft. Da müssen wir selbstkritisch sein mit unseren Privilegien, und da müssen wir endlich sichergehen, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden, denn die Welt schaut auf uns. Es ist nur die SPD, die das Erbe, die Kompetenz, aber auch die Kraft hat, diese Krise zu lösen, weil die sozialen Lösungen Teil der Antwort sein müssen. Das werden die Grünen und das wird, wie Erik gesagt hat, weder ein Kaiser noch ein Tribun schaffen. Deswegen: Stimmt diesem Antrag zu, und stimmt dem Änderungsantrag zu. - Ich danke euch.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächste spricht Stella Kirgiane-Efremidou, danach Harald Baumann-Hasske, und dann kann sich Annabel Schumacher bereit machen.

Stella Kirgiane-Efremidou, Co-Vorsitzende AG Migration & Vielfalt:

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht mir natürlich um den O28, um die Arbeitsgemeinschaften. Was sind denn die Arbeitsgemeinschaften? Die Arbeitsgemeinschaften sind das Herzstück unserer Partei, das Bindeglied zwischen der SPD, der Partei, und den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen, die wir hier auch haben und die sich alle für eine bessere Zukunft in Deutschland engagieren. Diese Gemeinschaften sind keine Kaffeekränzchen. Sie bringen Fachkompetenz, sie bringen Leidenschaft und konkrete Kontakte mit, die unsere Partei wiederum stärken. Unsere Arbeitsgemeinschaften sind mehr als nur ein Teil der Partei. Sie sind das Sprachrohr der Partei, und sie sind diejenigen, die das Anliegen der Menschen für unsere Gesellschaften übernehmen.

Nehmen jetzt einmal wir meine Arbeitsgemeinschaft, die AG Migration. Wir sind die ersten Ansprechpartner a) für Menschen mit Migrationshintergrund, die sonst nicht wissen, wo sie sich hinwenden müssen, und dann kommen sie erst einmal zu uns. b) Wir sind auch die erste Ansprechpartnerin für Menschen, die Diskriminierung und Rassismus erfahren, denn wir sind die, die ihnen helfen können. Wir, die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt, geben diesen Menschen, die zu uns kommen, eine Stimme, weil sie sonst keine Stimme bekommen.

(Beifall)

Ohne unsere AG - seien wir doch auch mal ehrlich - wären viele wichtige Akteurinnen und Akteure nicht in dieser Partei und würden uns voranbringen, was aber nicht bedeutet, dass wir nicht noch mehr benötigen. Wir brauchen natürlich noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund - auch in allen Ebenen. Deswegen ist es heute wichtig, dass wir diesen Beschluss mit O28 fassen, dass wir darüber abstimmen, dass sich etwas grundlegend ändert. Denn wenn wir heute die Veränderung haben wollen, dann müssen wir den Arbeitsgemeinschaften Raum, Zeit und auch monetäre Mittel geben, damit sie sich entfalten können. Ohne Arbeitsgemeinschaften, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir eine Partei, die eine leere Hülle ohne Inhalte ist. Wollt ihr das? Ich gehe nicht davon aus.

Deswegen stimmt dem bitte zu, gemeinsam mit dem Änderungsantrag, damit wir endlich alle richtig arbeiten können und vorankommen können. - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Harald das Wort und danach Annabel Schumacher, und dann kann sich Kevin Leiser schon einmal bereitmachen.

Harald Baumann-Hasske, Co-Vorsitzender AG Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen:

Liebe Genossinnen und Genossen, den flammenden Appell für die Arbeitsgemeinschaften, wie Stella und insbesondere auch Maria ihn euch gerade präsentiert haben, kann ich nicht überbieten. Ihr wisst, wofür die Arbeitsgemeinschaften gut sind und warum sie wichtig sind.

Wir haben 2019 eine neue Richtlinie der Arbeitsgemeinschaften bekommen, die die Arbeitsgemeinschaften in ihren Möglichkeiten deutlich einschränkt. Es ist zum letzten Bundesparteitag schon ein Antrag gleichen Inhalts wie der O28 gestellt worden, und der ist an den Parteivorstand überwiesen worden, so, wie das jetzt auch wieder im Antragsbuch drinsteht. Es ist seither nichts geschehen. Deswegen möchte ich, dass dieser Antrag aus dem Komplex herausgelöst wird und separat abgestimmt wird. Es wird darum gehen, dass wir heute ein Signal setzen, dass die Arbeitsgemeinschaften wieder gestärkt werden; denn das, was da drinsteht, behindert die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften.

(Beifall)

Das ist gar nicht mal so ein großes finanzielles Problem. Das ist damit auch verbunden, und sparen müssen wird; das wissen wir alles. Es geht einfach darum, Arbeitsstrukturen zu schaffen, in denen wir vernünftig arbeiten können, weiter nichts. Wir wollen auch nicht irgendwie den großen Zuschlag in unseren Mitteln haben oder so. Es geht wirklich nur darum, wieder vernünftige Strukturen zu schaffen, mit denen wir umgehen können.

Ich möchte euch auch noch einmal ausdrücklich auf den Änderungsantrag Ziffer 7 hinweisen, dass wir jetzt einen Arbeitskreis gründen wollen, dass ein Arbeitskreis zum Thema Umwelt vom Parteivorstand eingesetzt werden soll; denn da haben wir als Partei wirklich ein blindes Auge. Wer in unsere Partei reinkommt und sich für Umweltpolitik interessiert, weiß eigentlich nicht so genau, wohin er sich wenden soll. Ich finde, das müssen wir dringend ändern. Ich will gar nicht sagen, dass wir eine neue Arbeitsgemeinschaft brauchen. Das wäre, glaube ich, ziemlich vermessen. Systematisch wäre es richtig. Aber lasst uns wenigstens diesen Arbeitskreis ins Leben rufen, damit wir da vorankommen und damit die SPD endlich wieder dafür steht: für Umweltpolitik. Denn eigentlich haben wir die Umweltpolitik erfunden. Willy Brandt - blauer Himmel über der Ruhr -, Hermann Scheer und andere haben große Fortschritte erzielt, was

Umweltpolitik angeht. Das ist kein grünes Thema. Das ist unser Thema. Wir müssen Umweltpolitik sozialverträglich gestalten und voranbringen. Das ist eine Aufgabe unserer Zeit, und ihr würdet mit diesem Antrag auch dieses Anliegen unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Harald. - Annabel, die Bühne gehört dir. Danach kommt Kevin Leiser, und Angelika Syring kann sich auch bereitmachen.

Annabel Schumacher, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte gerne auch auf den Änderungsantrag zu O28 eingehen.

Ich habe erst einmal ein paar Fragen dazu: Wo gehe ich eigentlich hin, wenn ich mich mit Inhalten beschäftigen möchte, wenn ich ein bestimmtes Thema habe? Wo gehe ich hin, wenn es mal nicht um Wahlen, um Mandate und Amtszeiten geht? Wer bündelt Interessierte aus den verschiedensten Alters- und Berufsgruppen? Ich weiß es auch nicht. Ich will über Klimapolitik sprechen, ich möchte über mein Herzensthema sprechen, aber diesen Ort gibt es faktisch nicht in der SPD. Ich habe hier vor zwei Jahren schon einmal gestanden und eine ähnliche Rede gehalten. Bisher hat sich nichts getan, und wir stehen still.

Wir müssen inhaltliche Schwerpunkte setzen. Wir müssen den Raum dafür geben, dass inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden, und zwar von der Basis, von den Genossinnen und Genossen, die sich mit Inhalten, mit Themen, mit Klimapolitik beschäftigen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir befinden uns in der größten Krise der Menschheit, und die SPD ist ungefähr genauso krisenfest wie Armin Laschet im Bundestagswahlkampf. Es müssen erst 30 mehr oder weniger verrückte junge Menschen, junge Genossinnen und Genossen kommen und Räume schaffen, die einzig für Inhalte, für inhaltlichen Output und für die Positionierung der Basis zuständig sind. SPD.Klima.Gerecht hat im letzten Jahr die erste, die allererste Klimaveranstaltung im Willy-Brandt-Haus organisiert und dabei nur mehr oder weniger Unterstützung vom Parteivorstand erhalten. Auch wenn Eigenlob stinkt: Diese 30 verrückten jungen Genossinnen und Genossen machen eine ziemlich gute und auch eine ziemlich wichtige

Arbeit, denn sie bieten Raum für Hunderte Genossinnen und Genossen, die sich mit Themen beschäftigen möchten, die aber keinen Raum und keine Struktur von der Partei bekommen. Und da sind wir nicht die Einzigen, denn das machen die Arbeitsgemeinschaften in der SPD genauso. Auch die Arbeitsgemeinschaften leiden leider darunter, dass sie immer weniger Unterstützung und vor allem auch finanzielle Unterstützung bekommen. Die Räume werden immer kleiner gemacht und entmachtet, und wir kriegen immer weniger inhaltliche Stimmen aus der Basis.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen zeitgemäße Strukturen für zeitgemäße Krisen finden. Unsere Struktur muss eine Antwort sein auf die Probleme, die gerade in der Welt herrschen. Dazu gehört die inhaltliche Mitbestimmung. Wir müssen AGs ausbauen, und wir müssen AGs stärken, denn das ist die Antwort auf diese Parteienkrise, wie wir sie derzeit erleben.

16,4 Prozent müssen ganz klar mit einem Satz beantwortet werden, und das ist: Mehr Demokratie wagen.

(Beifall)

Es braucht inhaltliche AGs.Es braucht einen AK Klimaschutz. Wir müssen diese Schritte der Veränderung gehen, auch wenn sie anstrengend sind und auch wenn sie ungewohnt sind.

Zu guter Letzt möchte ich dazu Jochen Steffen zitieren, der gesagt hat, die SPD muss konkret werden oder es wird sie eines Tages konkret nicht mehr geben. Deswegen bitte ich um die Unterstützung des Änderungsantrags und des Antrags O28. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke. Jetzt hat das Wort Kevin Leiser, danach Angelika Syring, und dann kann Karl Finke sich schon einmal auf den Weg machen.

Kevin Leiser, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zeitgleich drei Herausforderungen. Die erste Herausforderung ist, gute Regierungsarbeit zu machen, die zweite

Herausforderung ist, uns programmatisch neu aufzustellen, und die dritte Herausforderung ist, dass wir uns auch organisatorisch neu und besser aufstellen.

Die erste Herausforderung, gute Regierungsarbeit, dafür haben wir Lars und Bärbel und unser ganzes Regierungsteam. Für die zweite Aufgabe haben wir unter anderem Tim und unseren Leitantrag, den wir gestern besprochen haben.

Und jetzt kommen wir zur organisationspolitischen Aufstellung. Aus meiner Sicht bietet der Antrag O01 die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass wir uns organisatorisch für den Erfolg aufstellen können. Einerseits wird die Finanzfrage geklärt: Wie schaffen wir es, die Einnahmen für das zu haben, was vor uns liegt? Wir brauchen eine bessere IT-Ausstattung, wir brauchen eine bessere Kampagnenfähigkeit, und das können wir so ermöglichen und so hinbekommen. Der Antrag hat auch die Priorisierung, er hat einen Zeitplan, und er schafft auch Synergien. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag.

Nach der Beschlusslage müssen wir das Ganze aber auch umsetzen. Da braucht man einen Schatzmeister, der analytisch ist, der verlässlich ist und der sich auch selbst zurücknimmt, und da danke ich dir, lieber Dietmar, für deine Arbeit und wünsche dir bei der Umsetzung viel Erfolg, für uns alle auch.

(Beifall)

Ich möchte noch eines einfließen lassen. Erik sprach vorher davon, dass unsere Mitglieder unser Schatz sind. Das ist richtig. Aber wir haben auch noch einen zweiten Schatz. Ich durfte im vergangenen Jahr auf Einladung von Kevin Kühnert ein Praktikum im Willy-Brandt-Haus machen. Ich durfte mir die verschiedenen Abteilungen anschauen und den ganzen Tag dort verbringen. Mein Eindruck ist, dass wir da richtig tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die für unsere Sache brennen und die das alles hier ermöglichen und für uns da sind. Das ist ein zweiter Schatz, den wir auch haben.

(Beifall)

Eine Sarah, ein Paul, die da sind und das toll organisieren.

Mit dem Antrag haben wir dann auch die Rahmenbedingungen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich mit uns Mitgliedern zusammen organisatorisch neu und besser aufstellen können.

Schließen möchte ich mit: Vorwärts! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kevin.

Ganz kurz noch, Angelika, bevor du hochgehst: Wir haben jetzt noch elf Wortmeldungen, ein Großteil davon zu O28. Deswegen würden wir euch jetzt vorschlagen, dass wir die Redeliste an dieser Stelle schließen, also noch elf Wortmeldungen haben, und auf die 2 Minuten runtergehen, weil jetzt schon sehr viele Argumente ausgetauscht sind. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann, Angelika, hast du das Wort.

Angelika Syring, Co-Vorsitzende der AG Selbständige der SPD:

Vielen Dank. - Hallo! Ich stehe hier für die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen. Ich komme gerade aus einer Veranstaltung zum Thema Mieten und Bauen. Wir wissen alle, dass wir unbedingt viele Wohnungen brauchen, weil wir einfach einen Riesenbedarf haben. Wir hatten aber eben auch einen Herren dabei, der gesagt hat: Was ist denn mit der Versiegelung? Wir müssen auf die Umwelt achten. Es geht nicht, dass wir nur bauen, bauen, bauen, sondern es muss auch darauf geachtet werden, dass einmal klimaneutral gebaut wird und dass die Korridore und auch die Grünflächen erhalten bleiben, um überhaupt ein lebenswertes Wohnen zu ermöglichen.

Insofern ist es natürlich sehr wichtig, dass ein Thema wie Umweltschutz bei uns ganz oben auf die Agenda gesetzt wird und dass wir dann, bitte schön, unsere - - Na, jetzt fehlt mir gerade das Wort. ich bin ein bisschen aufgeregt, weil ich hier hochgerannt bin, da ich gehört hatte, ich war schon dran und musste mich noch ein bisschen nach hinten versetzen lassen. Wie gesagt, ich finde das ganz wichtig.

Als Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen sind wir im letzten Jahr 75 Jahre alt geworden und konnten unser Jubiläum feiern. Ich fände es ganz schlimm, wenn die Arbeitsgemeinschaften und die Themenforen abgeschafft würden, denn die sind wirklich zumindest eine Herzkammer der Partei. Ich hoffe, dass die Delegierten und diejenigen, die Arbeitsgemeinschaften vielleicht nicht so toll finden, das akzeptieren, dass es ganz viele Mitglieder gibt, denen es nicht so wichtig ist, in jedem Ortsverein zu hören, wo irgendwo eine Ampel errichtet wird oder ein Zebrastreifen gebaut wird, sondern die wollen thematisch mit ihren Sachen gehört werden und darüber

diskutieren. Das geschieht in den Arbeitsgemeinschaften, und deshalb brauchen wir sie. Und wir brauchen den Umweltschutz.

Ich plädiere an euch mit ganz festem Herzen und hoffe mit großem Optimismus, dass ihr bitte diesen Änderungsanträgen und dem Antrag O28 zustimmt. - Ganz lieben Dank und einen schönen Tag noch.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön, Angelika. Jetzt spricht Karl Finke, danach Gerlinde Böttcher-Naudiet.

Karl Finke, Co-Vorsitzender AG SPD Selbst Aktiv:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nachdem wir die Arbeitsfrage vorhin geklärt haben, gehe es jetzt um die Frage der Akzeptanz von Personen, die hier reden. Ihr habt mitbekommen - wir haben uns abgestimmt, kein Geheimnis -, wir wollen euch deutlich machen: Wir wollen euch das ganze Spektrum der Arbeitsgemeinschaften, die bei euch arbeiten, und ihre Vielfalt vor Augen führen. Wir wollen deutlich machen, dass in den zehn, elf Arbeitsgemeinschaften, auch in Selbst Aktiv, behinderte Menschen in der SPD Teil der SPD sind, Teil des Lebens in der SPD sind und bleiben wollen und hier als mündige Bürger frei reden wollen, frei agieren wollen und eure Unterstützung brauchen.

Wir brauchen eure Unterstützung auch dafür, dass der Bereich von Klimaschutz für uns von zentraler Bedeutung mit eingebracht wird, aber eben insbesondere Personengruppen, die sonst politisch nicht direkt erreicht werden können, also unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen, Personen, die in Teilen auch für Politik nicht erreichbar sind oder die uns brauchen, die in Anspracheformen, aber auch durch Lebenszusammenhänge mit ihnen im Gleichklang sind.

Wir sind vor gut 25 Jahren als Netzwerk auf Bundesebene gegründet worden, und zwar mit Unterstützung einer Person, die ich besonders schätze, nämlich von Franz Müntefering. Das kann ich ruhig sagen: Franz war anfangs vielleicht ein bisschen skeptisch war, war nach zehn Jahren in Hannover mit dabei, als wir dort Selbst Aktiv gefeiert haben, und sprach mich an: „Karl, ich bin tief beeindruckt, dass ihr so viele schwerstbehinderte Menschen hier in den Landtag geholt habt.“

Diese Arbeit, diese Erreichbarkeit von Personen, die sonst nicht zur Politik kommen, wollen wir fortsetzen und stärken, mit Franz Müntefering, aber insbesondere mit euch allen. Vielen Dank. Helft uns! - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön, Karl. - Dann bitte ich Gerlinde Böttcher-Naudiet auf die Bühne. Danach spricht Sebastian Müller, danach Linda Vierecke.

Gerlinde Böttcher-Naudiet, stellvertretende Vorsitzender AG SPD 60 plus:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte auch noch einmal für eine kleine Ergänzung werben, und zwar muss den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit eingeräumt werden, aktiv an der Gründung von Arbeitsgemeinschaften in der jeweiligen Gliederung unter ihnen tätig werden zu können. Das heißt, dass eine Landesarbeitsgemeinschaft zu einer Mitgliederversammlung auf der Kreisebene bzw. Unterbezirksebene einladen kann, damit sich eine Arbeitsgemeinschaft auf Kreisebene gründen kann. Dies ist derzeit nicht möglich und vom Wohlwollen des zum Beispiel Kreisvorstandes bzw. Unterbezirksvorstandes abhängig. Das ist nicht im Interesse der Arbeitsgemeinschaften und auch nicht sinnvoll.

Ich bitte euch, dieser Ergänzung zuzustimmen. - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Noch einmal eine Bitte an alle folgenden Rednerinnen und Redner. Es sind jetzt sehr viele Argumente zum Antrag O28 ausgetauscht. Weil wir in der Zeit schon sehr weit fortgeschritten sind, möchte ich alle noch einmal bitten, zu überlegen, ob sie auch noch mit in die Debatte wollen oder ob durch andere Arbeitsgemeinschaften vielleicht schon alles gesagt ist.

Jetzt hat Sebastian Müller das Wort.

Sebastian Müller, Bayern:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich spreche zum Antrag O11: Kommunalpolitik als Rückgrat der Erneuerung der SPD. Liebe Genossinnen und Genossen, wie viele Kommunalpolitiker sind heute hier? Wie viele Kommunalpolitiker? - Jawohl, die Hände gehen hoch. Ich freue mich. Ich bin auch Kreisrat, und zwar im Landkreis Lichtenfels. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass mehr Kommunalpolitiker auch im Parteivorstand vertreten sind. Wir wissen, was vor Ort wirklich los ist. Wir wissen, was an der Basis wirklich abgeht. Wir müssen auch immer pragmatische Lösungen suchen. Deshalb möchte ich darum bitten, den Antrag O11 positiv zu bescheiden und ihn nicht abzulehnen, denn wir müssen jetzt endlich ein Zeichen setzen. Persönliche Wahlergebnisse sind das eine. Aber wir müssen jetzt an die Veränderung gehen und müssen jetzt auch mal mutig sein und mutig vorangehen, sodass wir unsere SPD wirklich verändern. Darum bitte ich euch: Bitte stimmt dem O11 zu und lehnt ihn nicht ab. - Danke schön.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dann, Linda, hast du das Wort, danach Martin Peters und Klaus Barthel.

Linda Vierecke, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich sehr, dass die AGen sich hier zusammengetan haben, denn ich finde, sie machen einfach eine verdammt wichtige Arbeit, und sie sind vor allem eines: Nahe an den Menschen, und das ist es doch, was wir als Sozialdemokratie machen müssen. Wenn die AGen uns sagen, sie wollen in ein Stahlwerk, dann finde ich, lassen wir sie doch bitte in ein Stahlwerk gehen. Es ist doch absolut wichtig, dass wir diese Themen setzen und auch vor Ort sind. Wenn seit Jahren Menschen in dieser Partei sind, die gerne eine Klima-AK wollen, dann sage ich: Los! Denn wir brauchen sie.

Ich bin Umweltpolitikerin in Berlin, und als Parlamentarierin sage ich ganz klar, es hilft uns auch im Parlament, in den Regierungen, wenn wir ein starkes Gremium aus der Partei heraus haben, das Umwelt- und Klimaschutz lebt und uns vorantreibt. Ja, immer nahe an den Menschen, nicht als Selbstzweck, nicht als Organisationselement, sondern das, was unsere Themen umsetzt und vorandenkt.

Wenn die AfA ins Stahlwerk geht, dann gehen wir als Umweltpolitiker*innen eben in die Kleingärten. Wir gehen dahin, wo die Leute sind, wo wir unsere Themen setzen, und da, wo wir Politik auch handfest machen wollen. Ich glaube, diese Anträge bringen uns da voran. Deswegen: Raus aus der Überweisung und hin zu einer klaren Entscheidung. Das wünsche ich mir und freue mich auf euer Votum. - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Jetzt spricht Martin Peters, auch noch einmal zu dem O28.

Martin Peters, Nordrhein-Westfalen:

Aber keine Sorge, liebe Josefine, ich bringe neue Argumente. Denn in der Tat, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich dafür werben, dass dieser Antrag an den Parteivorstand überwiesen wird.

(Beifall)

Wir haben diesen Parteivorstand gerade von der Spitze bis zu den weiteren Parteivorstandsmitgliedern mit unserem Vertrauen ausgestattet. Wir sind eine Partei mit 16,4 Prozent. Die Zahl ist hier gestern und heute mehrfach gefallen. Wir sind eine Partei mit ca. 380.000 Mitgliedern. Wir haben aber Strukturen einer Partei mit 40 Prozent - das ist 27 Jahre her - und einer Partei mit 1 Million Mitgliedern. Das ist 50 Jahre her, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, dass die Wahlergebnisse der letzten zwei Jahrzehnte, was die finanzielle Ausstattung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von der Spitze bis zur Basis angeht, nicht folgenlos sind, was unsere finanzielle Ausstattung angeht. Wir haben keine Füllhörner mehr, wo jeder Wunsch befriedigt werden kann.

Deswegen ist es so wichtig, dass dieser Antrag an den Parteivorstand überwiesen wird, denn nur der Parteivorstand als Repräsentanzorgan der SPD in ihrer gesamten Breite hat den Überblick und die Legitimität, einen Vorschlag zu erarbeiten, der dann logischerweise vom Parteitag noch mal beschlossen werden kann, wie wir die Mittel, die wir noch haben, und die Mittel, die wir in naher Zeit noch zur Verfügung haben werden, so verteilen, dass wir politisch noch handlungsfähig sind.

Ich bin Unterbezirksvorsitzender in Nordrhein-Westfalen. Mein Unterbezirk hat noch knapp 2.000 Mitglieder, und in den neun Städten und Gemeinden stellen wir fünf Bürgermeister. Und selbst bei uns müssen wir gerade bei einem Ortsverein um die strukturelle Integrität kämpfen. Wir müssen die Basis stärken, und die Basis, das sind unsere Ortsvereine, das sind die Unterbezirke, und das sind die Bezirke.

(Beifall)

Da entscheidet sich die Frage der Präsenz in der Fläche.

Jetzt sage ich aus NRW, wo wir noch in einer vergleichsweise luxuriösen Situation sind: Wenn wir jetzt alle Wünsche befriedigen, wie wollen wir denn Präsenz im Osten gewährleisten, wo die Genossinnen und Genossen gegen die Faschos kämpfen?

(Beifall)

Deswegen, weil wir diese Austarierung brauchen, Genossinnen und Genossen, bitte ich euch inständig auch in der luxuriösen Situation, in der wir in Nordrhein-Westfalen noch sind, aus Solidarität mit den anderen Strukturen, die die Basis darstellen: Verweist diesen Antrag an den Parteivorstand. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Martin. - Als Nächster spricht Klaus Barthel, der schon auf der Bühne ist, danach Oliver Strotzer und Lothar Binding.

Klaus Barthel, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Debatte hätten wir uns sparen können, wenn unser Vertrauen in den Parteivorstand so unbegrenzt gewesen wäre, wie es hier gerade vorgetragen worden ist. Wir führen diese Diskussion seit vielen, vielen Jahren dagegen, dass dort gekürzt wird, wo es am wenigsten Widerstand gibt. Deswegen möchte ich noch einmal für den O10 sprechen, der von der AfA gestellt worden ist und der zur Ablehnung empfohlen worden ist, und noch einmal deutlich machen, dass wir hier einmal eine Verklammerung zwischen strategischen Fragen und organisationspolitischen Fragen vornehmen müssen.

Wir haben gestern beschlossen, dass wir die Partei der Arbeit sein wollen, und dann will ich mich eben nicht damit abfinden, dass dieser Schwund von Mitgliedern und von Wählern, der hier gerade beschrieben worden ist, ewig so weitergeht, sondern dass wir gerade im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich mal gegensteuern. Wir wären ja froh gewesen, wenn wir bei den Arbeitern zum Beispiel 16,4 Prozent gehabt hätten. Wir haben in der Tat bei der letzten Wahl - das ist gestern verschleiert worden gestern - im Arbeiterbereich 14 Prozentpunkte verloren. Wir haben uns dort mehr als halbiert. Wir haben jetzt noch 12 Prozent bei den Arbeitern. Ich brauche nicht auszuführen, wo die hingegangen sind. Das ist aber keine Frage von Migration oder sonst irgendwas. Schaut euch die Landkarte an: Dort, wo die prekärsten Lebenssituationen sind, ist es blau, und nicht da, wo die meisten Migranten sind. Deswegen müssen wir endlich mal genauer hinschauen, woher es kommt, dass wir die all Menschen dort verlieren. Dafür haben wir eine Arbeitsgemeinschaft, zum Beispiel, die der Arbeit.

Sigmar Gabriel hat 2013 am Grab von Ottmar Schreiner gesagt: „Ach, hätten wir nur früher auf ihn gehört.“ Ja, aber kaum war der Sargdeckel zu, war vom Hören nicht mehr die Rede. Wir diskutieren seit Jahren über den Verlust im Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbereich, aber geändert hat sich nichts.

Wir haben versucht, im Antrag O10 zu beschreiben, wie es gehen kann, wie wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder an uns binden können und wie wir auch wieder mehr spürbar machen müssen, wie wir sie hier auch in dieser Partei repräsentieren. Es mag vielleicht nicht allen gefallen, was da im Detail drinsteht, aber das Ganze einfach abzulehnen und immer wieder abzulehnen, immer wieder zu vertagen - -

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Komm bitte zum Ende.

Klaus Barthel, Bayern:

Ja, ich weiß, 2 Minuten. Und dann wundern wir uns über innerparteiliche Demokratie, wenn wir Redezeiten und Redelisten verkürzen.

Aber ich wollte euch bitte noch mal dazu bringen, diese Ablehnung von O10 abzulehnen. Wenn wir sagen, wir brauchen eine demokratische Gesellschaft, brauchen wir auch eine demokratischere Partei.

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Lieber Klaus, der Parteitag hat eben die 2 Minuten gemeinsam entschieden. Ich bitte dich, zum Ende zu kommen.

Klaus Barthel, Bayern:

Wenn wir eine Partei der Arbeit sein wollen, dann brauchen wir die Arbeiterinnen und Arbeiter in dieser Partei.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Dann spricht jetzt Oliver Strotzer, danach Lothar Binding, und Ralph Weinbrecht kann sich auch schon bereitmachen.

Oliver Strotzer, Co-Vorsitzender SPDqueer:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche heute hier als Co-Vorsitzender für die Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung, kurz SPDqueer.

Natürlich unterstützen wir den Antrag O28 und bitten euch auch darum, ihn zu unterstützen, denn wir brauchen Arbeitsgemeinschaften, die in die Zivilgesellschaft hineinwirken, die maßgeblich an der Programmatik und den Inhalten in der SPD mitwirken und für die Vernetzung in die Zivilgesellschaft verantwortlich sind. Wir als SPDqueer beispielsweise haben in den vergangenen Jahren maßgeblich das Selbstbestimmungsgesetz vorangetrieben, dafür Lobbyarbeit gemacht. Dafür sind wir durch die Ortsvereine, durch die Unterbezirke und durch die Landesverbände gegangen und natürlich auch in den Parteivorstand. Und genauso für die Entkriminalisierung bzw. für die Rehabilitierung von Menschen, die nach § 175 verurteilt wurden, oder auch für die Menschen, die Blut spenden wollen. Das alles haben wir als Arbeitsgemeinschaft mit

bewirkt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass ihr unsere Arbeit auch weiterhin unterstützt.

Ich möchte daran erinnern: Heute ist übrigens Stonewall-Tag. 1969 haben genau am heutigen Tag in New York Tausende von Menschen für die Rechte queerer Menschen gekämpft, gegen Kriminalisierung, und genau heute, jetzt zu diesem Zeitpunkt, tun das auch Tausende von Menschen in Budapest gegen Viktor Orbán und gegen die Verbote.

(Beifall)

Ihnen gilt heute unsere Solidarität. Bei ihnen sind wir heute. Das fördern wir, und das unterstützen wir auch als SPDqueer, auch im Netzwerk der Rainbow Rose. Dafür braucht es eine starke Arbeitsgemeinschaft wie unsere und die anderen Arbeitsgemeinschaften auch. Deswegen bitte ich euch, den Antrag O28 zu unterstützen. - Vielen Dank. Happy Pride!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön, Oliver. - Jetzt hat Lothar Binding das Wort, danach Ralph Weinbrecht, und als Letzter spricht dann Friedhelm Hilgers.

Lothar Binding, Vorsitzender AG SPD 60 plus:

Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst ein formeller Antrag an das Präsidium mit der Bitte um Berücksichtigung, dass wir für den Antrag O28 um Einzelabstimmung bitten, damit er sozusagen nicht in der Masse untergeht.

(Beifall)

Wir haben verschiedene Blickwinkel auf die Partei, und jeder guckt auf die Partei und sieht eine bestimmte Struktur, ein bestimmtes Bild, bestimmte Inhalte. Ich sehe zum Beispiel den Parteivorstand, ich sehe Unterbezirke, Kreisvorsitzende, ich sehe Kreisverbände, Ortsvereinsvorsitzende, ich sehe das Willy-Brandt-Haus, alles wunderbar. Bei den Arbeitsgemeinschaften von Füllhorn zu sprechen- ein bisschen schwierig. Ich mache mal ein Beispiel: Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus hat 20.000 Euro für ganz Deutschland im ganzen Jahr. Nur um einmal eine Größenordnung zu nennen. Das ist nicht richtig zu viel.

(Beifall)

Es gibt eine Sichtweise, die sagt, das ist die ganze Partei. Und jetzt stellt euch die Partei ohne die Frauen, ohne die Selbstständigen, ohne Selbst Aktiv, ohne die AfA, ohne die SPDqueer, ohne die ASJ, ohne 60 plus, ohne Gesundheit und ohne Migration vor. Das sollten wir vermeiden. Deshalb: Stimmt O28 zu!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Lothar. - Jetzt spricht Ralph Weinbrecht und danach noch Friedhelm Hilgers.

Ralph Weinbrecht, Co-Vorsitzender AG Selbständige:

O28, ein Herzensantrag der Arbeitsgemeinschaften. Wir sind die Wurzeln in die Gesellschaft. Stellt euch einmal einen Baum vor, und ihr fangt an, die Wurzeln zu beschneiden. Oder eure Topfpflanze zu Hause. Was macht die dann? Die wird oben welk. Und damit das nicht passiert, unterstützt bitte den Antrag O28.

Aber wir sind eine Partei. Wir lassen uns nicht gegeneinander aufrechnen, weder die Ortsvereine noch die Kreisverbände noch die Arbeitsgemeinschaften. Wir gehören zusammen, und wir müssen als ganze Partei nach außen wieder stärker werden. Das funktioniert nur, wenn in den Ortsvereinen auch wieder die Diskussionen um die Themen aus dem Bund und aus Europa geführt werden. Das ist nämlich in den letzten Jahren verlorengegangen. Wenn wir gestern hören, wir haben Angst um die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer, dann muss ich sagen: Ja, und die Mittelständler und die Kleinunternehmer haben Angst um ihre Existenz. Wenn die nämlich den Betrieb zumachen, dann fallen die bestimmt nicht so weich wie ihre Angestellten, die dann in die Arbeitslosenversicherung gehen. Wir sind die, die dann ohne irgendwas dastehen und versuchen, wieder auf die Beine zu kommen. Wir sind die, die 80 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland stellen, die den größten Teil der Ausbildungsplätze in Deutschland stellen. Deshalb sind die Selbstständigen hier in der SPD auch völlig richtig.

Die SPD wurde von August Bebel gegründet - ein Selbstständiger. Die Arbeiterbildungsvereine wurden von selbstständigen Handwerkern ins Leben gerufen, damit sich die Arbeitnehmer organisieren konnten. Das waren auch Selbstständige. Die SPD war nicht immer die Arbeiterpartei. Das war sie nämlich nie. Sie war immer schon

die Partei der Arbeit, der arbeitenden Mitte, wie wir es heute titulieren würden. Und das ist für uns wichtig und der Antrieb.

Ihr merkt es: Es kommt von innen heraus. Wir brennen alle dafür, für die Partei zu kämpfen. Wir machen das nicht, um irgendwelche Ämter oder was zu haben. Wir wollen als Selbstständige nur aus Überzeugung die SPD nach vorne bringen, damit wir wieder starke Politik machen können in Deutschland und in Europa. - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium: Als Letzter in dieser Debatte hat Friedhelm Hilgers das Wort.

Friedhelm Hilgers, stellvertretender Vorsitzender AG SPD 60 plus:

Liebe Genossinnen und Genossen! Eigentlich ist ja wirklich schon alles gesagt. Dieses schöne Schlusswort, das ich jetzt zu der Debatte sprechen darf, möchte ich insoweit ganz knapp halten, als doch klar ist, dass man als Ortsvereinsvorsitzender arbeiten kann - so wie ich - und in einem Unterbezirk - so wie ich - und trotzdem auch in einer Arbeitsgemeinschaft - so wie ich -, und dass die Basis unserer Partei die Bündelung all dieser Aktivitäten darstellt und dass es deshalb doch ein ganz besonderes Ereignis ist, wenn sich alle diese Arbeitsgemeinschaften jetzt zusammengeschlossen haben, um auf diesem Parteitag einen Beschluss zu erwirken. Erinnert euch daran, dass auf dem letzten Parteitag dieser Antrag nicht zur Abstimmung gestellt werden konnte, weil der Parteitag abgebrochen wurde. Jetzt wird es dazu nicht mehr kommen. Jetzt können wir darüber abstimmen und sollten den O28 nicht überweisen. Wir sollten hier als Parteitag der SPD eine klare Beschlusslage herstellen und damit auch die Existenz dieser gleichberechtigten Teile der Partei dokumentieren.

Stimmt bitte für eine Beschlussfassung. - Danke schön.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Ich danke allen Rednerinnen und Rednern für diese Debatte.

Die aufgerufenen Anträge sollen, wie in OpenSlides hinterlegt und von der Antragskommission empfohlen, beschlossen werden.

Es liegt ein Antrag auf Einzelabstimmung für den Antrag O28 vor. Da es hierzu auch noch Änderungsanträge gibt, hat nun die Antragskommission noch einmal das Wort.

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. - Bitte erlaubt mir, damit wir nicht aneinander vorbeireden, dass ich erst einmal, die Lage kläre. Wir stimmen gleich über das Votum der Antragskommission einzeln ab, was den Antrag O28 angeht, nämlich ob es auf Überweisung geht oder ob über den Antrag hier abgestimmt wird. Außerdem habe ich es aufgrund der Wortbeiträge so verstanden, dass der Änderungsantrag, eine AK-gerechte Klimapolitik in diesen Antrag aufzunehmen, von den Antragstellerinnen und Antragstellern übernommen wurde. Das heißt, dieser Punkt ist jetzt auch Inhalt von O28. Ist das so richtig? Ich frage noch einmal, damit wir nicht ein unnötiges Missverständnis haben.

Dann erlaubt mir, dass ich als Antragskommission Folgendes sage. Es ist überhaupt keine Frage, dass es das große Plus der SPD ist, dass wir so viele aktive Arbeitsgemeinschaften haben und dass diese Arbeitsgemeinschaften eine absolute Bereicherung auch für die Arbeit der SPD sind. Daran sollten wir keinen Zweifel hegen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sollten aber auch keinen Zweifel daran hegen, dass die politische Willensbildung einer Partei in ihren Gliederungen passiert, und die Gliederungen der Partei sind Ortsvereine, Abteilungen, Unterbezirke, Kreisverbände, Bezirke, Landesverbände und auch die Bundespartei. Wenn hier gesagt wurde, ich weiß ja gar nicht, wo ich mit einem fachlichen Anliegen hinwill, will ich euch nur sagen, dass ich vor 40 Jahren mit anderen Genossinnen und Genossen einen Arbeitskreis Umwelt- und Klimaschutz in meinem Unterbezirk gegründet habe. Dieser Arbeitskreis hat Anträge entwickelt, die wir entweder in den Ortsvereinen, in dem die Einzelmitglieder selbst Mitglied waren, oder auf dem Unterbezirksparteitag gestellt haben, in der Hoffnung, dass sie dort beschlossen werden, an den Landesparteitag gehen und dann auch irgendwann hier nach Berlin kommen.

Also den Eindruck zu erwecken, als könne man in Ortsvereinen, Unterbezirken, Kreisverbänden und Landesverbänden keine Fachdebatten führen, und das ginge nur in

Arbeitsgemeinschaften, ist unredlich, einfach falsch und hat mit der Organisationswirklichkeit nichts zu tun.

(Beifall)

Es ist etwas anderes, wenn man das nicht will, wenn man sagt, nein, ich will unter uns bleiben. Ich mache die Anträge nur immer von einer Ebene auf die andere in meiner Arbeitsgemeinschaft. Aber eigentlich müssen Arbeitsgemeinschaften dafür sorgen, dass sie in ihren Ortsvereinen und Unterbezirken deren Arbeit mit guter Antragsarbeit bereichern. Jetzt kann jeder in sich gehen und sagen, wie viele solcher guten Anträge es in Ortsvereinen und Kreisverbänden in der SPD gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will einen zweiten Punkt sagen. Wir sollten redlich miteinander umgehen. Ich musste hier hören, gekürzt wurde da, wo es weniger Widerstand gibt. Das sind Fake News. Als ich 2018 mein Konsolidierungskonzept als Schatzmeister vorgelegt habe, habe ich einen einzigen Bereich im Bundeshaushalt von den Kürzungen ausgenommen, und das sind die Arbeitsgemeinschaften. Ich lasse mir hier nicht nachsagen, dass ich irgendwo gekürzt hätte, weil das die Schwächeren waren. So unfair gehen wir nicht miteinander um, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn die AfA zu mir gekommen wäre und hätte gesagt, wir wollen eine Bundeskonferenz in einem Stahlwerk machen, und die ist günstiger als im Willy-Brandt-Haus, ja, glaubt ihr denn, dass man mit mir darüber nicht hätte reden können? Dass die günstiger ist, erfahre ich hier zum ersten Mal. Lasst uns hier also nicht so tun, als wären wir Gegner. Wir gehören zusammen, und da müssen wir miteinander reden, liebe Genossinnen und Genossen, und am besten vor einem Parteitag.

(Beifall)

Dann war ich total happy, lieber Lothar, denn keiner kann das so wie du, und da kann dich auch keiner nachmachen. Du hast den Zollstock perfekt eingesetzt. Aber ich will es einmal so sagen: Als du ihn ausgeklappt hattest, war er verletzlich, biegsam, fragil, ein Strich in der Landschaft und nicht gut zu sehen. Dann hast du die Einzelnen genannt und ihn zusammengeklappt, und das Bild war das Richtige. Denn als er zusammengeklappt war und wir uns nicht in Einzelabteilungen gesehen haben, sondern als eines zusammen, da war der Stock gerade, stabil und hat funktioniert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich höre, dass die Partei ohne die Arbeitsgemeinschaften eine leere Hülle ist, dann ist das für mich eine Hybris. Solange diese Partei Mitglieder hat, ist sie keine Hülle, denn sie braucht am Ende nicht irgendeine Organisationsform, sondern aktive Mitglieder. Und wir sollten auch diese Art von Diskussion hier nicht führen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dann will ich noch etwas sagen. Es sind ja Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften im Parteivorstand. Ich habe 2023/2024 einen Finanzbericht des Schatzmeisters vorgelegt. Da steht drin, dass wir leider an vielen Stellen noch weiter sparen müssen. Aber in diesem Finanzbericht steht drin, dass der Schatzmeister empfiehlt, das Budget für die Arbeitsgemeinschaft zu erhöhen. Ich hätte mich gefreut, wenn man das hier wenigstens einmal erwähnt hätte, liebe Genossinnen und Genossen, anstatt einen Buhmann aufzubauen.

Deshalb biete ich hier an, dass Tim als unser neuer Generalsekretär und ich nicht nur darüber sprechen, wie wir viele gute Punkte aus eurem Antrag schnell umsetzen, sondern, dass ich auch dafür sorge - und da kann man mich ja beim Wort nehmen -, dass der Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 ein erhöhtes Budget für die Arbeitsgemeinschaften vorsieht. Hier gibt es jetzt genug Zeugen, die das gehört haben. Das biete ich an, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich biete darüber hinaus an, dass wir mit Tim gemeinsam überlegen, an welchen entscheidenden Stellen die Arbeitsgemeinschaften auch eine wichtige Rolle im Erneuerungsprozess führen, und zwar nicht nur fachlich, sondern auch in dem Sinne, der Partei ein neues Profil zu geben, liebe Genossinnen und Genossen.

Meine inständige Bitte ist, dass wir hier nicht einen Antrag beschließen, ohne in die Details zu gehen, was das für die Ressourcen bedeutet. Denn wenn ich Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften außerhalb des Willy-Brandt-Hauses mache, wenn ich sage, die Arbeitsgemeinschaften sollen größere Versammlungskörper bekommen, mehr Delegierte, dann müssen sie auch entsprechend betreut werden. Ich habe euch gestern gesagt, dass wir viele Millionen Euro jedes Jahr weniger an Mitteln haben werden. Dann muss ich an dieser Stelle sagen - und diese Debatte muss nun einmal im Parteivorstand geführt werden, weil du Finanzdebatten im Detail über einen Haushalt nicht hier in einer öffentlichen Veranstaltung vor den Medien führen kannst -: All das, was da drinsteht, führt auch dazu, wenn wir es so machen, dass Ressourcen für andere Dinge - für die Betreuung von Ortsvereinen, Dinge im Parteivorstand, was weiß ich, Fachbereiche

voranzubringen - dann möglicherweise nicht mehr geleistet werden können, denn ich kann mir neues Personal einfach nicht leisten. Das ist okay. Wir können über neue Dinge reden. Aber hier so zu tun, als würde dieser Antrag sozusagen kostenneutral gehen - nein, dann muss man auch sagen, wir nehmen auch in Kauf, dass dieser Antrag dazu führt, dass andere Dinge im Willy-Brandt-Haus so nicht mehr gemacht werden können, finanziert werden können, dass Personal abgezogen werden muss. Das gehört dann dazu.

Deshalb bitte ich darum, dass wir das hier nicht mit der Brechstange auf diesem Parteitag machen, sondern dass das Angebot von Tim und von mir angenommen wird, darüber wirklich miteinander zu sprechen, und zwar lösungsorientiert, sodass wir zum Beispiel, wenn wir im März den Doppelhaushalt beschließen, zumindest schon einmal beim Budget für die Arbeitsgemeinschaften auch ein Zeichen setzen können. Das wäre mein Vorschlag. Ich finde, nachdem wir gestern diskutiert haben, dass wir einen Leitantrag entwickelt haben, der nicht schon festlegt, wo die Reise hingeht, damit wir uns breit aufstellen können und ergebnisoffen diskutieren können, halte ich es nicht für gut, an dieser Stelle sozusagen schon einen Pflock einzurammen, ohne darüber geredet zu haben, wie das Ganze in eine neue Gesamtaufstellung passt, liebe Genossinnen und Genossen.

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank.

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Ein letzter Punkt. Der Hinweis auf Antrag 11, Stärkung Kommunalpolitik. Ich will das hier nur erläutern. Ich freue mich sehr, dass der Vorsitzende der Bundes-SGK, Thorsten Kornblum, der erfolgreiche Oberbürgermeister von Braunschweig, jetzt in den Parteivorstand gewählt wurde.

(Beifall)

Die Bundes-SGK hat zusammen mit unserem Parteivorsitzenden Lars Klingbeil, weil es Lars ein wichtiges Anliegen war, und dem Schatzmeister erste Züge eines Konzepts entwickelt und eine kleine Arbeitsgruppe gebildet, die systematisch dafür sorgen soll, das Arbeitsfeld Kommunalpolitik in der Bundespartei besser zu verankern und mit mehr Relevanz auszustatten. Wir sind da auf einem guten Weg. Wir müssen den Antrag

trotzdem ablehnen, denn darin steht, vier Stellvertreter müssen Kommunalpolitiker sein. Jetzt gehe ich einmal davon aus, dass unsere fünf Stellvertreter alle Kommunalpolitiker sind. Aber das ist ein statuarischer Antrag, der in die freie Wahl eingreift. Das können wir nicht beschließen.

Dann steht noch drin, dass die Selbstverpflichtung der Landesverbände vorangebracht werden muss. Das kann kein Bundesparteitag beschließen. Das muss man dann schon auf Landesparteitagen anbringen.

Außerdem steht drin, dass die Vernetzungsarbeit verbessert werden muss. Absolut richtig. Aber dafür haben wir eine Bundes-SGK, dafür haben wir Landes-SGKen. Ich glaube, unsere Idee, die SGK insgesamt zu stärken und die Vernetzung zwischen Bundes-SGK und Parteivorstand voranzubringen, ist ein guter Weg. Deshalb bitte ich darum, bei der Ablehnung dieses Antrags zu bleiben.

Mit diesen entsprechenden Hinweisen können wir dann jetzt in die Abstimmung gehen.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Organisationspolitik und Statutenänderungen

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Dietmar. - Dann kommen wir jetzt, wie von dir angekündigt, zu den Abstimmungen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag O28, zu dem Einzelabstimmungen beantragt wurde. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission für den O28 folgen will. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war klar die Mehrheit. Damit ist das Votum der Antragskommission angenommen.

Wir stimmen jetzt noch über die Empfehlung der Antragskommission zum gesamten Block O und die Statutenänderungen ab. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission folgen will. - Wer stimmt dagegen? - Das sind wenige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Bei wenigen Enthaltungen sind die aufgerufenen Anträge in der Fassung der Antragskommission beschlossen. Vielen Dank für diese engagierte Debatte.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind ja mit den Wahlen für die großen Parteigremien im Parteivorstand durch. Das ist die Chance und die Gelegenheit für unsere beiden Parteivorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil, sich jetzt auch noch von den Mitgliedern des Parteivorstands zu verabschieden, die zum Teil nach vielen, vielen Jahren Mitgliedschaft dieses wundervolle Gremium verlassen haben. Bärbel und Lars, ihr habt die Bühne.

Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder des Parteivorstands

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einige Mitglieder des Parteivorstands, die ausscheiden. Hubertus Heil haben wir vorhin schon verabschiedet. Ich glaube, er ist auch nicht mehr da. Matthias Miersch ist nicht wirklich raus aus dem Parteivorstand, weil er ja künftig als Fraktionsvorsitzender dabei ist. Es gibt drei, die wir verabschieden, die heute nicht auf dem Parteitag sein können, nämlich Martin Dulig, Angela Hohmann und Sarah Ryglewski, denen wir von hier aus ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit im Parteivorstand schicken.

(Beifall)

Ich lese jetzt einfach mal die anderen Namen vor. Oder Bärbel. Wir teilen uns noch auf, wie wir es machen.

Bärbel Bas, Parteivorsitzende:

Ja, wir üben noch. - Wir haben einige, die mit dem heutigen Tag ihren Abschied aus dem Parteivorstand feiern, aber natürlich nicht von uns allen. Aber wir wollen uns noch einmal recht herzlich von euch verabschieden, und ich bitte euch, dass ihr zu uns auf die Bühne kommt. Das sind Florian von Brunn, Kerstin Griese - die hat keinen so weiten Weg, sie sitzt schon im Präsidium; kommst du auch bitte noch mal zu uns nach vorne -, Georg Maier, wenn er auch hier im Saal ist - dich würde ich auch noch mal zu uns bitten -, Svenja Schulze - die ist auch unterwegs, aber die haben wir ja vorhin auch schon einmal auf der Bühne gehabt -, dann natürlich Michelle Müntefering, die ebenso lange dabei war, und Aydan Özoğuz. Wenn ihr noch einmal zu uns kommt, würden wir uns sehr freuen. Ihr habt lange in diesem Parteivorstand gearbeitet. Ihr habt verschiedene Funktionen auch in der Partei übernommen, verschiedene Themen übernommen.

Kerstin, komm schon mal. Du bist schon mal hier. Du arbeitest ja, wie man sieht, heute schon weiter. Aber ich weiß, du hast ganz, ganz viele Jahre - - 30 Jahre, sagt sie gerade. Das ist eine wahnsinnig lange Strecke. Wir alle wissen deine Arbeit zu schätzen. Du hast dich immer für die Themen eingebracht, die du jetzt in meinem Haus als Staatssekretärin, was du auch schon sehr lange machst, weiterführen kannst, nämlich die Themen Arbeit und Soziales. Aber auch für das Thema Kirchen hast du dich immer engagiert. Dafür möchten wir dir heute ganz, ganz herzlich danken.

(Beifall)

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Aydan, dann darf ich dich verabschieden und auch ein paar Sätze sagen. Du warst auch stellvertretende Parteivorsitzende über einen längeren Zeitraum. Du warst Bundestagsvizepräsidentin, du warst Staatsministerin für Integration im Bundeskanzleramt und bist jetzt lange im Parteivorstand dabei gewesen. Du warst für viele auch - das will ich hier sagen - Role Model, weil du als jemand mit Migrationsgeschichte in die politische Verantwortung in sehr hohen Ämtern gegangen bist. Dafür danken wir dir sehr herzlich, dafür, dass du oftmals die Erste warst, die das gemacht hat,

(Beifall)

dass du viel Verantwortung übernommen hast und jetzt nicht wieder angetreten bist für den Parteivorstand. Aber uns ist es ein großes Anliegen - ich glaube, nicht nur Bärbel und mir, sondern dem ganzen Parteitag -, dir einmal ganz kräftig danke schön für deine Arbeit in den Gremien der Partei zu sagen. Wir freuen uns auf alles, was noch kommt. Aber heute erst mal ein großes Dankeschön an dich.

(Beifall)

Okay, die anderen wollen nachher noch individuell von uns irgendwo am Bühnenrand verabschiedet werden. Aber wir richten die besten Grüße von euch an die anderen ausgeschiedenen Parteivorstandsmitglieder aus. Vielen Dank euch beiden, stellvertretend für alle, die jetzt im Parteivorstand aufgehört haben. Danke!

(Beifall)

Wahl der Bundesschiedskommission

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden gleich die Bundesschiedskommission wählen. Bevor wir in diesen Wahlgang einsteigen, will ich euch aber darauf hinweisen, dass wir danach die Antragsbereiche Stadtentwicklung und Steuern aufrufen, wie ihr das heute Morgen priorisiert hattet. Also guckt mal, dass alle eure Delegationsmitglieder, die zum Thema Stadtentwicklung oder zum Thema Steuern und Finanzen sprechen wollen, dann tatsächlich auch wieder in den Saal kommen.

Aber als Erstes rufe ich jetzt die Wahlen zur Bundesschiedskommission auf. Auch die, da wir sie über OpenSlides durchführen, geht in den Autopiloten. Ich darf an dieser Stelle auch noch einmal sagen, dass die Medienvertreter gebeten werden, während des Wahlgangs ihre Kameras nicht auf die Delegierten zu richten, damit wir eine geheime Wahl haben.

Es handelt sich beim Vorsitzenden der Bundesschiedskommission um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Da uns bisher nur ein Kandidat vorliegt, will ich jetzt noch einmal fragen: Gibt es eine weitere Kandidatur? Und liegt die Kandidatur von Thorsten Jobs vor, der vom Parteivorstand vorgeschlagen wurde. Gibt es weitere Kandidaturen? - Das ist nicht der Fall. Bei nur einem Kandidaten hat der Stimmzettel die Form „Zustimmung“, „Ablehnung“ oder „Enthaltung“ hinter dem Namen, was man durch ein Kreuz auf den Kreisen vermerken kann. Der Stimmzettel - noch einmal der Vollständigkeit halber - ist nur gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt wird. Auch hier gilt: Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Uns liegt, wie gesagt, die Kandidatur von Thorsten Jobs vor. Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann könntet ihr den Autopiloten bestücken. Hiermit eröffne ich den Wahlgang. Auch hier gilt natürlich wieder: Wenn ihr Hilfe bei der digitalen Wahl braucht, dann zeigt eure Delegiertenkarte nach oben. - Hat noch jemand ein technisches Problem? Nein. Alle hatten ausreichend Zeit, ihre Stimme abzugeben? - Vielen Dank. Dann schließe ich hiermit den Wahlgang und sage euch, dass wir das Ergebnis nach Abschluss aller Wahlgänge der Bundesschiedskommission durch die MPZK feststellen lassen.

Deswegen kommen wir sofort zur nächsten Wahl. Jetzt geht es um die beiden Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Bundesschiedskommission. Hierbei handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung. Es dürfen bei der Wahl der

Stellvertreter*in höchstens zwei Namen angekreuzt werden. Es muss mindestens ein Name angekreuzt werden.

Vom Parteivorstand wurden Heike Werner und Gabriele Nieradzik als stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann bitte ich, die Wahl im Autopiloten einzublenden. Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich ein Kreuz zum Ankreuzen. Ihr müsst mindestens eine und dürft höchstens zwei Stimmen abgeben, also Kreuze machen. Der Wahlgang ist dann eröffnet. - Hat jemand technische Probleme? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich noch ein letztes Mal: Konnten alle ihre Stimme abgeben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich hier mit dem Wahlgang. Auch dieses Ergebnis wollen wir dann nach Abschluss aller Wahlgänge zur Bundesschiedskommission durch die MPZK feststellen lassen.

Wir kommen dann gleich zur dritten Wahl, und zwar von vier weiteren Mitgliedern der Bundesschiedskommission. Es kandidieren nach unseren Informationen Jürgen Gasper, Kristin Keßler, Hans-Willi Körfges und Rosanna Sieveking, die ebenfalls vom Parteivorstand nominiert wurden. Ich darf fragen: Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Auch hier bedarf es im ersten Wahlgang der absoluten Mehrheit. Bei der Wahl der weiteren Mitglieder dürfen höchstens vier Namen angekreuzt werden. Es müssen mindestens zwei Namen angekreuzt werden. Wie bei der Wahl der Beisitzer im PV ist die Quote zu beachten, wobei die Geschlechter der bereits gewählten BSK-Mitglieder anzurechnen sind. Das bedeutet, dass dem BSK mindestens je drei Frauen und Männer insgesamt angehören müssen.

Hat noch jemand Fragen zum Wahlverfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Wahl im Autopiloten einzublenden. Ihr seht, auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich hinter dem jeweiligen Namen jeweils ein Kreuz zum Ankreuzen. Noch einmal: Ihr müsst mindestens zwei und dürft höchstens vier Stimmen abgeben, also Kreuze machen. Damit ist der Wahlgang dann auch eröffnet. - Ich stelle fest, dass alle technischen Probleme behoben sind und dass alle Stimmen abgegeben werden konnten, und schließe den Wahlgang.

Ich bitte die Mitglieder der MPZK, die Ergebnisse der drei Wahlen festzustellen und uns dann im Anschluss mitzuteilen.

Dann steigen wir jetzt gleich wieder in die Antragsberatung ein. Das wird jetzt Oliver übernehmen.

Antragsberatung Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt heute Morgen aus sechs Antragsbereichen zwei ausgewählt, die wir heute in jedem Fall noch aufrufen werden, und das ist jetzt der Fall. Das sind einmal der Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales, im Antragsbuch abgekürzt mit „St“, und zum anderen der Bereich StFi, Steuern und Finanzen.

Ich rufe jetzt die Anträge des Antragsbereiches St, Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales, auf. Das betrifft die Anträge im Antragsbuch mit den Nummern St01 bis St20.

Zunächst hören wir dazu den Bericht der Antragskommission. Berichterstatter ist Esra Limbacher. Er wird uns jetzt kurz in die Anträge einführen. Esra, du hast das Wort.

Esra Limbacher, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf in den Antragsbereich Stadtentwicklung, Wohnen, Bauen und Kommunales einführen. Ich will gleich am Anfang Folgendes sagen: Ich glaube, jeder hier, jeder von euch kennt die Diskussion in eurem Umfeld - wahrscheinlich trifft es auf den einen oder anderen selbst zu -, dass sich viele in diesem Land Gedanken machen: Kann ich es mir überhaupt noch leisten, die Miete zu bezahlen? Kann ich es mir überhaupt leisten, mit meiner Familie ein Haus zu bauen? Kann ich es mir überhaupt im Alter leisten, noch gut zu wohnen und zu leben? Deswegen ist es wichtig, zu sagen, bezahlbares Wohnen und Bauen ist eine der sozialen Fragen, der grundlegenden sozialen Fragen in unserer Zeit. Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen eine sozialdemokratische Antwort darauf geben.

Wir packen es an, wo wir in Verantwortung sind, und wir sind in diesen Bereichen auf Bundesebene in Verantwortung. Wenn ein Saarländer sich bei Rheinland-Pfälzern gut aufgehoben fühlt, dann muss das etwas heißen. Liebe Stefanie Hubig, liebe Verena Hubertz, wir sind stolz, dass ihr in dieser Woche mit dem Bau-Turbo, mit der Mietpreisbremse einen guten Weg und einen guten Schritt nach vorne gegangen seid. Vielen Dank für eure Arbeit in der Bundesregierung. Danke!

(Beifall)

Wir packen es in den Ländern mit dem sozialen Wohnungsbau an, wir packen es kommunal an mit kluger Stadtentwicklungs- und Bodenpolitik, und wir stellen unter

Beweis, dass wir in der SPD über alle Ebenen hinweg Hand in Hand arbeiten. Das zeigt auch die Antragslage zu diesem Bundesparteitag. Mit insgesamt 20 Anträgen wird im Antragsbereich St - Stadtentwicklung, Mieten, Bau und Wohnen, Kommunales - eine erhebliche Bandbreite an Themen angesprochen. Einiges haben wir so oder so ähnlich auch im Vorfeld der Bundestagswahl für unser Wahlprogramm zur Bundestagswahl beraten. Daher kommen die entsprechenden Voten der Antragskommission auch so zustande. Alles davon ist weiterhin richtig und sind Forderungen dieser Partei. Einiges ist, wie gesagt, schon in der Umsetzung. Zwei Punkte habe ich schon erwähnt.

Für unsere heutige Beratung will ich den Blick auf den Antrag St06 lenken, liebe Genossinnen und Genossen. Mit diesem Berliner Antrag mit dem Titel „Sozialdemokratische Wohnpolitik - Mieten stabilisieren, Wohnraum erhalten“ haben wir gewissermaßen eine Art Anker für diesen Antragsbereich, der auch andere Initiativen zum Beispiel aus München zum Thema Mietenspiegel aufgreift und der vor allen Dingen bündelt, was uns wichtig ist.

Die Antragskommission empfiehlt euch diesen Antrag zur Annahme.

Darüber hinaus empfiehlt euch die Antragskommission den Antrag St14 aus Hamburg zur Annahme, bei dem es im Einklang mit St06 darum geht, Mieterinnen und Mieter bei Eigenbedarfskündigungen zu stärken.

Liebe Genossinnen und Genossen, als Mitglied der Bundestagsfraktion ist es mir außerdem wichtig, zu betonen, dass wir in der Antragskommission sehr bewusst auch Anträge zur Überweisung an die Fraktion empfohlen haben, und zwar dann, wenn es wichtige Anregungen für sehr konkrete Gesetzesvorhaben beinhaltet, zum Beispiel bei den Vorkaufsrechten für Kommunen, bei der Schaffung eines Baugebots in den Anträgen St01 bzw. St03, bei einem Übergangszeitraum hin zu einem Verbot von Indexmieten im St12 oder beim Bestellerprinzip für Online-Plattformen in St16.

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schluss will ich für die Antragskommission noch einen Punkt ansprechen, der mit dem Grundsatzprogramm zu tun hat. Ich sagte schon, bezahlbares Wohnen und Bauen ist eine der zentralen Sozialfragen unserer Zeit, und weil das so ist, werden wir uns auch für ein neues Grundsatzprogramm genau mit diesen Fragen beschäftigen müssen, um neue Konzepte und Ideen zu entwickeln, die funktionieren und eben mehrheitsfähig sind.

Die Antragskommission empfiehlt deswegen, den Antrag St08 - Mietenstopp - an den Parteivorstand für den Grundsatzprogrammprozess zu überweisen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass ihr mir zugehört habt. Ich bitte euch darum, den Voten der Antragskommission zuzustimmen. - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Esra, für deinen Bericht.

Bevor wir jetzt in die Aussprache einsteigen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch weiterhin sehr streng weiterhin auf die Redezeit achten müssen. Bitte orientiert euch daran: 3 Minuten für jeden von euch.

Es beginnt Verena Hubertz aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz. Ihr folgt Mathias Schulz aus Berlin. Verena, du hast das Wort.

Verena Hubertz, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen! Bauen, das ist für mich mehr, als Steine aufeinanderzusetzen. Wer baut, der glaubt daran, dass das Morgen besser sein kann als das Heute oder das Gestern, daran, dass Familien ein Zuhause finden, dass Orte zusammenwachsen, dass Miteinander entstehen kann. Und genau diesen Optimismus brauchen wir gerade jetzt. Nicht nur, liebe Genossinnen und Genossen, Probleme beschreiben, sondern auch Lösungen bauen, daran möchte ich jeden Tag als neue Bundesbauministerin mitwirken, im wahrsten Sinne des Wortes.

(Beifall)

Bauen und Wohnen, das ist für mich SPD pur. Im Antrag finden wir richtig gute Vorschläge. Wir sind doch nicht die Partei der Penthäuser. Wir sind die mit dem Blick aus dem dritten Stock, manchmal vielleicht auch ohne Aufzug, aber immer mit Haltung. Und unsere Haltung ist klar: Wohnen muss für alle bezahlbar sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen bin ich auch sehr dankbar, dass unsere Justizministerin Stefanie Hubig die Verlängerung der Mietpreisbremse auf den Weg gebracht hat. Und da muss noch mehr folgen. Wir müssen Schluss machen mit dem Schmu rund ums möblierte Wohnen. Da, wo man sich nicht an Regeln hält, braucht es Bußgelder, und daran werden wir in dieser Bundesregierung arbeiten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wer mich kennt, der weiß, ich bin Unternehmerin gewesen. Ich bin Gründerin, ich bin ungeduldig, und ich will, dass wir in diesem Land Tempo machen. Wir können nicht sterben in Bürokratie. Wir müssen vor allen Dingen schneller bauen. Deswegen habe ich den Bau-Turbo vorgelegt.

(Beifall)

Vor allen Dingen - wir haben es eben gehört - muss es auch darum gehen, dass wir nicht auf der grünen Wiese bauen, sondern dass wir auch die Potenziale nutzen, beispielsweise auf Supermärkten, da wo Dächer frei sind, da wo Lücken da sind, nachverdichten und alles in die Waagschale werfen. Deswegen brauchen wir Toleranz, damit uns das gelingt, denn wir können nicht immer alle sagen, ich hätte gerne eine Wohnung, aber wenn es irgendwie in meinem Hinterhof ist, dann eben auch nicht.

Neben Toleranz, lieber Lars Klingbeil als Finanzminister, braucht es aber auch Geld. Ich bin sehr dankbar, dass wir in diesem Bundeshaushalt jetzt richtige Milliardenbeträge investieren werden, auf der einen Seite aus dem Sondervermögen, auf der anderen Seite Rekordinvestitionen im sozialen Wohnungsbau. Mehr als 23 Milliarden die nächsten vier Jahre, das kommt da an, wo die Menschen einen kleinen Geldbeutel haben, aber auch für das junge Wohnen, Azubi-Wohnen, Studi-Wohnen. Das ist SPD, das ist kein Zufall. SPD pur - mit Bauhelm statt Bremse. Und ich sage: Die Bagger müssen wieder rollen. Lasst uns gemeinsam kämpfen. - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Verena. - Jetzt spricht Mathias Schulz. Ihm folgt Claudia Moll aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Mathias Schulz, Berlin:

Vielen Dank, liebe Verena, für diese Rede. - Liebe Genossinnen und Genossen! In Berlin sagen wir immer, Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Ich sage, es ist auch eine Frage der Würde. Würde, die auf der Strecke bleibt, wenn man 150 Bewerbungen für eine Wohnung abgeben muss, dann am Ende in der Schlange steht und am Ende nicht mehr herumkommt außer eine auf drei Jahre befristete Wohnung, die mit einer Indexmiete versehen ist. Es ist eine Frage der Würde, wenn man mit Mitte 30 und Vollzeitjob immer

noch eine Bürgschaft von Eltern vorlegen muss, um einen Mietvertrag angeboten zu bekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht mein Gefühl von Würde. Ich habe das erlebt, und ich bin kein Einzelfall. Mieten explodieren in Großstädten und überall. Neumieter*innen werden mit völlig überhöhten Forderungen und mit schlecht zusammengeschusterten Wohnungssanierungen konfrontiert. Bei uns in Berlin haben sich die Mieten in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Das sieht auch bei euch in den Großstädten nicht anders aus, in Bremen, in Dortmund, in Leipzig, Stuttgart, München oder Rostock. Wir können überall hinschauen. Nicht nur die Menschen in den Umfragen, sondern auch dieser Parteitag hat heute gezeigt, dass die Wohnungspolitik eine zentrale Rolle für uns als SPD spielt, und hat diesen Antragsbereiche nach oben votiert.

Es zeigt aber auch, wir brauchen als Gesamtpartei klare Ziele, die Verena dankenswerterweise schon formuliert hat. Es ist nämlich eine Frage der Gerechtigkeit, ob alle Menschen das Recht haben, dort zu wohnen, wo sie arbeiten, wo sie leben und wo ihre Kinder zur Schule gehen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, ob Pflegekräfte, Erzieherinnen und Verkäufer noch in der Stadt leben können, die tagtäglich am Laufen halten.

Ich frage euch und uns: Wie sollen wir die Menschen vom Versprechen des sozialen Aufstiegs überzeugen, wenn die monatliche Miete schon die Hälfte des Einkommens auffrisst?

(Beifall)

Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit, und deshalb ist es auch die vorderste Aufgabe unserer Zeit, die Gerechtigkeit beim Thema Wohnen in diesem Land herzustellen. In der Bundesregierung haben wir dafür beide entscheidende Ministerien besetzt, mit zwei starken Ministerinnen obendrein. Liebe Verena, liebe Stefanie, auf euch liegt diese Verantwortung für die Einlösung dieses Gerechtigkeitsversprechens. Dabei wünsche ich euch den allergrößten Erfolg.

Ich bin dir, liebe Stefanie, dankbar, dass du sofort die Verlängerung der Mietpreisbremse auf den Weg gebracht hast. Ich bin dir, liebe Verena, dankbar, dass du sofort mit Volldampf dabei bist, um für mehr neue, bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen mehr. Wir brauchen wirksame Maßnahmen, die die Kommunen und Länder allein entscheiden dürfen; denn wenn wie in Städten vier von fünf Menschen zur Miete wohnen, dann brauchen wir dort auch schärfere Schwerter gegen Mietexplosionen, beispielsweise für einen rechtssicheren Mietendeckel. Wir

brauchen bessere Regeln für das Unwesen des befristeten möblierten Wohnens zu horrenden Preisen, um es effektiv zu regulieren und zu unterbinden, weil damit nämlich die Mietpreisbremse, die verlängert wurde, genau umgangen wird.

Für mich ist klar: Möbliertes Wohnen ist längst kein reines Wohnmodell mehr. Es ist ein Geschäftsmodell auf Kosten von uns Mieter*innen. Und es reicht ehrlicherweise.

Liebe Genossinnen und Genossen, reiht euch in diesen Kampf ein. Stimmt bitte für den Antrag St06 für eine sozialdemokratische Wohnungspolitik. - Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Mathias. - Jetzt hat Claudia Moll aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Ihr folgt Pascal Reinhardt, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen.

Claudia Moll, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr wundert euch bestimmt, warum ich zu dem Thema Kommunen rede. Zum einen hat Pflege auch etwas mit Kommunen zu tun, und zum anderen hatte ich die große Angst, dass das Thema Pflege heute nicht mehr Bestand unseres Parteitags wird. Da habe ich gedacht: Dann fuchte dich jetzt einfach rein und trag dich unter „Kommunales“ ein. Dann kommst du wenigstens dran.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich weiß, das war gemein, aber sollte jetzt „Pflege“ doch noch kommen, haben wir dort die 3 Minuten gespart. Und was ich ganz toll finde: Im Plenum kann man mir den Ton abdrehen - das geht hier nicht.

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen und Genossen, Pflege darf kein Armutsrisiko sein, nicht für die Pflegebedürftigen und nicht für ihre Familien. Die Eigenanteile sind zu hoch, die Sozialhilfe springt zu spät ein, und die Pflegeversicherung ist längst keine Versicherung im klassischen Sinne mehr. Sie ist ein Flickwerk geworden. Ich sage: Schluss mit diesem Flickwerk! Wir brauchen ein System, das solidarisch trägt, ein System, das sich an den Bedarfen der Menschen orientiert und nicht an Kassenlogiken und Ländergrenzen.

Ein Antrag nimmt immer mein Mantra an. Man hat diesen Satz, meinen Satz, genommen. Was wäre, wenn wir Pflege nicht nur besser organisieren, sondern grundlegend neu denken, nicht mehr als Leistung, die man einkauft, sondern als gemeinsame Verantwortung im Quartier, in der Nachbarschaft, in der Gesellschaft?

(Beifall)

Wir brauchen eine sorgende Gesellschaft statt eines Systems, das auf Verschleiß läuft. Wir haben Verantwortung übernommen und vieles erreicht. Aber wir müssen ehrlich sein: Das System stürzt sich immer noch zu stark auf unbezahlte Sorgearbeit, vor allem auf Frauen. Das darf kein Naturgesetz sein. Das ist keine moderne Daseinsvorsorge - das ist ein Auftrag zum Handeln. Wir wollen Pflege nicht länger delegieren. Wir wollen sie gestalten.

Damit verabschiede ich mich. Ich habe noch eine Bitte oder einen Wunsch: Lasst uns hier heute Abend mit erhobenem Kopf herausgehen. Lasst uns stolz auf diese Partei sein, und dann lasst es uns heute Abend mal so richtig krachen. Wir feiern gemeinsam unseren Parteitag.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Claudia. - Jetzt hat Pascal Reinhardt aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Dann kommt Julia Maiano aus dem Bezirk Hessen-Süd.

Pascal Reinhardt, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Opa wird in ein paar Wochen 87 Jahre alt. Mein Opa war 50 Jahre für die SPD Lindlar im Gemeinderat aktiv und ist zum Glück noch echt fit. Er quatscht mit mir viel über Kommunalpolitik und erzählt mir dann, wie es früher gelaufen ist: Ja, dann haben wir uns gedacht, ein Kulturzentrum wäre mal ganz schön, und dann haben wir das gemacht. Wir brauchen ja auch mal eine neue Schule in Lindlar, und dann haben wir das gemacht.

Ich mache jetzt seit fünf Jahren Kommunalpolitik. Meine Erfahrung ist leider eine etwas andere. Ich kenne eher Mangelverwaltung. Ich komme hier zu unserem Bundesparteitag, nachdem ich eine kommunalpolitische Woche aus der Hölle erlebt habe. Das fing im Haupt- und Finanzausschuss an, wo wir das Thema Windenergie

diskutiert haben und feststellen mussten: Toll, jetzt kommen die Windparks nach Lindlar, aber wir haben keine Kohle, um uns daran beteiligen zu können. Den Kommunen bleibt dann von den Gewinnen der Windenergie reichlich wenig.

Zwei Tage später ging es um das Thema sozialer Wohnungsbau. Wir haben seit fünf Jahren ein Projekt in der Pipeline, aber der Oberbergische Kreis wird wohl 24 Monate brauchen, um eine Förderung zu genehmigen. Außerdem stehen für einen ganzen Kreis mit 250.000 Einwohnern und mit 13 Kommunen nur 7,7 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Ich bin Lehrer. Ich gehe morgens nach diesen Ausschüssen in die Schule, und da sehe ich: Oh, schon wieder Beton, der von den Wänden bröckelt, weil wir Ameisen in den Wänden haben. Unser Schulgebäude wird von Ameisen zerfressen. Jeden Morgen fällt da was Neues ab. Und in solch einer Woche lese ich dann oder bekomme über das Fernsehen mit, dass wir beschließen, jetzt ein 5-Prozent-Ziel, das ein bekloppter orangener Mann in den USA fordert, für unsere Verteidigung umzusetzen. Das sind 120 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich. Ja, wir müssen mehr für die Verteidigung tun. Aber 120 Milliarden auf der einen Seite, während wir auf der kommunalen Ebene erleben, dass nur noch Mangel verwaltet wird, dass die Straßen Löcher haben, dass die Schulen auseinanderfallen, das ist einfach eine Schere, die wir wieder zusammenkriegen müssen.

Wenn wir diese Schere nicht zusammenkriegen, dann war es das vielleicht auch irgendwann mit der Demokratie, denn die Menschen kriegen das ja mit. Hier in Berlin werden Dinge beschlossen, und es wird viel Geld ausgegeben, aber zu Hause bei der Kommune kriegt man nicht viel davon mit.

Ich finde, wir als SPD haben die große Chance, die Partei zu sein, die diese Schere wieder schließen kann. Wenn wir das hinkriegen, dann haben wir auch noch eine lange Zukunft vor uns. Ich möchte euch dringend bitten und an euch appellieren, euch dafür einzusetzen, euch für die Kommunen stark zu machen. - Danke schön. Glück auf! Ich wünsche noch einen schönen Bundesparteitag.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Pascal. - Jetzt hat Julia Maiano aus Hessen-Süd das Wort. Ihr folgt Ruppert Stüwe aus Berlin.

Julia Maiano, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es kurz, denn wir wollen ja alle schnell feiern gehen.

Es ist längst an der Zeit, dass wir Barrieren, barrierefreies Bauen nicht nur als Aufgabe, sondern als wirtschaftliche und zukunftsorientierte Selbstverständlichkeit begreifen.

(Beifall)

Barrierefreiheit bedeutet nicht nur Teilhabe. Sie bedeutet auch handfeste Standortvorteile. Gerade im Wohnungsbau zeigt sich deutlich: Barrierefrei geplante Wohnungen lassen sich flexibel nutzen und sind für Generationen attraktiv. Damit vermeiden wir teure Umbaumaßnahmen in der Zukunft. Wer barrierefrei baut, spart morgen und hat keine Probleme, das in Zukunft besser zu finanzieren.

Lasst uns uns gemeinsam dafür einsetzen und zeigen, dass wir Wirtschaftlichkeit und Inklusion zusammen denken können, dass es keine Gegensätze sind, sondern dass es ein gemeinsamer Weg in eine gerechte Zukunft ist. - Lieben Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Julia. - Jetzt spricht Ruppert Stüwe aus Berlin. Ihm folgt Karen Pein aus Hamburg.

Ruppert Stüwe, Berlin:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, schön, dass ihr gerade dieses Thema noch einmal hochgewählt habt und dass wir das ins Zentrum des Parteitags stellen können.

Uns unterscheidet als SPD beim Thema Wohnen etwas von den meisten anderen Parteien, mit denen wir es zu tun hatten und haben in den Regierungen, in denen wir in den letzten Jahren waren. In der Ampel haben wir mit der Vermieterpartei FDP koaliert, und was herausgekommen ist, wenn man mit Vermietern koaliert, das konntet ihr sehen: Es war nicht ausreichend für die Menschen in diesem Land. Was Stefanie und Verena jetzt vorher sich haben, das merkt man daran, wenn wir einmal - ich will es euch nicht vorlesen, weil ich es euch nicht zumuten will - einen Blick in das Wahlprogramm

der CDU werfen. Da steht nur ein Satz zum Thema Mieten und Wohnen, und im Prinzip ist die Lösung der CDU für die Mietenfrage: Einfach mehr Wohnungen bauen.

Aber so leicht ist es nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Was uns von denen unterscheidet ist, dass eine Wohnung, eine bezahlbare Wohnung, ein Ort zum Leben, für uns nicht irgendein Gut ist. Für uns ist eine bezahlbare Wohnung ein Menschenrecht, liebe Genossinnen und Genossen, und daran richtet sich unsere Politik aus.

(Beifall)

Dort, wo es ein Menschenrecht für uns ist, ist für uns auch klar, dass bei diesem Thema nicht einfach die Gesetze des Marktes regieren können. Es ist nicht so, dass man den Markt da walten lassen kann. Das fängt übrigens in allen Bereichen an. Das fängt bei der Bodenpolitik an. Wir können nicht unseren Boden allein zu Spekulationszwecken verkaufen. Wir müssen dafür sorgen, dass genügend Boden, auf dem bezahlbarer Wohnraum stehen kann, auch weiterhin in öffentlicher Hand bleibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es geht darum, dass dort, wo Wohnungen entstehen, Private das gerne machen können und dass die hilfreich sind, aber dass wir dafür sorgen müssen, dass diejenigen, die Wohnungen bauen, sich nicht komplett den Gesetzen des Marktes unterwerfen müssen. Das heißt, wir müssen kommunalen Wohnungsbau fördern.

Außerdem müssen noch etwas Zweites machen, liebe Genossinnen und Genossen - das liegt schon daran, wie wir uns anreden -: Wir müssen dafür sorgen, dass die Genossenschaften im Wohnungsbau weiterhin einen entscheidenden Anteil daran haben, wie Menschen wohnen. Das ist eine Wohnform, die wir noch viel stärker in den Mittelpunkt unserer Politik stellen sollten.

(Beifall)

Dann hat es auch etwas mit dem Thema Regulierung zu tun. Ja, wir wollen diesen Markt regulieren. Ja, wir wollen, dass Mieten nicht ins Unendliche steigen können. Ja, wir wollen nicht, dass jemand einen Stuhl in ein Zimmer stellt und dafür 1.000 Euro mehr verlangen kann. Ja, wir wollen nicht, dass der Geldbeutel allein darüber entscheidet, ob man eine gute Wohnung hat oder nicht.

Wir sind ja immer dabei, unsere Politik kritisch zu reflektieren. Aber beim Thema Bauen und beim Thema Mieten, beim Thema Mietpreisbremse sind wir heute schon dort, wo wir in den letzten dreieinhalb Jahren nicht waren, und dafür, liebe Verena und liebe

Steffi, vielen Dank, dass ihr als unsere Ministerinnen das so schnell vorangebracht habt. Ich finde das wirklich beeindruckend. Da können wir auch einmal stolz auf uns als SPD sein.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Ruppert. - Jetzt hat Karen Pein aus Hamburg das Wort. Ihr folgt Christian Köning aus Bayern.

Karen Pein, Hamburg:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich leite in Hamburg die Stadtentwicklungsbehörde und erhalte täglich Briefe von Menschen, die mir über ihre prekäre Wohnsituation berichten. Ich habe mich in der AG 4 in den Koalitionsverhandlungen massiv für die Mietenregulierung eingesetzt - gegen den Willen der CDU. Ich halte das für richtig und wichtig. Ihr habt dazu viele Anträge gestellt. Bei der anderen Hälfte der Anträge geht es um das Thema der Förderung. Das sind zwei sehr wichtige Mechanismen, die wir auch alle ziehen, die aber vor allem jetzt in dieser Krisenzeit wichtig sind.

Ich möchte euch aber auch ganz deutlich sagen, dass diese Mechanismen uns nicht aus der Krise herausführen, sondern sie helfen uns hier nur. Was uns aus der Krise herausführen wird, ist die Baukostenreduktion. Das ist das wahre Problem, um das wir uns kümmern müssen. Wenn man über Baukosten, über gestiegene Baukosten spricht, dann reden alle über den Krieg, über Materialkosten, über Energiekosten. Das alles sind Faktoren, auf die wir wenig Einfluss haben.

In Hamburg haben wir uns mit den Indikatoren beschäftigt, auf die wir Einfluss haben, und es ist uns gelungen, mit dem Hamburg-Standard Reduktionspotenziale in Höhe von 2.000 Euro darzustellen. In Hamburg haben wir Baukosten in Höhe von 4.500 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche ohne Grundstück. Das sind 18 Euro Miete. Das kann es nicht sein. Das bedeutet aber auch: Da macht sich keiner die Taschen voll, sondern es ist schlicht nicht möglich, ohne Förderung wirtschaftlich zu bauen. Das ist unser Dilemma, und deshalb müssen wir hier alle gemeinsam ran.

Wir haben zu hohe Baustandards, aber wir überfordern die Bauprojekte auch. Jede Fachdisziplin schraubt bis ins Unendliche an ihren Themen, an energetischen Themen, am Brandschutz. Wir sind in eine Höhe gekommen, wo es einfach nicht mehr möglich

ist. ich glaube, wir müssen diese Systeme wieder ins Lot bringen. Deshalb spreche ich hier, weil es auch viele von euch betrifft. Viele von euch sitzen in Bauausschüssen oder haben gesetzgeberische Kompetenz. Bei allen Dingen, die wir regulieren, müssen wir darauf achten: Wenn man an der einen Strippe zieht, hat das Auswirkungen an der anderen Seite. Wir haben in Hamburg mit dem Hamburg-Standard gesehen: Wenn wir die Standards nur ein bisschen reduzieren, dann hat das Auswirkungen, zum Beispiel positive Auswirkungen auf die Ökologie, weil wir weniger Materialeinsatz haben, aber beispielsweise auch auf die Barrierefreiheit. Genauso, wie wir es heraufgeschraubt haben, müssen wir es gemeinsam wieder herunterschrauben.

Das ist eigentlich die Botschaft, die ich euch mitgeben möchte: Jeder von euch hat die Möglichkeit, Sand ins Getriebe zu streuen. Ihr könnt aber auch den Motor ölen, und darum bitte ich euch. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Karin. - Jetzt hat Christian Köning aus Bayern das Wort. Ihm folgt Julia Ostrowicki aus Hessen-Süd.

Christian Köning, Bayern:

Herzlichen Dank. - Genossinnen und Genossen, ich komme aus dem Unterbezirk München, und in München sind steigende Mieten bei vielen Leuten fast schon eine Art von Naturgesetz. Genossinnen und Genossen, deswegen haben wir einen Antrag geschrieben, und zwar den St11 zur Reform des Mietspiegels, denn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfen sich nie damit abfinden, dass steigende Mieten als Naturgesetz wahrgenommen werden. Wir müssen alles unternehmen, damit der Mietspiegel kein Mieterhöhungsspiegel ist, also diesen Automatismus, der das Lebensgefühl, die Lebensrealität und am Ende auch ganz konkret die Auswirkungen auf die Kaufkraft und auch auf die Teilhabemöglichkeiten breiter Teile unserer Gesellschaft in den Städten direkt beeinflusst. Das ist ein Riesenproblem. Deswegen müssen wir es schaffen, dass wir das System ein Stück weit verändern.

Ich bin der Antragskommission und auch dem Landesverband Berlin sehr dankbar für den Grundantrag St06 und dass es gelungen ist, unseren Antrag aufzunehmen, und dass er dem Parteitag als zustimmungsfähig vorgeschlagen wird. Denn es darf nicht sein,

dass wir einen Mietspiegel haben, der immer wieder und fast schon automatisch zu Erhöhungen führt. Selbst die Mietpreisbremse, die Gott sei Dank letzte Woche verlängert werden konnte, wirkt ja nur in Teilen. Selbst die Mieten, die oberhalb der Mietpreisbremse neu vereinbart werden, schlagen sich auf den Mietspiegel nieder. Das müssen wir dringend verändern. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass Bestandswohnungen, dass auch geförderter Wohnungsbau in den Mietspiegel aufgenommen werden, damit das, was wir als kommunalen, als genossenschaftlichen Wohnungsbestand geschaffen haben, auch dazu führt, dass die Mieten nicht weiter steigen. Das gilt auch für die marktentwickelten Mieten.

Ich sage auch eines: Ich bin der Überzeugung, dass uns „Bauen, bauen, bauen“ bei allem, was richtig ist, was die Genossinnen und Genossen in Hamburg machen, bei allem, was richtig ist, was Verena ausgeführt hat, in den Städten allein nicht helfen wird. Deswegen haben wir in dieser Großen Koalition eine wahnsinnige Chance, weil wir sowohl das Bau- als auch das Justizministerium stellen. Deswegen wird es entscheidend sein, dass es uns insgesamt gelingt, in diesen beiden Bereichen für Fortschritte auch in der Regierungsarbeit zu sorgen.

Danke schön für die Debatte. Freundschaft und Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christian. - Jetzt bekommt Julia Ostrowicki aus Hessen-Süd das Wort. Ihr folgt Apostolos Tsalastras aus Nordrhein-Westfalen.

Julia Ostrowicki, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist natürlich wunderbar, wenn ihr Bauen einfacher macht, und wir hoffen da sehr auf euch. Aber ich wohne im Taunus, im sogenannten Speckgürtel Frankfurts. Unser Problem sind noch nicht einmal nur die Flächen. Unser Problem sind auch nicht immer nur das Geld bzw. die Preise für das Bauen. Unser Problem ist hauptsächlich der Wohlstandschauvinismus derjenigen, die dort schon wohnen und die sofort eine Bürgerinitiative gründen, weil überall gebaut werden darf, nur nicht vor ihrer Haustür.

(Beifall)

Es ist ja auch in Ordnung, wenn man sich für seine Umgebung einsetzt und schön wohnen möchte. Aber wir wissen, welche Klientel das zum größten Teil ist. Wovor haben die Angst? Sie haben Angst davor, dass ihre ach so teuren Grundstücke auf einmal an Wert verlieren, als würde rund um Frankfurt irgendein Grundstück an Wert verlieren. Im Gegenteil: Die Preise steigen ins Unermessliche.

Das Schlimme ist noch nicht einmal, dass man ein berechtigtes, einfaches privates Interesse hat, sondern das Schlimme ist, dass sie nicht einfach nur eine Bürgerinitiative gründen, sondern sie argumentieren schon bei kleinen Wohnprojekten mit bezahlbarem Wohnen damit, damit, dass das dann ein Ghetto ist. Da mussten wir uns bei einem Projekt mit 20 Wohnungen, die hauptsächlich für Feuerwehrmenschen, für Erzieher*innen, also für einfache Berufe geplant war, anhören: Das wird ein Ghetto, das wird ein sozialer Brennpunkt. Als wir es dann auch noch wagten, vorzuschlagen, dass das barrierefrei sein soll: Um Gottes willen, dann ist mein Grundstück nebendran ja gar nichts mehr wert.

Wenn wir es nicht schaffen, diesen Wohlstandschauvinismus, diese Initiativen und diese Spaltung der Gesellschaft, wenn es um das Wohnen geht - da wird es nämlich schon deutlich -, in den Griff zu kriegen, dann wird es immer schwieriger, in bestimmten Regionen neuen Wohnraum zu schaffen. Wir müssen einfach alles dafür tun, um in die Köpfe der Menschen zu kommen und zu sagen: Ihr müsst bitte solidarisch sein. Ihr seid auch mal irgendwann da hingezogen. Bitte lasst auch neuen Menschen diese Chance, insbesondere auch denjenigen, die nicht ganz so viel Glück im Leben hatten wie ihr.

Bitte helft uns dabei, diesen Chauvinismus zu besiegen. - Danke.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Julia. - Jetzt erhält Apostolos Tsalastras aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Ihm folgt Jürgen Coße aus Nordrhein-Westfalen. Danach werden wir in die Abstimmung über die Anträge dieses Bereichs eintreten. Apostolos Tsalastras hat jetzt als Nächster das Wort.

Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Michail Gorbatschow hat einmal festgestellt, dass eine demokratische Bürgergesellschaft nur entstehen kann, wenn es kommunale

Selbstverwaltung und kommunale Demokratie gibt. Wir Kommunalpolitiker wissen das seit eh und je. Demokratie entscheidet sich vor Ort, in den Quartieren. Dort erleben die Bürgerinnen und Bürger unseren Staat und erleben, ob das Ganze funktioniert.

Ich bin Stadtkämmerer in Oberhausen, einer Stadt im Ruhrgebiet, die seit den 70er-Jahren unter dem Strukturwandel leidet und erhebliche finanzielle Herausforderungen hat. Deswegen kann ich euch sagen, dass die finanzielle Situation der Kommunen aktuell so ist, dass kommunale Selbstverwaltung vielerorts gar nicht mehr stattfinden kann, weil die Kommunen nämlich keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, weil die Kommunen mittlerweile vielerorts in der Haushaltssicherung sind und weil aufgrund der aktuellen finanziellen Situation Kommunen wie Oberhausen noch viel größere Schwierigkeiten haben, als sie sie in der Vergangenheit hatten.

Trotzdem gibt es erste Lichtblicke. Ich möchte mich bei all denjenigen bedanken, die für uns von der SPD an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen haben, die jetzt in der Bundesregierung sind, die das Thema Altschulden in den Koalitionsvertrag aufgenommen haben und die das Thema Konnexität aufgenommen haben, wo wir als erste Auswirkung den Ausgleich der Verluste aus der Steuerentlastung bei den Unternehmen für die Kommunen erleben dürfen, was im Vergleich eine Riesenentwicklung ist zur Vergangenheit, das Sondervermögen, an dem die Kommunen beteiligt werden sollen, und die Sonderprogramme, die daraus finanziert werden sollen, für Bildung, Klima und Städtebau.

All das ist super, aber die Situation bei uns ist noch viel extremer. Das wird nicht ausreichen. Wir in Oberhausen haben bis 2030 einen Investitionsbedarf in einer Größenordnung von 1 Milliarde Euro. Aus dem Sondervermögen erwarten wir ungefähr 20 Millionen jährlich für die nächsten zwölf Jahre. Jetzt kann jeder selbst ausrechnen, ob das reicht. Bei dem Investitionsbedarf, den wir haben, sind nur Schulen, Feuerwehr, Brücken, Straßen enthalten. Da ist kein Chichi und nicht 1 Euro für den Klimawandel vorgesehen. Also kann man sich ungefähr vorstellen, in welcher Situation wir sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, Die Vorkaufsrechte und Stadtentwicklungsprojekte, die hier gefordert werden, sind alle richtig. Es nützt uns aber nichts, wenn wir die Dinger nicht mehr kaufen können, weil wir das Geld dafür nicht haben, geschweige denn das Geld dafür, um sie anschließend zu entwickeln. Also brauchen wir Stadtentwicklungsprojekte, liebe Verena, die sich darum kümmern, dass wir diese gekauften Objekte dann auch umsetzen können. Wir brauchen finanzielle Mittel, damit wir das machen können, und wir brauchen eine Verbesserung der Kommunalfinanzen, indem der Bund die sozialen Lasten, die uns drücken, übernimmt, und zwar mit den Ländern zusammen, sodass wir wieder handlungsfähig werden und die ganzen

Aufgaben, die wir brauchen, um die kommunale Demokratie zu retten, auch wahrnehmen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen an eurer Seite. Wir sind bereit, da mitzuwirken. Gemeinsam, glaube ich, können wir das bewegen. Aber es ist noch viel zu tun. Lasst es uns anpacken. - Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt erhält Jürgen Coße aus Nordrhein-Westfalen das Wort, und dann gehen wir in die Abstimmungen.

Jürgen Coße, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann all das, was Apostolos oder Posto, wie ich sagen darf, gerade gesagt hat, unterstreichen. Ich kann auch all das, was die Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, unterstreichen. Ich weiß aber nicht, wie es euch geht, ob ihr vielleicht manchmal das Gefühl habt, wir reden über viele Sachen, die negativ sind. Ich möchte jetzt an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um etwas zu sagen, was, glaube ich, was erfolgreich ist. Die Sozialdemokratische Partei, wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind eine kommunalpolitisch erfolgreiche Partei. In den 100 größten Städten in Deutschland stellen wir 49 Oberbürgermeister. Wir stellen 337 Bürgermeister und Oberbürgermeister bei den Städten über 10.000 Bürgerinnen und Bürgern. Wir stellen Landrätinnen und Landräte. Um auch diese Zahl hier einmal zu nennen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben rund 20.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich vor Ort kommunalpolitisch engagieren, und die meisten tun das ehrenamtlich.

(Beifall)

Das lest ihr nirgendwo. Vielleicht sprechen wir auch irgendwie zu wenig darüber. Aber Tatsache ist: Wir sind die Kommunalpartei der Bundesrepublik Deutschland, und das sollten wir auch vielen anderen politischen Konkurrenten immer sagen. Wir wissen, wie die Realität aussieht, und vor allem, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir vor Ort gewählt, auch wenn die Umfragen im Bund manchmal schlecht sind.

Deswegen meine herzliche Bitte, bezogen auf die letzte Bundestagswahl: Lasst uns dafür sorgen, dass wir die Kraft, die wir in der Kommunalpolitik haben, also vor Ort, vor der eigenen Haustür, nutzbar machen, damit wir auf bundespolitischer Ebene wieder stark und erfolgreich werden. Mit der Hilfe dieser rund 20.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - das ist meine feste Überzeugung - kann das gelingen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Wir reden viel darüber: Welche Zuständigkeit liegt wo, Bund, Land, Kommune und Europa? Ich kann euch für Nordrhein-Westfalen nur sagen: Der größte Mangel, den wir für unsere Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen haben, ist die Landesregierung, die schwarz-grüne Landesregierung, die beim Thema Kommunalfinanzen nicht hörbar ist und die nach dem Motto verfährt: Tut nichts geht gar nicht. Und genau das müssen wir auch überall erwähnen, nämlich: Immer dort, wo Sozialdemokraten Landespolitik machen, sieht die politische Realität besser aus als zum Beispiel in meinem Bundesland, in Nordrhein-Westfalen.

Warum habe ich das alles angesprochen? Erstens, weil ich glaube, wir sollten auch über Erfolge, die wir haben, reden. Wir können das mit Zahlen unterlegen. Wir können daher auch Kraft bekommen, wenn manchmal stürmische Zeiten durch eine Wahl passieren, denn wir haben viele aufrechte, ehrenamtliche Menschen, die sich vor Ort für die Demokratie, für die Sozialdemokratie engagieren. Ich möchte mich zukünftig als jemand, der in der Bundestagsfraktion die Aufgabe übernehmen könnte, kommunalpolitischer Sprecher zu werden, mit euch zusammen engagieren, dass wir hörbar und erfolgreich sind, damit die Rahmenbedingungen von der Bundespolitik bis hin zur Landespolitik gut sind für unsere kommunalpolitischen Menschen vor Ort. Ich habe es mir vorgenommen. Dafür brauche ich eure Unterstützung. - Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen und Kommunales

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Jürgen. -

Vielen Dank für die Debatte, die noch einmal unterstrichen hat, wie wichtig die Themen Wohnen und Bauen, wie wichtig Kommunales in der SPD sind. Das wollen wir jetzt auch mit Beschlüssen untermauern. Deshalb rufe ich jetzt die Abstimmung auf.

Die aufgerufenen Anträge, die ich gerade zitiert habe, sollen, wie in OpenSlides hinterlegt und von der Antragskommission empfohlen, beschlossen werden.

Ich habe in der Debatte keinen Antrag auf Einzelabstimmung wahrgenommen. - Dagegen erhebt sich auch kein Widerspruch. Dann kommen wir jetzt zu der Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission im Block, und zwar über die Anträge und die Voten der Antragskommission zum Bereich Stadtentwicklung, Mieten, Bauen, Wohnen, Kommunales, die Anträge Sr01 bis St20. Wenn ihr den Voten der Antragskommission folgen wollt, bitte ich euch um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer möchte den Voten der Antragskommission nicht folgen? - Da sehe ich niemanden. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann haben wir die Anträge einstimmig so beschlossen und uns da klar positioniert. Herzlichen Dank dafür.

Antragsberatung zum Bereich Steuern und Finanzen

Ich rufe jetzt auf den Antragsbereich StFi, Steuern und Finanzen, auf. Das betrifft die Anträge im Antragsbuch mit den Nummern StFi01 bis StFi37.

Für den Bericht der Antragskommission rufe ich jetzt Achim Post auf. Achim Post, ich bitte dich zunächst um deinen Bericht.

Achim Post, Antragskommission:

Schönen Dank, Olli. - Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um Steuern und Finanzen. Es wird euch nicht wundern, dass ich gleich bei der Debatte anschließen kann, die gerade zu Ende gegangen ist, und zwar gerade bei den beiden letzten Rednern Posto und Jürgen zum Thema Kommunalfinanzen.

Unser Vorschlag für die Antragskommission geht so, dass ich mich auf drei, vier Dinge konzentriere, weil wir versucht haben, nicht alles oder vieles an die Bundestagsfraktionen zu überweisen oder auf das Regierungsprogramm zu verweisen, sondern weil wir wollen, weil ich will, dass wir hier Beschlüsse fassen, mit denen man danach auch arbeiten kann und mit denen wir alle arbeiten können.

Deswegen beginne ich mit einem Antrag aus dem Unterbezirk Wolfenbüttel zur kommunalen Finanzausstattung an. Das passt also zu der Debatte vorher. Wir sprechen uns dafür aus, zwei Dinge in einer veränderten Form noch einmal deutlich zu machen. Erstens: Wenn es Mindereinnahmen gibt oder geben sollte, wie es jetzt bei dem Booster der Fall ist, dann soll der Bund das kompensieren. Das macht er ja auch. Zweitens sollten wir auch eine Formulierung, eine klare Zielrichtung finden, wo es um die systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen geht. Denn darum geht es ja. Insgesamt, liebe Genossinnen und Genossen, geht es in dem Teil um Geld, um Gerechtigkeit und um eine grundlegende Erneuerung der Finanzbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Das ist also der erste Antrag, auf den ich euch explizit hinweisen möchte.

Der zweite Antrag ist ähnlich gelagert. Ihr kennt das Thema Erbschaftsteuer. In Deutschland ist die Erbschaftsteuer so organisiert, dass man, wenn man richtig viel Geld hat, schon den dümmsten Steuerberater Deutschlands haben muss, um noch irgendwelche Steuern zu bezahlen, und das geht nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen bei der Erbschaftsteuer deutlich mehr machen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, aber auch der Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Deswegen haben wir gesagt, es ist sinnvoll, das politische Ziel einer Erbschaftsteuerreform zu unterstreichen und ein Modell der Mindestbesteuerung von großem Unternehmensvermögen zu folgen. Es gibt wird diesem Jahr noch ein Urteil des Verfassungsgerichtes zur steuerlichen Behandlung von Unternehmensvermögen geben. Deshalb wollen wir das nicht überweisen. Das kann trotzdem - ich schaue in Richtung von Gesine - auch für das Grundsatzprogramm ein Thema sein. Aber jetzt, heute bin ich dafür, ist die Antragskommission dafür, dass wir diesen Antrag annehmen.

Der dritte Punkt betrifft einen ganz wichtigen Bereich, der vom Landesverband Thüringen angesprochen wird. Dabei geht es um das Thema Grunderbe. Wir haben das im Konsens zwischen Antragskommission und Landesverband Thüringen jetzt mit „Faire Startchancen für alle“ überschrieben, weil es dazu eine neue Idee bzw. eine Idee zum Thema Grunderbe gibt, die jedenfalls in der Partei noch nicht so breit diskutiert wird. In Thüringen wird darüber schon länger diskutiert, in anderen Landesverbänden wahrscheinlich auch. Wir wollen aber keinen Antrag machen, wo es um Steuergerechtigkeit und nachhaltige Steuergerechtigkeit geht, wo man nur ein Instrument herausgreift. Deswegen sind wir dafür, dass wir mehrere Instrumente benennen, denn es geht, wie wir im Laufe des bisherigen Parteitags und auch in vielen anderen Parteitagen gesagt haben, auch um die Vermögensteuer, es geht auch um die Reichensteuer. Es kann auch um die Krisenabgabe, um Erbschaftsteuer und eben auch um neue Ideen darüber, wie man das mit dem Grunderbe machen kann, gehen. Auch da

sind wir dafür, dass der Antrag des Landesverbands Thüringen in geänderter Form angenommen wird.

Ein letzter Punkt. Es gibt gerade im Bereich Vermögensverteilung einige Anträge, die ein bisschen gemischt und nicht so klar wie die drei, die ich gerade vorgestellt habe, sind. Da sind wir dafür, dass wir das im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm noch einmal aufrufen, und würden es gerne überweisen, um über diese Themen noch einmal grundlegend zu reden.

Zusammengefasst kann ich nur sagen, die Debatten in der Antragskommission bzw. die Debatten mit den Antragstellerinnen und Antragstellern waren sehr konstruktiv und sehr sachorientiert. Ich bin - das darf ich für die Antragskommission sagen - sehr zufrieden mit dem, was dazu bisher vorgelegt wurde. Ich sehe gerade Michael Schrodi. Am Schluss müsst ihr das, was wir hier beschließen, im Finanzministerium umsetzen, um Geld für die Bundesrepublik Deutschland, vor allen Dingen für die Städte und Gemeinden und für unser Gemeinwesen zu organisieren. Also, macht einfach das, was wir hier beschließen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Bericht, Achim.

Jetzt treten wir in die Debatte ein. Zunächst spricht Theresia Stahl von den Jusos. Ihr folgt Mustafa Yilmaz aus Berlin.

Theresia Stahl, Jusos:

Liebe Genoss*innen, warum verliert man Wahlen? Ich glaube, viele Leute haben einfach ein gewisses subjektives Zufriedenheitsgefühl mit der allgemeinen politischen Lage und fragen sich dann: Wer ist eigentlich dafür verantwortlich? Für vieles, was die letzten Jahre passiert ist, waren wir bestimmt nicht ursächlich verantwortlich, aber wir sind verantwortlich dafür, was wir dann machen, wie wir reagieren. Bei der ganzen Stagnation in den letzten Jahren ist eines trotzdem nicht auf null gesunken, und das sind die Kapitalrenditen. Warum haben wir nicht viel aggressiver auf Umverteilung gesetzt, um diese Kapitalrenditen abzuziehen und im Zweifel der allgemeinen Bevölkerung zugänglich zu machen? Viele Leute würden dann argumentieren, das ist unbeliebt. Die Bevölkerung mag das eigentlich nicht so. Umverteilung, ein böses Wort. Aber ich finde,

wir sollten da ein bisschen mehr auf ein aggressiveres Framing setzen, ein bisschen mehr Mut zur politischen Kultur.

Es gibt in diesem Land viel zu viele Menschen, die von Beruf Sohn sind, manchmal Tochter. Nach einem unterdurchschnittlichen Jurastaatsexamen gehen sie dann in Papis Firma und verbringen 20 Jahre lang viel Zeit mit Golfspielen und Leute rausschmeißen. Dann werden die auf einen Schlag Milliardär. Das, liebe Genossinnen und Genossen, finde ich sehr ungerecht.

(Beifall)

Diesen Leuten würde ich gerne ans Geld. Dieses Geld könnte man dann umverteilen, beispielsweise mit einer Grundrente. Die Jugend musste die letzten Jahre viel aushalten. Es kann gut sein, dass sie die nächsten Jahre noch sehr viel mehr aushalten muss. Eine Grundrente würde Hoffnung stiften. Es würde vielen jungen Leuten Perspektive geben. Möglicherweise wären diese jungen Leute dann tatsächlich bei ihrer nächsten Wahlentscheidung zufrieden und würden die SPD dafür verantwortlich machen. Dafür kämpfe ich, liebe Genossinnen und Genossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Theresia. - Jetzt hat Mustafa Yilmaz aus Berlin das Wort aus Berlin. Ihm folgt Kari Lenke, ebenfalls aus Berlin.

Mustafa Yilmaz, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal herzlich willkommen in unserer Hauptstadt hier beim Landesverband Berlin. Ich grüße euch erst einmal alle ganz herzlich zum Bundesparteitag, und ich danke natürlich dem Landesverband Thüringen, dass der überhaupt solch einen Antrag eingebracht haben. Dazu will ich euch einmal ein paar Punkte nennen, weil ja vieles in dem Antrag geändert wurde.

Es geht darum, faire Startchancen für alle zu haben. In dem Antrag steht zum Beispiel auch, dass das Vermögen ungleich verteilt ist. Dann ist die Frage: warum? Die Antwort ist natürlich: Es ist leider immer noch so, dass Arbeit stärker besteuert wird als Vermögen. Wenn man jetzt Vermögen hat und dadurch Kapitaleinkünfte hat - Zinsen, Dividenden oder was auch immer -, zahlt man eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent

oder manchmal ein bisschen weniger, wenn man in Aktien investiert. Dann sind das real nur 18,7 Prozent. Wenn man arbeiten geht, normal schuften geht, dann kann man in Deutschland auch bis zum Doppelten an Steuern zahlen. Dadurch können die vermögenden Menschen ihr Vermögen noch mehr steigern, weil man durch Arbeit einfach nicht so viel Geld beiseiteschaffen kann.

Eine andere Sache ist beispielsweise bei Immobilien: Wenn man eine Immobilie hat, die man zum Beispiel vor zehn Jahren für eine halbe Million Euro gekauft hat, und diese Immobilie nach zehn Jahren heute für 1 Million Euro verkauft, dann ist der Gewinn, die 500.000 Euro, komplett steuerfrei. Dadurch können eben auch die vermögenden Menschen, die schon Immobilien haben, ihr Vermögen akkumulieren. Diejenigen, die das eben nicht haben, die zum Beispiel ihr Geld nur ganz normal sparen, zahlen immer Steuern darauf, egal, wie lange man es hält. Da ist die Frage: Ist das fair? Kann man es nicht so regeln, dass zum Beispiel nicht nur alle zehn Jahre - - Jetzt ist es so: Wenn man etwas vererbt, kann man zum Beispiel als Ehepaar seinen Kindern alle zehn Jahre 800.000 Euro vererben. Die vermögenden Menschen machen es dann so, dass die ihren Kindern ab Geburt 800.000 Euro und zehn Jahre später noch einmal 800.000 Euro geben. Ich wäre eher dafür, dass man sagt, man erhöht das zum Beispiel - da bin ich großzügig - auf 1 Million Euro, aber dann eben nur einmalig und nicht immer alle zehn Jahre 800.000 pro Kind. Ansonsten kann man seinen Kindern in 30 Jahren mehr als 2 Millionen Euro übertragen, und zwar steuerfrei. Das finde ich nicht fair. Deswegen finde ich gut, dass dieser Antrag aus Thüringen kommt, wo es darum geht, dass wir fairer damit umgehen können.

Das war mein Beitrag dazu. Viel Spaß noch auf dem Bundesparteitag!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank Mustafa. Jetzt hat Kari Lenke aus Berlin das Wort. Ihr folgt Carlos Kasper aus Sachsen.

Kari Lenke, Berlin:

Liebe Genoss*innen! Stellt euch einen jungen Menschen vor: Anfang 20, voller Ideen, voller Energie und trotzdem gefangen, gefangen in prekären Jobs, hohen Mieten und eingeschränkten Bildungswegen. Nicht, weil es am Willen fehlt, sondern weil das Geld

fehlt, weil der Geldbeutel der Eltern oft mehr zählt als Talent oder Fleiß. Diese Realität ist kein Einzelfall. Sie hat System, und dieses System müssen wir ändern. Das versprechen wir uns als SPD immer wieder, insbesondere in Grundsatzdebatten. Aber selten werden daraus konkrete Forderungen. Während die einen mit einem goldenen Löffel im Mund geboren werden, kämpfen die anderen mit Schulden, mit Unsicherheit und mit Zukunftsangst. Ausbildung, Studium, Wohnort, alles hängt am Geld. Entscheidungen, die eigentlich frei sein sollten, werden zu Fragen des Einkommens und oft nicht mal des eigenen Einkommens, sondern des Einkommens der Familie. Denn Armut wie Reichtum, beides wird in der Familie vererbt. Das ist nicht gerecht, das ist nicht sozial, und vor allem ist es nicht zukunftsfähig.

(Beifall)

Wir wollen einen echten Kurswechsel, ein Grunderbe für alle jungen Menschen, unabhängig von Herkunft und Vermögen, nicht als Wohltat, sondern als Versprechen an junge Menschen: Du darfst träumen, du darfst starten, du darfst selbst entscheiden, was du mit deinem Leben machen möchtest.

Dabei steht im Fokus, dass diese Umverteilung mit der gerechten Besteuerung von Einkommen und Vermögen beginnt. Es ist höchste Zeit, dass Erbschaften und Vermögen endlich ihren gerechten Beitrag leisten, denn wer Millionen erbt, der trägt auch Verantwortung.

Das Grunderbe ist keine Belohnung für junge Menschen. Es ist ein Fundament für Freiheit und für Selbstbestimmung, für einen Staat, der nicht zuschaut, wie Ungleichheit verteilt wird, sondern der Zukunft gerecht an junge Menschen verteilt.

Liebe Genoss*innen, es geht um nichts Geringeres als um das Versprechen der sozialen Demokratie. Jeder Mensch verdient eine faire Chance - nicht irgendwann, sondern jetzt. Das sollten wir angehen, für Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft, in der der Geldbeutel der Eltern nicht zählt, für eine Gesellschaft, die allen eine Zukunft gibt. Lasst uns jungen Menschen genau diese Chance geben. - Danke schön.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Danke, Kari. Jetzt hat Carlos Kasper aus Sachsen das Wort. Ihm folgt Linda Vierecke, ebenfalls aus Berlin.

Carlos Kasper, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben es jetzt schon gehört: Wir haben ein Gerechtigkeitsproblem in diesem Land. Die große Schere zwischen arm und reich ist auch in der Zeit, in der wir Regierungsverantwortung getragen haben, nicht kleiner geworden, obwohl wir immer wieder bei Koalitionsgesprächen Themen wie Vermögensteuer oder Reform der Erbschaftsteuer auf den Tisch gelegt haben. Aber wir sind vielleicht auch zu zeitig aufgestanden, denn wir haben sie nicht in die Koalitionsverträge hineinschreiben können.

Es ist besonders die Ungleichheit bei den Startchancen, die diese Vermögensungleichheit immer weiter aufbricht. Die Schere zwischen arm und reich teilt eben nicht nur zwischen arm und reich, sondern eben auch zwischen Ost und West, zwischen migrantisch und nicht migrantisch. Es gibt viele Familien in diesem Land, in denen über Generationen nichts vererbt wird außer Unsicherheit, wo man sich nicht überlegt, ob man studiert oder erst mal ein Auslandsjahr macht. Nein, man überlegt sich, ob das Geld am Monatsende noch reicht. Das ist nicht die Ausnahme - so geht es Millionen von Menschen und Familien in diesem Land.

Wer heute ohne Vermögen geboren wird, bleibt auch oft ohne Vermögen. Das ist die bittere Wahrheit. Während die Quandts, die Klattens dieser Republik erben oder Döpfner den ganzen Springer-Konzern einfach mal so geschenkt bekommt - natürlich steuerfrei - , fängt die Tochter der Kassiererin in Cottbus beispielsweise bei null an. Deshalb werbe ich so sehr für die Idee des Grunderbes. Es ist kein Geschenk - es ist ein Versprechen, ein Versprechen für einen guten Start ins Leben, ein Versprechen für einen Start, der faire Chancen besorgt, ein Versprechen für alle. Egal, ob du in Halle-Neustadt, in Neukölln oder in Duisburg-Marxloh aufgewachsen bist. Egal, ob du Müller oder Yildirim heißt. Ein Grunderbe für alle - zum Studieren, zum Gründen, um eine Ausbildung zu beginnen oder einfach ein Grunderbe zur Selbstbestimmung, weil es nicht vom Zufall abhängen sollte, in welcher Familie du geboren wurdest. Das ist doch sozialdemokratische Politik pur. Ich frage euch: Wer sonst soll das denn umsetzen, wenn nicht wir? Wer sonst soll den Superreichen in diesem Land an den Kragen und sie endlich gerecht besteuern und diesen unverschämten Reichtum auch noch umverteilen?

Das Grunderbe ist die beste Möglichkeit, diesen Reichtum umzuverteilen. Deswegen, liebe Genosse und Genossen, lasst uns dafür kämpfen und lasst uns dafür sorgen, dass es auch dafür eine Mehrheit gibt. Wir wollen kein Deutschland, in dem auf der einen Seite Paläste vererbt werden und in dem auf der anderen Seite die Existenzangst steht. Ich bitte euch daher: Lasst uns für ein Grunderbe kämpfen.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Carlos. - Jetzt hat Linda Vierecke aus Berlin das Wort. Ihr folgt Melissa Butt aus Thüringen.

Linda Vierecke, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich erst einmal bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bedanken, die schon ganz wichtige Punkte gesagt haben. Ich fände es eigentlich auch schön, wenn wir noch einmal ein Signal senden würden, dass wir diese ganzen Sachen, die wir so lange vor uns hertragen - Erbschaftsteuer, Vermögensteuer - auch noch einmal mit einem Signal hier rausschicken. Aber ich freue mich natürlich auch, wenn wir das dann nach der Überweisung tun und wenn unser Parteivorstand und alle noch einmal darüber beraten haben.

Ich möchte jetzt aber eigentlich über das Sondervermögen sprechen. In dieser Woche hat es in Deutschland gestürmt, so heftig, dass in Berlin Bäume umgeknickt sind wie Streichhölzer, auf 100 Meter mal eben 20 Bäume. Ich weiß nicht, wie es euch geht. Einige von euch sind hier sogar erst später angekommen, weil sie nicht hergekommen sind. Bei uns stand die S-Bahn über zwölf Stunden lang still. Ja, man muss es so sagen: Das ist das neue Normal, das wir erleben, die Erderwärmung, die wir verursacht haben. Wir haben es jetzt in der Hand, damit es nicht schlimmer wird.

Deshalb bin ich froh, dass diese Bundesregierung das Sondervermögen auf den Weg gebracht hat, um die Herausforderungen anzugehen. Klimaneutralität ist eine riesige Herausforderung, und es kostet uns jetzt Geld, damit wir in Zukunft gut leben können. Lieben Genossinnen und Genossen, das ist viel Geld, was wir da in die Hand nehmen, 100 Milliarden für den Klimaschutz und die Transformation. Ich finde, wir müssen darüber weise, vernünftig und clever beraten und dieses Geld gut einsetzen. Ich finde es wichtig, dass es dafür Leitplanken gibt und dass wir gucken, wie wir die nächste Generation, die schon die Auswirkungen der Klimakrise spürt, gut unterstützen. Wir müssen unser Land fit machen, damit wir klimaneutral wirtschaften können. Darum meine Unterstützung für den klugen Antrag StFi32, der genau das versucht und definiert.

Die Menschen haben eine große Erwartung an uns und an dieses Sondervermögen. Ich finde, wir müssen diesen Erwartungen gerecht werden, und da muss bei den Leuten auch etwas ankommen. Sie müssen sehen, dass wir machen.

Lasst mich noch eine Sache sagen. Ich finde, dieser Kampf um Klimaneutralität ist auch ein Kampf um Demokratie. Es vergeht wirklich keine Woche, in der die AfD nicht den menschengemachten Klimawandel leugnet. In dieser Woche hat die AfD ein Klimaschutzfolgenbereinigungsgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht. Demnach soll Deutschland das Kyoto-Protokoll von 1997 aufkündigen und aus dem Übereinkommen von Paris 2015 aussteigen. Ciao, 1,5-Grad-Ziel! Sie fordern den Rückbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Natürlich sind die Faschisten dagegen, weil eine Zukunft mit erneuerbaren Energien eine gemeinsame Zukunft ist, und genau das wollen die Faschisten eben nicht.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir dagegenhalten, eben aus Verantwortung. Der Kampf um Klimaneutralität ist auch ein Kampf um Demokratie.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Linda. - Jetzt hat Melissa Butt aus Thüringen das Wort. Ihr folgt Beate Raudies aus Schleswig-Holstein.

Melissa Butt, Thüringen:

Ich sage: Her mit dem Grunderbe! Warum ich und die anderen ostdeutschen Landesverbände das fordern, will ich euch an einem Beispiel erzählen, und zwar hat Johannes von Baumbach 19 Jahre alt, 5,5 Milliarden Euro geerbt. Damit ist er der jüngste Milliardär der Welt. Aber nicht nur er hat diese unverschämte Summe geerbt, sondern auch seine Geschwister Katharina und Franz. Bei jungen Menschen aus reichen Familien fragt niemand, ob sie wirklich sinnvoll mit diesem Geld umgehen können. Das ist einfach so angenommen und wird akzeptiert.

Und eine noch, um das nur klarzustellen: So viel Geld zu erben, hat verdammt noch mal nichts mit Leistung zu tun.

(Beifall)

Das ist einfach nur Glück. Erben gleicht einer Lotterie, die das ganze Leben bestimmt und unsere Gesellschaft gleich mit. Diese Unsummen in den Händen Einzelner lassen sich nicht mit Arbeit erreichen. Das wissen wir alle. Die Schere zwischen denen, die erben oder nichts erben oder sogar Zinsen erben, wird immer größer. Wir wissen, zwei Familien

besitzen so viel wie die ärmeren 50 Prozent unserer Gesellschaft. Aber was machen wir dagegen? Verdammt wenig. Was muss noch geschehen, damit wir endlich handeln? Wir sagen immer, wir kämpfen für die 95 Prozent dieser Gesellschaft. Also lasst uns dafür sorgen, dass diese 95 Prozent und ihre Kinder auch ein Erbe bekommen. Das können wir erreichen, wenn wir zusammenhalten und es endlich angehen.

(Beifall)

Damit ermöglichen wir ihnen, freie Entscheidungen dahin gehend treffen zu können, wo sie ihre Ausbildung machen wollen, wo sie hinziehen wollen, ob sie ein FSJ machen wollen, welches Studium sie einschlagen wollen oder ob sie einfach mal einen Auslandsaufenthalt machen wollen, um ein bisschen zu gucken, was die Welt so zu bieten hat. Das sind Entscheidungen, die für Kinder von Familien, die Geld haben, ganz selbstverständlich ist. Man kann sich das einfach überlegen, ohne Angst um die eigene Existenz haben zu müssen.

Lasst uns dafür sorgen, dass diese Entscheidungsfreiheit verdammt noch mal allen jungen Menschen in Deutschland zuteil wird, ohne Angst um die eigene Existenz zu haben.

(Beifall)

Wir gehen damit auch einen Riesenschritt in Richtung Angleichung von Ost und West. Die meisten Erbschaften werden nämlich in Westdeutschland vererbt. Die sind doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Es ist eine Schande, dass es immer noch ein Armutsrisiko ist, aus Ostdeutschland zu kommen, ein Kind einer Arbeiter*innenfamilie zu sein oder eine Migrationsgeschichte zu haben. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall)

Dafür, dass es besser wird, können wir hier heute den ersten Schritt machen. Deswegen bitte ich euch, diesem Antrag für ein Grunderbe zuzustimmen, das tatsächlich eine Umverteilungswirkung erzielt, wie sie dieses Land dringend braucht.

Zum Schluss möchte ich noch um Solidarität mit einer jungen Person werben, die es gerade besonders nötig hat. Maja wurde rechtswidrig nach Ungarn ausgeliefert und befindet sich dort unter menschenunwürdigen Bedingungen in Untersuchungshaft. Free Maja!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Melissa. - Jetzt hat Beate Raudies aus Schleswig-Holstein das Wort und danach als letzte Rednerin Rekha Krings aus Hessen-Süd. Danach werden wir Wahlergebnisse haben und in weitere Wahlen einsteigen. Deswegen wäre es gut, wenn ihr jetzt in den Saal zurückkommt. - Du hast das Wort, Beate.

Beate Raudies, Schleswig-Holstein:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Danke. Meine Fan Group. - Schleswig-Holstein hat wenig Geld. Das könnte mir ja egal sein, denn wir sind in der Opposition. Aber Schleswig-Holstein braucht eigentlich ganz viel Geld. Bis 2040 fehlen uns mindestens 14 Milliarden Euro, um investieren zu können, und zwar in gute Schulen, in gute Kitas, in Gesundheitsversorgung, in bezahlbares Wohnen. Vom Klimawandel rede ich erst gar nicht, und ein paar Deiche, die wir eigentlich erhöhen müssten, haben wir auch noch. Uns fehlt also das Geld, und deswegen an dieser Stelle noch einmal ein riesengroßes Dankeschön an die Bundestagsfraktion, an die Parteiführung, dass ihr es geschafft habt, dieses 500-Milliarden-Sondervermögen durchzusetzen und die Reform der Schuldenbremse endlich anzustoßen. Dafür haben wir so lange gekämpft. Danke!

(Beifall)

Nun sind aber auch 100 Milliarden für 16 Bundesländer nicht viel Geld. Deswegen gilt es, da weiter zu ackern. Mir hat dieser Beschluss eines noch besonders gegeben, nämlich die Motivation, an einem anderen Thema zu arbeiten, das mir auch schon lange unter den Nägeln brennt, und das ist die Vermögensteuer, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gestern war so viel die Rede von Verteilungsgerechtigkeit und davon, dass die Partei eine eigene Stimme braucht. Ich finde auch - das hat die Genossin vorhin schon gesagt -, lieber Achim Post, wir könnten den Antrag 02 durchaus heute beschließen. Da steht nämlich nichts drin, was irgendeinen unter Druck setzt. Das nimmt nur noch einmal die alte Beschlusslage auf. Wir wollen doch eine eigene Stimme, und wir wollen doch deutlich machen, dass wir diese Vermögensteuer wollen und dass wir uns um dieses Thema kümmern; denn Vermögensteuer ist eine Einnahme, die den Ländern zusteht,

liebe Genossinnen und Genossen, und damit auch den Kommunen, die davon profitieren. Das ist doch auch noch einmal eine ganz wichtige Ansage. Liebe Genossinnen und Genossen aus den Kommunen, ich selbst war lange genug Kommunalpolitikerin, dass ich weiß, warum das in den Kommunen so ist.

Die Antragskommission hat sicherlich gute Gründe, warum sie uns heute nur eine Überweisung vorschlägt. Wie gesagt, wenn wir es ernst meinen mit der eigenen Stimme der Partei - Lars hat das auf dem Landesparteitag in Schleswig-Holstein sehr deutlich gesagt -, eine eigene Stimme außerhalb des Parlaments, dann, finde ich, kann man manche Anträge anders sehen. Aber meine dringendste Bitte an Lars, an den neuen Bundesfinanzminister - er ist jetzt leider nicht da -, lautet: Nutze dieses Haus. Nutzen wir es, dass wir jetzt den Finanzminister stellen, um ein Umsetzungskonzept für die Wiedereinführung der Vermögensteuer zu erarbeiten, und zwar mit dem Fachwissen, das in diesem Haus vorhanden ist, damit es in der Schublade liegt, wenn wir endlich die politische Mehrheit dafür erkämpft haben.

(Beifall)

Wie gesagt, die Reform der Schuldenbremse gibt mir die Motivation, an diesem Thema weiterzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Beate. - Jetzt hat Rekha Krings als letzte Rednerin in der Debatte das Wort. Bitte schön!

Rekha Krings, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch wenn der Fokus unserer Antragsdebatten heute auf anderen wichtigen Themen liegt, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um an einen Bereich zu erinnern, der uns alle prägt, oft unauffällig, aber tiefgehend: Unsere Kultur. Kultur ist nicht nur das Konzert am Samstagabend oder das Theaterstück im Stadtsaal. Kultur ist das Kinderballett im Nachbarschaftsverein, die Jugendband im Probenraum, das ehrenamtlich geführte Museum, die Geschichtswerkstatt, das Lesecafé, der Heimatverein, der Kulturort auf dem Dorfplatz. Was diese Orte verbindet? Überall dort wirken Menschen ehrenamtlich, mit Herzblut, Leidenschaft und oft ohne große

öffentliche Aufmerksamkeit. Sie sorgen dafür, dass unser Land nicht nur wirtschaftlich stark bleibt, sondern menschlich verbunden.

Kultur ist lebensrelevant. Sie ist kein Zusatz, sondern Teil dessen, was unser gesellschaftliches Miteinander trägt, Tag für Tag. Darum ist es ein starkes Zeichen, dass wir als SPD mit dem Vorschlag für einen Vereinscheck zeigen: Wir sehen das Ehrenamt. Und wir weiten die bisherige Förderung für Sportvereine auf alle gemeinnützigen Vereine aus. Das heißt konkret, auch Kulturvereine, Musikgruppen, Literaturinitiativen oder soziokulturelle Zentren sollen künftig von dieser Förderung profitieren können. Das ist keine Randnotiz, sondern das ist Anerkennung und Unterstützung für Millionen Engagierte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Denn wenn wir über Daseinsvorsorge sprechen, dürfen wir Kultur nicht außen vor lassen. Sie ist kein Luxusgut, sondern ein demokratisches Grundnahrungsmittel. Wir wissen: Wo Kultur stattfindet, wächst Gemeinschaft, wo sich Menschen engagieren, wächst Vertrauen, und wo wir beides zusammen stärken, Ehrenamt und Kultur, da machen wir unser Land sozialer, gerechter und lebenswerter.

Lasst uns deshalb auch dort Haltung zeigen. Kultur braucht Raum, und das Ehrenamt braucht Rückendeckung. Der Vereinscheck ist ein erster Schritt. Lasst uns weitere folgen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Steuern und Finanzen

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Rekha.

Damit sind wir am Ende der Debatte und kommen zur Abstimmung. Ihr habt gerade in dem Bericht von Achim gehört, dass die Antragskommission empfiehlt, die Anträge aus dem StFi-Bereich entsprechend der euch vorliegenden Voten, die ihr auch in OpenSlides finden könnt, zu beschließen. Ich habe in der Debatte keinen Wunsch auf Einzelabstimmung wahrgenommen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Nein.

Dann können wir über die Empfehlungen der Antragskommission im Block abstimmen. Deshalb bitte ich euch um eure Kartenzeichen, wenn ihr den Empfehlungen der Antragskommission folgen wollt. - Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann haben wir uns einstimmig zu diesem Block geäußert. Vielen Dank dafür.

Wir machen jetzt mit Wahlergebnissen weiter. Doris!

Ergebnis der Wahl der Bundesschiedskommission

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Als Erstes bekommen wir das Wahlergebnis für die Bundesschiedskommission. Unsere Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission verkündet uns jetzt das Ergebnis.

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch gerne die Ergebnisse der Wahl des Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt. Es wurden 427 Stimmen abgegeben, die auch alle gültig sind. Davon sind 423 Stimmen auf Ja gefallen, eine auf Nein und drei Enthaltungen. Das macht ein grandioses Ergebnis von 99,06 Prozent.

(Beifall)

Ich mache dann einfach direkt mal weiter, denn ich habe noch zwei weitere Ergebnisse, die ich euch verkünden würde. Ich gucke einmal zum Präsidium rüber. - Gut, alles klar.

Ihr habt auch noch Stellvertreter*innen gewählt. Hier wurden 383 Stimmen abgegeben, die natürlich auch alle gültig waren. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das wären also mindestens 192 Stimmen. Gabriele Nieradzik und auch Heike Werner haben jeweils 380 Stimmen erhalten und sind somit mit 99,22 Prozent beide gewählt.

(Beifall)

Auch, wenn ich aus Gelsenkirchen komme, bin ich eigentlich gebürtige Oldenburgerin,

(Beifall)

und in Oldenburg sagt man: Dreimal ist Oldenburger Recht. Deswegen kommt jetzt die dritte Abstimmung oder das dritte Ergebnis. Das ist die Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission. Hier wurden 392 Stimmzettel abgegeben. Alle sind gültig. Auch hier gilt: Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das bedeutet, mindestens 197 Stimmen. Hier verlese ich wie folgt:

Jürgen Gaspar: 369 Stimmen, 94,13 Prozent. Damit gewählt.

Kristin Keßler - guter Vorname -: 381 abgegebene Stimmen, 97,19 Prozent. Damit gewählt.

Hans-Willi Körfges: 367 Stimmen, 93,62 Prozent. Damit gewählt.

Rosanna Sieveking: 387 Stimmen, 98,72 Prozent. Damit auch gewählt.

Vielen Dank.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christin, bis zum nächsten Mal. Es kommen ja noch weitere Ergebnisse.

Bevor wir gleich die Kontrollkommission wählen, würde ich euch gerne noch mal um eure Aufmerksamkeit bitte. -

(Zuruf)

- Das stimmt. Einmal zurück. Das hatten wir so ausgemacht.

Der Vorsitzende der Bundesschiedskommission, Thorsten Jobs, den wir gerade eben gewählt haben, hat kurz um das Wort gebeten.

Thorsten Jobs, Vorsitzender der Bundesschiedskommission:

Ich will euch nicht lange aufhalten. Ich wollte nur sagen, dass ich die Wahl annehme, mich für das Vertrauen bedanke und dieses Vertrauen natürlich auch als Vertrauen in die Parteischiedsgerichtsbarkeit unserer Partei sehe. Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, Thorsten. Damit machst du auch deutlich, wie wichtig es ist, dass sich Menschen auch zur Verfügung stellen, um in der Bundesschiedskommission mitzuwirken.

Ich gehe davon aus, dass alle Gewählten die Wahl annehmen. Ich danke euch ganz herzlich. Es ist wichtig, dass wir euch haben, und es ist toll, dass ihr diese Arbeit macht. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Aufruf zur Spende an den Marie-Schlei-Verein

Bevor wir gleich die Kontrollkommission wählen, würde ich euch gerne noch einmal um eure Aufmerksamkeit bitten, weil ich die Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, Ulrike Hiller, sehr herzlich begrüßen will und ihr im Namen des gesamten Parteivorstands, und ich denke auch, des gesamten Parteitags für ihr Dasein auf unserem heutigen Parteitag sehr herzlich zu danken. Ich denke, liebe Ulrike, das ist auch ein guter Ort, um einmal danke zu sagen, dass ihr euch seit 40 Jahren im Marie-Schlei-Verein engagiert. Euer unermüdlicher Einsatz für das Recht auf Bildung von Frauen trägt zur nachhaltigen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung bei. Deswegen bin ich sehr froh, dass du zu uns sprichst.

Aber ich will auch gleich vorher sagen: Wir freuen uns dann noch mehr, wenn hinterher auch ein bisschen für den Marie-Schlei-Verein gespendet wird. Wir werden dann gleich nach dem Grußwort von Ulrike durch die Reihen gehen. Es wäre schön, wenn ihr euch in der Form, wie es euch möglich ist, beteiligen könntet, damit auch weiterhin so gute Projekte gefördert werden. 650 Selbsthilfeprojekte habt ihr inzwischen auf den Weg gebracht. Also, bereitet euch darauf vor, eine kleine Spende zu geben.

Jetzt hast du das Wort, Ulrike.

Ulrike Hiller, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins:

Liebe Doris, vielen Dank für die super Ankündigung. Kleine, mittlere oder große Spende - wir nehmen eigentlich alles von euch. Wenn gleich die Urnen herumgehen, soll es in der Urne am besten nicht klingeln, sondern rascheln. Das kennen manche von euch vielleicht auch aus der Kirche.

Ich bedanke mich sehr. Den Marie-Schlei-Verein gibt es schon 41 Jahre. Bislang war Christa Randzio-Plath diejenige, die dann zu euch sprechen konnte. Ich soll auch schön von ihr grüßen. Ich bin seit einem Jahr die Vorsitzende und habe jetzt die große Ehre, eure Aufmerksamkeit zu bekommen.

Der Marie-Schlei-Verein - wie gesagt, 41 Jahre gibt es ihn - kümmert sich um die Existenzgründung von Frauen im globalen Süden. Wir engagieren uns dort mit Frauenprojekten. Die Frauen entscheiden selbst, welche Form von Existenzgründung vor Ort sinnhaft ist. Wir versuchen, das über Spenden, aber auch über Kooperationen finanziell möglich zu machen.

An dieser Stelle ist Folgendes vielleicht noch einmal wichtig: Marie Schlei war die erste Entwicklungsministerin in der Bundesregierung. Wir haben eine lange Tradition der Entwicklungszusammenarbeit in unserer Partei, in der SPD. Das ist Marie gewesen, das ist Heidi gewesen, das ist Svenja gewesen, und jetzt ist es Reem. Ich freue mich sehr darüber, dass es wieder eine Frau ist, die dieses wichtige Ministerium in der Bundesregierung anführt. Ich glaube, wir alle sollten die Entwicklungszusammenarbeit als ein nach wie vor wirklich wichtiges globales Thema unterstützen. - Danke schön.

(Beifall)

Ihr könnt natürlich alle Mitglieder werden. Wir haben uns seit einem Jahr ein bisschen neu aufgestellt. Deswegen: Es gibt hier diese Hoodies. Da steht „Support your Sister“ drauf. Natürlich können auch Männer bei uns mitmachen. Wir haben unten einen kleinen Stand. Wir freuen uns über aktive Mitglieder, die uns unterstützen, aber wir freuen uns auch über Spenden, über großzügige Spenden natürlich, damit wir das Geld an unsere Projekte weitergeben. Aktuell haben wir 80 Anträge. Es geht um Tuk-Tuk-Projekte in Tansania, wo die Frauen Führerscheine machen können. Aber es geht auch auf den Philippinen um indigene Frauen, die Produkte aus dem Wald entwickeln, um Bäckereien, aber auch Pflanzen- und Tierzucht. Es geht um all das, was die Frauen meinen, was vor Ort das ist, womit sie ihr Geld verdienen können.

Vielleicht abschließend noch Folgendes: Wenn wir die Migration in der Form so nicht in Europa haben wollen, dann müssen wir in den Ländern des globalen Süden Existenz- und Zukunftsperspektiven entwickeln. Das geht. Der Hebel ist häufig die Frau mit Familie, die zeigt, dass so etwas auch möglich ist. Diese Projekte sind ganz konkret. Wir haben eine kleine Geschäftsstelle in Hamburg. Es sind langjährige Partnerschaften. Es gab noch nie eine Form von Korruption. Die Frauen sind leider oder Gott sei Dank häufig sehr bescheiden. Also, wir erreichen sehr viele Frauen mit Verhältnis wenig Geld.

Deswegen an dieser Stelle noch einmal der Appell - ich hoffe, die Urnen gehen jetzt herum -, dass ihr großzügig vor dem Parteiabend noch mal das Portemonnaie aufmacht und uns ordentlich unterstützt. Das Geld geht eins zu eins an die Frauen.

Jetzt bedanke ich mich für eure Aufmerksamkeit. Alles Weitere dann beim Parteiabend heute Abend. - Danke schön.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, Ulrike, dass du hier bist, für dein Grußwort und für euer Engagement. Herzliche Grüße auch an die Kolleginnen. Wie gesagt, gleich wird für den Marie-Schlei-Verein gesammelt. Es wäre schön, wenn ihr die Arbeit unterstützen könntet.

Jetzt brauche ich noch einmal eure ganze Aufmerksamkeit. Erstens kündige ich an, dass wir nach dem nächsten Wahlgang, und zwar nach der Wahl der Kontrollkommission, den Themenbereich Europa aufrufen werden. Des Weiteren möchte ich die Mitglieder der Antragskommission bitten, sich in 15 Minuten hier bei den SPD-Buchstaben zu treffen, also rechts von mir und links von euch. Also in einer Viertelstunde die Antragskommissionbitte dort zum Treffen.

Wahl der Kontrollkommission

Dann kämen wir jetzt zur Wahl der Kontrollkommission. Es liegt uns folgender Wahlvorschlag vor. Die Kontrollkommission hat neun Mitglieder. Vorgeschlagen sind Christian Böhme aus Sachsen-Anhalt, Renate Drewke aus Nordrhein-Westfalen, Hannah Fischer aus Bayern, Gerhard Grandke aus Hessen-Süd, Angelika Matt-Heidecker aus Baden-Württemberg, Dirk-Ulrich Mende aus Hannover, Brigitte Reckmann aus Nordrhein-Westfalen, Dr. Thorsten Rudolph aus Rheinland-Pfalz und Elke Schreiber aus Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Der Wahlvorschlag Elke Schreiber ist erst nach Antragsschluss hier eingegangen. Wir schlagen euch vor, sie dennoch heute zu wählen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Wir haben genau neun Kandidatinnen und Kandidaten. Gemäß § 3 Abs. 2 e) Wahlordnung kann die Wahl der Kontrollkommission offen erfolgen. Da wir genau neun Kandidaturen für die neun zu besetzenden Funktionen vorliegen haben, schlägt euch das Präsidium vor, offen zu wählen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist auch nicht der Fall. Dann können wir über die vorgelesenen und aufgerufenen Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam offen abstimmen.

Wer den Vorgeschlagenen seine Zustimmung gibt, möge bitte das Delegiertenzeichen heben. - Wer stimmt dagegen? - Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Auch keine Enthaltungen. Dann gratuliere ich den neun Gewählten zur Wahl, bedanke mich, dass sie sich bereitgestellt haben, und gehe davon aus, da sie uns das alle so mitgeteilt haben, dass sie die Wahl annehmen. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Jetzt gebe ich für den Antragsbereich Europa an Kerstin weiter.

Antragsberatung zum Bereich Europa

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden gleich den Europa-Teil aufrufen. Aber ich möchte vorher einige besondere Gäste hier bei uns begrüßen. Ich freue mich sehr, dass Genossinnen und Genossen von den Young Democrats, unserer israelischen Partnerpartei, die sich gerade aus Meretz und Avoda zu den Demokraten, zu den Democrats vereinigt hat, bei uns sind, und zwar neun Genossinnen und Genossen von den Young Democrats, die zuvor gerade in Hessen waren. Ich glaube, sie sind irgendwo hier. Wo seid ihr? Winkt mal! Auf jeden Fall herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich freue mich sehr, dass wir den palästinensischen Botschafter in Deutschland, Layth Arafeh, bei uns begrüßen können. Auch du bist herzlich willkommen, lieber Layth. Auch dir winken wir mal rüber. Ich glaube, du bist da vorne irgendwo zu sehen. Herzlich willkommen hier bei uns!

(Beifall)

Wir sind sehr froh, dass wir gleich in eurem Beisein auch über die außenpolitischen Themen diskutieren können.

In diesem Zusammenhang, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich euch darauf hinweisen, dass ihr auf euren Plätzen diesen Flyer vom Willy Brandt Zentrum in Jerusalem liegen habt. Das besteht seit 1996. Ich freue mich sehr, darauf hinweisen zu dürfen, weil ich es damals zusammen mit Andrea Nahles gründen durfte. Es ist ein einzigartiges Projekt der Jusos und der Faken mit israelischen und palästinensischen Partnern, gerade in diesen Zeiten ein besonders wichtiges Projekt, das uns von der SPD sehr am Herzen liegt. Wer von euch den Frieden im Nahen Osten unterstützen möchte und dazu auch in den Austausch mit Menschen vor Ort kommen möchte, ist herzlich

eingeladen am Stand des Willy Brandt Zentrums unten in der Ausstellungshalle und kann auch gerne Fördermitglied werden.

Das war der Werbeblock für das Willy Brandt Zentrum.

Wir rufen jetzt zuerst die europapolitischen Anträge auf und werden euch dann informieren, wie es mit den anderen Themen weitergeht.

Für die europapolitischen Anträge gebe ich an Katja ab.

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kerstin. - Im Bereich Europapolitik haben wir die Anträge EU01 bis EU05. Ihr findet sie jetzt auch im Autopiloten bei OpenSlides angezeigt.

Wir beginnen mit der Antragsberatung, indem wir Katarina Barley für die Antragskommission zuhören. Katarina, bitte!

Katarina Barley, Antragskommission:

Herzlichen Dank. - Für den Antragsbereich Europa liegen uns fünf Anträge vor. Das ist erst einmal nicht so viel. Aber dass das nicht so viel ist, ist ein Erfolg. Das ist ein bisschen damit vergleichbar, dass manche sagen, die SPD hat deswegen jetzt so schwache Ergebnisse, weil wir das, was wir wollten - Aufstieg durch Bildung usw. - ja eigentlich schon erreicht haben.

Was wir in der EU wollen, ist, dass die Europapolitik das gesamte Antragsbuch durchdringt und dass wir eben nicht ein Kapitel Europa haben, wo wir das alles hinschieben, sondern Europa ist dadurch, dass viele Sachen national umgesetzt werden, in ganz vielen Gesetzen drin. Unser allererster Antrag im Antragsbuch betrifft die europäische Verteidigungspolitik. Das ist auch nicht im Europa-Kapitel. So viel vorweg. Dass wir nur fünf Anträge in dem Kapitel Europa haben, heißt nicht, dass wir nicht viel, viel mehr über Europapolitik beschlossen haben und beschließen werden.

Nun zu diesen fünf Anträgen.

Der erste Antrag EU01 fordert eine schnelle Umsetzung des EU- Behindertenausweises in nationales Recht. Für den EU-Behindertenausweis haben wir sehr lange gekämpft. Was er sagt, ist Folgendes: Wenn du in ein anderes europäisches Land reist, hast du im Grunde genommen die gleichen Rechte, wie die Menschen, die dort schon leben und die

eine ähnliche Behinderung haben wie du. Das ist ein großer Schritt. Es ist noch nicht das, was wir wollen. Wir wollen am Ende gerne noch mehr. Aber es ist schon mal ein erster großer Schritt.

Die Umsetzungsfrist ist bis Juli 2027, aber wir finden, dass der Antrag recht damit hat, dass es schneller geschehen soll, dass es möglichst schnell geschehen. Deswegen empfiehlt die Antragskommission die Annahme des Antrags.

Der Antrag EU02 beschäftigt sich mit Mindeststandards für den Verkauf von Feuerwerkskörpern und adressiert das sowohl an die Bundestagsfraktion als auch an uns Europaabgeordnete. Das wird im Antrag direkt so adressiert. Deswegen empfehlen wir als Antragskommission auch die Überweisung genau dorthin.

Der Antrag EU03 beschäftigt sich mit meinem Lieblingsthema, nämlich mit dem lieben Viktor Orbán in Ungarn. Er beschreibt auch zu Recht, wie Viktor Orbán die Demokratie in Ungarn scheibchenweise seit inzwischen 15 Jahren abschafft. Wir hatten es heute schon mehrmals: Wir sehen vor allen Dingen daran, wie er die LSBTIQ-Community behandelt, wie er ihnen jegliches Recht abspricht, welches Regime das ist.

Wir haben - darauf bin ich sehr stolz - Maßnahmen gegen diese ungarische Regierung bereits im Koalitionsvertrag verankern können, insbesondere zum Beispiel, dass wir beim Artikel-7-Verfahren auch die nächste Stufe zünden können, die am Ende zum Stimmentzug im Europäischen Rat führen kann. Deswegen empfiehlt die Antragskommission in diesem Fall die Erledigung durch Regierungsprogramm.

Der Antrag EU04 beschäftigt sich mit einem sehr wichtigen Thema, nämlich mit der Machtfülle der globalen Tech-Konzerne. Ihr alle wisst, dass die Tech-Konzerne - vor allen Dingen die amerikanischen, aber auch TikTok - beherrschen im Moment die Köpfe vor allem der jungen Generationen, aber nicht nur. Wir haben zum Beispiel in Rumänien gesehen, wie eine TikTok-Kampagne, die durch Algorithmen gezielt gesteuert worden ist, dazu geführt hat, dass ein Kandidat, der vorher völlig unbekannt war, die Präsidentschaftswahl in einem Reigen von 14 Bewerberinnen und Bewerbern gewonnen hat. Das zeigt, welche Macht diese Tech-Konzerne auch im demokratischen Wettbewerb haben.

Wir haben dazu als Europäische Union in der vergangenen Legislatur sehr gute und weltweit einmalige Gesetze erlassen, und zwar Digital Services Act (DAS), das Gesetz über die digitalen Dienste und den DMA, das Gesetz über digitale Marktplätze, und den AI Act, also das Gesetz über Künstliche Intelligenz.

Weil wir von den dort geforderten Maßnahmen schon einiges umgesetzt haben und weil auf der anderen Seite die Maßnahme Digitalsteuer fehlt, haben wir einige Änderungen

vorgenommen und empfehlen als Antragskommission die Annahme in geänderter Fassung.

Schließlich der Antrag EU05 zur Gründung eines Aktionsbündnisses für die Vereinigten Staaten von Europa. Im 100. Jahr des Heidelberger Programms ist das ein sehr sozialdemokratischer Antrag. Allerdings befindet sich dieses Bündnis noch in Gründung. Das gibt es noch nicht. Deswegen empfiehlt die Antragskommission die Überweisung an den Parteivorstand.

Ich bitte euch um Unterstützung der Vorschläge der Antragskommission. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Katarina. Nach deinem Bericht über die verschiedenen Anträge würden wir jetzt tatsächlich in die Aussprache eintreten. Mir liegt aktuell eine Wortmeldung vor. Deshalb darf sofort René Repasi, Landesverband Baden-Württemberg, zu uns kommen. Vielleicht meldet sich ja noch jemand.

René Repasi, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Aussprache zum Themenbereich Europa. Ich grüße euch als Vorsitzender der SPD-Europa-Abgeordneten herzlich auf diesem Bundesparteitag.

Ich hijacke jetzt ein bisschen diesen Punkt, um den Bericht des Gruppenvorsitzenden zu machen, der dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden zu einem anderen Zeitpunkt zugebilligt ist. Aber ich will es deutlich kürzer machen. Ich will vor allen Dingen auf eine Sache hinweisen. Wir haben das Jahr 2025. Wir lieben ja Jubiläen. Vor 100 Jahren, im Jahr 1925, beschloss in Baden-Württemberg im schönen Heidelberg die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, dass wir uns für die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa einsetzen. Das ist unsere Vision, die wir vor 100 Jahren hier eingebracht haben.

(Beifall)

Seit 100 Jahren ist die SPD die Europa-Partei. Deswegen ist es nach 100 Jahren an der Zeit, den Prozess aufzunehmen, den wir gestern beschlossen haben, um dieses Bekenntnis zu erneuern. Die SPD ist die Europa-Partei. Und wenn die SPD die Europa-Partei ist, was bedeutet das denn? Wenn man heute von Europa redet, dann gibt es viele, die sagen: Bürokratie, Technokratie, komische Worte. Aber eigentlich ist doch Europa etwas ganz

anderes. Europa ist das Symbol für: Fenster auf, raus mit dem Muff, weg mit den Grenzen, andere Menschen kennenlernen, andere Kulturen kennenlernen. Deswegen ist es so wichtig, dass gerade die SPD als Europa-Partei dieses Symbol so deutlich und scharf macht. Wir brauchen keine Binnengrenzkontrollen, wir brauchen keine Binnengrenzschließungen in Europa, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir feiern in diesem Jahr 40 Jahre Schengen, 40 Jahre, dass wir den Mut gehabt haben, um auf diese Kontrollen zu verzichten. Und dann wollen wir nach 40 Jahren diesen Integrationsfortschritt in die Tonne kloppen? Bei mir in Baden-Württemberg sind viele Pendler*innen, die hier an den Grenzen eine halbe Stunde bis Stunde stehen müssen, um dieses Symbol zu zerstören. Was bleibt den Menschen denn anderes, außer am Euroschein und den offenen Grenzen zu erkennen, wo Europa da ist? Nein, lasst uns, wenn wir das Versprechen Europa erneuern wollen, gerade damit anfangen und Schluss machen. Lasst uns daran erinnern, was dieser Schengen-Spirit ist: Dass hier Innenministerinnen und Innenminister zusammengekommen sind, um in einem großen Aufwand diese Grenzen zur Seite zu schieben. Genau das braucht Europa jetzt. Wir brauchen mehr Europa. Wir müssen mehr Binnenmarkt wagen. Wir müssen mehr offene Grenzen wagen. Wir müssen sagen, in Europa ist die Zukunft, denn in dieser Welt, die sich so verändert, ist Europa die Schutzmacht aller Menschen und damit gerade derjenigen, die unseren Schutz am meisten nötig haben.

(Beifall)

Das sehen wir auch in den Anträgen, die uns in diesem Antragsbereich vorgelegt worden sind. Wie Katarina Barley gesagt hat: Das ist das Versprechen, an dem wir im Europäischen Parlament arbeiten und wo wir, Genossinnen und Genossen, auf diesem Bundesparteitag - Delegierte wie Mitglieder, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete - alle Nasen in eine Richtung vorausgehen. Wir als Sozialdemokratie haben die Vereinigten Staaten von Europa erfunden. Das lassen wir uns nicht wegnehmen, und wir werden dieses Europa-Versprechen in dem Prozess, der jetzt startet, erneuern. Da liegt die Zukunft. - Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, René. - Ich darf jetzt Axel Schäfer aus dem Landesverband NRW aufrufen und danach Matthias Ecke aus dem Landesverband Sachsen.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:

Genossinnen und Genossen, Europa ist unser wichtigstes Thema. Wir werden wieder wichtige, gute Beschlüsse fassen - wegweisend. Wir müssen zugleich heute auch ehrlich damit umgehen, was dieses Thema für unsere Partei bedeutet. Wir haben statt 40 Abgeordneten im Europäischen Parlament noch 14. Wir haben fast die Hälfte unserer Staatssekretär*innen und Minister*innen auf Landesebene verloren, und zwar nicht deshalb, weil wir Wahlen verloren haben, sondern weil für die SPD das Thema Europa in der Regierung nicht mehr so wichtig war.

(Beifall)

Wir haben auf Bundesebene noch genau drei Kräfte, die sich um Europapolitik kümmern - genau drei. Wir haben die Bundestagsfraktion, die AG Europa, wir haben die Europa-Abgeordneten im Europäischen Parlament, und wir haben in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats mit Frank Schwabe den Fraktionsvorsitzenden. Es gibt in der SPD - Katarina Barley, Vizepräsidentin des Parlaments - keine Repräsentation, die darüber hinausgeht. Wenn wir diese Diskussion nicht führen - - Wir haben jetzt nach der Bundestagswahl gesehen, dass wir alles, was europäisch vielleicht denkbar gewesen wäre. Aber wir haben nichts davon wahrgenommen - nichts.

Ich sage euch den Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Christdemokraten, wie die anderen die Macht ausüben: Wir sind anständig. Wir haben unsere Zusage eingehalten, dass der sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz die christdemokratische Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin vorschlägt. Das war völlig in Ordnung. Die Christdemokraten haben auf der anderen Seite in Luxemburg den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Schmit als Kommissar geschasst. Wir haben die Situation: 28 Prozent im Europäischen Parlament Christdemokraten und 52 Prozent der Kommissare. Wir sind in der Situation, dass der Fraktions- und Parteivorsitzende Weber, CSU, diese Fraktion nach rechts dreht. Das heißt, nach rechts mit denen zusammenzuarbeiten, die AfD & Co., Orban, Meloni usw. ausmachen. Das ist die Situation, Genossinnen und Genossen.

Ich bitte euch: Nutzen wir diesen Parteitag für eine andere europapolitische Diskussion in der SPD. An diejenigen, die vielleicht denken, na ja, das ist nicht ganz so wichtig: Alle negativen Entwicklungen bei Wahlergebnissen auf Bundesebene sind in Europawahlen angelegt worden. Wir haben im Jahre 2004 20,5 Prozent bei Europawahlen und sind auf Bundesebene dann von über 30 bei 23 Prozent gelandet. Wir waren bei 13,9 Prozent Europawahlen 2024 und sind bei 16,4 Prozent Bundestagswahlen angekommen.

Nehmen wir das Thema endlich in der Praxis ernst. Machen wir das, was unser Herz bewegt, nämlich ein gemeinsames Europa. Wehren wir uns gegen rechts, machen wir Europa viel, viel stärker zu einem Thema unserer Partei. Stützen wir unsere 14 Mitglieder des Europäischen Parlaments, stützen wir die Zusammenarbeit, die es in der SPE gibt. Aber wir wissen auch: Ohne Sozialdemokratie in Europa ist die Demokratie gefährdet, denn die Orbans & Co. wollen nicht irgendetwas Konservatives, sondern sie wollen den autoritären Staat. Und für die Demokratie, für die Sozialdemokratie in Europa stehen wir, liebe Genossinnen und Genossen. - Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Axel. - Jetzt kommt Matthias Ecke. Danach kann sich Jochen Ott aus NRW bereitmachen.

Matthias Ecke, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wisst ihr, was mich schmerzt? Wenn ich mal wieder in den Nachrichten höre, ja, jetzt gibt es eine neue Bundesregierung, einen neuen Bundeskanzler. Jetzt tritt Deutschland in Europa wieder fordernd auf, und jetzt ist Europa wieder oben auf der Tagesordnung. Ich finde das ungerecht gegenüber der Arbeit von Olaf Scholz, und ich finde es falsch. Aber es muss auch eine Mahnung an uns sein, eine Mahnung im Hinblick auf die Frage, ob wir als Sozialdemokratie in der Vergangenheit Europa den Stellenwert zugebilligt haben, den es auch hat. Das heißt, dass man auch Ressourcen einsetzt. Das heißt, dass man auch politisches Kapital einsetzt. Das heißt, in einer Koalition - auch auf Bundesebene - einmal zu sagen: Diese europapolitische Entscheidung ist uns so wichtig, dass wir vielleicht mal in einer anderen Sache nachgeben, um hier unsere Werte, unsere Position deutlich zu machen. Das habe ich in der Vergangenheit manchmal vermisst.

Ich hoffe, denke und nehme wahr, dass das wieder besser wird, dass wir wieder stärker sagen, wir wollen gemeinsam im europäischen Konzert als Sozialdemokratie erkennbar werden. Wir geben aus der Bundesregierung heraus einen Push für eine progressive Politik in Europa.

Es gibt da einen ganz klaren Lackmustest. Es ist ganz klar, wann sich die Frage stellt. Wir steuern auf einen neuen EU-Haushalt zu. Wir nennen das immer technisch mehrjähriger

Finanzrahmen 2021 bis 2028. Das ist megalangweilig, aber wir brauchen bald einen neuen. Das ist der Sieben-Jahres-Haushalt der EU. Da werden alle Finanz- und damit auch alle Machtfragen gestellt. Es ist für uns als SPD extrem wichtig, dass wir dort unsere Projekte auch mit Geld untersetzen. Wir müssen sehr, sehr viel Geld für den Corona-Wiederaufbaufonds zurückzahlen. Wir haben großen Druck auf die traditionellen Programme, die in Europa den Zusammenhalt sichern. Ich spreche hier von der Regionalpolitik, ein riesiges Investitionsprogramm, das die Regionen in Europa zusammenhält und auch strukturpolitisch in Deutschland unverzichtbar ist. Ich spreche hier von Erasmus. Ich spreche hier von einem Forschungsrahmenprogramm.

Wir sehen, dass Frau von der Leyen und ihre Kommission mit Hilfe der EVP, die immer wieder mit den extremen Rechten liebäugelt, eine Generalrevision dieses Haushalts wollen, dass sie alles Geld in den sehr diffusen Begriff von Wettbewerbsfähigkeit stecken wollen und dass alles, was dem sozialen Zusammenhalt dient, unter den Tisch fällt. Das müssen wir auf allen Ebenen benennen, bekämpfen und ändern. Wir brauchen einen starken EU-Haushalt. Wir brauchen eine Regionalpolitik, die unsere Länder hier in Deutschland, die Europas Regionen zusammenhält. Wir brauchen ein klares Pro für soziale Projekte in der EU, und wir brauchen dafür den Einsatz unserer ganzen Partei, der Bundesregierung, der A-Seite in der Bundesregierung, und im Europäischen Parlament. Das wird die Zukunftsaufgabe, an der man sieht, wie ernst es uns mit Europa ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Matthias. - Jochen, jetzt bist du dran.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, es ist wichtig, ein Zeichen zu setzen, dass auch Landespolitiker und nicht nur Europapolitiker hier in die Debatte gehen. Ich möchte mich ganz konkret zu dem Tech-Konzern-Antrag äußern.

Wir haben auf diesem Parteitag darüber gesprochen und werden morgen noch einmal intensiv über die Hetze der Rechtspopulisten sprechen. Wir sprechen darüber, dass unsere Demokratie nicht nur in Deutschland, sondern europaweit angegriffen wird. Der entscheidende Angriff folgt insbesondere durch Hilfe der großen Tech-Konzerne.

Terrorismus: Unsere Experten sagen in allen Anhörungen, der Weg, Kinder und Jugendliche zu Anschlägen aufzuhetzen, läuft über Social Media, über die Netzwerke. Pornografische Inhalte, Gewaltinhalte in Schulen, das Männer- und Frauenbild, all das wird durch die Algorithmen immer wieder eingespielt und sorgt dafür, dass es tatsächlich zu einer Verbreitung von verbrecherischen Inhalten kommt. Wir wissen, dass die großen Tech-Konzerne, fünf an der Zahl, in wenigen Jahren die gesamte Meinungsführerschaft in Europa, in der Welt haben werden, weil die analogen Medien immer unbedeutender werden. Es mutet schon lustig an, dass Verleger und öffentlicher Rundfunk gegeneinander streiten. Sie sind beide nichts im Verhältnis zur Macht der Tech-Konzerne.

Vor über 125 Jahren haben die Amerikaner - ich sage nur das Stichwort Rockefeller - die Multikonzerne, das Oligopol im Bereich des Öls, zerschlagen, weil sie gesagt haben, wir brauchen Wettbewerb, wir brauchen Freiheit. Deshalb bitte ich um ein Wording an die Kollegen aus Europa. Wir haben als Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, der jetzt in eine große Anhörung geht, die wir allen Landtagsfraktionen auch zur Verfügung gestellt haben, Bundestag und Europa, in der wir uns mit diesem Thema beschäftigen.

Professor Martin Andree von der Kölner Universität schlägt vor, dass wir Demokraten gemeinsam den Kampf gegen die Tech-Konzerne beginnen, aber unter einem anderen Wording, nämlich dem Wording der Befreiung des Internets, der Befreiung der sozialen Medien von einigen wenigen Oligopolen. Um es klar zu sagen - es kommt auf dasselbe hinaus wie das mit Rockefeller vor 125 Jahren -: Wir müssen die Macht der Tech-Konzerne endlich zerschlagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Damit die Menschen nicht wieder sagen, diese EU und diese SPD wollen uns reglementieren und wollen uns die Freiheit nehmen, müssen wir sagen, wir wollen die Freiheit, denn wir wollen nicht, dass unsere Kinder jeden Tag Gewalt eingespielt bekommen. Wir wollen keine wirklich widerliche Hetze gegen Menschen. Wir wollen nicht, dass permanent Faschismus und rechtsradikale Themen als normal gelten und dass man sich neutral verhalten muss, weil man hier jeden Dreck durch Media durch die Gegend schieben kann.

Deshalb lasst uns in dem Wording dieses Antrags und der nächsten Debatten Folgendes machen: Erstens muss es Schwerpunktthema werden, und lasst uns zweitens sagen: Wir befreien die sozialen Medien, wir befreien das Netz. Erinnert euch, als die digitale Welt losging. Da waren wir stolz und fröhlich. Wir haben gesagt, wir wollen endlich die Freiheit des Netzes für mehr Freiheit nutzen. Heute passiert das Gegenteil. Lasst uns also den Freiheitsbegriff auch hier zurückgewinnen, im Sinne von Willy Brandt: Links und frei.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Jochen. - Als letzte Rednerin in der Debatte habe ich jetzt noch Claudia Walther, ebenfalls aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Bitte, Claudia!

Claudia Walther, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es auch relativ kurz. Ich möchte bei euch für den Antrag A14 werben. Da geht es um die Ausnahme von der Schuldenbremse.

Wir alle sind in den letzten Jahren von der strikten Einhaltung der Schuldenbremse sehr genervt worden. Wir sind froh, dass es jetzt Ausnahmen gibt. Wir plädieren in diesem Antrag A14 aus Köln dafür, dass die Ausnahmen von der Schuldenbremse möglichst weit ausgelegt werden, so weit, dass die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten beispielsweise auch die zivile und humanitäre Unterstützung der Ukraine umfasst. Es geht also nicht nur um militärische Unterstützung, sondern auch um die zivile und humanitäre Unterstützung. Wenn es beispielsweise darum geht, Hilfe für Krankenhäuser zu leisten, Hilfe für Kommunen zu leisten, Hilfe im zivilen Bereich zu leisten, müssen wir auch das ermöglichen, auch den Wiederaufbau der Ukraine, liebe Genossinnen und Genossen. Ich hoffe, dass das bald möglich ist.

Zweitens sollte das Thema Verteidigungsausgaben bei der Ausnahme von der Schuldenbremse auch die Beiträge zu europäischen Initiativen der Sicherheitspolitik umfassen. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass dieses Thema nicht gegen die Entwicklungspolitik ausgespielt wird, sondern dass auch die Ausgaben der Entwicklungshilfe im kommenden Bundeshaushalt weiterhin so bleiben und nicht abgesenkt werden.

Langer Rede, kurzer Sinn: Einfach ein breiterer Begriff der Ausnahmen von der Schuldenbremse. Stimmt bitte für A14. - Danke.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Europa

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Claudia. Das war jetzt aber deine Rede für den A14.

Wir machen jetzt die E-Anträge, und genau für diese steige ich jetzt mit euch zusammen in das Abstimmungsverfahren ein.

Mir liegt kein Wunsch auf Einzelabstimmung vor. Deshalb kann ich euch fragen, ob ihr bei den vorliegenden Anträgen EU1 bis EU5 dem Votum der Antragskommission folgt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Eine Enthaltung. Dann ist der Block so, wie in der Empfehlung der Antragskommission vorgeschlagen mehrheitlich angenommen. Herzlichen Dank dafür.

Ich gebe an Kerstin ab.

Antragsberatung zum Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und INI 02, 07, 09 und 14

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt die Antragsberatung zum Block A auf: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Internationale Gäste habe ich eben schon begrüßt. Wir werden gleich auch über das Thema Nahost sprechen.

Wir haben zu dem Thema Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik verschiedene Wortmeldungen und haben versucht, sie den Themen zuzuordnen. Das erkläre ich jetzt deshalb, weil das heißt, dass wir einen ersten Block machen, wo es um Nahost und Gaza gehen wird, in dem ich natürlich die Wortmeldung quotiere. Wir hätten dann einen zweiten Block, in dem es Wortmeldungen zum Thema 5 Prozent gibt. Den würden wir auch quotieren. Wir würden, aber sozusagen zwei Blocks hintereinander quotieren, nicht komplett durch. Ist das verständlich? Ich versuche, es verständlich zu machen.

Ich habe eine Wortmeldung, die ich keinem der beiden Blöcken zuordnen kann, und zwar von Fabian Funke. Den würde ich dann einfach nach dem ersten Block aufrufen, sodass ihr auch gleich in OpenSlides erst eine Redeliste seht, die am Anfang quotiert ist. Dann kommen diesmal mehr Frauen hintereinander. Dann kommt Fabian Funke, und dann kommt der Block. Also, der erste Block ist der zu Gaza und Nahost, und der zweite Block, der nach Fabian Funke beginnt, wird dann der zum Thema 5 Prozent sein. Ich hoffe, das war verständlich. Falls es Nachfragen gibt, meldet euch gerne noch.

Ich frage einmal, ob alle damit einverstanden sind, dass wir das so aufteilen, oder ob es Widerspruch gibt. - Es gibt keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Ich rufe die Anträge A1 bis A21 und die Initiativanträge 02, 07, 09 und 14 auf.

Als Erstes hat natürlich die Antragskommission das Wort für ihren Bericht. Den Bericht gibt Dietmar Nietan für die Antragskommission zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ab.

Dietmar Nietan, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Angesichts der dramatischen Entwicklungen überall in der Welt wenden wir uns jetzt noch einmal einem sicherlich wichtigen Antragsbereich zu.

Lasst mich noch kurz zwei, drei Vorbemerkungen machen.

Ihr wisst, dass wir nach dem Beginn des russischen imperialistischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sehr schnell als einzige Partei einen Prozess in Gang gesetzt haben, um unsere außenpolitischen Grundlinien und unser außenpolitisches Profil noch einmal neu zu überdenken. Das hat begonnen mit einem Papier der KIP; ihr kennt das alle. Dieses Papier wurde in vielen Gremien auf allen Ebenen diskutiert. Es gab dazu Fraktions-vor-Ort-Veranstaltungen, es gab dazu Veranstaltungen von einzelnen Landesverbänden, von Bezirken, von Ortsvereinen.

Als wir auf dem Bundesparteitag 2023 diesen außenpolitischen Leitantrag beschlossen haben, konnte man sagen - und das kann man ja nicht von jedem Antrag sagen -, das war eine Positionsbestimmung, die auf einem Parteitag am Ende fast einstimmig gelang, weil sie in der Partei vorher auch breit diskutiert werden konnte. Das war und ist auch bei diesem Thema richtig und wichtig. Weil das so ist - deshalb wollte ich das einleitend sagen -, haben wir viele Anträge, die letztlich schon auf Dinge rekurrieren, die in diesem Leitantrag damals fast einvernehmlich, wie ich noch einmal betonen will, beschlossen wurden, und auf viele Dinge, weil sich die Welt seit 2023 ja dramatisch weitergedreht hat, die dann auch noch einmal konkretisiert oder auch noch einmal upgedatet beschlossen wurde.

In unserem SPD-Regierungsprogramm vom Bundesparteitag im Januar haben wir bei vielen Dingen gesagt, wir brauchen keine außenpolitische Neubestimmung. Die haben wir in den letzten Jahren nun wirklich intensiv diskutiert. Aber wir müssen angesichts der Dynamiken in der Welt immer wieder auch unsere außenpolitischen Punkte anpassen. Deshalb findet ihr bei vielen der außenpolitischen Anträge entsprechende Hinweise wie „erledigt durch SPD-Regierungsprogramm“, „Überweisung an die Bundestagsfraktion“ oder „Überweisung an den Parteivorstand“ - ich sage jetzt mal:

Schrägstrich Kommission internationale Politik -, damit wir auf der nächsten Wegstrecke zu wichtigen Fragen in dieser Kommission wieder Inhalte weiterentwickeln, die dann auch wiederum - wie zuletzt auch - in der Partei breit diskutiert werden können und dann auch möglicherweise wieder auf einem nächsten Bundesparteitag zu einem weitergreifenden außenpolitischen Leitantrag führen können.

Zum Zweiten ist es so, dass das wichtige, das immer noch sehr bestimmende Thema Angriffskrieg auf die Ukraine, aber auch die Frage, wie wir von einer Kriegslogik in die Logik von Verhandlungen, von Friedensgesprächen kommen, eines war - das haben wir auch noch einmal aufgrund des Impulses, der durch das Manifest gegeben wurde, gemerkt - , das die Partei sehr bewegt. Wir haben mit Genossinnen und Genossen, die das Manifest entweder mit geschrieben, mit unterschrieben haben oder es unterstützen, im Vorfeld gesprochen. Nicht mit allen; das ist klar.

Aber wir haben miteinander besprochen, dass es ein so zentrales Thema ist, dass wir es jetzt nicht auf einem Parteitag - ob nun jetzt, Samstag am frühen Abend, oder Samstagnachmittag- in einer Stunde Debatte komplett neu beleuchten und nach vorne bringen können. Deshalb - das habt ihr ja auch gestern mitbekommen - haben sich nicht nur Ralf, sondern auch andere Genossinnen und Genossen, denen dieses Thema besonders wichtig ist, gestern auch in der Grundsatzdebatte zur Erneuerung der Partei zu Wort gemeldet. Deshalb gibt es jetzt, wenn ich das einmal so sagen darf, auch keinen Ini-Antrag, der auf das Manifest rekurriert, und es gibt auch keinen, wenn ich das so böse sagen darf, Gegenantrag, der sozusagen andersherum auf das Manifest rekurriert.

Ich sage das so ausführlich, weil ich jeglichen Eindruck vermeiden will, dass wir, wenn es um Krieg und Frieden geht, dazu nicht neue Beschlüsse fassen wollen, dass wir dazu nicht weiter diskutieren wollen. Aber wir waren uns am Ende jedenfalls einig, dass das ein Punkt ist, der weiter in der Partei bearbeitet werden muss und der sicherlich auch noch einmal einer tiefergehenden Debatte bedarf, der aber in seinen Grundlinien immer noch durch die Grundsatzbeschlüsse von 2023 und durch die Beschlüsse zu unserem Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm vom letzten Parteitag im Januar gut abgedeckt ist.

Aber ich will auf zwei weitere wichtige Themen hinweisen, neben all den anderen, die alle wichtig sind, die in den Anträgen zu finden sind, die wir hier natürlich auch debattieren wollen und zu denen es Antragsgrundlagen gibt.

Trotz der dramatischen Entwicklungen - auch in der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Iran und Israel - darf es nicht passieren, dass die absolut inakzeptable, katastrophale humanitäre Lage in Gaza in den Hintergrund gerät. Deshalb halten wir es für richtig und wichtig, dass wir heute nicht nur diskutieren, sondern einen Beschluss

fassen. Euch muss ich es nicht sagen: Das Thema Naher und Mittlerer Osten, die dramatische, traurige Geschichte, dass wir dort seit Jahrzehnten zu einem dauerhaften Frieden, zu einer echten, fairen Zwei-Staaten-Lösung nicht weiterkommen, ist etwas, was nicht nur Menschen umtreibt, die sich für Außenpolitik interessieren.

Es ist aber auch ein Thema, das besonders emotional belegt ist. Man merkt oft in Diskussionen mit Genossinnen und Genossen oder im Freundeskreis, man will eigentlich ein Zeichen setzen, dass da mehr geschehen muss. Man will deutlich machen, dass das, was die rechtsgerichtete Regierung Netanjahu tut, so nicht akzeptabel ist, und sofort ist man in Diskussionen: Heißt das jetzt, ihr kehrt von der grundsätzlichen Solidarität mit dem israelischen Volk ab? Heißt das, dass ihr das alles relativiert? Umgekehrt heißt es, wenn man das noch einmal betont: Aha, sucht ihr jetzt nach einem Freifahrtschein, dass jede israelische Regierung internationales Recht, humanitäre Standards mit dem Hinweis verletzen kann, dass - - Du hast immer das Gefühl, ein Millimeter zu viel in die eine Richtung führt dazu, dass entweder die anderen sagen, das ist unakzeptabel, oder dass die anderen sagen: Bist du jetzt auf einmal doch gegen uns?

Weil das so ist, haben wir mit vielen Genossinnen und Genossen, die sich mit diesem Thema befassen, in den letzten gut acht Tagen wirklich fast täglich Gespräche geführt. Wir haben insbesondere mit Kolleginnen und Kollegen, die sich mit diesem Thema im Bundestag beschäftigen und die auch dort unterschiedliche Meinungen haben, versucht, einen neuen Initiativantrag „Gaza“ zu machen, der euch auch vorliegt, der auf der anderen Seite keinen Zweifel daran lässt, dass das, was die jetzige israelische Regierung da tut, für uns absolut inakzeptabel ist, der keinen Zweifel daran lässt, dass man noch stärker als bisher die humanitäre Lage, aber zum Beispiel auch die Vorgehensweise mit Unterstützung teilweise von der IDF, von radikalen Siedlern im Westjordanland zum Beispiel, gegen Palästinenserinnen und Palästinenser adressieren muss, dass man es aber es in einer Art und Weise tut, die denen, die es nicht gut mit uns meinen, nicht die Vorlage gibt, uns zu verhetzen, als würden wir in Bezug auf das israelische Volk - und ich betone den Unterschied zwischen einer rechtsgerichteten Regierung und dem israelischen Volk - abweichen.

Wir haben jetzt einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Ihr werdet sehen: Dazu werden sich gleich auch Genossinnen und Genossen mit unterschiedlichen Meinungsschwerpunkten melden. Wir haben in der Antragskommission fast eine Stunde lang diskutiert, ob wir noch einige Ergänzungsanträge, Änderungsanträge oder Anträge anderer Art zu diesem Thema in diesen Antrag einbauen. Nach einer Stunde Diskussion hin und her haben wir uns einvernehmlich, also sowohl diejenigen in der Antragskommission, die das Gefühl hatten, der Antrag geht noch nicht weit genug, als auch diejenigen in der Antragskommission, die eher schon das Gefühl hatten, der geht

zu weit, am Ende darauf geeinigt, dass wir keine Änderungen an diesem Antrag vornehmen. Nicht, weil er perfekt ist, sondern der eine oder andere, der an dem Abend in der Antragskommission gesagt hat, komm, wir lassen den so, hat bei einigen Punkten die Faust in der Tasche gemacht. Aber wir hatten das Gefühl, es ist vielen Menschen, die daran mitgewirkt haben - mit Textbausteinen, mit Anregungen, mit Kritik -, gelungen, eine Basis zu schaffen, hinter der sich hoffentlich eine große Mehrheit des Parteitags versammeln kann. Nicht, weil eine große Mehrheit sagt, ich finde alles richtig in dem Antrag, aber weil man sagt, in der Gesamtkomposition macht er schon deutlich, dass wir in einer Deutlichkeit, wie wir es bisher nicht getan haben, uns auch kritisch äußern, aber nicht die Steilvorlage dafür liefern, dass man uns unterstellen kann, wir sind nicht solidarisch.

Es wird einen zweiten Bereich geben, zu dem es auch schon Wortmeldungen gibt, den wir diskutieren, und das ist das Thema Wehrpflicht. Wir haben zum Thema Wehrpflicht sowohl in den früheren Parteitagsbeschlüssen als auch im Regierungsprogramm eine eindeutige Beschlusslage. Aber auch hier wissen wir angesichts des Koalitionsvertrags, angesichts des Drucks, der darauf liegt, dass die Weiterentwicklung und Erneuerung der Bundeswehr und auch die Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit am Ende auch eine Personalfrage und nicht nur eine technische Frage ist, auch mit einen gewissen Druck in der Regierung, weil unser Koalitionspartner die Dinge dort natürlich ein bisschen anders - ich sage: undifferenzierter - sieht als wir.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle ausdrücklich betonen - ich weiß nicht, da muss man mir gleich ein Zeichen geben, sonst machen wir eine Pause; ihr sollt das ja alles sehen -, dass es zu dem entsprechenden Initiativantrag der Jusos jetzt auch eine upgedatete Form gibt, wo ich den Jusos, aber insbesondere auch Philipp Türmer und auch Boris Pistorius danken möchte, weil man jetzt einen Weg gefunden hat, der die Beschlusslage der Partei unterstreicht und der trotzdem deutlich macht, dass wir an dieser Stelle, ich sage mal, auf der Höhe der Zeit sind. Dazu wird es auch gleich Wortmeldungen von denjenigen, die daran mitgewirkt haben. Die können das noch viel besser erklären als ich.

Deshalb bitte ich euch, sowohl beim Gaza-Antrag als auch bei dem Wehrpflicht-Antrag wohlwollend zu prüfen, auch wenn sie euch jeweils in den Einzelpunkten nicht immer hundertprozentig gefallen, ob die Chance, dass wir hinter beide eine große Mehrheit versammeln können, ein Anlass sein könnte, auf Änderungsanträge und ähnliche Dinge zu verzichten und stattdessen zu sagen: Wir diskutieren das gleich. Da werden auch unterschiedliche Positionen klar. Aber wir haben hier eine gute gemeinsame Position gefunden, und die wollen wir dann auch gemeinsam mit einer großen Mehrheit in den Mittelpunkt stellen.

Ich rede schon viel zu lange, aber mir war es wichtig, die Hintergründe ein bisschen zu erklären. Ich will jetzt nicht noch zu den anderen Punkten, die auch noch wichtig sind - Entwicklungspolitik, Solidarität mit der Türkei; das haben wir heute Morgen schon gehabt -, weitere Ausführungen machen. Ihr findet dazu die entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission. Aber mir war es wichtig, noch einmal zu zeigen: Hier fällt nichts unter den Tisch. Wir werden auch dieses zentrale Thema Krieg und Frieden weiter bearbeiten müssen und auch weiter dazu diskutieren müssen. Aber wir wollen uns auf diese beiden auch so wichtigen und aktuellen Dinge Gaza/Wehrpflicht heute in der Debatte möglichst konzentrieren.

Ich will eines auch noch einmal sagen - ich habe das in verschiedenen Delegiertenvorbesprechungen gesagt -: Wenn unsere Partei etwas auszeichnet, dann ist es, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, auch in der Sache heftige und auch mit einem breiten Meinungsspektrum versehene Diskussionen zu führen. Deshalb will ich an dieser Stelle Folgendes auch sehr deutlich sagen. Das Manifest, das Genossinnen und Genossen geschrieben haben, ist ein Diskussionsbeitrag, der deutlich macht, dass es in der Partei auch viele gibt, die sagen - wer mich kennt, der weiß, da bin ich sehr klar -, es darf keinen Zweifel an der Solidarität mit der Ukraine geben, es darf keine Naivität gegenüber Putin und seiner imperialistischen Politik geben. Aber wer, wenn nicht die SPD, muss immer wieder auch Diskussionen führen und auch Kritik aufnehmen, um sicherzustellen, dass die, die Verantwortung tragen, sich von Herrn Putin keine Kriegslogik aufdrücken lassen, sondern immer wieder auch nach einem Weg suchen, wo man der Kriegslogik entgehen kann, weil wir wissen: Konflikte löst du am Ende durch Verhandlungen, am Ende dadurch, dass auch die Diplomatie eine Chance hat.

Deshalb hat das Manifest, auch wenn ich inhaltlich sehr vieles in dem Manifest nicht teile, das Manifest auch seinen Platz in der Diskussion. Ich sage sehr deutlich, auch wenn ich eine andere Meinung habe: Schließen wir uns nicht denen von bestimmten Teilen der bürgerlichen Presse an, die die Autorinnen und Autoren dieses Manifests in die Ecke von Spinnern, von Sektierern stellen wollen. Nein, es ist gut, dass es dieses Manifest gibt, und es ist gut, dass wir darüber weiter diskutieren und uns gegenseitig dagegen immunisieren, stumpf zu werden in der Frage, immer wieder neue Initiativen zu finden, um dem Frieden ein Stück näher zu kommen, liebe Genossinnen und Genossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Dietmar. Wir haben dir auch gerne ein bisschen länger zugehört, weil wir es natürlich gut finden, wenn ihr es schafft, in der Antragskommission zu solch schwierigen Themen, die uns gleich hier erwarten - bis hin zum Weltfrieden - gute Vorschläge für den Parteitag zu finden.

Ich hatte es eben schon einmal erläutert und sage es noch einmal, damit es keine Missverständnisse gibt: Wir rufen erst alle Wortmeldungen zum inhaltlichen Block Gaza und Nahost auf, die wir quotiert haben. Dann rufen wir Fabian Funke auf, der insgesamt zum außenpolitischen Bereich sprechen will. In der Redeliste ist er also quasi für euch der Blocker zwischen dem ersten und dem zweiten Teil. Dann ruft Katja die Wortmeldungen zum Thema 5 Prozent auf. Am Schluss kommt das Thema Wehrpflicht. Deshalb: Der erste Block quotiert, dann Fabian und dann der zweite Block quotiert.

Wir beginnen in der Aussprache mit Nadja Khalaf aus NRW. Ihr folgt Mehmed König aus Berlin. Nadja, bitte sehr!

Nadja Khalaf, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Zunächst bin ich erst einmal dankbar, dass wir das Thema hier heute überhaupt behandeln. Das habe ich mir schon vor viel längerer Zeit gewünscht. Wir haben in NRW einen Kommunalkongress gemacht. Da haben wir das Thema schon besprochen und auch sehr hart und kontrovers diskutiert.

Ich bin doppelte Staatsbürgerin, habe ägyptische und deutsche Wurzeln. Aber eine meiner besten Freundinnen ist jüdische Israelin. Ihr könnt euch vorstellen: Das Thema Nahost zerreißt mich zwischendurch.

Es ist wichtig, dass wir diesen Antrag heute beschließen und dass auch an die rechtsgerichtete Netanjahu-Regierung ein deutliches Zeichen geht. Aber auf der anderen Seite bin ich froh, dass wir trotz alledem - auch in dem Antrag - immer noch unsere Solidarität zu Israel bezeugen.

Mein Co-Vorsitzender sitzt da vorne. Er hat auch jüdische Wurzeln. Ich bin zudem noch von muslimischer Religion geprägt. Und es kann funktionieren. Ich habe es mir immer so gewünscht, dass es für Israel und Palästina funktioniert. Der Tod von Rabin, als er damals umgebracht wurde, war ein wahnsinniger Einschnitt. und viele haben die Hoffnung verloren. Aber ich glaube, die Hoffnung dürfen wir nicht aufgeben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch die israelischen Freundinnen und Freunde mit „B'ruchim Haba‘im“ begrüßen. Ich wünsche mir jetzt eine faire, ordentliche Debatte und würde euch alle bitten, dem Antrag so zu folgen, weil ich glaube, dass beide Seiten, die vielleicht

auch nachher noch kontrovers diskutiert werden, sich trotzdem dahinter vereinigen können. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Danke schön, liebe Nadja. - Als Nächster ist Mehmed König aus Berlin dran. Ihm folgt Derya Türk-Nachbaur aus Baden-Württemberg. Mehmed, bitte sehr!

Mehmed König, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch heute von einer Organisation erzählen, die unter extremsten Bedingungen in Gaza tagtäglich Überlebenshilfe leistet und die mir gestattet hat, ihre Erfahrungen und Eindrücke mit euch zu teilen: Ärzte ohne Grenzen. Sie versorgen Verletzte, kümmern sich um Kinder mit schwersten Verbrennungen, versorgen Gebärende und leisten psychologische Hilfe, all das unter kaum vorstellbaren Umständen. Zugleich sind sie derzeit die größte verbliebene Organisation, die überhaupt noch Trinkwasser in Gaza bereitstellt. Und dennoch: Elf Mitarbeitende von Ärzte ohne Grenzen wurden getötet. Krankenhäuser wurden und werden bombardiert, Notunterkünfte mit Granaten beschossen, Patient*innen müssen unter Beschuss evakuiert werden.

Dr. Christos Christou, Präsident von Ärzte ohne Grenzen, schreibt:

„Täglich sehen die Teams von Ärzte ohne Grenzen Anzeichen eines Völkermordes: Massenhafte Tötungen, die Zerstörung ziviler Infrastruktur, die Blockade von Wasser, Nahrung und Medikamenten. Israel zerstört systematisch die Lebensgrundlagen der Palästinenser*innen.“

Das sind keine leeren Worte. Das sind Zeugnisse einer menschengemachten Katastrophe, und sie kommen nicht aus politischen Ecken oder von Kriegsparteien, sondern aus der Notaufnahme.

Die deutsche Ärzte-ohne-Grenzen-Krankenschwester Katja Storck berichtete aus Deir al Balah:

„Unsere Patient*innen sind mangelernährt. Ihre Wunden heilen schlecht. Wir haben nicht einmal mehr genug Essen für unsere eigenen Mitarbeitenden.“

Wie die israelische Zeitung „Haaretz“ erst gestern über einen Fall berichtete, haben israelische Soldaten den Befehl erhalten, auf hungernde Zivilisten zu schießen, ein Geschehen, das einen moralischen Abgrund von erschütterndem Ausmaß erkennen lässt.

Erlaubt mir nun ein paar persönliche Worte. Mein Name ist Mehmed. Ich bin in Bosnien-Herzegowina geboren, einem Land, das mir Heimat und zugleich ein Ort unvorstellbaren Leids war. Über anderthalb Jahre lang erlebte ich täglich den Einschlag von Granaten, die Angst auf der Flucht, die Grausamkeit von Vertreibung, ethnischen Säuberungen und den allgegenwärtigen Tod. Das war kein Ausnahmezustand - das war meine Realität.

Ich bin vor acht Jahren der SPD beigetreten, weil ich daran geglaubt habe, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass so etwas nie wieder geschieht - nicht hier, nicht anderswo und nicht für irgendjemanden. Doch seit über 20 Monaten bin ich mir nicht mehr sicher, ob wir diesen Weg wirklich alle noch gemeinsam gehen. Dieser Antrag ist gut, aber er stellt nur das absolute Minimum dessen dar, was wir als Partei nach 20 Monaten verabschieden können. Ich erwarte von allen Bundestagsabgeordneten, insbesondere aber von den Mitgliedern der Bundesregierung, dass sie sich unmissverständlich und öffentlich zum Völkerrecht bekennen. Völkerrechtsbrüche und Kriegsverbrechen müssen von uns konsequent als solche benannt werden, egal, ob sie von Wladimir Putin oder von Benjamin Netanjahu begangen werden. Diese Haltung geht mit einer klaren Verantwortung einher, auch im Sicherheitskabinett. Dass deutsche Waffenexporte sehr wahrscheinlich auch gezielt zum Töten von Zivilist*innen eingesetzt werden, darf weder verdrängt noch relativiert werden.

Wenn wir als SPD den Anspruch erheben, globale Gerechtigkeit zu verteidigen, dann darf Gaza, darf das Westjordanland, darf Palästina davon nicht ausgenommen werden, gerade wegen unserer historischen Verantwortung. Wir brauchen jetzt Klarheit und Haltung, menschenrechtsbasiert, direkt und ohne rhetorisches Verrenken - für Palästina, für Israel, für den Nahen Osten, für alle. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Mehmed. - Als Nächste kommt Derya Türk-Nachbaur. Ihr folgt Joachim Rahmann aus Berlin.

Derya Türk-Nachbaur, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir machen die Veränderung aus. Wir sind die Partei der Gerechtigkeit, die Partei der Menschlichkeit. Und ja, wir sind die Partei, die das internationale Recht verteidigt, überall und ohne Wenn und Aber. Dieser Antrag sagt klipp und klar, das Völkerrecht kennt keine Ausnahmen, keine doppelten Maßstäbe, keine Hintertüren.

Ja, Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung; das steht außer Frage. Und die Hamas ist eine Terrororganisation, die diesen brutalen, menschenverachtenden Angriff am 7. Oktober zu verantworten hat. Die Hamas darf niemals, nie wieder, eine Bedrohung für Israel sein. Die Angriffe auf Israel müssen enden, und die Geiseln müssen sofort freigelassen werden. Sofort!

(Beifall)

Ich bin sehr froh, dass wir als Sozialdemokratie nach diesem barbarischen Terror die richtigen Worte gefunden haben, dass wir dem Leid der Jüdinnen und Juden einen Raum in unseren Debatten gegeben haben. Doch auch das Leid der Zivilistinnen und Zivilisten in Gaza braucht einen Raum. Die Trauer und der Schmerz brauchen einen Raum. Über 55.000 Menschen sind getötet worden. Mehr als 17.000 palästinensische Kinder sind diesem Krieg zum Opfer gefallen.

Während in Gaza Menschen sterben, haben wir als SPD vielleicht zu lange um Worte gerungen. Während Familien hungern, während Bomben eine Region in Schutt und Asche legen, haben wir gezögert, das auszusprechen, was für uns als SPD doch eine Selbstverständlichkeit ist: Das Völkerrecht gilt überall, auch in Gaza. Es gilt für alle.

(Beifall)

Es gilt für Israel, es gilt für Palästina, für jeden einzelnen Staat, für jede Regierung. Punkt.

Ja, Israel verteidigt sich gegen die Hamas, gegen die Huthis, gegen die Hisbollah. Aber Selbstverteidigung hat Grenzen, und diese Grenze heißt Völkerrecht. Wer Wasser blockiert, setzt Hunger als Waffe ein. Wer Hilfslieferungen verhindert, nimmt den Tod unschuldiger Menschen in Kauf. Wenn Medikamente nicht mehr zu Frauen, zu Kindern, zu Alten gelangen, dann haben wir eine Grenze erreicht. Wenn der Gang zur Ausgabe von Lebensmitteln zum Russischen Roulette wird, dann ist eine Grenze überschritten. Denn jedes Leben zählt - auch das Leben der Kinder in Gaza, der Kinder in Tel Aviv, der Mütter, der Väter, der Großeltern, auf allen Seiten dieses Krieges.

Deshalb fordern wir ganz klar: Sofortiger humanitärer Zugang nach Gaza ohne Bedingungen. Die Blockade muss enden, das Wegsehen muss enden, der völkerrechtswidrige Siedlungsbau muss enden, und vor allem: Die Bomben müssen schweigen - sofort.

(Beifall)

Nur so schaffen wir die Grundlage für eine echte politische Lösung, für das, woran wir verzweifelt glauben wollen: Zwei Staaten, zwei Völker, zwei sichere Leben, Seite an Seite in Israel und in Palästina. Dafür stehen wir als SPD. Dafür kämpfe ich mit euch an meiner Seite.

Lasst mich zum Schluss eines ganz deutlich sagen: Wir lassen niemanden im Stich. Wir sind solidarisch mit allen Menschen und allen Opfern der Gewalt. Die Gleichzeitigkeit der Empathie ist möglich. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Derya. - Als Nächster kommt Joachim Rahmann aus Berlin. Ihm folgt Isabel Cademartori aus Baden-Württemberg.

Joachim Rahmann, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme aus Berlin, aus Berlin-Neukölln, aus einem Bezirk, in dem dieser Konflikt die Menschen noch einmal ein Stück mehr umtreibt als in vielen anderen Teilen des Landes. Ich habe im Bundestagswahlkampf ein Gespräch im Haustürwahlkampf mit einer Frau um die 50, türkeistämmig, geführt, die mir sagte: „Ich habe am 7. Oktober geweint, als ich die Bilder der Kinder gesehen habe. Ich habe am 7. Oktober geweint, als ich von den Vergewaltigungen gehört habe.“, die mir aber auch gesagt hat: „Ich weine heute jeden Tag um die Situation in Gaza, und ich weine, weil wir dem Ganzen nichts entgegensetzen können.“

(Beifall)

Ich habe ihr gesagt, es ist richtig, dass wir um beides weinen. Ich habe ihr aber auch zugestimmt, dass es in Deutschland bei diesem Thema eine gewisse Sprach- und Orientierungslosigkeit gibt, die auch wir als SPD nicht immer von uns weisen konnten.

Lieber Tim, als du gestern von sozialdemokratischer Sprache gesprochen hast, an die wir uns gewöhnt haben, zum Beispiel in diesem Fall vom mantraartigem Wiederholen der Zwei-Staaten-Lösung und des langfristigen Friedens, habe ich auch an unsere Sprache zum Nahostkonflikt gedacht. Ich glaube, das ist ein Bereich, in dem wir von dieser sozialdemokratischen Sprache zu klarer Sprache und zu sozialdemokratischem Herzen kommen müssen.

(Beifall)

Ich glaube, heute ist ein Tag, an dem wir dafür einen Beschluss fassen können. Ich werbe deshalb für den Ini02, auch wenn wir in Berlin vielleicht eine etwas weitergehende Beschlusslage haben. Lest euch den Berliner Antrag trotzdem durch. Ich glaube, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, aber natürlich nur, wenn dem, was wir heute aufschreiben, auch praktische Taten und Konsequenzen folgen.

Wir müssen die Stimme in der Bundesregierung für humanitäre Hilfe, für Waffenstillstand und Frieden sein. Wer, wenn nicht wir? Wir müssen die Partei sein, die es schafft, nicht nur davon zu sprechen, sondern auch Konsequenzen zu ziehen gegenüber allen Seiten. Wir müssen es hinkriegen, den Waffenstillstand auch durchzusetzen. Wir müssen in der Frage der Anerkennungsperspektive von Palästina vorankommen, damit wir nicht nur von einer Zwei-Staaten-Lösung reden, sondern darauf hinarbeiten. Wir dürfen darüber hinaus aber nie vergessen, dass es einen weiten Teil der Welt gibt, der auch Israel nicht anerkennt und dass wir es schaffen müssen, dass auch dieser Zustand endet, weil nur die gegenseitige Anerkennung auch gegenseitiges Vertrauen in Frieden schaffen kann.

(Beifall)

Wir müssen es ebenfalls schaffen, dass wir die deutschen Waffenlieferungen an dem Maßstab des Völkerrechts ausrichten, dass wir sagen, solange dieser Krieg auf diese Art geführt wird, kann das nicht mit deutschen Waffen geschehen, und wir müssen es natürlich weiterhin hinkriegen, dass eine Wiederbewaffnung der Hamas nicht stattfinden kann und dass mit allen Partnern in der Region verlässlich daran gearbeitet wird - in beide Richtungen. Wir müssen auch innerhalb der EU mit unseren sozialdemokratischen Schwesterparteien klar sein, dass, wenn die Feststellungen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen, das Assoziierungsabkommen, so ausfallen, wie wir erwarten, Deutschland sich nicht mit Italien und Ungarn gegen eine klare Haltung der EU stellt. Ich glaube, das können wir hinkriegen mit sozialdemokratischem Herzen, mit klarer Sprache und mit einer Position, die uns dann auch außen geglaubt wird und die nicht dazu führt, dass wir zusammen weinen müssen, sondern zusammen kämpfen können. - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Joachim. - Als Nächste hat Isabel Cademartori aus Baden-Württemberg das Wort. Ihr folgt Lasse Rebbin von den Jusos.

(Beifall)

Isabel Cademartori, Baden-Württemberg:

„Es ist weder ethisch noch moralisch vertretbar, dass Menschen unter Panzerbeschuss, Scharfschützenfeuer und Mörsergranaten versuchen müssen, eine humanitäre Zone zu erreichen oder es eben nicht schaffen."

Das sind die Worte eines israelischen Soldaten, der seinen Einsatz im Gazastreifen beschreibt, bei dem es immer wieder dazu kommt, dass Menschen auf dem Weg zur humanitären Hilfe getötet werden. Diese Aussage belegt eindrücklich zum einen, was in Gaza an Völkerrechtsverstößen passiert, aber auch, was in der israelischen Gesellschaft damit gemacht wird, wie die Reservisten unter diesem moralischen Dilemma leiden und wie Hunderte und Tausende von Israelis jeden Tag auf die Straße gehen, damit dieser Krieg bald endet.

Liebe Genossinnen und Genossen, in Gaza sind bislang, klar identifizierbar mit Namen, 15.600 Kinder getötet worden. Um das einmal ins Verhältnis zu setzen: Das sind alle Kinder einer Stadt wie Konstanz, Fulda oder Lüneburg. Es sind im Schnitt 26 Kinder pro Tag von der israelischen Armee getötet worden. Das ist eine Schulklasse am Tag. Wir brauchen deshalb dringend einen Waffenstillstand in Gaza. Dieses Töten muss ein Ende finden.

(Beifall)

Und natürlich ist Bedingung dafür - das will ich hier auch ganz klar sagen -, dass die Hamas sofort und bedingungslos alle Geiseln freilässt, die Waffen niederlegt und den Weg freimacht für eine zivile Verwaltung Gazas.

(Beifall)

Aber auch die israelische Regierung muss ihre Pläne der Vertreibung und Besatzung Gazas aufgeben, den sogenannten Trump-Plan, und sich darauf einlassen, gemeinsam

mit den europäischen und arabischen Partnern einen Friedensplan für Gaza auf den Weg zu bringen.

(Beifall)

Es sind gerade auch unsere israelischen Partner und Partnerparteien, die uns fragen: Was macht ihr in Deutschland, um uns zu unterstützen? Was macht ihr, um Benjamin Netanjahu und seine Regierung von Radikalen zu schwächen? Wir dürfen uns an dieser Politik nicht beteiligen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, wir sind in der Analyse nah beieinander. Jetzt geht es darum, das in Taten umzusetzen. Und wir können etwas tun, und wenn wir was tun können, um dieses Töten zu beenden, dann sollten wir es tun. Wir müssen die Waffenlieferungen so begrenzen, dass wir sicherstellen, dass sie nicht völkerrechtswidrig zum Einsatz kommen. Wir dürfen EU-Initiativen nicht blockieren gemeinsam mit Faschistenregierungen wie Ungarn und Italien, die zu einer Verbesserung dieser Lage beitragen könnten. Und wir müssen endlich eine glaubwürdige Anerkennungsperspektive für Palästina schaffen, damit es zwei Staaten geben kann, wo Menschen gemeinsam nebeneinander in Sicherheit leben können. Dafür werden wir uns in der Bundestagsfraktion einsetzen, gemeinsam mit der Bundesregierung auf Basis dieses Beschlusses; denn die SPD muss zum Völkerrecht stehen und glaubwürdig in jedem Konflikt für ihn eintreten. Dafür stehen wir weiterhin und immerfort. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Isabel. - Als Nächster hat Lasse Rebbin von den Jusos das Wort. Ihm folgt Claudia Moll aus Nordrhein-Westfalen.

Lasse Rebbin, Nord-Niedersachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede hier relativ spontan. Ich möchte mich erst einmal dafür bedanken, dass diese Debatte, glaube ich, sehr ordentlich geführt wird, denn das Thema - das wurde ja auch anfangs von Dietmar noch einmal ausgeführt - ist ja durchaus ein polarisierendes, das viel spaltet und wo viel mit Vorwürfen gearbeitet wird. Deshalb bin ich auch sehr dankbar, dass uns jetzt ein Antrag vorliegt, anhand dessen wir, glaube ich, hier eine gute Diskussion strukturieren und starten können; denn sicherlich wird es ja auch nicht das Ende sein.

Warum ich hier hochgekommen bin: Wir Jusos beschäftigen uns sehr intensiv mit der Thematik, weil wir intensiv in dem Willy Brandt Center arbeiten, das wundervolle Willy Brandt Center, das damals noch von unserer damaligen Juso-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles gegründet worden ist. Also, es ist schon eine ganze Zeit her.

(Beifall)

Dieses Center erfüllt die Aufgabe, was, glaube ich, sehr selten ist, was gerade auch in der aktuellen Lage sehr selten ist, dass Israelis und Palästinenser*innen an einem neutralen Ort zusammenkommen und sich austauschen können, und das in einer Lage, wo sie sich zum Beispiel in Kriegen befinden oder wo die Regierungen sehr verfeindet sind. Diese Austausche sind immer sehr bewegend. Die bewegen auch immer wieder Jusos, die dort vor Ort sind. Sie zeigen, glaube ich, dass es sich lohnt, solche Projekte zu unterstützen und sie zu fördern, auch wenn es schwierig ist, denn das trägt dazu bei, dass Verständigung entstehen kann und dass beide Seiten daran arbeiten können, diese Konflikte zu lösen.

Warum ich nach oben gekommen bin, ist nicht nur, um das Willy Brandt Center einmal hervorzuheben, sondern auch unsere israelischen Genoss*innen aus dem Willy Brandt Center, die sind nämlich heute hier. Sie wurden eben schon vom Präsidium begrüßt. Das sind die Leute, die jede Woche immer wieder jeden Tag auf die Straße gehen und gegen die Politik der Regierung Netanjahu protestieren, die klarmachen, dass die Geiseln endlich freigelassen werden müssen und dass er endlich alles dafür tun muss, dass diese Geiseln freikommen.

(Beifall)

Sie sagen auch ganz klar - das möchte ich hier einmal transportieren -, deshalb müssen wir auch den Druck auf diese Regierung erhöhen, denn er könnte mehr tun. Er könnte mehr für die Geiseln tun, und er könnte mehr dafür tun, dass das Leid in Gaza endlich endet. Dafür gehen diese Menschen jeden Tag auf die Straße unter den widrigsten Umständen. Ich finde, das hat unseren Respekt verdient, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb möchte ich danke dafür sagen, dass sie heute hergekommen sind, dass sie dauerhaft mit uns im Gespräch sind, dass sie trotz der schwierigen Umstände auch bei sich vor Ort, zu Hause weiterhin an Frieden glauben und daran arbeiten, dass sie mutig sind und auf die Straße gehen und dass sie gemeinsam wie wir für internationalistische Forderungen und für einen Frieden vor Ort kämpfen. Vielen lieben Dank, liebe

Genoss*innen. Ihr macht das großartig, und ich glaube, ihr habt von diesem Parteitag die vollste Solidarität.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Lasse. Ich habe zu Beginn der Debatte auch schon auf die Informationen zum Willy Brandt Center hingewiesen und die Genoss*innen aus Israel begrüßt. Noch einmal herzlichen Dank auch hier von dieser Seite.

Claudia Moll aus NRW ist die nächste Rednerin. Ihr folgt Martin Hikel aus Berlin.

Claudia Moll, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Selbst, wenn es diesen Antrag nicht gegeben hätte, hätte ich zu diesem Thema etwas gesagt, denn ich möchte nicht mehr schweigen.

Ich war fassungslos, als die Hamas diese Menschen dort in Israel im Oktober überfallen hat. Für mich war das ein regelrechtes Abschlachten. Aber genauso bin ich entsetzt, und es geht mir wirklich so ans Gemüt, wenn ich sehe, wie die Menschen im Gazastreifen leiden,

(Beifall)

wenn ich sehe, wie Kinder hungern müssen, wie Menschen leiden müssen. Mir ist nicht wichtig, was du hast. Mir ist nicht wichtig, wer du bist. Mir ist auch nicht wichtig, woher du kommst. Mir ist auch nicht wichtig, welcher Religion du angehörst, ob du Atheist bist, Christ, Jude oder Moslem. Wichtig ist nur: Da ist ein Mensch.

(Beifall)

Ich weiß, wir haben sehr oft darüber diskutiert. Ich möchte gar keine Partei ergreifen, denn es geht hier um Menschen - genauso um die Menschen in Israel wie um die Menschen im Gazastreifen. Ich bin der Meinung, wir dürfen nicht länger zuschauen, wie Menschen verhungern müssen, wie Menschen auf den Straßen leben müssen und wie es nicht mehr dazu kommt, dass humanitäre Hilfe in Gaza reinkommt. Ich hoffe, dass wir da jetzt zu einer guten Lösung kommen. Ich werde dazu nicht mehr schweigen. Es geht nicht. - Danke.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Claudia. - Als Nächster hat Martin Hikel aus Berlin das Wort. Ihm folgt Reem Alabali-Radovan aus Mecklenburg-Vorpommern.

Martin Hikel, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ein absolutes Privileg, dass wir hier stehen können und in Frieden über dieses Thema miteinander diskutieren können. Ich bin sehr dankbar, dass uns hier ein Antrag vorliegt, der in seiner Sprache und in seiner Ausgewogenheit versucht hat, differenziert zu argumentieren und differenziert verschiedene Perspektiven zusammenzuführen. Denn ich glaube, es ist gerade wichtig, dass wir dieses Privileg, was wir hier haben, nutzen, um genau solche Räume zu schaffen, wo wir dieses Thema sachlich miteinander zur Verständigung bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein sehr prägendes Ereignis war mein Besuch in Israel zu Juso-Zeiten.

Jeder, der mal dort gewesen ist, weiß, wie schwierig es ist, in Sprachlosigkeit nebeneinander zu leben und in Angst nebeneinander zu leben und was Angst mit Menschen macht, wie sehr sie durch diese Angst auseinanderdividiert werden und was für eine hochkomplexe Situation wir vor Ort haben, die in den letzten Jahren immer schlimmer geworden ist, und was für ein Privileg wir haben, dass wir nicht unter einem Terrorregime leiden müssen, das uns täglich unterdrückt, das unsere Meinungsfreiheit, unsere demokratischen, pluralistischen Prinzipien zu unterdrücken versucht, und dass wir auf der anderen Seite das Privileg haben, in einem demokratischen Staat zu leben, der nicht jeden Tag von terroristischen Organisationen oder anderen Staaten angegriffen wird.

(Beifall)

Dieses Privileg müssen wir zu schätzen lernen. Darum bin ich dankbar, dass wir diesen Raum hier haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln. Ich kann euch sagen, dass nach dem 7. Oktober der Bezirk Neukölln bundesweit in die Schlagzeilen geraten ist, weil Menschen hier in Berlin, hier in Deutschland, in einem

friedlichen Land, die Situation genutzt haben und versucht haben, einen Konflikt und Botschaften eines Terrorregimes auf unsere Straßen zu bringen und Menschen gegeneinander aufzuhetzen, die die Eskalation in Nahost, den genozidalen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 dazu genutzt haben, hier etwas abzufeiern, wo es etwas zu betrauern gibt, die versucht haben, die emotionale Aufgebrachtheit von Menschen, die hier leben, die Verwandte, Freundinnen und Freunde in Gaza, im Westjordanland haben, die in Angst um ihre Freundinnen und Freunde leben, in Wut und Hass umzuwandeln.

Das ist etwas, das mich zutiefst besorgt. Denn wenn ich mir anschaue, dass sich nach dem 7. Oktober die Anzahl antisemitischer Straftaten von rund 2.700 in 2022 auf 8.600 Straftaten in 2024 verdreifacht hat und dass mittlerweile rund 3.000 antisemitische Straftaten auf 100.000 Jüdinnen und Juden zu verzeichnen sind, dann ist das eine unfassbar hohe Zahl, die wir uns überhaupt nicht vorstellen können. Wie wir sehen, ist es so, dass das, was in Nahost passiert, uns hier vor Ort unmittelbar tangiert. Umso wichtiger ist, dass wir wichtige Prämissen niemals außer Acht lassen. Eine Prämisse ist, dass unsere Solidarität selbstverständlich dem Staat Israel gilt - überhaupt keine Frage. Dazu müssen wir stehen, und zwar jeden Tag, liebe Genossinnen und Genossen, und egal mit wem wir sprechen.

(Beifall)

Wichtig ist, dass wir umgekehrt auch immer sagen, dass wir hinter den Menschen in Gaza und im Westjordanland stehen, dass wir hinter denjenigen stehen, die unter dem Terrorregime in Gaza leiden, die unter dem Regime der Hamas leiden und die darunter leiden, dass eine Terrororganisation die Zivilbevölkerung als Schutzschilde gegen einen Staat nutzt, um diesen zu delegitimieren, die also in doppelter Hinsicht missbraucht werden und doppelt leiden. Auch das müssen wir anerkennen, liebe Genossinnen und Genossen, und auch das muss eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall)

Darum bin ich sehr dankbar, dass es diesen Antrag gibt, der versucht, einen Kompromiss herzustellen. Ich möchte dafür werben, dass wir das Privileg, diese sachliche Diskussion in Frieden führen zu können, nutzen, um für Verständigungsräume zu sorgen, um hier vielleicht genau das zu schaffen, was in Israel eben nicht funktioniert: die Verständigung zwischen Menschen herzustellen, die momentan von ihren Regierungen instrumentalisiert werden. Das können wir hier überwinden, indem wir diese Diskussionsräume schaffen. Darum danke ich für den Antrag und möchte dafür werben, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank und Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, lieber Martin. - Auch ich will einmal ausdrücklich Dankeschön sagen, dass diese Debatte hier mit so viel Empathie und Respekt geführt wird - ich glaube, das ist schon fast ein besonderes Zeichen -, und das in Anwesenheit unserer israelischen und palästinensischen Gäste.

(Beifall)

Mich zumindest bewegt das sehr. Ich glaube, dass wir als Sozialdemokratie dafür sorgen müssen, dass so etwas möglich ist. – Reem Alabali Radovan, unsere Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus Mecklenburg-Vorpommern, ist die Nächste. Ihr folgt Sanae Abdi aus NRW.

Reem Alabali Radovan, Mecklenburg-Vorpommern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch an das Schicksal der Familie Bibas erinnern. Die Familie Bibas wurde am 7. Oktober 2023 von ihrem Kibbuz in Israel von der Hamas entführt. Kurze Zeit später wurde sie ermordet. Die Leichen wurden erst vor wenigen Wochen an die Familien übergeben. Unter den Ermordeten der Familie Bibas waren zwei Kinder. Das jüngste Kind, Kfir, war neun Monate alt.

Ich möchte euch an das Schicksal der palästinensischen Ärztin Dr. Alaa al-Najjar erinnern. Vor wenigen Wochen, als sie im Krankenhaus in Chan Yunis als Ärztin gearbeitet hat, um die vielen Verwundeten zu versorgen, sind bei einem israelischen Luftanschlag neun ihrer zehn Kinder getötet worden. Der jüngste unter ihnen, Sidar, wurde sieben Monate alt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir hier gerade darüber debattieren, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, um wen und um was es geht. Es geht um das Schicksal genau dieser Menschen.

(Beifall)

Sie stehen stellvertretend für die 1.200 Israelis, die dem Terror der Hamas am 7. Oktober 2023 zum Opfer gefallen sind. Sie stehen stellvertretend für die 250 Israelis, die von der Hamas in Geiselhaft genommen wurden. Sie stehen stellvertretend für die über 50.000

getöteten Palästinenser*innen, darunter ein Großteil Kinder. Liebe Genossinnen und Genossen, hier kann es doch bei uns keine zwei Meinungen geben. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen an der Seite der Zivilbevölkerung, die unter diesem Terror und unter diesem Krieg leidet.

(Beifall)

Wir stehen an der Seite der Israelis, der Tausenden Israelis, die seit Monaten für Frieden auf die Straße gehen. Wir stehen an der Seite der Palästinenser*innen, die in Gaza trotz dieser katastrophalen Situation gegen die Hamas auf die Straße gehen.

(Beifall)

Und wir stehen dafür, dass kein Leben über dem anderen steht. Das ist für uns klar, und das zeigen wir heute.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der 7. Oktober 2023 und seine Folgen waren eine Zäsur: für den Nahen Osten, für die internationale Gemeinschaft und auch für unsere Gesellschaft. Ja, viele haben lange auf ein Signal von uns gewartet. Deshalb ist es so wichtig, dass wir mit dem Antrag heute dieses Signal senden. Wir stehen klar zum Existenzrecht Israels. Natürlich ist es ein legitimes Recht, dass Israel seine Bevölkerung vor dem Terror der Hamas schützt. Es ist aber ebenso klar, dass jedes staatliche Handeln dem Völkerrecht unterliegt. Wenn Völkerrecht gebrochen wird, muss es auch Konsequenzen geben.

(Beifall)

Unsere Forderungen sind klar: Humanitäre Hilfe muss rein, und zwar sofort. Es ist nicht akzeptabel, dass hungernde Menschen getötet werden, wenn sie gerade in der Schlange warten, um ihr Essen zu bekommen. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall)

Es ist für uns klar: Die Hamas muss die Geiseln bedingungslos freigeben. Und es ist für uns auch klar, auch wenn das noch nicht erwähnt wurde: Wir akzeptieren keine Annexion im Westjordanland. Wir akzeptieren keine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, und die völkerrechtswidrigen Siedlungen in Ost-Jerusalem und im Westjordanland müssen beendet werden.

(Beifall)

Es ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar, dass wir die Partei sind, die weiterhin für die Zweistaatenlösung eintritt. In diesem Sinne begrüße auch ich recht herzlich den palästinensischen Gesandten Layth Arafa und unsere israelischen Freunde, die über das Willy Brandt Center heute hier sind. Schön, dass ihr da seid!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich werbe für den Antrag, und wir werden uns in der Bundesregierung in diesem Sinne einsetzen. Lasst uns heute ein wichtiges Signal senden: für Menschlichkeit, für Völkerrecht, für den Frieden. Lasst uns gemeinsam alles dafür tun, dass dieser Albtraum endlich aufhört. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Reem. - Als Nächste hat Sanae Abdi aus NRW das Wort. Ihr folgt Sana Hummady aus Bayern.

Sanae Abdi, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte mich einmal ganz herzlich dafür bedanken, dass es möglich war, einen Antrag, einen gemeinsamen Antrag hier und heute zu debattieren, der in seiner Differenziertheit und Klarheit deutlich macht, wie die Sozialdemokratie sich schon immer in dieser Frage verhalten hat. Es gibt nämlich keine einfachen Antworten im Nahostkonflikt. Wer einfache Antworten gibt, verkennt die Komplexität. Aber es gibt klare Grundsätze, die uns leiten müssen, nämlich der Schutz von Menschenrechten, die Achtung des Völkerrechts und das Ziel eines gerechten Friedens. Dazu gehört: Die Sicherheit Israels ist ebenso unantastbar wie die Rechte der Palästinenser auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung.

(Beifall)

Ja, Israel hat ein Recht auf Selbstverteidigung. Der 7. Oktober war ein beispielloser Angriff auf jüdisches Leben, ein Terrorakt, der uns alle erschüttert hat. Die Hamas muss entwaffnet werden. Die Geiseln müssen bedingungslos freikommen. Aber auch das Recht auf Selbstverteidigung kennt Grenzen, und die Grenzen sind das Völkerrecht und die Verhältnismäßigkeit.

(Beifall)

Diese Verhältnismäßigkeit ist längst nicht mehr gegeben. Was wir in Gaza sehen, ist eine humanitäre Katastrophe: Fast zwei Millionen Menschen unter Bomben, Hunger, Vertreibung, Kinder sterben an Mangelernährung, weil Hilfsgüter blockiert werden. Das darf niemandem egal sein, erst recht nicht, wenn man solidarisch mit Israel ist. Denn wer wirklich Frieden will, muss das Leben aller Menschen schützen: jüdisches Leben, israelisches Leben, palästinensisches Leben. Deshalb sagen wir klar: Es braucht ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen, humanitäre Hilfe muss ungehindert zu den Menschen gelangen, und der Weg zu einer Zweistaatenlösung darf nicht länger blockiert werden, weder von der Hamas noch von dem Siedlungsbau, der Völkerrecht bricht, noch von einem Mangel an politischem Willen. Die Anerkennung Palästinas kann dabei ein Hebel sein, nicht als Automatismus, sondern eingebettet in eine Strategie für Frieden.

Wir wollen nicht Symbolpolitik. Wir wollen Wirkung, und zwar für zwei souveräne Staaten, Seite an Seite in Sicherheit und Würde. Es geht um Verantwortung gegenüber unserer Geschichte, gegenüber dem Völkerrecht, gegenüber den Menschen, die unter dieser Gewalt leiden, und es geht um Hoffnung auf eine friedliche Zukunft in Israel und Palästina.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Sanae. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen zu diesem Themenkomplex: Dorothea Marx aus Thüringen und Siemtje Möller aus Niedersachsen. Ich möchte euch vonseiten des Präsidiums vorschlagen, dass diese so wichtige, ernsthafte und von großer Gemeinsamkeit getragene Debatte nach diesen Redebeiträgen mit der Beschlussfassung über den Ini02 abgeschlossen werden könnte; das Thema ist natürlich leider nie abgeschlossen. Damit würden wir ein klares Zeichen setzen, auch gegenüber unseren Gästen. Denkt mal darüber nach, ob ihr schon nach den nächsten zwei Redebeiträgen über den Initiativantrag 02, der ja auch in allen Beiträgen vorkam, abstimmen könnt. Dann würden wir ihn zur Abstimmung vorziehen und danach zu den anderen Bereichen der Außenpolitik kommen.

(Beifall)

Ich rufe das gleich noch mal auf. Aber jetzt habe ich das schon mal angekündigt, damit wir euch damit nicht überfallen. - Dorothea Marx aus Thüringen ist die nächste Rednerin. Ich kenne sie, sehe sie aber noch nicht.

(Zuruf)

- Ach, Entschuldigung. Zuerst spricht Sana Hummady aus Bayern. Entschuldigung, liebe Sana, du bist zuerst dran. Wir haben also noch drei Wortmeldungen. - Sana Hummady aus Bayern.

(Beifall)

Sana Hummady, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es wurde schon sehr viel gesagt. Deswegen möchte ich ein ganz anderes Thema ansprechen. Denn wer glaubt, dass der Krieg in Palästina uns hier in Europa nicht betrifft und dass man bequem einfach wegschauen kann, der liegt so falsch.

(Beifall)

Hier gibt es keine Raketen. Aber auch hier gibt es Angst und Hass. Auch hier gibt es ein Klima, das Menschen gegeneinander ausspielt. Es gibt eine Entmenschlichung von Muslimen. Jüdische Menschen leben hier in Deutschland wieder in Angst, und muslimische Menschen stehen unter Generalverdacht. Synagogen brauchen Polizeischutz. Musliminnen werden gefragt, ob sie Terroristen gut finden. Es ist so unerträglich! Antimuslimischer Rassismus ist allgegenwärtig, Antisemitismus auch. Rechte erzählen uns vom antimuslimischen Rassismus und sind gleichzeitig die größte Gefahr für Jüdinnen und Juden in diesem Land. Wir dürfen nicht nur eine Seite sehen. Wir dürfen nicht wegschauen. Wir dürfen nicht denen das Feld überlassen, die spalten wollen und sich freuen, wenn sie zwei Religionen gegeneinander ausgespielt haben.

(Beifall)

Ich als Muslimin bin Teil dieses Landes, genauso wie alle Jüdinnen und Juden. Das wird immer so bleiben. Aber wir müssen klar benennen, dass das, was Netanjahu in Gaza tut, nicht okay ist. Das Leben jedes Menschen ist gleich viel wert, egal wo, woher er kommt oder welcher Religion er angehört. Kein Kind soll in Angst leben. Kein Kind soll unter Bomben aufwachsen.

(Beifall)

Am Ende muss immer Gerechtigkeit stehen. Wir müssen die Menschlichkeit der Menschen bewahren. Wir dürfen nicht schweigen, wenn tausend Zivilist*innen ermordet werden, wenn Menschen keinen Zugang zu Wasser, Essen und medizinischer Versorgung haben. Völkerrecht ist keine Empfehlung!

(Beifall)

Wenn wir als SPD glaubwürdig bleiben wollen, draußen in der Welt und hier im Saal, dann müssen wir sie einfordern, für alle und das ohne Ausnahme. - Vielen Dank.

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Sana. - Die nächste Wortmeldung kommt von Dorothea Marx aus Thüringen. Ihr folgt Siemtje Möller. - Hallo Dorle, bitte sehr.

Dorothea Marx, Thüringen:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Gäste! Zunächst einmal möchte ich mich wirklich für die sehr sachlich geführte Debatte und die trotzdem gebotene Emotionalität bedanken; denn die treibt uns natürlich immer an. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, zu sagen, dass wir in den vergangenen Redebeiträgen schon festgestellt haben - daran möchte ich anknüpfen -, dass die Menschlichkeit, die uns umtreibt, eine Sache ist, die nicht sozusagen durch die Länderzuordnung entschieden wird, sondern durch die Menschen, die handeln, und die Menschen, die sich gegen diese Art der Auseinandersetzung, wie sie da stattfindet, gewendet haben und noch wenden.

Wir stellen uns hier an die Seite einer israelischen Zivilgesellschaft, die sich schon vor dem unfassbar grausamen Überfall der Hamas gegen Netanjahus Politik ausgesprochen hatte und die das jetzt wieder tut. Weil es ja um die Angriffe auf diese Menschen ging, die an einer Versorgungsstelle gewartet haben und beschossen wurden: Diesem Fall hat sich inzwischen auch ein israelischer Staatsanwalt angenommen. In Israel selbst wird also der Vorwurf der Völkerrechtsverletzung geprüft, weil Israel - bei allen Widrigkeiten und bei aller berechtigten Kritik an Netanjahu - immer noch ein demokratisches Land ist. Andere Länder in dieser Region sind es nicht. Auch das möchte ich hier hervorheben.

(Beifall)

Es ist zu Recht gelobt worden, dass es auch eine Palästina-Kritik an der Hamas gegeben hat. Aber davon hören wir sehr wenig, weil die Menschen, die diese Kritik üben, sie nicht

überleben, jedenfalls nicht lange. Was den Terror der Hamas betrifft - daran muss ich auch einmal erinnern -, redet man nicht über Völkerrechtswidrigkeit. Das ist einfach nur brutalstmöglicher Terror und eine Entgrenzung gewesen, die wir nie zuvor erlebt haben.

Die Hamas hat sich zwei Jahre lang auf dieses Attentat vorbereitet. Sie hat Leute gemetzelt. Sie hat geschändete, misshandelte, massakrierte Frauen als Trophäen auf Trucks durch die Stadt gefahren. Die haben mit ihren Verbrechen angegeben. Die beiden Kinder der Familie Bibas, die, wie wir heute wissen, kurz nach dem Überfall ermordet wurden, wurden dann noch tiefgekühlt bzw. als Handelsware verwahrt für weitere Maßnahmen oder Druckausübung der Hamas. Bei allem, was wir jetzt zu Recht sagen - jedes getötete Kind ist ein Kind zu viel, und kein Kind darf sterben, und zwar auf keiner Seite -: Wir müssen auch sicherstellen, dass die Hamas diesen Konflikt nicht überlebt. Das, was sie gesagt hat, dass sie das nämlich jederzeit gerne wieder machen würde, darf nicht eintreten.

(Beifall)

Deswegen sind Forderungen nach der Eingrenzung von Waffenlieferungen an Israel aus dieser Sicht schwierig. Denn Wehrlosigkeit gegenüber den Hamas-Terroristen dürfen wir uns auch hier nicht wünschen.

Ich bedanke mich noch einmal für die sehr sachlich geführte Debatte und freue mich, dass wir hier, wie ich denke und hoffe, mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag finden.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dorothea. - Jetzt kommt als letzte Rednerin in dieser Debatte Siemtje Möller aus Niedersachsen.

(Beifall)

Siemtje Möller, Niedersachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der 7. Oktober 2023 markiert das größte Massaker an Jüdinnen und Juden nach der Schoah. Zu Recht ist daraus das Selbstverteidigungsrecht Israels erfolgt, weil der Staat Israel genau wie jeder andere Staat die Verantwortung und

die Pflicht hat, sein eigenes Volk gegen die Bedrohung zu verteidigen, die von der Hamas ausgeht. Gleichzeitig ist es ja auch so, dass wir uns davon berühren lassen, dass wir die Trauer und das, was beschrieben wurde, sehen, dass wir mit den Familien leiden, die auf die weiterhin in Geiselhaft gehaltenen Geiseln warten und eine unfassbare Trauer und Ungewissheit spüren. Auf der anderen Seite sehen wir, dass unfassbares Leid in Gaza passiert.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, auch wenn das vielleicht etwas unangemessen wirken mag: Ich bin für die Redebeiträge und ich bin den Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion sehr dankbar für das, was ihr ausgedrückt habt, dass nämlich das Leid gesehen wird, dass wir das Signal setzen wollen, dass wir klar an der Seite Israels stehen, dass wir unsere historische Verantwortung für Israel sehen, dass wir aber gleichermaßen auch an der Seite der Zivilbevölkerung in Gaza stehen, dass wir das Leid sehen und dass wir sagen wollen, das ist nicht in Ordnung, und das muss ein Ende haben.

(Beifall)

Es ist gut, dass wir dieses Mitgefühl für beide Seiten haben. Es ist gleichzeitig gut, dass wir hier miteinander Klarheit haben, dass wir das auch benennen, dass wir sagen, es gilt das Selbstverteidigungsrecht, es gilt die Solidarität mit dem Staat und der Bevölkerung Israels, und es gelten gleichermaßen das Völkerrecht und die Solidarität mit dem leidenden Volk von Gaza und auch im Westjordanland.

(Beifall)

Es ist gut, dass wir hier in der Debatte Wertschätzung, Anerkennung und Vertrauen einander entgegengebracht haben. Ich möchte hier insbesondere den Antragstellerinnen und Antragstellern danken, und zwar beiden Seiten. Denn ihr habt einen Antrag geschaffen, seid aufeinander zugegangen und habt die Positionen vereint, sodass wir in der Differenziertheit und der Klarheit ein Signal senden können. Wir stehen weder auf der einen noch auf der anderen Seite, sondern wir stehen auf der Seite der Menschlichkeit, des Mitgefühls und der Solidarität mit denjenigen, die leiden.

(Beifall)

Daraus folgt die vollkommen richtige Positionierung, die in dem Antrag ausgemacht wurde: Die Waffen müssen endlich schweigen. Die Geiseln müssen endlich freigelassen werden. Es braucht die Freigabe des Gazastreifens durch die Entwaffnung der Hamas und durch eine Reformierung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Wir brauchen die sofortige Ermöglichung von humanitärer Hilfe und den Zugang zu medizinischen Gütern. Und: Langfristig gesehen braucht es natürlich die Zweistaatenlösung. Denn nur

die Zweistaatenlösung führt dazu, dass beide Völker auf Dauer in Frieden und Sicherheit miteinander leben können.

(Beifall)

Dafür stehen wir mit diesem Antrag, und das ist richtig und gut. Ich danke euch allen dafür, dass wir diese Position hier gemeinsam einnehmen konnten und dass wir mit diesem Antrag das klare Signal senden: Wir stehen für das Völkerrecht, für das Mitgefühl, für die internationale Solidarität und an der Seite der Menschen, die unter Krieg und Hunger leiden. Dem wollen wir ein Ende setzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Abstimmung Initiativantrag 02 – „Für Deeskalation und Frieden im Nahen Osten“
Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Siemtje. - Ich hatte es euch eben schon angekündigt: Wir würden euch vonseiten des Präsidiums gerne vorschlagen, über den Initiativantrag 02 – „Für Deeskalation und Frieden im Nahen Osten“ - direkt nach dieser Debatte abzustimmen und dann die außenpolitische Debatte fortzusetzen. Ich danke euch auch noch mal für diese sehr respektvolle, empathische und ernsthafte Debatte und will auch an unsere Gäste das Signal richten, dass wir alles dafür tun wollen, dass endlich Frieden herrscht, dass die Geiseln befreit werden, dass der Krieg beendet wird und dass humanitäre Hilfe zu den Menschen kommt.

Unser Vorschlag wäre, dass wir jetzt direkt abstimmen. Ich frage, ob sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch erhebt. - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über den Initiativantrag 02 abstimmen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? - Bei einer Gegenstimme ist dieser Antrag mit großer, großer Mehrheit beschlossen - ganz herzlichen Dank -, auch als Signal an unsere Gäste.

(Beifall)

Ich mache jetzt einmal transparent, warum die Redeliste etwas ungewöhnlich aussieht. Wir haben noch drei Wortmeldungen. Es sind zufälligerweise drei Männer, die sich allgemein zur Außenpolitik gemeldet haben. Dann gehen wir mit der Wortmeldung von Nina Scheer zu denen über, die sich zu dem Thema „5 Prozent“ gemeldet haben. Deshalb ist das jetzt ein bisschen anders als sonst. Wie schon angekündigt, ist Fabian Funke derjenige, der sich allgemein zum Antragsblock A gemeldet hat. Es folgt Jürgen Coße, danach Victor Strogies. Dann gebe ich an Katja ab, die den Teil zum nächsten Themenblock moderieren wird. - Fabian Funke von den Jusos, bitte sehr.

Fabian Funke, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe jetzt so ein bisschen die dankenswerte und vielleicht auch schwierige Aufgabe, zwischen diesen beiden großen und wichtigen Themenblöcken zu sprechen. Ich würde sie gerne nutzen, um einerseits den Blick zu weiten und auf ein paar Themen einzugehen, die in dem Antragsblock vorkommen, die aber wegen dieser beiden Themen nicht so eine große Rolle spielen, und ich möchte noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns noch mal anschauen, wo die Sozialdemokratie steht. Es ist gut, dass wir in der außenpolitischen Realität angekommen sind. Es ist gut, dass wir Lehren gezogen haben und dass wir uns vor zwei Jahren auch gemeinsam vereinbart haben. Es wäre gut und wichtig, dass wir zu diesen Vereinbarungen stehen und jetzt nicht den Fehler begehen, wieder zu einer alten Naivität zurückzukehren. Ich bin der festen Auffassung, dass Frieden Diplomatie braucht. Ich glaube aber auch, dass Frieden von uns allen verteidigt werden muss. Deswegen denke ich, dass die Investitionen in unsere Sicherheit notwendig sind. Ich glaube, dass die umfassende Unterstützung der Ukraine als dem Land, das gerade auch unsere Freiheit und unseren Frieden in Europa verteidigt, zwingend notwendig ist. Und ich glaube, es ist auch notwendig, dass wir sehr klar gegenüber den Aggressoren auf dieser Welt auftreten und uns nicht wieder von der Realität verabschieden, zurück zu einer Zeit, die lange nicht mehr existiert.

Ich glaube aber auch, dass wir Außenpolitik deutlich breiter denken müssen, als sie gerade diskutiert wird, und dass wir sie nicht nur militärisch sehen können, weil für uns Sozialdemokraten Frieden und Sicherheit noch viel mehr ist. Es geht darum, dass wir Rechtsstaatlichkeit überall auf der Welt verteidigen, dass wir die internationalen Institutionen wie den Europarat und auch die Vereinten Nationen stärken, dass wir eben nicht nur über Militär und Verteidigung reden, sondern gleichermaßen über Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, dass wir gleichzeitig schauen, wie wir auch mit den Verfolgten und Oppositionellen beispielsweise in Russland und Belarus umgehen, dass wir genau den Menschen, die dort gegen Putin und gegen diese Systeme kämpfen, unsere Unterstützung zusichern und dafür sorgen, dass wir sie auch bei uns aufnehmen, dass wir sie fördern und dass wir diesen wichtigen Kontakt an diesen Stellen nicht abbrechen lassen.

Ich finde es auch wichtig, dass wir unsere Verteidigungsausgaben erhöhen, dass wir aber gleichzeitig sagen: „Was wollen wir eigentlich? Welche Fähigkeiten wollen wir?“, dass wir nicht willkürliche Prozentziele einfach so akzeptieren, ohne uns die Frage zu stellen:

Braucht es die eigentlich, wofür sind sie da, und welche Fähigkeiten wollen wir in der NATO davon haben? Das heißt auch, dass wir nicht zuallererst eine Pflichtdebatte führen, die wieder nur junge Menschen, die in den letzten Jahren auch schwer unter Dingen gelitten haben, zur Verantwortung zieht, bevor wir nicht alles andere versucht haben, um die Bundeswehr zu stärken. Ich glaube, nur dann kann unsere Außenpolitik sozialdemokratisch und glaubwürdig sein, und nur dann kann sie gleichermaßen pragmatisch und realistisch sein. Mein Wunsch für die sozialdemokratische Außenpolitik der Zukunft ist, dass wir diesen Weg alle gemeinsam beschreiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Fabian. - Als Nächster folgt Jürgen Coße, dann Victor Strogies.

Jürgen Coße, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will nahtlos an das anknüpfen, was Fabian gerade gesagt hat. Ich habe manchmal das Gefühl, dass wir gerne über Trennendes streiten und zu wenig Gemeinsames betonen. Was ist denn eigentlich sozialdemokratische Außenpolitik? Für mich ist sozialdemokratische Außenpolitik, wenn es uns gelingt, Frieden und Sicherheit zusammenzudenken, dass also Frieden und Sicherheit zusammengehören und nicht voneinander getrennt werden können.

Aber was meinen wir, wenn wir über Sicherheit reden? Häufig reden wir gar nicht so viel über Militär. Vielleicht verstärken das die Medien; ich bin mir sogar sicher. Und vielleicht springen wir auch über jedes Stöckchen, das uns hingehalten wird. Frieden bedeutet doch auch, dass er nur möglich ist, wenn man in Sicherheit lebt. Und umgekehrt ist es doch genauso. Aber was meinen wir, wenn wir über Sicherheit reden? Sicherheit bedeutet doch: Da, wo ich lebe, habe ich zum Beispiel frisches Wasser. Da, wo ich lebe, habe ich ein gutes Gesundheitssystem. Da, wo ich lebe, bin ich nicht bedroht von Verfolgung, bin ich nicht bedroht von Krieg. Da, wo ich geboren bin, habe ich eine Perspektive, weil ich nicht von Malaria und anderen Krankheiten bedroht bin. Heißt Sicherheit nicht auch soziale Sicherheit?

Und warum, liebe Genossinnen und Genossen, diskutieren wir so wenig über diesen Zusammenhang und geben nicht gleichzeitig in dieser Zeit die doppelte Antwort, dass beides zusammengehört? Ich glaube, in dieser Antwort liegt die sozialdemokratische

Chance, auch wieder Mehrheiten zu gewinnen, weil es eben keine Widersprüche sind, sondern eine Gemeinsamkeit ist.

Vielleicht hilft uns die Debatte, die wir eben über Gaza geführt haben. Mein Erlebnis als einer, der sich in der Bundestagsfraktion auch mit internationaler Politik beschäftigt, ist immer auch gewesen, dass die Debatten dort genauso sachlich ablaufen. Und manchmal ist man entsetzt, wenn man in der Zeitung liest, die hätten sich gestritten, obwohl dieser Streit relativ klein ist, weil wir doch eine Gemeinsamkeit haben und sie übrigens alle immer betont haben, ob Lars Klingbeil oder Rolf Mützenich. Keiner ist der Auffassung, dass Sicherheit und Frieden nicht zusammengehören. Und meine Auffassung ist, dass wir überall, wo wir stehen und gehen, dafür sorgen sollten, dass das zusammengehört.

Wer soll denn ökonomische Stärke, ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit mit dem Mut für Frieden und Sicherheit zusammenbringen? Welche Partei steht in der Bundesrepublik Deutschland dafür? Ich habe darauf nur eine Antwort: Das zusammenzudenken, das auch in Handeln umzusetzen, kann nur eine Partei, und das sind wir, liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. - Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Jürgen. - Als Nächster: Victor Strogies aus Bayern.

Victor Strogies, Bayern:

Eigentlich aus Franken. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zwei, drei Sätze zum Antrag A10, zum sehr guten Antrag zur Syrien-Politik, sagen und einen kleinen Änderungsantrag einbringen.

Wichtig nach dem Sturz des Assad-Regimes ist, dass, wenn Syrien unsere Unterstützung braucht, wir den Menschen dort die Hand reichen und die Leute dort unterstützen, nicht nur in militärischen Sachen, sondern auch in zivilen Angelegenheiten.

Die einzige Sache, die ich bei diesem sehr guten Antrag ein bisschen ergänzen wollen würde: Beim Antrag A10, in der Zeile 38, steht: „Deutschland und die EU verpflichten sich zur schnellen und unbürokratischen Unterstützung bei der Dokumentation und

Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen des Assad-Regimes [...]“. Hier würde ich gerne noch einfügen: „und andere Gruppierungen“.

Warum? Wir haben nicht nur das Assad-Regime und den IS, die Menschenrechtsverbrechen begangen haben. Wir haben die russische Regierung, Russland, wir haben die Ereignisse in Afrin, in Rojava. Wir haben Verbrechen - Syrien ist ja ein multireligiöser Vielvölkerstaat - an Minderheiten. Wir haben nicht nur die Ereignisse vom 07.03. bis zum 10.03.2025, die erwähnt werden, sondern wir haben auch weitere Menschenrechtsverbrechen. Eine Aufarbeitung kann nur dann funktionieren, wenn wir alle Verbrechen dokumentieren und diese aufarbeiten. - Vielen Dank für eurer Zuhören. Wir sehen uns. Servus! Ciao!

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Wortbeitrag, Victor. - Jetzt wechseln wir zum nächsten großen Themenblock, dem Thema 5-Prozent-Ausgaben. Ich gebe über an Katja Pähle für den weiteren Teil zur Außenpolitik. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit. Es macht Spaß hier mit euch.

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Nicht nur, dass es Spaß macht. Ich glaube, wir alle hier oben sind von eurer Disziplin sehr begeistert. Das ist in dem Bereich auch wichtig, weil wir nämlich genau diesen Bereich heute gerne noch abschließen wollen, und das quasi in voller Parteitagsstärke. Das Thema ist es auf jeden Fall wert.

Wir steigen jetzt in den nächsten Themenblock ein. Die erste Rednerin ist Nina Scheer. Auf Nina folgt Klaus Barthel.

Nina Scheer, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es steht jetzt in Rede, wie wir mit der akuten Situation umgehen und dass von uns in sehr kurzer Zeit nicht ein Anteil von 2 Prozent des BIPs für die NATO-Beiträge gefordert werden, die bei uns vor wenigen Jahren schon eine heftige Diskussion ausgelöst haben, sondern es stehen jetzt 5 Prozent in Rede.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, was diese 5 Prozent bedeuten. Es wird ja teilweise schon angemahnt oder eingeworfen, na ja, man müsse ja auch mal gucken, was zu Willy-Brandts-Zeiten gezahlt wurde. Da waren es 3,5 Prozent. Aber was bedeuteten diese 3,5 Prozent hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur, die hinter diesen jeweiligen Sicherungssystemen standen? Seither hat eine NATO-Osterweiterung stattgefunden. Wenn man das miteinander verrechnet, machen diese 3,5 Prozent von damals übertragen auf heute 1 Prozent aus. Also, die Vergleichbarkeit von damals zu Willy-Brandts-Zeiten mit 3,5 Prozent bedeutet, dass wir, wenn wir das Gleiche wie damals heute täten, 1 Prozent ausgeben würden. Lasst euch also bitte nicht von solchen Zahlen in die Irre führen.

(Beifall)

Dann muss man natürlich ganz klar sagen: Was bedeuten diese 5 Prozent in Bezug auf das, was dann alles nicht geleistet werden kann? Es ist nicht förderlich für unsere Sicherheit, wenn wir dann nicht mehr Dinge leisten können, die jetzt unmittelbar in puncto Sicherheit zu leisten sind. Ich bin gestern schon darauf eingegangen und möchte nur einen kurzen Ausschnitt daraus noch einmal erwähnen: Die massiven Bedrohungslagen, die wir durch den Klimawandel haben, die wir durch die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen haben, verlangen Investitionsaufwendungen, auch staatlicherseits, die jetzt dringend aufgewendet werden müssen. Wenn man uns das nicht mehr erlaubt oder wenn wir uns das selbst nicht mehr erlauben, wenn die Erwartungshaltung, die an uns herangetragen wird, bedeutet, dass wir es uns nicht mehr leisten können, uns in der Abhängigkeit von fossilen Ressourcen halten und darüber dann Kriege geführt werden, dann ist das ein Bumerang, dann ist das eine Sackgasse auch für die sicherheitspolitische Lage.

(Beifall)

Deswegen darf eine prozentuale Verpflichtungsstruktur nicht an der Stelle von Sicherheit stehen, sondern es muss immer darum gehen, dass erst gerechnet wird, wofür wir das Geld brauchen. Erst muss diese Rechnung aufgemacht werden. Die 5-Prozent-Zusage erfüllt dies nicht.

Ich möchte einen dritten Punkt kurz erwähnen. Wir müssen uns ja auch vergegenwärtigen: Wie kamen jetzt diese 5 Prozent? Wir hatten eine Lage, die sich durch den Angriffskrieg auf die Ukraine verschärft hat, und durch diese Lage ist die Diskussion mit den Steigerungen in den Rüstungsaufgaben losgegangen.

(Glocke)

Lasst mich bitte noch dieses eine Argument hinzufügen: Es ist damals in der NATO verabredet worden, eine Russlandstrategie aufzumachen, weil es natürlich um Russland ging, um eine Verteidigungsfähigkeit gegenüber Russland. Diese Russlandstrategie hat aber Trump eingefroren. Er hat sie abgeschafft. Die Arbeitskreise dazu sind abgeschafft worden. Ohne die Existenz einer solchen Strategie wird nun also trotzdem in autoritärer Struktur und Charakteristik von Demokratien verlangt, dass sie sich diesem 5-Prozent-Diktat unterordnen. Das ist das Gegenteil von Friedenspolitik. Deswegen sollten wir uns dem nicht beugen. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Nina. - Klaus Barthel hat das Wort, und auf ihn folgt Nils Schmid.

Ein freundlicher Hinweis: Wenn wir hier oben nach drei Minuten klingeln, hat das nichts damit zu tun, dass wir eure Argumente nicht wichtig finden, sondern einfach damit, dass wir allen das gleiche Recht zugestehen wollen, sich in die Debatte so einzubringen, wie wir es miteinander besprochen haben. Deswegen, glaube ich, ist es gut so, wenn wir zumindest das Signal geben und sich alle bemühen, die drei Minuten auch einzuhalten. Vielen Dank. - Klaus, du hast das Wort.

Klaus Barthel, Bayern:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir werben hier dafür, den Initiativantrag 14 aus dem Antragspaket zur Einzelabstimmung herauszunehmen und das Votum der Ablehnung zu ändern.

Ich will in Ergänzung dessen, was Nina gerade gesagt hat, noch einmal daran erinnern, dass ja auch ein Impuls der Entspannungspolitik von Willy Brandt war, die damals schon als viel zu hoch empfundenen Rüstungskosten zu senken, um nämlich Geld freizumachen für die Bildung, über die damals viel diskutiert worden ist. „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ - dem ist Brandt gefolgt, um Geld freizumachen für Investitionen und für den Ausbau des Sozialstaats.

Wenn wir uns aber jetzt den NATO-Beschluss im Vergleich zu den letzten Jahren anschauen: Wir haben zehn Jahre gebraucht, um von den 1,5 Prozent, die 2014 beschlossen worden sind, auf die 2 Prozent von jetzt zu kommen - zehn Jahre. Wir wollen jetzt in weiteren zehn Jahren, bis 2035, auf ein Vielfaches davon, nämlich auf 5 Prozent,

hochkommen. Man muss sich mal vergegenwärtigen, was das monetär bedeutet: Jedes Jahr geben wir das Geld aus, und es wird dann noch mehr draufgesattelt und noch mehr draufgesattelt, und zwar nicht insgesamt 5 Prozent, sondern bis dahin jedes Jahr neu.

Ihr habt es gelesen: Da wären wir jetzt schon bei über 200 Milliarden Euro, und das, obwohl SIPRI sagt und alle anderen sagen: Wir geben schon jetzt nur in Europa mehr als das Doppelte aus. Und wir geben nicht nur das Doppelte aus, sondern haben auch doppelt so viele Waffensysteme und Potenziale wie Russland.

Hier ist mehrfach gesagt worden, in der außenpolitischen Debatte geht es immer um zweierlei, nämlich um die Rüstung, um die Verteidigung und um Verhandlungsangebote, um Verhandlungen. Wenn wir aber festlegen, so wie jetzt vorgesehen, bis 2035 auf 10 Prozent zu gehen, dann frage ich: Wo ist da das Verhandlungsangebot?

(Beifall)

Ich will auch noch auf die ökonomischen und sozialen Aspekte kurz hinweisen. Ökonomisch ist Rüstung Staatskonsum. Er ist nicht reproduktiv. Wenn wir in die Stahlindustrie investieren, wenn wir in Maschinenbau, in KI und was auch immer investieren, wenn wir forschen, wenn wir Bildung betreiben, dann lohnt sich das, dann rechnet sich das wirtschaftlich. Rüstungsausgaben sind einfach weg. Das ist Konsum, den wir eigentlich ökonomisch nicht nutzen können. Er erzeugt keine spätere Wertschöpfung.

Wir spüren jetzt schon - das lässt sich ja nicht mehr leugnen - als Vorboten: Wir haben kein Geld für das Klimageld, das wir dringend brauchen, um die Mittelschicht und die unteren Einkommen zu entlasten. Wir haben kein Geld für die Senkung der Stromsteuer für alle, weil wir so viel für Rüstung verbrauchen. Und macht euch nichts vor: Das wird munter so weitergehen, wenn wir an diesem 5-Prozent-Ziel festhalten, und deswegen bitten wir euch um Annahme dieses I14.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Klaus. - Jetzt ist Nils Schmid an der Reihe, und auf ihn folgt Daniele Cipriano.

Nils Schmid, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zur Einordnung des Initiativantrags und der Empfehlung der Antragskommission, ihn abzulehnen, will ich ein paar Informationen und Erklärungen beisteuern, weil ich glaube, dass die Debatte sonst ein bisschen in die falsche Richtung geht.

Erstens. Seit der historischen Rede von Herbert Wehner im Jahr 1960 ist die SPD eine Partei, die für die Bundeswehr, mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, für die NATO und für die europäische Einigung ist, weil sie weiß, dass Landesverteidigung eine wichtige Staatsfunktion ist und dass wir das am besten so tun, indem wir es einbetten in Bündnisse und nicht alleine unterwegs sind.

(Beifall)

Zweitens. Die Fähigkeitsziele, die wir als Bundeswehr beisteuern müssen, werden nicht etwa zwischen dem Finanzminister und dem Verteidigungsminister ausgewürfelt, sondern das bettet sich ein in die gesamte Verteidigungsplanung und Fähigkeitsplanung der NATO, und deshalb macht Deutschland diese 3,5 oder 5 Prozent nicht willkürlich, sondern entlang der gemeinsam verabredeten Verteidigungsfähigkeiten innerhalb der NATO, weil wir ein verlässlicher Bündnispartner sein wollen.

(Beifall)

Weil wir die größte Wirtschaftsmacht in Europa sind und die zweitgrößte in der NATO, folgt daraus, dass wir das zweitgrößte Fähigkeitspaket der NATO und das größte Fähigkeitspaket in Europa darstellen. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren in der Tat deutlich mehr in die Verteidigungsfähigkeit investieren müssen. Wir haben Nachholbedarf, weil die letzten 20 Jahre zu wenig lief. Deshalb handelt es sich nicht um Aufrüstung, sondern um eine angemessene Ausrüstung der Bundeswehr. Wir brauchen Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe für die Marine und Munition. Das ist teuer, das sind Spezialanfertigungen, und das wird in den nächsten Jahren notwendig sein, damit wir unseren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung entlang der Leitsätze der SPD-Verteidigungspolitik der letzten Jahrzehnte leisten können.

(Beifall)

Hinzu kommt, dass wir neue Bedrohungen haben. Es braucht Resilienz und Schutz der kritischen Infrastruktur. Wir müssen den Zivilschutz in Deutschland wieder aufbauen. Wenn wir das alles zusammenrechnen, dann können wir und werden wir auch in den Debatten im Parlament und in der Öffentlichkeit nachweisen, dass wir deshalb die Ziele, die die NATO sich gesetzt hat, erreichen müssen. Ich bitte euch deshalb um eins, liebe Genossinnen und Genossen: nicht auf die Prozentzahlen zu schauen. Schauen wir rein auf das, was notwendig ist, um eine wichtige Staatsaufgabe, nämlich die Sicherung und

die Verteidigung unseres Landes und unseres Bündnisses, wahrzunehmen. Darum geht es, und das ist in der besten Tradition sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich schließe mit einem Zitat aus den Erinnerungen von Willy Brandt: Ja zum westlichen Bündnis und zur Bundeswehr, Ja zu jeder vernünftigen Form von Rüstungskontrolle. - Auch das ist auf den NATO-Gipfeln der letzten Jahre immer wieder betont worden. Deshalb bitte ich euch, diesen Initiativantrag abzulehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Nils. - Jetzt ist Daniele Cipriano dran, und auf ihn folgt Lothar Binding.

(Beifall)

Daniele Cipriano, Baden-Württemberg:

Wow! - Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD, meine politische Heimat, ist eine Partei der Arbeit. Die SPD ist auch eine Partei des Friedens. Daher müssen wir das, was aktuell global geschieht, kritisch betrachten, und das machen wir auch. Ich frage aber: Sind wir noch eine Friedenspartei?

Der Initiativantrag 14 spricht genau diese Sprache. Eine dauerhafte Festlegung der Rüstungsausgaben auf 5 Prozent des BIPs würde massiv viel Geld für Aufrüstung bedeuten. Es wären 225 Milliarden Euro für Verteidigung. Soziale Entwicklung im Inneren und Frieden nach Außen bilden aber eine Einheit. Ich glaube, wir müssten mehr in internationale Beziehungen, mehr in Völkerverständigung anstatt in Rüstung, mehr in politische Bildung investieren. Es wären 225 Milliarden Euro für militärische Sicherheit. Wo würden dann die 225 Milliarden Euro für die soziale Sicherheit bleiben?

Die Jusos haben im Jahr 1993 das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem gegründet. Hier findet Verständigung zwischen Israel und Palästina statt. So was - die Verständigung unter Völkern - hat Zukunft, weil wir letztlich alle gleich sind. Hoch die internationale Solidarität, nicht nur zu Mitternacht, sondern immer!

(Beifall)

5 Prozent, das ist wahnsinnig viel Geld. Die Menschen in meinem Umfeld sind besorgt, weil sie sehen, dass da, wo ein politischer Wille ist, ganz schnell ein politischer Weg geht. Als Olaf Scholz die Zeitenwende ansprach, sind da ganz schnell die 200 Milliarden Euro gekommen. Ich sage, 5 Prozent des BIP für Ausrüstung ist zu viel. Das Problem ist, dass dann das Geld fehlt für Wohnen, für Bildung, für Soziales, für Klimaschutz. Die Menschen sagen sich: Ah, für Aufrüstung haben wir Geld. Bei der Aufrüstung gehen die Entscheidungen ganz schnell. Aber beim Wohnen, bei den Kindergärten und der Kinderarmut - es gehen immer noch viele Kinder ohne Frühstück in die Schule - brauchen wir Debatten und mehrere Jahre, um da gute Lösungen zu finden.

(Beifall)

Viele meiner Kolleg/-innen und Freunde sagen, die Mieten sind nicht bezahlbar, die Renten sind nicht sicher, die Krankenhäuser arbeiten eher schlecht als recht, die Straßen, Brücken und Schulen müssen saniert werden. Gestern und heute haben wir das breit diskutiert. Wir versuchen, hier Lösungen zu finden; das ist super. Aber wir müssen nicht nur Lösungen finden, wir müssen auch ins Handeln kommen. Die 5 Prozent des BIP für die Verteidigung gingen recht schnell. Das haben wir sofort praktisch entschieden.

Noch kurz etwas zu einer politischen Überzeugung, wie Matthias Miersch sagte. Wir haben Alternativen, wir haben immer politische Möglichkeiten; denn Politik ist immer in Bewegung. Es werden immer neue Möglichkeiten entstehen. Daher den Initiativantrag 14 beschließen und die AK-Empfehlung ablehnen! - Danke.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Daniele. - Lothar, jetzt bist du an der Reihe, und auf dich folgt Jan Dieren.

Lothar Binding, Baden-Württemberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte erst etwas zum Zollstock sagen. Denn der Dietmar Nietan hatte recht: Wenn die Partei so zusammen ist, dann ist sie sehr stabil; das stimmt.

(Lothar Binding hält einen Zollstock hoch - Beifall)

Allerdings verliert der Zollstock seine Eigenschaft, ein Maß zu werden.

(Beifall)

Und wenn die Partei ihre Eigenschaft verliert, eine gute Partei zu werden, ist das schlecht.

Aber ich wollte etwas sagen: Wenn wir ganz schrecklich bedroht sind, dann brauchen wir ganz schrecklich viele Mittel, um die Verteidigungsmittel zu beschaffen, die wir brauchen. Wenn wir aber überhaupt nicht bedroht sind, dann brauchen wir auch keine Mittel. Irgendwie ist es klar: große Bedrohung, viele Mittel. Wenn wir bedroht sind, müssen wir schauen: Welche Fähigkeitsziele stehen im Koalitionsvertrag und welche können wir mit welchen Verteidigungsmitteln erreichen? Wir schauen also die Bedrohung an, schauen, was wir brauchen, und dann wissen wir, wie viel Geld wir brauchen.

Im Moment ist aber so, dass wir die Idee haben, 5 Prozent vom BIP zu nehmen. Jetzt frage ich: Was hat eigentlich unser BIP mit der Bedrohung zu tun? Nichts.

(Beifall)

Das ist ein völlig unlogischer Vorschlag. Ich muss ehrlich sagen: Ich möchte gerne von Leuten verteidigt werden und von Verteidigungspolitikern vertreten werden, die logisch denken. Aber wenn die schon unlogisch denken im Kern der Entwicklung von Verteidigung, dann weiß ich nicht, was am Ende herauskommt, wenn unlogische Leute uns verteidigen.

(Beifall)

Also: Das Maß für die Verteidigungsnotwendigkeit ist nicht unser BIP, sondern die Bedrohungslage.

Friedrich Merz hat gesagt, wir haben dem Beschluss der NATO - ohne öffentliche Debatte natürlich, ohne parlamentarische Beteiligung - nicht zugestimmt, um Donald Trump zu gefallen. Das haben wir nicht, sondern wir haben aus eigener Anschauung und Überzeugung diesen Vorschlag gemacht. Hat jemand mal den NATO-Gipfel verfolgt und vergleicht das mit diesem Satz? Da war ein Fingerschnipp von Trump, der erzeugt hat, dass wir zu 5 Prozent Ja sagen, obwohl wir noch vor kurzer Zeit mit 2 Prozent unsere großen Probleme hatten. - Das zur Logik.

Zu den Finanzen. Wir haben eine Steuerquote von etwa 24 Prozent - ein bisschen weniger. Das macht bei 4,3 Billionen Euro Bruttoinlandsprodukt ungefähr 1.000 Milliarden Euro. Wenn wir 5 Prozent vom BIP nehmen - wer jetzt rechnen kann, der weiß es -, ist das genau die Hälfte vom Bundeshaushalt. Die Hälfte vom Bundeshaushalt

sind 5 Prozent vom BIP. Wer jetzt diese verteidigungsnotwendigen Ausgaben am BIP orientiert, der ruiniert systematisch und dauerhaft den Bundeshaushalt, und das ist ein gigantisch großes Problem. Das dient nicht dem Schutz unseres Landes, sondern ist eine Risikoinvestition für die Rüstungsindustrie. Deshalb ist es klug, diese 5 Prozent abzulehnen, aber die notwendige Landes- und Bündnisverteidigung zu finanzieren.

(Lebhafter Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Lothar. - Jetzt ist Jan Dieren an der Reihe, und auf ihn folgt Axel Schäfer.

(Beifall)

Jan Dieren, Nordrhein-Westfalen:

Genoss/-innen! Wir alle hier wissen: Die Welt hat sich geändert. Wir sind jetzt über 600 Delegierte hier im Raum. Und wahrscheinlich gibt es mindestens so viele Antworten hier im Raum auf die Frage, wie wir eigentlich auf diese geänderte Weltlage reagieren wollen. Kein Wunder, das ist ja auch nicht einfach. Deshalb sollten wir, deshalb müssen wir hier darüber diskutieren.

Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich jedenfalls bin mir nicht immer sicher, was eigentlich die richtigen Antworten auf diese Weltlage sind. Ich bin mir aber in einer Sache sicher: Wenn jetzt jemand käme, sich hier hinstellen würde und sagen würde: „Leute, die Welt hat sich geändert. Ich weiß, was die Antwort darauf ist. Wir brauchen nicht mehr zu diskutieren“, dann wüsste ich: Der hat Unrecht. - Ich weiß nicht, ob ich recht habe mit meiner Haltung, mit meinen Antworten, aber ich weiß, dass in einer so komplexen Weltlage Unrecht hat, wer es sich so einfach macht.

Genau das, liebe Genoss/-innen, tut jetzt aber das Fünf-Prozent-Ziel. Das Fünf-Prozent-Ziel sagt ja: Die Welt hat sich geändert. Es gibt mehr Kriege und Konflikte. Die Antwort darauf ist klar: Wir brauchen mehr Waffen und mehr Rüstung. Das brauchen wir nicht mehr zu diskutieren. - Das, liebe Genoss/-innen, kann jedenfalls nicht richtig sein.

(Beifall)

Ja, klar, die Welt hat sich geändert, und wir brauchen Antworten auf solche Fragen: Wie gehen wir um mit Krisen, mit Kriegen? Brauchen wir dafür mehr Rüstung und, wenn ja,

welche und wie viel? Am Ende so einer Diskussion über Antworten über Waffensysteme kann da eine Zahl stehen: Wir brauchen in diesem Jahr so und so viele Milliarden Euro für Rüstung. Das ist unsere Antwort auf diese Weltlage.

Aber es ist doch, liebe Genoss/-innen, nicht sinnvoll, sich jetzt auf eine dauerhafte und starre Quote festzulegen

(Beifall)

und zu sagen: Wir wissen noch nicht, wie sich in den nächsten Jahren, wie sich in der Zukunft die Weltlage weiterentwickelt wird, welche Kriege, Krisen und Konflikte sich entwickeln werden. Aber jetzt schon wissen wir: 5 Prozent ist die Antwort. - Das kann auf gar keinen Fall sinnvoll sein.

Unser Antrag sagt deshalb: Wir wollen, dass wir uns nicht jetzt auf eine dauerhafte und starre Quote festlegen lassen, sondern wir wollen uns anschauen: Wie entwickelt sich die Weltlage? Welche Krisen, welche Konflikte entwickeln sich? Dann diskutieren wir und dann entscheiden wir im Bundestag darüber, welche Ausgaben für Rüstung und Verteidigung sinnvoll sind, was abgeschafft und angeschafft werden kann und wie das eigentlich dem Frieden dienen kann.

(Beifall)

Das Fünf-Prozent-Ziel, Genoss/-innen, dreht diese Diskussion aber um. Am Anfang steht eine Zahl, 5 Prozent, 225 Milliarden Euro jetzt. Was wir davon kaufen und wie das dem Frieden dienen soll, das können wir dann nachher diskutieren. - Genoss/-innen, das ist absurd.

(Beifall)

So unterschiedlich unsere Antworten hier auch sein mögen - das wird doch wohl niemand von uns wollen. Wir mögen hier 600, mehr als 600 unterschiedliche Antworten haben, aber doch ein gemeinsames Ziel: diese Welt friedlicher zu machen. Darum lasst uns über unsere Antworten diskutieren, streiten, Gründe abwägen, um am Ende, Genoss/-innen, auf den Wahnsinn der Krisen, Konflikte und Kriege dieser Welt eine vernünftige Antwort zu geben. Ich bitte euch deshalb darum, über den Initiativantrag 14 einzeln abzustimmen, das Votum der Antragskommission abzulehnen und unserem Antrag gegen das Fünf-Prozent-Ziel zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Jan. - Ich möchte es gerne transparent machen, weil ich nicht weiß, ob ich euch den richtigen Namen genannt habe. Der nächste Redner ist Joachim Schuster. Auf ihn folgt Axel Schäfer, danach Michael Müller, Boris Pistorius und Frank Schwabe. Das sind die Wortmeldungen, die wir rund um den Initiativantrag 14 aufrufen. Nach diesen Wortmeldungen würden wir noch zu den anderen Anträgen hier im Außen- und Verteidigungsbereich weitergehen. - Jetzt Joachim Schuster und danach Axel Schäfer.

Joachim Schuster, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich muss sagen, ich finde den NATO-Beschluss und auch die Verankerung dieses Beschlusses im Haushaltsentwurf für den Deutschen Bundestag doch insgesamt sehr verstörend, befremdend und irritierend,

(Beifall)

und zwar aus mehreren Gründen - ich will versuchen, das zu erläutern -: Seit der Berichterstattung über den NATO-Gipfel ist mir nicht klar, was eigentlich der Grund dafür ist. Ist es die Bedrohung aus Russland, die ohne Zweifel da ist, oder ist es, dass man Trump dienen will, was in der Berichterstattung zum NATO-Gipfel immer wieder betont wird? Das ist insofern sehr wesentlich, da die Frage lautet: Was ist eigentlich die Zielrichtung dieser Aufrüstung? Denn Trump ist bekanntermaßen nicht so sehr kritisch gegenüber Putin, sondern er sieht seine Hauptgegner in China.

Hinzu kommt eine zweite Sache: Weswegen sagt eigentlich nie jemand, was mit dem vielen Geld bezahlt werden soll? Es wurde gerade schon ausgeführt: Normalerweise sagt man, was man aufgrund welcher Bedrohung braucht, und dann sagt man, wie viel das kostet und wie man das finanziert. Das ist legitim und gut. Aber hier wird gesagt, wir brauchen erst mal ganz, ganz viel, und zwar irgendwie von allem. Zumindest können wir das nicht sagen.

Das Dritte, was ich am meisten verstörend finde, ist: Das Ganze wird eine gigantische Aufrüstungsspirale in Gang setzen. Oder glaubt etwa wirklich jemand, dass Russland und China nicht darauf antworten werden, dass die jetzt sagen, wenn das so ist, dass die NATO so aufrüstet, dann geben sie mal bei allem klein bei? Das ist eine völlig unrealistische Position. Diese Art von Wettrüsten hatten wir direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Das hat die Welt an den nuklearen Abgrund gebracht, und das war der Grund für die Entspannungspolitik und die Politik gemeinsamer Sicherheit. Die Kuba-Krise, das war die Reaktion. Und da war es auch nicht so, dass von heute auf morgen was geändert

wurde. Die erste Rede von Egon Bahr war 1963 im Januar in der Evangelischen Akademie in Tutzing. Da wurde nämlich erklärt, dass wir eine gemeinsame Sicherheit brauchen.

Genau das gilt heute auch wieder, denn diese gigantische Aufrüstung wird Gegenaufrüstung hervorrufen. Das wiederum macht die Welt deutlich unsicherer. Da unsere ökonomische Potenz immer noch stärker ist als die Russlands und Chinas, ist zu befürchten, dass es auf Nuklearrüstung hinauslaufen würde. Was denn sonst? Putin hat da keine Skrupel, glaube ich.

Dann möchte ich noch auf die gestrige Debatte zu sprechen kommen. Das hat mich richtig entsetzt. Ich hoffe, Boris, du hörst zu, weil du ja auch die Realitätsverweigerung ins Spiel bringst. Du sagst, man kann mit Putin nicht verhandeln. Spricht Trump nur mit Putin oder verhandelt er? Ich weiß es nicht, was die beiden miteinander zu reden haben. Aber sie telefonieren ziemlich lange. Offensichtlich geht da doch irgendwie was. Dass das nicht gleich zu schlüssigen Erfolgen führt, kann ich gut nachvollziehen.

Die letzte Sache, die ich jetzt auch noch sagen werde, betrifft den Satz: Wir wollen keinen Frieden um jeden Preis. Heißt das, dass wir wenn das Ergebnis eines Einfrierens des Krieges eventuell nicht passt, den Abnutzungskrieg dann weiter unterstützen wollen? Heißt das, wenn Trump irgendetwas mit Putin findet, da werden wir dann mal richtig gegenopponieren? Mit welchen Mitteln wollen wir dann eigentlich in diese Richtung weitergehen? Wollen wir dann weiter militärisch eskalieren? Wie wollen wir denn Sanktionen machen, wenn man sich einmal anschaut, dass die USA das nicht wollen und dass auch viele europäische Staaten das offensichtlich nicht so wollen.

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Joachim, kommst du bitte zum Schluss?

Joachim Schuster, Bremen:

Das sind offene Fragen. Es würde mich wirklich einmal interessieren, was damit eigentlich ganz genau gemeint ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke auch an dich. - Jetzt ist Axel Schäfer an der Reihe. Auf ihn folgt Michael Müller.

Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:

Genossinnen und Genossen, am 10. Oktober 1981 demonstrierten 300.000 in Bonn-Hofgarten gegen die Nachrüstung und damit auch gegen ihren eigenen sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Unter den Demonstrierenden waren Olaf Scholz, Rolf Mützenich, Saskia Esken, Achim Post, Dietmar Nietan, vielleicht noch ein paar andere aus diesem Saal, und ich.

Am 24. Februar 2022 haben unter Vorschlag von Olaf Scholz genau diejenigen - Rolf Mützenich, Saskia Esken, Achim Post, Dietmar Nietan, viele andere und ich - dafür votiert, dass wir im Rahmen der Zeitenwende 100 Milliarden mehr einsetzen, weil sich die Zeiten tatsächlich gewendet haben. Und wir haben das aus einem zentralen Punkt gemacht: Weil wir, Genossinnen und Genossen, in der Bundestagsfraktion und dann auch mit großer Unterstützung in der gesamten Partei Vertrauen in diejenigen hatten, die gewählt worden sind. Der größte Erfolg, der damit erzielt worden ist - das wird, glaube ich, auf Dauer mit Olaf Scholz verbunden bleiben -: Es hat keine Friedensbewegung gegen diese Bundesregierung gegeben, sondern es hat Vertrauen in der Mehrheit in Deutschland gegeben, dass unter sozialdemokratischer Verantwortung eine verantwortungsvolle Verteidigungspolitik auch mit Milliarden Aus- oder Aufrüstung gemacht wird. Das sollte uns leiten, Genossinnen und Genossen. Vertrauen ist hier die Frage.

(Beifall)

Ich sage euch ganz offen: Der Prozess, wie wir zu diesen 5 Prozent gekommen sind, war nach den Vorstellungen, die wir von innerparteilicher Demokratie haben, nicht in Ordnung. Die Verhältnisse waren aber auch anders. Auch das sollten wir berücksichtigen.

Ich finde, wenn wir jetzt aber über Vertrauen reden, dann müssen wir auch sagen, in der ganzen Tradition sozialdemokratischer Verteidigungsminister, angefangen von Helmut Schmidt über Struck bis hin zu Boris Pistorius, hat die SPD eine herausragende Verantwortung übernommen und hat entscheidend zum Frieden in diesem Land beigetragen. Das waren unsere Verteidigungsminister.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, deshalb sage ich, wir müssen diesen Antrag mit einem Maß an Vertrauen verabschieden. Aber dazu gehört auch Folgendes: Wir hatten sechs Jahre einen Fraktionsvorsitzenden, der die Fraktion zusammengehalten hat und der auch diesen schwierigen Spagat gemacht hat. Er ist heute leider nicht anwesend. Wie man mit Rolf in der Vergangenheit manchmal umgegangen ist, finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall)

Ich finde es nicht in Ordnung, wie man mit Rolf Mützenich umgegangen ist. Aber ich finde es würdig von diesem Parteitag, zu sagen, er ist genau wie Olaf Scholz in diesem Jahr 50 Jahre SPD-Mitglied. In diesem Sinne auch von hier aus - Rolf Mützenich, alles Gute! Du bist einer von uns.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Axel. - Jetzt Michael Müller. Auf ihn folgt Boris Pistorius.

Michael Müller, Vorsitzender der Naturfreunde:

Liebe Genossinnen und Genossen! Im Hamburger Grundsatzprogramm steht aus meiner Sicht ein sehr zentraler Satz. Dort heißt es, entweder wird das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie, oder es wird ein Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe. Dieser Alternative spitzt sich seitdem zu, und ich sage ganz klar: Dadurch, dass wir ökologische Grenzen des Wachstums erreichen, steuern wir auf die größte Kriegs- und Gewaltgefahr hin. Macht euch nichts vor: Die größte Gefahr ist die vom Menschen eingeleitete Klimakrise.

(Beifall)

Und es ist schon so: Wir sind bei über 1,66°C Erwärmung. Bei 1,8°C kommen die ersten Kipppunkte. Bei 2°C gibt es nach den Berechnungen der Vereinten Nationen 29 Staaten der Erde, bei denen die Ernteerträge mindestens 20 Prozent geringer sein werden. Ihr könnt euch gar nicht vorstellen, was das alles bedeutet.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Die Reaktion darauf ist, wir erleben die Krise des sozialdemokratischen Modells der Linearität, also des Glaubens an Wachstum technischen Fortschritts. Wir erleben deshalb das Erstarken von nationalistischen

Bewegungen. Wir erleben einen progressiven Neoliberalismus, wie Nancy Faeser die Entwicklung der Grünen nennt. Wir erleben eine militärische Aufrüstung, weil viele in grünen Wohlstandsinseln ihren Wohlstand gegen eine unwirkliche Welt verteidigen wollen. Und wir wollen ehrlich sein: Wir erleben die Aufrüstung auch, weil sich die Welt von West nach Ost verschiebt und weil viele Angst vor China haben. Macht euch nichts vor: Es gibt viele Gründe für diese Aufrüstung, die aus meiner Sicht nicht politisch, sondern, wie ich finde, ideologisch sind.

Wenn man die SIPRI-Zahlen nimmt, so geben heute zehn Länder der Welt 74 Prozent der weltweiten Militärausgaben aus. Das ist doch einfach verrückt. Deutschland ist dabei auf Platz 4. Deutschland und Frankreich geben mehr für das Militär aus als Russland heute in der Kriegswirtschaft. Die EU-Staaten der NATO geben fast 60 Milliarden Dollar mehr aus als der gesamte russische Staatshaushalt. Wo soll das alles hinführen?

Am schlimmsten, finde ich, dass der Ukraine-Krieg der Anlass ist, wieder zu einer Aufrüstung mit atomaren Waffen zu kommen. Das ist eine Entwicklung, die wir nicht zulassen dürfen. 2 Prozent BIP bedeutet nach UN-Berichten, wir können den Klimawandel noch unter 2°C stoppen.

Sagen wir es wie Erich Kästner: Eine Lawine kann man nicht mehr stoppen. Wir müssen deshalb den Schneeball zertreten, bevor er zur Lawine wird. Lasst uns den Schneeball zertreten!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Michael. Gut zu wissen, dass du als Vorsitzender der Naturfreunde auch immer bei uns bist. - Jetzt folgt Boris Pistorius, danach Frank Schwabe. Danach gebe ich an Doris weiter, um in die weiteren Beratungen in diesem Bereich einzuführen. - Boris, du bist dran.

Boris Pistorius, Parteivorstand:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich will ein bisschen zur Aufklärung beitragen, weil hier doch einige Dinge falsch verstanden werden oder nicht richtig verstanden werden sollen, wie auch immer.

(Beifall)

Wir reden über notwendige Verteidigungsausgaben. Wir reden nicht über Willkür, wir reden nicht über Wildwuchs und wir reden nicht über Geldverprassen. Wir haben seit dem Ende des Kalten Krieges, seit dem Ende des Warschauer Paktes allein in Deutschland nach volkswirtschaftlichen Schätzungen eine volkswirtschaftliche Friedensdividende von rund 300 bis 350 Milliarden Euro erfahren, Geld, dass nicht in Verteidigung, nicht in Rüstung ausgegeben werden musste. Und ich füge hinzu: Gott sei Dank.

(Beifall)

Das war ein Zeitalter, eine Epoche von 30 Jahren, in dem wir alle davon ausgehen durften und konnten, dass wir es wieder mit einem friedlichen Nachbarn zu tun haben würden, zumindest aber nicht mit einer unmittelbaren militärischen Bedrohung. Diese Zeit ist leider vorbei, und an der Wirklichkeit kommen wir nicht vorbei. Diese Bedrohung ist da. Sie ist real. Sie findet statt im Krieg gegen die Ukraine, sie findet statt in imperialistischen Aussagen, und sie findet statt in der Umstellung auf russische Kriegswirtschaft.

Ich habe immer gesagt, Prozentzahlen sind so eine Sache, vor allen Dingen, wenn jeder reinrechnet, was er gerne reinrechnen möchte, damit er irgendwie auf die Zahl kommt. Deswegen habe ich immer dafür geworben - und damit bin ich bei den kritischen Stimmen von vorhin -, dass wir uns in allererster Linie an den NATO-Fähigkeitszielen und nach den nationalen Bedarfen richten müssen. Es ist festgelegt, und zwar nicht willkürlich und nicht von Donald Trump, welches NATO-Land welche Fähigkeitsziele militärischer Art in den nächsten acht bis zehn Jahren zu erfüllen hat. Das ist nach militärischen Prinzipien festgelegt: Was brauchen wir mutmaßlich, um wo wirksam abschrecken oder uns eben auch verteidigen zu können? Darum geht es. Diese Ziele sind festgelegt. Auf die hat man sich verständigt, und die gelten.

Jetzt kann ich mir diese Ziele angucken und kann ziemlich genau sagen, je nachdem wie sich die Preise entwickeln und wie schnell produziert und geliefert werden kann, dass sich das in erheblichen Größenordnungen abspielen. Und ja: 3,5 Prozent für reine Rüstungsausgaben. - Ich würde übrigens herzlich darum bitten, dass wir bitte auch bei der Trennung der beiden Bereiche bleiben, das eine ist Core Defence, wie wir sagen, und das andere ist Defence Related, das heißt, Infrastruktur. Übrigens: Auch der Operationsplan Deutschland, auch der Heimatschutz, auch der Zivilschutz und vieles andere mehr sind da mit drin. Das alles kommt dem Schutz vor allem auch unserer Zivilbevölkerung zugute.

Der entscheidende Punkt, der gerne übersehen wird, ist: Für 2029 - und auch darauf haben wir uns auf dem NATO-Gipfel verständigt - ist eine Revisionsklausel eingebaut worden. Wir wollen uns also auf den Weg begeben, die entsprechenden Beschaffungen

auszulösen, aber wir wollen auch sagen: Wie ist denn die Lage 2029? Ist die Bedrohungslage unverändert? Ist sie schlimmer geworden? Ist die Beschaffung schnell genug geworden? Läuft die Industrie so, wie wir es brauchen, oder gibt es Nachsteuerungsbedarf? Wahrscheinlich in die Richtung zurück, wenn alles gut läuft, und wenn es schlecht läuft, in die andere Richtung. So macht man das verantwortungsvoll.

Dann noch zu dem Kritikpunkt, wir hätten einen Riesentopf Geld, und aus dem würden wir jetzt einkaufen, was da ist, ob wir es brauchen oder nicht. Liebe Genossinnen, liebe Genossen, so funktioniert das gar nicht. Ob ihr es glaubt oder nicht: Wir kaufen nach System. Wir kaufen „out of the shelf“. Wir lassen entwickeln. Wir kaufen das, was wir brauchen und was den militärischen Fähigkeitszielen entspricht. Dazu gehört dann eben auch ganz klar, dass wir langfristige Pläne aufstellen. Rüstungspolitik, Beschaffung für Streitkräfteausstattung läuft nicht in Jahresscheiben. Ich kann nicht heute sagen, ich brauche nächstes Jahr 3 Milliarden für, sondern ich muss über acht bis zehn Jahre planen. Das betrifft Schiffe, U-Boote, Munition. Ich brauche revolvierende Bestände. All das kann man nicht in Jahrestexten machen. Dafür braucht man langfristige Finanzierungsinstrumente, und genau deswegen geht es auch darum.

Deswegen werbe ich mit Nachdruck und aus tiefer Überzeugung dafür, weil ich weiß, worüber wir hier reden und worauf es in den nächsten Jahren ankommt.

Stimmt der Empfehlung der Antragskommission bitte zu. Wir sorgen dafür, dass das Geld in die richtigen Kanäle kommt und dass die richtigen Beschaffungen ausgelöst werden. Und ja: Wir werden uns auf allen Kanälen mit allen auch immer wieder dann, wenn es geht, über Diplomatie, über Frieden und über Abrüstung unterhalten. Das bleibt der Kernauftrag. Daran führt kein Weg vorbei. - Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Boris. - Jetzt ist Frank Schwabe an der Reihe, und danach übernimmt Doris die weitere Beratung.

Frank Schwabe Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratie ist die Partei des Völkerrechts. Ich finde, wir haben das gerade eindrucksvoll mit dem Gaza-Beschluss bewiesen. Und,

liebe Genossinnen und Genossen, die SPD ist die Partei der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Da haben wir viel geleistet, aber wir müssen alles tun, damit wir den Aufwuchs Pfad wieder finden - auch in diesen beiden Bereichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wisst ihr, wer das Idol meiner Studienzeit war? Das war Egon Bahr. Das war das Idol meiner Studienzeit. Ich glaube, bis heute, dass es Anfang der 90er-Jahre einen historischen Moment gegeben hat, wo es möglich gewesen wäre, die Konfrontation zu überwinden, die NATO zu überwinden und ein anderes kollektives System internationaler Sicherheit zu schaffen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, heute bin ich Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratie in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. By the way: Lasst uns alles tun - wir haben diese tolle Organisation -, um sie zu stärken. Wenn wir sie nicht hätten, müssten wir sie gründen. Aber heute lasst sie uns stärken, liebe Genossinnen und Genossen.

Als Fraktionsvorsitzender dort habe ich in dieser Woche Wladimir getroffen, der Wladimir Kara-Mursa getroffen, jenen Wladimir Kara-Mursa, der nur deshalb in Freiheit ist, weil Olaf Scholz ihn ausgetauscht hat. Ich habe mit ihm über das Russland von heute geredet. In dieser Woche haben wir das Sondertribunal für die Aufarbeitung und für die Ahndung des Angriffskriegs, der Aggression beschlossen. Das ist für Putin vorgesehen. Und er muss vor dieses Gericht.

Es gibt heute also eine ganz reale Situation, und das ist das Russland von heute. Da lasst uns keine Illusionen haben, liebe Genossinnen und Genossen: In jeder Minute, in jeder Stunde werden Menschen in der Ukraine getötet und umgebracht, und wenn Putin nicht das Handwerk gelegt wird, dann - da bin ich mir ganz sicher - geht das weiter im Baltikum, dann geht das weiter im Kaukasus und anderswo.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es Aufgabe der Sozialdemokratie, Demokratie, Frieden und Freiheit zu schützen. Das geht aber im Moment nur, wenn wir uns im kollektiven Sicherheitssystem bewegen, und das ist jetzt die NATO. Deswegen finde ich, dass das zusammengehört: Eine Sozialdemokratie, die sich dem Frieden, der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit verschrieben hat, aber auch eine Sozialdemokratie, die nicht naiv ist, sondern die sich vor Russland schützt. Das geht nur gemeinsam mit anderen, und das geht nur im Rahmen der NATO. Deswegen ist es richtig, auch zu NATO-Zielen zu stehen - das muss auch das Signal des heutigen Parteitages sein -und gleichzeitig alles dafür zu tun, damit zivile Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik auch in Zukunft wieder möglich ist.

Deswegen bitte ich euch ganz herzlich, dem Initiativantrag 14 nicht zuzustimmen und dem Votum der Antragskommission zu folgen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind wir am Ende dieses Teils der außenpolitischen Debatte.

Auf den Initiativantrag 14 kommen wir gleich zurück, wenn wir über alle verbliebenen Anträge aus diesem Bereich abstimmen.

Wir kommen aber jetzt zuerst zum dritten Teil der Debatte, wie wir es auch angekündigt hatten, nämlich zu unseren Vorstellungen zum Wehrdienst. Ihr hattet vielleicht schon mitbekommen, dass insbesondere um den Initiativantrag 07 geht, der jetzt in einer geänderten Fassung auch schon in OpenSlides eingestellt ist. Das wird uns jetzt Philipp Türmer vorstellen.

(Beifall)

Philipp Türmer, Juso-Vorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn ihr in das OpenSlides-System zum Initiativantrag INI07 - Freiwilligkeit statt Zwang: Unsere Vorstellungen für einen Wehrdienst - geht, dann werdet ihr feststellen, dass ihr da einen neuen Text findet. Denn eines ist ganz klar - da waren wir uns auch alle einig, Boris, die Jusos, und das unterschreiben hier alle -: Wir setzen auf Freiwilligkeit und wollen nicht wie andere Parteien einfach wieder eine alte Wehrpflicht einführen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall)

Aber die spannende Frage ist ja, wie uns das gelingt, denn wir wissen, wir leben in geopolitisch herausfordernden Zeiten, und natürlich müssen wir beantworten, wie wir junge Menschen für die Reserve oder als Soldatinnen und Soldaten gewinnen. Da waren uns unterschiedliche Dinge besonders wichtig.

Für uns als Jusos ist klar: Wir wollen ein klares Zeichen setzen, dass wir jungen Menschen vertrauen, dass wir ihnen vertrauen, dass sie Verantwortung übernehmen wollen, und dass wir keinen Mechanismus einführen, der automatisch auf einen Zwang umsteckt.

(Beifall)

Boris war es aber auch wichtig, weil er das gerade organisieren muss - und da haben wir gutes Vertrauen, dass dir das hervorragend gelingt -, dass wir aber auch Maßnahmen zur Musterung, für Erfassung und zur Wehrüberwachung brauchen. Am Ende, finde ich, ist es ein gutes Zeichen, dass wir an dieser Stelle zu einer gemeinsamen Lösung gefunden haben. Da mussten wir uns beide auch ganz schön bewegen. Wir haben es aber in einigen Stunden hinbekommen, und ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall).

Wir untermauern damit: Das, was wir im Wahlkampf gesagt haben, gilt auch weiterhin. Wir vertrauen jungen Menschen. Wir setzen auf Freiwilligkeit, und wir machen nicht das, was so viele andere in der Gesellschaft machen, nämlich einfach zu sagen, früher war alles besser. Wir präsentieren keine Antworten aus der Vergangenheit als Lösung für die Zukunft, sondern gehen einen eigenen Weg, mit dem wir ein klares Signal senden, dass uns die Interessen und Belange junger Menschen wichtig sind, und dafür danke ich dieser Partei. - Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Philipp.

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt brauchen wir noch einmal ganz kurz eure Konzentration. Dann sind wir auch gleich am Ende unserer heutigen Beratungen. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung aller Anträge im Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Sachgebiet A.

Da Philipp es gerade gesagt hat, dass der Ini07 in einer geänderten Fassung jetzt von der Antragskommission zur Annahme empfohlen ist und es keinen Antrag auf Einzelabstimmung brauchen, rufe ich den nachher bei den - - Doch, es gibt einen Antrag auf Einzelabstimmung.

(Zuruf)

- Nein? Bitte zuhören. Ich sprach gerade vom Ini07, dass es dort keinen Antrag auf Einzelabstimmung gibt.

Da die Antragskommission Annahme in geänderter Fassung vorgeschlagen hat, rufe ich den gleich mit auf, wenn wir insgesamt über die Voten der Antragskommission abstimmen.

Es gibt einen Antrag auf Einzelabstimmung beim Ini14. Das ist der, der sich mit der Höhe der Verteidigungsausgaben befasst. Da ist der Antrag auf Einzelabstimmung gestellt, und dem werden wir Rechnung tragen.

Abstimmung Initiativantrag 14

Jetzt müsst ihr genau zuhören, denn wir stimmen beim Initiativantrag 14 stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Ich stelle also - nur zur Klarstellung - zuerst das Votum der Antragskommission, dass auf Ablehnung lautet, zur Abstimmung und frage jetzt: Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Wer enthält sich? - Wir sind hier oben der Meinung, das Erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Damit haben wir über den Initiativantrag 14 abgestimmt.

(Zuruf)

- Ich habe den Eindruck, das Abstimmungsvotum wird angezweifelt. Wir müssen schon wissen, was der Protest ist. - Also, es wird darum gebeten, dass wir auszählen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir bringen das jetzt heute hier mit großem Anstand hinter uns.

(Beifall)

Wenn jetzt darum gebeten wird und das Votum angezweifelt wird, gehen wir alle nicht mit einem guten Gefühl hier raus, und deswegen machen wir jetzt eine Auszählung.

(Beifall)

Das kann die Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Bitte bleibt jetzt alle da. Wir werden jetzt noch einmal über den Initiativantrag abstimmen. Ihr müsst euer Votum sehr deutlich zur Kenntnis geben, und dann kriegen wir das auch relativ schnell hin. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission gibt mir bitte ein Zeichen, wenn sie bereit ist.

Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission hat sich im Saal postiert. Seid ihr überall vertreten? Ja? - Das ist doch super. Dann stelle ich jetzt den Initiativantrag 14 noch

einmal zur Abstimmung und frage, wer dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung seine Zustimmung gibt. - Ihr müsst euren Arm solange oben halten, bis die Antragskommission die Voten wirklich erfassen konnte. - Noch einmal der Hinweis: Es wird noch gezählt. Nur wir hier oben waren jetzt entlastet, denn wir sind schon gezählt. Die anderen müssen jetzt noch kurz den Arm hochhalten. - Jetzt könnt ihr den Arm herunternehmen, sofern ihr dem Votum der Antragskommission gefolgt seid. Jetzt frage ich: Wer gegen das Votum der Antragskommission stimmt, den bitte ich, jetzt den Arm zu heben. Auch da gilt: Ihr müsst solange den Arm hochhalten, bis bei euch ausgezählt ist. - Jetzt könnt ihr den Arm wieder senken, weil wir jetzt noch nach den Enthaltungen fragen, und zweimal abstimmen kann man nicht. Wer enthält sich? - Die Enthaltungen sind auch ausgezählt.

Abstimmung über den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik und sowie der Ini 03, 07 und 09

Liebe Genossinnen und Genossen, während die Mandatsprüfungs- und Zählkommission jetzt ihre Arbeit macht und die Ergebnisse zusammenrechnet, könnte ich euch vorschlagen, dass wir schon mal zur Abstimmung über die übrigen Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen des Sachgebietes A, Außen- und Sicherheitspolitik, A01 bis A21, sowie der Initiativanträge 03, 07 und 09 kommen. Und hier liegen jeweils Voten der Antragskommission vor.

Und ich darf um das Kartenzeichen bitten, wer diesen Voten der Antragskommission folgen will. - Wer stimmt dagegen? Bei allen verspäteten Zustimmungen. Wer stimmt dagegen? Ich frage noch mal. - Bei wenigen Gegenstimmen, 4/5. - Wer enthält sich? Und wenigen Enthaltungen haben wir dann so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt warten wir noch auf das Ergebnis der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ich darf das schon mal nutzen, dass ich darauf hinweise, dass alles, was auf den Tischen liegenbleibt, morgen früh nicht mehr da ist. Nur Unterlagen auf den Stühlen bleiben über Nacht. Und ich darf euch auch schon mitteilen, dass wenn wir gleich ein Ergebnis der Mandatsprüfungs- und Zählkommission haben, dass das dann auch der letzte Punkt für heute ist und darf euch dann sehr sehr herzlich zum Parteiabend einladen und für morgen früh um 9 Uhr wieder hier in die Halle bitten.

Ich bedanke mich schon mal für die hervorragende Zusammenarbeit heute, aber bleibt bitte noch einen Moment sitzen bis wir gleich hier das Ergebnis haben. - Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe gerade ein Ergebnis der Mandatsprüfungs- und Zählkommission bekommen.

Ergebnis der Abstimmung Initiativantrag 14
Dem Votum der Antragskommission sind 310 Delegierte gefolgt. Das Votum der Antragskommission abgelehnt haben 176 Delegierte. Enthalten haben sich 15 und damit ist eindeutig dem Votum der Antragskommission gefolgt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Und jetzt wünsche ich euch einen schönen Abend oder einen schönen Weg zum Parteiabend. Und wie gesagt: Bis morgen und herzlichen Dank für die gute Beratung.

Unterbrechung des PT um 20:40 Uhr

3. Tag 29.06.2025
Beginn des Parteitags: 9:20 Uhr

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Wir begrüßen euch zum dritten Tag unseres Bundesparteitags und sind optimistisch, dass wir alles schaffen, was wir uns vorgenommen haben.

Ich hoffe, ihr hattet alle einen schönen Parteiabend. Ich will erst einmal ein ganz herzliches Dankeschön sagen an alle, die den Parteiabend vorbereitet haben. Ich glaube, es war sehr schön, dass wir auch noch draußen sitzen konnten.

(Beifall)

Ein wunderbarer Parteiabend. Vielen Dank auch an das Willy-Brandt-Haus für die ganze Vorbereitung.

(Beifall)

Wir haben heute wieder Geburtstagskinder unter uns. Von den Gästen haben heute Wolfgang Weidauer, Dominik Sauerteig und Marvin Schrodke Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Unter den Delegierten ist Canan Gevher Canli, die heute auch Geburtstag hat. Ebenfalls herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Wir geben euch einmal einen Überblick über den Tag, damit ihr seht, was wir heute gerne noch schaffen wollen und, ehrlich gesagt, auch schaffen müssen. Wir werden gleich mit dem Sachgebiet Soziales und Rente starten und begrüßen später auch den Präsidenten der AWO, Michael Groß. Wir wollen dann mit dem Themenbereich Inneres, Recht und Verwaltung weitermachen, unter anderem mit dem Antrag „Wehrhafte Demokratie heißt handeln“, ein Antrag, auf den ihr, glaube ich, sehr gewartet habt.

Wir wollen unbedingt heute die SPE-Delegierten wählen. Das ist ein etwas komplizierterer Stimmzettel als gestern. Deshalb sage ich wie immer, geht alle bitte schon mal in OpenSlides, loggt euch ein und stellt euch auf „anwesend“. Ihr kennt das. Das funktioniert überwiegend auch sehr gut, aber macht es schon mal.

Wir wollen dann gerne heute noch den Themenbereich Migration schaffen und auf jeden Fall auch noch den Themenbereich Familien, Frauen, Gleichstellungs- und

Seniorenpolitik, auch deshalb, weil der frauenpolitische Teil beim letzten Mal nicht so intensiv behandelt werden konnte. Ob wir dann noch weitere Sachgebiete aufrufen können, wie hier die Redezeitdisziplin ist und wie viele Wortmeldungen wir haben. Wir kündigen das dann aber auch rechtzeitig an.

Wie gesagt, wir starten mit Soziales und Rente, dann Inneres, dann Migration und dann Frauen und Familie.

Antragsberatung zum Bereich Soziales und Rente, Initiativantrag 16

Dann rufe ich jetzt als Erstes die Antragsberatung zum Thema Soziales und Rente auf. Das ist der Antragsbereich S. Das sind die Anträge S01 bis S21. Dazu gehört auch der Initiativantrag 16. Dazu hören wir den Bericht der Antragskommission. Ich schaue mal, ob Dagmar Schmidt schon da ist. - Wunderbar. Dagmar Schmidt, bitte sehr.

Dagmar Schmidt, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, im Antragsbereich Soziales hatten wir insgesamt 21 Anträge und Initiativanträge. Die Allermeisten davon haben sich mit dem Thema der gesetzlichen Rente beschäftigt. Wie ihr wahrscheinlich mitbekommen habt, hat das Präsidium beschlossen, dass wir eine Sozialstaatskommission bei der SPD einrichten, um uns dort noch einmal sehr grundsätzlich mit grundsätzlichen Fragen des Sozialstaats zu beschäftigen und die Kommission, die die Bundesregierung einberufen hat, zu begleiten.

Allerdings finden wir trotzdem, dass wir im Bereich der Rente nicht einfach alles in die Kommission überweisen können, sondern dass wir auch Haltung zeigen müssen und dass wir unsere Prinzipien und unsere Ziele in der Rentenpolitik klarmachen sollten. Wir haben das anhand des S04 der AG 60 plus gemacht und diesen Antrag auch im Einvernehmen mit der 60 plus noch einmal zu einem gemacht, der ein bisschen die Leitplanken für die Diskussion, die wir zur Rente führen wollen, festlegt. Am Ende ist es unser Ziel, wieder das zu erreichen, was die Menschen von uns erwarten, nämlich dass jemand, der sein Leben lang ganz normal mit einem normalen Einkommen gearbeitet hat, am Ende auch eine lebensstandardsichernde Rente bekommt. Ich glaube, dieses Ziel müssen wir wieder in den Blick nehmen.

(Beifall)

Das Zweite, wo wir gesagt haben, wir müssen noch einmal ein deutliches Signal setzen, ist der Initiativantrag 16 von Selbstaktiv. Hier geht es um das Thema Barrierefreiheit und Sondervermögen, nämlich dass wir, wenn wir jetzt viel Geld in die Hand nehmen, um es

zu investieren, dabei nicht aus dem Blick verlieren, dass das, was damit gebaut wird, wo immer möglich auch barrierefrei ist. ich möchte ganz deutlich sagen, das ist eben nicht nur ein Thema für Menschen mit Behinderung. Inklusion und Barrierefreiheit sind ein Thema für uns alle. Jeder kann sich mal das Bein brechen. Jeder ist vielleicht mal mit einem Kinderwagen oder später mit dem Rollator unterwegs. Deswegen ist das ein Thema, wo ich dankbar bin, dass wir das auf dem Parteitag noch beschließen können.

Ich bitte euch also, die Voten der Antragskommission zu unterstützen, und freue mich auf eine schöne Debatte mit euch.

(Beifall)

Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, liebe Dagmar, auch für die Kürze und Prägnanz. Dann schaffen wir heute viel. - Als erste Wortmeldung liegt mir die Wortmeldung von Karl Finke vor, Bundesvorstand AG Selbstaktiv, begleitet von Katrin Gensecke. Wir kriegen jetzt die beiden Bundesvorsitzenden auf einmal. Danke schön.

Karl Finke, Co-Vorsitzender AG SPD Selbst Aktiv:

Genossinnen und Genossen, ihr habt es eben mitbekommen: Katrin und ich sind exzellentes Tandem von Selbstaktiv, und ich freue mich, dass wir beide euch heute begrüßen können.

Es geht bei dem Antrag darum, euch deutlich zu machen, um zur Stärkung der Mitentscheidung behinderter Menschen in dem Bereich auch einen Staatsminister für behinderte Menschen einzusetzen. Der Wechsel vom defizitorientierten Ansatz der 70er-Jahre, in denen ich zum Beispiel erblindete, zum kompetenzorientierten Ansatz, dass behinderte Menschen können und wollen und mitentscheiden, in der SPD stärker zu verankern und das mit eurer Unterstützung nach außen zu tragen. Wenn es darum geht, für den Bereich Migration etwas zu machen - vollkommen okay. Wenn es darum geht, für den Bereich Gleichstellung etwas zu machen - vollkommen okay. Auch mit Staatsministern. Und wenn es darum geht, Menschen mit Behinderung zu platzieren - auch vollkommen okay aus eurer Sicht. Plant es, bringt wir es ein, und es geht durch. Wie können wir die Kompetenz behinderter Menschen stärken und innerhalb unserer Partei so deutlich machen, wie es im Kleinen bei Selbst aktiv und in eurem Herzen hoffentlich ganz, ganz groß ist.

(Beifall)

Ich will das gleich mit dem zweiten Antrag verbinden. Dann bin ich für heute auch fertig. Da geht es um Inklusion und Sport. Ihr wisst alle: Der Sport, Menschen mit Behinderung und die SPD sind gut miteinander verknüpft. Unser Ehrenpräsident Julius Beucher vom Deutschen Binderhandsportverband ist da. Ich selbst bin Präsident des Binderhandsportverbands Niederachsen. Wir sind der festen Meinung, dass Inklusion und Sport, die zentral Menschen mit und ohne Behinderung verbinden, deutlich verankert werden müssen. Wir sind stolz darauf, dass bei dem 500-Milliarden-Programm die Möglichkeiten barrierefreien Bauens bei barrierefreien Sportstätten möglich ist. Sorgt in euren Kommunen, Gemeinden und den Bereichen, wo ihr Möglichkeiten habt, dafür, dass Inklusion und Sport gestärkt werden, dass sie die Sport- und Lebensverhältnisse behinderter und nicht behinderter Menschen zusammengebracht werden und dass ihr selbst alle in der SPD mitmacht. Das machen wir auch. Treibt Sport. Das machen wir auch. Unterstützt selbst aktiv. Das macht ihr alle. - Vielen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Soziales und Rente, Initiativantrag 16
Kerstin Griese, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Karl, für deinen Beitrag. - Das gibt mir die Gelegenheit, hier bei uns auch Friedhelm Julius Beucher, den Ehrenpräsidenten des Deutschen Behindertensportverbands, ganz herzlich zu begrüßen, langjähriger Präsident, jetzt Ehrenpräsident. Herzlich willkommen, lieber Friedhelm Julius!

(Beifall)

Mich würde es jetzt als Staatssekretärin, die für Rente und für Inklusion zuständig ist, total reizen, auch zu sprechen, aber heute ist mein Hauptinteresse, euch zügig durch den Tag zu führen. Deshalb ist dieser Antragsbereich so gut vorbereitet, dass wir keine weiteren Wortmeldungen haben und über die Gesamtvoten abstimmen können. Es gibt auch keine Anträge auf Einzelabstimmung. Deshalb rufe ich den gesamten Antragsbereich auf, und wir stimmen über die Voten der Antragskommission zum Bereich Soziales und Rente, über die Anträge S1 bis S21, und das Votum der Antragskommission zum Initiativantrag 16 ab. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Super. Jetzt sind, glaube ich, auch alle da. Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antragsblock einstimmig beschlossen. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Für den nächsten Themenblock gebe ich an Katja weiter.

Antragsberatung zum Bereich Inneres, Recht und Verwaltung, Initiativantrag 01
Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Kerstin. - Herzlich willkommen an euch! Schön, dass jetzt tatsächlich auch alle Reihen gut gefüllt sind. Das ist für den Block, den wir uns jetzt vornehmen, auch absolut wichtig.

Ich rufe alle Anträge des Antragsbereichs Inneres, Recht und Verwaltung auf. Das sind der Initiativantrag 01 sowie die Anträge I01 bis I30. Als Erstes hören wir wie immer die Antragskommission. Ich bitte Andreas Stoch zu uns nach vorne.

Andreas Stoch, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, einen schönen guten Morgen! Wir kommen jetzt zu dem, wie ich denke, von einigen auch mit Spannung erwarteten Antragsbereich Inneres, Recht und Verwaltung. Wir werden uns auch gleich mit dem, wie ich glaube, zentralen Thema in diesem Antragsbereich beschäftigen. Das spiegelt auch das, was im Antragsbuch steht, wider, nämlich die Anträge zum Kampf gegen Rechtsextremismus.

Wie könnte es anders sein in diesen Zeiten? Sie unterstreichen das Selbstverständnis aller Ebenen unserer Partei, ob Landesverband oder Ortsverein oder eben auch unsere Bundespartei. Wir als SPD sind das Bollwerk gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und für den Kampf gegen Rechtsextremismus, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, was es heißt, wenn Rechtsextremisten in Parlamente einziehen. Wir wissen, wohin es führt, wenn Nazis versuchen, die Demokratie von innen heraus zu zerstören. Deshalb ist es gut und mehr als angemessen, dass wir bei der Debatte um ein AfD-Verbotsverfahren - mein Kollege und Freund Georg Maier wird dazu gleich die Einführung machen - unmissverständlich deutlich machen, wie elementar wichtig wir den Schutz unserer Verfassung nehmen. Die Größe dieser rechtsextremen Partei darf dabei kein Hindernis sein, wie manche meinen, sondern muss vielmehr doch ein Indiz für die Gefährlichkeit dieser Partei und dieser Bestrebungen sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir zeigen damit, wie ernst wir die Mahnung von Carlo Schmid, einem der Väter des Grundgesetzes und Mitverfasser des Grundgesetzes, verstehen müssen, der uns Mut machen wollte. Zitat:

„Wir brauchen Mut zur Intoleranz gegenüber denen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen."

Und für genau diesen Fall schufen die Mütter und Väter des Grundgesetzes das Verfahren nach Art. 21 Abs. 2. Ja, liebe Genossinnen und Genossen, man kann aus der Geschichte lernen. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Demokratie erneut von innen heraus zerfressen wird, und deswegen machen wir ernst.

Das ersetzt natürlich nicht - ich spreche eine Plattitüde aus -, dass wir die AfD auch politisch weiterhin mit aller Kraft bekämpfen, dass wir uns nicht damit abfinden, wenn ihr aggressiver Populismus auch Menschen anspricht, für die wir Politik machen wollen. Auch das findet sich in unserem Antrag wieder.

Ein herzlicher Dank gilt unserem Parteivorstand für diesen Initiativantrag. Die Antragskommission möchte ihn euch natürlich zur Annahme empfehlen. Georg Maier wird euch gleich noch einiges dazu sagen.

Danke auch an die vielen Antragstellerinnen und Antragsteller in diesem Antragsbereich. Ich freue mich, dass wir einen wichtigen Beitrag zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland haben. Die zunehmende Gewalt gegen jüdische Frauen, Männer und Kinder ist erschütternd und besorgniserregend. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Konflikt in Gaza oder zwischen Israel und dem Iran hierzulande zu Antisemitismus, Hass und Gewalt gegen jüdische Menschen führt. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein klares Zeichen, das von diesem Parteitag auch ausgehen muss. Deswegen empfehlen wir euch auch diesen Antrag zur Annahme.

(Beifall)

Ein weiterer Antrag, mit dem wir uns heute beschäftigen, ist ein Antrag zum besseren Schutz von Mitarbeitenden in Krankenhäusern, den wir euch ebenfalls zur Annahme empfehlen. Wir haben bereits in der Vergangenheit den Schutz von Polizeikräften und Rettungsdiensten verbessert. Aber auch in Kliniken als rund um die Uhr geöffnete Einrichtungen erleben immer mehr Beschäftigte Übergriffe.

Der Antrag, den wir heute hier abstimmen, fordert wirksame Präventionskonzepte, die das Personal besser schützen und Gewalt wirksam eindämmen.

Auch im Bereich der Rechtspolitik gibt es wichtige Impulse, die wir euch zur Annahme empfehlen. So sprechen wir uns dafür aus, dass in der Insolvenzordnung die Restschuldbefreiung automatisch dazu führen soll, dass Betroffene wieder Zugang zu einem Girokonto erhalten. Es geht um die automatische Aufhebung der sogenannten öffentlich-rechtlichen Verstrickung von Konten, ein notwendiger Schritt, um den Menschen wieder eine Perspektive in ihrem Leben zu geben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen in diesem Antragskapitel auch den Verbraucherschutz stärken. Viele Verbraucherschutzverbände können sich Unterlassungsklagen gegen Unternehmen kaum noch leisten, weil die Gerichtskosten oft nur geschätzt werden und dann überraschend hoch ausfallen. Wir wollen doch alle, dass recht bekommt, wer recht hat, und dazu braucht es eben mehr Rechtssicherheit, auch bei den Prozesskosten. Deshalb sprechen wir uns in diesem Antrag für eine klare Begrenzung der Gerichtskosten aus.

Ich möchte allen Antragstellerinnen und Antragstellern für die insgesamt 30 Anträge in diesem Bereich danken. Ich bitte euch herzlich um Zustimmung für das Votum der Antragskommission und freue mich jetzt auf die Debatte zum Verbotsverfahren gegen die AfD. - Herzlichen Dank und Glück auf, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Lieber Andreas, herzlichen Dank für deinen Bericht. - Die Länge der Rednerliste zeigt, wie wichtig uns allen das Thema ist. Deswegen darf ich als ersten Redner auch Georg Maier nach vorne bitten. Ihm folgt Sinem Tasan. Georg wird uns sicherlich auch noch ein bisschen berichten, was diejenigen, die in den Landtagen mit riesigen AfD-Fraktionen zu tun haben, tagtäglich erleben. Thüringen ist dafür leider ein Beispiel, aber auch Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Schaut euch die Redner an und sagt den Leuten, dass das, was dort erzählt wird, wirklich auch gemacht wird. Das sind keine Plattitüden, sondern das sind Ansagen, und zwar Ansagen an unseren Rechtsstaat. Von der Warte her: Georg, du hast das Wort.

Georg Maier, Parteivorstand:

Man muss dem Mut denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie missbrauchen, um sie zu zerstören. Das ist der Satz - Andi hat ihn eben schon zitiert - von Carlo Schmid. Er hat ihn 1948 in einer Rede vor dem Parlamentarischen Rat geprägt. Carlo Schmid ist einer der Verfasser des Grundgesetzes. Dieser Satz wurzelt natürlich in der unmittelbaren Erfahrung des Nationalsozialismus 1948, aber vor allen Dingen auch in der Erfahrung von 1933, als die Nazis auf legale Art und Weise an die Macht gekommen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte eines sehr deutlich sagen: Eine Partei wird nicht deshalb demokratisch, weil sie demokratisch gewählt wird.

(Beifall)

Ich bin Innenminister - nicht irgendwo, sondern in Thüringen. Katja hat es eben schon gesagt: Thüringen ist vielleicht das Bundesland, wo die AfD bei ihrem Versuch, die Demokratie von innen heraus zu zerstören, am weitesten fortgeschritten ist. Ihr erinnert euch bestimmt an die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags vor einem Dreivierteljahr, als der AfD-Alterspräsident, der keine demokratische Legitimation hat, versucht hat, Parlamentarierinnen und Parlamentarier in ihren Rechten zu beschneiden, um trickreich einen AfD-Landtagspräsidenten durchzusetzen.

Aber nicht nur die Legislative wird von der AfD angegriffen. Auch die Justiz sieht sich vermehrt angriffen ausgesetzt. Richterinnen und Richter werden verächtlich gemacht. Zum Beispiel wurden auch Richter des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, als es eben um eine Entscheidung ging, die mit dieser konstituierenden Sitzung zusammenhing, verächtlich gemacht und werden mit Klagen überzogen.

Aber nicht nur das, liebe Genossinnen und Genossen. Die AfD hat im Thüringer Landtag mittlerweile eine Sperrminorität. Was heißt das? Das heißt, dass zum Beispiel der Richterwahlausschuss sich nicht mehr konstituieren kann, weil die AfD das seit Monaten blockiert. Das heißt, wir können keine Richterinnen und Richter mehr auf Lebenszeit verbeamten. Ich muss euch nicht vor Augen halten, was es für die Justiz in wenigen Jahren bedeutet, dass wir nicht mehr genügend Richterinnen und Richter haben.

Ich sage euch eines - das ist meine Erfahrung seit zehn Jahren im Thüringer Landtag; so lange sitzt die AfD dort schon -: Die AfD hat erst damit begonnen, unsere Demokratie zu beseitigen.

(Beifall)

Deshalb ist es an der Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, jetzt die Instrumente zu nutzen, die uns die Mütter und Väter des Grundgesetzes an die Hand gegeben haben.

(Beifall)

Ja, und es gehört eben auch Mut dazu, das zu tun. Ich bin der Auffassung, es ist an der Zeit, mutig zu sein ganz im Sinne von Carlo Schmid, jetzt dieses Verfahren gut vorbereitet, aber dann auch anzustrengen.

(Beifall)

Natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, birgt das alles Risiken. Das NPD-Verbotsverfahren lehrt uns das. Aber ich bin inzwischen der Auffassung, dass das Risiko, nichts zu tun, mittlerweile deutlich größer ist als das Risiko, vor Gericht eine Niederlage zu kassieren.

(Lebhafter Beifall)

Die beiden Verfahren sind eben auch nicht vergleichbar. Das NPD-Verbotsverfahren ist nicht eins zu eins vergleichbar. Natürlich haben wir wichtige Hinweise von den Verfassungsrichterinnen und -richtern bekommen, was alles bewiesen werden muss, um eine Partei zu verbieten. Aber das, woran es bei der NPD gescheitert ist, die mangelnde sogenannte Potenzialität, also dass eine Partei wie die NPD nicht wirkmächtig genug ist - ich glaube, es gibt keinen Zweifel, liebe Genossinnen und Genossen: Die AfD ist wirkmächtig, sie ist gefährlich. Das sieht man an den Wahlergebnissen, gerade auch in Ostdeutschland.

(Beifall)

Es gibt zwei weitere Kriterien, die ganz zentral sind, damit dieses Verfahren auch erfolgreich sein kann. Es muss nachgewiesen werden, dass die Partei gegen die Menschenwürde verstößt. Liebe Genossinnen und Genossen, dazu brauche ich keinen Verfassungsschutz.

(Beifall)

Das können wir jeden Tag live erleben, in den Landtagen, aber auch in den Interviews, die gegeben werden, und auf Social Media. Diese Partei ist eine völkische Partei. Sie unterteilt Menschen in Wertigkeit. Am besten kann man das deutlich machen an der Diskussion der sogenannten Passdeutschen. Also, auch deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund, die diese Staatsbürgerschaft vor Kurzem erworben haben, sollen nicht die gleichen Rechte haben als Deutsche, die biodeutsch sind oder die dem kulturellen und ethischen Volksbegriff der AfD entsprechen. Am Ende mündet das in Deportation.

(Beifall)

Hört euch um bei Deutschen, aber nicht nur bei Deutschen, sondern natürlich auch bei vielen anderen, die bei uns leben und arbeiten, mit Migrationshintergrund, was das mit den Menschen macht, was das mit unseren Freundinnen und Freunden und unseren Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund macht, welche Ängste mittlerweile vorherrschen.

Deshalb ist meines Erachtens ganz klar: Die AfD ist eine völkische Partei und widerspricht dem Grundsatz aus Art. 1 Grundgesetz, der Menschenwürde.

(Beifall)

Der dritte wichtige Punkt, der nachgewiesen werden muss - aber auch das scheint mir machbar -, ist: Es muss nachgewiesen werden, dass die AfD diese Ziele planvoll und aggressiv kämpferisch verfolgt. Auch das kann man nachvollziehen, gerade bei der Remigrationsdebatte. Björn Höcke möchte den Flughafen Erfurt zu einem Remigrationshub umbauen. Liebe Genossinnen und Genossen, was ist das anderes als planvolles Vorgehen zur Deportation von Menschen?

(Beifall)

Was sieht unser Antrag vor? Ganz wichtig ist, dass wir hier wirklich sorgfältig vorgehen. Die drei Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sind antragsberechtigt. Wir wollen ein Verbotsverfahren nicht kopflos anstrengen. Das wäre ein großer Fehler. Es muss gut vorbereitet sein. Deshalb soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe das Material sammeln und bewerten, unterstützt durch Gutachter*innen, die, natürlich juristisch fundiert, eine Klageschrift vorformulieren sollen. Wenn diese Klageschrift fertig ist und wir wissen, dass die Beweislage gut und stabil ist - ich habe euch eben ausgeführt, dass ich mittlerweile der Auffassung bin, dass das machbar ist -, dann müssen wir das Verbotsverfahren einleiten.

(Beifall)

Ich möchte ganz deutlich sagen, was uns ja oft vorgeworfen wird: Es ist keine politische Willkür, sondern es ist Ausdruck verfassungsrechtlicher Verantwortung.

(Beifall)

Doch ich sage auch sehr deutlich, mit dem Verbot ist es nicht getan. Wir müssen natürlich alles tun, um die Menschen, die die AfD wählen - das sind in der großen Masse eben keine Rechtsextremisten; es gibt welche darunter, leider auch recht zahlreich -, wiederzugewinnen, und dieser Parteitag hat heute einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es uns gelingt, die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit wieder zu

erreichen, zuzuhören, verständlich zu sein, damit es der AfD nicht gelingt, ihnen Angst zu machen und mit einfachen Lösungen um die Ecke zu kommen. Das ist unsere politische Aufgabe, und das muss unser Anspruch sein. Wir müssen greifbar sein, wir müssen zugänglich sein, wir müssen vor Ort sein. Das ist die zweite Schiene, die wir machen müssen, um die AfD wieder klein zu bekommen. Das ist die politische Schiene, und die müssen wir genauso ernst nehmen und uns zu Herzen nehmen.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss. - Saskia ist heute nicht da, aber es ist im Wesentlichen ihr Verdienst, dass wir heute diesen Antrag haben.

(Beifall)

Und es ist das Verdienst vieler Genossinnen und Genossen, die im Raum sind und die gleich auch noch reden werden, die an der AG Wehrhafte Demokratie mitgearbeitet haben, dass wir diesen Antrag haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, Theodor Heuss hat gesagt, Demokratie ist nicht bequem. Sie verlangt Anstrengung, Mut und Urteilskraft. Liebe Genossinnen und Genossen: Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Bitte stimmt diesem Antrag zu.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Georg. - Ihr habt gemerkt, dass wir, weil dieser Antrag uns allen so wichtig ist und weil es ein so wichtiges Thema ist, Georg deutlich mehr Redezeit gegeben haben, als wir eigentlich verabredet haben. Bitte habt Verständnis dafür, dass wir ohne Ansehen der Person bei allen anderen Redebeiträgen genau auf die Einhaltung der Redezeit achten werden, denn alle, die jetzt auf der Liste stehen, wollen sprechen, sollen sprechen. Deswegen sage ich das schon einmal vorab.

Sinem, du hast das Wort. Nach dir darf unser Parteivorsitzender Lars Klingbeil sprechen.

Sinem Tasan, Berlin:

Vielen Dank, liebe Katja. Kein Problem. Ich glaube, ich hole das wieder rein.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu Beginn sagen, dass ich dem PV sehr dankbar für diesen Antrag bin und dass ich dankbar dafür bin, dass es gelungen ist, hier eine geeinte Position hinzubekommen. Ich möchte aber auch sagen und einen Blick darauf werfen, wie es dazu gekommen ist.

Es waren viele Gliederungen dieser Partei, die den Anstoß gegeben haben, dass wir uns darüber jetzt endlich sehr, sehr, sehr ernsthaft unterhalten müssen. Aber es war auch ganz viel Zivilgesellschaft. Gestern haben wir Unterschriften und Postkarten von der AfD-Verbotskampagne entgegengenommen, die uns Tausende Postkarten in die Hand von besorgten Menschen in unserer Gesellschaft gedrückt hat, die sagen, es geht so nicht weiter. Wir müssen hier endlich ein Stoppschild setzen. Die Demokratie muss zeigen, dass sie wehrhaft ist und dass sie sich nicht von Antidemokrat*innen am Nasenring durch die Manege ziehen lässt.

(Beifall)

Deshalb gilt mein Dank an dieser Stelle auch der Zivilgesellschaft, deren Echokammer wir hier ja sind. Deswegen ist es gut, dass es diesen Antrag jetzt gibt und dass wir uns auf den Weg machen, diesen Antrag zu stellen, dass wir ernst machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist natürlich wichtig, dass hier mit aller Sorgfalt geprüft wird, dass alle Erkenntnisse, die wir haben, zusammengetragen werden. Das ist unsere Pflicht. Aber der Antrag sagt auch, dass das, was wir eigentlich schon öffentlich vor uns haben, erdrückend ist. Ich sage euch ehrlich: Mir fehlt fast schon die Fantasie, wie wir anders rauskommen sollen, als dass dieser Antrag zu stellen ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb sage ich euch sehr ehrlich: Uns liegt gerade auch aus der Berliner Perspektive die Frage am Herzen: Was passiert eigentlich, was kann passieren, wenn die Bund-Länder-Arbeitsgruppe vielleicht nicht zu einem eindeutigen Ergebnis kommt? Ich sage euch - und ich setze da meine Hoffnung in euch -, dann müssen es die Bundesländer sein. Dann muss es eine Bundesratsinitiative sein, die den Faden aufnimmt. Wir dürfen uns auf diesem Beschluss nicht ausruhen, und wir dürfen aus meiner Sicht auch nicht ruhen, bis wir diesen notwendigen Schritt eingeleitet haben.

(Beifall)

Ich möchte die wenigen Sekunden, die ich noch habe, noch kurz nutzen, um etwas zum politischen Wettstreit zu sagen, weil mich das auch immer wieder umtreibt. Ich bin froh, dass der Antrag klarmacht: Natürlich wollen wir die Leute zurückholen, wieder

überzeugen mit dem, was wir als politisches Angebot haben, mit dem, was wir glauben, was Vision sein kann für die Gesellschaft, eine Gesellschaft, die besser ist als heute. Das ist klar. Aber den politischen Wettstreit, liebe Genossinnen und Genossen, kann man nicht gut mit Antidemokrat*innen führen, mit Menschen, die das Spielfeld zertreten wollen. Der politische Wettstreit gehört in erster Linie wieder unter Demokrat*innen. Da will ich ihn führen, und da müssen wir ihn die nächsten Jahre auch führen, um dieses Land nach vorne zu bringen. Das glaube ich.

Deswegen lasst uns ehrlich miteinander sein: Das Verbotsverfahren ist das richtige Schwert gegen Faschist*innen, nicht der politische Wettstreit. - Vielen Dank.

(Beifall)

Danke, Sinem. - Jetzt kommt Lars zu uns auf die Bühne. Im folgt Carmen Wegge.

Lars Klingbeil, Parteivorsitzender:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will damit beginnen, dass ich mich bei all denen bedanke, die diesen Antrag in den letzten Wochen sehr akribisch vorbereitet haben. Das ist Saskia, das ist Georg, das ist Carmen, das ist Philipp, das ist Tim. Ein großes Dankeschön, dass es gelungen ist, hier heute einen gemeinsamen Antrag zu haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich halte es für richtig, dass wir geschlossen auftreten und dass wir eine geschlossene Position im Umgang mit der AfD haben. Ein großes Dankeschön an euch alle.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei mir war der Kampf gegen rechts der Grund, warum ich zur Politik gekommen bin. Ein Nazi-Zentrum bei uns in der Lüneburger Heide, ein ehemaliges Schullandheim, gekauft von einem NPD-Funktionär. Dort hat sich eine Gruppe getroffen, eine arische Gemeinschaft, die dort regelmäßig Sommerfeste, Seminare und andere Dinge veranstaltet. Wir sind regelmäßig hingefahren, bei uns von der Schule, um dort zu demonstrieren. Es war der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski, der dieses Zentrum 1996 geschlossen hat. Wir haben damals gedacht, wir haben die Nazis besiegt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr glaubt gar nicht, wie es schmerzt - ich glaube, ich kann das für alle Abgeordneten sagen -, wenn wir heute im Deutschen Bundestag sitzen, und da sitzt dieser riesige blaue Block. Es ist eine Aufgabe, auch eine historische Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen, die wir haben, diese Leute wieder aus dem Parlament

rauszukriegen. Die gehören da nicht rein. Die Rechtsextremen müssen bekämpft werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist die Aufgabe, die wir haben. Die juristische Auseinandersetzung mit der AfD gehört ganz zentral dazu.

Ich will das hier sehr klar sagen, weil ich ja auch immer ein Stück weit gebremst habe und gesagt habe, wir müssen die Bewertung auch des Verfassungsschutzes an dieser Stelle haben. Aber ich sage euch: In dem Moment, wo der Verfassungsschutz sagt, das ist eine gesichert rechtsextreme Partei, darf es kein Taktieren mehr geben,

(Beifall)

darf es keine Argumentation mehr geben, die sich hinter so mancher Aussage versteckt, wie man es von der CDU hört, dass man sagt, die haben doch aber über 20 Prozent in den Umfragen, oder dass man sagt, ja, aber juristisch bringt das doch nichts. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrung eine Verfassung haben, die die Instrumente vorsieht, dass diejenigen, die politisch eine Verantwortung tragen, unsere Demokratie und unsere Verfassung schützen müssen, dann ist es verdammt noch mal unsere Aufgabe als Demokratinnen und Demokraten, die Instrumente zu nutzen, die wir haben, um unsere Verfassung zu schützen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt ein Verbotsverfahren ernsthaft vorbereiten, dass es geprüft wird und dass diese Option natürlich nicht vom Tisch genommen wird, wie es sich mancher in der Union an dieser Stelle vorstellt.

Ist das alles, was man im Kampf gegen rechts tun muss? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das ist es nicht. Das wissen wir als SPD, und deswegen machen wir viele andere Dinge auch. Aber ich sage euch: Die juristische Auseinandersetzung gehört im Kampf gegen rechts dazu. Ich bin dankbar, dass wir heute hier ein geschlossenes Signal im Bereich Verbotsverfahren setzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lars. - Jetzt wird Carmen zu uns sprechen. Auf sie folgt Torsten Rekewitz.

Carmen Wegge, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin der festen Überzeugung, dass die AfD unsere Demokratie abschaffen will, und ich bin auch der festen Überzeugung, dass es, wenn wir es nicht schaffen, diesen Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht innerhalb der nächsten vier Jahre auch tatsächlich zu stellen, düster aussieht für unsere Demokratie. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir es gemeinsam geschafft haben, uns auf diesem Bundesparteitag auf einen Antrag zu verständigen, der sagt: Ja, wir müssen jetzt losgehen, wir müssen unverzüglich losgehen.

(Beifall)

Wir in der Bundestagsfraktion laufen nahezu jeden Tag in unseren Fraktionssaal, und wenn wir das tun, dann laufen wir an den Namen derjenigen vorbei, die damals die Einzigen waren. Wir waren auch die einzig verbliebene Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Wir waren die Einzigen, und das ist uns eine Mahnung. Deswegen will ich schon auch sagen: Uns in der Bundestagsfraktion ist das jetzt nicht gerade einfach mal eingefallen, sondern wir setzen uns seit Jahren mit der AfD auseinander und haben uns ganz genau angeschaut: Können die Voraussetzungen für die Überprüfung der AfD vom Bundesverfassungsgericht vorliegen? Wir sagen: Ja, denn die AfD verstößt mit ihren Werten gegen das Grundgesetz, gegen die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Wir sagen, die AfD ist inzwischen so groß geworden, dass sie eine ernsthafte Gefahr für unsere Demokratie ist. Wir sagen auch, sie geht darauf aus, unsere Demokratie zu beseitigen. Wir hören es jeden Tag im Parlament. Wir haben AfD-Mitglieder, die in terroristischen Vereinigungen sind. Das Wort „Remigration“ fällt bei uns häufig im Parlament, und sie meinen damit Deportationen.

(Beifall)

Es wird immer gesagt: Ja, aber was passiert denn, wenn wir verlieren? Ich frage euch: Was passiert denn, wenn wir diesen Antrag nicht stellen?

(Beifall)

Und es gibt eine Angst in der Gesellschaft. Ich sage ganz ehrlich: Bei uns doch auch. Wir erleben es doch in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen und im Bundestag. Wir haben doch auch Angst. Ich weiß nicht, wie viele Gespräche ich schon mit Menschen

geführt habe, die gesagt haben: Inzwischen denke ich ernsthaft darüber nach, in welches Land ich eigentlich gehen müsste, wenn die AfD hier an die Macht kommt. - Das wird immer konkreter bei vielen von uns. Aber die Sozialdemokratie flüchtet nicht, sondern die Sozialdemokratie kämpft. Aus unserer Geschichte heraus werden wir das auch diesmal machen. Aus unserer Überzeugung heraus werden wir das auch diesmal machen.

Deswegen bitte ich euch: Unterstützt diesen Antrag und schickt ein starkes Signal: Wir kämpfen gegen den Faschismus, jeden Tag und überall. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Carmen. - Torsten, du bist unser nächster Redner. Auf dich folgt Beatrice Wiesner.

Torsten Rekewitz, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Mitstreiter*innen! Lieber Georg, als ich dich gerade gehört habe, wurde mir tatsächlich schlecht, weil mir wieder bewusst wurde, dass wir über etwas reden, das inzwischen mitten unter uns und nicht mehr abstrakt ist. Ich weiß noch, vor ein paar Jahren haben wir diese Debatte geführt, als wäre sie ganz weit weg und als hätten wir damit nichts zu tun.

Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Das ist so ein bisschen ein gelobtes Land, der Kreistag, in dem ich sitze, der des Rhein-Erft-Kreises, noch viel mehr. Bei uns stapelt sich das Geld. Das klingt jetzt ein bisschen blöd, aber ja, wir sind angeblich schuldenfrei - darüber kann man sich streiten -, und wir können tatsächlich in viele Dinge investieren, die in den meisten Regionen unseres Landes nicht mehr selbstverständlich sind. Und trotzdem sind 2020 vier Menschen der AfD in unseren Kreistag eingezogen. Die haben sich dann zersplittert. Die waren mal ein paar Monate keine Fraktion. Jetzt sind sie wieder eine. Die waren 2020 nicht vertraut mit Geschäftsordnungstricks. Da konnte man dann schon einmal dafür sorgen, dass sie eben nur mit beratender Stimme in wichtigen Gremien vertreten sind oder in einigen Gremien gar nicht.

Den Gefallen tun sie uns aber nicht mehr. Wenn wir jetzt am 14. September Kommunalwahlen in NRW haben, werden diese Menschen flächendeckend - das ist meine Befürchtung - in unsere Kreistage und Stadträte einziehen. Der Rhein-Erft-Kreis

ist, wie gesagt, eine sehr reiche Region. Damit ihr euch orientieren könnt: Er umfasst alles zwischen Köln und den großen Braunkohlelöchern. Im Rhein-Erft-Kreis haben wir Kommunen, in denen die AfD bei den letzten zwei, drei überregionalen Wahlen in einzelnen Städten auf Platz zwei vorgerückt ist. Es gibt zehn Städte im Rhein-Erft-Kreis. Wir haben einzelne Kommunen, in denen wir als SPD, als Sozialdemokratie, nicht mehr die Kraft haben, mit Bürgermeisterkandidat*innen in solch eine Auseinandersetzung zu gehen. Das war übrigens auch für mich persönlich die Motivation, meinen Hut in unserer Kreisstadt in den Ring zu werfen, weil ich das unerträglich finde.

Umso wichtiger ist es, dass wir alle Mittel nutzen. Lars hat gerade zu Recht gesagt, das Grundgesetz bietet uns ja dieses scharfe Schwert. Deshalb bitte: Das Verbotsverfahren ist überüberfällig. Lasst es uns endlich nicht nur prüfen. Lasst es uns endlich in die Wege leiten.

(Beifall)

Die politische Auseinandersetzung zu führen, ist aus meiner Sicht originär der Auftrag, den wir als Sozialdemokratie haben. Gebt euch einen Ruck. Kandidiert tatsächlich selbst, wenn ihr seht, es gibt irgendwo weiße Flecken, wo wir nicht mehr mit Bürgermeister*innen, mit Landrät*innen ins Rennen gehen. Prüft euch, ob ihr da dann nicht in die Bresche springt. Motiviert andere Leute, es zu tun. Lasst uns alle Mittel nutzen, die wir haben. Das ist heute der erste Schritt. Ganz ehrlich: Ich hätte nicht gedacht, als ich nach Berlin gefahren bin, dass ich diese Zuversicht habe, dass wir diese Beschlüsse heute herbeiführen. Inzwischen habe ich sie. Gebt mir da bitte recht, indem ihr gleich ein starkes Votum abgebt, damit wir das Verbotsverfahren endlich einleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank an dich, auch für die Einhaltung der Redezeit ohne Klingeln. - Beatrice, du bist die Nächste. Auf dich folgt Aaron Spielmanns.

Beatrice Wiesner, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genoss*innen! Die Demokratien auf der ganzen Welt werden angegriffen. Wir haben gestern intensiv darüber diskutiert. Und auch unsere Demokratie wird angegriffen, nicht mit Panzern, aber mit Parolen. Nicht von außen, sondern aus dem

Herzen unserer Parlamente heraus. Der Angreifer hat einen Namen: Es ist die AfD. Das ist keine normale Partei, und es ist auch keine Protestpartei, sondern das ist der parlamentarische Arm des Faschismus in diesem Land.

(Beifall)

Sie will nicht gestalten, sondern sie will zerstören, und sie macht auch keinen Hehl daraus. Wir alle, die wir hier sitzen, standen nach den CORRECTIV-Recherchen zusammen auf den Straßen. Unsere Genoss*innen in den Landtagen und im Bundestag müssen sich Tag für Tag die menschenverachtenden, rassistischen und sexistischen Sprüche der AfD anhören. Viel zu viele von uns, ob als Abgeordnete in Parteiämtern oder als Aktive vor Ort, sind selbst schon Ziel dieser Hetze geworden, Ziel von digitalem Hass, von Drohmails, von Einschüchterung und auch von ganz brutaler körperlicher Gewalt.

Dieser Hass ist real, und er ist organisiert. Er hat politische Rückendeckung durch eine Partei, die in unseren Parlamenten sitzt. Trotzdem hören wir immer wieder, man müsse die AfD entzaubern. Einige meinen sogar, man müsse sie behandeln wie jede andere Partei auch. Schöne Grüße, Jens Spahn, aber das ist keine politische Strategie. Das ist eine brandgefährliche Verharmlosung.

(Beifall)

Unsere Parlamente sind nicht Hogwarts, und Politik ist keine Magie. Faschismus lässt sich einfach nicht entzaubern, sondern den muss man bekämpfen, und zwar mit einer entschlossenen und klaren Antwort. Und dieses Verbotsverfahren ist die Antwort darauf. Nie wieder! Das ist kein Zitat, das wir als Sozialdemokrat*innen uns einfach auf die Fahne stecken und dann vor uns hertragen. Nein, das ist ein Auftrag, und das ist unsere Pflicht. Jetzt ist der Moment gekommen, an dem wir diesem Auftrag gerecht werden müssen.

Ein Verbotsverfahren ist kein Allheilmittel. Das wissen wir. Aber es ist das schärfste Schwert unserer Demokratie. Wenn eine Partei wie die AfD alle roten Linien überschreitet, dann darf die Sozialdemokratie nicht zögern.

Viele von uns haben diese Debatte schon lange geführt und vorangetrieben. Das ist die Zivilgesellschaft gewesen, und ja, das waren auch wir Jusos. Nicht, weil wir recht behalten wollen, sondern weil es unsere Pflicht ist, in der Tradition der 162-jährigen Geschichte dieser Partei zu stehen. Nie wieder, das ist nicht irgendwann, das ist nicht vielleicht, sondern jetzt.

Denen, die uns bedrohen, die unsere Mitmenschen bedrohen, die uns Sozialdemokrat*innen bedrohen, die uns angreifen und die uns verhöhnen, senden wir

heute eine klare Botschaft: Wir weichen nicht zur Seite, um dem Faschismus Platz zu machen, sondern wir stehen zusammen und geben dem Faschismus keinen Fußbreit. - Alerta Antifascista!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Beatrice. - Aaron, jetzt hast du das Podium. Auf dich folgt Anna Rasehorn.

Aaron Spielmanns, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! In der Vergangenheit der Bundesrepublik waren die Faschisten und Nazi-Horden stets unorganisiert, und wenn sie es waren, dann liefen sie am Leben vorbei oder waren so unbedeutend, dass sie unserer Demokratie nicht schaden konnten. Seit der Gründung der AfD jedoch nehmen die faschistischen und nationalsozialistischen Strukturen in diesem Land immer mehr Gestalt an. Wir beobachten es von Jahr zu Jahr, wie sie in den Ländern und auch im Bund an Prozenten und Sitzen in den Parlamenten zunehmen. Der Aufwuchs dieser Strukturen hat uns doch letztendlich klargemacht - das drücken wir auch in diesem Antrag aus -, dass diese faschistischen Strukturen zerschlagen gehören, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber die Zerschlagung dieser Strukturen, der Bundesverbände und Landesverbände, allein reicht nicht aus, um das Problem zu lösen. Georg, du hast gerade eben gesagt, die AfD macht den Menschen in diesem Land Angst. Ich sehe es anders. Die Menschen in unserem Land haben Ängste, Existenzängste, die aus Ungerechtigkeit entstehen. Das ist doch der wahre Nährboden der AfD: Ungerechtigkeit. Daraus entsteht Unzufriedenheit. Ich kann meine Miete nicht bezahlen. Ich kann von meinem Lohn meinen Kindern nicht die Klassenfahrt oder auch mal einen Jahresurlaub finanzieren. Ich scheitere an der Nebenkostenabrechnung. Das sind doch die realen Ängste, die die Menschen in unserem Land haben, und alles, was die Nazis und Faschos da machen, ist, ein einfaches Feindbild vorzugeben: Die Ausländer sind schuld, und wir lösen das jetzt mit euch. Das ist falsch. Da müssen wir gegenhalten.

(Beifall)

Deswegen kann die Lösung für uns nur eine programmatische sein. Das finde ich so hervorragend an diesem Antrag, den wir jetzt geschrieben haben.

Wir müssen aus meiner Sicht drei Punkte in Zukunft mehr würdigen. Das ist zuallererst die Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall)

Während in irgendwelchen deutschen Talkshows darüber philosophiert wird, wo wir denn das Geld hernehmen sollen, um mehr in die Bildung zu investieren, um mehr in die Infrastruktur zu investieren, sitzt Jeff Bezos in Venedig und mietet sich die ganze Stadt für ein Wochenende für seine Hochzeit. Und wir fragen uns, wo das Geld ist, meine lieben Genossinnen und Genossen. Dort ist das Geld, und da müssen wir ran.

(Beifall)

Dann kommen wir zum zweiten Punkt: Bildungsgerechtigkeit, oder nennen wir es Teilhabegerechtigkeit an Bildung, Gesellschaft und Arbeit. Das ist ein Punkt, liebe Genossinnen und Genossen, wo wir doch große Defizite feststellen, wenn es darum geht, dass Menschen mit Behinderung an Arbeit und Bildung teilhaben können. Schaut euch an, was Höcke sagt. Er will Menschen mit Behinderungen aus dem Bildungssystem hinaustreiben, liebe Genossinnen und Genossen. Da gilt es gegenzuhalten.

(Beifall)

Das Gleiche gilt für Arbeitsgerechtigkeit. Wir brauchen Löhne, die die Menschen vor Ausbeutung und Armut schützen. Das fängt auch beim Mindestlohn an. Wenn ich Hausbesuche mache und den Leuten erkläre, wir Sozialdemokraten haben den Mindestlohn durchgesetzt, und die mir dann sagen: „Ja, super. Ich kann mir trotzdem nichts leisten.“, dann ist das scheiße, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Olaf hat in der Bundestagswahl 2021 einen sehr guten Satz gesagt. Er hat gesagt, wir müssen Politik machen, die die Menschen im Alltag spüren. Und das ist es doch. Wir reden so oft darüber, dass wir unsere Politik besser erklären müssen. Wenn wir unsere Politik erklären müssen, kommt sie nicht an. Wir müssen Politik machen, die die Menschen spüren. Das ist das, was wir tun müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der dritte und letzte Punkt, um auch die junge Generation mit einzubinden, ist die Klimagerechtigkeit. Wenn wir es nicht auf die Kette kriegen, dort auch programmatische

Entwürfe vorzustellen, dann verlieren wir auch Jugendbewegungen an andere Parteien, die dort seriöser und glaubhafter aufgestellt sind. Wir sind die Begründer der Umweltbewegung unter Willy Brandt: „Der Himmel über der Ruhr soll blau werden." Wir waren es, die die Umweltpolitik begründet haben. Wir sollten uns dieses Thema auch wieder mehr auf die Fahne schreiben.

(Beifall)

Zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen: Diese drei Pfeile sind das Einheitszeichen, vor dem die Höcke-Horden weichen. Nicht abseits stehen, Parole: Ran! Legt alle die drei Pfeile an! - Vorwärts und Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Aaron. - Als Nächste ist Anna Rasehorn dran.

Wir haben aktuell noch 24 weitere Wortmeldungen. Ich würde euch an dieser Stelle als Erstes vorschlagen, die Redeliste zu schließen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht. Dann ist die Redeliste jetzt geschlossen. - Anna, du hast das Wort.

Anna Rasehorn, Bayern:

Liebe Genoss*innen! Die AfD ist gesichert rechtsextrem. Punkt.

(Beifall)

Selbst wir in Bayern, und wir sind schon mit Aiwanger und Söder mehr als hart bestraft, führen mittlerweile die AfD als gesicherte rechtsextreme Organisation. Deswegen, liebe Genoss*innen: Lasst uns das Schwert nutzen, das unsere Mütter und Väter des Grundgesetzes uns mitgegeben haben. Ein vielzitierter Mann hier auf diesem Bundesparteitag kommt zufälligerweise aus meiner Heimatstadt: Bertolt Brecht. Er hat gesagt, wer kämpft, kann verlieren. Wer aber nicht kämpft, hat schon verloren.

Ich kann aus der Landtagsfraktion in Bayern berichten, auch wir dürfen uns mit diesem rechtsextremen völkischen Flügel jeden Tag auseinandersetzen. Mir wird fast tagtäglich im Gang zugeflüstert, dass es schon Listen gibt, wo mein Kind in den Kindergarten geht, und dass wir uns alle bereitmachen können. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, bei Remigration, bei der Deportation sind wir alle gemeint.

Ich bedanke mich beim Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, bei Markus Rinderspacher, der zum Glück eine gute Sitzungsdisziplin hat. Aber auch er muss regelmäßig unsere Rechtsextremen daran hindern, dass sie von Endsieg oder davon sprechen, dass wir den Karnickeln in den Parlamenten den verdienten Nackenschlag versetzen müssen. Liebe Genossinnen und Genossen, der Dammbruch hat schon längst begonnen.

(Beifall)

Daher ist es richtig und wichtig, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, denn wir haben es doch beim NPD-Verbotsverfahren gesehen: Wenn wir uns allein auf den Weg machen, kann es scheitern. Wenn wir aber gemeinsam - - Und auch da hat Bayern eine wichtige Rolle gespielt. Hier muss man auch einmal die CSU mit Joachim Hermanns loben, der beim NPD-2-Verbotsverfahren kooperativ mitgearbeitet hat. Deswegen ist das der richtige Weg.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es ist trotzdem wichtig, dass wir unsere Hausaufgaben parallel machen. Ich möchte aufgrund der Zeit nur auf ein paar Punkte nur eingehen.

Das Erste - ich kann es leider nicht mehr hören, und ich kann es auch von meiner Partei nicht mehr hören - ist: Wir müssen diese Partei inhaltlich stellen. Ich spiele doch nicht mit jemandem „Mensch ärgere Dich nicht“, der dieses Spiel von vornherein ablehnt. Das bringt nichts, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist aber trotzdem wichtig, dass wir eine Zukunftsperspektive für diejenigen aufzeigen, die unseren Laden am Laufen halten, und dass wir uns nicht diesen Frustrationen hingeben. Dazu brauchen wir dieses Arbeitsprogramm. Wir dürfen nicht nur die Copy light, die besseren Abschieber sein. Wir brauchen ein gutes Grundsatzprogramm, denn sonst wählen sie das Original, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der letzte Punkt ist mir wichtig, weil er heute noch nicht angesprochen worden ist. Ich muss jedes Mal durch die AfD-Fraktion laufen, wenn ich ins Plenum möchte. Dort ist in jedem Büro ein Social-Media-Hollywood-Drehareal. Das wird von Steuergeldern finanziert, liebe Genossinnen und Genossen. Überlassen wir nicht die sozialen Medien den Rechten. Lasst uns an die eigene Nase fassen, und lasst auch uns dort in diesen Raum hineingehen. - Vielen lieben Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Als nächsten Redner sehen wir jetzt Aziz bei uns auf der Bühne. Nach Aziz folgt Katharina Kosubek.

Aziz Bozkurt, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! „Nie wieder ist jetzt“ tauchte auch heute häufig auf, und das ist auch richtig. Ob es eine Floskel ist oder ob man es dann tatsächlich lebt, das sehen wir in diesem Antrag, der richtig gut geworden ist. Dank, wem Dank gebührt. Ich als Ostwestfale würde gerne den Nordrhein-Westfalen danken, die auf ihrem Landesparteitag im Prinzip den Anstoß gegeben haben, dass hier heute auch etwas beschlossen werden muss. Vielen Dank.

(Beifall)

Der Dank - das fiel hier auch schon - geht tatsächlich an die Zivilgesellschaft. Wir reden häufig darüber, dass wir das Bollwerk gegen rechts sind. Das ist auch unser Selbstverständnis. Aber das Bollwerk ist tatsächlich auch da draußen, von den Omas gegen Rechts, wo die CDU anscheinend große Probleme hat, bis hin zum Zentrum für Politische Schönheit.

Die Zeit fließt ja tatsächlich sehr schnell. Wir hatten die Deportationspläne, und da soll es kein Vertun geben: Es geht nicht um Leute wie mich. Es geht nicht um mich, sondern es geht um alle, um alle, die anders denken, lieben oder leben.

(Beifall)

Heute schließen wir die Reihen mit der Zivilgesellschaft, weil sie diese Forderungen schon länger haben. Wir haben auch den Fünf-Punkte-Plan im Januar erlebt. Wir haben erlebt, was die CDU mit der AfD zusammen gemacht hat. Und da soll es auch kein Vertun geben: Das sind Lockerungsübungen, die sehr deutlich sind.

(Zuruf: Endlich sagt es mal einer!)

Und auch das wurde erwähnt: Nach 2029 passiert nichts mehr in solch einem Verfahren. Kurz vor den Wahlen passiert auch nichts mehr. Deshalb haben wir als Arbeitsgemeinschaft Migration noch einen Änderungsantrag eingebracht, wozu ich

notfalls gerne auch einen Kommentar hätte, nämlich dass wir noch eine Stufe einbauen. Was passiert, wenn die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, wenn die CDU verhindert, dass wir da tatsächlich weiterkommen? Wir fordern, dass an dieser Stelle notfalls unsere Bundesländer mit einer Bundesratsinitiative aktiv werden müssen, weil der Bundesrat auch antragsberechtigt ist.

(Beifall)

Wie gesagt, die Union treibt ihr Spiel. Wer das nicht sehen will, der verschließt tatsächlich nicht nur das linke, sondern auch das rechte Auge. Januar war kein Versehen, und wer sich im Osten in den CDU-Landesverbänden umhört: Da ist mehr als ein bisschen Lockerung. Wer Spahn geringschätzt und seine Lockerungsübungen nicht ernst nimmt, der vertut sich da auch. Das ist tatsächlich ein Überzeugungstäter.

Dementsprechend: Nie wieder ist jetzt. Das machen wir heute hier deutlich. Ich bin jedem dankbar, der diesen Schritt geht. Einige hatten einen längeren Schritt; das haben wir auch im Parteivorstand in der einen oder anderen Diskussion in den letzten Jahren gehabt. Aber da sind wir heute sehr klar und schließen die Lücken und den Schulterschluss mit den Zivilgesellschaften.

Ein Punkt tatsächlich noch zu inhaltlichen Stellen. Ich höre es tatsächlich sehr häufig, und wir hören es alle. Berufsbedingt sitze ich häufig bei der Eröffnung von Flüchtlingsunterbringungen. Das sind die Probleme, die dort erwähnt werden. Es geht um Schulplätze. Hat hier jemand schon einmal versucht, einen Facharzttermin zu bekommen? Das dauert sechs Monate. Genau an diesem Problem müssen wir ansetzen. Erst dann kommen wir weiter. Der Koalitionsvertrag hat da einige Punkte, was die Investitionen angeht. Wenn wir das nicht lösen - - Es geht nicht um eine programmatische Auseinandersetzung. Wir müssen die tatsächlichen Probleme lösen. Dann bekommen wir es vor 2029 gelöst, und das ist unser Auftrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Aziz. - Ich darf jetzt Katharina auf die Bühne bitten. Auf sie folgt Mustafa Güngör.

Katharina Kosubek, Weser-Ems:

Liebe Genoss*innen! Es bedeutet mir sehr viel, meine allererste Rede auf einem Bundesparteitag zu halten, und dann gleich zu einem so entscheidenden Antrag.

(Beifall)

Es geht um nicht weniger als um die Rettung unserer Demokratie. Wir sehen in den USA, in Russland, in der Türkei, was passiert, wenn Faschist*innen, demokratisch gewählt oder nicht, die Macht übernehmen. Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit werden abgeschafft, freie Medien zerschlagen, Minderheiten wie die LGBTQAI+-Community systematisch verfolgt.

Doch auch hierzulande ist unsere Demokratie bedroht. Das gesellschaftliche und politische Klima richtet sich immer deutlicher gegen Migrant*innen und migrantisch gelesene Menschen. Eine Partei sitzt in unseren Parlamenten, deren Funktionär*innen eine völkisch-nationalistische Ideologie vertreten und offen zwischen Passdeutschen und Biodeutschen unterscheiden. Ich empfehle einen Blick in das über tausend Seiten lange Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Wie lange sollen wir noch zögern? Welches Warnsignal brauchen wir noch, um uns endlich für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens zu entscheiden? Ja, die juristischen Hürden sind hoch. Und ja, der Ausgang ist ungewiss. Aber hundertprozentige Sicherheit wird es nie geben. Statt uns permanent zu fragen, was geschieht, wenn das Verbotsverfahren schiefgeht, können wir uns auch die Frage stellen: Was passiert, wenn nicht?

Stellen wir uns eine Zeit ohne die AfD vor, ohne ihre Hetze, ohne ihren Hass und ohne die permanente Verschiebung des Sagbaren. Stellt euch vor, wie wir Politik machen, ohne dass eine rechtsextreme Partei unsere Parlamente missbraucht, um Menschen zu diskreditieren und die Demokratie von innen heraus zu zerstören.

Natürlich können wir die Wähler*innen der AfD nicht verbieten. Und ja, es wurde heute schon häufig erwähnt: Wir müssen sie auch politisch stellen. Aber das ist verdammt noch mal keine Entweder-Oder-Frage. Wir müssen beides tun:

(Beifall)

Den politischen Kampf führen durch bessere Sozialpolitik, Verteilungsgerechtigkeit, politische Bildung, bezahlbares Wohnen. Vieles davon haben wir heute auf dem Bundesparteitag beschlossen.

Setzen wir also auf politische Bildung. Setzen wir auf Klarheit statt Nachlaufen rechter Talking Points. Fangen wir als antifaschistische Partei in der Tradition von Otto Wels heute damit an und stimmen wir diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke an dich, Katharina. - Jetzt kommt Mustafa zu uns. Auf ihn folgt Sonja Eichwede.

Mustafa Güngör, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es besteht die reale Gefahr, dass die AfD früher oder später an einer Landesregierung oder an einer Bundesregierung teilhaben wird. Das ist nicht abstrakt - das ist eine reale Gefahr. Und um es noch einmal klar auszusprechen: Wenn es der AfD gelingt, nur einmal an die Regierung zu kommen, dann war es das für uns alle mit der Demokratie. Dann wird der Staat von innen ausgehöhlt, unterwandert, dann wird Recht gebrochen, und dann wird das passieren, was wir gerade mit großer Sorge in anderen Ländern beobachten, liebe Genossen und Genossen. Deshalb ist es unsere verdammte Pflicht als Sozialdemokrat*innen, dass wir alles Mögliche unternehmen, um diese Verfassungsfeinde zu stoppen.

(Beifall)

Und alles, das beinhaltet, dass wir jene Selbstschutzinstrumente unseres Rechtsstaats und der Demokratie ausschöpfen, die uns die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes mitgegeben haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei uns in Bremen hat fast jeder zweite Mensch Migrationshintergrund. Fast die Hälfte der Bevölkerung in Bremen steht damit auf der Abschussliste der AfD. Die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger lebt in Sorge, entrechtet, verhaftet oder remigriert zu werden. Deshalb sind im letzten Jahr auch Millionen Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen, um gegen diese Menschenfeinde zu demonstrieren. Wir werden es als SPD, wir werden es unseren Kindern, wir werden es den nachfolgenden Generationen nicht erklären können, wenn sie uns irgendwann fragen: Warum habt ihr nicht gehandelt? Warum habt ihr die Demokratie nicht beschützt?

(Beifall)

Deshalb setzt sich unsere Bremer SPD-Fraktion und unsere Rot-Grün-Rote-Koalition schon lange für die zügige Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens ein. Ich begrüße daher ausdrücklich den Initiativantrag des Parteivorstands. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur schnellen Einleitung eines solchen Verfahrens. Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig. Nie wieder ist jetzt. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Mustafa. - Sonja, jetzt erhältst du das Wort. Auf dich folgt Jens Matheuszik.

Ich weiß, die Debatte ist für uns alle wichtig. Sie ist auch sehr emotional und gehört ehrlicherweise zu einem der wichtigsten Punkte dieses Parteitags. Wir würden euch trotzdem vorschlagen, nach Sonja die Redezeit auf 2 Minuten zu begrenzen, damit tatsächlich alle die Chance haben, die sich gemeldet haben, auch wirklich zu Wort zu kommen. Gibt es dagegen Widerspruch, dass nach Sonja die Zeit gekürzt wird? - Nein, das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so. - Herzlichen Dank.

Sonja Eichwede, Brandenburg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist die DNA unserer SPD, gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu kämpfen. So haben wir angefangen, so machen wir weiter, das setzen wir fort. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt diesen Antrag einbringen.

(Beifall)

Eine demokratische Wahl macht niemanden zum Demokraten. Das haben wir vor mehreren Jahrzehnten in diesem Land gesehen, und das sehen wir auch jetzt. Das sehen wir und erleben wir jeden Tag im Deutschen Bundestag. Das erleben viele von euch in den Landtagen, aber vor allem auch in den Stadtverordnetenversammlungen, in den Gemeindevertreterversammlungen. Vor Ort ist es eine reale Gefahr, auf die wir Antworten finden müssen. Unser Grundgesetz gibt uns hier eine Antwort. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns als SPD ganz klar dazu bekennen.

(Beifall)

Die AfD teilt Menschen in ethnische Eigenschaften ein. Das verstößt gegen die Menschenwürde. Sie untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat, und zwar systematisch. Sie macht unsere Demokratie verächtlich. Das dürfen wir nicht zulassen. Deshalb ist es richtig und wichtig, hier zu handeln. Deshalb dürfen wir auch das Gutachten des Verfassungsschutzes nicht unbeantwortet lassen. Wir können nicht so weitermachen, als wäre nichts geschehen. Das Grundgesetz hat die Lehre aus unserer Geschichte, das Schwert des Parteiverbots. Von daher ziehen wir es heute. Wir bereiten es vor. Ja, die Voraussetzungen sind hoch. Sie sind sehr hoch. Aber wir dürfen uns doch nicht deshalb davor ducken. Wir müssen jetzt prüfen. Wir müssen jetzt zusammentragen. Wir müssen das mit Bund und Ländern gemeinsam machen, um dieses Verfahren vorzubereiten, es rechtssicher vorzubereiten, nicht mit einer Frist, aber unverzüglich. Dabei steht die SPD-Bundestagsfraktion ganz klar hier an der Seite. Dafür stehen wir ein. Das werden wir auch immer wieder dem Koalitionspartner, der Union, sagen. Wir lassen uns hier nichts von ihnen verbieten. Wir machen das. Wir machen das jetzt, um gegen Rechtsextremismus in unserem Land weiter richtig zu kämpfen.

(Beifall)

Es wurde in dieser Debatte gesagt: Es ist es kein Entweder-oder. Es darf kein Entweder-oder sein. Es ist ein Sowohl, gerade weil wir das hier heute beschließen, gerade weil wir das Verbotsverfahren vorbereiten wollen, weil wir es wollen, gehen wir in den nächsten Wochen und Monaten und Jahren als SPD umso mehr raus und versuchen, Vertrauen zurückzugewinnen und Menschen zu erreichen, um sie von der Demokratie zu überzeugen; denn das muss die Zukunft in unserem Land auch weiterhin sein, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen sagen wir, wie Georg es gesagt hat: Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Ich werbe um Zustimmung.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Sonja. - Jens, du erhältst jetzt das Wort. Danach folgt Jihane Qotit Zerhouni.

Jens Matheuszik, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genoss*innen! Vor dem Eingang begrüßt uns die Kampagne „AfD-Verbot jetzt“. Sie stehen auch da drüben vor den SPD-Buchstaben zusammen mit unserem Parteivorsitzenden. Das finde ich gut. Aber ehrlich: Die müssen gar nicht hier stehen,

sondern die sollten eigentlich ganz woanders stehen. Uns braucht ihr nicht zu überzeugen. Aber dennoch: Ich finde es gut, dass ihr hier seid.

(Beifall)

Zur Thematik. Vor einigen Jahrzehnten sagte ein führender Nazi, es wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst stellte, durch die sie vernichtet wurde. Und weiter: Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen. Genau darauf haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes reagiert. Unser Grundgesetz ist so eingerichtet, denn wer die Demokratie zerstören will, darf nicht weiter von ihr profitieren. Wer wie die AfD mit den Mitteln der Freiheit gegen die Freiheit kämpft, gehört gestoppt und nicht auch noch finanziert.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum zweiten NPD-Verbotsverfahren zum Beispiel auch ganz klar gesagt, für den Ausschuss von der Parteienfinanzierung braucht es gar keine konkrete Gefahr. Es reicht, wenn eine Partei auf die Beseitigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ausgerichtet ist. Wir müssen doch nicht darüber schweigen, dass das bei der AfD absolut erfüllt ist. Die NPD wurde nur deshalb nicht verboten, weil sie damals zu schwach war. Ja, ich hätte gerne eine AfD, die zu schwach wäre, aber wir kennen doch die Realität. Sie sind stark, sie sind Feinde der Demokratie, und da wir eine wehrhafte Verfassung haben und die Mütter und Väter des Grundgesetzes die Lehre aus Weimar gezogen haben, dürfen wir uns als Demokratie nicht naiv geben gegenüber denen, die sie abschaffen wollen.

Neben dieser Debatte und den Prozessen, die sich daraus ergeben, haben wir aber noch eine ganz andere Aufgabe. Das haben auch einige schon gesagt. Denn ein Parteiverbot allein ändert ja nicht die Einstellung in den Köpfen. Wir müssen den Menschen klarmachen: Die AfD ist keine Lösung - die AfD ist das Problem. Und wir müssen selbst liefern: Lösungen für die realen Probleme der Menschen, mit ihnen reden und diskutieren. Denn wehrhafte Demokratie heißt nicht nur verteidigen, sondern auch überzeugen - von der Demokratie und am besten auch noch von der Sozialdemokratie. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Jens. - Jihane, du bist jetzt dran. Auf dich folgt Helge Lindh.

Jihane Qotit Zerhouni, Nordrhein-Westfalen:

Es geht nicht um Entweder-oder. Es geht nicht um entweder ein AfD-Verbot oder eine thematische Stellung der AfD. Es geht nicht um Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen, die keinen haben und Demokratinnen und Demokraten sind. Es geht um unsere Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als Co-Vorsitzende der SPD-Frauen in NRW möchte ich mich recht herzlich für diesen Antrag bedanken. Ich weiß, es war ein großer Diskurs, denn auch wir haben vor zwei Jahren, also 2023, auf unserem Parteitag den Initiativantrag 16 gestellt und haben dort schon um diesen Diskurs gebeten. Wir sind deswegen unfassbar dankbar und froh, dass es jetzt endlich dazu gekommen ist.

Es bedarf viel Mut. Deswegen möchte ich mich auch recht herzlich bei unseren SPD-Frauen aus NRW bedanken und mich auch bei Chantal Messing bedanken, die Antreiberin dieses Antrags damals gewesen ist und die seit 2023weiterhin dafür gekämpft hat.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch schön, zu sehen, dass wir tatsächlich nur Fürsprecher*innen hatten. Es geht ja um eine wichtige Sache. Die Sache, die wir hier verteidigen, ist schlichtweg die Demokratie. Wir ziehen diese - - Entschuldigung, das ist mein erster Bundesparteitag, auf dem ich spreche. Tut mir leid.

(Beifall)

Es geht darum, dass wir unsere wehrhafte Demokratie wehrhaft machen, dass wir das Schwer ziehen, dass uns unsere Väter und Mütter unseres Grundgesetzes an die Hand gegeben haben. Aber es geht auch darum, Haltung zu zeigen und ein starkes Signal an unsere Spitze zu geben, die diesen Antrag voranbringen muss, kann und soll. Das ist unsere Aufgabe hier. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Perfekt in der Zeit. Vielen Dank an dich. - Helge, jetzt bist du da an der Reihe. Auf dich folgt Dorothea Marx.

Helge Lindh, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Millionen, Abermillionen von Menschen in diesem Land müssen sich aufgrund der AfD jeden Tag erklären und rechtfertigen. Die Einzigen aber, die sich zu rechtfertigen haben, das ist die AfD, weil diese Partei wie die Made im Speck der Demokratie lebt und jeden Tag staatlich, steuerlich alimentierten Faschismus und Rassismus exekutiert.

(Beifall)

Millionen von Menschen und nicht kleine Minderheiten sind dank der AfD tagtäglich einer Kultur des Verdachts ausgesetzt. Diejenige, die sich aber zu Recht einer Kultur des Verdachts zu stellen hätte, das ist die AfD. Millionen von Menschen hier begegnen der Situation, eingeschüchtert zu sein, verängstigt zu sein, umgetrieben zu werden. Aber die, die Angst vor einem wehrhaften Staat haben müssten, das ist die AfD, und sie muss das auch entsprechend spüren.

(Beifall)

Wir erleben zu Recht tagtäglich die Verweise darauf, dass wir auf die Stammtische in der Mitte der Gesellschaft achten müssten. Aber was ist mit den Stammtischen der Millionen von Menschen, die etwa mit Zuwanderungsgeschichte im Zielfernrohr der AfD sind? Was ist mit den Stammtischen der Menschen, die eben nicht heteronormativ leben? Was ist mit den Stammtischen der Menschen, die muslimisch identifiziert werden? Wenden wir uns bitte auch diesen Stammtischen zu und sehen wir, welche Ängste und Sorgen dort die Menschen umtreiben.

(Beifall)

Die Opfer von Solingen, Hanau, NSU, die Familien Genç, Şimşek, Kurtovic und so viele andere, sie hätten erst recht nach dem Wüten der AfD jeden Grund, diesen Staat, diese Gesellschaft, dieses Land zu hassen. Aber sie tun es nicht. Sie kämpfen für Demokratie und gegen Rassismus. Sie lieben dieses Land. Sie umarmen das Grundgesetz. Deshalb frage ich: Wer ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wer ist für uns Demokratinnen und Demokraten insgesamt der Auftraggeber? Sind das diejenigen, die wir vielleicht durch zu konsequentes, harsches Vorgehen gegen die AfD abschrecken könnten, oder sind es die Opfer und die Angehörigen von Hanau, von Solingen, vom NSU und die Millionen und Abermillionen, die einfach nur selbstbestimmt, selbstverständlich frei leben können?

(Beifall)

Und die Antwort ist einfach. Deshalb werden wir nicht weiter zuschauen. Wir werden nicht hinnehmen, dass sich die AfD darauf verlässt, dass wir, aus Angst vor ihnen getrieben, passiv bleiben, sondern wir sind wehrhaft. Wir geben eine Antwort - politisch, kulturell und juristisch. Ich danke all denen dafür, den Abermillionen und Millionen, die trotzdem jeden Tag in diesem Land leben, die sich diese Kultur des Verdachts und der Verdächtigung antun. Danke euch und danke allen, die diesen Antrag möglich gemacht haben.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Als nächste Rednerin kommt Dorothea Marx zu uns. Auf sie folgt Kai Dolgner.

Dorothea Marx, Thüringen:

Dorothea Marx aus Thüringen, Oma gegen Rechts.

(Beifall)

Ich möchte das Zitat vervollständigen, das eben schon einmal angesprochen wurde:

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Dadurch waren sie vor dem polizeilichen Zugriff gesichert, durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen. Aus der demokratischen Dummheit ließ sich vortrefflich Kapital schlagen.“

Laut Heribert Prantl ist das Zitat von Goebbels 1935 aufgeschrieben, der sich lustig gemacht hat.

Ich komme aus Thüringen - Gruß aus der blauen Hölle! -, und wir erleben das tagtäglich im Parlament. Ich möchte einmal nicht nur diese Äußerungen zitieren, die vorne am Rednerpult fallen oder dass Höcke, der Führer, seine Männlichkeit zurückgewinnen will, und was er da sonst noch alles an Geschichtsrevisionismus erzählt hat. Da ist eine Besuchergruppe, da kommen Schülergruppen, und da sagt ein AfD-

Abgeordnetenkollege - das Wort benutze ich jetzt sehr ungerne- ins Gesicht einer Schülerin mit migrantischem Hintergrund: „Wenn es mehr von euch hier gibt, dann ist das nicht mehr mein Land.“ Was macht man in solch einem Moment? Wenn das ein Besucher sagen würde, würde man vom Hausrecht Gebrauch machen und ihn aus dem Landtag schmeißen. Wenn es ein Abgeordneter ist, geht das nicht - noch nicht. Dazu brauchen wir auch das Verbotsverfahren, denn wir müssen solche Leute nicht in unseren Reihen ertragen.

(Beifall)

Wir Omas gegen Rechts machen ja gerne Geschichtsunterricht, aber das ist bei diesen Menschen vergebene Liebesmühe. Die haben Herrenmenschenallüren drauf und wollen die gegen uns durchsetzen.

Jetzt noch etwas Juristisches. Wir haben nicht nur diesen wunderbaren Artikel im Grundgesetz, der uns das Parteiverbot nicht nur ermöglicht, sondern, denke ich, sogar auferlegt. Wir haben auch Art. 79 Abs. 3. Das ist die Ewigkeitsgarantie im Grundgesetz. Das heißt, dass Dinge wie die grundlegenden Menschenrechte, die Gewaltenteilung gar nicht abgeschafft werden dürfen, niemals, von keiner Partei, auch wenn sie noch so viele Sitze im Parlament hat. Das heißt, das, was die wollen, ist auf einen vergeblichen Erfolg gerichtet. Die Frage muss doch sein: Verdammte Hölle, warum dürfen die denn auf dem Stimmzettel stehen, wenn die genau das vorhaben, was eigentlich doch gar nicht erlaubt ist?

(Beifall)

Natürlich bekämpfen wir die AfD sehr gerne politisch. Ich mache das auch. Und natürlich bieten wir Omas gegen Rechts ständig Geschichtsunterricht an. Aber deren Führungselite muss man da abholen, wo sie sind. Sie sind autoritätsfixiert und hören auf Ansagen, und diese Ansage haben wir zu machen vom Bundesverfassungsgericht: Die Tür ist da. Raus mit euch aus den Parlamenten und von den Stimmzetteln!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Dorothea. - Kai Dolgner spricht jetzt zu uns. Auf ihn folgt Svenja Diedrich.

(Beifall)

Kai Dolgner, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nur, weil jemand demokratisch gewählt wird, macht es die Feinde der Demokratie nicht zu Demokraten. Das gilt übrigens nicht nur für die Kollegen von den Konservativen. Man wird ja langsam irre, das in schöner Regelmäßigkeit denjenigen JournalistInnen erklären zu müssen, die glauben, deshalb der AfD immer wieder eine Plattform bieten zu müssen.

(Beifall)

Kleine Anmerkung: Die AfD wird durch die Nutzung der freien Presse auch nicht mehr zur Anhängerin der Pressefreiheit. Vielleicht bekommen das einige auch mal mit.

(Beifall)

Wieviel Leid wäre dieser Welt erspart geblieben, wenn Reichskanzler Brüning den verzweifelten Aufforderungen der letzten preußischen SPD-Regierung nach einem NSDAP-Verbot gefolgt wäre. Das Gegenargument war damals, man hatte Angst vor dem Vorwurf, man wolle sich die Konkurrenz vom Leib schaffen, und man müsse die Nazis doch politisch stellen. Wie sich die Argumente doch ähneln. Denn Parteiverbote - und das war ein Problem - wurden da tatsächlich von der Regierung ausgesprochen. Drei Jahre später war Weimar am Ende - Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Das sollte uns nicht passieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes gegen den Vorwurf des politischen Machtmissbrauchs vorgesorgt. Das Bundesverfassungsgericht ist der Demokratie-TÜV, nicht wir. Wir sind nicht der TÜV, aber wir müssen endlich dafür sorgen, dass diese braune Rostkarre endlich zum Demokratie-TÜV muss und aus dem Verkehr gezogen wird.

(Beifall)

Wer die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts in Frage stellt, zeigt doch schon dadurch deutlich, was er von unserem demokratischen Rechtsstaat hält, nämlich nichts. Oder zweifelt hier jemand ernsthaft daran, dass die Einstufung als gesichert rechtsextrem richtig war und ist?

Liebe Genossinnen und Genossen, Björn Höcke hat in Anlehnung an die Nazi-Rhetorik angekündigt, Wolf unter den Schafen sein zu wollen. Da müssen wir doch nicht die Schafe sein, die auch noch das Gatter aufmachen. Lasst uns weiter wehrhaft für unsere freie Gesellschaft kämpfen und uns nicht vom Opfermythos, dem Gejammer, Zögern

usw. abhalten. Die AfD wird immer den Opfermythos spielen, egal, was wir machen. Und wenn die Konservativen wieder versagen, dann müssen wir es über den Bundesrat probieren. Das ist unsere verdammte Pflicht, auch gegenüber unseren Vorgängerinnen und Vorgängern. Keine Angst, kein Zögern! No pasarán!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Svenja, jetzt hast du das Wort. Auf dich folgt Henning Homann.

Ich bitte alle Rednerinnen und Redner wirklich, auf unser Klingen und auf die Anzeige hier vorne zu achten. Dann kommen wir alle gut durch. Herzlichen Dank. - Svenja, du hast das Wort.

(Beifall)

Svenja Diedrich, Berlin:

Danke schön. - Liebe Genoss*innen, wir Sozialdemokrat*innen sind Antifaschist*innen. Daran besteht kein Zweifel, und daran darf auch nie Zweifel bestehen.

(Beifall)

Aber was heißt es heutzutage, Antifaschist*in zu sein? Es muss heißen, dass man sich überall konsequent gegen den Rechtsruck wehrt. Menschenfeindlichkeit bleibt Menschenfeindlichkeit. Das müssen wir immer wieder sagen. Und mit Menschenfeinden redet man nicht - die bekämpft man.

(Beifall)

Ich bin aus Berlin. Ich mache natürlich irgendwas mit Medien. Zum Kampf gegen den Rechtsruck gehört auch, dass wir auch im Internet, in den sozialen Medien die Rechten bekämpfen, dass wir denen da etwas entgegensetzen, denn die haben da gerade freies Feld.

(Beifall)

Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen da sein, wir müssen da reininvestieren. Es wurde ja auch schon im Leitantrag beschlossen, dass wir da ein bisschen mehr reinbuttern müssen.

Unsere Partei hat eine stolze Geschichte. Wir sind zu Recht stolz darauf, dass wir uns nie umbenennen mussten. Wir sind stolz auf unsere Genoss*innen, die gegen den Faschismus gekämpft haben. Wenn es keine Neuwahlen gibt, wird es 2033 eine Bundestagswahl geben. Und 2033 oder davor oder danach darf nie wieder eine faschistische Partei dieses Land regieren. Das müssen wir verhindern.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir alle möglichen Register ziehen, und dazu gehört ganz unbedingt, ein AfD-Parteiverbotsverfahren einzuleiten. Dieses inhaltliche Stellen, dieses Gerede davon, ich kann es nicht mehr hören. Die AfD-Politiker*innen - das ist kein Geheimnis -, das sind Rechtsextreme. Die wollen unsere Demokratie abschaffen. Die wollen Menschen deportieren. Daraus machen sie gar kein Geheimnis.

Deswegen, liebe Leute, lasst uns diesen Antrag beschließen. Lasst uns der AfD sagen: So nicht! Wir schützen unsere Demokratie, heute, morgen, übermorgen, jeden einzelnen Tag. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke schön auch an dich. - Jetzt kommt Henning zu uns. Nach ihm spricht Annika Stöfer.

(Beifall)

Henning Homann, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Vielleicht irritiert es euch ein bisschen, wenn ich als Vorsitzender der sächsischen Sozialdemokratie sage, dass mich ein bisschen die Euphorie hier im Saal stört. Hier geht es nicht um antifaschistische Folklore. Hier geht es um eine verdammt ernste Sache.

(Beifall)

Selbst als jemand, der in einem Bundesland lebt, in dem die rechte Gefahr ein täglicher Terror ist, will ich an dieser Stelle einmal sagen: Mir fallen Debatten über Parteiverbote nicht leicht.

(Beifall)

Und trotzdem ist es richtig, dass wir sie führen. Aber ich bin nicht euphorisch, denn dieses Parteiverbotsverfahren, das hier gerade angestrebt wird, ist für uns unter Umständen die entscheidende Frage darüber, ob die Demokratie in unserem Land weiter Bestand haben kann, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb noch einmal: Mich stört ein bisschen diese Euphorie.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will deshalb an dieser Stelle sagen: Auch wenn das AfD-Verbot gelingt, löst es unsere Probleme an dieser Stelle nicht. Der Schoß wird fruchtbar bleiben. Denn wenn man sich die Einstellungsmuster der Menschen in unserem Land anguckt, dann hat sich eigentlich seit 30 Jahren überhaupt nichts verändert. Der Unterschied ist, dass es der AfD das erste Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte gelungen ist, diese Einstellungsmuster parteipolitisch zu mobilisieren und zu organisieren. Deshalb ist es richtig, dass wir den Kampf um die Parlamente jetzt mit einer neuen Entschlossenheit angehen, und es ist richtig, dass wir den Kampf um die Straße niemals aufgeben. Wir werden es nicht zulassen, dass Straßen Angsträume für anständige Demokratinnen und Demokraten werden.

(Beifall)

Aber deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe - auch an dieser Stelle bitte ich um etwas Zurückhaltung -: Den Kampf um die Köpfe gewinnt man nicht mit mehr Geld und mit der Frage, ob ein Bus alle 10 Minuten oder alle 20 Minuten fährt. Wir müssen den Kampf um die Köpfe mit der gleichen Entschiedenheit kämpfen wie den um die Parlamente und um die Straßen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber - deshalb bin ich der Arbeitsgruppe so dankbar - mit verdammt viel Sorgfalt. Das ist vielleicht unsere letzte Chance, in manchen Teilen dieses Landes unsere Demokratie zu retten. Diesen Satz sage ich nicht gerne. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Henning. - Jetzt kommt Annika zu uns. Auf sie folgt Harald Baumann-Hasske.

Annika Stöfer, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Sozialdemokratinnen, liebe Sozialdemokraten! Ich bin auch Sozialdemokratin, und ich bin Jüdin. Jeden Morgen bringe ich meinen kleinen Sohn unter den Augen von Polizei und Sicherheitsleuten in die jüdische Kita. Das gleiche Prinzip gilt, wenn ich in die Synagoge möchte, in das jüdische Elternheim oder in eine unserer jüdischen Schulen. Für uns ist die Bedrohungslage momentan sicherlich sehr vielfältig. Aber ganz besonders fürchte ich mich davor, dass wieder eine rechtsextreme Partei dieses Land in den Abgrund führt, Menschen ihr Menschsein abspricht, sie vertreibt, verfolgt, vielleicht Schlimmeres. Viele haben dazu beigetragen, dass es so weit kommen konnte, befeuert durch Konservative, die immer noch glauben, man könnte diese Partei kleinhalten, indem man Teile ihres Programms kopiert,

(Beifall)

in der es nicht als Tabubruch gilt, mit Nazis Anträge durch den Bundestag zu bringen. Leider trägt auch - das wurde bisher noch nicht gesagt - die Medienlandschaft, auch die öffentlich-rechtliche, dazu bei, dass diese Partei weiter normalisiert wird.

(Beifall)

Nazis gehören nicht in Talkshows, nicht auf Podien, ihre Positionen nicht gleichwertig neben demokratisch und wissenschaftlich fundierte gestellt, nur weil das Klicks bringt.

(Beifall)

Demokratische Debatten brauchen Abgrenzung von Verfassungsfeinden, nicht ihre Einbindung.

Wir müssen uns auch in die eigene Nase fassen. Wir haben gezögert, zu handeln. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir einen solchen Antrag bereits früher hätten verabschieden können. Auch mein Dank gilt hier insbesondere den NRW-Frauen und Chantal Messing, die hierfür am vorletzten Parteitag schon fleißig Unterschriften gesammelt hat.

Auch ich bin natürlich der Meinung, ein Verbot ersetzt keine gute Politik für die Menschen in unserem Land. Aber auch wir selbst haben diese Abgrenzung, diese

inhaltliche Stellung nicht geschafft, und wir können es nicht glauben, dass wir das in einer Koalition mit Friedrich Merz und der CDU schaffen werden. Es tut mir leid, aber diese Zuversicht kann ich mir für meine Familie nicht leisten.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht scheuen, unsere Verfassung mit den Mitteln zu verteidigen, die wir haben. Das sind wir Menschen in diesem Land schuldig, und das sind wir auch der kürzlich verstorbenen Margot Friedländer - zikhronah livrakha - schuldig. Mit ihr möchte ich schließen. Sie sagte: „Seid vernünftig, seid Menschen." Das heißt für mich auch, seid mutig und tut das, was richtig und notwendig ist, und zwar zur rechten Zeit, und die ist jetzt.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank Annika. - Harald, jetzt erhältst du das Wort. Auf dich folgt Annett Eine.

Harald Baumann-Hasske, Co-Vorsitzender der ASJ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch die ASJ hatte einen Antrag in Bezug auf das AfD-Verbot vorbereitet und eingereicht. Der wird durch diesen Initiativantrag des Parteivorstands kompensiert.

Ich möchte mich ausdrücklich bei Henning Homann für die Differenzierung bedanken.

(Beifall)

Ich glaube, es war wichtig, zu sagen, was da auf uns zukommt, wie wichtig auch dieser Schritt der Einleitung des Verfahrens ist und dass es vielleicht auch bei der Entwicklung, die wir sehen, unsere letzte Chance sein könnte. Ihr merkt daran: Ich komme auch aus Sachsen. Auch wenn ich ASJ-Bundesvorsitzender bin, bin ich sächsischer Politiker gewesen, Mitglied des Landtags gewesen. Ich weiß, was es heißt, mit einer starken AfD im Landtag zu sitzen. Das ist kein Spaß.

Trotzdem gibt es natürlich Bedenken. Ich bin auch nicht immer ein begeisterter Anhänger von Parteiverbotsverfahren gewesen; das sage ich euch das ganz deutlich. Das ist natürlich eine Durchbrechung unseres eigentlich demokratischen Systems. Es führt dazu, dass eine Partei aus dem Rennen genommen wird. Und sie argumentieren ja jetzt

schon so, dass wir nur politische Konkurrenz beseitigen wollen. Das ist es natürlich nicht. Es geht darum, die Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekämpfen, die auch diese freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen wollen, und zwar mit ihren eigenen Mitteln. Das können wir nicht zulassen, und dazu gibt es die Regelung im Grundgesetz mit diesem Parteiverbot. Deswegen haben wir uns als ASJ auch dazu durchgerungen, für dieses Verfahren auf Parteiverbot zu werben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt in der Wissenschaft die Diskussion, ob es nicht sogar eine verfassungsrechtliche Pflicht für die Organe, die antragsberechtigt sind, gibt, den Antrag zu stellen, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Darüber kann man streiten. Worüber man nicht streiten kann, ist: Wenn die Voraussetzungen vorliegen, gibt es eine politische Pflicht, diesen Antrag zu stellen. Ich glaube, das wird heute hier unterstrichen. Ich möchte noch einmal ganz ausdrücklich allen Vorrednerinnen und Vorrednern danken. Es ist heute auch nicht der Hauch eines Zweifels aufgekommen, dass wir diesen Weg gehen müssen und gehen wollen. Ich finde dieses einstimmige Signal, das von diesem Parteitag ausgeht, unglaublich wertvoll und wichtig.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Harald. - Jetzt folgt Annett Eine und auf sie Niklas Gerlach.

Annett Eine, Braunschweig:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir erleben in unserem Land eine sehr gefährliche Entwicklung. Eine Partei, die sich selbst als bürgerlich inszeniert, arbeitet systematisch an der Zersetzung unserer Demokratie. Die AfD hetzt gegen Minderheiten, relativiert die NS-Zeit, untergräbt Vertrauen in unsere Institutionen und flirtet offen mit den rechtsextremistischen Kräften.

Ja, wir müssen uns mit der AfD politisch auseinandersetzen. Wir müssen ihre Argumente entkräften, ihre Widersprüche offenlegen und spürbar um die Menschen werben, die sich von der Demokratie abwenden. Das ist unsere Aufgabe als Demokraten, auch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Aber wir dürfen auch nicht naiv sein. Wenn sich eine Partei systematisch und nachweislich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt, dann ist der Rechtsstaat gefordert. Dann muss geprüft werden, ob ein Parteiverbot nach Art. 21 Grundgesetz geboten ist - nicht als politisches Mittel, sondern als verfassungsrechtliches. Daher begrüße ich den heutigen Antrag.

Ein Parteiverbot ist auch kein Allheilmittel - das haben wir heute schon mehrfach gehört -, aber es ist das letzte Mittel, ein schwerer Schritt. Aber ein Staat, liebe Genossinnen und Genossen, der sich nicht wehrt, macht sich angreifbar.

Wir, die SPD, stehen für eine streitbare, aber wehrhafte Demokratie. Wir stellen uns der AfD auf allen Ebenen entgegen, politisch, gesellschaftlich und wenn nötig auch juristisch. Wir sagen ganz klar: Wer das Fundament unseres Landes angreift, kann sich nicht auf dessen Schutz berufen. Wir verteidigen nicht nur eine Verfassung, wir verteidigen eine Haltung - für Menschenwürde, für Vielfalt, für Solidarität. Das ist das Herz unserer Demokratie, und das lassen wir uns nicht nehmen, niemals. - Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Annett. - Jetzt spricht Niklas Gerlach zu uns. Auf ihn folgt Johanna Seidel.

Niklas Gerlach, Sachsen-Anhalt:

Liebe Genoss*innen, ich will mich heute mit einem der schwierigsten Sätze an euch wenden: Wir brauchen eure Hilfe. Nächstes Jahr haben wir in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen. Die AfD ist so stark wie nie. Im Landtag spricht sie schon davon, was passiert, wenn sie an der Macht ist, weil ihr Kampf in unseren Köpfen beginnt. Und die Konservativen fallen genau darauf rein. Sie arbeiten zusammen in Kommunalparlamenten und wollen das Nationale mit dem Sozialen versöhnen.

Liebe Genoss*innen, Solidarität ist eine Waffe, und wenn jemand weiß, wie man diese Waffe einsetzt, dann sind das wir.

(Beifall)

Überall, wo genau das funktioniert, sehen diese Faschist*innen nicht einen Stich, denn sie sind nicht unfehlbar. Und ich sage euch: In zehn Jahren wird es die AfD nicht mehr

geben, entweder durch Wahlen, weil wir das Vertrauen, was wir verloren haben, zurückgewinnen, oder weil wir diesen parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus verbieten. Sie haben mitgeschossen. Sie haben die Waffe geladen, die auf Walter Lübcke abgefeuert wurde, in Hanau, in München und ebenso in Halle.

Unser Dank gilt denjenigen, die sich außerparlamentarisch in vielen Bündnissen gegen rechts engagieren, diejenigen, die diese Diskursverschiebung nicht hinnehmen, diejenigen, die letztes Jahr die größte Protestwende der Bundesrepublik auf die Beine gestellt haben, und diejenigen, die schon lange für dieses Verbot kämpfen. Unser Dank gilt euch, und ich bin extrem stolz auf diese demokratische Gesellschaft, insbesondere in den ländlichen Räumen, gerade im Osten, wo dieser Einsatz nicht einfach ist, wo man Gewalt ausgesetzt ist und die Familie gefährdet.

Liebe Genoss*innen, ich freue mich auf den Kampf mit euch, auf den Kampf um die Köpfe, auf den Kampf auf den Straßen in Sachsen-Anhalt und, wenn es sein muss, auf den Kampf vor Gericht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Niklas. - Jetzt kommt Johanna zu uns. Auf sie folgt Ali Kaan Sevinc.

Johanna Seidel, Brandenburg:

Liebe Genoss*innen! Es ist die inhärente Aufgabe der Sozialdemokratie, sich gegen rechtsextremistische und faschistische Bestrebungen zu stellen. In Verantwortung für unsere eigene Geschichte ist es daher folgerichtig, dass wir mit diesem Antrag die Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD einfordern.

(Beifall)

Die Hochstufung der AfD zu einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung spiegelt die Realität wider, die wir als Ostdeutsche und insbesondere als marginalisierte Personen in dieser Gesellschaft seit Jahren erleben.

(Beifall)

Ich bin im ländlichen Raum in Brandenburg großgeworden. Ich weiß, was es heißt, in einer Region aufzuwachsen, in der auf Dorffesten regelmäßig Naziparolen gegrölt

werden. Ich weiß, was es bedeutet, politisch aktiv zu sein in einem Bundesland, in dem die AfD in weiten Teilen längst die stärkste Kraft ist und insbesondere die kommunalen Parlamente übernommen hat.

Ich bin selbst Kommunalpolitikerin. Seit dem letzten Jahr darf ich in meiner Heimatstadt in der Stadtverordnetenversammlung sitzen. Mit mir in diesem Parlament sitzen die Faschos, und sie regieren zusammen mit der CDU. Ich erlebe in meiner Stadt immer wieder, wie die AfD demokratische Strukturen abschafft. Ich erlebe, wie Demokrat*innen angepöbelt und gar bedroht werden. Die AfD ist nicht unsere politische Konkurrenz - sie ist der Feind der Demokratie.

(Beifall)

Wir alle müssen die wehrhafte Demokratie ernst nehmen. Faschist*innen gehören nicht in die Parlamente. Faschist*innen dürfen nicht durch staatliche Mittel finanziert werden. Wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist. Nie wieder ist jetzt. - Freundschaft!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Johanna. - Jetzt folgt Ali Kaan, und auf dich folgt Stella Kirgiane-Efremidis.

(Beifall)

Ali Kaan Sevinc, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst will ich einmal eine Sache sagen. Es wird immer viel über AfD und das Verbot diskutiert, aber wir sind die einzige Partei, die sich jetzt auch auf den Weg macht, das auch praktisch zu flankieren. Das ist eine gute Botschaft an dieser Stelle. Das will ich einmal deutlich machen.

Ich will die Debatte noch einmal in eine Richtung lenken, um die Dringlichkeit dieses Antrags zu verdeutlichen. Wir in Essen - es reiht sich jetzt leider in die Statistik ein - sind bei mir im heimatlichen Stadtteil in Essen-Altendorf bei der Bundestagswahl nicht nur verbal, sondern auch körperlich von AfD-Leuten angegriffen worden. Ich will einmal sagen, das lässt einen nicht kalt. Das erleben die Genossinnen und Genossen in Ostdeutschland schon seit Jahren, und jetzt rückt das auch in Westdeutschland vor. Im Ruhrgebiet, wo ich herkomme, ist die AfD bei mir im Stadtteil bei über 20 Prozent und damit zweitstärkste Kraft. In anderen Stadtteilen ist sie schon stärkste Kraft. In Stimmbezirken wie Duisburg und anderswo ist sie schon bei fast 50 Prozent. Das

verdeutlicht, dass diese Partei, die AfD, uns einfach vergiftet, in der Nachbarschaft und unter uns. Dagegen müssen wir uns stellen. Das ist unser Job an der Stelle als SPD.

(Beifall)

Diese Partei ist durchsetzt mit Menschen, die andere Menschen ablehnen, und nicht nur ablehnt, sondern auch menschlich ablehnt. Das Wort Remigration und Deportation ist genannt worden. Gerade unsere Partei, die SPD, ist eine Partei, die sträflich hat erleben müssen, was das bedeutet. Und wenn nicht jetzt, wann dann? Es ist höchste Eisenbahn. Lasst uns gemeinsam auf den Weg machen. - Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke an dich. - Zu uns kommt jetzt Stella. Auf sie folgt Frank Müller.

Stella Kirgiane-Efremidis, beratendes Mitglied:

Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich möchte ich mich auch für den Antrag ganz herzlich bedanken. Es ist mehr als Zeit, dass wir jetzt endlich einmal die ersten Schritte gehen.

Was die AfD ist, das wissen wir mittlerweile: Eine menschenverachtende Partei, die Menschen mit Hass und Hetze überschüttet. Es gibt Zitate, die einen nicht kaltlassen, vor allem, wenn man davon betroffen ist, wie zum Beispiel das Zitat: „Immerhin haben wir jetzt wieder genug Ausländer im Land, dass ich einen Holocaust wieder leugnen könnte.“ Wenn das nicht schon ein Zeichen ist, damit wir uns endlich bewegen, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb ist heute dieser Antrag wichtig, und deshalb müssen wir uns auf den Weg machen. Das ist keine Euphorie, sondern es ist eine Tatsache, dass wir schon lange genug gewartet haben.

Jetzt sind sie endlich als rechtsextrem gesichert angesehen. Jetzt müssen wir uns auf den Weg machen. Das hat nicht zu bedeuten, dass wir dadurch irgendeine Meinungsfreiheit einschränken, sondern dass wir unsere Demokratie schützen und erhalten wollen.

Seien wir doch einmal ehrlich, liebe Genossinnen und Genossen: Die Wählerinnen und Wähler, die immer noch AfD wählen, nach diesem Verbotsantrag, nach diesem Kaffeekränzchen in Potsdam, wo es um Remigration und Deportation ging, die wissen, was sie wählen. Die wissen ganz genau, was die AfD ist. Für uns ist es wichtig, dass wir erstens diesen Antrag heute verabschieden, gerne mit dem Änderungsantrag der AG Migration, und zweitens, dass wir eine gute Politik für alle Menschen machen, damit sich niemand mehr ausgegrenzt fühlt, vor allem, dass wir die Menschen, um die es hier geht, nämlich Menschen mit Migrationsvorder- und -hintergrund, Menschen mit anderen Religionszugehörigkeiten, Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen, schützen und dass wir ihnen zeigen: Wir sind für euch da. Nie wieder ist jetzt und heute erst recht. - Danke, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Frank, du sprichst jetzt zu uns. Auf dich folgt Angelika Syring.

Frank Müller, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Demokratie stirbt, wenn wir gleichgültig sind. Schluss damit, liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ein wichtiger Tag heute.

Die AfD zersetzt den Staat. Die Zeichen sind unüberhörbar und unübersehbar. Die AfD führt Meldelisten gegenüber Lehrkräften und Organisationen, gegenüber Jugendeinrichtungen. Genossinnen und Genossen, diese Menschen sollen eingeschüchtert werden. Wir müssen ihnen den Rücken stärken und ihnen bei ihrem Kampf an der Seite stehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, queere Menschen werden täglich in den Parlamenten und auf den Straßen von der AfD als widernatürlich gebrandmarkt, an den Rand der Gesellschaft gestellt, nein, sie werden außerhalb dieser Gesellschaft gestellt. Wir queeren Menschen, liebe Genossinnen und Genossen, haben Angst. Aber wir lassen uns nicht unterkriegen. Wir kämpfen, wir kämpfen wie die tausend, zehntausend Menschen in Budapest gestern beim Pride, die sich von diesem Faschisten in Ungarn nicht haben einschüchtern lassen,

(Beifall)

der der Bruder im Geiste dieser braunen Brut in unserem Land nicht haben einschüchtern lassen, Genossinnen und Genossen. Ich will das sehr deutlich sagen. Deswegen ist es so entsetzlich, was Julia Klöckner gerade im Deutschen Bundestag tut.

(Beifall)

Der Bundestag gehört an die Seite der queeren Menschen.

(Beifall)

Der Schutz von Menschenrechten, von elementaren Rechten, von der Würde des Menschen - auch der Würde queerer Menschen -, da können wir nicht sagen, das ist politisch neutral. Da gehören wir an diese Seite. Liebe Bärbel, du bleibst die Bundestagspräsidentin der Herzen; das will ich sehr deutlich sagen.

(Beifall)

Ein letzter Satz, liebe Genossinnen und Genossen, wie dringlich das ist und wie ernst es die AfD meint, die AfD, die uns verachtet, die Demokratie verachtet, die die Parlamentarierinnen und Parlamentarier verachtet. Am 30.01. hat Sven Tritschler, ein AfD-Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Folgendes in einer Debatte gesagt:

„Wir haben ein gutes Gedächtnis, und wir haben ein langes Gedächtnis. Die Zeiten ändern sich. Vergessen Sie das nicht.“

Wie anders ist das zu verstehen, als uns alle auslöschen zu wollen, an den Rand drängen zu wollen, Genossinnen und Genossen? Das gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP. Ihr seid mit gemeint. Kämpft an unserer Seite. - Herzlichen Dank. Glück auf!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Frank. - Jetzt kommt Angelika zu uns. Nach ihr spricht Sophie Frühwald.

Angelika Syring, Co-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS):

Guten Morgen, liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich möchte hier für den Antrag I10 sprechen und zunächst erst einmal beantragen, dass er aus dem Block Inneres, Recht und Verwaltung rausgelöst wird, um gesondert abgestimmt zu werden.

Es gibt Anträge, bei denen man spürt, dass es hier um mehr als eine Einzelmaßnahme geht. Der Antrag zum Verbot von Böllern und Raketen für den privaten Gebrauch ist solch ein Antrag. Was erleben wir seit Jahren an Silvester? Brennende Mülltonnen, verletzte Kinder, randalierende Gruppen und überfüllte Notaufnahmen, Einsatzkräfte, die nicht nur helfen, sondern sich selbst schützen müssen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert ein solches Verbot schon lange, nicht aus Symbolik, sondern aus bitterer Alltagserfahrung. Wenn unsere Sicherheitskräfte Alarm schlagen, dann müssen wir als SPD zuhören.

Da ist dann das Argument, die Menschen können noch selbst entscheiden. Das ist Freiheit. Ja, aber Freiheit endet da, wo sie anderen schadet. Wer nicht schlafen kann, weil draußen geknallt wird, wer sein Tier beruhigen muss, weil es zitternd unter dem Tisch liegt, oder wer morgens am 1. Januar die toten Vögel im Garten einsammeln muss, weil die nicht wissen, wo sie hinfliegen sollen, und einfach herunterfallen - dagegen muss man etwas tun. Wer im Krankenhaus arbeitet oder bei der Feuerwehr im Rettungsdienst, all diese Menschen haben ein Recht darauf, dass wir Verantwortung übernehmen, wir als SPD.

Wir wollen keine Spaßbremsen sein. Wir wollen Sicherheit schaffen, Rücksicht stärken und öffentliche Feste ermöglichen, die verbinden statt verletzen. Denn das ist moderne Sozialdemokratie: Nicht wegschauen, sondern handeln.

Ich bitte euch, diesem Antrag zuzustimmen. Ich stehe im Übrigen nicht allein hier auf dieser Bühne. Hinter mir stehen mehr als 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, und ich bitte euch, diesem Antrag zuzustimmen, nicht, weil es bequem ist, sondern weil es richtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Danke, Angelika. - Jetzt folgt Sophie Frühwald und auf sie Katarina Barley.

Sophie Frühwald, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Urgroßeltern sind nach dem Zweiten Weltkrieg in die SPD eingetreten. Sie wollten in der neu entstehenden Demokratie ihren Beitrag leisten und wussten, dafür ist die Sozialdemokratie der richtige Ort. 1945 hätten sie sich sicherlich nicht vorstellen können, dass ihre Urenkelin genau 80 Jahre später auf einem SPD-Bundesparteitag zu einem Antrag spricht, in dem es darum geht, eine rechtsextremistische Partei zu verbieten. Und dass wir so weit gekommen sind, zeigt, wie ernst die Lage ist.

Es ist vieles gesagt worden. Ich will auf zwei weitere Punkte eingehen, die mir besonders am Herzen liegen und die ein Verbot dringend notwendig machen.

Erstens. Die AfD ist in ihrem Kern zutiefst sexistisch. Ihr gesamtes Auftreten strotzt vor Verachtung gegenüber der Gleichstellung der Geschlechter.

(Beifall)

Es waren Sozialdemokratinnen, es waren mutige Frauen, die Erfolge wie das Frauenwahlrecht oder in jüngerer Vergangenheit zum Beispiel die Abschaffung von § 219a erkämpft haben. Jetzt müssen gerade wir dagegenhalten, wo die AfD körperliche Selbstbestimmung, wo die AfD Gleichberechtigung beschneiden will.

Die AfD brüstet sich immer gerne damit, das christliche Abendland zu verteidigen. Einmal davon abgesehen, dass es dieses christliche Abendland Gott sei Dank so gar nicht mehr gibt - diese Partei steht gegen alles, was zentrale Botschaft des Christentums ist, und das entlarvt sich, wenn sie allergisch auf Regenbogenflaggen an Kirchen oder auf kirchliche Seenotrettung reagiert.

(Beifall)

Die menschenverachtende Politik der AfD widerspricht auch der Freiheit, die unser Grundgesetz für die Religion jedes Menschen garantiert. Ich will in einer Gesellschaft leben, in der alle Menschen ihren Glauben frei leben können. Das geht nur, wenn der Staat das garantiert, und das geht nur ohne die AfD.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus Nordhessen. Bei uns hat die AfD den Nährboden bereitet, der zur Ermordung von Walter Lübcke geführt hat. Das ist nicht abstrakt das ist ganz konkret. Deswegen ist ein AfD-Verbot auch kein Spiegelstrich auf einer To-do-Liste. Ein AfD-Verbot ist der Schutz von Menschen in diesem Land, der Schutz vor Hass, Ausgrenzung, Gewalt und Tod. Eines Tages werden unsere Kinder uns fragen, was wir gemacht haben, als die Faschisten in diesem Land immer stärker wurden. Lasst uns zeigen, dass die SPD alles tut, juristisch, politisch, auf der Straße, hier, heute und jetzt. - Danke schön.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Katarina, du darfst. Dir folgt Nicole Schmidt. Ich weise darauf hin: Sie ist die letzte Rednerin auf der Liste. Danach würden wir in die Abstimmungen einsteigen, also für alle, die sich jetzt vielleicht doch draußen befinden, um sich einen Kaffee zu holen. Kommt wieder herein.

Katarina Barley, Verantwortliche der SPD für die EU:

Also, ich finde den Saal unheimlich gut gefüllt und danke euch erst einmal für die gute Diskussion.

(Beifall)

Ich gehöre zu denjenigen, die recht vorsichtig an dieses Thema herangehen, und das liegt daran, dass ich zum Zeitpunkt des ersten NPD-Verbotsverfahrens wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht war und von innen gesehen habe, wie komplex und auch wie unwägbar dieses Verfahren ist. Deswegen finde ich, wir müssen uns ernsthaft mit den Gegenargumenten auseinandersetzen. Wenn ihr am Ende auf der Straße mit den Leuten darüber diskutiert, dann brauchen wir gute Argumente, denn nicht alle sehen es so wie wir.

Es gibt im Wesentlichen zwei Gegenargumente. Ich möchte das jetzt tun.

Das erste Gegenargument ist: Ein Parteiverbotsverfahren ist per se undemokratisch. Es gibt tatsächlich in sehr wenigen Verfassungen in Europa oder in der Welt Parteiverbotsverfahren. Aber das hat natürlich etwas mit unserer besonderen Geschichte zu tun. Es ist das „Nie wieder“, das die Väter und Mütter des Grundgesetzes uns ins Geschichtsbuch und ins Grundgesetz geschrieben haben. Eine demokratisch gewählte Partei darf nie wieder die Demokratie abschaffen können. Das heißt, wenn eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will, dann ist es unsere Pflicht - so sehe ich das jedenfalls -, ein solches Verfahren anzustrengen.

Das andere Gegenargument ist, die AfD ist zu groß. Da gibt es zwei Punkte, die man dagegensetzen kann. Das Erste ist, die AfD hat sich schrittweise radikalisiert. Als die AfD unter Frank Lucke begann, war sie definitiv nicht verfassungswidrig. Sie hat danach nach und nach alle möglichen Vorsitzenden rausgemobbt, hat sich quasi gehäutet wie eine

Schlange und ist immer rechtsradikaler geworden. Wir konnten sie also gar nicht verbieten, als sie klein war. Wir konnten dieses Verbotsverfahren nicht anstrengen, als sie klein war, weil sie nicht verfassungswidrig war. Es gab keinen Grund dazu. Wir können es erst, seit sie gesichert rechtsextrem geworden ist.

Das Zweite. Im zweiten NPD-Verbotsverfahren wurde der Antrag abgewiesen, zum Erstaunen vieler, auch zu meinem Erstaunen, mit der Begründung, die NPD hat eine verfassungsfeindliche Gesinnung, aber es fehlt ihr das Potenzial, die Demokratie zu beseitigen. Auf gut Deutsch: Die NPD war zu klein. Wenn das Bundesverfassungsgericht sagt, eine Partei, die zu klein ist, verbieten wir nicht, weil sie keine Gefahr ist, dann doch eine Partei, die gesichert rechtsradikal ist, die dann so groß geworden ist, dass sie wirklich großen Schaden anrichten kann, doch erst recht ein Objekt für ein Verbotsverfahren sein.

(Beifall)

Deswegen ist das, was wir tun, genau richtig: Sorgfältig prüfen, alle Belege zusammensuchen und dann die nötigen Schritte einleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Katarina. Als letzte Rednerin folgt jetzt Nicole.

Nicole Schmidt, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die AfD ist kein Teil der demokratischen Mitte. Sie ist ein Angriff auf all das, was unser Zusammenleben schützt, besonders auf die Schwächsten, unsere Kinder. Wer in Schulklassen spalten will, wer Kinder mit Migrationsgeschichte abwertet und wer sich gegen Gewalt, Prävention und Vielfalt stellt, der missbraucht die Kinder. Sie missbrauchen die Kinder für ihre Ideologien.

Ich komme aus Gelsenkirchen, einer Stadt, in der viele Familien hart arbeiten, in der Kinder Schutz und Chancen brauchen. Wir überlegen tagtäglich, was Kinder brauchen: Stabile Strukturen, Bildung, soziale Sicherheit und Respekt. Aber die AfD redet Familien auseinander. Sie hetzt gegen Erziehende, sie stigmatisiert Hilfesuchende und tritt all das mit Füßen, wofür Kinder- und Jugendhilfe steht.

Franziska Giffey hat es auf den Punkt gebracht. Sie sagte einmal, wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Demokratie von innen heraus ausgehöhlt wird, nicht von denen, die sie offen ablehnen oder die gleichzeitig ihre Freiheiten missbrauchen. Das gilt besonders, wenn es um unsere Kinder geht, denn sie können sich nicht selbst verteidigen. Das müssen wir tun, mit Haltung, mit Herz und mit Konsequenzen.

(Beifall)

Deshalb sage ich euch heute hier, ein AfD-Verbot ist keine Symbolpolitik. Sie ist Kinderschutz. Sie ist ein Schritt, um zu verhindern, dass Rechtsextreme Einfluss auf Jugendarbeit und soziale Systeme gewinnen. Wir als SPD stehen für gleiche Rechte, faire Chancen für jedes Kind, egal, wo es herkommt, wie es heißt und wie die Familie aussieht. Deshalb sage ich: AfD-Verbot jetzt! - Glück auf und Alerta!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank auch an dich.

Wir sind jetzt am Ende der Debatte in der Aussprache angelangt. Ich bitte jetzt Andreas Stoch noch einmal, als Vertreter unserer Antragskommission zu uns zu sprechen.

Andreas Stoch, Antragskommission:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, zunächst einmal möchte ich euch ganz herzlich für diese sehr kluge, sehr differenzierte, aber auch sehr klare Debatte danken.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir als Antragskommission haben euch jetzt drei Dinge zu empfehlen. Zum einen geht es um den gesamten Antragsblock. Da bitten wir euch, dem Votum der Antragskommission jeweils zu folgen. Wir haben einen Antrag auf Einzelabstimmung. Da geht es um den I10, um das Thema Verbot von Feuerwerkskörpern. Da darf ich euch sagen, dass die Empfehlung der Antragskommission dazu erledigt durch Regierungsprogramm lautet, denn wir haben diese Debatte bereits einmal geführt. Im Regierungsprogramm steht, dass wir die Möglichkeiten der Kommunen stärken wollen, hier stärker durchgreifen und eingreifen zu können, wo es notwendig ist. Deswegen: Bitte folgt auch an dieser Stelle dem Votum der Antragskommission.

Zu unserem Antrag Ini01, dem AfD-Verbotsantrag, kann ich nur sagen: Alle, die heute hier gesprochen haben, haben deutlich gemacht, wie dankbar wir sind, diesen nächsten Schritt bei diesem Thema zu gehen. Ich möchte auch noch einmal den Dank erneuern, den viele von euch gesagt haben, an diejenigen, die in den letzten Wochen und Monaten intensiv daran gearbeitet haben, diesen tollen Antrag heute vorzulegen. Einen herzlichen Dank noch mal an die Initiatoren und die Urheber dieses Antrags. (Beifall)

Deswegen wollen wir euch als Antragskommission natürlich empfehlen, diesen Antrag heute als eine klare Botschaft in unser Land zu beschließen.

Wir haben einen Änderungsantrag der AG Migration und Vielfalt gehabt. Da ging es um mehrere Punkte, unter anderem auch um die Frage, ob wir einen festen Zeitpunkt brauchen. Ich kann euch sagen, wir haben heftig darüber diskutiert, und wir haben gerade mit den Jusos „unverzüglich“ hineingeschrieben. Sobald die Voraussetzungen da sind, dass wir die notwendigen Beweise beisammenhaben, muss das passieren, und das muss eine klare Botschaft dieses Parteitags sein. Deswegen danke ich der AG. Sie hat diesen Änderungsantrag nämlich mittlerweile zurückgezogen. Wir bleiben bei der ursprünglichen Fassung, und ich bitte euch, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen. - Herzlichen Dank und Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Andreas. - Ich glaube, wir glauben hier vorne, es ist geboten, den Ini01 als Erstes gesondert abzustimmen und dann in die weiteren Abstimmungen zu gehen. - Ich sehe großes Nicken im Saal. Also, keiner ist unzufrieden. Das ist schon mal gut. Dann lasst uns jetzt über den Ini01, und zwar über die Empfehlung der Antragskommission, abstimmen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich - - Moment. Aziz!

Aziz Bozkurt, Berlin:

An der Stelle will ich nur Andi danken, dass er angekündigt hat, dass wir den Antrag zurückziehen, weil der Parteivorstand an der Stelle deutlich gemacht haben, dass man, wenn sich da nichts bewegt, tatsächlich auch gewillt ist, weitere Schritte zu gehen. Deswegen bin ich dankbar, dass ihr diese Zusage gemacht habt, weil der Antrag so gut ist und wir keine Abstimmung an der Stelle wollen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Initiativantrag 01
Katja Pähle, Tagungspräsidium:

Es war doch geklärt. Okay.

Also, jetzt tatsächlich zur Abstimmung zum Initiativantrag 01. Wer damit einverstanden ist, dem Votum der Antragskommission zu folgen, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn wir alle wissen, der Weg ist lang - das ist ein Schritt, aber der Schritt ist großartig. Er ist wichtig. Das war ein wichtiges Signal. Herzlichen Dank an diejenigen, die sich auf diesem Parteitag, aber vor allen Dingen davor genau um diese Diskussion gekümmert haben, sie angefacht und geführt haben, sodass sie heute auf diesem Parteitag gefunden hat ein gutes Ende. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Inneres, Recht und Verwaltung
Wir kommen jetzt zum Antrag I10, für den Einzelabstimmung beantragt wurde. Ihr habt Andreas gehört. Das Votum der Antragskommission kennt ihr. Es lautet auf Erledigung. Wer mit dem Votum der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich angenommen. Herzlichen Dank dafür.

Dann rufe ich jetzt die restlichen Anträge im Bereich Inneres, Recht und Verwaltung auf. Das sind die Anträge I01 bis I04 und danach - - Nein, eigentlich können wir jetzt bis I30 - mit Ausnahme von I10 - abstimmen. Wer mit dem Votum der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig angenommen. Herzlichen Dank.

Wir sind am Ende dieses Antragsblocks. Danke für die Beratung.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress. Bevor wir zur Wahl kommen, haben wir den Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Christin Siebel erhält das Wort für den Bericht. Bitte!

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Guten Morgen zusammen! Auch von mir noch einmal einen schönen guten Morgen. Es ist ja schon fast Mittag. Nichtsdestotrotz: Schön, dass ihr alle da seid.

Wir haben eigentlich auch nur einen Delegierten auf der Strecke verloren. Das ist eine gute Quote. Von 600 Delegierten aus den Landesverbänden und Bezirken und 33 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands sind 599 anwesend. Außerdem sind 30 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder anwesend. Wir sind damit beschlussfähig.

Wir haben eine Frauenquote von 295 Frauen hier anwesend. Das macht 46,9 Prozent. Ich finde das hervorragend.

Weiterhin einen erfolgreichen Tag und bis später!

(Beifall)

Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Christin, für deinen Bericht.

Ich rufe jetzt die Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress auf. Das ist ein etwas umfangreicherer Wahlvorgang, der auf den ersten Blick vielleicht etwas unübersichtlich ist, aber das lösen wir jetzt auf. Deswegen möchte ich euch folgende Anmerkungen geben.

Nach § 20 Nr. 2 und § 25 Abs. 5 unseres Organisationsstatuts wählt der Bundesparteitag die Delegierten sowie Ersatzdelegierten zum alle zwei Jahre stattfindenden Kongress der SPE. Der Parteivorstand hat ein Vorschlagsrecht und muss hierbei die Geschlechterquote und die Landesverbände und Bezirke berücksichtigen.

Als Vorlage unter den Dateien in OpenSlides findet ihr den Wahlvorschlag des Parteivorstands. Dieser wurde aus den Vorschlägen der Landesverbände und Bezirke erstellt, die Männer und Frauen in gleicher Anzahl entsprechend ihrer Mitgliederstärke vorgeschlagen haben. Aufgeführt sind auch die vorgeschlagenen Ersatzdelegierten. Dieser Wahlvorschlag dient euch als Orientierung. Ich möchte euch darauf hinweisen: Ihr findet den Wahlvorschlag in OpenSlides unter dem Menüpunkt „Dateien“ auf der

linken Seite oder hier eingeblendet auf den Leinwänden rechts und links vom Tagespräsidium.

Bitte beachtet, dass dazu ein Initiativvorschlag aus dem Landesverband Berlin mit den notwendigen Unterstützungsunterschriften fristgerecht eingereicht worden ist und dass aufgrund dieses Vorschlags nunmehr Viola Weyer vom Landesverband Berlin priorisiert wurde. Gaby Bischoff hat ihre Kandidatur zurückgezogen. Es ist wichtig, dass wir auf diesen Vorschlag hinweisen.

Ich will euch den Hinweis geben, dass der Wahlvorschlag des Parteivorstands vielleicht auch eine Orientierung dafür sein könnte, dass wir - mit Blick auf das Ende des Parteitags nur einen Wahlgang brauchen - nur einen Wahlgang brauchen.

Wir verwenden unser elektronisches Wahlsystem OpenSlides. Auf dem elektronischen Stimmzettel sind die Kandidatinnen und Kandidaten gemäß § 5 unserer Wahlordnung in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Hinter jedem Kandidaten und jeder Kandidatin befindet sich der Name des jeweiligen Bezirks.

Von mir an dieser Stelle der Hinweis, dass der Stimmzettel gleich alphabetisch sortiert sein wird und dass der Wahlvorschlag des Parteivorstands dort nicht alphabetisch ist, weil er der Reihenfolge entspricht, die wir im Parteivorstand festgelegt haben.

Zur Erläuterung nur noch ein Satz. Wir haben das Verfahren genau so auch auf den letzten Parteitagen angewendet.

Zu den Grundlagen möchte ich euch jetzt noch darauf hinweisen: Um gewählt zu werden, ist gemäß § 8 Abs. a unserer Wahlordnung die einfache Mehrheit ausreichend. Bei der Wahl der Delegierten handelt es sich um eine Listenwahl nach § 8 unserer Wahlordnung und Delegierte und Ersatzdelegierte müssen wie üblicherweise gemeinsam gewählt werden.

Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidierende angekreuzt worden sind, wie insgesamt zu wählen sind, und wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das heißt für euren Stimmzettel, dass ihr mindestens elf, höchstens 22 Kandidierende wählen könnt. Neinstimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig.

Nach § 25 Abs. 5 unseres Organisationsstatutes muss die Delegation insgesamt natürlich quotiert sein. Bei einer Gesamtzahl von 22 Delegierten bedeutet das, dass jeweils mindestens neun Frauen und Männer der Delegation insgesamt angehören müssen. Noch einmal: Der Wahlvorschlag des Parteivorstands bietet eine Orientierung dafür und ist mit den Landesverbänden und Bezirken auch so weit abgestimmt.

Ich sehe jetzt erst einmal keine weiteren Fragen.

Dann will ich noch auf Folgendes hinweisen: Bei der Listenwahl sind die Kandidierenden mit einfacher Mehrheit gewählt, soweit die Quotierungsvorgaben erfüllt werden.

Bestehen noch Rückfragen zum Wahlverfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, die Wahl im Autopiloten einzublenden.

Ich weise noch einmal darauf hin: Auf dem elektronischen Stimmzettel befindet sich hinter dem jeweiligen Namen jeweils ein Kreis zum Ankreuzen. Ihr müsst mindestens elf, dürft aber höchstens 22 Stimmen abgeben, also auf dem digitalen Stimmzettel Kreuze machen.

Der Wahlgang ist eröffnet. Im Autopiloten seht ihr jetzt die Wahl und könnt eure Stimme abgeben. Wie gehabt: Wenn ihr Unterstützung technischer Art braucht - nicht, was eure Wahl angeht -, dann bitte wieder die Karte hochhalten. Das Supportteam aus dem Willy-Brandt-Haus steht bereit, um euch dann zu unterstützen.

In der Zwischenzeit weise ich euch schon einmal darauf hin, wie wir gleich weitermachen. Wenn der Abstimmungsvorgang beendet ist, freuen wir uns alle auf das Grußwort des Vorsitzenden des Präsidiums des AWO-Bundesverbandes. Danach steigen wir in die Antragsberatung zum Bereich Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik ein. Wenn ihr euch daran beteiligen wollte, dann solltet ihr auf jeden Fall hier im Raum sein, und ansonsten eigentlich auch.

Ich frage, ob alle ihre Stimmen abgeben konnten. - Es meldet sich niemand mehr. Dann schließe ich jetzt den Wahlgang. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Gleichzeitig möchte ich Michael Groß begrüßen, den Vorsitzenden des Präsidiums des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Herzlich willkommen, lieber Michael, auf unserem Parteitag. Wir freuen uns auf dein Grußwort.

Grußwort von Michael Groß, Vorsitzender des Präsidiums des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt

Michael Groß, AWO:

Vielen Dank, Oliver. - Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde? Es ist Sonntagmittag. Ich selbst war einmal Delegierter und weiß auch, dass die Zeit ein bisschen drängt. Also keine Angst.

Ich bin hier als Präsident der Arbeiterwohlfahrt, um euch danke zu sagen, und zwar danke zu sagen insbesondere für eure Entscheidung auf kommunaler Ebene, auf

Landesebene, im Bundestag, auf Bundesebene und auch hier auf dem Parteitag für die Menschen, für die wir als Arbeiterwohlfahrt arbeiten. Herzlichen Dank und Respekt für eure Entscheidung.

(Beifall)

Dass die SPD die Partei ist, die für soziale Gerechtigkeit ist, dass sie die Partei ist, die dafür steht, dass Menschen noch sozialen Aufstieg erleben können, und zwar durch gute Bildung, durch gute Arbeit, durch Tarif, durch Mitbestimmung, haben auch die letzten drei Tage gezeigt. Deswegen ist es wichtig, dass es euch gibt, auch in der Bundesregierung. Wir als Arbeiterwohlfahrt sind euch sehr dankbar, dass ihr auch n mühsamen Weg mitgeht und für uns arbeitet. Herzlichen Dank an euch!

(Beifall)

Aus unserer Sicht ist es insbesondere wichtig - das waren eben auch Beschlüsse, die ihr gefasst haben, in den Koa-Verhandlungen, aber jetzt auch in den Tagen -, dass wir in die Infrastruktur investieren, in die Quartiere, aber eben auch in die soziale Infrastruktur.

Wenn ich eine Bitte äußern darf, ist es, dass ihr dafür sorgt, dass wir eben auch von dem Sondervermögen profizieren, weil das Geld letztendlich da ankommt, wo es aus hingehört, nämlich zu den Menschen, die in den Quartieren wohnen und die sich abgehängt fühlen oder die in abgehängten Quartieren leben.

Liebe Genossinnen und Genossen, mich hat es besonders gefreut, dass ich die Debatte um das Frühverfahren zum AfD-Verbot miterleben durfte. Wir unterstützen euch da unbedingt. Ich kann euch nur die Hand reichen. Die AWO hat seit Langem ein Unvereinbarkeitsgebot. Bei uns darf niemand Mitglied werden, der AfD-Mitglied ist, und das ist uns auch sehr wichtig.

(Beifall)

Wir haben vor zwei, drei Jahren einen Beschluss gefasst, dass wir für ein AfD-Verbot sind. Das hat damit zu tun, dass wir vor Ort in den mehr als 18.000 Einrichtungen, nach Bundesländern - das wurde vorhin schon geschildert - auch sehr unterschiedlich erleben, wie unser Ehrenamt bedroht wird, wie Menschen, die zugewandert sind, bedroht werden, wie Demokraten, die sich dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft demokratisch bleibt, bedroht werden. Letztendlich sind wir auch ein Wohlfahrtsverband - das vergessen manche -, der immer noch für den demokratischen Sozialismus arbeitet, aber ein Wohlfahrtsverband, der eben auch von den Forderungen der AfD bedroht ist. Lieber ein AfD-Verbot, als dass wir als AWO nicht mehr arbeiten können.

(Beifall)

Ich hoffe trotz aller Bedenken, die auch geäußert wurden, und der Sorgfalt, die notwendig ist, dass es am Ende des Tages dazu kommt, dass Rechtsnationale und Faschisten in Deutschland keine Kinder- und Jugendfischer mehr werden können, wie wir es in unseren Jugendwerken erleben, dass die jungen Menschen abgefangen werden und letztendlich auch politisch falsch gesteuert. Es ist ein großer Auftrag an uns als AWO, aber auch an die SPD, das zu verhindern. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich bin gerade auf Sommertour und will vielleicht noch einmal auf drei Begegnungen hinweisen oder darauf eingehen, die ich gehabt habe. Ich habe wunderbare Menschen getroffen. Wir haben ein starkes Ehrenamt in den 18.000 Einrichtungen, ein starkes Hauptamt. Was mich besonders freut - das noch als Nebensatz -, ist, dass alle erzählen, dass sie eine gute Verbindung, ein gutes Netzwerk auch zu euch in die Sozialdemokratie haben. Das ist eine gute Sache vor Ort.

Aber ich will euch ganz kurz über drei Lebensläufe berichten, die ich gerade in den letzten Tagen in Bremerhaven und im Jugendwerk der AWO in einer anderen Stadt gehört habe. Zwei junge Frauen erzählten mir, dass sie vor zwei, drei Jahren nach Deutschland gekommen sind und hier in einer Mädchenwohngruppe leben. Beide haben mir erzählt, dass die eine jetzt Abitur macht und Sozialarbeit studieren will, und dass die andere mit 14 oder 16 Jahren vor Ort im Jugendparlament arbeitet und dort mitbestimmt, was im Quartier, im Stadtteil passieren soll.

Ihr seht, wie wichtig es ist, unabhängig vom Quartier, von der Adresse eine Lebensperspektive zu bekommen, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass Menschen sich selbstbestimmt auf den Weg machen können und alle Unterstützung bekommen, die notwendig ist. Und dafür seid ihr verantwortlich. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Der letzte Punkt: Ein junger Mann im freiwilligen sozialen Dienst. Ihr kennt das Problem; ihr habt das bestimmt schon diskutiert. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen. Der junge Mann hat erzählt, es sei unheimlich wichtig für ihn gewesen, dass es freiwillig passiert. Es sei unheimlich wichtig für ihn gewesen, dass er sich selbst in der beruflichen Orientierung erleben kann, dass er Teamarbeit erlebt, Arbeitsstrukturen, dass er erlebt, wie man anderen Menschen helfen kann. Aber er hat gesagt: „Für mich ist das Problem, dass ich aus einem Elternhaus komme, das mir kaum finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung stellt.“ Liebe Genossinnen und Genossen, es kann nicht sein, dass wir viele Menschen verlieren, die eben nicht in der Lage sind, solche Dienste wahrzunehmen oder

daran teilzunehmen, weil sie aus finanziellen Milieus kommen, die eben keine Möglichkeit dafür bieten, dass man Freiwilligendienst leisten kann. Da bitte ich euch noch einmal darum, das wesentlich zu verbessern, denn wir dürfen niemanden verlieren. Zusammenhalt und Solidarität ist die Zukunft unserer Jugend. - Herzlichen Dank. Glück auf!

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Michael, für dein Grußwort. Du hast hier im Delegiertenkörper viele Mitglieder der AWO-Familie aus den Bezirken und Unterbezirken, aus den Ortsvereinen und Kreisverbänden gesehen. Das zeigt unsere enge Verbundenheit, nicht nur unsere geschichtliche Verbundenheit, sondern das zeigt insbesondere auch, dass wir als SPD wissen, dass ohne die Wohlfahrtsverbände - insbesondere ohne die AWO - ein sozialer Ausgleich in unserer Gesellschaft nicht möglich ist. Deshalb: Danke für eure Arbeit. Wir freuen uns auf unser nächstes Wiedersehen.

(Beifall)

Jetzt macht Josefine weiter.

Antragsberatung zum Bereich Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik, Initiativantrag 17

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir fahren in der Antragsberatung fort. Ich freue mich sehr, dass ich diesen Antragsbereich nun aufrufen darf. Das ist der Antragsbereich F, Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik. Das sind die Anträge mit den Nummern F01 bis F16. Wir rufen hierzu auch den Initiativantrag 17 auf.

Für den Bericht der Antragskommission bitte ich nun Bettina Martin auf die Bühne.

Bettina Martin, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass wir uns heute noch einmal Zeit nehmen, um über Gleichstellung zu sprechen, und dass wir über den Bereich F debattieren. Denn Gleichstellung ist wirklich alles andere als ein Selbstläufer. Gerade jetzt, wo vor allen Dingen von rechts außen versucht wird, alle Genderthemen

verächtlich zu machen, wo versucht wird, im Grunde genommen alles verächtlich zu machen, wo es um das Thema Gleichstellung geht, ist es unbedingt notwendig, dass es die SPD ist, die jetzt über Gleichstellung spricht und die das Thema Gleichstellung sichtbar macht. Es sind zuallererst die Rechte der Frauen, die von autokratischen Systemen zurückgedrängt werden. Es sind die Rechten, die Rechte von Frauen, das Thema Gleichstellung versuchen, zurückzudrängen. Wir müssen nur über den Atlantik in die USA gucken, wo die Trump-Administration einen wahren Feldzug gegen Genderthemen, Genderpolitics fährt und alle Förderungen für Genderforschung infrage stellt.

Deswegen ganz klar: Feminismus ist alles andere als von gestern. Im Gegenteil: Wir brauchen engagierte Feministinnen und Feministen gerade heute, und wir brauchen eine Partei, wir brauchen die SPD, die für Gleichstellung steht, die die Frauenrechte in den Mittelpunkt rückt. Deswegen: Gut, dass wir heute diesen Bereich noch einmal debattieren. Es ist die SPD, die dieses Thema sichtbar machen muss.

Wir haben 16 Anträge im Antragsbereich F und den Initiativantrag 17. All diese Anträge widmen sich den verschiedenen Aspekten des Themenblocks. Ich würde sagen, im Mittelpunkt steht das Thema Schwangerschaftsabbruch, das Thema § 218. Wir haben das große Thema Gewalt gegen Frauen im Antrag F6 bis F12. Wir haben außerdem im Bereich Familie den Antrag F01 zum Unterhaltsvorschuss. Aus dem Bereich Senioren haben einen Antrag zu Seniorenmitwirkungsgesetzen. Das ist der F16.

Bei den Anträgen zum § 218 haben wir gegenüber der ersten Fassung der Antragskommission unser Votum noch einmal gedreht oder noch einmal überarbeitet nach einem Austausch mit den Antragstellerinnen, nämlich den SPD-Frauen und dem Landesverband Thüringen. Wir schlagen euch nun vor, den Antrag F04 geänderter Fassung als Resolution anzunehmen.

Beim Thema „Nur Ja heißt Ja“, bei den Straftatbeständen der Vergewaltigung und des sexuellen Übergriffs, haben wir den Text konkretisiert und schlagen euch nun den Antrag F08 in geänderter Fassung vor.

Hervorheben möchte ich noch ein Thema, und zwar den F06 mit dem Titel „Männer sind Teil der Lösung! Präventionsmaßnahmen gegen Frauenfeindlichkeit stärken.“ Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Antrag, dieses Signal zu setzen, wenn es um Frauenrechte geht. Wenn es um Gewalt gegen Frauen geht, brauchen wir die Männer mit an Bord. Insofern ist es mir wichtig, den Antrag F06 in diesem Kontext noch einmal zu erwähnen.

Vielleicht noch ein Wort zum Initiativantrag 17 der SPD-Frauen. Dort wird vorgeschlagen, dass wir ihn in geänderter Fassung zur Annahme stellen. Wir wollen damit ein Zeichen für Parität auch in den Unternehmen setzen, vor allen Dingen ein Zeichen, dass die Unternehmen sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie in die Kooperation, in die Verhandlungen mit den Unternehmen in den USA gehen, dass sie trotzdem die Frauenförderung und die Parität dort hochhalten. Also keine Einschüchterungsversuche aus den USA von der Trump-Regierung gegen Frauenrechte. Das ist der Initiativantrag 17.

Über die Anträge im Bereich F kam es in der Antragskommission zu einer ziemlich fundierten Diskussion. Wir haben einige der Anträge sehr bewusst auf Annahme gestellt. Insofern glaube ich, das ist ein gutes Zeichen, ein wichtiges Signal von diesem Parteitag.

Ich wünsche ich uns eine gute Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank Bettina. - Wir kommen dann zur Aussprache zu diesem Bereich. Als erste Rednerin steht Stefanie Hubig auf der Liste.

Stefanie Hubig, Rheinland-Pfalz:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, dass wir zum Ende des Parteitags heute noch einmal über ein ganz wichtiges Thema reden, und ich freue mich auch, dass so viele von euch noch da sind. Ganz viele Frauen stehen heute auf der Rednerliste, alles Frauen. Es wäre aber super gewesen, wenn auch ein Mann mit draufgestanden hätte.

(Beifall)

Als ich Ende der 90er-Jahre als Richterin angefangen habe, war die Vergewaltigung in der Ehe Privatsache. Vergewaltigung in der Ehe war nicht strafbar. Das hat sich erst später geändert. Gewalt in der Familie war insgesamt Privatsache, und erst später haben sich Dinge geändert. Einiges hat sich seitdem geändert. Seit 2001 gibt es für Kinder ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Schlagen ist nicht mehr okay. Seit 2002 gibt es ein Gewaltschutzgesetz, das besagt, nicht die Opfer müssen gehen, sondern die Schläger

müssen gehen. Das sind übrigens beides Gesetze, die unter einer sozialdemokratischen Justizministerin verabschiedet wurden.

(Beifall)

Obwohl so viel passiert ist, bleibt das Zuhause immer noch ein gefährlicher Ort für viele Frauen, für viele Kinder, für viele Mädchen. Die Zahl der Fälle steigt seit Jahren. Alle 3 Minuten wird zu Hause ein Mädchen oder eine Frau geschlagen. Alle drei Tage wird eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist und weil sie einen eigenen Willen hat. Das kann und darf nicht so weitergehen.

(Beifall)

Es ist nicht okay, wenn Frauen und Mädchen physische oder psychische Gewalt erfahren, und es ist schon nicht okay, wenn einer sagt: „Pass mal auf, was du sagst, sonst blüht dir was." Da fängt die Gewalt schon an. Deshalb ist es klar: Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren, sie müssen sich nicht schämen. Eine kluge Französin, Gisèle Pelicot, hat vor Kurzem gesagt, die Scham muss die Seite wechseln.

(Beifall)

Wir brauchen einen besseren Schutz. Deshalb haben wir uns ganz viel vorgenommen. Wir wollen, dass die Familiengerichte in ganz Deutschland denjenigen eine elektronische Fußfessel anlegen können, die wie in Spanien Gewalt ausüben. Die Fußfessel für Männer, und die Frauen sollen GPS bekommen, damit sie Sicherheit in Echtzeit haben, damit sie wissen: Ich bin jetzt geschützt, und ich kann mich jetzt wehren.

(Beifall)

Diejenigen, die nicht mit sich selbst klarkommen und die schlagen, brauchen ein Anti-Gewalt-Training. Auch das soll angeordnet werden. Wenn die Väter die Mütter prügeln, dann leiden natürlich auch die Kinder darunter, nicht nur die Mütter, nicht nur die Frauen. Deshalb muss es beim Sorge- und Umgangsrecht künftig berücksichtigt werden, ob Kinder in solchen Familien leben, ob ein Vater, ein Täter, seine Frau schlägt, die Mutter schlägt. Das muss beim Sorge- und Umgangsrecht berücksichtigt werden.

(Beifall)

Wenn Frauen woanders anfangen wollen, dann sollen sie schnell und einfach aus ihren Mietverträgen kommen. Auch das ist noch einmal ganz wichtig.

Wir haben ganz viele Maßnahmen vor. Wir müssen weiterhin Femizide verhindern. Gestern ist mutmaßlich wieder einer in Mönchengladbach passiert. Da gibt es keine einfachen Lösungen. Wir brauchen ein klares Gesetz und besseren Schutz.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD tritt schon immer für die Schwächeren ein. Das ist ein Markenzeichen von uns. Und wir treten für die Frauenrechte ein. Deshalb sollen wir das auch jetzt tun. Gewalt gegen Frauen ist nicht in Ordnung, und Frauen müssen stark sein. Ich freue mich, dass ich mit zwei starken Frauen, mit Carmen und mit Sonja an meiner Seite, in dieser Legislaturperiode ganz viel tun kann. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Stefanie, für deine klaren Worte zum Thema Femizide. Wir sind wirklich froh, dass wir dich als Justizministerin an dieser entscheidenden Stelle im Kampf gegen Femizide haben.

(Beifall)

Du hast es erwähnt: Seit Beginn dieses Jahres sind bereits fast 50 Frauen einem Femizid zum Opfer gefallen. Deswegen ist es uns wichtig, heute auch gemeinsam mit euch ein Zeichen zu setzen von diesem Bundesparteitag aus.

Ihr seht nun eine Handgeste, die wir gemeinsam machen wollen. Diese Handgeste wurde entwickelt, damit Opfer von Gewalt auf sich aufmerksam machen können, ohne dass der Täter dies mitbekommt. Lasst uns gemeinsam diese Geste im Andenken an die Frauen, die ermordet wurden, machen. Wir sehen die Gewalt, wir hören den Hilferuf, und wir kämpfen für Schutz, Gerechtigkeit und Veränderung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Jetzt fahren wir in der Antragsdebatte fort. Ich freue mich sehr, dass die jüngste Parteitagsdelegierte jetzt ihre erste Rede auf dem Parteitag hält. Bitte, Lavinia Esser.

Lavinia Esser, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit über 100 Jahren kämpfen wir Frauen jetzt schon dafür, dass wir über unseren eigenen Körper entscheiden dürfen, und trotzdem gilt § 218 Strafgesetzbuch bis heute, ein Paragraph aus dem vorletzten Jahrhundert, der

Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert. Angefangen hat dieser historische Kampf schon in der Weimarer Republik, und genau im Hier und Jetzt, im Hier und Heute muss dieser Kampf beendet werden.

(Beifall)

Denn eines ist klar: Eine Frau braucht keinen Richter. Sie braucht keinen Paragraphen. Sie braucht Vertrauen und Selbstbestimmung, aber auch Unterstützung und Verständnis.

Warum steht diese veraltete Ideologie noch immer StGB, als wäre es ein Verbrechen? Denn wer nach der zwölften Schwangerschaftswoche abtreibt, erhält eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder auch eine Geldstrafe. Hat nicht jede Frau, die in diese Lage kommt, bereits genug Sorgen, genug Schmerz und genug Konflikte zu bekämpfen?

(Beifall)

Ich frage euch: Was ist mit der 18-jährigen Auszubildenden, die erfährt, dass sie ungewollt schwanger wurde, aber wer finanziell noch familiär unterstützt wird, oder mit der Frau, die vergewaltigt wurde und die sich nun zusätzlich zu diesem traumatischen Erlebnis auch noch mit einem Paragrafen auseinandersetzen muss, der sie kriminalisiert, weil sie nicht früh genug reagiert?

Die Gründe sind komplex. Von wirtschaftlichen zu gesundheitlichen, sozialen, psychischen, vor allem bis zu persönlichen Faktoren reicht diese Spannweite. Genau deshalb gehört diese Entscheidung nicht vor ein Gericht, sondern in die Hände der Betroffenen selbst.

(Beifall)

Reicht es denn nicht, dass wir Frauen für jede Selbstverständlichkeit selbst kämpfen müssen? Genau das hat auch schon Bärbel kritisiert. Beispielsweise für unsere Rechte, Anerkennung, Gleichberechtigung, Bildung und Beruf, Schutz vor Gewalt, politische und gesellschaftliche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Liebe Genossinnen und Genossen, der § 218 ist schon längst überholt.

(Beifall)

Er ist ein weiteres Symbol dafür, dass Frauen immer noch nicht vollständig in jeder Beziehung gleichgestellt sind.

(Beifall)

Und wenn wir als SPD nicht für Selbstbestimmung einstehen, wer denn sonst?

(Beifall)

Die Annahme dieses Antrags ist ein weiterer Schritt in eine gerechtere Zukunft. - My Body is my Choice. Freundschaft und Alerta!

(Starker Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Lavinia, für diese tolle Rede. - Als Nächste spricht Maria Noichl.

Maria Noichl, Co-Vorsitzende SPD Frauen:

Auch noch mal von meiner Seite recht herzliche Gratulation zu dieser Rede. Wir brauchen feministischen Nachwuchs, und der Nachwuchs ist da und ist mitten unter uns.

(Beifall)

Heute ist ein guter Tag für Frauen in Deutschland. Heute ist ein guter Tag für SPD-Frauen, aber natürlich auch für SPD-Männer und für alle. Denn das AfD-Verbot, die Arbeit hin zu einem AfD-Verbot, steht auf unserer Liste ganz, ganz oben. Wir wissen, dass die AfD uns Frauen als allererstes vernichten will, unsere Frauenrechte vernichten will, und sie wollen uns zurück an den Herd stellen. Deswegen: Gleichstellungspolitik passiert nicht immer nur im Ausschuss für Gleichstellung. Gleichstellungspolitik passiert im Arbeitsausschuss, wenn es um den Mindestlohn geht, passiert im Innenausschuss, wenn es um das Verbot der AfD geht. Gleichstellungspolitik passiert in allen Ausschüssen. Das haben wir an diesem Wochenende wieder gemerkt.

Trotzdem sind besondere Ausschüsse in unserem Zentrum. Heute sprechen wir ganz klar über den Antragsbereich F. Es ist wunderbar und es ist gut, dass der Antrag zu § 218 auf Annahme steht. Es ist wunderbar und es ist gut, dass der Antrag „Nur Ja heißt Ja“ auf Annahme steht. Es ist wunderbar und gut, dass der Antrag „Verstärkung der Frauenhäuser“ auf Annahme steht, und es ist wunderbar und gut, dass wir uns klar gegen die Trump-Ideologie stellen, dass Unternehmen Frauenförderpläne nicht mehr durchsetzen dürfen.

Ich möchte mich jetzt einmal ganz bewusst an diejenigen richten, die hier oftmals auch Schelte einheimsen müssen. Dafür möchte ich allen, den Parteitagsdelegierten einerseits, aber natürlich auch der Führungsspitze, ganz herzlich danke sagen.

(Beifall)

Wenn man den Namen „SPD-Frauen“ mit einem Untertitel verbinden würde, dann würde der Untertitel heißen: „Wir wollen aber noch mehr.“ Das ist unser Untertitel und es ist unsere DNA. Wir SPD-Frauen wollen immer noch mehr. Wir wollen es immer noch schneller. Wir wollen es immer noch besser, und wir wollen immer noch mehr gleichgestellt. Ja, das ist so. Deswegen sehen wir auch die Anträge, die nur weiterüberwiesen wurden. Bei diesen Anträgen werden wir auf der Spur bleiben. Wir werden beim Parteivorstand sehen, ob die Arbeit wirklich gemacht wird, die Arbeit, die uns heute bei jeder Überweisung versprochen wird, die Arbeit, dass sich der Parteivorstand mit diesen Themen beschäftigt. Wir werden darauf achten, und ich weiß ganz genau: Ihr tut es auch.

(Beifall)

Wir haben eine neue Führung bekommen: Bärbel, Lars und Tim. Wir sind nicht immer bei allen Themen einer Meinung, aber ich weiß, es sind drei Feministinnen und Feministen an unserer Spitze. Ich weiß, dass auch Saskia und Matthias, die vorher in der Verantwortung mit dabei waren, wirklich klare Feministinnen und Feministen waren. Ich weiß auch, dass unser Schatzmeister, auch wenn er es gestern vielleicht in den falschen Hals bekommen hat, von meiner Seite aus ganz klar als Feminist gesehen wird.

Wir bedanken uns bei euch. Wir bedanken uns bei euch, dass ihr so mutig und so klar seid. Wir bedanken uns bei euch, dass die SPD - die SPD - eine weibliche Partei ist. Wir bedanken uns bei euch, dass ihr niemals einen Schritt rückwärts geht. Wir machen euch als SPD-Frauen ein klares Angebot. Das Angebot heißt: Unsere Tür ist immer offen.

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Kommst du bitte zum Ende, Maria?

Maria Noichl, Co-Vorsitzende SPD Frauen:

Gleich. - Das Angebot heißt: Unsere Tür ist immer offen. Das Angebot sagt aber auch, es ist eure Pflicht, die SPD-Frauen einzubinden, inhaltlich einzubinden, organisatorisch einzubinden. Dafür stehen wir. - Danke. Glück auf!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön. - Als Nächste spricht Nadine Heselhaus, und dann können sich Madita Lachetta und auch Isolde Ries schon einmal bereitmachen.

Nadine Heselhaus, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Nach dem wichtigen Beschluss vorhin und den kämpferischen Reden, die wir jetzt schon gehört haben, ist das genau die richtige Basis jetzt für mein Thema. Auch wenn ich fachlich völlig woanders verankert bin, ist das jetzt einfach eine für mich sehr persönliche Angelegenheit und eine Herzensangelegenheit.

Ich bin Nadine Heselhaus aus dem Münsterland in NRW. Ich habe vier Kinder. Ich bin alleinerziehend. Letzteres ist gar nichts Besonderes, denn diesen Umstand finden wir in jeder fünften Familie in unserem Land. Und trotzdem sind wir in der Regel unsichtbar. Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, was es heißt, sich zu freuen, wenn eine Kinderjacke, die man im Discounter gekauft hat, drei Jahre lang durchhält, und ich weiß auch, was es heißt, zu schwitzen, wenn es gilt, einen Kindergeburtstag auszurichten mit all den gesellschaftlichen Anforderungen, die wir daran inzwischen haben. Die Eltern hier wissen, was ich meine. Ich weiß auch, was es heißt, immer zu rennen, zur Kita, zur Bahn, zur Arbeit und das Ganze wieder zurück, um irgendwie rechtzeitig wieder anzukommen, weil es die Betreuungszeiten einfach nicht zulassen - auch das nicht -, dass man Vollzeit arbeiten kann. Das ist mir nämlich in der Vergangenheit nur selten gelungen.

All diese Voraussetzungen haben alle Familien, aber das gilt für uns Alleinerziehende dann noch einmal verschärft. Deshalb wünsche ich mir, dass wir zukünftig bessere Unterstützung politisch umsetzen können.

Auch das Unterhaltsrecht sollten wir uns noch einmal ganz genau anschauen. Das geht besser. Im Übrigen auch parteiintern, denn wir sind nicht ganz so familienfreundlich, wie wir uns ganz gerne auch mal sehen. Das ist noch nicht der Fall.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor fast sechs Jahren war mein jüngstes Kind gerade drei Monate alt. Ich habe in Trennung in einer noch ungeklärten Wohnsituation gelebt. Mit anderen Worten: Ich musste mein Leben mit vier Kindern noch einmal ganz von vorne aufbauen. In dieser Situation dachte sich mein damaliger Kreisvorsitzender: Das ist doch genau der richtige Moment, um sie zu fragen, ob sie nicht für den Bundestag kandidieren will. Vollkommen irre, der Typ! Da ich mindestens genauso wahnsinnig bin: Seit 2021 bin ich Bundestagsabgeordnete.

(Beifall)

Lieber Marc Jaziorski, danke, dass du das möglich gemacht und an mich geglaubt hast; denn zur Wahrheit gehört auch: Ich selbst wäre auf diesen wahnsinnigen Gedanken damals gar nicht gekommen. Du hast dafür gesorgt, dass ich seit fast vier Jahren zeigen kann, dass das geht. Ist es manchmal hart? Auf jeden Fall. Wir Politiker*innen zeigen ja üblicherweise wenig Persönliches, aus Angst, dass es uns angreifbar macht und als Schwäche ausgelegt wird. Ich will an dieser Stelle trotzdem einfach mal zugeben: Ja, manchmal bin ich einfach erschöpft - sogar ziemlich oft. Und das schon auf dem Weg in die Sitzungswoche und nicht erst im Anschluss und nach dem Bundesparteitag und nach dem Parteiabend.

Ich möchte an dieser Stelle einfach allen Alleinerziehenden zurufen: Was du leistest, ist grandios. Bleib stark und vor allem: Du bist nicht allein. - Danke schön.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Das Wort hat Madita Lachetta. Danach spricht Isolde Ries.

Madita Lachetta, Juso-Hochschulgruppen:

Liebe Genoss*innen! Ich bedanke mich herzlich bei euch im Namen der Juso-Hochschulgruppen für diesen wichtigen Antrag, denn Frauen werden immer noch in Zwangs- und Abhängigkeitsverhältnisse gedrängt. Dazu gehört dieser ungehörige Paragraf. Es muss doch alle massiv schockieren, dass es Frauen bis heute verwehrt wird, über ihren eigenen Körper zu bestimmen. Diese Situation ist für Männer undenkbar.

(Beifall)

Frauen werden dazu genötigt und ihrer Autonomie beraubt, über das eigene Schicksal zu entscheiden. Wenn in Deutschland täglich der Versuch eines Femizids begangen wird, wenn dies jeden dritten Tag gelingt, wenn Frauen in aller Welt gegen ihre Unterdrückung auf die Straße gehen und dafür teilweise mit ihrem Leben bezahlen müssen, dann bestätigt das genau die bittere Notwendigkeit einer feministischen Gesellschaftskritik.

Dass Schwangerschaftsabbrüche immer noch unter Strafe stehen, zeigt einen gewaltigen Missstand in der Selbstbestimmung der Frau. Und nebenbei: Ein Verbot der Schwangerschaftsabbrüche führt nicht dazu, dass Schwangerschaften nicht abgebrochen werden, sondern die Schwangeren greifen dann auf unsichere, gefährliche Methoden zurück. Viele kennen den Kleiderbügel als das Symbol für unsichere Abtreibungen. Drahtkleiderbügel werden als Ausgangsmaterial für eine Selbstabtreibung genutzt. Diese Frauen sind so verzweifelt, dass sie ihren eigenen Tod damit in Kauf nehmen. Und es ist an Absurdität kaum zu übertreffen, dass diejenigen, die das System am Laufen halten, vom gleichen System massiv unterdrückt werden. Die Hindernisse wirken kaum überwindbar.

Umso wichtiger ist es, dass wir nicht in Lethargie verfallen, dass wir diesen Zustand nicht hinnehmen und immer und immer wieder klarmachen, welch ein Wahnsinn das ist. Das Problem, dass Schwangeren ihre Autonomie genommen wird, ist tief im System verankert, denn wie man einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt, lernen angehende Ärzt*innen nicht. Medizinstudierende müssen lernen, einen Schwangerschaftsabbruch medizinisch richtig durchführen zu können, sodass Schwangere keinen Schaden nehmen. Es wird eine neue Generation von Ärzt*innen geben, die davon überzeugt ist, dass Schwangerschaftsabbrüche zur medizinischen Grundversorgung gehören.

Der Weg zu einer gleichberechtigten Gesellschaft ist heute noch steinig, doch in unserem Ziel sind wir glasklar. Es geht um einen grundlegenden Kampf der Befreiung, Befreiung von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung. Man stelle sich vor, dass Männer in ihrem Recht per Gesetz eingeschränkt würden. Das gäbe es niemals. Und es macht wütend, es macht unfassbar wütend, dass wir so hart um unsere Selbstbestimmung und unsere Freiheit kämpfen müssen. Aber wir werden unsere Wut bündeln und das einfordern, was uns zusteht, denn als Frau lasse ich mir nichts vorschreiben, und schon gar nicht von einem Mann. - In Schwesternschaft!

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Madita. - Als Nächste spricht Isolde Ries aus dem Saarland.

Isolde Ries, Saarland:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich spreche zum Initiativantrag 17. Hier geht es in der Debatte um Frauen und Männer, und es geht um Angriffe auf Frauen und Diversitätsprogramme. Genau in dieser Zeit hat die Bundestagspräsidentin verboten, am CSD die Regenbogenfahne zu hissen. Sie hat auch verboten, unter der Firmierung „Bundestag“ an dem Umzug teilzunehmen, und sie beruft sich in ihrer Argumentation auf die angebliche Neutralitätspflicht. Genossinnen und Genossen, wie kann man gegenüber Grundrechten, gegenüber Menschenrechten neutral sein?

(Beifall)

Gerade jetzt wäre es doch ein starkes Zeichen nicht nur zur Vielfalt der Lebensentwürfe gewesen, sondern auch gegen Menschen wie Putin, Trump, Orban und die AfD, die gegen Diversitätsprogramme sind und Pride-Paraden verbieten wollen.

Gestern haben - das hat ein Kollege hier schon gesagt - 200.000 Menschen in Ungarn für LGBT*Q-Rechte demonstriert und ein Zeichen gesetzt, ein deutliches Zeichen, dass Freiheit und Liebe sich nicht verbieten lassen.

(Beifall)

Auch wir hier in Deutschland und auf dem Bundesparteitag sollten ein Zeichen setzen. Die Regenbogenfahne nicht auf dem Reichstag zu hissen, bedeutet doch, dass sich der Staat nicht mehr öffentlich sichtbar an die Seite diskriminierter Menschen und Minderheiten stellt, und das ist doch ein fatales Zeichen in der jetzigen Zeit.

An Frau Klöckner gerichtet: Schwarz-Rot-Gold und die Regenbogenfahne sind keine Gegensätze. Sie passen in unserer Gesellschaft sehr wohl zusammen.

(Beifall)

Die Regenbogenfahne steht für Offenheit, für Toleranz, für Vielfalt. Wir setzen damit ein sichtbares Zeichen gegen Diskriminierung für Hoffnung, für Frieden. Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie und keine falsch verstandene Neutralität, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Isolde. - Bevor ich Carmen Wegge aufrufe, schlage ich euch vor, weil wir heute auf dem Parteitag noch ein paar Sachen heute machen wollen, noch ein paar Debatten führen wollen, dass wir an dieser Stelle - es sind jetzt noch sechs Redner und Rednerinnen - die Redeliste jetzt schließen. Gibt es dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Dann hat Carmen Wegge das Wort, als Nächster dann Jan Sellmann.

Carmen Wegge, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich war eine von sehr vielen Kolleginnen und Kollegen, die in der letzten Legislatur den Gruppenantrag zur Streichung von § 218 in den Deutschen Bundestag eingebracht hat,

(Beifall)

und ich kann euch sagen, das sollte ja eigentlich ein gutes Gefühl gewesen sein, vor allem, weil wir eine Mehrheit im Deutschen Bundestag dafür hatten. Stattdessen haben wir das nicht hinbekommen. Das war tatsächlich einer der größten Momente des Scheiterns in der letzten Legislatur, weil sowohl die Union als auch die FDP verhindert haben, dass wir diesen Antrag tatsächlich im Plenum des Deutschen Bundestags zur Abstimmung stellen konnten.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, ganz viele Frauen haben dafür gekämpft, aber auch ein Mann von der FDP. Deswegen muss man das immer dazusagen. Auch viele Männer bei uns in der Fraktion, und auch bei der FDP hat sich einer dafür eingesetzt. Wir haben gesagt, okay, wir sind im Deutschen Bundestag gescheitert, aber natürlich gehen wir als SPD weiter, und haben es in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal einen ganz großen Dank an Saskia sagen, die wirklich alles dafür gegeben hat auf oberster Ebene, dass wir uns für die Streichung von § 218 einsetzen und tatsächlich auch noch etwas für die Frauen erreichen konnten. Dass der Schwangerschaftsabbruch jetzt über die Krankenkassen finanziert werden soll, das ist Saskia und unserem Beharren darauf, dass das für uns ein wichtiges Thema ist, zu verdanken.

Da kann man sich natürlich fragen: Warum stellen die SPD-Frauen jetzt wieder einen Antrag zu § 218 auf dem Bundesparteitag? Das haben wir doch schon tausendmal beschlossen. Ich finde es ganz wichtig, im Angesicht des Scheiterns aus der letzten

Legislatur und unserem Kampf in den Koalitionsverhandlungen hier noch einmal ein ganz klares Votum von diesem Bundesparteitag abzuholen und im Übrigen - das steht auch in diesem Antrag - zu sagen, dass wir als SPD selbstverständlich jede Initiative in der Zivilgesellschaft unterstützen, aber selbstverständlich auch jeden Gesetzentwurf, den wir im Parlament haben werden. Deswegen würde ich mich freuen, wenn ihr alle diesem Antrag zustimmt und sagt: Weiter geht's! Der Kampf ist noch nicht zu Ende. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Carmen, auch für dein Engagement. - Als Nächster spricht Jan Sellmann. Dann kann sich Bettina van Suntum schon einmal bereitmachen.

Jan Sellmann, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich mache es ganz kurz. Inhaltlich habe ich der Debatte nichts hinzuzufügen, weil ich so viele Vorrednerinnen hatte, die hier inhaltlich so abgeliefert haben. Ich stehe einfach nur hier oben, um meine vollste Zustimmung auszudrücken und einfach zu sagen: Liebe SPD-Frauen, euer Kampf ist auch unser Kampf.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Jan. - Als Nächste spricht Bettina van Suntum, und Ulrike Huf kann sich schon einmal auf den Weg nach vorne machen.

Bettina van Suntum, Sachsen:

Hallo! Ich bin nicht nur Delegierte von Sachsen, sondern auch für das SPD Klimaforum hier.

Der Bundesparteitag hat in seiner grenzenlosen Weisheit entschieden, die Themen Klima, Umweltschutz und sozialökologische Transformation auf die letzten Plätze zu verankern, obwohl wir zutiefst in einer Gerechtigkeitskrise sind, was die ökologischen Krisen mit uns machen. 53 Prozent der Menschen in Deutschland- das ergibt sich aus einer Studie, die das Umweltbundesamt vor wenigen Tagen veröffentlicht hat - sind stark oder sehr stark mental belastet aus Angst vor dem, was diese ökologischen Krisen auf uns zukommen lassen. Ich möchte, dass wir den Blick darauf lenken, dass wir uns diesen Menschen widmen und den Mut haben, nicht auf die Wutbürger zu hören, sondern auf die, die sich nach vorne bewegen, die diese Transformation bewegen wollen.

Ich spreche deswegen jetzt auch im Frauenblock, im Gerechtigkeitsblock und im Gleichstellungsblock, weil diese Krise vor allem die drei Gs von Geschlechtergerechtigkeit anspricht. Wir haben eine Ungerechtigkeit in Sachen von Geld, denn die Reichen verursachen am meisten die Krisen, die ökologischen Krisen. Wir haben aber auch vor allem eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit; denn vor allem Frauen tragen die Last der Krisen. Das haben wir in Corona-Zeiten erlebt. Die Frage der Generationengerechtigkeit ist eine Frage der Zukunft: Welche Welt wollen wir unseren Kindern hinterlassen? In welcher Welt wollen wir zukünftig leben? In einer Welt der Stürme, der Unwetter, der Felsabbrüche in der Schweiz, der Waldbrände wie in Kanada, der Überschwemmungen. Niedersachsen kann ein Lied davon singen. So große Teile von Niedersachsen waren noch nie überschwemmt wie in diesem letzten Winter. Wo Lieferketten zusammenbrechen, weil in China die Energie ausfällt. Aufgrund von Dürre funktioniert die Wasserkraft nicht mehr usw. usf.

Die ökologischen Krisen sind zutiefst wirtschaftliche, aber eben auch soziale und kulturelle Krisen. Deswegen bitte euch um eure Aufmerksamkeit für den Antrag K13, denn diese Partei kann sich nur erneuern, wenn sie sich den Themen der Zukunft widmet. Es ist eine Frage der Erneuerung dieser Partei, dass wir uns den Fragen der sozialökologischen Transformation viel mehr stellen als nur auf dem letzten Platz unserer Prioritätenliste. Das ist das Zentrum der Zukunft und der Erneuerung dieser Partei, denn Veränderung beginnt mit uns. - Ich danke euch.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Bettina. - Als Nächste spricht Ulrike Huf, und Zoe Anthea Kraft kann sich schon einmal bereitmachen.

Ulrike Huf, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich möchte heute mit euch über ein wichtiges Thema sprechen: Die Belastung durch Krankheit, im Speziellen eine besondere Erkrankung, ME/CFS, Myalgische Enzephalomyelitis. Inkludiert sind das Long-COVID- und das Post-Vac-Syndrom. Ich bin selbst betroffen und weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, wenn eine chronische Erkrankung wie ME/CFS oder Long COVID nicht nur einen Menschen betrifft, sondern ein ganzes Familiensystem erschüttert, wenn plötzlich nichts mehr geht, wenn das Leben im Liegen stattfindet, für Tage, Wochen, Monate oder auch Jahre, wenn selbst duschen oder ein Gespräch zu einem körperlichen Zusammenbruch führen. Und ich weiß, was es heißt, wenn man dann feststellt, das System hilft nicht, nicht den Betroffenen und auch nicht den Familien, die versuchen, irgendwie aufrecht zu bleiben, dass man feststellt, dass man sozial unsichtbar ist.

Ganz oft sind es Frauen, die diese unsichtbare Carearbeit dann leisten. Sie pflegen ihre kranken Kinder oder Partner*innen 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, ohne Entlastung, ohne Anerkennung, ohne abgesicherten Anspruch. Zum Großteil erkranken sie jedoch selbst, denn von ME/CFS sind zu zwei Dritteln Frauen betroffen. Darum spreche ich heute zu euch als Genossin, als Betroffene und auch als Antragstellerin.

Ich bringe heute drei Anträge ein, die zusammengehören, weil sie ein gemeinsames Problem benennen: Ein System, dass chronisch kranke Menschen und ihre Familien im Stich lässt. Ein System, dass ME/CFS nicht kennt. Die Anträge fallen in den Bereich Gesundheit, der meines Wissens seit 2019 nicht mehr behandelt wurde.

Erstens. Wir brauchen eine postinfektiöse Strategie, und zwar nur für Long COVID, sondern auch für ME/CFS und Post Vac, denn die Betroffenen haben dieselben Hürden:

(Beifall)

Keine flächendeckende Versorgung, kaum wissenschaftliche Erkenntnisse, Sozialisolation, keine zugelassenen Medikamente oder Therapien und Familien, die das alleine auffangen sollen, ohne Unterstützung.

Zweitens. Sozialrechtliche Gleichstellung. ME/CFS wird nicht ernst genommen und oft fälschlicherweise als psychisch eingestuft. Erkrankte bekommen keinen Grad der Behinderung, keinen Pflegegrad, keine Hilfsmittel. Das bedeutet, die Angehörigen - meist Frauen, Mütter von erkrankten erwachsenen Frauen - übernehmen die Pflege, ohne dass sie selbst abgesichert sind, ohne dass ihr Einsatz gesehen wird.

Drittens. Ein Antrag zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Ich frage euch: Was sagt es über ein Gesundheitssystem aus, wenn ein schwerkrankes Kind nicht einmal Anspruch auf medizinische Versorgung hat, wenn ein Modellprojekt wie das PEDNET-LC, welches dank Karl Lauterbach deutschlandweit jetzt für 30 Monate läuft, danach einfach endet und damit alles, was Hoffnung gemacht hat? Dies muss in Regelversorgung übergehen.

Ich weiß, wie es sich anfühlt. Ich kenne Familien, die daran zerbrechen - finanziell, sozial und gesellschaftlich. Ich habe selbst erlebt, wie schwer es ist, Pflege zu organisieren, wenn niemand sich zuständig fühlt. Ich habe erlebt, wie man systemisch durch alle Raster fällt, als Erkrankte, als Angehörige, als Mutter und als Frau.

Ich bitte euch: Lest den Antrag zur Postinfektionsstrategie in G17, den Antrag zur sozialrechtlichen Gleichstellung - Initiativantrag 19 - und den Antrag zur Versorgung erkrankter Kinder und Jugendlicher - Initiativantrag 20 - durch, nicht aus Mitleid, sondern weil wir Verantwortung übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, dass du dieses wichtige Thema angesprochen hast. Trotzdem möchte ich die folgenden Redner*innen noch mal daran erinnern, dass wir hier gerade den Block F behandeln. - Das Wort hat jetzt Zoe Anthea Kraft. Danach kann sich als letzte Rednerin Stefanie Minkley auf den Weg machen.

(Beifall)

Zoe Anthea Kraft, Bayern:

Liebe Genoss*innen! Ich spreche jetzt als Opfer von häuslicher Gewalt zu euch. Das habe ich auf dem Bundeskongress der Jusos schon mal getan und habe erst danach gemerkt, wie absurd es war, vor so vielen Menschen darüber zu sprechen, wenn man unter häuslicher Gewalt gelitten hat, weil das schon viel mit einem macht. Bei mir ist das jetzt schon ein paar Jahre her. Trotzdem ist das immer noch sehr aufwühlend.

Ich habe nichts vorbereitet. Ich habe das gerade auch sehr spontan gemacht. Aber ich glaube, es ist immer ganz gut, Betroffenen zuzuhören, wenn sie den Mut haben und nach vorne gehen wollen, um darüber zu sprechen.

(Beifall)

Ich möchte nur Danke sagen, dass wir diesem Antrag und diesen ganzen Themen, vor allem der häuslichen Gewalt, heute wieder einen Raum geben, weil es wichtig ist, Leuten zuzuhören. Ich weiß, wie es ist, wenn der Partner auf einem draufliegt und einen mit dem Unterarm so doll würgt, dass man die ganze Zeit nur noch auf den Boden klopft, in der Hoffnung, dass die Nachbarn einen hören. Ich weiß auch, wie es ist, an den Haaren aus der Wohnung rausgezogen zu werden, wenn einem am Ende des Tages nicht wirklich geglaubt wird und man selber sich nicht traut, zur Polizei zu gehen, weil man weiß: Wenn die Leute im eigenen Freundeskreis einem schon nicht glauben, glaubt einem die Polizei auch nicht. Deswegen ist es wichtig, den Leuten zuzuhören. Danke für diesen Antrag. Lasst uns gemeinsam gegen Femizide kämpfen. Lasst sie uns vor allem auch als Femizide bezeichnen; denn es sind Femizide, wenn Männer ihre Frauen umbringen.

(Beifall)

Eine Sache noch. Ich finde es wirklich richtig traurig und absolut bezeichnend, dass hier gerade nur Frauen und ein Mann standen und geredet haben. Ich war Opfer von häuslicher Gewalt durch einen Mann. Es ist jedes Mal so, dass zu wenige Männer bei dieser Thematik nach vorne gehen und sagen, dass sie solidarisch an unserer Seite stehen. Deswegen, liebe Männer: Beim nächsten Mal mehr sprechen! - Danke.

(Beifall)

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön, Zoe. – Jetzt kommt als letzte Rednerin Stefanie Minkley.

(Beifall)

Stefanie Minkley, Hessen-Süd:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Thema § 218 ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte noch ein paar neue Aspekte in die Diskussion einbringen, auch für diejenigen, die vor Ort für dieses Thema kämpfen.

Erstens. CDU-Mitglied und gynäkologischer Chefarzt Professor Volz wird aktuell von seinem alten Arbeitgeber unter neuer katholischer Trägerschaft daran gehindert, Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer Indikation durchzuführen, obwohl er

das jahrelang gemacht hat, und er wird jetzt in die nächste gerichtliche Instanz ziehen. Ich finde, wir sollten ihn dabei unterstützen.

(Beifall)

Ein Punkt ist, dass wir das Arbeitsrecht, insbesondere das kirchliche Arbeitsrecht, überarbeiten müssen. Auch dazu gab es ja hin und wieder Anträge. Auch gab es Anträge zum Thema der Verpflichtung von öffentlichen Krankenhäusern, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten. Ich kann mich noch daran erinnern, dass es das im letzten Jahr gab. Auch das, liebe Fraktion, wäre eine Möglichkeit, die Versorgung zu verbessern.

Zweitens. Ärztinnen und Ärzte, die wie ich Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sind immer noch nicht ausreichend geschützt. Auch ich bin jetzt auf einer Webseite und werde für das Töten von Kindern verurteilt. Die SPD wird dabei natürlich mit in den Dreck gezogen. Die Schutzzone, die ihr im Deutschen Bundestag verabschiedet habt, war gut. Aber sie reicht bei weitem noch nicht aus, um alle zu schützen.

Drittens. Sogar der Deutsche Ärztetag hat entschieden, dass die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zeitgemäß ist. Der Deutsche Ärztetag - für die, die das nicht wissen - ist ein sehr konservatives Gremium mit sehr vielen alten weißen Männern. Das sollte die CDU/CSU doch ein bisschen beeindrucken. Wenn sie ihre eigenen Frauen in der Frauen Union nicht immer mundtot machen würden, hätten sie das Thema, glaube ich, längst auf der Tagesordnung.

(Beifall)

Dass die CDU nicht für Familien steht, zeigt sich daran, dass sie den Familiennachzug aussetzen will - das war ja nicht unsere Idee, im Gegenteil - und dass sie das Abstammungsrecht nicht reformieren will. Ich glaube, die CDU entlarvt sich da immer wieder selbst.

Viertens - ein wichtiger Punkt -: Warum sind medikamentöse Abbrüche in Deutschland so schwer zu machen? Die Medikamente dafür, Misoprostol und Mifepriston, stehen in § 47a; das ist ein Extraparagraph nur für Medikamente, die für Schwangerschaftsabbrüche da sind. Das wird aber erschwert: Man muss sie lagern, man kann sie nur vom Hersteller selbst bestellen, man muss sie nummerieren usw.

Das führt dazu - daran merkt man, dass es nicht um das ungeborene Leben geht -, dass auch Frauen mit Fehlgeburten schlechter versorgt werden; denn die Medikamente, die dafür genutzt werden, sind die gleichen. Es gibt nur wenige Gynäkologinnen und Gynäkologen, die diese Medikamente aus genau diesen Gründen vorhalten. Deswegen

wird in Deutschland viel zu viel operiert, was Fehlgeburten angeht. Nehmt bitte auch dieses Thema mit. Es geht bei dieser Kriminalisierung nicht um den Schutz des ungeborenen Lebens, sondern um die Kontrolle über den weiblich gelesenen Körper. Diese patriarchalen Strukturen gehören abgeschafft, gerade jetzt.

(Beifall)

Abstimmung über den Bereich Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik, Initiativantrag 17

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke, Stefanie. - Bevor wir jetzt in die Abstimmung einsteigen, habe ich hier noch ein auf der Herrentoilette gefundenes Handy.

(Zuruf)

- Du kannst nach vorne kommen und es dir hier abholen.

Jetzt steigen wir in die Abstimmung ein. Die aufgerufenen Anträge sollen, wie in OpenSlides hinterlegt und von der Antragskommission empfohlen, beschlossen werden. Mir liegt kein Wunsch auf Einzelabstimmung von Anträgen vor. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Nein. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission, über die Voten der Antragskommission zum Sachgebiet F, Familien-, Frauen-, Gleichstellungs-, Generations- und Seniorenpolitik, F01 bis F16 und Initiativantrag Ini17.

Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission folgen will. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Antragsblock einstimmig angenommen. Ich bedanke mich sehr bei euch.

(Beifall)

Ergebnis der Wahlen der SPE-Delegierten

Wir kommen jetzt zum Ergebnis der Wahlen der SPE-Delegierten. Dafür bitte ich die MPZK, die liebe Christin, auf die Bühne.

Christin Siebel, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Delegierten zum SPE-Kongress in der Reihenfolge der auf sie entfallenen Stimmen bekannt: Delara Burkhardt 445 Stimmen,

(Beifall)

Matthias Ecke 438 Stimmen,

(Beifall)

Udo Bullmann 392 Stimmen,

(Beifall)

Bernd Lange 357 Stimmen,

(Beifall)

Maria Noichl 339 Stimmen,

(Beifall)

Sabrina Repp 314 Stimmen,

(Beifall)

Annalena Wirth 308 Stimmen,

(Beifall)

Laura Frick 306 Stimmen,

(Beifall)

Gregory Scholz 260 Stimmen,

(Beifall)

Dörte Liebetruth 250 Stimmen,

(Beifall)

Levi Schlegtendal 236 Stimmen,

(Beifall)

Markus Rinderspacher 233 Stimmen,

(Beifall)

Maja Wallstein 233 Stimmen,

(Beifall)

David Lindemann 228 Stimmen,

(Beifall)

Dunja Kreiser 217 Stimmen,

(Beifall)

Steffen Löhr 215 Stimmen,

(Beifall)

Annika Barlach 214 Stimmen,

(Beifall)

Viola Weyer 204 Stimmen,

(Beifall)

Olaf Abdinghoff-Feldkemper 202 Stimmen,

(Beifall)

Ingo Wagner 196 Stimmen,

(Beifall)

Lasse Rebbin 194 Stimmen,

(Beifall)

und Martina Werner 173 Stimmen.

(Beifall)

Wir haben damit elf Frauen und elf Männer gewählt. Ich finde das hervorragend.

(Beifall)

Die Quote ist damit eindeutig erfüllt. Das bedeutet auch: Das ist meine letzte Runde hier. Wir benötigen keinen zweiten Wahlgang.

(Beifall - Zurufe: Oh! - Schade!)

- Nein, ihr dürft euch freuen. - Alle weiteren Kandidat*innen sind als Ersatzdelegierte gewählt. Die Liste ist für euch auch in OpenSlides veröffentlicht. Ich sage vielen, vielen Dank, es war mir eine Ehre, und ich wünsche euch noch einen schönen Parteitag.

(Beifall)

[Anmerkung zum Protokoll: Die Reihenfolge der Ersatzdelegierten wurde geklärt, die Liste befindet sich im Anhang]

Josephine Ortleb, Tagungspräsidium:

Danke schön, Christin, für deine Arbeit, aber natürlich auch für die Arbeit der gesamten Antragskommission. - Es gibt allerdings noch eine kleine Hürde, die wir gemeinsam nehmen müssen, damit ihr wirklich nicht mehr ranmüsst. Es hat sich ergeben, dass bei den Ersatzdelegierten Kolleginnen und Kollegen gleiche Stimmanzahlen haben. Ich werde euch jetzt einmal sagen, wer das ist, in der Hoffnung, dass sich die Kandidierenden an der Stelle untereinander einigen, in welcher Reihenfolge sie als Ersatzdelegierte angefragt werden. Ansonsten müssten wir sogar in die Stichwahl.

Es geht um die Plätze 35 bis 37. Da haben die Kandidierenden jeweils 84 Stimmen bekommen. Das betrifft Latif Hamamiyeh Al-Homssi, Immacolata Glosemeyer und Ruth Müller. Wenn jetzt kein Widerspruch kommt, würde ich davon ausgehen, dass diese drei Personen es schaffen, sich zu einigen, in welcher Reihenfolge sie Ersatzdelegierte sind.

Genauso verhält es sich auf den Plätzen 47 und 48, die jeweils 39 Stimmen bekommen haben. Das sind Steffen Haake und Sonja Reiter. Auch hier würde ich davon ausgehen, dass wir, wenn jetzt kein Widerspruch kommt, eine Einigung hinbekommen und wir keine Stichwahl brauchen. - Dann können wir jetzt wirklich sicher sein, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission nicht mehr ranmuss. Vielleicht jetzt noch einen kräftigen Applaus für eure Arbeit.

(Beifall)

Jetzt übernimmt Doris.

Antragsberatung zum Bereich Migration, Flucht und Integration mit Initiativanträge Ini08, Ini11 und Ini12

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Liebe Genossinnen und Genossen, als nächsten wichtigen Block rufen wir die Themen Migration, Flucht und Integration auf. Das sind die Initiativanträge Ini08, Ini11 und Ini12 sowie die Anträge M01 bis M13. Als Allererster hat Andi Stoch für die Antragskommission das Wort.

Andreas Stoch, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Sonntag nimmt seinen Lauf, und wir sind bei einem weiteren wichtigen Themenblock angekommen; ich glaube, das haben die Debatten der letzten drei Tage gezeigt. Ich möchte euch ans Herz legen, auch in diesem Bereich den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. Zum Thema Migration gibt es insgesamt drei Initiativanträge, und es liegen 13 weitere Anträge vor. Die Antragskommission empfiehlt euch alle drei Initiativanträge zur Annahme in geänderter Fassung, wobei die Änderungen jeweils mit den Antragstellern so besprochen wurden.

Bei Ini08 geht es um die Forderung, die zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer weiter finanziell zu unterstützen. Bei Ini11 machen wir noch einmal unsere Position zum Familiennachzug klar - ich glaube, das ist besonders wichtig mit Blick auf das, was diese Woche im Deutschen Bundestag passiert ist - und machen deutlich, was die SPD bei diesem Thema will. Der Ini12 ist die Aufforderung, dass es keine rechtswidrigen Zurückweisungen von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen geben darf. Ich denke, ein ganz wichtiges Signal, das dieser Parteitag an unsere Gesellschaft senden kann, ist: Man kann nicht Flüchtlinge, Menschen, die aus anderen Ländern aus Not flüchten, dafür verantwortlich machen, wenn Dinge hier nicht gut funktionieren. Deutschland muss weiter ein offenes und vielfältiges Land bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zudem bitte ich euch auch um Zustimmung zu den Votierungen der Antragskommission für die 13 eingegangenen Anträge zum Bereich Migration, Flucht und Integration. Auch hier spielt das Thema Grenzkontrollen eine wichtige Rolle, zum Beispiel in M09, den wir euch zur Annahme empfehlen wollen. Einen weiteren Antrag empfehlen wir euch auch zur Annahme. Das ist der Antrag M10. Bei ihm geht es um einen vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete in Asylverfahren.

Viele der weiteren Anträge werden wir euch zur Überweisung empfehlen. Das tun wir, weil viele dieser Anträge an anderer Stelle noch weiter beraten werden sollten, vor allem in der Bundestagsfraktion, aber auch im Parteivorstand. Wir wollen, dass gerade das Thema „Migration und Integration“ und die Frage: „Wie wollen wir unsere Gesellschaft in der Zukunft haben?“ ein wichtiger Teil unseres Programmprozesses werden. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bedanke ich mich für die guten Rücksprachen mit den Antragstellern, insbesondere auch mit der AG Migration und Vielfalt. Lasst uns von diesem Parteitag ein klares Signal aussenden: Die SPD steht für ein offenes, ein vielfältiges Land und an der Seite der Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Ganz herzlichen Dank, lieber Andi. - Ihr habt es gehört: Es gibt die Empfehlungen der Antragskommission, und die Antragskommission empfiehlt, entsprechend den Voten zu beschließen, so wie sie in OpenSlides hinterlegt sind. Darauf kommen wir später zurück.

Jetzt kommen wir zur Aussprache. Wir haben 19 Wortmeldungen vorliegen. Wärt ihr damit einverstanden, wenn wir es bei diesen 19 belassen?

(Beifall)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann machen wir das so. Als Erstes hat Lena Voigt das Wort. Ihr folgt Aziz Bozkurt.

Lena Voigt, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die kommende Bundesregierung sägt auf Drängen der Union am Thema Familiennachzug. Was bedeutet eigentlich „Integration“? Nur ein Sprachkurs? Eine Plastikkarte mit einem Passfoto? Ein Name auf einem Stapel Papier? Das darf nicht unser Anspruch sein. Integration ist mehr. Kaum jemand kann sich annähernd vorstellen, wie es ist, zerrissen zu sein, zerrissen zwischen zwei verschiedenen Welten. Ein Zuhause ist dort, wo meine Familie ist, wo ich verstanden werde, wo ich Halt finde. Durch die Aussetzung des Familiennachzugs fördern wir den Markt der illegalen Fluchtrouten. Diese Aussetzung bringt Menschen in Gefahr, die sich aus Verzweiflung auf gefährliche Wege begeben.

In den Heimatländern bangen Familien um Ehemänner, um Väter, um Papas, Mamas, andere Personen, Söhne. Denn meistens ist es so: Die Frauen werden selten geschickt. Oftmals werden männliche Personen geschickt, aus der Angst heraus, dass Frauen auf der Flucht sexuelle Gewalt erleben. Das Risiko ist deutlich höher als bei allen anderen Gruppen. Liebe Genoss*innen, wir brauchen sichere Fluchtwege. Das Mittelmeer darf nicht der größte Friedhof der Welt bleiben. Hier ist unsere Solidarität und Menschlichkeit gefragt, liebe Genoss*innen. Wo ist sie?

(Beifall)

Wir behaupten, dass wir schnell in Arbeit integrieren würden. Aber die Realität sieht oft anders aus. Wie kann es sein, dass eine ukrainische Lehrkraft mit Berufserfahrung im Jahr 2025 in Deutschland eine Ausbildung zur Erzieherin machen muss, weil ihre Berufserfahrung und ihr Abschluss nicht anerkannt werden? Das kann doch nicht sein.

(Beifall)

Selbiges gilt für Ärzt*innen aus Marokko und für Pflegekräfte aus anderen Ländern. Wir haben einen Fachkräftemangel, liebe Genoss*innen. Wir nutzen unsere Chance da nicht.

Wie kann es sein, dass wir diese Umstände dulden und dass wir diese Menschen in vermeintlich sichere Herkunftsländer zurückschicken? Das ist nicht sicher. Es gibt keine sicheren Fluchtrouten. Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen Wege finden, um Menschen gut zu integrieren und Integration zu ermöglichen. Integration bedeutet Teilhabe.

Ich bin Lena aus Frankfurt, Berufsschullehrerin, und sehe jeden Tag verschiedenste Biografien, die nicht unterschiedlicher sein könnten. Menschen, die in ihren Heimatländern erfolgreich waren, wirken hier oft verloren. Sie haben hier nämlich nicht die Möglichkeiten. Sie leben meistens am Existenzminimum, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist doch unserer Demokratie und unserer Möglichkeit hier in Deutschland nicht würdig.

(Beifall)

Könnt ihr euch vorstellen, wie sich unsere Mitbürger*innen fühlen? Ich glaube, die wenigsten hier können das. Wir müssen unserem Anspruch gerecht werden, wieder ein Einwanderungsland zu sein, eines, das Chancen und Ressourcen nutzt, eines, das Möglichkeiten schafft, und eines, das alles tut, um eine gute Integration und Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. - Danke, liebe Genoss*innen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat Aziz das Wort. Ihm folgt Natalie Pawlik.

Aziz Bozkurt, Berlin:

Liebe Genossinnen und Genossen! Uns fehlt tatsächlich ein bisschen die Kontur, weswegen wir manchmal die Deutungshoheit verlieren. Es ist schön, dass wir Kacheln haben, auf denen wir auf Checklisten schreiben, was wir alles Tolles erreichen werden. Wenn da dabei ist, nicht mehr für Streit zu sorgen und für gute Stimmung zu sorgen, dann ist das schön und gut. Aber das wird dem Ernst der Lage gerade im Bereich der Migration nicht gerecht.

Rechte versuchen, strategisch zwei Dinge zu machen: Sie versuchen, das Bild von einem chaotischen Staat, von Chaos zu erzeugen. Das Zweite ist, das Runtertreten zu befeuern. Leider haben wir da an der einen oder anderen Stelle nicht gut Gegenwehr geleistet, gerade beim Thema Bürgergeld. Wir haben über eventuell 1 Prozent der Menschen gesprochen, die das System missbrauchen, während 40 Prozent sich nicht mal trauen, Bürgergeldansprüche zu stellen, während 54 Prozent der Eltern auf Essen verzichten, damit ihre Kinder noch satt werden. Dementsprechend ist es wichtig, dass wir tatsächlich in allen Bereichen gucken, ob wir aktiv sind und für diejenigen eintreten, für die wir eintreten müssen.

Es ist ein Teil der Führungsschwäche, die wir in den letzten Jahren erlebt haben, dass wir keine Debatten und keine Orte für Debatten hatten. Deswegen haben wir den Wunsch eingebracht, den Antrag M06 rauszuziehen. Es geht darum, dass wir fordern, dass es eine Arbeitsgruppe geben muss, die sich mit dem Thema Migration einmal sehr konsequent beschäftigt. Wir beschließen hier immer wieder wohlfeile Anträge. Wir beschließen heute auch etwas - vielen Dank, Andi - zum Thema Zurückweisung, nämlich dass wir damit aufhören wollen, weil das rechtlich nicht geht. Wir wollen auch beschließen, dass der Familiennachzug nach zwei Jahren - denn zwei Jahre sind im Koalitionsvertrag verhaftet - wieder möglich sein muss.

Wir beschließen das immer, aber die Realität sieht manchmal anders aus. Deshalb braucht es eine klare Verabredung in der SPD. Bei Lanz hieß es mal: irgendeine spezielle Arbeitsgruppe. Die „Bild“-Zeitung titelte, dass wir eine Anti-Abschiebepolitik machen wollen. Darum geht es nicht. Wir brauchen aber eine Verständigung in der SPD.

Das Letzte, was ich euch dazu noch mitgeben will, ist: Was die Zurückweisungen betrifft, habe ich eine Bitte, gerade an die Bundestagsfraktion. Es ist schwierig, wenn wir deutlich machen, die Gerichte sollen ein Thema klären, das eigentlich die Politik klären muss. Wir wissen, dass Zurückweisungen rechtlich nicht okay sind.

(Beifall)

Wenn sich ein SPD-Politiker hinstellt und sagt, das werden schon die Gerichte klären, dann geht das nicht. Wir haben da ein Problem, und das muss die Politik lösen. Wie gesagt, was den Familiennachzug und die Zurückweisungen angeht, herzlichen Dank für das Entgegenkommen, dass wir da klar sind. Was den Antrag M06 betrifft, ist es wichtig, dass sich die SPD tatsächlich mal verständigt, wohin die Reise in der Migrationspolitik gehen soll, weil wir da ständig schwimmen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Aziz. - Jetzt kommt Natalie Pawlik. Ihr folgt Hussien Khedr.

Natalie Pawlik, Hessen-Süd:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir blicken auf zwei sehr intensive Tage zurück. Es ist wichtig, dass wir uns über die Themen unterhalten, die die Menschen draußen wirklich bewegen. „Migration und Integration“ gehört zu diesen zentralen Themen. Die Menschen wollen Lösungen und Orientierung, und zwar von uns. Danach entscheiden sie, wo sie bei der nächsten Wahl ihr Kreuz machen. Internationale Solidarität und die Gleichheit des menschlichen Lebens, das gehört zu unserer DNA als Sozialdemokratie. Wir stehen auf für Menschlichkeit, gegen Rechtsextremismus und gegen Rassismus, und das überall: in den Parlamenten und auf den Straßen.

(Beifall)

Gerade deshalb schmerzen uns die Kompromisse, die wir im Koalitionsvertrag im Migrationsbereich haben. Für mich persönlich und für viele andere Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion war die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige mit die schwierigste Entscheidung, die wir jemals treffen mussten.

(Beifall)

Familien gehören zusammen. Aber, Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht in Trauer darüber verfallen, dass wir für unsere Position keine Mehrheit haben. Unser Anspruch muss es doch sein, die Mehrheit von unseren Positionen zu überzeugen und sie mitzunehmen. Das heißt konkret im Hinblick auf die Migrations- und Integrationspolitik, dass wir Migration ordnen und steuern, aber mit Menschlichkeit im Zentrum, mit humanitärer Verantwortung, mit legalen Wegen. Dazu gehören auch der Familiennachzug und die Resettlement-Programme.

Gleichzeitig muss aber auch die Integration vor Ort gelingen. Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Akzeptanz für Migration in unserer Gesellschaft haben. Das bedeutet, dass wir eine Infrastruktur brauchen, die das ermöglicht, mit Investitionen vor Ort: in Sprachkurse, in Kitas, in Schulen und bei den Migrationsberatungen. Arbeit ist der Schlüssel zur Teilhabe. Das heißt, wir müssen weg von unnötigen Arbeitsverboten und hin zu einer schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen.

(Beifall)

Wir können es uns nicht leisten, die vielen Potenziale, die Menschen mit sich bringen, hier zu verlieren.

Ja, Deutschland ist ein weltoffenes Einwanderungsland, und wir wollen dazu beitragen, dass das auch so bleibt. Das bedeutet aber auch, dass Menschen, die hier arbeiten, die hier in Ausbildung sind, die die Sprache lernen, auch hierbleiben können sollen, liebe Genossinnen und Genossen, mit echter Perspektive und einer deutschen Staatsangehörigkeit.

Es geht am Ende um Teilhabe und Aufstieg. Lasst uns die Integrationsdebatte heute bitte für weitere Debatten nutzen. Lasst sie uns dafür nutzen, dass wir die Mehrheit der Gesellschaft von uns überzeugen, dass wir die Probleme bekämpfen und gleichzeitig zu unserer humanitären Verantwortung stehen. Lasst uns diesen Prozess weiterführen und heute sicherlich nicht beenden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächster hat Hussien das Wort. Hussien, du hättest noch drei Minuten. Wenn du es in zwei Minuten schaffst, wäre das aber auch gut. Für alle danach,

würde ich sagen, gehen wir auf zwei Minuten. Sonst kriegen wir keine ausreichende Zahl von Redebeiträgen durch. Seid ihr damit einverstanden? - Danke.

Hussien Khedr, Nordrhein-Westfalen:

Danke für die Chance, dass ich einmal auf dem Parteitag reden darf. Darauf bin ich stolz, und dafür bin ich dankbar.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir stehen heute vor einer entscheidenden Weggabelung in unserer Migrationspolitik. Der Antrag M06 ist nicht nur ein Dokument, sondern ein Aufruf zu einer menschlichen, planvollen und zukunftsweisenden Migrationspolitik. In einer Zeit, in der rechtsextreme Kräfte immer lauter werden und Polarisierung unsere Gesellschaft bedroht, müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine klare Linie zeigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Migration als eine Realität und als Chance. Wir müssen Migration als integralen Bestandteil unserer gesellschaftlichen Entwicklung begreifen. Unsere Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen im Zentrum dieses Antrags. Er fordert uns auf, eine Migrationspolitik zu gestalten, die humanitäre Prinzipien nicht nur anerkennt, sondern aktiv umsetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen die Debatte über Migration von populistischen Narrativen befreien und sie in einen Kontext setzen, der auf Fakten, Menschlichkeit und Solidarität basiert. Der Bundesparteivorstand soll mit diesem Antrag aufgefordert werden, bis 2028 ein umfassendes Migrationskonzept zu entwickeln und dabei alle relevanten Akteure zu beteiligen. Dies ist nicht nur ein Plan, sondern ein Versprechen an alle Menschen in diesem Land, unabhängig von ihrer Herkunft.

(Beifall)

Der Antrag M06 beschreibt eine Migrationspolitik, die Chancen und Herausforderungen gleichermaßen erkennt und annimmt, eine Politik, die die Vielfalt feiert und die Integration als Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben begreift. Lasst uns gemeinsam für eine gerechte, menschliche und zukunftsorientierte Migrationspolitik kämpfen, die unsere Gesellschaft stärkt und nicht spaltet. Deswegen bitte ich euch, diesen Antrag zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat Sana Hummady das Wort. Ihr folgt Benedict Lang. Wir haben, wie gesagt, auf zwei Minuten umgestellt. Vielen Dank.

(Beifall)

Sana Hummady, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! In Bayern haben wir schon viel Absurdes mit der CSU und Söder erlebt. Aber dass ein CDU-Außenminister der Meinung ist, dass Menschen ertrinken zu lassen eine super Idee ist, um Migration zu verhindern, hatte ich auch nicht auf meiner 2025-Bingo-Karte. 2 Millionen Euro im Haushalt für zivile Seenotrettung zu streichen, das macht mich so wütend.

Im letzten Jahr allein sind über 3.000 Menschen im Mittelmeer entweder ertrunken oder gelten als vermisst. Laut UNICEF ist in den letzten zehn Jahren jeden verdammten einzelnen Tag ein Kind im Mittelmeer ertrunken oder verschwunden. Erst diesen Monat wurden nach mehreren Tagen Menschen von einer verlassenen Bohrinsel gerettet. Eine Frau hat dort sogar ihr Kind gebären müssen; Geburtsort: Mittelmeer.

Einer dieser Menschen hätte auch genauso gut ich sein können. Ohne den Familiennachzug wäre ich heute auch nicht hier. Glaubt mir also, wenn ich sage: Niemand setzt sein Leben oder das Leben seiner Kinder aufs Spiel, wenn es nicht um das eigene Leben oder das Leben der Kinder geht.

(Beifall)

Wie kann es dann sein, dass wir es in einer Regierung mit Sozialdemokraten zulassen, dass Gelder für das Retten von Kindern gestrichen werden? Diese Zahlen sind keine Statistik. Das sind Leben. Das sind Menschen mit Namen, Familien, Hoffnung und Träumen - Träumen von einem besseren Leben. Und viele von ihnen hätten dieses bessere Leben haben können, wenn jemand sie gerettet hätte. Haben alle schon wieder das Bild des kleinen zweijährigen Alan Kurdi vergessen, der 2025 an einem Strand in der Türkei angespült wurde? Zivile Seenotrettung rettet Leben, wo die Staaten von Europa versagen.

(Beifall)

Wir dürfen das nicht zulassen. Oder ist neuerdings Humanität verhandelbar? Nö. Egal, was für ein Gschmarri man sich da ausdenkt: Solange es keine staatliche oder europäische Seenotrettung gibt, unterstützen wir die zivile Seenotrettung ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Denn man lässt keine Menschen ertrinken, liebe Bundestagsabgeordnete. Nach der Abstimmung zum Familiennachzug werden in Zukunft noch viel mehr Frauen und Kinder auf diesen Booten sitzen und damit auch ertrinken. Und genauso gilt das für die illegalen Abweisungen an den Grenzen durch den CSU-Innenminister. Nur weil ich Glück hatte und heute eingebürgert bin und hier stehen kann, werde ich trotzdem nie aufhören, für Geflüchtete zu kämpfen, und ich erwarte das Gleiche von euch als meine Genoss/-innen. Deswegen bitte ich euch, den Antrag zur Seenotrettung anzunehmen. - Danke schön.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat das Wort Benedict Lang, und ihm folgt Michelle Gnatzy.

(Beifall)

Benedict Lang, Bayern:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Lars, du hast dir am Freitag gewünscht, dass, wenn es Kritik gibt, man sie auch hier oben äußert. Diesem Wunsch komme ich gerne nach.

(Beifall)

Die Art und Weise, wie wir in den letzten Jahren über Migration geredet haben, ist Kern dessen und Sinnbild dafür, warum wir als Sozialdemokratie in dieser tiefen Krise der Glaubwürdigkeit stehen und warum wir an Zustimmung immer weiter verlieren. Ich will euch drei konkrete Argumente dazu geben.

(Beifall)

Die harte Gangart gegenüber Geflüchteten in unserer Gesellschaft wird oft damit begründet, dass es eine gesellschaftliche Notwendigkeit sei, weil die Menschen das wollen. Ja, in unserer Gesellschaft geht es enorm ungerecht zu. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass die Menschen sich ungerecht behandelt fühlen. Aber es geht nicht ungerecht zu, weil Menschen zu uns flüchten, sondern weil in diesem Land zwei Familien mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung, und das ist das verdammte Problem.

(Beifall)

Zweitens wird uns als Jusos immer gesagt, dass die Migrationspolitik Koalitionsnotwendigkeit ist. Es ist kein Nachtreten, sondern es gehört zu einer ehrlichen und schonungslosen Analyse dazu, dass uns ein „Spiegel“-Cover mit Abschiebeparolen von unserem Kanzler in dieser Debatte nicht hilft, sondern schadet und die Diskursverschiebung nach rechts weiter mitträgt.

(Beifall)

Drittens - und auch das ist mir enorm wichtig -: Die Politik, die wir machen, verhandeln wir hier in der klimatisierten Halle. Das fühlt sich an, als ginge es nur um einzelne Spiegelstriche, als müsste man nur einzelne Formulierungen polieren und gemeinsam Kompromisse finden. Aber am Ende des Tages hat unsere Politik ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen,

(Beifall)

und es hat ganz konkrete Auswirkungen auf die Schwächsten in dieser Gesellschaft, wenn der Familiennachzug ausgesetzt wird, wenn es keine Seenotrettung mehr gibt und wenn wir weiter auf diese Art und Weise Übergeflüchtete sprechen. Ich erwarte mir von meiner Sozialdemokratie, dass sie an der Seite der Schwächsten in diesem Land steht und gemeinsam den Blick nach oben richtet auf diejenigen, die das Geld haben in dieser Gesellschaft und die einer gerechten Gesellschaft entgegenstehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Michelle das Wort. Ihr folgt Andre Schirmer.

(Beifall)

Michelle Gnatzy, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben gestern zu Beginn des Parteitags laut „Hoch die internationale Solidarität!“ gerufen. Internationale Solidarität darf aber nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Es reicht nicht, nur „internationale Solidarität“ zu rufen. Internationale Solidarität bedeutet, Menschen aufzunehmen, wenn sie Schutz brauchen. Es bedeutet, dass man Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken lässt.

In unserem Regierungsprogramm stand: Seenotrettung ist eine Verpflichtung und muss staatlich gewährleistet sein. - Das ist nicht irgendeine Juso-Forderung, sondern das steht in unserem Regierungsprogramm. Lars ist als sozialdemokratischer Finanzminister dafür verantwortlich, dass die Mittel für Seenotrettung jetzt vollständig gestrichen werden sollen. Gerade in einer Zeit, in der wir multiple humanitäre Katastrophen erleben und viele Menschen Schutz brauchen, streichen wir genau da die Mittel. Wir streichen den Organisationen die Mittel, die Aufgaben erfüllen, die wir als Staat verfehlen. Das ist ein fatales Symbol für die Entwicklung unserer Gesellschaft und Partei nach rechts. Niemand wählt uns jemals dafür, dass wir der CDU den Rücken stärken oder gegen Geflüchtete schießen.

(Beifall)

Niemand wählt uns dafür, dass wir Geflüchtete Stück für Stück weiter entrechten, den Familiennachzug aussetzen und die Mittel für Seenotrettung streichen. Lass uns doch gemeinsam aufpassen, dass rechte Narrative nicht auch in unserer Partei einsickern und sich verfestigen! Rechtes Gedankengut beginnt nämlich nicht erst bei der AfD. Es beginnt auch da, wo wir bereit sind, wo ein sozialdemokratischer Finanzminister bereit ist, die Mittel für notwendige humanitäre Hilfen zu streichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Sozialdemokratie ist kein Schönwetterprojekt, sondern Überzeugung, und die darf nicht bei den Haushaltsplänen aufhören.

(Beifall)

Sozialdemokratie muss gelebter Antifaschismus sein, und das auch im Haushalt. Deswegen bitte ich euch: Stimmt diesem Antrag zu. Freundschaft und Glück auf!

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Jetzt hat Andre Schirmer das Wort. Ihm folgt Mareike Engel.

(Beifall)

Andre Schirmer, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zum Antrag M01, und das aus folgendem Grund: Wir widersprechen dem Überweisen in den Grundsatzprogrammprozess und stellen deswegen einen Antrag auf Einzelabstimmung. Was ist die Begründung? Dieser Antrag hat nur ein einziges Ziel, ein einziges Thema, und er soll nicht in einer Programmdebatte verschwinden. Dieser Antrag hat zum Ziel, in diesem Land ein anderes Framing, eine andere Behandlung des Themas Migration zu erreichen. Wir erleben, dass Migration aktuell nur noch über Negativaspekte und in einer Verknüpfung mit der Kriminalitätsfrage behandelt wird. Das führt dazu, dass in diesem Land auch Tendenzen zu mehr Rassismus zu beobachten sind. Das betrifft auch viele Leute hier im Saal, das betrifft viele Genossinnen und Genossen.

Wir finden es schändlich, dass diese Debatte immer so einseitig geführt wird. Dieses Land kann viele Einwanderungserfolge vorweisen. Wir müssen endlich dazu übergehen, das Thema anders zu framen. Wir müssen das Thema anders behandeln.

(Beifall)

Da, liebe Genossinnen und Genossen, muss diese Partei ganz vorne stehen. Das setzt der Antrag zum Ziel, nichts anderes. Deshalb gehört er vielleicht inhaltlich in eine Grundsatzprogrammdebatte, aber nicht als Beschluss. Wir fordern deswegen in dem Antrag auch, dass ein Kommunikationsprozess gestartet wird, dass hier eine Strategie, ein Konzept entwickelt wird für ein solches Kommunikationskonzept und dass wir versuchen, die gesellschaftliche Debatte zu wenden. Das ist das Ziel dieses Antrags, und deswegen bitte ich euch um Zustimmung dazu in einer Einzelabstimmung zu diesem Antrag, damit er nicht im Grundsatzprogramm verschwindet. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank. - Jetzt kommt Mareike Engel. Ihr folgt Marco Albers.

(Beifall)

Mareike Engel, Sachsen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Am Freitag im Einspieler zum Parteitag tönte durch diesen wunderbaren CityCube: Wir haben zu oft geschwiegen, wo wir hätten laut sein müssen, Kompromisse verteidigt, die wir im Herzen nicht wollten. - Liebe SPD, bei aller Liebe: Wenn wir das wirklich so meinen, dann gibt es keine zwei Meinungen. Zurückweisungen an den deutschen Staatsgrenzen sind zu stoppen, und das sofort.

(Beifall)

Zu lesen, welche Kompromisse unsere Partei im Koalitionsvertrag bei Asyl und Migration mit der Union getragen hat, das war für viele Genossinnen und Genossen ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall)

Aber allen voran war es ein Schlag ins Gesicht für die Asylsuchenden, die uns doch so dringend brauchen. In dieser Frage dürfen wir nicht schweigen. Ich bin Stefanie Hubig sehr dankbar für ihre klare Haltung und ihre Kritik am Bundesinnenministerium unter Dobrindt. Unsere Forderung ist klar: Die Bundesregierung hat sich an geltendes europäisches und deutsches Asylrecht zu halten.

(Beifall)

Und die Entscheidung darüber, was das konkret bedeutet, ist nicht einfach auf Gerichte abzuwälzen. Es ist eine politische Entscheidung. Es ist eine Entscheidung für Solidarität, und diese wollen wir hier heute treffen. Deshalb danke ich der AG Migration und Vielfalt für den Initiativantrag 12, den wir als Juso-Bundesvorstand als Mitantragstellende unterstützen dürfen. Bitte stimmt diesem Antrag zu! Alerta, Freundschaft und Glück auf!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Als Nächstes hat das Wort Marco Albers. Ihm folgt Canan Canli.

Marco Albers, Hannover:

Liebe Genoss/-innen! Auch ich danke ganz herzlich der AG Migration und Vielfalt für den Initiativantrag 12. Denn die SPD hat damit die Möglichkeit, ein ganz klares Zeichen zu setzen: dass die SPD zum Rechtsstaat steht, dass sie zu den Rechten von Geflüchteten steht und dass sie keine illegalen Zurückweisungen an den Grenzen akzeptieren wird.

(Beifall)

Die deutschen Staatsgrenzen dürfen keine Orte der Willkür und Spielwiese für Populismus sein, auch nicht, wenn der Bundesinnenminister das gerne so hätte. Und dabei ist ein ganz zentraler Aspekt, den Rechtsstaat zu verteidigen, das Europarecht zu verteidigen, die Rechte von Geflüchteten zu verteidigen. Das ist nicht alleine die Aufgabe von Verwaltungsgerichten. Das ist unsere Aufgabe als SPD. Wenn wir sehen, dass an den Grenzen illegale Zurückweisungen stattfinden, wenn wir sehen, dass die Bundespolizei angewiesen wird, Recht zu brechen - und das passiert gerade -, dann ist es unsere Aufgabe als SPD, zu widersprechen. Dann dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen und das hinnehmen. Wir dürfen nicht auf die Gerichte warten. Nein, wir müssen als Regierungspartei einschreiten. Wir sind in der Pflicht, diesen Rechtsbruch zu verhindern.

(Beifall)

Liebe Genoss/-innen! Ich möchte nur einmal daran erinnern, dass wir uns nicht nur gegen diese Zurückweisungen aussprechen, weil sie illegal sind, weil sie rechtlich falsch sind. Wir widersprechen nicht nur, weil das irgendwo geschrieben steht und weil das Europarecht ist. Wir widersprechen, weil es um die Rechte von Geflüchteten geht und es verdammt noch mal richtig ist, sich für diese Rechte einzusetzen, und weil das unsere politische Mission ist, liebe Genoss/-innen.

(Beifall)

Wir wollen, dass kein Mensch rechtlos an der Grenze strandet. Wir wollen, dass sich ein europäischer Staat verantwortlich fühlt für das Asylverfahren. Das ist der Grund, warum es dieses Recht gibt. Und deshalb, liebe Genoss/-innen, lasst uns heute ein klares Zeichen setzen und das auch unserer Partei mitgeben in die Regierung: keine illegalen Zurückweisungen. Lasst uns Haltung zeigen, liebe Genoss/-innen!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidum:

(Beifall)

Vielen Dank. - Als Nächstes hat das Wort Canan, und ihr folgt Murat Polat.

Canan Canli, Schleswig-Holstein:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben ein Schutzversprechen gegeben, was gerade aus politischem Kalkül auf den Rücken besonders gefährdeter Menschen aus Afghanistan gebrochen wird. Ab morgen sind die Familien, die auf ein deutsches Visum in Pakistan warten, schutzlos. Denn morgen läuft die Schutzfrist ab. Schon jetzt kommt es zu Übergriffen, wie die Verhaftungen gestern zeigen. Nachts werden die Zimmer gestürmt, die Kinder aus den Betten gerissen und in die Gefängnisse gebracht. Stellt euch vor, was das bei Menschen zusätzlich auslöst, die ohnehin um ihr Leben fürchten müssen, wenn sie nach Afghanistan abgeschoben werden. Es sind Menschen, die unserem Schutzversprechen vertraut haben, die alles aufgegeben haben, um zumindest nach Pakistan zu kommen, um auf das versprochene Visum zu warten. Das Auswärtige Amt muss unverzüglich intervenieren und die Abschiebungen aus Pakistan nach Afghanistan endlich stoppen.

(Beifall)

Die Blockade hat einen Namen: Alexander Dobrindt und die angeblich christliche Union. Komplizieren, verzögern, blockieren - das ist seine Strategie, um seine politischen Versprechen durchzusetzen. Die Afghaninnen und Afghanen haben alles für ein schnelles Verfahren getan. Und was hat Dobrindt gemacht? Seit Wochen finden keine Interviews mehr statt, weil BAMF-Personal und die Teams für Sicherheitsprüfungen abgezogen wurden. Und hier geht es nicht um so einen bajuwarischen Quatsch wie die Pkw-Maut, sondern es geht um das Leben von Menschen, die sich uns anvertraut haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Weil sie uns vertraut haben, sind sie jetzt gefährdet, weil sie für uns gearbeitet haben, weil sie an unser Versprechen des Aufbaus eines friedlichen, freien und demokratischen Afghanistans geglaubt haben. Und nun überlassen wir sie ihrem Schicksal. Genossinnen und Genossen, wir dürfen nicht zulassen, dass Versprechen gebrochen werden und dass die Schwächsten zum Spielball politischer Interessen werden. Verantwortung kennt kein Verfallsdatum, und Menschlichkeit darf nie verhandelbar sein.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, Canan. - Jetzt habe ich einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Antrag zur Geschäftsordnung
Nadia Khalaf, Nordrhein-Westfalen:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft in NRW AG Migration und Vielfalt könnt ihr mir glauben, dass mir das Thema besonders am Herzen liegt. Aber mir liegt auch am Herzen, dass wir hier gleich gemeinsam den strittigen Antrag noch verabschieden. Die Reihen lichten sich ja, weil manche eine Zugbindung haben. Deshalb würde ich jetzt den Antrag auf Schluss der Debatte stellen und darum bitten, dass wir abstimmen.

(Beifall)

Abstimmung zur Geschäftsordnung
Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Es ist ein Antrag auf Schluss der Debatte gestellt. Ich darf formal fragen, ob sich Widerspruch erhebt. - Okay, dann stimmen wir darüber ab. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte zu? - Wer stimmt dagegen? - Ersteres war ganz eindeutig die Mehrheit.

Damit kommen wir zur Antragsberatung. Andi nimmt nun mal das Wort für die Antragskommission.

Andreas Stoch, Antragskommission:

Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst noch mal zu diesem sehr wichtigen Antragsblock „Migration, Flucht, Integration“. Herzlichen Dank für diese sehr klare Sprache und für diese sehr klare Positionierung, die in euren Wortmeldungen deutlich wurde! Ihr seht, dass die Antragskommission das genauso sieht. Bei den drei Initiativanträgen zu den strittigen Themen „Zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer“ und finanziell unterstützend zum Thema Familiennachzug, aber auch zu den rechtswidrigen Zurückweisungen an den Grenzen liegen ja auch die Empfehlungen der Antragskommission zur Annahme in geänderter Fassung vor - mit den Antragstellern abgestimmt. Ich glaube, das ist gut so.

Wir haben zwei Anträge auf Einzelabstimmung. Da möchte ich euch auch sagen, warum die Antragskommission euch das empfiehlt, was sie empfiehlt. Wir haben in beiden Fällen zu M01 und M06 den Antrag, dass dieser Prozess zur Erarbeitung eines Migrationskonzepts, zur Erarbeitung eines Einwanderungskonzepts in einen gesonderten Prozess gegeben wird. Wir als Antragskommission sagen: Es muss ein elementarer Teil unseres Programmprozesses sein, wenn wir unsere Gesellschaft neu definieren wollen, wenn wir sagen wollen, was Sozialdemokratie für die Zukunft unserer Gesellschaft bedeutet: dass es elementarer und wichtiger Teil dieser Debatte sein muss. Deswegen in Richtung der AG-Migration und Vielfalt, aber auch des Unterbezirks Köln: Bitte akzeptiert es, dass wir sagen, das muss in den Antragsprozess, es muss in den Programmprozess gehen.

Die AG-Migration und Vielfalt hat an vielen Stellen schon tolle Vorarbeit geleistet. Auf unserem letzten Parteitag haben wir schon wichtige Beschlüsse zu diesem Thema gefasst, und das ist die Grundlage für unseren Programmprozess. Wir wollen keine Angstdebatte in diesem Land, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine Chancendebatte über Migration und Integration in diesem Land. Deswegen bitte ich euch um Zustimmung des Votums der Antragskommission.

(Beifall)

Abstimmung der Anträge M01 und M06

Doris Ahnen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank, lieber Andi. - Es ist also Antrag auf Einzelabstimmung gestellt für den M01 und für den M06. In beiden Fällen ist das Votum der Antragskommission: Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogrammprozess. Das hat Andi jetzt noch mal begründet.

Wir kommen damit zuerst zur Abstimmung zum M01. Wer dem Votum der Antragskommission auf Überweisung an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogrammprozess folgen möchte, der hebe jetzt bitte das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wir sind hier oben der Meinung, Ersteres war die Mehrheit. Aber wir können das gerne noch mal machen; dann sieht man es vielleicht noch mal.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu, den Antrag an den Parteivorstand für Grundsatzprogrammprozess zu überweisen? Jetzt gucken wir bitte alle mit. - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den M06. Auch hier liegt der Wunsch auf Einzelabstimmung vor. Auch hier ist das Votum der Antragskommission: Überweisung

an SPD-Parteivorstand für Grundsatzprogrammprozess. Wir stimmen auch hier über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt ums Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission? - Auch hier war das Erste eindeutig die Mehrheit. Damit ist in beiden Fällen, M01 und M06, dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Abstimmung über den Bereich Migration, Flucht und Integration und Initiativanträge INI08, INI11, INI12

Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung über die übrigen Voten der Antragskommission zum Sachgebiet Migration, Flucht und Integration. Das heißt: die Initiativanträge INI08, INI11 und in INI12 und die Anträge M01 bis M13, ohne M01 und M06, die wir schon getrennt abgestimmt haben. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem Votum der Antragskommission in den übrigen Anträgen folgen will. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann haben wir bei einer Enthaltung so beschlossen, wie die Antragskommission das vorgesehen hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es ja eben gehört: Es ist in der Debatte über Migration, die wir beendet haben und die wir jetzt auch erfolgreich mit der Antragsberatung abgeschlossen haben, der Antrag auf Schluss der Debatte gestellt worden mit der Begründung, dass viele Delegationen sich nach zweieinhalb gefüllten Parteitagen so langsam auf den Rückweg machen müssen. Insofern wollen wir euch von hier oben folgenden Vorschlag machen:

Abstimmung über die Bereiche Gesundheit und Pflege, Verkehr, Klima, Energie, Transformation, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Naturarten und Verbraucherschutz, Bildung, Wissenschaft und Jugend, Digitales, Demokratie, Medien und Kultur, Weltanschauung und themenübergreifende Einzelanträge

Es sind folgende Antragsbereiche nicht aufgerufen worden, teilweise aber mitdiskutiert worden: Gesundheit und Pflege, Verkehr, Klima, Energie, Transformation, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft, Naturarten und Verbraucherschutz, Bildung, Wissenschaft und Jugend, Digitales, Demokratie, Medien und Kultur, Weltanschauung und themenübergreifende Einzelanträge.

Ihr habt es aber in Open Slides gesehen: Diese Anträge sind ja alle sehr intensiv beraten worden in der Antragskommission, und sie sind auch mit entsprechenden Voten der Antragskommission versehen worden. Es sind viele wichtige Anträge darunter, sodass wir euch den Vorschlag machen wollen, dass wir, damit diese Anträge nicht unter den Tisch fallen, en bloc über die Voten der Antragskommission abstimmen. Denn dann sind die Anträge, so wie sie votiert sind, Grundlage unserer weiteren Arbeit. Das wäre unser Verfahrensvorschlag.

(Beifall)

Wenn ihr dem zustimmen würdet, dann würden wir damit auch die viele Arbeit der Antragstellerinnen und Antragsteller, aber auch eben die viele Arbeit der Antragskommission, der ich an dieser Stelle auch mal herzlich danken will, würdigen.

(Beifall)

Liebe Anke, ihr habt euch die Arbeit nicht leicht gemacht. Ihr habt einen Wahnsinnsjob gemacht. Dass es jetzt das große Vertrauen in euch gibt, sieht man eben auch an dieser Abstimmung en bloc.

Ich frage also: Wer in den von mir eben genannten Antragsbereichen dem Votum der Antragskommission folgen will, der möge das Kartezeichen heben. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen so beschlossen.

(Beifall)

Damit ganz herzlichen Dank für eure tolle Debattenkultur, für die viele Arbeit, die in der Vorbereitung der Anträge steckt, und die viele Arbeit, die in der Antragsberatung steckt.

Damit sind wir dann auch fast am Ende eines sehr erfolgreichen Parteitages - wenn uns jetzt nicht noch der Tim noch ein Schlusswort und paar gute Worte mit auf die Reise geben würde. - Tim, du hast das Wort.

(Beifall)

Schlusswort
Tim Klüssendorf, Generalsekretär:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will es gar nicht in die Länge ziehen, aber ich finde schon, dass wir uns zumindest noch ein paar Minuten nehmen müssten, um den Menschen zu danken, die diesen Parteitag überhaupt möglich gemacht haben.

(Beifall)

Da will ich natürlich allen danken, die hier geplant, organisiert, aufgebaut, geschleppt und uns insgesamt, glaube ich, hier übers Wochenende wirklich gut über diesen Parteitag begleitet haben. Ich habe hier eine kleine Liste, und ich glaube, dass wir da auch bei jedem noch mal einen ordentlichen Applaus loswerden sollten.

(Beifall)

Einmal an die Technik, die uns hier über den Parteitag begleitet hat: Vielen Dank für eure Unterstützung! Natürlich auch an die IT: Ich glaube, es ist uns gut gelungen, auch mit den digitalen Wahlen, auch mit dem OpenSlides-System, hier einen guten Parteitag zu haben. Vielen Dank an die IT! Vielen Dank an die Logistik! Vielen Dank an den Bühnenbau und vielen Dank an die Agenturen, die dieses Rahmenprogramm hier möglich gemacht haben mit dem Bühnenbild, mit all den Dingen, die wir aufgebaut haben! Vielen Dank an euch! Vielen Dank auch an alle Menschen, die hier vor Ort unterstützt haben: die Security, die Sanitäterinnen und Sanitäter, die Kinderbetreuung.

(Beifall)

Vielen Dank an das Catering, das Saalteam und natürlich an die Reinigungskräfte, die hier auch immer wieder aufgeräumt und dafür gesorgt haben, dass wir gerne in den Raum zurückgekommen sind!

(Beifall)

Vielen Dank an die Dolmetscherinnen und Dolmetscher! Vielen Dank an die Messe Berlin für die gute Zusammenarbeit und natürlich auch an die Ausstellerinnen und Aussteller, an die Sponsoren! Ohne euch wäre dieser Parteitag eben nicht möglich gewesen. Vielen Dank, dass ihr uns unterstützt, auch mit euren Ständen, mit eurer Präsenz!

(Beifall)

Ein ganz besonderer Dank auch noch mal von mir, nicht nur für den Parteitag, sondern für die vergangenen sieben Wochen, auch an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Willy-Brandt-Haus. Ihr habt unendlich viel geleistet - das ist nicht selbstverständlich -,

(Beifall)

mit der Neuwahl, mit dem Koalitionsvertrag, dem Mitgliedervotum! Und jetzt noch mal so einen Parteitag hinzulegen, das ist eure Leistung, euer Verdienst. Vielen, vielen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich jemanden vergessen habe, tut es mir leid. Mir war es wichtig, diejenigen hervorzuheben, die, glaube ich, hier den großen Anteil daran haben, dass es uns gelungen ist, einen guten Parteitag zu haben. Ich möchte mich auch vor allen Dingen bei euch bedanken. Ich glaube, gerade auch der gestrige Tag hat gezeigt, dass wir mit viel Wertschätzung, dass wir sehr substanziell, sehr inhaltlich miteinander in die Debatte gehen können, dass wir auch mit unseren Protagonisten, die in der ersten Reihe standen, wirklich einen sehr, sehr guten, würdigen Abschied gefeiert haben. Deswegen will ich mich auch bei euch bedanken. Vielen, vielen Dank für eure Disziplin, für eure Diskussionskultur und auch für das, was wir an Beschlüssen gefasst

haben! Ich glaube, wir haben gerade heute noch mal Haltung gezeigt. Das ist wichtig für all die Menschen, die wir draußen erreichen wollen. Und jetzt geht es los mit der Arbeit. Jetzt geht es los mit dem Aufbruch. Ich zähle auf euch. Wir gemeinsam können wieder erfolgreich sein. Ich zähle auf euch, dass wir das gemeinsam schaffen. Kommt gut nach Hause! Vielen, vielen Dank!

(Lebhafter Beifall)

Der Parteitag ist damit geschlossen.

Auf meinem Zettel stand das Tagungspräsidium nicht. Vielen, vielen Dank ans Tagungspräsidium,

(Beifall)

an Kerstin Griese, Doris Ahnen, Katja Pähle, Oliver Kaczmarek, Josephine Ortleb. Ihr habt einen super Job gemacht! Eine Schande, dass ich das vergessen habe! Tut mir leid, Entschuldigung.

Also jetzt: Auf geht's! Ciao, ciao!

(Ende des Parteitags: 13:31 Uhr)

Rednerinnen und Redner

Abdi, Sanae 362
Ahr, Timo 206
Alabali Radovan, Reem 90, 360
Albers, Marco 489
Barley, Katarina 185, 333, 443
Barthel, Klaus 282, 374
Bas, Bärbel 24, 126, 170, 172, 293
Baumann-Hasske, Harald 272, 433
Binding, Lothar 285, 379
Blankenburg, Jakob 107
Bolln, Stefan 264
Böttcher-Naudiet, Gerlinde 278
Bovenschulte, Andreas 80, 210
Bozkurt, Aziz 417, 480
Braun, Kira 69
Brunn, Florian von 252
Butt, Melissa 322
Cademartori, Isabel 354
Canli, Canan 105, 491
Cipriano, Daniele 377
Coße, Jürgen 311, 370
Diedrich, Svenja 429
Dieren, Jan 380
Disterheft, Matthias 212
Dolgner, Kai 428
Drewnicki, Robert 222
Ecke, Matthias 104, 338
Eichwede, Sonja 421
Eine, Annett 434
Elten, Hannah 103
Endres, Ronja 82
Engel, Mareike 65, 488
Esken, Saskia 196
Esser, Lavinia 458
Fahimi, Yasmin 13
Faltynek-Haschke, Christine 74
Ferber, Fabian 118, 217, 247
Finke, Karl 240, 277, 397
Fischer, Kurt 213
Frühwald, Sophie 442
Funke, Fabian 369
Gensecke, Kathrin 236
Gerlach, Niklas 435
Glaubitz, Tim 254
Gnatzy, Michelle 486
Grosch, Constantin 255
Groß, Michael 451
Güngör, Mustafa 420
Haug, Robin 267
Heil, Hubertus 76
Heselhaus, Nadine 462
Hikel, Martin 358
Hiller, Ulrike 329
Hoffmann, Jonas 189
Homann, Henning 431
Horstmann, Lana 219
Hubertz, Verena 298
Hubig, Stefanie 456
Huesmann Trulsen, Hannah 243
Huf, Ulrike 468
Hummady, Sana 364, 484
Jobs, Thorsten 328
Joisten, Christian 218
Jung, Michael 246
Kasper, Carlos 319
Khalaf, Nadia 492
Khalaf, Nadja 348
Khedr, Hussien 482
Kirgiane-Efremidis, Stella 438
Kirgiane-Efremidou, Stella 112, 271
Klingbeil, Lars ... 37, 126, 168, 171, 173, 200, 292, 293, 407
Klose, Annika 116
Klüssendorf, Tim 63, 147, 495
König, Mehmed 349
Köning, Christian 308
Köpping, Petra 132
Körner, Matthias 248
Kosubek, Katharina 419
Kourtoglou, Filippos 216, 251
Kraft, Zoe Anthea 470
Krings, Rekha 325
Lachetta, Madita 463
Lang, Benedict 485
Leiser, Kevin 275
Lenke, Kari 318
Lies, Olaf 67
Limbacher, Esra 296
Lindh, Helge 425
Maiano, Julia 304
Maier, Georg 402
Malottki, Erik von 244, 265
Mansoori, Kaweh 70, 204
Martin, Bettina 454

Marx, Dorothea 365, 426
Matheuszik, Jens 423
Midyatli, Serpil 135
Miersch, Matthias 190
Minkley, Stefanie 471
Mohanadhasan, Thevagar 237
Moll, Claudia 302, 357
Möller, Siemtje 94, 366
Müller, Frank 439
Müller, Michael 385
Müller, Sebastian 279
Negele, Christine 109
Nietan, Dietmar 19, 180, 261, 287, 291, 343
Nissen, Martin 110
Noichl, Maria 269, 460
Ostrowicki, Julia 309
Ott, Jochen 83, 339
Özel, Özgür 175
Pawlik, Natalie 481
Peick, Jens 214
Pein, Karen 306
Peters, Martin 120, 235, 280
Philipp, Sarah 208
Pistorius, Boris 96, 387
Post, Achim 55, 138, 314
Rahmann, Joachim 352
Rasehorn, Anna 415
Räth, Katharina 239, 249
Raudies, Beate 323
Rebbin, Lasse 101, 355
Reckmann, Brigitte 22
Rehlinger, Anke 51, 127, 140
Reinhardt, Pascal 303
Rekewitz, Torsten 410
Repasi, René 335
Ries, Isolde 464
Schäfer, Axel 336, 384
Scheer, Nina 99, 372
Schilling, Paul 270
Schirmer, Andre 488
Schmid, Nils 115, 376
Schmidt, Dagmar 232, 396
Schmidt, Nicole 445
Scholz, Olaf 158
Schröter, Maximilian 241
Schulz, Martin 92
Schulz, Mathias 300
Schumacher, Annabel 79, 273
Schuster, Joachim 382
Schwabe, Frank 389
Schwan, Gesine 57
Schweitzer, Alexander 143
Schwesig, Manuela 61
Seidel, Johanna 436
Sellmann, Jan 467
Sevinc, Ali Kaan 258, 437
Shevchenko, Oleg 113
Siebel, Christin 122, 125, 150, 151, 154, 180, 195, 224, 227, 260, 326, 448, 473
Spielmanns, Aaron 413
Stahl, Theresia 316
Steeneck, Youri 221
Stegner, Ralf 87
Stoch, Andreas 73, 220, 399, 445, 477, 492
Stöfer, Annika 432
Strogies, Victor 371
Strotzer, Oliver 284
Stüwe, Ruppert 305
Suntum, Bettina van 266, 467
Syring, Angelika 86, 276, 441
Tasan, Sinem 406
Teschlade, Lena 119
Teschlade, Nina 211
Tsalastras, Apostolos 310
Türk-Nachbaur, Derya 351
Türmer, Philipp 59, 390
Venske, Maybrit 72
Vierecke, Linda 280, 320
Voigt, Lena 478
Walther, Claudia 341
Wegge, Carmen 409, 466
Weil, Stephan 1
Weimann, Eva-Maria 114
Weinbrecht, Ralph 285
Wiesner, Beatrice 412
Wodtke, Steven 257
Yilmaz, Mustafa 317
Zerhouni, Jihane Qotit 424

Reihenfolge der SPE-Delegierten

Name	Anzahl Stimmen	Rang	Gewählt
Delara Burkhardt	445	1	ja
Matthias Ecke	438	2	ja
Udo Bullmann	392	3	ja
Bernd Lange	357	4	ja
Maria Noichl	339	5	ja
Sabrina Repp	314	6	ja
Annalena Wirth	308	7	ja
Laura Frick	306	8	ja
Gregory Scholz	260	9	ja
Dörte Liebetruth	250	10	ja
Levi Schlegtendal	236	11	ja
Markus Rinderspacher	233	12	ja
Maja Wallstein	233	12	ja
David Lindemann	228	14	ja
Dunja Kreiser	217	15	ja
Steffen Löhr	215	16	ja
Annika Barlach	214	17	ja
Viola Weyer	204	18	ja
Olaf Abdinghoff-Feldkemper	202	19	ja
Ingo Wagner	196	20	ja
Lasse Rebbin	194	21	ja
Martina Werner	173	22	ja
Beatrice Wiesner	165	23	Ersatzdelegierte
Fabian Kors	160	24	Ersatzdelegierte
Thomas Rieke	156	25	Ersatzdelegierte
Maria Harutyunyan	151	26	Ersatzdelegierte
Heike Raab	139	27	Ersatzdelegierte
Christine Jung	134	28	Ersatzdelegierte
Nadja Sthamer	119	29	Ersatzdelegierte
Samet Mutlu	97	30	Ersatzdelegierte
Corinna Friedrich	95	31	Ersatzdelegierte
Enrico Kreft	94	32	Ersatzdelegierte
Hannes Langer	89	33	Ersatzdelegierte
Matthias Dornhuber	87	34	Ersatzdelegierte
Immacolata Glosemeyer	84	35	Ersatzdelegierte
Ruth Müller	84	36	Ersatzdelegierte

Latif Hamamiyeh Al-Homssi	84	37	Ersatzdelegierte
Sebastian Langer	75	38	Ersatzdelegierte
Johannes Kup	70	39	Ersatzdelegierte
Stefanie Bluth	65	40	Ersatzdelegierte
Anna Kristina Schönbach	62	41	Ersatzdelegierte
Steffen Reik	56	42	Ersatzdelegierte
Cornelia Ott	54	43	Ersatzdelegierte
Dieter Falk	53	44	Ersatzdelegierte
Johannes Funke	50	45	Ersatzdelegierte
Moritz Kalthoff	40	46	Ersatzdelegierte
Sonja Reiter	39	47	Ersatzdelegierte
Steffen Haake	39	48	Ersatzdelegierte
Marie Schmidtke	35	49	Ersatzdelegierte
Silvia Pünt-Kohoff	25	50	Ersatzdelegierte

Delegierte

Baden-Württemberg
Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Baghlani, Karim
Bergerhoff, Ariane
Binder, Sascha
Cademartori, Isabel
Cipriano, Daniele
Costanzo, Vivien
Cuny, Sebastian
Fechner, Johannes
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Herrera Torrez, Markus
Hertenstein, Dorothea
Herter, Lara
Hoffmann, Jonas
Höllmüller, Simone Catrin
Hussain, Assad
Ioannidis, Giuliana
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Katsch, Matthias
Kliche-Behnke, Dorothea
Kühnel, Tanja
Leiser, Kevin
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Nothofer-Hahn, Ronja
Repasi, René
Röderer, Jan-Peter
Schmid, Nils
Schmidt-Kühner, Regina
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Seitzl, Lina
Siebert, Julius
Sigg, Viviane
Steinrode, Daniela
Strobel, Tim
Türk-Nachbaur, Derya
Uhlig, Meri
Wahl, Florian
Weber, Jonas
Wenger, Martin
Wirth, Annalena
Witkowski, Mirko
Wulff, Annkathrin

Zarnetta, Florian

Bayern
Aicher, Markus
Arnold, Horst
Bahr, Ulrike
Balleier, Sabine
Bamberg-Reinwand, Johanna
Barthel, Klaus
Baur, Hannelore
Bergmann, Uwe
Bonigut, Matthias
Brachwitz, Steve
Deingruber, Maria
Dörflein, Max
Drechsel, Mirjam
Ertug, Ismail
Feichtmeier, Christiane
Forster, Gregor
Fotokehagias, Michail
Grajer, Simon
Grämmer, Thomas
Heubach, Heike
Himmelberg, Christine
Hofer, Sophie
Höllein, Carsten
Hummady, Sana
Jutzler, Eva
Kliem, Marvin
Knorr-Köning, Seija
Kofler, Bärbel
Köning, Christian
Kramme, Anette
Lang, Benedict
Lederer, Iris
Lober, Bernd
Mandrella, David
Martin, Kevin Marius
Mehltretter, Andreas
Merzbacher, Jonas
Metzger, Petra
Metzger, Ruth
Molnar, Reka
Müller, Ruth
Müller, Sebastian
Negele, Christine
Nötscher, Marc
Nürnberger, Jörg
Oberneder, Evi
Odell, Lena

Olbrich, Gerd
Plobner, Jan
Pollack, Kathrin
Raab-Wasse, Helga
Rasehorn, Anna
Räth, Katharina
Reitmaier, Katja
Rinderspacher, Markus
Sauer, Maria
Schätzl, Johannes
Schlecht-Wanderer, Sabrina
Schmid, Christoph
Schrader, Katharina
Schrodi, Michael
Stamm-Fibich, Martina
Streit, Dominik
Strogies, Victor
Tasdelen, Halil
Tollkühn, Gabriel
Träger, Carsten
Tylkowski, Eric
van Eckert, René
Völkl, Ingrid
Waldeck, Monika
Wegge, Carmen
Weimann, Eva-Maria
Winkelmaier, Silke
Wurm, Dirk

Berlin
Bozkurt, Aziz
Brandt, Laura
Czyborra, Ina Maria
Diedrich, Svenja
Drescher, Susanne
Einstmann, Torsten
Ertan, Erkan
Fischer, Susanne
Geisel, Andreas
Haase, Erik
Haußdörfer, Ellen
Kleebank, Helmut
Klein, Cordula
Klose, Annika
König, Mehmed
Kugler, Andreas
Lenke, Kari Kristin
Lutzke, Bilgin
Marx, Henry
Milutin, Daniela

Rahmann, Joachim
Sachse, Markus Severin
Schulz, Mathias
Steinbach, Sven
Tasan-Funke, Sinem
Tietje, Rona
Trasnea, Ana-Maria
Unger, Annette
Vierecke, Linda

Brandenburg
Baugatz, Raik
Eichwede, Sonja
Fischer, Kurt
Glißmann, Marie
König, Jochen
Lagemann, Johanna
Muhß, Ina Renate
Seidel, Johanna
Stohn, Erik
Wolff, Annemarie
Zierke, Stefan

Braunschweig
Becker, Felix
Beste, Katrin Dorothea
Disterheft, Matthias
Eine, Annett
Günther, Jörg
Kornblum, Thorsten
Kreiser, Dunja
Kurz, Jana
Pantazis, Christos
Perik, Muzaffer
Perkowski, Julia
Römmeler, Michaela
Schlimme, Wibke
Schneider, Julius

Bremen
Arpaz, Selin Ece
Güngör, Mustafa
Kozlowski, Anke
Rosenbaum, Sabine
Schmugler, Sebastian
Schuster, Joachim
Thatje, Aaron

Tsartilidis, Elias Alexander

Hamburg
Bekeris, Ksenija
Buschhüter, Ole Thorben
Eichhorn, Mathias
Faltynek, Christine
Frick, Laura
Huntemann, Alica
Jäck, Regina
Karakus, Oksan
Kleinow, Alexander
Koltze, Jan
Mohrenberg, Alexander
Morgenroth, Ina
Platten, Sören
Tabbert, Urs
Veit, Carola Alexandra
Wilczek, Jana
Winter, Tina

Hannover
Abend, Theresa
Albers, Marco Darius
Allruth, Bjarne
Bindig, Andrea
Blankenburg, Jakob
Block, Emily
Brandt, Frithjof
Eckhoff, Birgit
El-Arab, Hasan
Engelen, Christoph
Fahncke, Barbara
Feldmann, Karoline
Glaubitz, Tim
Götz, Sarah
Grosch, Constantin
Heiligenstadt, Frauke
Heinze, Thorsten
Henze, Hannes
Herschmann, Noel
Hillberg, Arne
Klecha, Stephan
Krach, Steffen
Kratzke, Marlo
Meyer, Lara
Müller, Svenja
Rosenthal, Franziska

Schlüter, Janina
Schraps, Johannes
Seidel, Pascal
Völlers, Marja-Liisa
Walkowiak, Justina
Watermann, Ulrich
Weil, Stephan
Wischnewski, Marek
Wook, Tim-Julian

Hessen-Nord
Bartol, Sören
Eckhardt, Barbara
Esse, Lisa Sophie
Fischer, Christine
Frühwald, Sophie
Gebauer, Patrick
Glintzer, Andrea
Grähling, Patricia
Gremmels, Timon
Hamamiyeh Al-Homssi, Latif
Hartdegen, Tanja
Hoberock, Hannah
Karger, Annalena
Köhler, Justin
Meßmer, Ullrich
Mohanadhasan, Thevagar
Nolte, Silvia
Panou, Konstantinos
Prabaharan, Kepiaya
Rauschenberg, Jan
Reitz, Adriana
Ruhwedel, Iris
Schneider, Irene
Vaupel, Monika

Hessen-Süd
Alfonso Munoz, Dennis
Beci, Liza
Becker, Marius
Benz, Hanno
Berger, Jasmin
Bouchouaf, Samira
Breustedt, Michelle
Bullmann, Udo
Christ, Lars
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy

Fleckenstein, Viola
Frey, Juliane Alice
Frimmel, Frederik
Gottwald, Silas Paul
Grüger, Stephan
Hechler, Katrin
Heidt-Sommer, Nina
Hergert, Sibylle
Hobbs, Tiny
Huf, Ulrike
Jeuck, Jana
Kavai, André
Khenissi, Rachid
Koebe, Josefine
Körner, Matthias
Krings, Lisa-Rekha
Kunz-Strueder, Cirsten
Lüber, Paul
Luxen, Kristina
Maiano, Julia
Müller, Kolja
Nasseh, Giorgio
Ostrowicki, Julia
Polat, Murat
Schmitt, Norbert
Schneider, Lukas
Türmer, Philipp
Voigt, Lena
Wasilewski, Dieter
Wingerter, Sven
Wolf, Helena
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens
Zorn, Armand

Mecklenburg-Vorpommern
Alabali Radovan, Reem
Barsch, Johannes
Dejosez, Jacqueline
Hertrich, Maximilian
Müller, Marvin
Schwesig, Manuela

Nord-Niedersachsen
Helwig, Ina
Lange, Corinna
Langen, Frauke Johanna
Liebetruth, Dörte
Santjer, Uwe

Schneider, Daniel
Seuberth, Frank
Steeneck, Youri
Wippler, Werner

Nordrhein-Westfalen
Abdi, Sanae
Alius, Karin
Altenhoff, Oliver
Angermann, Lena Marie
Arshad, Shamail
Aschhoff, Denis
Asıl, Fatih
Bakum, Rodion
Baran, Volkan-Tevfik
Becker, Gisela
Bednarski, Claudia
Bennarend, Jens
Bergmann, Thomas
Blienert, Burkhard
Bollmann, Hendrik
Börnhorst, Noah
Brauer, Simon
Busche, Andrea
Butschkau, Anja
Buttler, Angelika
Celik, Celil
Coße, Jürgen
Coße, Manuela
Craney, Olaf
Cremer, Tobias
Cubuk, Leyla Özge
Deike, Julia
Dichant, Maximilian
Echeverria, Axel
Erstfeld, Fabian
Esser, Lavinia
Falszewski, Benedikt
Ferber, Fabian
Fiebig, Natalie
Freiberger, Katrin
Gassen, Ralf
Gerbothe, Sylvia
Giskes, Susanne
Glaremin, Lisa
Gnade, Jenny
Gnatzy, Michelle
Hahnrath, Yvonne L.
Hammer, Hannah

Heitkamp, Micha
Heselhaus, Nadine
Hoffmann, Daniela
Horbelt, Nina
Horn, Denise
Huesmann Trulsen, Hannah Elizabeth
Irlenbusch, Heidi
Jähn, Michelle
Jähn, Ralf
Janke, Oliver
Joisten, Christian
Jusaj, Milazim
Kahle-Hausmann, Julia
Kanonenberg, Andrea
Kapteinat, Lisa-Kristin
Khalaf, Nadia
Kitz, Eva
Kocker, Dennis
Korkmaz-Emre, Elvan
Krammenschneider-Hunscha, Jens
Kros, Ulrich
Kunze, Gabriel
Küpper, Anne
Lewak, Annegret
Licina-Bode, Luiza
Lindh, Helge
Lüders, Nadja
Ludwig, Josephin
Lüking, Tina
Matheuszik, Jens
Maurer, Greta
Menn, Sebastian
Miersch, Antonia
Moll, Claudia
Molzberger, Bernardo Adhemar
Müller, Frank
Nazir, Shoaiub
Neuhaus, Frank
Nickholz, Brian
Oberländer, Jan Luca
Ott, Jochen
Özdemir, Mahmut
Paic, Peter
Peick, Jens
Peters, Martin
Philipp, Sarah
Piechota, Ulrich
Pies, Jan Philipp
Pliete, Beate
Polat, Alicem
Qotit Zerhouni, Jihane
Reinhardt, Pascal

Rekewitz, Torsten
Resnischek, Klaus
Rhie, Ye-One
Ricking, Norbert
Rimkus, Julia
Rinkert, Daniel
Rixen, Lennart
Röhr, Hans-Dieter
Roschin, Nils Michael
Rütten, Stella
Sander, Irmgard
Schäfer, Axel
Schenker, Yannick-Noel
Schiefner, Udo
Schimmels, Karin
Schipper, Hinrich
Schirmer, Andre
Schmidt, Nicole
Schneider, Rene
Schrewe, Ruth
Schultheis, Karl
Schumacher, Annabel
Sellmann, Jan
Sevinc, Ali Kaan
Siebel, Christin
Spielmanns, Aaron Luca
Spinrath, Norbert
Steegmann, Brigitte
Stock, Ellen
Stöfer, Annika
Ströttchen, Caroline
Stucke, Ingo
Suchetzki, Nils
Teschlade, Lena
Teske, Alexander
Thews, Michael
Tsalastras, Apostolos
Waldmann, Johannes
Walther, Claudia
Wodtke, Steven
Wulf, Sandra
Yüksel, Gülistan
Zorlu, Sara

<u>Parteivorstand</u>
Barley, Katarina
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Dulig, Martin
Endres, Ronja

Esdar, Wiebke
Esken, Saskia
Geywitz, Klara
Griese, Kerstin
Heil, Hubertus
Hohmann, Angela
Kaczmarek, Oliver
Klingbeil, Lars
Maier, Georg
Mansoori, Kaweh
Martin, Bettina
Midyatli, Serpil
Miersch, Matthias
Müntefering, Michelle
Nietan, Dietmar
Özoguz, Aydan
Pähle, Katja
Pistorius, Boris
Post, Achim
Rehlinger, Anke
Roloff, Sebastian
Rosenthal, Jessica
Ryglewski, Sarah
Schmidt, Dagmar
Schulze, Svenja
Schweitzer, Alexander
Stoch, Andreas
von Brunn, Florian
Yetim, Ibrahim

Rheinland-Pfalz
Abstein, Markus
Ahnen, Doris
Böffgen, Nils
Bootz, Dirk
Bräuer, Sonja
Braun, Jennifer
Brück, Bettina
Ebling, Michael
Eider, Claudia
Funk, Florian
Glogger, Christoph
Göbel, Theresa
Harutyunyan, Maria
Herbst, Corinne
Horstmann, Lana
Hubertz, Verena
Hubig, Stefanie
Janson-Peermann, Petra
Jenssen, Jens

Jung, Michael
Kastner, Benjamin
Köbberling, Anna
Kurt, Umut
Küsel, Karin
Leidig-Petermann, Magali
Lewentz, Roger
Machalet, Tanja
Mackensen-Geis, Isabel
Maier, Florian
Mieves, Matthias
Ockenfels, Marie-Christin
Rosenberg, David
Rudolph, Thorsten
Ruland, Marc
Seelig, Patricia
Simon, Michael
Sippel, Heiko
Staßen, Bianca
Steinbach, Nico
Teuber, Sven
Troubal, Julia
Weber, Lena
Werner, Lena
Wiesner, Beatrice
Winter, Friedrich
Yilmaz, Baris

Saarland
Ahr, Timo
Arweiler, Pascal
Aumann, Jörg
Barke, Jürgen
Berg, Petra
Braun, Kira
Kaya-Karadag, Sevim
Kleer, Sabine
Klein, Réka
Lang, Torsten
Limbacher, Esra-Leon
Lindemann, David Alexander
Meiser, Insa Katharina
Meiser, Stephanie
Meyer, Steffen-Werner
Ortleb, Josephine Loulou
Pauluhn, Stefan
Quinten, Sandra
Ries, Isolde
Schäfer, Florian
Sisamci, Damhat

Thul, Sebastian
Wolfanger, Fabienne

Sachsen
Ecke, Matthias
Engel, Mareike
Funke, Fabian
Göhler, Benjamin
Homann, Henning
Kasper, Carlos
Koch, Sophie
Michel, Kathrin
van Suntum, Bettina

Sachsen-Anhalt
Beck, Kathleen
Gerlach, Niklas
Kersten, Franziska
Kröber, Martin
Möbbeck, Susi
Peitler, Kathrin
Sterz, Bernhard

Schleswig-Holstein
Ahmad, Cira Awat
Bolln, Stefan
Brzezicha, Franziska
Buhl, Christiane
Canli, Canan Gevher
Dolgner, Kai
Grube, Heike
Grützmann, Imke
Habersaat, Martin
Kämpfer, Ulf
Klüssendorf, Tim
Kreft, Enrico
Laqua, Lea-Charline
Raudies, Beate
Reichardt, Truels
Scheer, Nina
Schiebe, Sophia
Stein, Mathias
Stender, Kianusch
Stenhüser, Aaron William
Thiel, Jannik
Venzke, Maybrit

Wilsberg, Felix
Wöller, Bianca

Thüringen
Butt, Melissa
Giesder, Fabian
Lehmann, Diana
Marx, Dorothea
Merz, Janine
Schröter, Dirk Maximilian
Shevchenko, Oleg

Weser-Ems
Altkirch, Christian
Bartz, Alexander
Becker, Daniel
Behrens, Jarno
Feldmann, Petra
Höffmann, Jan Oskar
Hunter-Roßmann, Hannelore
Hüser, Geert
Kosubek, Katharina
Kötter, Andrea
Krasniq, Besian
Langer, Hannes
Lüschen, Hilke
Mandel, Roswita
Möller, Siemtje
Naber, Hanna
Pott, Guido
Reiter, Sonja
Rohde, Dennis
Schröder, Tom
Schweer, Daniel
Sinankili, Ali

Berichte

Finanzbericht

Bericht des Generalsekretärs

Bericht über den Stand der Betriebsorganisation

Umfrageergebnisse Betriebsorganisation

Gleichstellungsbericht

Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD

Bericht des Kommunalbeirats

SPD Soziale Politik für Dich.

Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

SPD.DE